Allgemeine Geschichte

der

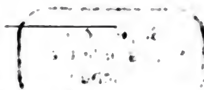
neuesten Zeit

von

dem Ende des Jahres 1830.

Von

Dr. Franz Kottenkamp.



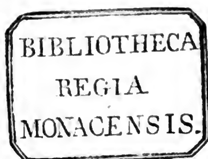
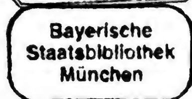
Ein Supplement-Band

zu

Ernst Münch's allgemeiner Geschichte der neuesten Zeit,

mit Berichtigungen und Zusätzen, und einem vollständigen Personen- und Sach-Register zu derselben.

Stuttgart.
Literatur-Comptoir.
1837.


BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede.

Die Hindernisse, welche einer durchaus objektiven und parteilos[e]n Darstellung der neuesten Ereignisse sich darbieten, sind dem Verfasser eines Supplementbandes von Ernst Münchs neuester Geschichte bis auf unsere Tage nicht unbekannt.

Eine Menge jener Ereignisse, welche seit 1830 die Leidenschaft, oder wenigstens die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen in Anspruch nahmen, oder ihre Interessen berührten, sind noch nicht in der Art abgeschlossen, daß man den rein historischen Standpunkt schon in diesem Augenblick auffinden könnte, oder daß man, bei der ungeheuren Masse des sich darbietenden Stoffes, alle Einzelnheiten, welche für die Zukunft eine größere Wichtigkeit zeigen möchten, schon jetzt hervorzuheben und in ihrer Bedeutung darzustellen vermöchte. Außerdem werden keinem Schriftsteller, welcher die Ereignisse der letzten Jahre behandelt, dieselben Hülfsmittel geboten, wie dem Historiker, welcher den Schluß des vergangenen und die ersten dreißig Jahre des gegenwärtigen Jahrhunderts beschreibt. Jene Memoiren-Literatur, welche die Quelle der Thatsachen und die Charakteristiken der handelnden Personen,

ungeachtet aller theilweisen Entstellungen, zuletzt dennoch bis in's Genaueste enthüllt, fehlt natürlich in einem Zeitpunkte, wo der größere Theil der Männer, welche an den Begebenheiten einen leitenden oder einflußreichen Antheil nahmen, noch in Wirksamkeit oder wenigstens am Leben ist. Somit kann der Verfasser nur eine Darstellung versprechen, welche den Ursprung und die Entstehungsgründe der Gegenwart hauptsächlich in der Vergangenheit nachsucht, um vielleicht in einzelnen Punkten eine klarere Anschauung zu veranlassen; andererseits hat er sich bemüht, die Masse des sich darbietenden Stoffes in gedrängtem Zusammenhange zu ordnen, so daß wenigstens eine deutliche Uebersicht des Bestehenden geboten wird.

Verschiedenheit der Ansichten über einzelne Ereignisse muß natürlich bei Begebenheiten statt finden, welche von Zeitgenossen dargestellt wurden. Der Verfasser „der Geschichte der neuesten Zeit bis auf unsere Tage" wird es daher erklärlich finden, wenn dieser Supplementband bei einzelnen Punkten von seinen Ansichten abweicht. Dies war bei mehreren Gelegenheiten, unter andern bei Castlereagh und seiner Verwaltung der Fall, wo der Verfasser des Supplementbandes die Verhältnisse von einem Gesichtspunkte aus betrachtete, welcher jetzt sogar bei einem größeren Theil der conservativen Partei (in England) gewöhnlich ist.

Erstes Kapitel.

Polen.

Aufstand in Warschau. — Chlopicki als Dictator. — Gesandtschaft nach Petersburg. — Erste Sitzungen des Reichstags. — Chlopicki's Ernennung.

Das schnelle Gelingen der Revolutionen Frankreichs und Belgiens, die unerwarteten Ereignisse Englands, wodurch die länger als 50 Jahre machtlose Partei der Reform plötzlich als übermächtig hervortrat, die Ungewißheit über Erhaltung des europäischen Friedens bei der anfänglichen Unsicherheit der Verhältnisse in Frankreich, Alles dieß bewirkte in ganz Europa eine allgemeine Aufregung, die nur nach mehreren mißlungenen Neuerungen verschwand oder niedergehalten wurde. Ob gleich der in Frankreich neu gegründete Zustand von den größeren Mächten des Ostens als bestehend anerkannt war, veranlaßte dennoch die Ungewißheit über die Richtung, welche die dortige Repräsentativ-Regierung einschlagen würde, überall im Staatensystem Europa's eine lang anhaltende Spannung; dumpfe Gährung stellte an einzelnen Punkten Teutschlands das Bestehende in Frage; bald wurden selbst die größeren Mächte des Ostens, Rußland und Oesterreich, in dem erworbenen Besitze Polens und Italiens durch innere Bewegungen bedroht; erst nachdem diese unterdrückt waren, erschien die allgemeine Ruhe des Festlandes als gesichert, da zugleich die zur Herrschaft gelangte Mittelklasse Frankreichs, im Bedürfniß des Friedens, eine Politik der richtigen Mitte aufrecht erhielt und unterstützte, welche sowohl ein heftiges Verfahren

im Inneren zurückwies, als auch von allem Beistand gewaltsamer Umänderungen im Auslande sich lossagte.

Man erwartete gespannt den Ausgang der belgischen Revolution, als Europa durch die Nachricht einer polnischen überrascht wurde. Eine weit verzweigte Verschwörung im Heer wie in allen Bürgerklassen, bei der man sich wundern muß, daß ihr längeres Bestehen und ihre ungeheure Verzweigung von der sonst so wachsamen Polizei nicht gänzlich entdeckt wurden, veranlaßte am 29. November des verhängnißvollen Jahres 1830 in Warschau blutige Auftritte, welche die Vertreibung der russischen Truppen aus den Grenzen des Königreichs und eine allgemeine Umwälzung in dem vom Wiener Congreß constituirten Polen zur Folge hatte.

Eine entschiedene Uebereinstimmung der Mehrheit aller Volksklassen in Abneigung gegen die bestehende Herrschaft, eine durch Erinnerung an frühere Unabhängigkeit und durch Nationalhaß gegen Rußland genährte allgemeine Erbitterung, diente seit Jahren als Grundlage einer Menge von Verschwörungen, welche stets in allen Ständen nach Entdeckung und Bestrafung sich erneueten, in den russischen Provinzen des früheren Königreichs in derselben Art, wie in Polen bestanden, und sich sogar tief in das russische Heer verzweigten. Ein allgemeines Band der einzelnen Vereine knüpfte diese zu gemeinsamen Zwecken an einander, und ward, wie oft es auch zerrissen wurde, stets auf's Neue wieder aufgefunden. Die Ereignisse in Rußland bei der Thronbesteigung des Kaisers hatten die Gefahr, welche in der Zukunft drohete, schon gezeigt. Die Jugend der Akademieen und Militärschulen, ein bedeutender Theil des Heeres und der Verwaltung, zahlreiche Mitglieder des kriegerischen Adels bildeten schon lange gegen die bestehenden Verhältnisse gerichtete Verbindungen, deren Resultat vielleicht nichtig gewesen wäre, hätte das von Rußland abgesonderte Polen bei dem Ausbruch der Revolution nicht ein abgeschlossenes Ganze und zugleich ein gerüstetes und zum Kampfe bereites Heer geboten.

Die Verschwörungen, welche die Revolution Polens veranlaßten, konnten wegen ihrer Ausbreitung der russischen

Polizei nicht gänzlich verborgen bleiben. Zahlreiche Verhaftungen hatten seit Anfang November's schon statt gefunden, in Warschau herrschte dumpfe Gährung und der baldige Ausbruch einer Bewegung ward fast allgemein geahnet; es hieß allgemein, das polnische Heer werde in Kurzem aufbrechen, um den Krieg mit Frankreich zu beginnen, und russische Reserven würden alsdann das Königreich, um dessen Ruhe zu sichern, besetzt halten; die neu angekommenen Nachrichten vom Ministerwechsel in England erhöheten die Hoffnung der Verschworenen, sowie Aller, welche die Wiederherstellung des früheren Polens in naher Zukunft bewirken zu können glaubten; Alles dieß, zugleich mit der Erwartung, Militärgerichte würden über das Schicksal der Verhafteten entscheiden, veranlaßten endlich am 28. November bei den Verschworenen den Entschluß, am 29. die Bewegung zu versuchen. Es ward beschlossen, mehrere Akademiker und Zöglinge der Militärschule sollten bei anbrechendem Dunkel in den Palast des Großfürsten (Belvedere) eindringen, um sich seiner Person lebendig oder todt zu bemächtigen; die in der Nähe gelegene Fähndrichsschule solle bewaffnet ausrücken und mit einigen Compagnien polnischer Truppen, welche durch ihre Offiziere bereits gewonnen waren, die russische Cavallerie überfallen; ferner sollten andere Abtheilungen der in Warschau befindlichen Truppen in der Art aufgestellt werden, daß den übrigen russischen Regimentern alle Communication abgeschnitten würde.

Theilweise ward dieser Plan ausgeführt. Der polnische Wachtposten ließ die Verschworenen eindringen; einige rüstige Wachen wurden überrascht. Die jungen Leute schritten über die Leiche des russischen Generals Legendre in die Gemächer Constantin's; der Großfürst konnte sich jedoch noch in die Mitte der russischen Truppen retten und die Verschworenen fanden die von ihm bewohnten Gemächer leer. Während dessen bewaffnete sich die Fähndrichsschule auf den Aufruf des Lieutenants Wysocki, eines der ersten Stifter der Verschwörung; es gelang den jungen Leuten sich bis zur Stadt durchzuschlagen, obgleich russische Truppen, durch Flintenschüsse in Alarm gebracht, ihnen den Weg dorthin abzuschneiden

suchten. Dort waren bereits einzelne Truppen, besonders vom 4. Regiment aus ihren Kasernen gedrungen; eine Artillerieabtheilung war ebenfalls abgefallen und hatte sich der Munitionsmagazine in Praga bemächtigt. Generäle, welche die Truppen zu beruhigen suchten, fielen durch Flintenschlüsse; ein gleiches Schicksal hatten alle höher gestellten russischen Offiziere, welche vom ersten Tumult überrascht wurden; der Beginn des Aufstandes wurde laut im Theater verkündet, das Staatsgefängniß der Carmeliter und das Arsenal werden erbrochen, es entsteht ein Volkstumult, die Sturmglocken ertönen und in Kurzem waren 30,000 Bürger Warschau's in den Straßen bewaffnet. Die russischen Truppen sahen sich genöthigt, nach einem kurzen Gefecht, im Belvedere beim Großfürsten sich zusammenzuziehen oder in ihren Casernen zu verschanzen. Gegen Mitternacht waren dagegen alle polnischen Truppen mit Ausnahme eines Jägerregiments bereits abgefallen; der Aufstand war durchgeführt, und besaß sogleich das Uebergewicht der Zahl, allein es fehlte an einem Haupte, die Bewegung zu leiten, und an einem Namen, um welchen Alle sich hätten vereinigen können, um unter dessen Führung die gewonnenen Vortheile mit Erfolg zu benutzen. Auch hatte sich nur ein General (Sirawski) gleich im Beginn für den Aufstand offen erklärt.

Er war ganz allein von Leuten ohne aristocratischen Namen und Einfluß ausgegangen; die Verschworenen selbst hatten ihrem bedeutendsten Haupte, dem gelehrten und kühnen Lelewel, das feierliche Versprechen gegeben, nach dem Gelingen des Versuches sogleich in die Masse zurückzutreten; im Heere selbst fand sich nur der Name Chlopicki's, der es vermocht hätte, bei jedem Einzelnen Wiederklang und Gehorsam zu finden. Allein dieser General, im Feldlager erzogen und durch den Krieg berühmt, worin einst die Volksbewegung Spaniens mit Erbitterung bekämpft war, konnte einem Aufstande kein Mitgefühl abgewinnen, welcher den Begriffen militärischer Ordnung beim Ausbruche natürlich widerstrebte. Nach dem Erbrechen des Arsenals trat ein Offizier der abgefallenen Truppen zu ihm in seine Theaterloge, und überreichte

ihm einen Säbel mit den Worten: „General, die polnischen Truppen erwarten dich an ihrer Spitze." Chlopicki aber erbleichte, trat zurück, und war auf mehrere Tage verschwunden.

Unter diesen Umständen machte der Finanzminister Lubecki einen Versuch, den Aufstand im Fortschreiten aufzuhalten und für sich zugleich Einfluß auf die Volksbewegung zu gewinnen. Er versammelte den Administrationsrath, und machte diesem den Vorschlag, einflußreiche und populäre Männer in sich aufzunehmen, welche einen Aufstand zu beschwichtigen vermöchten, der als planlos im Beginn und als unbedeutend in seinen Theilnehmern sich zeige. Der Fürst Adam Czartoryski, ein Sprößling der Jagellonen, welcher ob auch früher russischer Minister, in späterer Ungnade eine um so größere Popularität sich erwarb, da er den Zweck seines Lebens, die Wiederherstellung Polens nie verläugnet hatte, der Fürst Radziwill, der Graf Kochanowsky, der gefeierte Dichter Niemciewicz und der General Pac traten somit noch in der Nacht des 29. Novembers in den Administrationsrath ein. Alle, obgleich einer Losreißung von Rußland geneigt, schienen das Mißlingen des Aufstandes zu befürchten, oder hielten den Augenblick desselben für unpassend und schlecht gewählt; während Lubecki andrerseits mit dem Großfürsten zu unterhandeln versuchte, ward deßhalb am 30. eine Proclamation an das Volk entworfen, welche die Zuziehung der neuen Mitglieder bekannt machte, das Volk zur Ruhe ermahnte, und die Ereignisse der letzten Nacht als „beklagenswerthe" bezeichnete. Allein dies blieb ohne Wirkung. Am Morgen des 30. Nov. ertönten überall die Sturmglocken, das Volk wogte bewaffnet in den Straßen, die polnischen Truppen waren aufgestellt und Beide erwarteten, zum blutigen Widerstand entschlossen, den Angriff der russischen, so wie eines bis jetzt noch nicht abgefallenen polnischen Jägerregiments. Zu wiederholten Malen versuchten diese in die Stadt zu dringen und dort festen Fuß zu fassen; nach blutigem Kampf verblieb jedoch der Sieg den Polen, und die Russen wurden zum Rückzuge genöthiget. Endlich auch läßt sich der General Pac bewegen,

solange den Oberbefehl zu übernehmen, bis man Chlopicki, würde aufgefunden haben, dessen Name durch militärischen Ruhm gehoben, in Aller Munde war.

Der Siegesrausch der Polen ward um so mehr gesteigert, je länger sie des Gedankens der Nationalunabhängigkeit entwöhnt gewesen waren. Der sanguinische Nationalcharakter, durch den ersten Erfolg angefeuert, erblickte die lang gehegten Träume von Wiederherstellung des früheren Ruhmes als verwirklicht, und gedachte nicht der geringen Mittel zum Widerstand gegen Rußland, welche für den ersten Erfolg genügten, allein eine unsichere Aussicht in die Zukunft jedenfalls darboten. Die 15 Jahre lang verbotenen Lieder der Heere Coszciusko's und Dombrowski's ertönten in den Straßen Warschau's und erhöheten die Aufregung; eine ungewohnte Presse übte gleichsam elektrische Wirkung und spannte die Gemüther bis auf's Höchste. Wie in Paris, wurden fliegende Blätter unter das Volk geworfen und verbreiteten sich mit Blitzesschnelle. Bei dieser Stimmung der Masse erschien der Administrationsrath, um zur Sicherung der Nationalbank sich in ihr Gebäude zu begeben. Der Taumel stieg auf's Höchste, denn man glaubte im öffentlichen Erscheinen der höchsten Verwaltungsbehörde die Billigung des Aufstandes und der Revolution zu erkennen. Lange umringte der Jubel des Volks den Palast; unzählige Stimmen riefen nach Chlopicki, bis Pac auf dem Balcon erschien und der Menge erklärte, man lasse den General aufsuchen, er selbst werde, bis dieser aufgefunden sey, den Oberbefehl übernehmen. Auch Niemciewicz erschien und ermahnte die Polen zur Menschlichkeit, Ruhe und Einigkeit. Da Chlopicki nirgends zu finden war, wurden Stimmen laut, den General Sierawski zum Oberbefehlshaber zu ernennen; der Administrationsrath folgte dem ungestümen Rufe; Pac übergibt das Commando in Sierawski's Hände, und dieser trifft sogleich militärische Anstalten zum Schutz der Hauptstadt gegen Innen und Außen. Zugleich ward die Errichtung einer Sicherheitsgarde beschlossen, und ein Municipalitätspräsident ernannt, letzteres bekanntlich stets eine der ersten Maaßregeln in großen, von Revolutionen erschütterten Städten. So

schloß sich der zweite Tag der blutigen Bewegung. Das Ereigniß des dritten war das Wiedererscheinen des Generals Chlopicki's.

Dieß wird auf verschiedene Weise von den Parteien motivirt. Die demokratische erblickt hierin die erste Ursache des Unterganges, und schreibt die Rolle des Generals dem Einflusse Lubecki's zu, welcher, mit dem Charakter des alten Kriegers wohl bekannt, diesen zu Schritten bewogen hätte, welche Hemmung des Aufstandes und Lähmung der Nationalkraft bewirkte. Dagegen die Partei der mit glänzenden Namen begabten Polen, einer allgemeinen, bis in's Tiefste eindringenden Aufregung natürlich abgeneigt, und im Anfange durchaus entschlossen, eine volle Trennung von Rußland nicht herbeizuführen, erblickte in dem Verfahren des Generals, welcher damals in ihrem Sinne handelte, wenigstens theilweise den reineren Patriotismus, welcher Gewaltthätigkeit und Anwendung der heftigsten stets überall verletzenden Mittel verschmäht, und so wenig wie möglich aus der Legalität heraustritt. Wie dem auch sey, die Umstände mußten den General an die Spitze stellen, denn eine Revolution, bei welcher das Heer eine Hauptrolle übernommen hatte, mußte den Mann zuerst hervorheben, welcher bei diesem die größte Popularität besaß. Außerdem sollte die Staatsveränderung, dem Plane aller Verschwörungen unter allen Ständen zufolge, durchaus von allen zugleich ausgehen, und es war nicht zu erwarten, daß hohe aristocratische Familien Namen über sich dulden würden, die nur Gelehrten und Journalisten bekannt, wie Lelewel und Xaver Bronikowski, dem höheren und reicheren Adel durchaus fremd waren. Nur der militärische Ruhm vermochte über Alle, und somit ward Chlopicki zur Nothwendigkeit, obgleich der General in dem schmachvollen Kampfe, welcher die Rechte der Spanier mit Füßen zu treten bezweckte, unter den Fahnen des Kaisers die Meisten seiner Lorbeeren einst gesammelt hatte.

Wie es heißt, fand ihn Lubecki in seinem Versteck auf. Der an ihn abgesandte Major Antonini, welcher zum Erfolge der Polen auf den Straßen der Hauptstadt das Meiste beige-

tragen, war an ihn abgesandt und traf ihn an, wie er seine Ernennung als Oberbefehlshaber schon in der Hand hielt. Er übernahm den Antrag, zeigte jedoch Unentschlossenheit in Allem, mußte zu jeglicher Maasregel durch Andere hingerissen werden und traf Verfügungen, welche die Bewegung lähmten. Die Demokraten, erschreckt über diese Wendung der Dinge traten hierauf in einen Klubb zusammen, und hofften unter einer Organisation, wie die der früheren Jacobiner in Frankreichs erster Revolution, die Einwirkung auf die Volksmasse sich zu bewahren. Während dieser so gebildete Klubb die Aufregung zu unterhalten sich bemühete, versammelten sich mehrere in Warschau anwesende Deputirte des Reichstages, und beschlossen, den Administrationsrath zu entschiedeneren Maasregeln, zu Zusammenziehung der Truppen des Königreichs in der Hauptstadt, zu Einberufung des Reichstags und zu Aufnahme entschiedener Demokraten in seiner Mitte zu nöthigen. Somit trat Lelewel in jene Behörde unter dem Widerstreben der übrigen Mitglieder ein; der kühne und beredte Tribun der Verschwörungen gerieth jedoch hiedurch in eine falsche Stellung, sah sich in seiner Wirksamkeit gelähmt und der Klubb, von dessen Einfluß die Demokraten schnelle und revolutionäre Maasregeln erwarteten, verlor in ihm sein einflußreichstes Haupt, an dessen Leitung die Partei seit lange gewöhnt war. Der Verein setzte jedoch seine Sitzungen fort und der Zwiespalt zwischen ihm und der aristocratischen Behörde lag bald offenbar vor Aller Augen.

Der Großfürst stand unterdessen mit seinen Truppen noch dicht vor der Stadt, die Revolution war auf den Umkreis Warschau's noch immer beschränkt und es blieb somit ungewiß, in wiefern das Glück den Aufstand ferner begünstigen würde. Der demokratische Klubb (die patriotische Gesellschaft) verlangte ungestüm einen Angriff auf die Russen im Belvedere; die Unruhe stieg in der Hauptstadt, und neue Gewaltthätigkeiten droheten auszubrechen, als fernere Ereignisse das Gelingen des Aufstandes außer Zweifel setzten, und dem Großfürsten alle Möglichkeit den Kampf zu erneuen benahmen. Das außerhalb Warschau gelegene Heer schloß der Revolution

allmählich sich an. Am Morgen den 2. December zog General Szembek unter dem Jubel der Warschauer mit seinem Regimente in die Hauptstadt ein; der Großfürst sah sich ferner genöthigt, das polnische Jägerregiment, welches in den Straßen für ihn gekämpft hatte, zur Rückkehr zu entlassen, und bald auch folgten die Regimenter der Obersten Skrynecki und Rybinski. Unter diesen Verhältnissen blieb dem Großfürsten nur die Wahl zum Rückzug; Unterhandlungen mit dem Administrationsrath bewirkten ein Uebereinkommen, wonach Constantin sich ungestört mit seinen Truppen nach Litthauen zurückzog, nachdem er in einem Briefe an den Rath die polnischen Truppen entlassen und sich auf dem Marsche unter Obhut der Treue der Polen gestellt hatte. Vergeblich suchte die demokratische Partei dieß Verfahren zu verhindern, da sie die Hoffnung hegte, die litthauischen und vollhynischen Truppen im Corps des Großfürsten würden sich der Revolution anschließen, im Fall man den Großfürsten gefangen nähme und seine Regimenter entwaffnete. Die Reden im demokratischen Klubb, welche auf die Ausführung dieser Maasregeln drangen, verhallten jedoch ungehört in dem allgemeinen Jubel, welchen der Brief Constantin's und der Rückzug der Russen veranlaßte. Da die Nachricht vom baldigen Eintreffen der beiden schon erwähnten abgefallenen Regimenter in der Hauptstadt zu gleicher Zeit sich verbreitete, stieg der Freudenruf der sanguinischen Nation bis auf's Höchste, und ergriff alle Classen wie jegliches Alter. Triumphgeschrei der Truppen und des Volks, Glockengeläute,. Freudenschüsse ertönten auf den Straßen; Feste wurden den einrückenden Kriegern in den Häusern bereitet; überall herrschte Freude und Entzücken. Vielleicht gedenken die geächteten Polen im Unglück dieses Augenblicks mit Begeisterung, und die Erinnerung an den schnell vorübergehenden Zeitpunkt mag den Geflüchteten noch jetzt in den Leiden der Verbannung zum Troste gereichen.

Auch der Administrationsrath schritt jetzt zu entscheidenderen Maasregeln im Sinne der Revolution. Die Zusammenberufung des Reichstages ward auf den 18. December

beschlossen. Bis jetzt war jeglicher Schritt noch im Namen des russischen Kaisers geschehen. Chlopicki selbst hatte sich geweigert, eine Stellung anzunehmen, welche das Königreich Polen von den früher bestehenden Verhältnissen durchaus losgerissen hätte; die Ereignisse zwangen jedoch die Aristocratie, welche gegen die russische Regierung eine Opposition schon lange bezweckte, und deßhalb mit der Volksbewegung nicht zu brechen gedachte, zu einer Reihe von Maasregeln, welche den entschiedendsten Bruch mit Rußland auch von ihrer Seite zur Folge haben mußten. Der erste Schritt war die Ernennung einer provisorischen Regierung, welche aus Czartoryski, den Castellanen Kochanowsky, Pac und Dembowsky, aus Niemciewicz, Lelewel und Wladislaus Ostrowsky bestehen sollte. Chlopicki sollte nun den Oberbefehl über das Heer führen.

Die demokratische Partei drang unterdessen auf rasches Handeln. Sie versammelte sich am 4ten Dec., um die Verfassung der patriotischen Gesellschaft zu entwerfen, und durch bestimmte Plane die Verbreitung des Aufstandes zu fördern. Außer der Verfolgung des Großfürsten und der Entwaffnung der Russen war ihr Hauptzweck die Insurgirung Litthauens, wo Lelewel früher, als Professor in Wilna, den Keim des Aufstandes unter der Jugend gesät hatte. Die Ernennung eines Großmarschalls von Litthauen, der schnelle Einfall in diesen Theil der alten Republik erschien ihr als erste Nothwendigkeit. Chlopicki zeigte sich dem Verfahren abgeneigt. Die Unzufriedenheit der Partei mit dem General steigt somit fortwährend; es entsteht ein Tumult und die Absetzung Chlopicki's wird verlangt. Bald aber erprobt sich die Schwäche der Demokraten; der Augenblick, wo Volkstumulte Entscheidendes bewirkten, war schon vorüber; es zeigte sich öfters, daß die Erwartung derer vereitelt wurde, welche auf den Kampf und die Gewalt Frankreichs nach dem Jahre 1792 zurückblickend, für Polen Aehnliches erwarteten, daß ein Convent, welcher unumschränkt über die Heere und gebieterisch über die Generale verfügte bei einer Nation unmöglich blieb, welche militärischen Ruhm als den höchsten und den Stand des Kriegers als den geehrtesten zu betrachten seit Jahrhunderten gewohnt war. Einer militäri-

schen Revolution widerstrebte Alles, was nur auf Beschränkung, geschweige denn auf untergeordnete Stellung der Generale hätte zielen können.

Sobald Chlopicki die Nachricht von jenem Volkstumulte erhielt, gerieth er in so heftige Wuth, daß eine Art von Schlagfluß die Folge war. Er ward ernstlich krank; tobend gegen den patriotischen Verein, schickte er seine Adjutanten nach Hause, und erklärte, das Commando niederlegen zu wollen. Die Nachricht vom Tumult und von der Krankheit des Generals erweckte die heftigste Erbitterung beim Heer und somit auch bei dem Volke. Eine zahlreiche Menge sammelt sich unter Chlopicki's Fenstern und entfernt sich nur auf Bitten seines Arztes. Während dessen war auch der patriotische Verein zusammengetreten und die Berathungen begannen. Kaum war dieß aber geschehen, so stürzen Offiziere, Soldaten und mehrere Akademiker in den Saal, reißen den Redner vom Tische, löschen die Lichter und entfernen sich mit dem Rufe, der Clubb sey aufgelöst. Zahlreiche Akademiker und Zöglinge der Fähnrichsschule drohen Jedem Feinde des Generals mit Dolchstichen, und senden diesem am nächsten Tage eine Adresse, worin dieß offen ausgesprochen wurde; kurz es zeigte sich in jeder Hinsicht als offenbar, daß die Polen in der nahen Gefahr nicht dieselben Mittel zu versuchen vermochten, wodurch der französische Convent den Heeren und Generälen gegenüber, die bewaffnete Macht durch Schrecken zum Kampfe und zum Siege gezwungen hatte.

Am 5ten December erschien Chlopicki zum ersten Mal öffentlich in Generalsuniform. Unter ungeheurem Zulauf begibt er sich in den Sitzungssaal der provisorischen Regierung. Wie er eintritt, wird ihm seine Ernennung als Oberbefehlshaber überreicht; er wirft sie von sich mit den wüthenden Worten: „Ich will keine Ernennung; da ich sehe, daß keine Einheit in der Regierung ist, ergreife ich selbst die Dictatur, und erkläre den, der mir nicht unbedingt gehorcht, für einen Verräther.“ Er schlägt mit der Faust auf den Tisch und fügt hinzu: „Man muß sich vor Allem mit den inneren Feinden beschäftigen, sie sind gefährlicher als die äußeren.“ Er entfernt

sich, liest eine Proclamation ähnlichen Inhalts der ungeheuren Volksmasse, die ihn geleitete, und wird von ihr mit lautem Jubel begrüßt. In einer Proclamation des Abends beruft er sich auf die Gefahr des Vaterlandes und unterzeichnet sich bereits als Dictator; die Begeisterung, womit dieß aufgenommen wurde, vereitelte endlich alle Hoffnungen der Partei, welche einen andern Ausgang der Bewegung herbeiwünschte.

Chlopicki, in dessen Hände die höchste Staatsgewalt somit gerathen war, traf hierauf wenigstens Maßregeln, das ganze bisherige Königreich Polen für die Revolution zu gewinnen, und alle dort sich vorfindenden Mittel zum militärischen Widerstande ihr zu sichern. Er entsandte den Oberst Kicki nach Modlin, um diese von einem russischen Regiment besetzte Festung zur Uebergabe aufzufordern, welche um so wichtiger für den Augenblick wurde, da ungeheure Pulvervorräthe für die polnische Armee dort aufgehäuft waren. Jenem gelang es, den russischen Oberst, welcher sich ohnedem vom Großfürsten abgeschnitten sah, zur Uebergabe und zum Rückzuge nach Litthauen zu bewegen und somit die Munition des polnischen Heeres für den zukünftigen Krieg zu erhalten. General Sierawski ward als Gouverneur nach Zamocc entsandt und Maßregeln wurden getroffen, die Woiwodschaften des Königreichs in den Aufstand hineinzuziehen: dort aber war sogleich nach Verbreitung der Nachricht von den Ereignissen Warschau's eine Bewegung ausgebrochen. In Kalisch, Radom, Kielce, Plock, Augustowo wurden die anwesenden Russen entwaffnet, das Volk gerieth in Aufstand und Deputirte überbrachten nach Warschau das Anerbieten vom Beitritt an die dort begonnene Umwälzung. Eine allgemeine Bewaffnung ward vorbereitet; die früher entlassenen Krieger des polnischen Heeres erhielten Befehl, die Waffen wieder zu ergreifen; das alte, in neuerer Zeit nutzlose Aufgebot aller berittenen Edelleute, die Pospolite, ward wieder erlassen und die von Kosciusko's Zeiten her berühmten Krakusen und Sensenträger wurden in allen Theilen des Königreichs organisirt. Uebrigens wird auch hierin von einem Theil der ausgewanderten Polen dem General der Vorwurf gemacht, er habe den Aufschwung vielmehr gehindert als

befördert, die Einzelnen, welche Opfer brachten, mit militärischer Härte behandelt, die Anerbietungen Anderer zurückgewiesen, die Ausrüstung der neuen Truppen erschwert u. s. w.; kurz er habe sogar in den militärischen Maßregeln dem Aufstande sich abgeneigt und feindlich erwiesen, und auch hierin das allerdings schon oft gegebene Beispiel erneut, wie selten Militärchefs sich fähig zeigen, eine allgemeine Bewegung zu fördern und zu leiten. Wie wenig er übrigens selbst mit dem größern Theil der höhern Stände, welche sich ihm angeschlossen, die wahre Lage der Dinge durchschaute, bewies sein Verfahren, sogleich nachdem er die ihm übertragene Gewalt in seinen Händen hinlänglich gesichert sah.

Chlopicki, wie es heißt, durch Lubecki überredet, hoffte auf eine Ausgleichung mit Rußland. Er gedachte nicht der eigenthümlichen Zusammensetzung noch der inneren Verhältnisse des russischen Kaiserreichs, welche Unterhandlung und Vergleich mit einem gewaltsam losgerissenen Theil wegen der Sicherheit des Ganzen unmöglich machten. Wie wenig übrigens eine Ausgleichung zu erwarten war, zeigte schon die Strenge, womit die russische Regierung einen Aufstand in Sebastopol noch vor wenigen Monaten unterdrückt und bestraft hatte. Bei der Revolution Polens mußte die Energie dieses Systems noch durch den Umstand erhöht werden, daß der Besitz der früher von Polen losgerissenen und mit Rußland vereinigten Theile durch den Aufstand Warschau's zugleich in Frage gestellt wurde.

In der Hoffnung, Concessionen wären vom Kaiser nach den stattgefundenen Ereignissen zu erwarten, beschloß der Dictator, eine Deputation nach Petersburg zu senden, welche sowohl Vergessenheit des Geschehenen dort erwirken, als auch über das Fortbestehen der Nationalgarden, die Entfernung des Großfürsten und die gänzliche Ausführung einer Verfassung mit Preßfreiheit u. s. w. unterhandeln sollte, deren theilweises Bestehen sich bereits als unverträglich mit dem russischen Regierungssystem erwiesen hatte. Die ganze Partei des höheren Adels, die sogenannte diplomatische, ging mit Freuden auf diesen Vorschlag ein, und erwies somit ihre Unfähigkeit zu dem Namen, worauf sie Anspruch machte, da sie in einem Fall,

wo nur von unbedingter Unterwerfung die Rede seyn konnte, eine begonnene Revolution auf friedlichem Wege zu befestigen wähnte. Vergeblich widersprachen die Zeitungen, das einzige Organ, welches der demokratischen Partei nach Auflösung ihres Clubbs verblieben war, und drangen auf unmittelbaren Angriff Litthauens, um in den russisch-polnischen Provinzen den Aufstand ebenfalls hervorzurufen und zu organisiren. Die Presse ward vom Dictator verachtet und blieb ohne Einfluß auf die Masse, welche in jenen Tagen diesem Militärchef mit unbedingter und unbegrenzter Verehrung entgegen kam. Somit ward die demokratische Partei auf ihr früheres Mittel, auf Verschwörungen wieder beschränkt, deren Augenblick und Wirksamkeit seit den ersten Tagen des Aufstandes vorübergegangen waren. Wie es heißt, wird von ihr beschlossen, Chlopicki auf dieselbe Weise zu überfallen wie den Großfürsten, und eine provisorische Regierung, worunter Lelewel und Xaver Bronikowsky, einzusetzen. Moritz Mochnawsky, einer der Verschworenen der Fähnrichsschule, soll entschlossen gewesen seyn, den Handstreich auszuführen, Wysocky ihn jedoch daran verhindert haben. Wie dem auch sey, die Bemühungen und Worte der demokratischen Partei blieben nutzlos, und wahrscheinlich hätte Gewaltthätigkeit bei der herrschenden Volksstimmung sich ebenfalls als unwirksam erweisen müssen. Die Deputation, bestehend aus Lubecki und dem Landboten Jezcerski, reiste nach Petersburg ab, und der Augenblick ging verloren, wo durch den Ueberfall der noch unvorbereiteten Russen ein allgemeiner und erfolgreicher Aufstand in Litthauen hätte organisirt werden können. Wie sehr übrigens dort eine heftige und größere Bewegung schon damals durchaus nicht unmöglich gewesen wäre, bewies wenigstens die nächste Folge, als es bedeutende Anstrengungen der wohlgerüsteten Russen erforderte, um einen ungeordneten, aber weit verbreiteten Aufstand zu unterdrücken.

Während jene Gesandten in Petersburg erschienen, wurden die Rüstungen in den Grenzen des Königreichs mit ungewöhnlicher Anstrengung betrieben. Jener Freudenrausch Warschau's in den ersten Tagen des Aufstandes ergriff das ganze Land; alle Polen eilten zu den Waffen, wetteiferten mit

Opfern, und bereiteten einen Widerstand, wie ihn die neuere Geschichte in demselben Verhältnisse seit Jahrhunderten nur zwei Mal aufzuweisen vermag. Unter solcher Aufregung nahte der 18te December, der Tag, auf welchen die Berufung des Reichstages vom Administrationsrathe festgesetzt war. Schon einige Tage vorher waren zahlreiche Landboten eingetroffen, und hatten sich in vorbereitenden Versammlungen vereinigt. Natürlich war Chlopicki's Dictatur der erste Gegenstand ihrer Berathungen. Man beschloß, den Dictator zu ersuchen, daß er die bürgerliche Gewalt in die Hände der Versammlung niederlegen und nur den Oberbefehl über das Heer behalten sollte. Als sich aber der General dessen weigerte, vermochten auch jene Deputirten der allgemeinen Stimmung, ungeachtet der Bemühungen der Demokraten, nicht zu widerstehen, und ließen somit die Beschlüsse ahnen, welche nach Eröffnung des Reichstages Statt fanden. Jene Versammlung ward jedoch zu weiteren Schritten durch die Vorstellung der Demokraten bewogen, wie der Dictator durch nutzlose Unterhandlungen den günstigen Zeitpunkt zum Handeln entschwinden lasse, und überhaupt das Gelingen der Revolution dadurch in Frage stelle, daß er die Vertheidigung und den Kampf auf das stehende Heer zu beschränken suche. Eine neue Deputation, welcher der Fürst Adam Czartoryski sich ebenfalls anschloß, begab sich zu ihm, das Verlangen zu wiederholen. Czartoryski hielt an ihn eine Anrede, worin er aussprach, die polnische Nation wünsche den Kampf und das Aufhören der Unterhandlungen. Chlopicki erwiedert, er könne nur versprechen, daß kein Russe in das Königreich einrücken, und die Constitution nicht länger verlezt werden solle. Größere Verantwortlichkeit könne er nicht übernehmen. Der Landbote Zwierkowsky erinnert den Dictator, es sey nicht allein von den Woiwodschaften des Königreichs, sondern zugleich von Litthauen, Volhynien, Podolien und der Ukraine die Rede. Da fährt ihn Chlopicki wüthend mit den Worten an: Ich stehe hier im Namen eines konstitutionellen Königs und bin nicht da, um mich mit Landboten zu streiten. Er ergreift seinen Hut und verläßt das Zimmer.

Dieser Vorfall, als er bekannter ward, bewirkte auf's

Neue eine Aufregung zu Gunsten des Dictators. Jene Akademiker, die Chlopicki schon behülflich gewesen waren, die höchste Staatsgewalt zu ergreifen, ließen auf's Neue Drohungen gegen die Deputirten vernehmen, welche seiner Ernennung sich widersetzen würden; Offiziere und Soldaten droheten mit Gewaltthätigkeiten. Die democratische Partei blieb dagegen auch ihrerseits nicht unthätig, und ihr Organ, der polnische Courier, suchte am Sturze Chlopicki's zu arbeiten. Einige junge Mitglieder derselben sollen sich sogar erboten haben, den General im Nothfalle zu ermorden, aber auch dießmal gingen alle Bemühungen wie die früheren, ohne Wirkung vorüber. Am 18. December trat endlich der Reichstag zusammen. Wie zu erwarten war, offenbarte sich in der ersten Sitzung die heftigste Begeisterung einer lange Zeit in der Art ungewöhnlichen Versammlung, welche zugleich von den Ereignissen fortgerissen, in einer bisher noch nie empfundenen Zwangslosigkeit ihre Bedeutung fühlte. Unter lautem Jubel wird der Aufstand als national erklärt, der Graf Wladislaus Ostrowsky wird einstimmig zum Reichstagsmarschall ernannt und auf den Armen der Deputirten in den Sessel erhoben; die Landboten wetteifern mit Opfern aller Art, welche den Rüstungen zum nahen Kampfe gebracht werden; man beschließt ein Manifest in Betreff des Aufstandes, welches alle Mitglieder zu unterzeichnen sich bereitwillig erklären. Kaum aber war die Sitzung geschlossen, so erhielt Fürst Czartoryski Präsident des Senats und der Reichstagsmarschall ein Schreiben Chlopicki's, worin dieser barsch erklärte, die Constituirung des Reichstages thue seinen Rechten als Dictator Eintrag und er lege deßhalb sein Amt auf der Stelle nieder. Schon um 4 Uhr des andern Morgens eilen beide zu Chlopicki und bitten ihn vergeblich seinen Entschluß zurückzunehmen. Die Nachricht verbreitet sich schnell und mit ihr entsteht Unruhe in der Hauptstadt. Chlopicki's Partei (jedoch ohne Mitwirkung des Generals) droht auf's Neue mit Gewaltthätigkeit; die Akademiker, welche des Dictators Ehrenwache bilden, verfolgen die Mitglieder der demokratischen Gesellschaft. Einem derselben, (Zawisza), eilen sie mit Carabinern nach; sie verfolgen

ein anderes Mitglied (Moritz Mochnawsky) um diesen an einer Laterne aufzuhängen; die Tribünen des Saals, worin der Reichstag seine Sitzung hält, füllen sich mit Leuten, welche die Berathung durch wüthendes Geschrei von Zeit zu Zeit unterbrechen, Chlopicki's Akademiker übernehmen die Wache am Versammlungssaal, wie es heißt, mit geladenen Gewehren. Kurz, es bot sich ein Schauspiel, wie man es schwerlich bei einer Nation erwarten würde, welche die Freiheit sich im Kampfe gewinnen will. Die Freiheit der Berathung ward den Repräsentanten nur zu dem Zweck benommen, um an die Stelle der umgestürzten Regierung ein dazu unfähiges, an militärisches Verfahren und somit an Willkühr gewohntes Haupt zu setzen.

Unter diesen Verhältnissen hielt der Reichstag am 19. December seine Sitzung. Der Marschall eröffnete sie mit einer Rede, worin er die Ernennung Chlopicki's zum Dictator, und die Verfassung eines Manifestes vorschlug. Nur ein Landbote, Morawsky, hielt gegen den ersteren Vorschlag eine Rede; die Worte eines zweiten wurden durch den Ruf der Tribünen übertäubt, und als ein dritter sich als Redner erheben wollte, ward der Lärm so heftig, daß dieser seinen Vorsatz aufgeben mußte. Eilig schritt man zur Abstimmung. Fast einstimmig ward Chlopicki ernannt, denn nur ein Landbote, Theophil Morawsky, hatte den Muth, den Tribünen und der Versammlung ein deutliches Nein! zuzurufen. Man ernannte hierauf eine Commission zur Beaufsichtigung des Dictators, worunter Soltyk, Morawsky, Ledochowski sich befanden, und wozu der Senat mehrere Namen, unter Andern die seines Präsidenten, des Fürsten Czartoryski, des Fürsten Michael Radziwill und des General Pac hinzufügte. Dann ward eine Commission zur Entwerfung eines Manifestes erwählt, worin die Rechtfertigung des Aufstandes und der Zweck desselben dargethan werden sollte, in welcher unter andern die Landboten Malachowsky und Lelewel sich befanden.

Sobald dies geschehen war, kündigt ein Adjutant Chlopicki's dessen Erscheinen an; der Senatspräsident begrüßt den General mit einer Anrede, und legt die Dictatur in seine Hände,

Chlopicki erwiederte mit einer kurzen, abgelesenen Erklärung, worauf der Ruf: Es lebe der Dictator! auch im Saale und auf den Tribünen erschallte und sich schnell durch alle Straßen Warschau's verbreitete. Der Reichstag aber hatte sich seiner Gewalt begeben.

Zweites Kapitel.

Chlopicki's Dictatur. — Manifest über den Aufstand. — Ursache der Unzufriedenheit mit Chlopicki. — Stellung Rußlands gegen den Aufstand. — Chlopicki's Abdankung.

Die usurpirte Dictatur Chlopicki's war somit in den Augen der aufgestandenen Polen zur gesetzmäßigen geworden. Man constituirte hierauf die neue Staatsgewalt, jedoch auf eine Weise, daß jegliche Thätigkeit durch unendliche Verwirrung gehemmt wurde. Anstatt der Einheit, der ersten Bedingung einer revolutionären Regierung für den Fall des Gelingens, waren eine Menge Gewalten erschaffen, welche nothwendig in einander greifen mußten. Außer dem zur Regierung durchaus unfähigen General, bestand die Aufsichtscommission, die sich natürlich in Alles mischen mußte, was vorging, ferner die vom Dictator ernannten Minister, die ebenfalls in ihren einzelnen Departements zu befehlen hatten, der Nationalrath, welcher über Ausführung der alt polnischen Gesetze wachen sollte, und endlich die Manifestredaction, die in einer Angelegenheit, welche wegen ihrer nothwendigen Folgen die höchste Wichtigkeit besaß, durchaus als unabhängig dastand. Die ganze Staatsmaschine gerieth somit in Unordnung und es zeigte sich der entschiedenste Gegensatz zu jener Zeit, als die Ausschüsse des Convents mit eiserner Hand Frankreich selbst und das Ausland eben dadurch zu überwinden vermochten, daß

Alles Einzelne, welches auf die Regierung Bezug hatte, so genau in einandergriff, wie dieß in der geordnetsten Büreaukratie sonst geschehen konnte. Nur in einem Punkte, der Umbildung des alten Heeres, zeigte Chlopicki Thätigkeit und Gewandtheit auf eine Weise, welche selbst seine Feinde anzuerkennen gezwungen sind; es war die einzige Sache die er verstand, und worin er instinktmäßig so wie später bei Grochow durch sein Militärgenie zu dem Passenden geleitet wurde. Dagegen die Errichtung des neuen Heeres und die allgemeine Bewaffnung, die Verwendung des Nationalschatzes, so wie alle übrigen auf den Kampf sich beziehenden Maasregeln geschahen auf eine Weise, daß augenblickliche Verwirrung und spätere Verlegenheit die nothwendige Folge war. So entstand allmählig Unzufriedenheit mit dem Dictator; man erinnerte sich seiner Unthätigkeit hinsichtlich Litthauens, deren Unzweckmäßigkeit unter den bestehenden Verhältnissen zu offenbar war, um nicht zuletzt allgemein gefühlt zu werden; eine Menge Umstände kamen hinzu, die endlich sogar bei dem Heere selbst Erbitterung erweckten, eine Verschwörung veranlaßten, und die Abdankung des Dictators endlich bewirkten.

Die erste Ursache, weßhalb der Dictator seine Popularität verlor, war sein Verfahren hinsichtlich des Manifestes. Nachdem dies verfaßt und von Senatoren wie von Landboten unterzeichnet war, verbot der alte Militär, der keinen Begriff von freier Presse jemals gehabt hatte, und zugleich sich der Angriffe des polnischen Couriers erinnern mochte, die Bekanntmachung in den Zeitungen. Die Redaction des Manifestes beschloß, sich hierauf an die Aufsichtscommission zu wenden, und diese, unzufrieden mit der jedenfalls unpassenden Maasregel des Dictators, erlaubte den Druck. Chlopicki wird wüthend und droht den Zeitungs-Redactoren, die das Manifest aufnehmen würden, mit seiner ganzen Macht; es fand sich aber am nächsten Morgen in den Columnen des Couriers. Der Dictator, voll Zorn über den ihm widerfahrenen Ungehorsam, gerieth mit der Aufsichtscommission in Streit, welchen ein von dieser Behörde verlangter Bericht

über die übrigen Regierungsmaasregeln noch erhöhete. Die Popularität bei der Masse verlor ferner Chlopicki zu gleicher Zeit durch ein langsames und ungeschicktes Verfahren hinsichtlich mehrerer gefangener Spione der früheren Regierung, deren Bestrafung das Volk Warschau's ungestüm erwartete *); das Heer ward endlich unzufrieden, weil das Unzweckmäßige der langsamen und halben Maasregeln bei der allgemeinen Bewaffnung sogar den untersten Kriegern endlich offenbar ward. So weigerte sich der Dictator durch Aufnahme der Sensenträger als drittes Glied im stehenden Heere, die Zahl desselben auf 90,000 Mann zu erhöhen; die Art der Befestigungen Warschaus ward von allen kundigen Strategen getadelt, und die Schwierigkeiten, welche sich vorfanden, die Artillerie des Heeres zu vermehren, steigerten die Unzufriedenheit der einzelnen Truppentheile. Endlich erhöhten schlimme Nachrichten aus Petersburg die üble Stimmung. Die geheimen Gesellschaften gewannen durch diese Umstände begünstigt, mehrere in Warschau liegende Truppenabtheilungen, und ein Schlag gegen den Dictator ward vorbereitet als dieser selbst durch einen Offizier, welchem Eröffnungen gemacht waren, von der Sache hörte. Er ließ sogleich auf Angabe desselben Lelewel, Bronikowsky und J. B. Ostrowsky verhaften und verlangte vom Justizminister ein Kriegsrecht solle über die drei entscheiden; da der Minister Bonaventura Niemojowsky sich dessen weigerte übertrug Chlopicki die Sache dem Nationalrathe. Dieser aber beschließt, wegen der schwankenden Angaben die Verhafteten in Freiheit

*) Sogar die demokratische Partei verlangte, der Dictator solle die gefangenen Spione (um sie zu retten) wenigstens dem Volke aus den Augen bringen, und sie in eine entlegene Festung transportiren lassen.

**) Mehrere Generale drangen darauf, die Hauptstadt wie ein großes Lager, von wo aus man den vertheilten Feind bald hier bald dort überfällt, und sich vor der Uebermacht sogleich, zurückzieht, mit Redouten zu umgeben. Chlopicki aber ließ Warschau wie eine förmliche Festung verschanzen, zu deren vollständigen Besetzung ein größeres Reservekorps erforderlich war, als die Polen besaßen.

zu setzen, und die Sache den gewöhnlichen Gerichten zu übertragen. Somit hatte Chlopicki nicht allein mit Volk und Heer, sondern auch mit allen bestehenden Behörden in Kurzem sich überworfen.

Vielleicht um einige Popularität sich wieder zu erwerben, unterzeichnete der Dictator am 13. Januar das Decret zur vollständigen Organisirung der Nationalgarde, und übertrug dem Grafen Anton Ostrowski, einem Bruder des Reichstagsmarschalls, den Oberbefehl. Dieß war eine der wenigen Maasregeln die er im Sinne des Aufstandes, sowohl durch das endliche Ordnen und regelmäßige Bewaffnen der bisher regellosen Sicherheitsgarde, so wie durch die Wahl des Führers vornahm, welcher durch Leutseligkeit und offenen Charakter bei dem Mittelstande um so mehr beliebt war, da er durch bedeutende industrielle Unternehmungen schon früher mit diesem in mannigfacher Berührung gestanden hatte. Dieß Verfahren des Dictators war aber als eine Maasregel von untergeordneter Wichtigkeit durchaus nicht im Stande das bereits verlorene Vertrauen ihm wieder zu gewinnen. Die Nachrichten aus Petersburg entschieden endlich vollkommen seine Entfernung, der er nur durch freiwillige Abdankung zuvorkam.

Die Gesandtschaft des Dictators ward vom Kaiser in officieller Audienz nicht empfangen. Später sogar ward offen erklärt, der Aufstand Polens werde die Aufhebung der bisherigen Verhältnisse, wodurch die Revolution offenbar befördert sey, zur Folge haben, und Rußland werde nach Unterdrückung derselben das Königreich in der Art regieren, daß eine gewaltsame Umwälzung für die Zukunft dort unmöglich werde. Diese Erklärung des Kaisers, welcher das spätere Verfahren consequent entsprach, erschien nicht allein wegen des inneren Regierungssystems im russischen Reiche als Nothwendigkeit, sondern zeigte sich zugleich als übereinstimmend mit der Gesinnung jener Klassen, welche die öffentliche Meinung des russischen Volkes bilden. Der Nationalstolz derselben hätte es um so weniger ertragen, daß die, durch Catharina gewonnenen Provinzen vom Reiche getrennt würden, je mehr die Erwerbung derselben als nothwendige Bedingung, Macht und

Einfluß auf Europa zu erlangen, schon früher gewünscht und erstrebt war. Eine solche Trennung zeigte sich aber als nothwendige Folge der in Warschau ausgebrochenen Revolution, besonders da in jenen Provinzen eine nicht unbedeutende, zu Veränderungen geneigte Partei unter allen Ständen sich vorfand, welche den Glanz und die inneren Verhältnisse der früheren Republik nicht vergessen konnte. Endlich ward der seit Jahrhunderten bestehende Nationalhaß zur wirksamen Triebfeder, die Energie der Russen in dem bevorstehenden Kampfe zu wecken, und das Verfahren der Regierung während des Feldzugs und nach der Besiegung des Aufstandes in jeder Hinsicht zu unterstützen. Einzelne Polen schienen auf einen Aufstand im Inneren Rußlands oder auf einen Abfall des Heeres nach Art der Empörung Pestelec Murawief's, im Jahre 1825 zu hoffen; dieß soll wenigstens der General Potocki, welcher beim Aufstande Warschau's in einem Versuche fiel, die Truppen zu beruhigen, den Verschworenen der Fähndrichsschule früher erklärt haben; diese Erwartung mußte aber schon damals enttäuscht werden, als die russischen Gardeoffiziere, in einem Exercierhause versammelt, nachdem sie die Revolution Warschau's vernommen hatten, in eine Erbitterung ausbrachen, welche sogar der Kaiser zu beschwichtigen für nothwendig hielt.

Lubecki blieb in Petersburg zurück; der zurückkehrende Landbote Jezierski war noch nicht angekommen. Chlopicki hatte, um die Antwort zu beschleunigen, einen seiner Adjutanten nach Petersburg gesandt, und dieser kehrte entmuthigt am 15. Januar mit Briefen zurück, worin der Dictator durch Graf Grabowski im Namen des Kaisers aufgefordert wurde, die Armee nach Plock zur Unterwerfung zu führen und die Regierung dem Administrationsrathe wieder zu übergeben. Der Dictator legte die Briefe dem Nationalrath vor. Es entstand eine hitzige Debatte gegen den Dictator, welcher, noch immer unfähig die Lage der Dinge zu erkennen, die Aufforderung zur Thätigkeit zurückwies. Durch Stimmenmehrheit ward beschlossen, alle ferneren Unterhandlungen abzubrechen. Erbitterter zeigte sich die Beaufsichtigungscom-

mission. Es war davon die Rede, dem General nur den Oberbefehl über das Heer zu lassen und die Staatsgewalt ihm zu nehmen. Als eine Deputation desselben vor dem Dictator erschien, ward er barsch, roh und wüthend; mit der Faust an die Wand schlagend, erklärte er einen erfolgreichen Krieg mit Rußland für unmöglich, und wiederholte die frühere Aeußerung, er wolle nur den Oberbefehl über das Heer unter der Bedingung führen, daß er zugleich die Staatsgewalt besäße. Die Deputation entfernt sich, und sogleich beginnt die Beaufsichtigungs-Commission eine Berathung über die Absetzung des Dictators. Dieser aber sah mit Schmerz, daß seine Zeit vorüber war. Seine sonst gefüllten Vorzimmer waren schon seit mehreren Tagen leer geblieben; seine Adjutanten hatten sich von ihm entfernt; die Aufregung gegen ihn war mit jedem Tage gestiegen; jene Akademiker, die sein Werkzeug bei Ergreifung der Dictatur gewesen waren, zeigten sich jetzt gegen ihn eben so erbittert, wie sie ihn früher verehrt hatten; unzählige Stimmen riefen über Verrath, und Chlopicki sah seine persönliche Sicherheit bedroht. Er beschloß, seine Entlassung einzureichen, und kam so der Beaufsichtigungscommission zuvor. Die Erbitterung gegen ihn war aber dadurch noch nicht beschwichtigt, und es gelang nur mit Mühe der Nationalgarde und ihrem Führer, Tumulte zu verhindern, welche das Leben des Exdictators bedroht haben würden.



Drittes Kapitel.

Ernennung Michael Radziwill's zum Oberbefehlshaber. — Beschluß des Reichstages. — Absetzungsdecret hinsichtlich des Hauses Romanow. — Ernennung einer neuen Regierung aus 5 Mitgliedern. — Betrag des zur Verfügung stehenden Heeres.

Nach dem halb freiwilligen Rücktritt des Dictators mußte die Staatsgewalt natürlich wieder zur Verfügung des Reichstags gestellt werden, dessen Zusammenberufung auf den 19. Januar festgesetzt wurde. Bis dahin verblieb sie den bestehenden Behörden, welche zwar keine entscheidende Maasregel vorzunehmen wagten, allein die Ernennung eines Oberbefehlshabers für das Heer nicht verschieben durften. Unter den Führern des alten Heeres schien jedoch keiner für das wichtige Amt geeignet. Krukowiecki, ein alter General, welcher schon in den Kriegen der Theilung mitgefochten hatte, erregte deßhalb kein Vertrauen, weil man seinen zu Intriguen geneigten Charakter schon genugsam erkannt zu haben glaubte; die übrigen Generale, Pac, Szembeck, Sierawski, Klicki waren entweder durch geschwächte Gesundheit und hohes Alter zur Führung der Truppen in einem Feldzuge unfähig, oder hatten noch nie ein größeres Corps befehligt, und entbehrten daher des Vertrauens beim Heer. Somit fiel die Wahl auf den Fürsten Michael Radziwill, einen Mann von edlem und bescheidenem Charakter, welcher zwar nur in einer untergeordneten Stellung während der Kriege Napoleons sich befunden hatte, bei dessen Ernennung jedoch die Betrachtung seines hohen Ranges überwiegend war. Nach der Erklärung des russischen Kaisers schloß sich nemlich der höhere Adel, welcher erst jetzt die Unmöglichkeit einer Ausgleichung und die

Nothwendigkeit eines Vertilgungskampfes einzusehen schien, dem Aufstande entschieden an, und blieb in keiner Hinsicht hinter den Bemühungen der übrigen Volksklassen zurück. Die Bestätigung jener Ernennung Radziwill's war auch die erste Handlung des wieder zusammentretenden Reichstags, obgleich der Fürst, im Bewußtseyn seiner Unfähigkeit im Kriege, dieselbe durchaus nicht wünschte, und zu wiederholten Malen um niedere Stellung im Heere aufrichtig bat. Chlopicki wurde übrigens bald darauf, besonders durch Zureden des Fürsten Czartoryski bewogen, sich ebenfalls zur Armee zu begeben, und erregte somit bei den Polen die Hoffnung, die Unerfahrenheit des Fürsten im Kriegführen, werde durch den Rath und die strategischen Talente des alten Generals ausgeglichen werden.

Der zweite, und ohne Zweifel der wichtigste Beschluß des Reichstags war die Erklärung, der Thron sey erledigt. Der Vorschlag war von der demokratischen Partei ausgegangen, und schon am 21. Januar hatte der Abgeordnete Soltyk den Antrag gestellt: das Haus Romanow für immer vom Besitz der Krone Polens auszuschließen. Die gemäßigtere Partei suchte jedoch die Berathung so lange wie möglich zu verschieben, als am 24. Januar 2 Proklamationen des russischen Feldmarschalls Diebitsch in Warschau eintrafen, welcher bereits im Begriff stand, ein wohlgerüstetes und zahlreiches Heer in das Königreich Polen zu führen. Unbedingte Unterwerfung des Heeres, allgemeine Entwaffnung des Aufstandes waren die Forderungen des Feldmarschalls, welcher nur unter dieser Bedingung Vergessenheit des Geschehenen den Polen anbot, zugleich aber Bestrafung für die Urheber der Revolution verkündete. Natürlich ward in Warschau eine allgemeine Aufregung dadurch veranlaßt, welche den Gliedern des Reichstages um so mehr sich mittheilte, da diesem die Depeschen des Landboten Jezierski von Petersburg schon am folgenden Tage, den 25. Januar, vorgelegt wurden. Reue über den nutzlos und unwiederbringlich verlorenen Augenblick zum Angriff Litthauens, Erbitterung auf der einen, und Niedergeschlagenheit auf der andern Seite bewirkten zuerst gegensei-

tige Vorwürfe, und der ehrwürdige Niemcewicz mußte mit Schaamröthe eingestehen, er sey von Lubecki getäuscht worden. Dann folgte eine stürmische Berathung über den Inhalt der Depeschen, wobei die Rede Jezierski's durch Pfeifen und Tumult öfter unterbrochen ward, denn dieser war der Einzige, welcher gegen den Vorschlag Soltyk's offen aufzutreten wagte. Feurige Reden der beiden Grafen Ostrowski und des Landboten Ledochowsky erhöhen die erhitzte Stimmung der Versammlung; die diplomatische Partei, welche den äußersten Schritt gern zu vermeiden wünschte, schwieg bestürzt, mochte aber zugleich einsehen, daß die Verschiebung der Maasregel die revolutionäre Kraft einerseits lähmen, und andrerseits den Marsch der Russen in keiner Weise aufhalten würde. Noch einmal hat Jezierský den Muth zu protestiren, als über den Vorschlag ohne Verhandlung der Commission abgestimmt werden sollte; er wird auf's Neue ausgezischt und Niemcewicz verfaßt das Entsetzungsdecret, welches alle anwesenden Landboten und Senatoren sogleich unterzeichnen.

Die dritte Maßregel des Reichstages war die Ernennung einer Regierung. In den Commissionen hatten lebhafte Debatten über zwei Gesetzentwürfe Statt gefunden, wovon der eine die Errichtung einer Regierung mit beinahe königlicher Gewalt und einem Ministerium nach Art der constitutionellen Staaten, der andere dagegen als unmittelbare Regierung einen Ministerrath mit einem Präsidenten vorschlug. Der erstere Entwurf war von dem Landboten Barzykowsky ausgegangen und wurde von Vincenz Niemojowsky, Deputirten von Kalisch, einem in neuerer Geschichte tief erfahrenen Manne unterstützt, welcher sich die Ideen des Staatsrechts durchaus nach englischen und französischen Vorbildern geschaffen hatte, und deßhalb einem Vorschlage sich geneigt fühlte, welcher einige Aehnlichkeit mit constitutioneller Staatsform darbot. Der andere Vorschlag hatte den Vorzug der größeren Einfachheit, näherte sich aber der republikanischen Verfassung und hatte somit die diplomatische Partei zu entschiedenen Gegnern. Der Reichstag schlug einen Mittelweg zwischen beiden ein. Er beschloß die Ernennung einer Regierung von 5 Per-

sonen, worin alle Meinungen repräsentirt wurden, so daß zwei Vertreter der diplomatischen Partei, zwei Vertreter der streng constitutionellen Ansicht und ein Vertreter der demokratischen in derselben ernannt werden sollten. Das constitutionelle Princip sollte durch einen Präsidenten unter diesen repräsentirt werden. Zu letzterem wurde am 30. Januar der Fürst Czartoryski, zu den vier andern Niemoiowski, Morawski, Barzykowski und Lelewel gewählt. Eine sechste in allen Militärangelegenheiten entscheidende Stimme erhielt der Oberbefehlshaber, dem ein beständiger Sitz in der Regierung übertragen wurde, so lange das Hauptquartier sich in der Hauptstadt oder in deren Nähe befinde. Die so zusammengesetzte Regierung erhielt mehrere Rechte des constitutionellen Königthums: z. B. das Recht der Minister-Ernennung, das der Begnadigung, die Gewalt, Bündnisse zu schließen, höhere Offiziere zu ernennen u. s. w., andere, z. B. das Recht der Senatorenwahl, das des Kriegs und des Friedens wurden ihr genommen. Außerdem durfte sie auf keine Weise in den Gang der militärischen Operationen eingreifen.

Dieser vielköpfigen, aus allen Parteien gebildeten Regierung fehlte natürlich die in der nahen Gefahr so nothwendige Einheit und Schnelligkeit des Entschlusses. Wäre die Revolution siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen, so hätte wahrscheinlich später eine Partei die übrigen aus der Regierung wie im Convente verdrängen müssen, und neue Zwistigkeiten und Veränderungen wären somit die Folge gewesen. Lelewel, der unter den Fünf gänzlich vereinzelt dastand, blieb ohne alle Bedeutung, und dieser gewaltige Tribun hatte somit wieder eine Stellung sich anweisen lassen, wo seine Thätigkeit durchaus verloren gehen mußte. Die Verwirrung, welche aus der Repräsentation aller Parteien hervorging, ward ferner noch dadurch vermehrt, daß die einzelnen Fünf, anstatt gemeinschaftlich über Alles zu entscheiden, nach dem Beispiele des Fürsten Czartoryski, welcher die Leitung der auswärtigen Verhältnisse sich vorzubehalten wünschte, die einzelnen Departements der Ministerien zum Felde ihrer Wirksamkeit wählten und somit zwar ihren guten Willen beurkundeten, aber die Unabhängig-

keit der Minister fortwährend beeinträchtigten und ihrer Thätigkeit hindernd entgegentraten. Endlich lag der Hauptmangel dieser Regierungsform in der Stellung zum Heere und zu dessen Oberbefehlshaber. Anstatt gegen diesen die Obergewalt der höchsten Staatsbehörde geltend zu machen und zu behaupten, hatte man dieß wieder nicht gewagt, aus Furcht die Soldaten zu beleidigen; die Stellung, welche der Oberbefehlshaber erhielt, konnte auf die Operationen desselben schädlich einwirken; war jener zu Intriguen geneigt, so mußte er sein Hauptquartier absichtlich in der Nähe Warschau's fortwährend erhalten, um den ihm zuertheilten Einfluß nicht zu verlieren; man konnte ihn freilich absetzen; allein während der Berathungen, wobei der General ohnedem immer eine entscheidende Stimme haben konnte, mochte der zum Handeln günstige Zeitpunkt entschwunden seyn. Später hatten die Polen die schlimmen Folgen dieses Systems bitter zu beklagen.

Die Regierung war übrigens in ihren Vorbereitungen zum nahen Kampfe durchaus übereinstimmend; die finanziellen Hülfsquellen zeigten sich bald, hauptsächlich durch freiwillig gebrachte Opfer, für den ersten Augenblick in besserem Zustande, als man anfangs erwartet hatte; die Verfertigung von Waffen ward thätig betrieben und 64,000 Mann, worunter 17,000 M. Cavallerie, 43,500 M. Infanterie und 4000 M. Artillerie mit 136 Kanonen konnten gleich anfangs den Russen entgegengestellt werden. Diese Zahl konnte man auf 130,000 M. im Laufe des Feldzuges erhöhen, wenn es gelang, alle zur Verfügung stehende Mannschaft gehörig zu bewaffnen.



Viertes Kapitel.

Frankreich.

Schilderung der Parteien seit der Julirevolution. — Wahlgesetz. — Aeußere Politik. — Unruhen am 14. Februar.

Die in Polen durchgeführte Revolution bewirkte in ganz Europa um so heftigeren Eindruck, je mehr man überall deutlich fühlte, daß ihr vollkommenes Gelingen die Bewegung nicht auf die Grenzen jenes Königreichs beschränken würde. Der kaum gesicherte Frieden nach Anerkennung der in Frankreich neugegründeten Monarchie ward wiederum schon deßhalb in Frage gestellt, daß man in keiner Weise wissen konnte, zu welchem Verfahren hinsichtlich Polens die französische Regierung durch die Kammern gezwungen werden konnte. Man sah ein, daß die Ministerien von den Repräsentanten des Volks die Richtung ihres Verfahrens erhalten müßten, und für's Erste nicht im Stande seyn könnten, diese auf eine bestimmte Politik selbstständig zu leiten. Die Auflösung der Kammer stand bevor; die Art des neuen Wahlgesetzes, so wie dessen Resultate waren ungewiß. Bei dem Mitgefühl, womit der Aufstand der Polen überall in Frankreich vernommen wurde, erschien die Voraussetzung, als werde die Regierung zum Beistande des aufgestandenen Königreichs gezwungen werden, in keiner Weise als unmöglich. Hatten doch selbst die Franzosen unter Napoleon gemurrt, als dieser im Beginn des russischen Feldzugs das ganze Polen in seiner früheren Ausdehnung nicht wiederherstellte; das unendliche Unglück des Kaisers im russischen Reiche im Jahre 1813 ward später dem Schwanken desselben in dieser Hinsicht theilweise zugeschrieben. Außerdem ward die Theilnahme der Franzosen für die Sache Polens noch durch den Umstand erhöht, daß die Heere des Großherzog-

thums Warschau ihr Blut für die Sache des Kaisers überall vergossen hatten, wo dessen Adler sich auch zeigen mochten; Heer und Nation war deßhalb gewohnt, die Polen als Waffenbrüder in jenen Feldzügen zu betrachten, auf deren Ruhm man mit um so größerer Begeisterung zurückblickte, je mehr die frühere Regierung der vertriebenen Bourbonen jegliche Erinnerung an dieselben als ihr verhaßt zurückgewiesen hatte. Wollte aber Frankreich den Polen Hülfe senden, so war ein allgemeiner Krieg nicht zu vermeiden. Zuvor waren teutsche mit Rußland befreundete Staaten zu bekämpfen und zu überschreiten, welche jegliche, Polen zu leistende Hülfe selbst nach dem Princip der Nichtintervention, welches die neue Staatsveränderung ausgesprochen hatte, verhindern und zurückweisen konnten. Ein allgemeiner Krieg ward somit gegen Ende **1830** und Anfangs **1831** das Losungswort der heftigeren Partei der Bewegung, und die linke Seite, welche im Besitz der Staatsgewalt durch Lafitte's Ministerium sich befand, vermochte nicht dieser Richtung auf die Dauer zu widerstehen. Die Frage, ob Frankreich unthätig bleiben, und der Frieden somit erhalten werden könne, hing deßhalb allein von den inneren Verhältnissen des Königreich ab, deren Gestaltung sich jedoch in wenigen Monaten entschied.

Das Ministerium Lafitte bot schon durch seine Zusammensetzung keine große Wahrscheinlichkeit eines längeren Bestehens, und hatte außerdem einen festen Haltpunkt in der Kammer schon länger verloren. Der Präsident fand seit Dupont's Austritt nur noch in Merilhou eine sichere Stütze, sobald er in die Richtung der Linken einzugehen entschlossen war. Sebastiani dagegen hatte schon lange seine früheren Kampfgenossen der Restauration verlassen, und erwartete nur die passende Gelegenheit, mit dem Ministerpräsidenten offen zu brechen. Montalivet war durchaus von dem Willen des Königs abhängig, welcher eine Stütze für das sichere Fortbestehen seiner Monarchie nur in dem linken Centrum, den Repräsentanten der wohlhabenden Mittelklassen, finden zu können glaubte, die ohnedem durch die Julirevolution zum überwiegenden Einfluß gelangt waren, und als Nationalgarde der Hauptstadt über

das Schicksal eines jeden Versuchs zu fernerer Umwälzung entscheidend verfügen mußten. Jene Bürgerklasse zeigte sich aber gleich anfangs der Linken nicht sehr geneigt, welche sowohl die verhaßte republikanische Partei in mannnigfacher Hinsicht schonte, als auch durch ihre äußere Politik Veranlassung zu einem Kriege geben konnte, der die ohnedem gestörte Gewerbthätigkeit natürlich noch mehr unterbrechen, so wie neue Verluste und Entbehrungen herbeiführen mußte. Montalivet war somit ebenfalls geneigt, Lafitte zu widersprechen, wenn dessen Vorschläge und Plane im Sinne der Linken ausfallen sollten. Argout endlich war von dem Präsidenten in letzterem Fall noch entschiedener abweichend, und Soult, dessen Ansehen durch außerordentliche und erfolgreiche Wirksamkeit in seinem speziellen Gebiete noch erhöht wurde, konnte schon als Feldherr und Verehrer des Kaisers keine Zuneigung zu der Partei besitzen, welche ihre Macht ungeachtet aller Behauptungen des Gegentheils, dennoch zuletzt auf den Einfluß der unteren Volksklassen zu begründen suchte.

In der Kammer besaß Lafitte eben so wenig einen Haltpunkt. Mit der äußersten Linken, mit Mauguin, Lamarque und Lafayette hatte er es bereits verdorben und die ferneren Verhandlungen machten den Bruch in Kurzem noch größer; die Centren waren natürlich schon mit seiner Ernennung unzufrieden und ermüdeten ihn durch immerwährende Angriffe, besonders da das Verfahren der Regierung bei den häufigen Unruhen, deren Wiederkehr die Mittelklassen und die Nationalgarde zuletzt bis auf's Aeußerste erbitterte, nicht selten zum Vorwurf eines Mangels an Entschlossenheit Veranlassung gab.

Den Parteien außer der Kammer gegenüber nahm das Ministerium ebenfalls einen nicht haltbaren Standpunkt ein, und ward somit zu Schwankungen genöthigt, die einem entschiedenen Systeme endlich weichen mußten. Unmittelbar nach der Julirevolution war die republikanische Partei offen hervorgetreten. Sie bestand größtentheils aus den jüngeren Leuten des Mittelstandes, den unteren Volksklassen und hin und wieder einigen Aelteren, bei denen die Eindrücke ihrer Jugend aus den Zeiten der Republik zurückgeblieben waren. Sie war

zahlreich, ob auch keine Männer von historischem Namen oder durch Vermögen und höhere gesellschaftliche Stellung hervorragend unter ihr sich vorfanden. Der größere Theil, besonders in den unteren Volksklassen richtete seine Blicke auf die Republik der 90er Jahre, um so mehr, da die neuaufgeregte Thatkraft Jener in der unerbittlichen Energie des Conventes, welcher nur durch ihre Hülfe die furchtbaren und entscheidenden Maaßregeln ausgeführt hatte, ein ihrer Stimmung entsprechendes Verfahren erblickte. Diese Partei blieb mehrere Jahre noch gefährlich, da das schnelle Gelingen der kurz vorher ausgeführten Revolution und der Sieg über die Truppen die Volksmassen zum offenen Aufstande in größeren Städten geneigt machte, deren Ruhe endlich nur durch einen Sieg der bewaffneten Macht erkauft werden konnte. Im Jahre **1831**, so wie später, fehlten diesen Republikanern Repräsentanten in den Kammern; sie wirkten somit nur durch die Presse, und hatten in dieser Hinsicht ihr hauptsächlichstes Organ an der Tribune, einer von Cavaignac, dem Sohne eines Conventsgliedes der Bergpartei und Armand Marrast redigirten Zeitung. Außerdem suchte sie ihre Meinungen durch zahlreiche fliegende Blätter, welche um geringen Preis von öffentlichen Ausrufern auf den Straßen von Paris feil geboten wurden, und durch Schriften anderer Art, zu verbreiten, unter denen besonders eine bedeutende und vielgelesene Auflage der Schriften und Reden St. Just's, bekanntlich des Theoretikers der Bergpartei, bemerkenswerth war. Sie hatte sich in Gesellschaften organisirt, welche vom Gesetz erlaubt waren, wenn sie durch eine geringere Zahl von Mitgliedern gebildet wurden; da die einzelnen, somit erlaubten Clubbs jedoch sämmtlich einen gemeinsamen Verband besaßen, wurde der Zweck jenes Gesetzes, die Verhinderung größerer politischer Vereine, leicht vereitelt.

So wie jene Fraktion der Republikaner auf das Frankreich der 90er Jahre zurückblickte, wählte die andere, wie einst die Girondisten, jedoch mit deutlicherer Anschauung, Nordamerika sich zum Vorbild. Sie blickte mit Bewunderung auf den Glanz, die industrielle Bewegung, das durchaus europäische Leben mit allen Blüthen der Kunst und Wissenschaft in den

größeren Städten jener Republik auf die ungehinderte Entwickelung aller einzelnen Theile des Ganzen, ohne daß die Kraft der Centralbehörde dadurch jemals unterlegen oder mächtig gehindert wurde, auf die dort überall vorherrschende Achtung vor den Gesetzen und die Kraft der sie ausübenden und durch Wahl ernannten Behörden, kurz auf jegliche vortheilhafte Erscheinung des jungen in der Entwicklung noch begriffenen Staates, welcher nur eine historische Ueberlieferung, die Negersclaverei, der Ausführung rein republikanischer Ideen darbietet. Diese Fraktion war in der Partei die weniger zahlreiche; größtentheils bestand sie aus jüngeren Leuten der gebildeten Mittelklassen, Studenten, jungen Advokaten, Kaufleuten, Polytechnikern u. s. w., sie zählte in ihrer Mitte sogar einige Namen von älterem Adel und einzelne junge Männer, welche durch wissenschaftliche Thätigkeit sich bereits bekannt gemacht hatten *). Später erhielt sie an Garnier Pagès einen Repräsentanten in der Kammer; auch schien die äußerste Linke, Audry de Puyraveau, Mauguin, Lafayette, Lamarque u. s. w. mehrere Male nicht sehr abgeneigt, sich ihr anzuschließen. Ihre hauptsächlichste Wirksamkeit beschränkte sich ebenfalls auf die Presse, in derselben Art wie bei der andern Fraktion, jedoch zeigten ihre Organe eine durchaus von jenen verschiedene Färbung, und beide geriethen somit oft in heftigen Widerspruch. Der National, jenes kurz vor der Julirevolution gegründete Blatt, welches in der Staatsveränderung eine einflußreiche Rolle gespielt hatte, war ihr Hauptorgan, und wurde von Armand Carrel, nachdem Thiers der neuen Regierung sich angeschlossen, allein geleitet. Carrel, ein Mann von reifer Erfahrung, berechnender Kühnheit, unbescholtenem Charakter **) und deßhalb

*) J. B. Raspail, späterer Herausgeber des Reformateur, bekannt durch mehrere Schriften im Gebiete der Naturwissenschaften, die sich durch Bekämpfung bestehender Autoritäten (Cuvier, Jussieu) und durch Paradoxen bemerkbar machten.

**) Wie sehr der Charakter Carrel's von allen Parteien geachtet wurde, bewies ein Artikel im Journal des débats bei seinem Tode, welches, ungeachtet der entschiedensten Verschiedenheit der Partei, das Edle und Rechtliche in Carrel's sittlicher Gesinnung mit Lob hervorhob.

von allen Parteien wenigstens persönlich geachtet, führte 5 Jahre lang die Redaction jenes Journals und wußte geschickter wie die Herausgeber der nach wenigen Jahren untergehenden Tribune, alle gefahrvollen Klippen der Gesetze und Verhältnisse mit Gewandtheit zu vermeiden. Mit blühender Beredtsamkeit und stets bereiter Dialektik faßte der National jegliches Ereigniß im Sinne seiner Partei auf und gewann an Lesern schon wegen seiner Darstellung und Schreibart. Carrel besaß übrigens zu viel Erfahrung, Kälte und Scharfblick, um die Schwäche seiner Partei für den Augenblick nicht zu erkennen. Anstatt, wie die Tribune, zu Gewaltthätigkeiten aufzufordern, suchte er vielmehr seine hitzigen Freunde zu mäßigen und von jedem Versuch einer neuen Bewegung auf längere Zeit zurückzuhalten. Er hoffte allein auf den Sieg durch größere Verbreitung republikanischer Gesinnung in einer entferntern Zukunft, und sah deßhalb sein einziges Mittel zur Wirksamkeit für den Augenblick in der Presse, welche seiner Partei-Ansicht stets zahlreichere Anhänger gewinnen sollte. Auch die Schreibart des National entsprach diesem Verfahren. Sie war blühend, geläufig und zeugte theilweise von sogenanntem Classicismus; man sah aus ihr, daß die Zeitung nicht auf die Masse, sondern auf die gebildeten Mittelklassen berechnet war, während die Tribune an der derben und oft brutalen Ausdrucksweise der früheren Jacobiner Vergnügen fand. Schon deßhalb, so wie überhaupt wegen ihrer inneren Verschiedenheit, bezeichneten die Männer der Tribune die Republikaner am National mit dem Ausdruck Muscadins, bekanntlich einer Art Schmähung, womit die Jacobiner die feineren Sitten und das anständig-edle Aeußere der Girondisten bei der Masse einst lächerlich machten, welcher ein gefälliges Wesen in äußerer Erscheinung natürlich eben so fremd bleiben mußte, als die innere Gesinnung jener berühmten und unglücklichen Republikaner des Conventes.

Die frühere Linke sah sich bald genöthigt, auch von dieser republikanischen Partei sich loszusagen. Einer ihrer Hauptredner Odilon Barrot fand wenigstens Gelegenheit, sich in der Kammer gegen ihr Hauptprincip, die vermeintliche Unver-

träglichkeit des Throns mit der Revolution, offen zu erklären, und alle Organe der Linken in der Presse begannen in derselben Weise den Republikanismus zu bekämpfen, von dem es bald offenbar wurde, daß er keinen Halt in der einflußreichen öffentlichen Meinung besaß. Die Linke, welche einen nicht geringen, wenn auch nicht den bedeutendsten und zahlreichsten Theil der Mittelklassen repräsentirte, war unter Lafitte's Ministerium bald getheilt. Die Erklärung des Präsidenten über die liberale, aber nicht revolutionäre Richtung seiner Verwaltung hatte mehrere Mitglieder in der Kammer nicht befriedigt; über die nothwendige Ausdehnung des Wahlrechts herrschte bei der Partei nur eine Meinung; allein hinsichtlich der Grenze, welche diese nicht überschreiten sollte, trat bald Verschiedenheit ein. Einige wollten den Wahlcensus auf 200 Fr., andere auf 100 Fr. und noch tiefer herabsetzen. Einzelne sogar beabsichtigten allgemeines Stimmrecht, und wurden hierin von allen Organen der republikanischen und legitimistischen Partei unterstützt, welche letztere ein ihrem früheren Verfahren entgegengesetztes System in diesem Punkte einschlagen zu müssen glaubte, entweder um den verlorenen Einfluß bei der Masse dadurch allmählig wieder zu erwerben, oder in der Meinung, die Mittelklassen allein, nicht aber das untere Volk im Durchschnitt, wären einer dritten Restauration der Bourbons durchaus abgeneigt. Einen noch größeren Zwiespalt bewirkten die Ereignisse Polens. Lafitte suchte an dem ausgesprochenen Princip der Nichtintervention bei neuen Staatsumwälzungen festzuhalten. Da nun Oestreich und Preußen bei dem Kampfe gegen Polen neutral blieben, war es bei dieser Politik unmöglich, den Polen materielle Hülfe zu leisten. Die äußerste Linke dagegen, Mauguin, Lamarque u. s. w. hielten die Unterstützung jenes Aufstandes für nothwendig, und suchten somit, die Regierung zu einem allgemeinen Kriege, als dem einzigen Mittel, diese zu leisten, in jeder Art zu zwingen. Während sie hierin mit den Bemühungen der republikanischen Parteien zusammentrafen, welche bei den Ungewißheiten und der Aufregung eines allgemeinen Krieges die Möglichkeit von Ereignissen, die ihnen größeren Einfluß und Wirksamkeit gewähren

konnten, erblickten, verlor die Linke desto mehr bei den Bürgerklassen, welche im Streben nach Ruhe dem Republikanismus wie dem Kriege in gleicher Weise abgeneigt waren. Endlich vermochte die Linke, ihrer früheren Stellung eingedenk, den Grundsatz nicht aufzugeben, ihre Hauptstütze in der allgemeinen Volksmasse, also auch in den unteren Klassen zu suchen. Sie war somit zu Zwangs-Maaßregeln, welche doch zuletzt bei den immerwährenden Emeuten, wenn Ruhe herrschen sollte, nothwendig wurden, wenig geneigt, gerieth unter sich hierüber häufig in Streit, und verlor auch dadurch bedeutenden Einfluß in der Kammer und bei der Bürgerklasse, welche zur Herrschaft durch beide Revolutionen berufen war. Uebrigens vermochte sie noch später eine mächtige Opposition zu bilden; die Reden ihrer Mitglieder verfehlten mitunter die beabsichtigte Wirkung nicht. Odilon Barrot, Lamarque, Demarçay, Audry de Puyraveau, Lafayette, Mauguin bewahrten stets wenigstens einen größeren Einfluß, als in England Brougham, Sir Robert Wilson, Hume unter Castelreagh, Liverpool und Wellington jemals besessen hatten, und ihre Hauptzeitungen, der Courrier français und später der Messager des Chambres, waren weit verbreitet und viel gelesen. Uebrigens erhielt diese Partei später noch ein anderes, nicht unwichtiges Organ an dem Deputirten, Vicomte von Cormenin, welcher, der Rede nicht mächtig, von der Tribune aus nicht wirken konnte, dagegen aber mit gewandter Feder Flugschriften verfaßte, die zwar selten erschienen, aber dann nie ohne Wirkung bleiben, so daß dessen Stellung einige Aehnlichkeit mit der des Sieyes unter der Constituante und des Condorcet in der Legislative und bei den Girondisten darbot.

Die Mehrheit der mittleren Stände, durch die früheren Centren größtentheils repräsentirt, war diejenige Volksklasse, welche nach der Julirevolution zur Herrschaft gelangen mußte. Während ihres Widerstandes gegen die Ansprüche des emigrirten Adels hatte sich zugleich der größere Theil der Bonapartisten, ehemalige Präfekten, Minister, Generale rc. mit ihr vereinigt, welche zwar während der Kaiserherrschaft sich gewiß keinen Begriff eines constitutionellen Verfahrens hatten bilden

können, allein durch die lange Gemeinschaft mit der Opposition während des Königthums der Bourbone, sich zuletzt an die Formen und Denkungsweise jener gewöhnten. Auch war ein Theil des früher emigrirten Adels und der Royalisten von Gent zu den Centren übergetreten, als Erstere während der Ministerien Villèle's und Polignac's an der Tendenz der jesuitischen Ultrapartei nicht länger zweifeln konnten. Diese Partei der Centren umfaßte die Majorität Aller, welche durch Besitzthum, industrielle Thätigkeit, theilweise auch durch gesellschaftlichen Rang aus der Masse hervorragten, so daß ihr schon deßhalb im gewöhnlichen Lauf der Dinge der überwiegende Einfluß in einem Staate anheimfallen mußte, welcher durch eine repräsentative Monarchie regiert ward. Die Macht der Partei, welche zuvörderst auf ihrer Majorität in der Kammer beruhte, ward noch dadurch erhöht, daß die Nationalgarden im größeren Theile des Königreichs und vorzugsweise in der Hauptstadt aus ihr bestanden, denn bekanntlich wurde dort über das innere Schicksal des Reiches von jeher entschieden. Die Pariser Nationalgarde hatte ja auch im Juli die Revolution zwar nicht begonnen, allein dadurch entschieden, daß sie nach Eröffnung des Kampfes ihr entschieden sich anschloß; der Ausgang aller ferneren Versuche zu gewaltsamen Veränderungen mußte ebenfalls von ihr abhängen. Die Mittelklassen waren aber von jeher jeden Volksbewegungen entschieden abgeneigt, wodurch die Massen der unteren zum überwiegenden Einfluß gelangen konnten. In der ersteren Revolution waren sie durch Mißtrauen gegen den Hof und durch Mangel an innerer Organisation in ihrer Kraft und Wirksamkeit gelähmt; von ersterem war jetzt nicht mehr die Rede, und letztere fand um so weniger Statt, als sie bei häufiger Gelegenheit, ihre Kraft zu zeigen, in größerem Vertrauen auf ihre Masse desto fester zusammenhielten. Jene Gesinnung, die sie seit 1830 darlegten, war übrigens durch die frühere Erfahrung zur Genüge schon dargethan. In den neunziger Jahren verloren sie anfangs ihren Einfluß durch den Verdacht, womit sie den Hof betrachteten, und somit ihre von der Regierung ausgehende Organisation, worin hauptsächlich ihre Kraft bestand, theilweise durch eigenen

Antrieb auflösten. Durch ersteren Umstand fanden sie sich bewogen, dem Volksaufstande am 10ten August sich anzuschließen, durch jenen wurden sie verhindert, dem blutigen Verfahren im September und dem 31ten Mai zu widerstehen; allein bald darauf zeigte sich ihre Kraft und Gesinnung am 9ten Thermidor, und von dem Zeitpunkt an offenbarte sich ihr Widerwille gegen eine Herrschaft der Masse sogar in der Art, daß sie auf die Wiederkehr der sonst gewiß bei ihnen nicht beliebten Bourbons am 18ten Vendemiaire und vor dem 8ten Fructidor zugleich mit Royalisten hinarbeiteten. Ruhiger und ungestörter Genuß der in der Revolution mit blutigen Opfern erkauften Güter, ungehinderte industrielle Thätigkeit, die Behauptung der früher gewonnenen Gleichheit waren seitdem der Hauptzweck dieser Partei. Sie widerstand deßhalb der Restauration, weil das Streben derselben nach dem Zustande vor 1789 und somit die Absicht, jene errungenen Güter ihr wieder zu entreißen, offenbar am Tage lag. Den Republikanern, wie der Linken, zeigte sie sich nach 1830 deßhalb abgeneigt, weil erstere der öffentlichen Ruhe, der nothwendigen Bedingung ihres industriellen Erwerbes offen entgegenarbeiteten, und letztere für die Erhaltung derselben keine sichere Bürgschaft bot. Dieser Widerwille gegen Beide ward einerseits durch den mühsamen Dienst der Pariser Nationalgarde bei der Zerstreuung der häufig in der Hauptstadt sich wiederholenden Volkstumulte, wodurch natürlich die Erbitterung Jener steigen mußte, andererseits durch den Umstand erhöht, daß die älteren Mitglieder die Schrecknisse der ersten Revolution noch selbst erlebt, und wie der ehrwürdige Lameth *), der Gefährte Barnave's und Lafayette's, theilweise erduldet hatten **). Kurz der Name Jacobiner brachte

*) Lameth hatte noch vor Kurzem mit den 221 gegen Polignac, und alsdann für die Wahl Ludwig Philipp's gestimmt, bald darauf aber sich heftig gegen alle ferneren Versuche, und für Zwangs-Maaßregeln ausgesprochen, und mit seinem früheren Gefährten in der Constituante, dem General Lafayette, dadurch sich veruneinigt.

**) Noch viele Andere waren Zeugen jener Schrecknisse gewesen. So hatte Fulchiron, Deputirter von Lyon, die Mitrailladen von Collot d'Herbois und Fouché dort in seiner Jugend erlebt.

bei den Mittelklassen von nun an dieselbe Wirkung hervor, wie unter der Restauration der Name der Jesuiten; dies eine Wort vermochte mehr als alle Beredtsamkeit und Aufregung, welche der heftigeren Partei der Bewegung zu Gebote stand.

Der Gedanke des Krieges widerstrebte dieser Partei in demselben Grade. Sie würde sich nur dann bereitwillig für einen Kampf mit dem Auslande entschieden erklärt haben, wenn der Nationalstolz durch Einmischung fremder Staaten in Frankreichs innere Angelegenheiten gekränkt, die Unabhängigkeit in Frage gestellt und das Interesse der Mittelklassen dadurch bedroht worden wäre. Eine Veranlassung anderer Art hätte schwerlich die Partei bewogen, das Königreich den Wechselfällen des Kampfes bloszustellen, um so mehr, da Thiers und Mignet, die vielgelesenen Geschichtschreiber der Revolution, allgemein die Meinung verbreitet hatten, durch die äußere Gefahr der fremden Invasion sey allein die Macht der früheren Jacobiner bewirkt, und Frankreich nur durch die furchtbare Energie des Conventes damals gerettet worden. Ob auch nur wenige Franzosen im Wiederholungsfalle an dem Siege Frankreichs zweifelten, so war doch die Erinnerung an die damals erduldeten Leiden und Entbehrungen noch zu frisch, um nicht zur Verschmähung eines Mittels zu bewegen, wodurch man vielleicht die unter Napoleon verlorene Obergewalt Frankreichs in Europa hätte wieder gewinnen können, wobei man aber die Wiederholung ähnlicher Ereignisse, wie in den neunziger Jahren erwarten konnte. Man zog es vor, einzelne Demüthigungen des Nationalstolzes lieber zu ertragen, wenn man nur die Erhaltung des Friedens und somit eine Bürgschaft für die bestehenden Interessen dadurch erlangte. Auch verfehlten die Reden des scharfsinnigen Geschichtschreibers der Revolution, im Inneren der Kammer, wie bei den Mittelklassen überhaupt niemals ihre Wirkung, wann Thiers, die zum Kriege geneigte Linke bekämpfend, an das Maximum, an die Polizei der Sicherheitsausschüsse, und überhaupt an jene Zeiten erinnerte, wo die souveräne Volksmasse, dem Hungertode nah, in größerem Elend sich befand, wie selten unter dem Despotismus der früheren Könige des ancien régime, an jene Zeiten der Schreckensre-

gierung, als die mittleren Klassen jeglicher Gemächlichkeit entbehrend, in den Straßen von Paris um geringe Rationen schlechten Brods mit den Fäusten vor Bäckerläden kämpfen mußten, als jegliches Vermögen in der Masse der Assignaten verschwand, und als St. Just Brod und Eisen für das einzige nothwendige Bedürfniß aller Franzosen durch den Convent erklären ließ.

Natürlich war jedoch die ungeheure Masse jener Partei nur in der Hauptrichtung durchaus einig; es fanden sich häufige Veranlassungen, in ihrem Inneren abweichende Meinungen zu bewirken. Die Einen neigten sich in mehreren Fragen zur Linken, die Andern suchten sich von dem Zustande, welcher der Julirevolution unmittelbar vorherging, so wenig wie möglich zu entfernen; während die Einen bei Bekämpfung der heftigeren Bewegungspartei sich streng an juristische Formen und die der veränderten Charte halten zu müssen glaubte, waren die Anderen geneigt, den Widerstand durch ein Verfahren, und durch neue Gesetze zu überwinden, welche den Formen rein monarchischer Staaten sich hin und wieder näherten. Die Einen suchten so viel wie möglich ein den Prinzipien der Linken angemessenes System hinsichtlich der Stellung Frankreichs nach Außen zu bewirken; die Andern schlossen sich oft dem Verfahren der Continentalmächte an. So lange die republikanische Partei der bestehenden Ordnung als gefährlich erschien, waren beide entweder einig, oder der Einfluß in den Kammern für die erstere sehr gering, um so mehr da diese Bedenken trug, sich der Linken anzuschließen. Später jedoch, als die innere Ruhe durchaus gesichert und befestigt war, erschien jene Fraktion mitunter als überwiegend. Uebrigens hatte sich dieser Zwiespalt in den ersten Kammerverhandlungen nach der Julirevolution schon gezeigt, als Ludwig Philipp zum König gewählt war. Die Einen, repräsentirt durch den schon lange bestehenden Verein der Doctrinäre Guizot Broglie ꝛc., später durch Persil, Duvergier de Hauranne, Graf Jaubert u. s. w. sahen die Ursache der Wahl des Königs in dem Umstande, daß dieser Bourbon *) war; die Andern (Dupin, Etienne, Pelet ꝛc.) erwiederten

*) Parcequ'il était Bourbon.

durch Dupin, ihren gewandtesten Redner, welcher als früheres Haupt des linken Centrums um so größern Einfluß auf die Partei bewahrte, der König sey gewählt, obgleich (quoique) er Bourbon sey. Dieß Parceque und quoique erschien schon damals als genug bezeichnend, so daß die Franzosen jene Worte als Schiboleth beider Parteien sogleich aufgriffen, und später häufig wiederholten. Die Fraction nannte sich später Tiersparti um zu bezeichnen, daß sie zwischen der Linken und der andern Fraktion der Centren, welche den Namen Doctrinäre beibehielten, in der Mitte ständen; ihre Hauptorgane in der Presse waren, der Temps und der Constitutionel, wovon ersterer, ziemlich gut redigirt, sich jedoch oft der Linken zuneigte. Die Doctrinäre behielten ihr altes Organ, das Journal des débats *), für dessen geschickte Redigirung der Herausgeber Bertin de Vaux bald darauf in die Pairie erhoben wurde.

Die Legitimisten, jeglichen Einflusses beraubt, und von den Republikanern eben so sehr gehaßt, wie von der Mehrzahl der mittleren Klassen, waren ebenfalls in zwei Meinungen gespalten. Die eine Fraktion hing noch immer an den Traditionen der früheren Emigranten, und erblickte ihr Heil nur in einem allgemeinen Kriege, der die Bourbons wie früher zurückführen würde; sie gab weder ihre ehemaligen Ansprüche, noch ihre Vorurtheile auf, welche die Königsfamilie zum dritten Mal in's Exil gesandt hatten. Wie wenig sie den

*) Eines der ältesten Journale Frankreichs, welches unter dem Directorium entstanden, die damalige Tendenz der Mittelklassen zum Royalismus aussprach. Bertin de Vaux, der es als junger Mann herausgab, gehörte deßhalb zu den Journalisten, die der Staatsstreich des 8. Fructidor zur Deportation verurtheilte. Unter dem Consulat wurde es von demselben Herausgeber mit dem alten Titel erneut, den es unter dem Kaiserreich, wo natürlich alle Debatten aufhörten, in den Namen des Journal de l'empire veränderte. Unter der Restauration verfocht es das Interesse der Bourbonen mit der Charte, ging aber unter Villèle's Ministerium, als der Einfluß der jesuitischen Ultrapartei offenbar wurde, zur Opposition über.

wahren Zustand Frankreichs auch jetzt noch erkannt hatte, bewiesen nach einiger Zeit Versuche, die bestehenden Verhältnisse durch einen Aufstand im Süden und in der Vendée gewaltthätig umstürzen, welche selbst im Fall eines theilweisen Gelingens nur ein Mittel gewesen wären, alle früher mit dem Namen der Liberalen bezeichneten Parteien, die sich seitdem entschieden getrennt, unter dem dreifarbigen Banner wieder zu vereinigen. Ihr einziges Organ war die Quotidienne, eine Zeitung, die kaum über den Bereich des Faubourg St. Germain in Frankreich hinaus kam. Der Umstand, daß die Mitglieder Kammern dem neuen Königthum den Eid der Treue leisten mußten, daß ferner die Pärscreation Villèle's in der amendirten Charte für ungültig erklärt war, hatte die Glieder dieser Partei aus beiden gesetzgebenden Versammlungen entfernt; außerdem würde die neue Deputirten-Wahl nach Abschaffung des doppelten Votums diese Fraction gänzlich ausgeschlossen haben. In anderer Weise trat eine zweite Fraction der Legitimisten auf, welche in der Presse an der Gazette, in den Kammern an Montalivet, Fitzjames und Berryer Organe erhielt. Diese bestand größtentheils aus den jüngeren Gliedern der Partei und überhaupt aus allen Royalisten von größerer Erfahrung, welche, ihre hoffnungslose Stellung in der Gegenwart klar genug einsehend, ihre Erwartungen wie die Republikaner auf die Zukunft baueten. Ihre Taktik zeigte sich vor Allen in der Gazette, einem weit verbreiteten Blatt, welches durch geschickte Redaction mit der Zeit einigen Einfluß auf die öffentliche Meinung sich wieder erwarb. Dieß Journal gab unmittelbar nach der Julirevolution die frühere Tendenz hinsichtlich des alten Adels und der Jesuiten plötzlich auf und schlug in inneren Fragen eine so durchaus demokratische Richtung ein, daß es mit den Republikanern zusammentraf. Dasselbe Blatt, welches früher das doppelte Votum (als Etoile) vertheidigt hatte, verfocht von nun an die Theorie eines allgemeinen Stimmrechts, in der Art, wie die Radicalen in England, während Castlereagh's Ministerium, dieß nach 1819 forderten. Theilnahme und Uebergewicht der unteren Volksklassen an der Deputirten-Wahl und somit an

der Staatsregierung war das Hauptprincip, worauf die Gazette, bei jeder Gelegenheit zurückkam. Vielleicht glaubte die Partei, die niedere Volksmasse wäre nicht so allgemein einer Restauration der Bourbons abgeneigt, und mochte in dieser Hinsicht auf die royalistische Tendenz der Majorität im Rathe der Fünfhundert zurückblicken, welcher bekanntlich durch allgemeines Stimmrecht erwählt gewesen war. Ihre Feinde jedoch sahen in dem Verfahren nur die Bemühung, Unruhe und Verwirrung zu veranlassen, um diese in dem früheren Sinne der Partei alsdann zu benutzen. Hinsichtlich des zweiten Hauptprinzips, der Restauration Heinrich's V., ward die Gazette durch häufige Prozesse und Verurtheilungen, an ein vorsichtiges Verfahren gewöhnt; denn während die republikanischen Zeitungen mitunter vor der Jury Gnade fanden, wurden die royalistischen regelmäßig verurtheilt, so oft sie die Ansprüche der vertriebenen Dynastie auf den Thron deutlich aussprachen. Uebrigens suchte die Gazette ihre Partei von aller Gewaltthätigkeit, deren Ausgang sie sehr wohl einsah, zurückzuhalten, und mochte schon deßhalb bei den Heftigeren verlieren. Mit der starren Quotidienne kam sie übrigens mehrere Male über den Punkt in Zwiespalt, ob die Abdankung Carl's X. zu Gunsten seines Enkels nach der Vertreibung noch als rechtmäßig zu betrachten sey, und beide Zeitungen gaben dadurch ihren Feinden Gelegenheit zu Spöttereien. Während die Gazette in dieser Art ihre Hauptrichtung verfolgte, machte sie sich zugleich durch geschickte Oppositionsartikel gegen die Ministerien bemerkbar und verschaffte sich dadurch bei der Masse Eingang. Indem sie endlich die vereitelten Hoffnungen so Vieler benutzte, stellte sie deren Erfüllung nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts als unzweifelhaft bei einem Ereignisse dar, welches zwar nicht ausdrücklich genannt wurde, wobei aber jeder verstand, was die Gazette damit sagen wollte.

Das Hauptorgan der Partei in der Kammer war Berryer, einer der gewandtesten und oft auch feurigsten Redner, welcher später mitunter entschiedenen Einfluß auf die Berathungen und sogar auf die Abstimmungen äußerte. Für's Erste jedoch war dessen

Bedeutung nur gering, so lange er die Interessen seiner in der Kammer kraftlosen und verhaßten Partei verfocht. Jene stieg jedoch mit der Zeit, als er zugleich mit allen Nuancirungen der Opposition die Maasregeln der Ministerien bekämpfte. — Montalivet war in der Pairskammer ein Redner, dem man wenigstens mit Vergnügen zuhörte. Seine Beredtsamkeit währte jedoch nur kurze Zeit, den er starb bald nach der Julirevolution. Ein dritter Redner der Partei, Herzog von Fitzjames, trat bald darauf aus der Pairskammer, als die Erblichkeit der Pairie von den neugewählten Deputirten aufgehoben ward. — Endlich besaß die Partei noch ein bedeutenderes Organ an H. v. Chateaubriant, dessen Flugschriften wenigstens allgemein gelesen wurden. Der berühmte Schriftsteller hatte die Achtung Aller, als er vom öffentlichen Leben zurücktrat, in den Privatstand mit hinüber genommen, und diese verließ ihn nie, wie wenig man auch mit seinen Ansichten und Hoffnungen übereinstimmen mochte.

Die Stellung des neu gewählten Königs unter allen diesen Parteien konnte nicht zweifelhaft bleiben. Während Republikaner und Legitimisten ihre, der neuen Monarchie entgegengesetzte Tendenz offen aussprachen, fand er eine desto sicherere Stütze in der von den Centren repräsentirten Partei, welche gleiche Abneigung gegen beide besaß. Natürlich mußte er in ihre Richtung eingehen, und es wurde ihm von den Mittelklassen, die ihn hielten, mitunter deßhalb nachgesehen, wenn er in ihrem Sinne aus der Fiktion eines rein constitutionellen Königs heraustrat, so daß seine persönliche Wirksamkeit bisweilen sichtbar wurde. Das bereits dargelegte System der Partei sprach er selbst in einer Antwort auf die Anrede einer Deputation aus, und bezeichnete es mit dem Namen der richtigen Mitte (juste milieu), ein Ausdruck, der bald darauf allgemein wurde. Uebrigens konnte er in der Linken keinen festen Haltpunkt finden, obgleich diese der constitutionellen Monarchie größtentheils aufrichtig ergeben war. Ihre Politik mußte zuletzt zu einem Kriege führen, worin der König eine Restauration durch fremde Heere oder eine republikanische Umwälzung erwarten konnte; er mußte deßhalb

nothwendig schon durch das Interesse seiner Dynastie ebenfalls bestimmt werden, in die Parteiansicht der Mittelklassen hinsichtlich des Friedens einzugehen, und die Kraft derselben zuvörderst allein auf die Bekämpfung innerer Bewegungen zu verwenden. Sein persönliches Verfahren entsprach ebenfalls dieser von ihm verfolgten Politik. Er bewarb sich um die Zuneigung der mittleren Stände, drückte den Nationalgardisten bei Revuen die Hand, lud Pariser Bürger häufig zu Festen in die Tuilerieen u. s. w. Wenn auch später in der Partei selbst Unzufriedenheit mit seinem Regierungssysteme sich ergab, so hatte dieß doch in keiner Weise zur Folge, daß die Mittelklassen neue revolutionäre Bewegungen unterstützten; Ludwig Philipp ward von ihnen als Nothwendigkeit betrachtet, und ihr Interesse erlaubte nie auf andrem, als auf gesetzlichem Wege Opposition zu bilden.

Unter diesen Verhältnissen begann die für Frankreichs Zukunft wichtigste Berathung der Deputirten-Kammer über das Wahlgesetz, von deren Erfolg nicht allein das Schicksal des Königreichs, sondern des ganzen europäischen Staatensystems abhing. Fiel das Wahlgesetz, der letzte bedeutende Akt der gesetzgebenden Gewalt, welche die Julirevolution sanctionirt hatte, in der Weise aus, daß die Mittelklassen ihr Uebergewicht wie unter den wiedergewählten 221 auf's Neue erhielten, so war der bestehende Zustand Europa's gesichert, und der Friede wie das System der richtigen Mitte erhalten. Ward dagegen die neuzuwählende Kammer unter dem Einfluß der Linken und Republikaner der Mehrheit nach ernannt, so ergab sich ein diesen Parteien angemessenes System mit ungewissen Folgen für die Regierung als unvermeidlich.

Schon am 10. December 1830 übergab Montalivet der Kammer einen Gesetzentwurf über eine Veränderung des Wahlcensus. Lafitte hatte mit bedeutender Herabsetzung des bisherigen entweder im Ministerrath nicht durchdringen können, oder wagte es nicht, mit der Majorität durch eine Verminderung desselben im Sinne der Linken offen zu brechen, welche 100 oder wenigstens 150 Fr. als den höchsten durchzusetzen gesonnen war. Das Ministerium schlug einen Mittelweg ein,

wodurch es einen offenen Bruch mit beiden Parteien für den Augenblick vermied. Das Alter der Wähler ward auf 25 Jahre herabgesetzt; der Census ward unbestimmt gelassen, jedoch so, daß in jedem Arrondissement die Zahl der Wähler wie sie 1830 bestand, durch die Höchstbesteuerten verdoppelt werden sollte. Um den nicht wohlhabenden aber gebildeten Mittelklassen einen Antheil an der Regierung zuzuwenden, sollten ferner alle Bürger Stimmrecht erhalten, welche die zweite Liste der Jury bildeten, d. h. alle Aerzte, Advocaten, Mitglieder und Correspondenten des Instituts, juristische und Departementalbeamte, Militärs höherer Grade, die mit einem Rückzugsgehalt in der Provinz lebten u. s. w. Mit der Unbestimmtheit des Census waren aber alle Parteien unzufrieden; die Linke wegen der Willkühr, welche den Beamten in Bestimmung der höher Besteuerten überlassen bleiben mußte, die Centren, weil das Recht der Wahl in einzelnen Departements, sogar Einwohnern, die unter 100 Fr. Steuern zahlten übertragen wäre. Die Commission der Kammer sah sich deßhalb genöthigt, einen bestimmten Wahlcensus, den sie auf 240 festsetzte, vorzuschlagen. Zugleich aber rieth sie in ihrem Berichte in die Zuziehung aller zu willigen, welche durch liberale Profession und nicht allein durch einen in wissenschaftlicher Prüfung erworbenen Titel in einer Lage wären, am Staatswohle denselben Antheil zu nehmen, wie die höchst Besteuerten. Damit waren Alle, welche in Frankreich durch den Namen **hommes de lettres** bezeichnet werden, zu den Wahlen berufen, und die Linke hätte durch Journalisten, Lehrer u. s. w. in der Mehrzahl der Collegien vielleicht ein entschiedenes Uebergewicht gewonnen. Der Wahlcensus erschien ihr aber jedenfalls als zu hoch, und sie bewirkte die Herabsetzung desselben auf 200 Fr. Die Centren gaben hierin in der Hoffnung nach, die Linke werde dagegen in die Bedingungen willigen, worunter sie die Zulassung der sogenannten Intelligenzen bewilligen wollten. Diese aber verlor den Einfluß, der ihr durch Zulassung jener Classen in den Wahlcollegien geworden wäre, durch ein unkluges Verfahren, womit sie die Centren

beleidigte und zur gänzlichen Verwerfung dieses wichtigen Artikels bewog.

Die Centren, vielleicht durch die öffentliche Meinung bestimmt, welche sich ziemlich allgemein für den Antrag aussprach, zeigten sich bereitwillig ihn im Allgemeinen anzunehmen, und suchten ihn nur in sofern zu modificiren, daß ein niederer Census auch für diese Kategorie festgesetzt wurde. Es ward über die Liste am 25. Februar 1831 abgestimmt. Auf derselben standen die Mitglieder des Instituts oben an, und wurden ohne Widerspruch zugelassen, eben so die Höheren vom Staate pensionirten Offiziere; die dritte Kategorie, die der Richter, ward aber durch das einstimmige Votum der Linken verworfen. Diese war nämlich schon lange unzufrieden, daß die Regierung die in größerer Anzahl von der Restauration aus der Royalistenpartei ernannten Richter nach der Julirevolution nicht abgesetzt hatte, und das Prinzip der Unabsetzbarkeit jenes Beamten-Standes auch in diesem Falle beobachten zu müssen glaubte. Sie überließ sich somit bei dieser Gelegenheit ihrem augenblicklichen Groll, den sie besser gethan hätte, bei einem auf die Dauer berechneten Gesetze aufzuheben, und vereinigte sich mit denen, welche überhaupt gegen diese ganze Veränderung des Wahlgesetzes stimmten. Die Centren, dadurch gereizt, stimmten hierauf gegen Zulassung der Advokaten, bei welchem Stande die Linke das Uebergewicht erhalten hätte; und nach Verwerfung dieser war von Zulassung der Notarien, Aerzte, Professoren, Mathematiker ꝛc. natürlich nicht weiter die Rede. Die sogenannten Capacitäten ohne Vermögen blieben also, wie früher, von den Wahlen ausgeschlossen, und das Recht durch Ernennung der Deputirten, Frankreichs Politik zu bestimmen, verblieb allein den vermögenden und gewerbtreibenden Mittelklassen.

Eine bei weitem stürmischere Sitzung erregte am 27sten Januar ein Vorschlag Mauguin's, hinsichtlich der äußeren Politik, wodurch offene Erklärungen der Minister über das zukünftige Verfahren Frankreichs den fremden Staaten gegenüber verlangt und auch gegeben wurden. Es zeigte sich, daß die Parteien zum deutlichen Bewußtseyn ihrer Bestrebungen

und Zwecke gelangt waren, die Linke zum Entschluß, die Macht und den Einfluß Frankreichs nach 1798 durch materielle Unterstützung größerer Bewegungen in fremden Staaten wiederherzustellen, und die Grenzen des Reichs, wie es die Siege der republikanischen Heere erweitert hatten, auf's Neue zu gewinnen; die Centren dagegen zu dem entschiedenen Willen, die innere Entwickelung ihres durch Lage, Verfassung und bewaffnete Macht ohnehin schon einflußreichen Vaterlandes, ungehindert vom fremden Einfluß zu behaupten, und auf der andern Seite ein System zurückzuweisen, welches Frankreich durch Unterstützung fremder Bewegungen, wie nach dem Frieden von Campo Formio, in stets sich erneuernde Kriege unwiderstehlich hineingerießen hätte.

In auswärtiger Politik fanden sich damals zwei Veranlassungen, das ganze Verhältniß Frankreichs und dessen zukünftige Stellung darzulegen, Belgien und Polen. In ersterem war die Revolution glücklich durchgeführt, und durch Frankreichs Nähe gesichert. Holland, obgleich zum Nachgeben nicht geneigt, war damals überrascht, überwunden und durchaus unvermögend, den abgefallenen Süden der Niederlande ohne fremde Hülfe zu überwältigen. Das Prinzip der Nichtintervention, welches im Gegensatz der Congresse von Laybach und Verona mit dem Beitritt Englands von der französischen Regierung ausgesprochen und von allen Theilen der Nation bereitwillig aufgegriffen war, hatte die Unabhängigkeit des neuen Staates gerettet. Die Linke, von einer zahlreichen Partei im Inneren Belgiens unterstützt, schien den Lieblingsgedanken so vieler französischen Regierungen und Parteien *)

---

*) Bekanntlich war dieß schon ein Hauptstreben Ludwig's XI. Die Valois während der bürgerlichen Kriege wirkten ebenfalls dahin. Schon unter Ludwig XV. machte man in Frankreich ziemlich allgemein Ludwig XIV. den Vorwurf, er habe das wahre Interesse des Königreichs und seine früheren Absichten dem Vortheile seiner Dynastie aufgeopfert, als er, anstatt Belgien für Frankreich zu gewinnen, den Thron von Spanien für die Bourbons erwarb, da er ersteres durch die Verzichtung auf letztern am Ende des 17ten Jahrhunderts gewinnen konnte. Chesterfield bemerkte hier-

seit Jahrhunderten, die Vereinigung dieses Theiles der Niederlande mit dem französischen Reiche, welchen die Republik endlich ausgeführt hatte, auf's Neue wieder aufzugreifen, oder wenigstens nach Wahl eines französischen Prinzen zum Könige dort einen Zustand herbeiführen zu wollen, welcher Belgien in keine andere Stellung, als die einer französischen Provinz hätte versetzen können. Beides aber widerstrebte nicht allein den Interessen der größeren Continentalmächte, welche die belgische Revolution oder die dadurch beabsichtigte Trennung jenes Theiles der Niederlande von Holland gewissermaßen anerkannt hatten, indem sie ihren Bevollmächtigten in London Vollmacht, darüber zu unterhandeln, ertheilten, sondern auch der, seit Jahrhunderten fest stehenden und im Bewußtseyn der britischen Nation begründeten Politik Englands, des einzigen Verbündeten, auf dessen Theilnahme und Freundschaft Frankreich im Fall eines Krieges rechnen konnte. Seit Wilhelm III. war es ja von jeher das Interesse Englands gewesen, die Erwerbung der belgischen Häfen und vor Allem Antwerpens für Frankreich zu verhindern. Die Meinung war seit dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts so tief gewurzelt, daß der Krieg gegen die französische Republik nach Eroberung jener Handelsstadt fast allen Parteien als nothwendig erschien, wie sehr man auch damals schon die damit verknüpfte Politik, die Prinzipien der ersten Revolution zu bekämpfen, theilweise in England beklagen mochte. Da nun aber das englische Ministerium der französischen Regierung sich jetzt aufrichtig angeschlossen hatte, und auch bei dieser Politik fortwährend beharrte, so war es jedenfalls unklug, die Interessen dieses mächtigen Staates zu kränken, und somit wenigstens einen Bundesgenossen im Fall eines noch immer nicht unwahrscheinlichen Krieges zu verlieren. Die Politik der richtigen Mitte und somit des Königs gewann daher in diesem Punkte die Beistimmung der Mehrheit in den Kammern und überhaupt in den Mittelklassen. Auch stimmte ja die Unabhängigkeit Belgiens, welche durch das System der

über, die spätere Macht Englands würde dadurch zum Unglück für Europa vielleicht auf immer gehindert, oder wenigstens in hohem Grade vermindert.

Regierung bewirkt war, gewissermaßen mit den Bestrebungen der Linken überein, so daß die Antwort des Ministers in diesem Punkte selbst jene Partei wenigstens theilweise befriedigen mußte. Die dem Herzog von Nemours angetragene Krone ward am 17ten Febr. demgemäß abgelehnt.

Hinsichtlich Polens war das Verhältniß Frankreichs ein anderes. Das Princip der Nichtintervention schien gleich anfangs nicht auszureichen, um die dortige Revolution vor der Uebermacht Rußlands zu retten. Nach demselben Princip fehlte Vorwand zur bewaffneten Unterstützung von Seite Frankreichs, denn Oestreich und Preußen blieben neutral und verschloßen die polnische Grenze fremden Hülfeleistungen in derselben Art, wie Frankreich später gegen den carlistischen Aufstand in Spanien verfuhr. Bevor die Weichsel erreicht wäre, mußten im Fall französischer Hülfe die mächtigeren deutschen Staaten zuvor überwunden und durchschritten seyn, kurz ohne allgemeinen Krieg war eine wirksame Unterstützung unmöglich, und selbst dann noch ungewiß. Zwar empfanden fast alle Franzosen mit der Sache der Polen um so lebhafteres Mitgefühl, je inniger der Ruhm des polnischen Heeres mit dem des französischen unter Napoleon verknüpft gewesen war, allein das Interesse überwog bei den Mittelklassen, und die Sache Polens ward aufgegeben. Sebastiani erklärte am 27ten Januar, so schmerzlich es sey, sehe das Ministerium sich genöthigt, offen auszusprechen, daß man durch Waffengewalt für Polen Nichts thun könne. Das unglückliche Volk sey zum Untergange bestimmt, denn 400 Stunden trennten es von der Grenze Frankreichs. Vergeblich suchte die Linke durch den feurigen Lamarque, durch Bignon und Demarçay, durch das Mitgefühl, welches die Polen fanden, einen Beschluß der Kammer zu veranlassen, welcher die Minister zu einem entgegengesetzten Verfahren gezwungen hätte; die kalte Darlegung Düpin's über die Unmöglichkeit, den Polen zu helfen, wobei der Redner offen erklärte, in Frankreich würden nur wenige den Ruhm und die Herrlichkeit des Kaiserreichs um den Preis, den beide an Opfern erheischten, wieder erkaufen wollen, brachte jenes Mitgefühl

zum Schweigen, und veranlaßte eine Abstimmung zu Gunsten der Minister.

Jene Abstimmungen über das Wahlgesetz und die auswärtige Politik waren die wichtigsten Akte, womit die ihrer Auflösung entgegensehende Kammer ihr Daseyn beschloß. Bei den unteren Klassen und überhaupt bei dem Theile der Bevölkerung, welcher die Julirevolution begonnen, diese aber allein durchzuführen, vielleicht nicht vermocht hätte, herrschte schon lange Unzufriedenheit mit dieser Versammlung, welche durch die getäuschten Hoffnungen bei der ganzen Masse der Bewegungspartei noch mehr erhöht wurde. Dazu kam ein von der Kammer bewilligtes Budget, dessen hoher Betrag, durch die Rüstungen und durch die Verwirrung im Allgemeinen veranlaßt, zugleich mit einer Civilliste von 12 Millionen, die Linke und ihre Anhänger um so mehr überraschte, da diese auf eine wohlfeile Staatsverwaltung und auf einen republikanisch einfachen Hof gehofft hatten. Stockung im Handel, und dadurch Brodlosigkeit der niederen Volksklassen, vermehrten die Aufregung, so wie alle im Sinne der Centren vorgenommenen Maaßregeln der Regierung. Die größere Anzahl der periodischen Blätter, im Sinne der Opposition redigirt, enthielt fortwährend Angriffe auf die Minister und die Deputirten-Kammer, oder überschüttete beide mit Spöttereien, wie dieß kaum bei Herrn von Villèle und seinen Dreihundert der Fall gewesen war. Häufige Unruhen in allen Theilen Frankreichs waren das Zeichen der allgemeinen Spannung, welche nach dem Siege des Pariser Volks in den Straßen der Hauptstadt natürlich nicht eher verschwand, als bis die Ereignisse das Uebergewicht regelmäßiger Truppen über die ungeordnete Volksmasse ohne die Mittelklassen zur Genüge erwiesen hatten. Während nun die Erbitterung der Mittelklassen gegen Bewegungen der Art gesteigert ward, gab ein Tumult in Paris durch solche Unruhen Veranlassung, die Herren Odilon Barrot und Baude, zwei der bedeutenderen Redner der Linken, aus der Verwaltung zu entfernen, ein Vorfall, der Hrn. Lafitte sein in Kurzem bevorstehendes Schicksal andeuten konnte.

Mehrere Legitimisten hatten, ungeachtet aller Warnungen

gier. Da jedoch beide Parteien, zwischen denen eine Ausgleichung Statt finden sollte, in gleicher Weise hartnäckig und gegen einander erbittert waren, wurden eine Menge Versuche und Unterhandlungen nothwendig, die an keinem einzelnen Punkte bestimmt festhielten, sondern um den Interessen der einen oder andern theilweise entgegenzukommen, nach Verhältniß der Umstände wechselten.

Die Frage, hinsichtlich der Grenzen, war die wichtigste. Belgien machte gleich anfangs Ansprüche auf ganz Luxemburg und später wenigstens auf den Theil, dessen Bevölkerung rein wallonisch ist: Holland war aber durchaus nicht gesonnen, die Provinz abzutreten, und fand hierin einen Halt im deutschen Bunde, welcher in die Trennung derselben von seinem Staatenverbande einzuwilligen durchaus nicht gesonnen war. Ein zweiter Streitpunkt war der Besitz Limburg's und der Hauptstadt Mastricht, welchen die nördlichen Niederlande schon seit Jahrhunderten in den südlichen durch die Waffen sich erworben, aber eben so wie das nördliche Flandern (Breda 2c.) als Eroberung früher betrachtet und regiert hatten. In diesen Gebieten, besonders in dem letztern, fand sich eine Partei, welche die Vereinigung mit Belgien wünschte, die hinsichtlich Luxemburg's theilweise schon ausgeführt war. Im Allgemeinen nahm die Conferenz die Grenzen Hollands im Jahre 1790 (am 20. Januar) als Norm an, um den Umfang des neuen Königreichs zu bestimmen. Außer der Citadelle Antwerpens, Luxemburgs und Mastricht's befanden übrigens sich die früher spanisch-östreichischen Theile der Niederlande schon im Besitz Belgiens, und über die endliche Räumung der ersteren konnte keine weitere Frage seyn.

Ferner beschloß die Conferenz die Eröffnung der Schelde, jene für Deutschland's Handel höchst wichtige Bestimmung des Wiener Congresses, deren Ausführung die holländische Regierung durch eine Wortverdrehung der Tractate bisher vermieden hatte. Für Belgien war dieser Punkt von eben so großer Bedeutung, da dem Gewerbtreibenden und industriosen Lande durch Schließung der Scheldemündungen das bedeutendste und natürliche Débouché ihrer Handels-Produkte ab-

geschnitten war. Holland war dazu aber wenig geneigt, sowohl wegen des beträchtlichen an der Scheldemündung bisher erhobenen Zolles, als auch weil die höhere Blüthe Antwerpen's, welche seinem eigenen Handel nicht unbedeutenden Abbruch schon damals verursachte, eine nothwendige Folge der freien Schiffahrt auf jenem Flusse war. Bekanntlich ward der Glanz von Amsterdam in früherer Zeit hauptsächlich durch den Umstand bewirkt, daß jenes einst so reiche Antwerpen unter spanischer Herrschaft durch die geschlossenen Scheldemündungen in einen Verfall gerieth, worin man den früheren Glanz der Stadt nur noch in Werken der Kunst erkennen konnte. In derselben Weise vermehrte sich der Wohlstand der Stadt, seitdem die Occupation Belgiens durch französische Heere jene Mündungen eröffnet hatte. Da jedoch die Interessen der deutschen Rheinuferstaaten und Englands in diesem Punkte zusammentrafen, konnte Holland die Schließung nicht auf die Dauer behaupten.

Eine dritte Bestimmung der Conferenz betraf die holländische Staatsschuld. Im Protokoll vom 27. Januar ward Belgien zur Uebernahme eines Theiles derselben verpflichtet. Bekanntlich ist diese im Verhältniß noch größer, als die englische. Seit dem Beginn der Republik stets anwachsend, war sie auf die frühere Macht und Blüthe berechnet; so wie diese verschwand, wurde jene um so drückender, je mehr das Unglück und die Kriege der batavischen Republik, so wie des Königreichs von Louis Bonaparte sie vergrößerten. Nur mit ungeheuren Opfern, welche selbst die Feinde Hollands anerkennen müssen, erhielt die Nation während der nächsten Zukunft ihren Staatskredit. Verblieb die ganze Schuld dem Königreich Holland, so ließ sich zuletzt befürchten, dieser Staat werde in den Fall Venedig's gerathen und die Auszahlung der Zinsen einstellen müssen, einer Republik, mit deren gesunkener Größe Holland ohnedem in mannigfacher Hinsicht Vergleichungspunkte darbot. Der König von Holland nahm diese Bestimmung an; auch die Generalstaaten sprachen am 7. Februar ausdrücklich aus, sie wünschten keine Wiedervereinigung mit Belgien, verlangten aber jene Uebernahme eines Theils

ihrer Nationalschuld. Die Belgier dagegen waren hiemit vor Allem unzufrieden; der Nationalcongreß protestirte am 1. Febr. feierlich dagegen. Da jedoch die Unterhandlungen von Seite Hollands keinen Fortgang hatten, uud von der Uebernahme natürlich nicht eher die Rede seyn konnte, als bis alle Verhältnisse ausgeglichen waren, befand Belgien sich später im Vortheil, indem die Last der Schuld bis zur endlichen Ausgleichung allein auf Holland ruhen mußte.

Endlich verhieß die Conferenz dem neuen Königreiche eine europäische Neutralität nach Art der Schweiz für den Fall eines allgemeinen Krieges. Wäre dieser freilich ausgebrochen, so hätte Belgien wahrscheinlich wie schon zweimal seit 1789, zum Schauplatz des Kampfes wiederum dienen müssen, worauf das Schicksal Frankreichs entschieden wäre.

Unter diesen Umständen schritt der Congreß zur Königswahl. Man gedachte zuerst, den Herzog von Leuchtenberg auf den Thron zu erheben, allein die französische Regierung zeigte sich entschlossen, ein Mitglied der Familie Bonaparte's in der Nähe Frankreichs als König nicht zu dulden; Sebastiani erklärte sogar, man werde die Wahl dieses Prinzen als eine Kriegserklärung betrachten. Somit gerieth man auf den zweiten Sohn, Louis Philipp's, den Herzog von Nemours, eine Wahl, der England widerstrebte, weil man dort voraussah, Belgien werde dadurch in eine Stellung gerathen, wodurch es für Nichts anderes, als eine französische Provinz hätte gelten müssen. Dessenungeachtet ward der Herzog am 3. Februar zum König ernannt, obgleich man eine Ablehnung des Königs der Franzosen schon deßhalb erwarten mußte, weil offizielle Erklärungen dies vorher verkündet hatten. Ludwig Philipp schlug demgemäß den Antrag am 17. Februar aus, erklärte aber zugleich, Frankreich werde Belgiens Unabhängigkeit erhalten. Somit blieb dem Congreß kein anderer Thronbewerber, als Prinz Leopold von Coburg, welcher Frankreich wie England auf gleiche Weise genehm, zugleich einen Stützpunkt in der Conferenz besaß. Bevor jedoch Vorbereitungen zu dieser neuen Wahl getroffen wurden, ernannte der Congreß, um den provisorischen Zustand wenigstens theilweise zu mildern, einen Re-

genten mit der Gewalt eines constitutionellen Königs in Surlet de Choquier, einem reichen Grundbesitzer aus Limburg.

Der provisorische, ungewisse Zustand, die Störung der Gewerbe und somit die Brodlosigkeit der unteren Classen veranlaßten unterdessen mehrere Tumulte, besonders in demjenigen Theile, dessen Gewerbthätigkeit früher einen besonderen und reichen Absatz in den holländischen Colonien gefunden hatte. Gent und Antwerpen litten in dieser Hinsicht am Meisten, letzteres um so mehr, da die holländischen Truppen, im Besitz der Citadelle, sogar die Existenz der feindlichen Stadt in ihrer Gewalt hatten. Die Industrie von Gent war durchaus für den Augenblick unterbrochen, und es verging längere Zeit, bis der gesunkene Wohlstand der Stadt durch neue Débouchés ihres Handels, in der Art sich wiederherstellte, daß die industrielle Thätigkeit der früheren wenigstens in einzelnen Zweigen wieder gleich kam. Unmittelbar nach der Revolution, als die Folgen zu lebhaft gefühlt wurden, brachen dort mehrere, jedoch erfolglose Aufstände aus (am 3. Febr., am 15. März, am 16. May, am 12. Juni), welche die Wiederherstellung des früheren Zustandes bezweckten. In andern Städten fand ein Gleiches mit demselben Ausgange statt; so versuchten zwei belgische Generale in Antwerpen, die Truppen zu einem Aufstande für den Prinzen von Oranien zu bewegen, der jedoch eben so scheiterte wie andere Versuche in Mons und Brüssel. Ueber die Schwäche der oranischen Partei in Belgien konnte nach Vorfällen der Art keine weitere Frage herrschen.



Sechstes Kapitel.

Italien.

Aufstand in Modena, Parma und im Kirchenstaate. — Einschreiten Oesterreichs.

Nachdem das Prinzip der Nichtintervention als Grundsatz der französischen Politik öffentlich ausgesprochen war und die belgische Revolution in ihrem Bestehen gesichert hatte, folgten in Kurzem revolutionäre Versuche in einzelnen Staaten Italiens, welche in der Hoffnung begonnen und durchgeführt wurden, die französische Regierung könne die Behauptung jenes Prinzips wegen der allgemeinen Stimmung im Inneren Frankreichs nicht aufgeben, und würde sich somit gezwungen sehn, jene Versuche, wenn sie glückten, gegen Oesterreich zu schützen. Es ließ sich nämlich gleich Anfangs erwarten, dieser Staat werde Revolutionen entgegenwirken, welche der Behauptung seiner italienischen Besitzungen wenigstens für die Zukunft Gefahr droheten. Ueber das bewaffnete Einschreiten Oesterreichs konnte aber seit den früheren Vorgängen in Neapel und Piemont so wenig Frage herrschen, wie über die Machtlosigkeit der Italiener, den österreichischen Heeren auch nur im Geringsten zu widerstehen. Französischer Schutz war also jenen Umwälzungen nothwendig, und wegen der Behauptung des Nichtinterventionsprinzips bei Belgien auch nicht unwahrscheinlich; es mußte sich aber eben dadurch in Kurzem entscheiden, ob die Regierung Ludwig Philipp's jene Politik der Linken mit den Waffen geltend machen, oder die friedliche und nachgebende der Centren in Zukunft befolgen werde. Somit erhielt der Aufstand Italiens für die europäischen Verhältnisse im Allgemeinen eine höhere Wichtigkeit,

wie er sonst in einem andern Augenblicke schwerlich erlangt hätte.

Jene Carbonari, welche die Revolutionen von 1819 und 1820 bewirkt hatten, bestanden fortwährend im Inneren Italiens. Von Zeit zu Zeit verkündeten Verhaftungen, daß einzelne Verzweigungen entdeckt waren; die ganze Verbreitung des Ordens, seine leitenden Mittelpunkte blieben aber stets der sorgfältigsten Polizei verborgen. Die höheren und mittleren Stände schienen hauptsächlich die Mitglieder desselben zu bilden; erstere freilich, auch in den einst so mächtigen Republiken Genua's und Venedig's in Armuth und Unbedeutsamkeit versunken, vermochten theilweise die Ansprüche ihrer Namen und Familien auf höheren Rang nicht mehr zu behaupten. Die innere und äußere Erniedrigung, sowie die Machtlosigkeit der Nation hielten bei beiden seit Jahrhunderten Gefühle rege, welche durch die Lockungen, womit Bonaparte die Italiener zu gewinnen suchte, in neuester Zeit noch allgemeiner verbündet waren. Unabhängigkeit mit Einheit, Machiavelli's Idee, die sie weder selbst zu erringen, noch als fremdes Geschenk sich zu bewahren vermochten, war ein Gedanke, der seitdem sogar die entgegengesetzten Interessen in den Orden der Carbonari zusammenführte; Machtlosigkeit und Unvermögen ergab sich aber bei jedem Versuche, so oft dieß Streben, durch die Organisation des Ordens im Geheimen geleitet, aus dem Dunkel der Verschwörungen hervortrat. Moralische Schwäche, eine Folge der mit Italiens früherem Glanz verbundenen Ueppigkeit und jenes systematischen Uebermuthes in Verbrechen, wie die Geschichte weder früher noch später beides in demselben Grade aufzuweisen vermag, die lange Gewöhnung an Fremdherrschaft, die innere Theilung und gegenseitige Eifersucht der früher und auch jetzt noch als besondere Staaten bestehenden Gebiete; Alles dieß vereitelte in Kurzem jegliche Bemühung der Carbonari, einen wirksamen und übereinstimmenden Widerstand der österreichischen Herrschaft und Uebermacht entgegenzusetzen. Die moralische Schwäche hatte außerdem einen Theil Italiens vor Europa so wie vor sich selbst verächtlich gemacht, und den

Eindruck wieder verwischt, welchen einzelne Theile der Armeen Italiens auf den Schlachtfeldern Napoleon's über den Muth ihrer Truppen in Europa früher bewirkten. Man erwartete von Seiten der Italiener wenig oder gar Nichts, als die Nachrichten über Aufstände in Modena, Parma und dem Kirchenstaate sich verbreiteten, und erkannte sogleich, daß der weitverzweigte und zahlreiche Carbonari-Orden Oesterreich nur dann Gefahr bringen könne, wenn sein Streben durch die Gegenwart eines französischen Heeres in Italien unterstützt und gehalten würde. Die geheime Leitung des Ordens bei diesen Aufständen, welcher wahrscheinlich durch die Partei der Bewegung in Frankreich ermuthigt war, indem diese durch eine Crise in auswärtiger Politik, einen Krieg herbeizuführen hoffte, wurde übrigens als offenbar darin erkannt, daß die Oesterreich unterworfenen Theile Italiens an der Bewegung nirgends Antheil nahmen, damit ein Vorwand zum Einschreiten durch das Nichtinterventionsprinzip diesem Staate benommen würde.

Die Revolution brach in der Nacht vom 3. und 4. Februar zuerst in Modena aus. Der Herzog ließ das Haus, worin Carbonari sich versammelt hatten, mit Kanonen angreifen, und nahm diese gefangen. Allein ein ausgebrochener Tumult nöthigte ihn nach Venedig zu fliehen. Am 4. folgte sogleich Bologna diesem Beispiel; junge Leute versammelten sich am Abend, drangen in den Palast des Prolegaten und nöthigten diesen zur Niederlegung seiner Gewalt. Man bildete eine provisorische Regierung, beschloß eine allgemeine Bewaffnung der Stadt, und erklärte die weltliche Herrschaft des Papstes für erloschen. Die Jugend, von den Staatsämtern größeren Theils durch Geistliche dort ausgeschlossen, hoffte auf Gelegenheit zum Handeln, und drängte sich bereitwillig in die Reihen der kleinen Armee, welche die Revolutionirung des Kirchenstaats vollenden sollte. Der Aufstand griff mit Schnelligkeit um sich, er gelang in Ferrara unter den Augen der österreichischen Besatzung in der Citadelle (am 14.) Perugia, Foligno, Spoleto, folgten ebenfalls, sobald die Nachricht dort ankam. Es bildete sich ein Corps bestehend

aus wenigen Soldaten der alten italienischen Armee, aus entwaffneten päpstlichen Truppen, die sogleich wieder Dienste nahmen, und aus einer Menge Freiwilliger. Der Führer desselben war der greise General Zuchi, ein ehemaliger Offizier der italienischen Armee, welcher in den Bulletins des Kaisers einige Male mit Ruhm erwähnt war, und nach 1814 als Generallieutenant in österreichische Dienste trat. In Parma war schon bereits am 17. eine Volksbewegung ausgebrochen und die Erzherzogin Marie Louise genöthiget, aus der Stadt zu flüchten; auch Ancona fiel bald darauf durch Capitulation in die Gewalt der Insurgenten. Das Heer derselben rückte von Forli aus, und bedrohete in Kurzem die Hauptstadt; nach einem Gefechte mit den päpstlichen Truppen vor Civita Castellana, waren diese geworfen worden. Kurz, der größere Theil des Landes war abgefallen und die päpstliche Macht zeigte vollkommenes Unvermögen, dem Sturme durch eigene Kraft zu widerstehen. Ein Versuch, die Insurrektion durch Ueberredung zu beruhigen, mißlang, wegen der offenbar am Tage liegenden materiellen Schwäche der römischen Regierung. Der zu dem Zwecke abgesandte Cardinal ward als Gefangener nach Bologna geführt. Ein Congreß der aufgestandenen Staaten trat dort zusammen, und constituirte diese als vereinigte Provinzen Italiens, kam aber über die ersten Akte, wodurch er seine Existenz aussprach, nicht hinaus, denn ein von den Insurgenten nicht erwartetes Ereigniß, die Dazwischenkunft Oesterreichs, beendete die Revolution mit solcher Schnelle, daß die Schwäche derselben in demselben Grade offenbar wurde, wie der römische Hof diese im Widerstande bereits gezeigt hatte.

Die österreichische Regierung, von jeher nie gewohnt, im Bewußtseyn ihrer materiellen Kraft, den Kampf zu vermeiden, sobald ein bestehendes Interesse ihrer Monarchie von irgend einer Seite her bedroht wurde, entschloß sich zum schnellen und entscheidenden Handeln. Zwar erschien ein Krieg mit Frankreich damals noch als ungewiß, im Fall das Nichtinterventionsprinzip verletzt wurde; allein Oesterreich, im Besitz eines wohlorganisirten Heeres und so reich an inneren Hülfsquellen,

daß sogar das zahlreiche Unglück der Kriege von 1792 bis 1809 den Staat nicht untergrub, fand um so weniger Ursache den Kampf zu befürchten, da es im Inneren, mit Ausnahme Italiens, keine revolutionäre Bewegungen zu befürchten brauchte. Truppen wurden an der Grenze der österreichischen Besitzungen in Italien zusammengezogen, und schon am 5. März rückte der General Geppert in's Modenesische ein. Zuchi ging ihm entgegen, ward aber in einem Gefecht von kurzer Dauer geworfen; er flüchtete in die Hauptstadt, und versuchte dort die Einwohner zu den Waffen zu rufen, allein vergeblich; ein panischer Schrecken bemächtigte sich Aller und Zuchi sah sich zum eiligen Rückzuge nach Bologna mit 700 bis 800 M. genöthigt. Andere österreichische Corps waren unterdeß in Parma und Ferrara ohne Widerstand bereits eingerückt.

In Bologna machte die Ankunft der modenesischen Flüchtlinge allen Festlichkeiten über die wieder errungene Unabhängigkeit Italiens plötzlich ein Ende. Man sah Alles verloren; Congreß, Truppen, Municipalität, Alle geriethen in gleiche Bestürzung; Verwirrung trat ein, an muthigen Widerstand, gälte es auch nur die Ehre zu retten, ward von Keinem gedacht. Nur Zuchi versuchte wenigstens noch ein Gefecht bei Rimini, aber auch dies glich einem berüchtigten Scharmützel in den Abruzzen, wo die Neapolitaner nach wenigen Kanonenschüssen der Oesterreicher davon gelaufen waren. In Verzweiflung verließ der alte General, der freilich früher andre Truppen geführt hatte, seine feste Stellung mit den Worten: Für Feige gibt es keine Position; er sah die Sache verloren, und nur noch ein letztes Rettungsmittel für sich und die ihn begleitenden Flüchtlinge in der Behauptung von Ancona. Allein ein anderer General der Insurgenten, Stergognani, welcher sein Heil durch eine schnelle Ausgleichung mit der päpstlichen Regierung versuchte, hatte die Festung durch Capitulation bereits ergeben. Zuchi suchte auf einem päpstlichen Schiff die hohe See zu gewinnen, ward aber mit seinen Gefährten von einem österreichischen an der Küste eingeholt, und als Gefangener nach Venedig abgeführt.

So nahm der italienische Aufstand ein schnelles nicht sehr

ehrenvolles Ende, und bezeugte auf's Neue die innere Schwäche des größeren Theiles der italienischen Nation, welche von da an wiederum ihre Träume von Unabhängigkeit und Einheit im Innern der geheimen Gesellschaften und Verschwörungen verbarg. Es folgte eine Reaction, die sich als streng in Modena, als gelinder in Parma und im Kirchenstaate zeigte; die Meisten, welche sich in letzterem blosgestellt hatten, waren ohnedem nach Toscana geflüchtet, und erhielten von dort aus Gelegenheit, sich in das von Frankreich dargebotene Asyl zu begeben. Oesterreich hatte seinen Zweck, die Sicherung der bestehenden Verhältnisse in Italien, vollkommen erreicht; der Aufstand war in der Geburt erstickt, bevor er eine größere Bedeutung durch eine mögliche Bewegung in Piemont erhalten hatte, dem allein selbstständigen Staate in Italien, welcher durch sein tapferes und trefflich organisirtes Heer der Carbonari-Revolution eine größere Wichtigkeit hätte ertheilen können. Uebrigens verließen die Oesterreicher bald darauf den Kirchenstaat, nachdem die Gewalt des Papstes überall wieder hergestellt war, vielleicht aus Rücksicht gegen die in Frankreich herrschende Partei, welche zwar einen Krieg wegen fremder Revolutionen in keiner Weise beginnen wollte, die aber dennoch einer militärischen Besetzung des Kirchenstaats durch österreichische Truppen nicht sehr geneigt war, weil sie theils das Nichtinterventions-Prinzip nicht sogleich entschieden aufgeben mochte, theils auch weil sie dort vielleicht Einfluß durch Unterhandlungen zu gewinnen hoffte.



Siebentes Kapitel.

Auflösung des Ministeriums Lafitte. — Ministerium Perrier's. — Dessen Programm. — Soult's Wirksamkeit.

Die Revolution Italiens entschied das Schicksal Frankreichs und somit Europa's durch die Frage ob die Linke oder die Centren die höchste Staatsgewalt behaupten würden, und führten eine Crisis herbei, wodurch jene durchaus von der Regierung ausgeschlossen wurde. Lafitte konnte sich nicht entschließen, das Nichtinterventionsprinzip aufzugeben. Sein Ministerium hatte einen Versuch italienischer Flüchtlinge und mehrerer Franzosen verhindert, zur Zeit des Aufstandes in Modena und im Kirchenstaate von der französischen Grenze aus einen Angriff mit Savoyen auszuführen, und dort ebenfalls eine Revolution zu veranlassen. Bei der Besetzung Modena's und Parma's unterließ er es ebenfalls, eine Einrede von Seiten seiner Regierung einzulegen, da Oesterreich zum Schutze jener Staaten durch Tractate berechtigt war; sobald aber die Truppen den Kirchenstaat betraten, war er entschlossen, den Aufforderungen der Linken zu folgen, um das Nichtinterventionsprinzip durch einen Krieg zu behaupten, welcher nothwendig ein allgemeiner hätte werden müssen. In demselben Sinne wirkte die französische Diplomatie. Guilleminot, Gesandter in Constantinopel, suchte die Pforte zu einem Versuche zu überreden, das früher an Rußland Verlorene mit den Waffen wieder zu erobern; Maison, Gesandter in Wien, meldete seiner Regierung den Entschluß der österreichischen, in den Kirchenstaaten einzuschreiten, und rieth zugleich, wie es heißt, auf der Stelle mit einer Kriegserklärung hervorzu-

treten. Die Depesche aber ward dem Präsidenten von Sebastiani nicht mitgetheilt. Als Lafitte ihren Inhalt erfuhr, war ein entschiedener Bruch des schon lange nicht einigen Ministeriums nothwendig. Der Ministerpräsident forderte eine unmittelbare Kriegserklärung; Soult, welcher durch eigene Thätigkeit das französische Heer zur Genüge organisirt zu haben glaubte, um den Kampf mit Europa beginnen zu können, theilte die Meinung Lafitte's, und begrüßte Sebastiani wegen Geheimhaltung der Depesche mit dem Namen Verräther; der König jedoch handelte im Sinn der Centren, und wies die Kriegserklärung zurück. Lafitte reichte deßhalb am 10. März zugleich mit Merilhon seine Entlassung ein. Der König wählte hierauf im Sinn der richtigen Mitte ein Ministerium, welches durchaus gleichartig die Centren repräsentirte. Am 13. März ward die neue Verwaltung aus Casimir Perrier als Präsidenten, Sebastiani für das Auswärtige, Barthe für die Justiz, Louis für die Finanzen, Montalivet für den Cultus, Argout für den Handel, Soult für den Krieg und Rigny für die Marine gebildet. Der alte Marschall, obgleich er Lafitte's Meinung für den Beginn des Krieges getheilt hatte, war nemlich der Partei der Bewegung nie durchaus geneigt, weil diese die Disciplin im Heere ihm vielleicht zu schwächen schien; außerdem war er wegen seines militärischen Ruhmes, so wie wegen seiner Geschicklichkeit und Thätigkeit in der neuen Organisirung der Armee, deren Zutrauen er im höchsten Grade besaß, jeder Partei damals zur Nothwendigkeit.

Casimir Perrier, seit Villèle's Ministerium der angesehenste Repräsentant der Centren, sprach bald darauf in einer der letzten Sitzungen, der ihrer Auflösung entgegensehenden Kammer das Programm seiner Regierung aus. Es lautete: die Revolution habe sich allein auf Frankreich beschränkt, und das Insurrektionsrecht nirgends zu sanctioniren gesucht; das Prinzip der Nichtintervention solle erhalten, aber nur durch Unterhandlungen behauptet werden, denn kein Volk besitze Recht und Ansprüche auf das Blut der Franzosen zur Unterstützung seines Aufstandes, und nur die eigene Kammer

dürfe darüber verfügen. Krieg sey deßhalb nur dann zu rechtfertigen, wenn das eigene Gebiet verletzt würde. Kurz, die Regierung sage sich von jeder Propagande im Sinne der Revolution los. Innere Ruhe sey andrerseits nothwendig, die Revolution zu sichern; allen Bemühungen, jene zu stören, werde man entschiedener entgegentreten, wie früher. — In letzterer Hinsicht führte der Minister in einem Cirkular an die Präfekten eine noch deutlichere Sprache, und wirkte sogleich in demselben Sinne, indem er allen Beamten verbot, an den Associationen Theil zu nehmen, welche seit Kurzem scheinbar gegen die frühere Dynastie und äußern Feinde gerichtet waren, jedoch in Zukunft der Regierung im Inneren feindlich entgegenwirken konnten. Natürlich veranlaßte dieß System einen heftigen Widerspruch der Linken, der um so mehr gesteigert wurde, da die Minister auf's Neue bedeutende Geldopfer für die Kriegsrüstungen verlangten. Die Angriffe Mauguin's, Odilon Barrot's, Lamarque's über innere und äußere Politik gingen jedoch ohne Wirkung, wie die früheren vorüber, obgleich Papiere vorgelegt wurden, welche die feindliche Stimmung Rußlands erwiesen. Uebrigens blieb die Lage noch immer ungewiß, denn man konnte nicht wissen, in welcher Art die Zusammensetzung der nächsten Kammer durch das neue Wahlgesetz ausfallen würde, nachdem die Session der bisherigen am 20. April geschlossen war.

Während Frankreichs Politik sich so zum Frieden entschied, und die Zukunft des Reiches durch die letzten Akte der Kammer gesichert wurde, hatte der Kriegsminister durch außergewöhnliche Anstrengung und Geldopfer, wobei die Deputirten anfangs mit allgemeinem Beifall der Nation ihn bereitwillig unterstützten, das französische Heer auf eine Weise organisirt, wie es nur in der glänzendsten Zeit des Kaiserreichs in derselben Kraft bestanden hatte. Beim Ausbruch der Julirevolution befand sich die Armee in demselben Zustande der Schwäche und des Verfalls, wie beim Ausbruch der Kriege von 1792; es herrschte einerseits Vernachlässigung und Mangel am Nothwendigen, andrerseits Mißtrauen der Truppen und Offiziere und dieser unter einander. Der Haß,

wie die Vernichtung gegen die gefallene Regierung stieg deßhalb um so höher, als jener Zustand des Heeres, als offenbar vor Aller Augen dargelegt wurde. Denn es ward klar, daß die Restauration den größern Theil des für den Krieg bestimmten Budgets seit Villèle auf ihre Lieblingszwecke verwandt hatte. Die Arsenäle standen leer, die Festungen waren unversorgt, der Reiterei fehlte es an Pferden; die in den Kriegen nach 1813 erlittenen Verluste waren nie wieder ersetzt worden. Die Restauration erhielt ein Budget für 224,000 M. und nach dem Juli 1830 standen kaum 100,000 unter den Waffen. Die Offiziere der früheren Kriege waren der Mehrzahl nach entfernt, und durch Personen ersetzt, deren politische Meinung der Regierung Zutrauen einflößte, deren Persönlichkeit aber bei den Truppen alles Vertrauen entfernte; kurz, Frankreich hätte sich im Fall eines Krieges unmittelbar nach der Revolution nur durch ähnliche gewaltsame und wenigstens ungewisse Mittel, wie die Republik, in der Schnelle Heere bilden können. Durch die gewandte Thätigkeit des napoleonischen Marschalls waren jedoch in weniger als 6 Monaten diese Mißverhältnisse ausgeglichen und ungefähr 500,000 Mann vollständig gerüstet, um im Nothfall den neubegründeten Zustand nach Außen zu sichern. Allerdings wurden die Bemühungen Soult's durch die plötzlich wieder erwachte Energie des Nationalgeistes und durch die Kammer unterstützt, welche ein Budget von mehr als 200 Millionen zu dem Zweck bereitwillig zugestand; dem Marschall verblieb jedoch hauptsächlich der Ruhm, das Heer auf's Neue geschaffen und die Zukunft dadurch befestigt zu haben. Auch war dieß damals von beinahe allen Parteien anerkannt, und man vergaß deßhalb für den Augenblick die Vorwürfe, die man über die Art, wie er in Spanien für sich sorgte, und über sein Verfahren unter der Restauration, nachdem er aus der Verbannung zurückgekehrt war, ihm nicht mit Unrecht gemacht hatte. Zu den Resultaten seiner Wirksamkeit gehörte auch die Errichtung einer theilweise aus politischen Flüchtlingen bestehenden Fremdenlegion, bei deren Bildung der Marschall vielleicht den Plan hegte, sie könne im Fall eines Krieges als

Kern dienen, um welchen eine zahlreiche Masse fremder Unzufriedener sich sammeln, und unter Führung französischer Generale ihre Regierungen bekämpfen könnten. — Mochte nun auch das Verdienst des Marschall's wegen Erhaltung des Friedens in allen seinen Beziehungen nicht sogleich in die Augen fallen, so ward es doch genugsam gewürdigt, da Frankreich hierdurch in Hinsicht der materiellen Macht den größeren Staaten des Festlandes gleichgestellt, und auch dadurch zu einer einflußreichen Stellung berechtigt wurde.

Achtes Kapitel.

Polen.

Verhältniß Englands zur polnischen Revolution. — Beginn des Krieges. — Schlacht bei Grochow. — Skrzynecki Obergeneral. — Gefechte bei Waver, Dembe und Iganie. — Berathungen des Reichstags über Freigebung der Bauern.

Die geschilderten Thatsachen und Verhältnisse mußten den Polen jegliche Hoffnung auf den Beistand Frankreichs abschneiden; während des Kampfes eine Subscription und nach der Niederlage ein Asyl für Geflüchtete war Alles, welches von dorther ihnen geboten wurde. Der Herzog von Mortemart wurde zwar von Louis Philipp als Repräsentant Frankreichs nach Petersburg gesandt, allein dieser erklärte während seiner Reise einem von der polnischen Regierung zu ihm abgeschickten Diplomaten, er habe hinsichtlich Polens keinen andern Auftrag, als den Wunsch Ludwig Philipp's dem Kaiser auszusprechen, Polen möge in der Art erhalten werden, wie es der Wiener Congreß constituirt hatte. Aehnliches sprach Sebastiani bald darauf in der Deputirten-Kammer aus. Ein

Vorschlag dieser Art konnte aber die Polen nach durchgeführter Revolution eben so wenig zufrieden stellen, wie es sich andrerseits erwarten ließ, daß der Kaiser ihn ebenfalls zurückweisen würde.

Auf den Beistand Englands konnten die Polen eben so wenig hoffen. Die Politik Großbritanniens war von jeher darauf gerichtet, nur das eigene materielle Interesse zu behaupten, und die Parteibestrebungen des Auslandes nur dann zu unterstützen, wenn die Erreichung ihres mit Consequenz verfolgten Zieles dadurch befördert wurde. Bis zum Türkenkriege von 1827 hatte sich aber vorher noch keine Gelegenheit geboten, wodurch das Interesse Großbritanniens von Rußland aus bedroht wurde, um bei der Nation jene kriegerische Stimmung zu erwecken, ohne welche kein englisches Ministerium den Beginn eines Kampfes jemals wagen würde. Die Theilungen Polens hatten bei der englischen Nation, welche damals wegen andrer Angelegenheiten, die ihr näher lagen, in heftiger Aufregung sich befand, nicht den Eindruck bewirkt, den man bei anderen Verhältnissen hätte erwarten sollen. Dazu kam noch, daß die Veranlassung der damaligen Bürgerkriege jener Republik, die Frage über die Rechte der Dissidenten (Nichtkatholiken) in keiner Weise dazu geeignet war, ein Mitgefühl für die Polen bei den Briten zu bewirken. Dieser unglückliche Umstand, wodurch der Kampf um Nationalunabhängigkeit zugleich für religiöse Intoleranz und für politische Unterdrückung der Protestanten geführt ward, verrückte damals durchaus den Standpunkt, von welchem die Engländer aus die Theilung sonst möchten betrachtet haben. Kein Minister hätte es damals gewagt, unter dem Verhältnisse, einen Krieg mit Rußland zu beginnen. Pitt hatte offenbar ein solches Streben; Schutz der Türkei war sein Vorwand, allein er erlitt, als er das Parlament in dem Sinne zu bearbeiten suchte, eine entscheidende Niederlage, die einzige Gelegenheit, wo Fox und die übrigen Whigs sich ihm überlegen zeigten. Später, unter den Kriegen Napoleon's waren die Engländer nur gewohnt, die Polen als ihre Feinde zu betrachten; kurz, es hatte sich in den

Berührungspunkten der Vergangenheit, nie eine Veranlassung für England dargeboten, welche ein allgemeines und lebhaftes Mitgefühl für die Polen bei den Briten hätte bewirken können. Auch waren die Verhältnisse des späteren Königreichs in England so gut wie unbekannt; nur selten war in den Zeitungen davon die Rede gewesen, einige Male sogar als von einem Gouvernement des russischen Kaiserreichs. Ein großer Theil der Engländer wußte um 1830 nur aus der schönen Stelle eines Gedichtes vom Schotten Campbell, *) daß die polnische Nation im Kampfe gegen Rußland untergegangen war, und fast allein darauf beruhete die Theilnahme, welche die Polen in England fanden, bevor die Nachricht der Revolution von Warschau dort anlangte.

Es bedurfte hierauf noch einiger Zeit, um die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht zu bestimmen. Die Times, damals die einflußreichste Zeitung, griff sogleich die Angelegenheit Polens entschieden auf, und wirkte in dem Sinne auf die Stimmung der Nation; die meisten Zeitungen, sogar einzelne Toryblätter, stimmten ein. Auch die späteren Ereignisse, besonders der hartnäckige Widerstand gegen die russischen Heere, steigerte das Mitgefühl in hohem Grade; allein keine Zeit war weniger geeignet, England zum Einschreiten und zur offenen Unterstützung zu bestimmen, als eben die Monate, in denen sich das Schicksal Polens durch die Waffen entschied, denn alle Energie der britischen Nation ward durch die Reformcrise so sehr in Anspruch genommen, daß jeglicher wirksame Beistand durchaus unmöglich wurde, wie sehr auch die herrschende Partei den aufrichtigen Wunsch hegen mochte, das drohende Unglück von Polen abzuwenden. Außerdem berührte das Schicksal dieses Königreichs die Interessen Großbritanniens nicht unmittelbar in der Art, daß bewaffnete Unterstützung der Revolution sich dort nach der seit Jahrhunderten vererbten Politik hätte rechtfertigen lassen. England, welches durch die Last seiner Staatsschuld noch lange nicht gehindert wird, die Waffen bei einer Gelegenheit zu ergreifen, wo seine Seemacht,

*) Im Gedicht: The pleander of hope die Stelle über Kosciusko.

sein Handel oder seine Colonieen bedroht würden, mußte Bedenken tragen, für eine Sache offen Partei zu ergreifen, durch deren Besiegung keines dieser drei Hauptinteressen gefährdet wurde. Sogar die Radicalen hätten dieß um so weniger gebilligt, da gerade diese Partei den Grundsatz aufgestellt hatte, England solle sich um die Verhältnisse des Continents eben so wenig wie Nordamerika bekümmern, mit jeder bestehenden Regierung in gutem Verhältnisse stehen und Handel treiben, eine Politik, die sicherlich aller Macht Englands ein Ende machen würde, wenn die Ministerien sie im strengsten Sinne befolgen wollten. Uebrigens wirkte der polnische Agent in England (Wiepololski) auf eine Weise, daß er seiner Revolution nicht viel nützen konnte. Anstatt die öffentliche Meinung durch Zeitungen, Versammlungen 2c. und die herrschende Whigpartei durch Unterhandlungen zu bearbeiten, wandte er sich vielmehr an die Tories und jene Mehrheit des Oberhauses, die allerdings der polnischen Revolution größeren Theils nicht abgeneigt waren, allein damals ohne alle Macht und Einfluß an weiter Nichts denken konnten, als so viel wie möglich aus dem drohenden und übermächtigen Sturme im Innern für sich zu retten. Endlich wurde das Mitgefühl der Briten durch den späteren Beschluß des polnischen Reichstages bedeutend herabgestimmt, wodurch man Freigebung der Bauern verschob; noch im Jahre 1836 machten englische Radicale in einer öffentlichen Versammlung der polnischen Revolution diesen Beschluß zum bitteren Vorwurf, und sahen jene Staatsveränderung ihrem eigenen Streben als entgegengesetzt an, als sollten die Folgen derselben nur auf den Adel und nicht auf die anderen Classen sich erstrecken.

Auch sahen die Polen in Kurzem ein, wie sehr sie allein standen. Der Fürst Czartoryski erklärte dieß in seiner Rede, als er die Präsidentenwürde annahm, und fügte hinzu, die Hoffnung der Revolution beruhe für's Erste allein auf dem Erfolge ihrer Waffen. In derselben Weise sprach sich bald darauf Malachowski, Minister des Auswärtigen, noch deutlicher aus.

Der Kampf begann Anfangs Februar; am 5. und 6. überschritten die Russen mit 91,800 Mann Infanterie, 30,000

Mann Cavallerie und 10,000 Mann Artillerie die polnischen Grenzen. Das Heer, welches die Polen dieser Masse entgegensetzen konnten, betrug kaum die Hälfte, im Ganzen 52,000 Mann. Der Plan des russischen Feldmarschalls Diebitsch schien darauf gerichtet zu seyn, Warschau von mehreren Seiten zugleich anzugreifen; der rechte und linke Flügel sollte über die gefrorene Weichsel dringen, und im Rücken des größeren polnischen Corps auf dem linken Weichselufer operirend, Warschau angreifen, während er selbst, mit der Hauptmasse sich wie Suwaroff auf Praga werfen wollte. Chlopicki hatte dagegen die Polen bestimmt, den Feind vor Warschau zu erwarten, und dort eine Hauptschlacht zu liefern. Das polnische Heer zog sich deßhalb bis dahin zurück, und ließ sich nur in kleinere Gefechte ein, um jenen Rückzug ungehindert zu vollbringen. Im Norden wurden aber die Russen am Uebergang über den Fluß durch eingetretenes Thauwetter verhindert: im Süden überschritten die Generale Kreutz und Geismar mit bedeutenden Cavallerie-Massen die Weichsel, um von der Seite aus das dort noch unbefestigte Warschau zu überfallen. Sie wurden jedoch am 14. Februar von Dwernicki, einem bisherigen Cavallerie-Capitän, mit Erfolg angegriffen, und mit bedeutendem Verlust zurückgeworfen; ein Sieg, der in Warschau um so größere Freude erregte, da er fast gänzlich mit neu ausgehobenen Truppen erkämpft war. Unterdeß bestand der bisherige Oberst Skrynecki auf dem Rückzuge ein Gefecht mit dem Rosenschen Corps bei Dobre, wo 2 polnische Infanterie-Regimenter die Angriffe einer mehr als dreifachen Anzahl Russen mehrere Stunden mit Erfolg zurückwarfen, und sogar eine Fahne als Trophäe eroberten. Beide Erfolge erhöheten das Zutrauen der Polen auf das endliche Gelingen ihrer Sache um so mehr, da dieselben zugleich zu erweisen schienen, geschickte und siegreiche Generäle könnten aus den untern Graden ihres Heeres hervorgehen.

Während jener Vorgänge drang die russische Hauptmacht unter Diebitsch unaufhaltsam bis auf Grochow vor, wo der größere Theil des polnischen Heeres nach Chlopicki's Plan den Feind erwarten sollte, um eine entscheidende Hauptschlacht

zu liefern. Skrynecki war von Dobre angekommen, und die Russen hatten ebenfalls einige detaschirte Truppen mit der Hauptmasse kurz vorher vereinigt. Am 19. Februar begann eine Schlacht, wie seit Napoleon keine ähnliche geliefert worden; ein Kampf, worin der moralische Muth der Polen es vermochte, eine ungeheure Uebermacht 2 Tage lang mit Erfolg zurückzuhalten und Vortheile zu erkämpfen, die nach dem Urtheile mehrerer Strategen, eine Niederlage der Russen zur Folge hätten haben können, wenn derselbe Umstand, welcher den größeren Erfolg der Revolution schon im Anfang aufgehalten hatte, die Schwäche der Regierung gegen Heer und Generäle, auch dießmal nicht ein Hinderniß des Sieges gewesen wäre. Uneinigkeit, Eifersucht und Ungehorsam der einzelnen Befehlshaber gegen einander war im Augenblick des entscheidenden Handelns eben sowohl die Folge einer Revolution, worin das Heer die erste Stellung einnahm und behauptete, wie früher jenes Schwanken und die Unsicherheit im Entschluß, welche den günstigen Augenblick hatte vorübergehen lassen, um den Aufstand auf anderem Wege, als dem militärischen zu sichern. Die einzelnen Generale versagten sich jetzt einander ebenso den Gehorsam, wie die militärische Partei die Staatsregierung früher beherrschte, und der höchsten bürgerlichen Gewalt nicht gehorcht haben würde, wenn diese nicht im Sinne des Heeres ernannt worden wäre, oder die Eitelkeit und den Ehrgeiz der Partei gekränkt hätte.

Chlopicki hatte den Oberbefehl neben dem Fürsten Radziwill wieder übernommen; er sah sein Heil anfangs nur in einem ehrenvollen Tode; als aber seine Truppen Vortheile erfochten, erwachte mit seinem Heldenmuth seine strategische Gewandtheit und Entschlossenheit, der er seinen Ruhm verdankte. Er hoffte auf den Sieg, und leitete die Schlacht mit einer Umsicht und Unerschrockenheit, welche selbst die Polen anerkannten, die sich kurz vorher als seine entschiedensten Gegner gezeigt hatten. Allein schon in den ersten zwei Schlachttagen führten die Generäle Zymirski und Lubienski seine Befehle nicht aus, und vereitelten dadurch theilweise die Erfolge, welche der alte General erwartet hatte.

Der Kampf betraf den Besitz eines Erlenwäldchens, welches die Polen ungeachtet aller Anstrengungen des russischen Feldmarschalls behaupteten. Diebitsch, welcher noch ein detaschirtes Corps erwartete, unterbrach deßhalb die Schlacht bis zur Ankunft desselben am 28., wo sie mit verdoppelter Heftigkeit wieder begann.

Derselbe Umstand, wie in den ersten Schlachttagen, vereitelte auch dießmal die Benutzung aller günstigen Umstände, welche den Polen sich darboten. In einem entscheidenden und gefahrvollen Augenblick verlangt Chlopicki die Cavallerie-Regimenter Lubienski's, um einen erfolgreichen Schlag gegen die Russen auszuführen. Lubienski verweigert auf's Neue den Gehorsam. Chlopicki, voll Wuth und Verzweiflung, führt selbst den Angriff aus, wird aber durch eine Granate an den Beinen verwundet und bewußtlos zu Boden gestreckt. Mit ihm verloren die Polen den einzigen General, welcher im Stande war, den Erfolg des Tages zu erkämpfen. Dem vom Reichstage ernannten Oberbefehlshaber, Fürsten Radziwill, wollte man um so weniger gehorchen, da seine Unfähigkeit in Führung der Truppen offenbar am Tage lag; Skrynecki, der sich in hohem Grade ausgezeichnet hatte, nahm bisher einen zu untergeordneten Rang ein, um Gehorsam erwarten zu können; in Kurzem trat Verwirrung unter den Polen ein, welche durch einen kraftvollen Angriff der russischen Cavallerie noch vermehrt wurde. Die Linie ward durchbrochen, Flüchtlinge trafen schon in Warschau ein, allein ein russisches Cürassier-Regiment ward während seines Vordringens bei Praga vernichtet, und die Russen zogen sich auf ihre Hauptquartiere zurück. Auch dieser günstige Augenblick ging für die Polen verloren. Krukowiecki und Jablonski, die ein russisches Corps an der Vereinigung mit der Hauptarmee verhindern sollten, hatten dies unterlassen, gegen Chlopicki's Befehl, ihre Ankunft bei Grochow verzögert, und die übrigen Truppen waren ermüdet. Endlich kommen neue Divisionen gegen Abend auf dem Schlachtfeld an; man dringt in den Fürsten Radziwill, einen Angriff mit den frischen Truppen auszuführen, allein der Oberbefehlshaber hielt diese Bewegung für zu gewagt, oder befürchtete, der Armee werde durch

das eingetretene Thauwetter der Rückzug gänzlich abgeschnitten werden; er befahl, so lange noch die Brücke zu benutzen war, die Rückkehr nach Warschau.

So endete die Schlacht von Grochow ohne Entscheidung. Die Russen mußten es aufgeben, beim ersten Sturme in Warschau einzudringen und somit die Revolution mit einem Schlage zu beendigen; die Polen dagegen hatten ihrerseits keinen glänzenden Erfolg erkämpft, welcher die Fortschritte ihres Aufstandes schnell befördern, und das früher in Litthauen Versäumte wieder ausgleichen konnte, wenn ihr Heer es vermocht hätte, die Grenzen dort siegreich zu überschreiten, und den Aufstand hinüberzutragen und zu organisiren. Der Ausgang erschien für sie jedenfalls als ein Unglück, denn man ahnete im Voraus, das kleine Königreich werde der Uebermacht nicht auf die Dauer widerstehen können, wenn es ohne Hülfe von Außen nicht im Stande wäre, die früheren polnischen Provinzen in den Aufstand auf die Weise hineinzuziehen, so daß die einzelnen Insurrektionen ohne Mittelpunkt und ohne gemeinsamen Plan sich nicht zersplittern und nach vergeblichen Bemühungen sich aufreiben müßten.

Während man in Warschau den Kanonendonner der Schlacht vernahm, setzte der Reichstag seine Sitzungen ohne Unterbrechung fort. Er erklärte am 19., im Fall einer Niederlage werde er überall in einem fremden Lande rechtmäßig constituirt seyn, sobald 33 Mitglieder beider Kammern zusammenträten, ein Beschluß der im Rückblick auf die Verhältnisse der Theilungen gefaßt wurde, der aber unter den Umständen der nächsten Gegenwart keine weitere Folgen haben konnte. An allen Schlachttagen wogte eine unermeßliche Menschenmenge auf den Straßen; jeder Erfolg oder Nachtheil bewirkte Siegesjubel oder Niedergeschlagenheit; letztere stieg auf's höchste, als die polnischen Truppen in einiger Verwirrung zur Hauptstadt zurückkehrten, wo man, durch die theilweisen Erfolge berauscht, auf einen vollständigen Sieg gehofft hatte. Der Schrecken und die Betäubung ward durch den Wiederschein der Flammen von Praga erhöht, da die polnischen Generäle, in der Meinung, diese Vorstadt sey nicht zu behaupten, sie durch Feuer zerstörten.

Nur der Reichstag bewahrte seinen Muth. Er faßte sogleich den Entschluß, sich nicht von der Armee zu trennen, wenn die Hauptstadt in die Gewalt des Feindes fiele. Hierauf wurden die Generale berufen, um über die militärische Lage zu berathen. Der Ausspruch Aller erklärte Radziwill als unfähig, das Heer länger zu führen. Skrynecki trat als Ankläger auf; er hatte dem Fürsten gerathen, die Russen anzugreifen, als die Divisionen frischer Truppen auf dem Schlachtfelde eintrafen, und machte ihm jetzt diesen Mangel an Entschlossenheit hauptsächlich zum Vorwurf. Fürst Radziwill verläugnete auch dießmal eben so wenig wie früher, seinen edeln und bescheidenen Charakter; er erklärte, bei Annahme des Commando's nur dem Reichstage gehorcht zu haben und sich selbst bereit, die höchste Würde im Heer einem Fähigeren abzutreten. Hierauf erhob sich Uminski, ein aus den früheren Kriegen der polnischen Heere bekannter General, dem es gelungen war, aus der Haft in der preußischen Festung Glogau zu entfliehen und an den Schlachttagen von Grochow in Warschau einzutreffen; er schlug Skrynecki als den einzigen Mann vor, der im Stande sey, nach dem, was er früher und namentlich bei Grochow geleistet, die Operationen des Heeres umsichtig zu leiten, und dem Feinde mit Erfolg zu widerstehen. Alle Generale gaben ihre Beistimmung, und die Regierung übertrug Skrynecki den Oberbefehl; ein Beschluß, den der Reichstag am folgenden Tage bestätigte.

Regierung und Reichstag hatten genugsam ihren Mangel an Selbstständigkeit dem Heere gegenüber gezeigt; hinsichtlich des neuen Obergenerals trat dieselbe Schwäche bald darauf um so deutlicher hervor. Skrynecki verlangte sogleich nach seiner Ernennung, der Minister des Auswärtigen solle ihm fortwährend alle Unterhandlungen mit den fremden Staaten vorlegen, damit er stets im Stande sey, die Operationen nach den Verhältnissen derselben zu bestimmen. Diese für einen Militär sonderbare Forderung ward nicht allein zugestanden, sondern man ertheilte auch dem General Skrynecki bei allen Beschlüssen der Regierung einen überwiegenden Einfluß, und verrückte somit auf's Neue die untergeordnete Stellung, welche dem Heer um so mehr in einem Staate gebührte, dessen Aufstand

bürgerliche Freiheit in weitester Ausdehnung bezwecken sollte. Noch mehr aber mußte das Betragen des Generals überraschen, als er aus eigenem Antrieb mit dem russischen Feldmarschall einen Briefwechsel, um Unterhandlungen zu beginnen, anknüpfte, der ohnedem zu keinem Resultate führen konnte. Es zeigte sich auf's Neue, daß jene Männer, welche auf die höchste Staatsgewalt Anspruch machten, noch lange nicht genug durch die Erfahrung, hinsichtlich Chlopicki's, belehrt waren, um einen energischen Versuch zur Unterwerfung und Demüthigung aller Militärchefs zu wagen, und ihre eigene Gewalt als die allein souveräne geltend zu machen. Die Folge stellte dies um so deutlicher in's Licht.

Skrynecki sprach übrigens gleich anfangs die Hoffnung auf den Sieg nicht in der Weise aus, daß man entscheidende und schnelle Bewegungen in einem Feldzug von ihm erwarten konnte, der glänzend und rasch in allen Resultaten dem italienischen Krieg des Generals Bonaparte hätte gleichen können, um mit geringen Mitteln das materielle Uebergewicht zu überwältigen, ob auch das Heer der Polen sowohl in Organisation und Zusammensetzung wie an jenem ungestümen, aus dem sanguinischen Nationalcharakter hervorgehendem Muthe beim Angriff, der berühmten Armee Italiens sicherlich gleich zu stellen war. Der Obergeneral sprach gleich anfangs sein später befolgtes System gegen die Deputation des Reichstages, die ihm seine Ernennung überbrachte, mit den Worten aus: „Erinnert Euch an Rom's Senatoren, die auf ihren curulischen Stühlen starben; vertraut mir, daß ich Euer Fabius Cunctator seyn werde.“ Eben so wenig konnte seine Erklärung gegen die Regierung Muth einflößen: er werde sein Möglichstes thun, der Nation ein ehrenvolles Grab zu bereiten. In beiden Antworten lag sicherlich nicht die Energie, die auf entscheidende Kämpfe hoffen ließ, sondern allmählig die Ahnung in Europa erweckte, der polnische Aufstand werde in der Defensive, ungeachtet einzelner Siege, zuletzt unterliegen. Das Vertrauen, welches die Polen anfangs gegen Skrynecki hegten, war übrigens durch seinen rechtlichen Charakter und seine aufrichtige, schwärmerische Begeisterung für die Sache seiner Nation, so wie

durch seine in längeren Studien erworbene tiefe strategische Kenntniß gerechtfertigt; letzterer Umstand mochte jedoch die zu schnellem und entscheidendem Handeln nothwendige Willenskraft ihm geraubt haben.

Der in Warschau nach den Schlachttagen herrschende Schrecken war allmählich verschwunden. Der neue Obergeneral beruhigte die Hauptstadt durch Proclamationen, und entfernte in Kurzem die im Heer eingerissene Unordnung durch eine neue Organisation und eine Thätigkeit, welche das Vertrauen der Armee und des Volks auf gleiche Weise ihm gewann. Der zum Gouverneur ernannte General Krukowiecki traf ebenfalls Maaßregeln zur Sicherheit der Stadt gegen Innen und Außen, welche die Besorgniß für den Augenblick entfernten, und das Benehmen des Generals an den Schlachttagen vergessen ließen. Hauptsächlich erhöhte aber der Rückzug des russischen Feldmarschalls den Muth der Polen. Diebitsch hatte die Trümmer des verbrannten Praga's in Besitz genommen, und seine Truppen standen somit im Angesicht der Stadt. Der ungeheure Verlust der mörderischen Schlacht, vielleicht auch Entmuthigung über das Mißlingen seines ersten Plans, Mangel an Lebensmitteln, so wie an allem Nothwendigen, um das Heer gegen die Einflüsse des Clima's und der Jahrszeit zu schützen, bestimmten ihn zum Rückzug. Er verließ, Verstärkungen aus Rußland erwartend, die Trümmer von Praga, und vertheilte alsdann seine einzelnen Corps in der umliegenden Gegend; letzteres war eine Maaßregel, wodurch er sich einzelnen Niederlagen aussetzte, das Uebergewicht seiner Mehrzahl aus den Händen und den Polen Gelegenheit gab, seine vereinzelten Truppen in gleicher oder selbst in überlegener Zahl zu bekämpfen und zu schlagen. Zuvor machte Diebitsch noch einen Versuch, die Brücke von Praga zu zerstören; dieser mißlang jedoch, wie mehrere andere Operationen, die er vor seinem Rückzuge noch vornehmen zu müssen glaubte. Auch hatte Dwernicki neue Vortheile über die russischen Generale im Süden bei Pulawy und Lublin erfochten. Man glaubte ermuthigt, diese Erfolge dadurch benutzen zu können, daß jener General in die südlichen Provinzen des älteren Polens einfiele,

um den Aufstand dort zu erregen und zu leiten. Der Reichstag faßte demgemäß einen Beschluß, wonach der General Dwernicki sich zum Angriff derselben vorbereiten und ein Corps zu dem Zweck besonders bestimmen sollte.

Nachdem der russische Feldmarschall mißlungene Versuche zum Weichselübergange an verschiedenen Punkten gemacht hatte, begann Skrynecki endlich in der Nacht des 30. März offensive Operationen. Er verließ die Stadt, ohne daß sein Unternehmen geahnet, und selbst seinen Offizieren bekannt war; die Truppen zogen lautlos über die mit Stroh bedeckte Brücke, und vertheilten sich nach dem Uebergange, um das bei Wawer stehende Corps des General Rosen zu umzingeln. Vom Nebel begünstigt, überfielen die polnischen Truppen unter Kicki und Rybinski die durchaus unvorbereiteten Russen; das Corps des General Geismar ward in weniger als 2 Stunden vollkommen zersprengt, gefangen oder vernichtet. Dießmal verfolgte Skrynecki seinen Sieg. Am Abend desselben Tages ward das Corps des General Rosen bei Dembe angegriffen und zersprengt. Ein ungeheurer Schrecken bemächtigte sich der Russen, die überall vereinzelt, an Anzahl gleiche oder überlegene Truppen zu bekämpfen hatten, und durch den Ausgang der Schlacht bei Grochow schon entmuthigt, das Vertrauen auf ihren Feldherrn verloren zu haben schienen. Die im Verhältniß der Gefechte ungeheure Zahl von mehr als 11000 Gefangenen bezeugte diese Entmuthigung. Es war der Augenblick gekommen, wo durch ein vom Siege trunkenes Heer ein entscheidender Schlag auf die Hauptmacht des Feindes ausgeführt werden konnte; Skrynecki aber hielt an, und zeigte sich, wie er versprochen, als Fabius Cunctator; vergeblich drangen seine Offiziere in ihn, die furchtbare Kraft eines vom Siege berauschten Heeres zum ungestümen Angriff auf Diebitsch zu benutzen; vergeblich verlangte der Fürst Czartoryski, der sich beim Heere befand, dasselbe im Namen der Regierung; die Stellung des Präsidenten war nicht die jener Conventsdeputirten, in deren Hand das Schicksal der Generale lag, eben so wenig wie Skrynecki die Energie eines Hoche, Kleber und Jourdan besaß; er schwankte, weigerte sich, und begnügte sich mit dem

Ruhme eines halben Sieges. Die Hauptmacht der Russen wagte er nicht anzugreifen, und wandte sich auf ein detachirtes Corps der Generale Rosen und Pahlen; er traf dies am 10. April bei Iganie, und erfocht auch diesmal einen um so ehrenvolleren Erfolg, da er gegen überlegene Streitkräfte kämpfte. Der Sieg war übrigens nicht so bedeutend, wie die Gelegenheit sich auch diesmal den Polen dargeboten hatte; ein General Skryjenski hatte aus Eifersucht oder Ungehorsam die Befehle des Feldherrn nicht in der Art befolgt, wie dieser berechnete und erwartete. An demselben Tage erkämpfte auch Uminski einen nicht unbedeutenden Erfolg bei Wengrow: kurz, auf der ganzen Schlachtlinie hatten die Polen siegreich sich mit dem Feinde geschlagen. Am 17. verkündete ein Tagsbefehl Skrynecki's die Resultate der Gefechte, wonach die Russen 50,000 Mann, 30 Kanonen, 11 Fahnen und gegen 2000 Waffenstücke verloren hatten. Von dem Augenblick an trat aber eine lange Waffenruhe auf beiden Seiten ein, deren Grund, hinsichtlich der Russen, leicht erklärbar war, denn Diebitsch zog seine Truppen zusammen, um die Vereinzelung der Corps, der er die Niederlage verdankte, wieder aufzuheben, und erwartete zu Sieldce Verstärkungen, welche in dem Kern des Heeres, den russischen Garden aus Litthauen, heranrückten. Außerdem war die Nachricht eines allgemeinen Aufstandes von Litthauen in seinem Hauptquartiere angelangt; er mußte befürchten, der Krieg könne im Rücken seiner Armee eine für ihn gefährliche Wendung nehmen, oder wenigstens seine Communication mit Rußland gänzlich unterbrechen, und die zur Ernährung des Heeres nothwendige Zufuhr ihm abschneiden. Unerklärbar dagegen war die Unthätigkeit Skrynecki's. Er unterließ es zum zweiten Mal, seinen Gegner zu drängen, dessen Lage für den Augenblick bei weitem nicht so vortheilhaft sich zeigte, wie die seinige; bald blieb ihm nur noch übrig, den Feldmarschall wo möglich zu täuschen, und die heranziehenden Verstärkungen vereinzelt zu überfallen und zu schlagen; die Folge zeigte aber in Kurzem, wie der polnische Obergeneral zu wenig Kühnheit und Entschlossenheit besaß, um

auch diesen Schlag zu führen und die dazu sich darbietende Gelegenheit zu benutzen.

Während dieser Ereignisse beim Heere, beschäftigte sich der Reichstag mit der gänzlichen Emancipation der Bauern, welche zwar im Königreiche persönliche Freiheit schon besaßen, allein ohne Eigenthum und den damit verbundenen Rechten sich in einem Zustande befanden, welcher von der Erniedrigung einer vollkommenen Leibeigenschaft nicht sehr entfernt war. Die schnelle Lösung dieser Frage war um so wichtiger, da jene Volksklasse, welche die Revolution nicht gemacht und durchgeführt hatte, auch durch den materiellen Vortheil an den Aufstand geknüpft werden sollte, für den sie ohnedem bereits bewaffnet und in den Kampf geführt war. Außerdem war Hoffnung vorhanden, die Bauern würden alsdann um so bereitwilliger für den Aufstand in Litthauen und in den südlichen Provinzen sich zeigen, wo die Leibeigenschaft noch in aller Ausdehnung bis dahin erhalten war.

Letztere Rücksicht jedoch schien die Landboten von einem schnellen Beschluß, hinsichtlich dieser Angelegenheit, zurückzuhalten; sie mochten befürchten, den dortigen Adel durch eine Maaßregel der Art von sich abzuwenden, obgleich dieser überall, wo er gegen Rußland aufstand, eben durch die Emancipation die Masse des niederen Volkes gewinnen zu müssen glaubte, und seine Bauern sogleich für frei erklärte. Die Maaßregel ward in die ungewisse Zukunft verschoben. Der Reichstag deliberirte in den Commissionen über die einzelnen Punkte, bis es ihm endlich unmöglich war, über das Ganze als Gesetz zu beschließen, da die Ereignisse andere Gegenstände, welche mit der Existenz der Revolution zusammenhingen, ihm zur Berathung aufdrangen.



Neuntes Kapitel.

Aufstände in den alt-polnischen Provinzen. — Dwernicki's Zug nach Wolhynien. — Bewegungen Skrynecki's gegen die russischen Garden. — Schlacht bei Ostrolenka. — Resultate derselben.

Unterdeß war ein Aufstand fast in allen Provinzen Rußlands, welche früher zu Polen gehört hatten, in solcher Ausdehnung ausgebrochen, daß die Macht dieses Kaiserreichs von ernstlicher Gefahr durch ihn bedroht gewesen wäre, wenn Organisation und gehörige Bewaffnung das Ungestüm der Volkskraft geleitet und diese erhöht hätte. Beide konnten aber nur vom Königreich ausgehen, und der Augenblick war vorüber, wo die aufgestandenen Polen auf wirksame Weise diese hätten hinübertragen können. Es befanden sich zwischen Warschau und der litthauischen Grenze zahlreiche russische Heere, welche theils die Absendung bedeutender Hülfscorps abschneiden konnten, theils auch die Polen in die Nothwendigkeit versetzten, den Kern ihres Heeres zum eigenen Schutze jenen entgegenzusetzen. Nur in einem Fall, im gänzlichen Rückzuge des russischen Heeres nach erlittener Niederlage wäre einer Revolution in Rußland selbst die Möglichkeit des Gelingens geboten gewesen. Wie weit aber dieser Fall entfernt war, hatte schon der Umstand gezeigt, daß der polnische Obergeneral die sich ihm darbietenden günstigen Umstände zum Beginn eines schnell entscheidenden Kampfes sich hatte entgehen lassen, ein neuer Beweis, wie wenig die höheren Offiziere des Heeres auf die siegreichen und schnellen Fortschritte der Revolution Hoffnung setzten. Somit gingen jene Aufstände, ob auch noch so zahlreich und mit Erbitterung begonnen und durchgeführt, ohne größeren Erfolg vorüber; die einzelnen Schaaren der Insurgenten, schlecht gerüstet und ohne

gewandte Führer, handelten ohne Uebereinstimmung und vermochten deßhalb nirgends größere und entscheidende Gefechte siegreich zu bestehen; als später polnische Hülfe anlangte, war diese zu unbedeutend, und ging theilweise an denselben Mißverhältnissen, die sich im Königreiche gezeigt hatten, oder an moralischer Schwäche selbst zu Grunde. Der Aufstand, ob er auch, durch Wälder und Moräste begünstigt, als Parteigängerkrieg noch längere Zeit fortwährte, unterlag zuletzt den geregelten Truppen, und hinterließ keine andere Spur, als das tiefste Elend und Unglück der insurgirten Provinzen.

In Litthauen bestanden schon lange Verschwörungen der Studenten und des Landadels, welche seit der Revolution Warschau's nur auf günstige Gelegenheit warteten, um den Aufstand zu beginnen. Nachdem sich die Nachricht von der Schlacht bei Grochow dort verbreitet hatte, stieg die Aufregung in der Art, daß der Gouverneur einen Brief nach St. Petersburg sandte, worin er um Truppen-Verstärkungen bat und zugleich meldete, er erwarte den Ausbruch der Insurrektion mit jedem Augenblick. Eine von der Regierung befohlene Rekrutenaushebung beschleunigte denselben; in der Gegend von Rosienne widersetzten sich die ausgehobenen Bauern; die verschworenen Edelleute, nachdem sie ihre Leute eilig bewaffnet, versammelten sich und nahmen jene Stadt am 26. März. Die umliegenden Kreise folgten dem Beispiel, alle Landstädte wurden in Kurzem erobert und die Hafenstadt Polangen mehrere Male angegriffen. Schnell verbreitete sich der Aufstand bis an die östlichen und südlichen Grenzen des Fürstenthums; die Insurgenten fühlten sich schon stark genug, das befestigte Kowno anzugreifen. Natürlich wandten sich sogleich ihre Bemühungen auf die Eroberung der Hauptstadt, deren Besitz ihren Unternehmungen größere Hülfsquellen und Festigkeit darbot: allein der Versuch des Angriffes auf Wilna mißlang gänzlich, da die Russen dort zu zahlreich und zu sehr auf ihrer Hut waren, um innere Bewegungen, welche den Angriff hätten unterstützen können, nicht zu verhindern. In Kurzem waren die vereinigten Insurgentenschaaren vor der Hauptstadt in zwei Gefechten geschlagen. Das war überall ihr Schicksal, wo sie im Felde

mit russischen Truppen zusammenstießen; ein russischer Oberst Bartholomäus, welcher Kowno mit einigen tausend Mann ver-ließ, hatte die Insurgenten in Samogitien bereits mehrere Male besiegt, als aus Rußland größere Truppenmassen an-rückten, um sich mit dem polnischen Heere zu vereinigen. Es blieb den Insurgenten nichts anderes übrig, als sich in die Wälder und Moräste zu flüchten, und von dort aus den klei-neren Krieg bis zum Augenblick zu führen, wo polnische Trup-pen in Litthauen einrücken würden.

Anderer Art waren die Verhältnisse in Wolhynien, derje-nigen Provinz des alten Polens, deren Gränzen die des König-reichs im Süden unmittelbar berührten. Der dortige Adel, wel-cher schon früher in den Theilungen die russische Partei theilweise ergriffen, hatte weder vor dem Ausbruch der polnischen Revo-lution Verschwörungen gebildet, noch nach dem Aufstande von Warschau Maaßregeln getroffen, welche seine Neigung, der Insurrektion sich anzuschließen, hätten zeigen können, ob auch Einzelne sowohl in Wünschen als Bestrebungen die Zwecke der-selben vor Augen hatten. In Podolien dagegen, der Provinz, welche auf Wolhynien der Lage nach folgt, waren die Ver-hältnisse derselben Art, wie in Litthauen, und schon vor dem Ausbruch der Warschauer Revolution hatte sich bei einzelnen Gelegenheiten die Gesinnung der Einwohner, ungeachtet des äußeren Zwanges, unverhohlen geäußert. In der nächsten Folge trat dieß um so deutlicher und entschiedener hervor, je mehr die Hoffnung, von Polen Hülfe zu erwarten, den Podoliern abgeschnitten wurde, da dennoch ein eben so allgemeiner Auf-stand, wie in Litthauen, mit demselben Erfolge und Charakter ausbrach.

Nachdem früher die Gelegenheit versäumt war, den Auf-stand Litthauen's zu organisiren, hofften die Polen, dieß werde im Süden ihres alten Reichs in derselben Art Statt finden können, wie die Ereignisse im Rücken der russichen Armee die frühere Möglichkeit jetzt erwiesen. Für den Augenblick war es unmöglich, sich nach Litthauen zu wenden; im Süden dagegen hatten die Erfolge des kühnen Dwernicki, welcher allein von den polnischen Generalen den Ungestüm des Nationalcharakters

im Angriff zu benutzen verstand, die Grenze frei gemacht, so daß ein Angriff auf Wolhynien ausgeführt werden konnte. Dwernicki hatte zu dem Zweck ein Corps von 4000 Mann in Zamocz gesammelt, begann am 11. April, nachdem er über die Weichsel gesetzt, seinen Zug, und fiel in Wolhynien ein, wo der General Rüdiger ihn mit 14,000 Mann erwartete. So wie er aber die Grenze überschritten hatte, sah er bald, wie wenig von einem allgemeinen Aufstand dort zu hoffen war. Nur eine geringe Zahl von Edelleuten fand sich bei ihm ein; zweimal versuchte er mit geringem Erfolg eine Conföderation des Adels zu stiften; die Masse der Bauern nahm eben so wenig an einem Aufstande Antheil, welcher eine Verbesserung ihres Zustandes ihnen nicht verhieß, denn Dwernicki hatte besondere Instructionen, worin ihm verboten wurde, die Aufhebung der Leibeigenschaft zu proclamiren. Ein theilweiser Aufstand in einer Kreisstadt ward in der Geburt erstickt; Sierawski, der den Rücken Dwernicki's decken sollte, hatte am 1. April einen unglücklichen Kampf mit dem General Kreuz bestanden, und war nicht im Stande, zu verhindern, daß dieser Dwernicki nachrückte; zugleich setzte sich ein russisches Corps unter General Roth von der Moldau aus in Bewegung, um dem polnischen General von Süden aus entgegen zu gehen. Dwernicki, von allen Seiten bedrängt, sah sein einziges Rettungsmittel in einem Marsche nach Podolien, wo allerdings die Sache eine günstigere Wendung für ihn erlangt hätte, denn er wußte, daß ein größerer Aufstand dort bevorstand, und die Nähe der offenen türkischen Gränze würde der Insurrektion Vortheile neben der Organisirung, welche Dwernicki hinübertragen wollte, dargeboten haben, wodurch jener für Rußland gefährlicher geworden wäre, wie an andern Punkten. Der polnische General suchte daher, so schnell wie möglich, Podolien zu erreichen, und zog, um sich wenigstens den Rücken zu decken, an der östreichischen Grenze hin. Am 19. April bestand er ein glückliches Gefecht gegen Rüdiger, welcher seinen Marsch aufhalten wollte; alsdann sandte er Boten nach Podolien mit der Nachricht einer baldigen Ankunft, und die Insurrektion brach dort aus. Am 25. standen aber wiederum überlegene Trup-

penmassen der Russen seinem Heere gegenüber; Dwernicki nahm eine feste Position ein, wobei er sich mit dem Rücken an die östreichische Grenze lehnte; die Russen aber überschritten diese in der Nacht vom 27., um den Polen in den Rücken zu fallen; es entstanden Gefechte auf östreichischem Gebiet, so daß beide Theile von östreichischen Truppen getrennt werden mußten; die Russen zogen sich zurück, und Dwernicki versprach dem östreichischen Offizier, die Befehle der kaiserlichen Regierung, hinsichtlich seiner, abzuwarten. Außerdem konnte er seinen Marsch nach Podolien im ersten Augenblick, wie er anfangs beabsichtigte, nicht fortsetzen, denn seine Truppen waren bis auf's Aeußerste erschöpft, und bald darauf langte von Wien ein Befehl an, das Corps des Generals zu entwaffnen und nach Ungarn zu führen. Somit war die Unternehmung vollkommen mißglückt, und für die Polen ging nicht allein dies Corps, sondern auch die Hoffnung verloren, die südlichen Provinzen ihres Reichs, deren Aufstand sich eben so zersplitterte, wie der von Litthauen, in die Revolution wirksam hineinzuziehen.

Als die Nachricht der litthauischen Aufstände in Warschau anlangte, ward die Hoffnung aller Parteien auf's Neue aufgeregt, und die Unterstützung jener Insurrektionen eine nothwendige Forderung des Augenblicks. Der Reichstag beschloß am 5. Mai, jeder frühere Theil des Königreichs Polen erlange seine Rechte wieder, und habe Ansprüche auf die Mitwirkung des Nationalheers. Am 3. Mai, dem Jahrstage der Constitution von 1791, war ferner ein litthauischer Abgeordneter in Warschau mit der Bitte um Truppen, Instructions-Offiziere und Kanonen angekommen; von ihm erfuhren die Polen zuerst die ungeheure Ausdehnung des litthauischen Aufstandes. Skrynecki zeigte zwar anfangs keine Neigung, Operationen zu beginnen, welche die Absendung eines besonderen Corps nach Litthauen bezweckten, und gab dem litthauischen Abgeordneten entschieden eine abschlägige Antwort; als aber am 8. Mai die Nachricht von Dwernicki's Unfall in Warschau ankam, sah er sich genöthigt, der öffentlichen Stimmung nachzugeben, und seine Operationen im Großen wieder zu beginnen, welche bis

dahin sich auf kleinere und nichtsentscheidende Gefechte beschränkt hatten. Unzufriedenheit über des Obergenerals Unthätigkeit war übrigens von allen Seiten bereits laut geworden. Außerdem bot sich eine glänzende Gelegenheit zum Wiederbeginn des Angriffs. Die russichen Garden, der Kern der russischen Armee, welche dem Feldmarschall nachgerückt waren, hatten sich noch nicht mit ihm vereinigt, und standen vereinzelt und weit ausgebreitet in den Woiwodschaften Plock und Augustowo. Die Folgen eines Sieges der Polen über diesen Kern der russischen Truppen, unter denen Glieder der ersten Familien des Kaiserreichs alle mittlere und höhere Stellungen einnahmen, wäre nicht allein in strategischen, sondern politischen Folgen nicht zu berechnen gewesen. Neue Entmuthigung unter dem Hauptheer der Russen war die nächste; man hoffte ferner auf ein durchaus verschiedenes Verhältniß in den Unterhandlungen mit den übrigen Staaten Europa's; Einige sogar erwarteten Folgen im Inneren Rußlands, wenn es gelang, die Garden vereinzelt eben so zu besiegen, wie die Generale Geismar, Rosen, und Kreutz in den Schlachten von Wawer, Dembie und Iganie. Außerdem war es alsdann möglich, ein besonderes Corps nach der Schlacht in Litthauen einzuschieben, zu dessen Führung der Oberst Chlapowski und der General Dembinski schon bestimmt waren.

Anfangs gelang diese Unternehmung in jeder Hinsicht. Skrynecki setzte sich am 12. Mai von Minsk aus gegen die Garden in Bewegung; Lubienski ward nach Nur abgesandt, um eine Brücke des Bug, welche der Feldmarschall, um den Garden Hülfe zu bringen, überschreiten mußte, abzubrechen, und dort den Uebergang diesem zu verwehren. Uminski blieb vor der Hauptarmee der Russen zurück, um Diebitsch zurückzuhalten, zu beobachten, und am Vorrücken so viel wie möglich zu verhindern. Beides ward ausgeführt; der Feldmarschall ward vollkommen getäuscht; er nahm am 13. Mai eine allgemeine Recognoscirung vor, und wurde in dem Glauben erhalten, der polnische Obergeneral stehe mit dem Hauptheer ihm gegenüber. Skrynecki gewann mehrere Tagemärsche. Am 15. traf er ungehindert auf die Vorposten der russischen Gar-

den mit 30,000 Mann; er befand sich in der Uebermacht, denn jene betrugen nur 20,000. Alle drangen in ihn, den entscheidenden Schlag auszuführen, Skrynecki aber schwankte; er wollte zuvor über Lubienski's Unternehmung Nachricht haben, und Ostrolenka nehmen. Kleinere Gefechte am 15., wo die Elite der russischen Truppen hartnäckig kämpfte, hatten seine Entschlossenheit untergraben. Die inständigen Bitten Pradzynski's, von dem der ganze Plan herrührte, vermochten den Obergeneral nicht zu bewegen. In der Nacht erfuhren erst die russischen Garden, der größere Theil der polnischen Armee mit dem Obergeneral stehe ihnen mit Uebermacht gegenüber; es war ihnen unmöglich, dem Feinde auszuweichen; sie entschlossen sich zum Rückzuge auf eine nahe feste Position, um dort den Feind zu erwarten, und, ob auch die Niederlage als höchst wahrscheinlich erschien, mit Ehren zu fallen. Am 18. ward Ostrolenka von den Polen genommen; es war kein Vorwand für Skrynecki vorhanden, den Kampf noch länger aufzuschieben; er schien entschlossen; schon hatte er die Tagesbefehle an die Divisionscommandanten dictirt; allein er beginnt auf's neue zu schwanken; die Kühnheit der Garden hatte ihm alle Willenskraft geraubt; er zerreißt die Befehle, und beginnt sein früheres Zaudern im entscheidenden Augenblick. Vergeblich dringt Pradzynski in ihn; er weist den General, dessen Plänen er selbst seinen Ruhm theilweise verdankte, hochfahrend zurück; der Augenblick geht verloren, und bot sich den Polen niemals als so günstig wieder. Die Hauptmacht der Garden erhielt unterdeß für ihren weiteren Rückzug einen so bedeutenden Vorsprung, daß sie am 20. nicht mehr zu erreichen war. Skrynecki, der ihnen gefolgt, nahm am 21. Tykocin, und stand somit auf litthauischem Boden. Hier wurde wenigstens ein Zweck der Operation erreicht; Chlapowski war ungehindert mit wenigen Truppen, aber einer bedeutenderen Anzahl von Instructionsoffizieren in das Innere von Litthauen vorgedrungen; der ganzen Division Gielgud's, welche bei Lomza stand, war ebenfalls der Weg dorthin frei.

Der Feldmarschall Diebitsch hatte unterdeß die Gefahr, worin die Garden schwebten, erfahren, und es war ihm gelun-

gen, den General Uminski auf ähnliche Weise zu täuschen, wie dies bei ihm selbst durch Skrynecki der Fall gewesen war. Während Uminski glaubte, der Feldmarschall werde eine Unternehmung gegen Warschau ausführen, war dieser den Garden zu Hülfe geeilt, und hatte den Uebergang über den Bug, welchen Lubienski vertheidigen sollte, nach einem Gefecht bei Granna sich erzwungen. Skrynecki erfuhr dies am 22.; er konnte die Vereinigung der Garden mit der russichen Hauptarmee nicht mehr verhindern, und entschloß sich zum Rückzuge, nachdem er den General Uminski, weil dieser sich hatte täuschen lassen, sogleich abgesetzt. Am 15. überschritt er selbst mit dem größeren Theil seines Heeres die Brücke von Ostrolenka, und schlug sein Hauptquartier auf dem jenseitigen Ufer des Narew auf. Die Brücke wurde nicht abgebrochen, weil polnische Truppen unter Lubienski sich noch am andern Ufer befanden und weil man die Nähe der Russen nicht ahnete. Diebitsch, nachdem er sich mit den Garden vereinigt, hatte jedoch durch einen beinahe unglaublichen Marsch, worin seine ganze Armee 10 Meilen in 24 Stunden zurücklegte, die Polen erreicht. Die polnischen Truppen, von ihm angegriffen, konnten sich nur in aller Schnelle über die Brücke zurückziehen. Skrynecki, durchaus auf dieß Ereigniß unvorbereitet, wurde erst durch den Donner der feindlichen Kanonen davon benachrichtigt. Der Feldmarschall bezweckte mit seinem Heer, über die Brücke vorzudringen, die Polen anzugreifen und durch seine Uebermacht zu vernichten, bevor sie eine vortheilhaftere Position einnehmen könnten. Zuerst entstand auf der Brücke ein blutiges Gemetzel, da die Polen den Feind von derselben zurückzuhalten strebten. Sie mußten weichen, da die Artillerie der Russen am jenseitigen Ufer ungeheure Lücken in ihre gedrängte Masse hineinriß. Die Brücke ward verloren; dichte Massen russischer Truppen drangen auf das jenseitige Ufer ein und stellten sich hinter einem Damm auf, woran alle Anstrengungen des polnischen Generals, um ihn wieder zu nehmen, sich brachen. Angriffe aller Truppengattungen mißlangen; es fiel die größere Zahl der Offiziere der einzelnen Truppen, welche zum Sturm geführt wurden, unter Andern General Kicki,

die polnische Armee war dem Untergang nahe; ihre Infanterie hatte sich theilweise bereits zerstreut; die Brücke ward von immer größeren Massen der Russen überschritten; endlich gelingt es dem General Skrynecki, welcher in einer letzten Anstrengung die wieder gesammelten Truppen selbst in das Feuer führt, ein weiteres Vordringen der Feinde bei Einbruch der Nacht zu verhüten. Die Russen stellten ermüdet ihre weiteren Bewegungen ein, und die polnische Armee war wenigstens vom Untergange gerettet. Im Uebrigen kam das Resultat der Schlacht einer Niederlage für die Letztere gleich. Die Polen hatten mit ungeheurem Verlust sich allein einen sicheren Rückzug nach Warschau erkämpft; der Muth ihres Heeres war gesunken und dessen Vertrauen auf den Obergeneral verloren. Letzterer Umstand war für sie ein um so größeres Unglück, da die Regierung Skrynecki nicht absetzte, obgleich die strategischen Fehler des Generals so offenbar am Tage lagen, daß sie sogar in den untersten Reihen der Armee gefühlt wurden. Eine halbe Niederlage bildete den Schluß jener Operationen, von deren Ausgang man einen glänzenden Erfolg mit Sicherheit erwartet hatte; nur ein Resultat war erreicht, die Unterstützung des litthauischen Aufstandes, jedoch in einer Weise, welche selbst im Augenblick auf keine größere Erfolge hoffen ließ. Chlapowski's Corps war zu unbedeutend, um Größeres zu bewirken, denn es bestand nur aus einigen Hundert Mann. Zwar ward der Division Gielgud's, die noch bei Lomza stand, in der Nacht, welche auf die Schlacht bei Ostrolenka folgte, der Befehl zugesandt, in Litthauen einzurücken, und es gelang dem General Dembinski, mit einigen Schwadronen sich beim russischen Lager jenseits des Narew vorbeizuschleichen, um jenen Befehl zu überbringen; allein Gielgud besaß schon damals nicht das Zutrauen des Heeres, weil er weder früher noch später sich glänzend ausgezeichnet hatte, und außerdem ein Mitglied der Commission von 1825 gewesen war, welche natürlich während der Revolution; von allen Volksklassen, die daran Theil nahmen, im höchsten Grade verabscheut wurde. Kurz, mit der Schlacht von Ostrolenka war ein Wendepunkt eingetreten, von wo an die Sache der Polen abwärts ging

und sich ihrem Ende zuneigte. Die günstige Gelegenheit zum Siege bot sich nur noch einmal, ebenfalls unbenutzt wieder in demselben Grade; die Aufstände der altpolnischen Provinzen und die dorthin abgesandten Corps von Gielgud und Chlapowski unterlagen in ähnlicher Weise, wie Dwernicki in Wolhynien; auf der Schlachtlinie im Königreich trat längere Unthätigkeit ein; die innere Zwietracht und das Unvermögen der Parteien, die Begebenheiten zu beherrschen, bewirkte Entmuthigung und Zerrüttung; während das russische Heer unter einem neuen Feldherrn die verlorenen Kräfte wieder ergänzte, und einen entscheidenden Schlag vorbereitete, verloren die Polen ihr Vertrauen in sich selbst wie ihr Glück, und nach wenigen Monaten unterlag die Revolution ohne den hartnäckigen Widerstand im Allgemeinen, welchen man nach den erbitterten und hartnäckigen Schlachten von Grochow und Ostrolenka hätte erwarten können.



Zehntes Kapitel.

Frankreich.

Ausgang der neuen Wahlen. — Stimmung der Kammer. — Präsidentenwahl.

Das Mitgefühl der Franzosen am Aufstande der Polen währte unterdeß in immer höherem Grade fort, und der König selbst ward bei Gelegenheit des Jahresfestes der Julirevolution, welches übrigens ohne die befürchteten Unruhen vorüberging, zu einer Aeußerung desselben genöthigt; allein hierauf beschränkte sich Alles, was von Frankreich aus für die Sache der polnischen Revolution während des Aufstandes

ausging. Die Stellung der Regierung blieb nach Zusammenberufung der neuen Kammer nach Außen und Innen durchaus dieselbe, Erhaltung des Friedens und Befestigung der neuen Dynastie unter der veränderten Charte, war offenbar das Mandat, welches die Wähler den Deputirten bei ihrer Ernennung ertheilt hatten.

Ungeachtet aller Bestrebungen der Linken und ihrer noch immer viel vermögenden Organe, fielen die Wahlen der Mehrzahl dennoch nicht in ihrem Sinne aus, und es ergab sich durch diese größeren Theils nicht erwartete Wirkung des neuen Wahlgesetzes der Beweis, daß die Majorität der jetzt beinahe vollständig repräsentirten Mittelklassen nicht sehr von der Richtung abwich, welche die höchst Begüterten seit Ernennung der 221 eingeschlagen hatten. Zwar fanden sich auf's Neue in der Kammer die bedeutenderen Namen der Linken, Mauguin, Lafayette, Odilon Barrot, Lafitte *), Lamarque u. s. w., allein das linke Centrum war zahlreicher ausgefallen. Das rechte, obgleich mehrere Mitglieder desselben, wie Oberkampf und Agier, dießmal durchfielen, war noch immer zahlreich, und nur die Rechte war geschwächt; alle früheren Namen derselben waren verschwunden, und Berryer blieb ihr einziger Redner von Bedeutung. Die republikanische Partei besaß nur 2 Repräsentanten in Cabet und Garnier Pagès, die ihre Meinungen auf der Tribüne offen auszusprechen wagten.

Anfänglich schien jedoch die Stellung des Ministeriums Perrier ungewiß und schwankend, und die Majorität selbst noch nicht entschieden, welche Richtung sie einschlagen würde; die Gesinnung der neuen Mitglieder, deren Zahl mehr als hundert betrug, war noch unbekannt und diese selbst noch theilweise ohne festen Entschluß, welcher Partei sie ihre Stimmen geben würden. Man wußte nur, daß fast Alle ein bestimmtes Mandat erhalten hatten, die neue Dynastie zu befestigen, im Nothfall selbst durch neue Gesetze die Ruhe im Inneren zu sichern, und gegen die Erblichkeit der Pairie zu

*) Lafitte war sogar in 5 Collegien dießmal gewählt, im Gegensatz zu der Wahl von 1834, wo er in Paris mit bedeutender Mehrheit durchfiel.

stimmen. Sie hatten jedoch beinahe sämmtlich bestimmte Aufträge in allen einzelnen Punkten, mit Ausnahme der letzteren Frage, abgelehnt und ihre Unabhängigkeit den Wählern gegenüber behauptet. Offenbar wurden die Meisten erst im Laufe der Debatten über ihr Verfahren bestimmt, woran der Umstand keinen geringen Antheil geäußert haben mag, daß in aufgeregten Zeiten die unentschiedenen Mitglieder großer Versammlungen stets von den Entschlossenen fortgerissen werden, sobald die Meinung derselben Gelegenheit findet, auf leidenschaftliche Weise und im allgemeinen Einklang sich zu äußern. Seit der ersten Revolution hatte aber keine Repräsentativ-Versammlung in Frankreich sich befunden, wo so häufig, in stürmischen Sitzungen, der Ausbruch einer leidenschaftlichen Stimmung erfolgte. Die Mehrheit, gereizt durch die stets sich wiederholenden Unruhen von Paris, Straßburg, Grenoble, Lyon, S. Etienne ꝛc., durch die Ungewißheit, ob ein erneuerter Volksaufstand mit Barrikaden und Bewaffnung die Regierung nicht umzustürzen vermöge, durch die immerwährenden Angriffe der feindlichen und besonders der extremen Parteien, welche bei der bestehenden Preßfreiheit ihre Wünsche und Bestrebungen natürlich offen aussprachen, wurde in immerwährender Spannung erhalten; sie zeigte, wie einst im Convente, durch Beifall, Stampfen und Zischen, durch leidenschaftliche Unterbrechung, wo die Schelle des Präsidenten vergeblich an Ruhe ermahnte, bei häufigen Gelegenheiten ihre entschiedene und leidenschaftliche Entschlossenheit, die Parteiprinzipe zu behaupten, welche die Regierung natürlich sich angeeignet hatte. Die Opposition, welche oft genug dergleichen Scenen durch eigene Heftigkeit, und dieselben Aeußerungen ihrer leidenschaftlichen Stimmung veranlaßte, trug alsdann jedesmal nicht wenig dazu bei, daß die Centren um so fester zusammenhielten, und die unentschlossenen Mitglieder der Partei in ihre allgemeine Stimmung mit fortrissen.

Wie sehr jedoch die Kammer im Beginn ihrer Session noch schwankend war, zeigte die Präsidentenwahl. Das linke Centrum schien ungewiß, ob es sich der Linken anschließen sollte, und gab Laffitte, einem der gefeiertsten Namen

unter der früheren Opposition, ihre Stimmen. Das Ministerium selbst wagte noch nicht, einen Candidaten der Centren durchzubringen, und vereinte deßhalb alle Bestrebungen seiner Partei, um wenigstens diese Wahl zu verhindern, mochte die Ernennung des Präsidenten auch nicht in seinem Sinne vollkommen ausfallen. Ersteres gelang, aber nur mit Mehrheit einer Stimme. Der wegen der Februar-Unruhen abgesetzte Polizeipräfekt Girod de l'Ain (bis dahin ein Mitglied der Linken), ward am 14. August zum Präsidenten ernannt. Hätte die Kammer sich nicht später auf andere Weise entschieden, so war es unmöglich, bei solcher Mehrheit die Regierung zu halten. Sie kam einer Niederlage gleich, und nur bei außergewöhnlichen Gelegenheiten pflegt in Repräsentativ-Regierungen stattzufinden, daß sich ein Ministerium alsdann nicht zurückzieht *). Perrier hielt somit seine Stellung für nicht haltbar, er reichte seine Entlassung ein, und man erwartete die Bildung eines neuen Ministeriums, obgleich erst die Abstimmung über die Antwortadresse auf die Thronrede des Königs der Kammer Gelegenheit bot, sich deutlich auszusprechen. Bevor dieß aber geschah, veränderten unerwartete Ereignisse in Belgien, und das Verfahren, das Perrier dabei beobachtete, plötzlich seine Stellung, befestigten sein Ministerium und bewirkten, daß die Majorität der Kammer sich ihm anschloß.

*) In England war dieß kurz vorher hinsichtlich der Reformfrage geschehen.

Eilftes Kapitel.

Belgien.

Wahl Leopold's. — Verhältnisse von Holland und Belgien. — Angriff der Holländer. — Gefechte bei Hasselt und Löwen. — Intervention Frankreichs. — Rückzug der Holländer.

Nachdem die Ernennung des Herzogs von Nemours zur belgischen Krone abgelehnt war, verblieb den Belgiern nur noch die Wahl des Prinzen von Sachsen-Coburg, des früheren Gemahls der englischen Thronerbin, Prinzessin Charlotte, welcher in England, gleich geachtet von allen Parteien, in ehrenvoller Stellung lebte, und dessen achtungswerther persönlicher Charakter außerdem bekannt genug war, um die Stimmen der Majorität im Congresse, mit Ausnahme der Republikaner, für sich zu gewinnen. Auch konnten die Belgier hoffen, der Prinz, welcher früher die griechische Krone wegen des geringen Umfanges der Grenzen dieses neuen Königreichs abgelehnt hatte, werde mit seinem Einflusse in England ihr Verlangen hinsichtlich Luxemburg's und Limburg's thätig unterstützen. Die mit ihm angeknüpften Unterhandlungen führten zum günstigen Resultate und der Prinz ward am 4. Juni mit der bedeutenden Majorität von 152 Stimmen gegen 24 zum König gewählt.

Diese Ernennung war Frankreich und England auf gleiche Weise genehm. Frankreich erhielt dadurch die Bürgschaft, daß

weder eine Republik, noch der Thron eines Prinzen aus der Familie Bonaparte's an seinen nördlichen Grenzen constituirt werde; England, daß Belgien, von Holland getrennt, und unabhängig von Frankreich, als Königreich bestehen würde. Die übrigen Gesandten der Conferenz stimmten ein, und die Wahl Leopolds war gesichert. Bevor jedoch dieser die Krone annahm, erwirkte er noch ein Protokoll der Conferenz zu Gunsten seines neuen Königreichs, hinsichtlich der Grenzen, worin die Räumung der Citadelle von Antwerpen Holland anbefohlen, und dessen Ansprüche auf Limburg und Luxemburg zweifelhaft gelassen wurden. Der Prinz nahm hierauf die Krone an, und begab sich über Calais, wo er mit königlichen Ehren bereits empfangen wurde, nach seinem neuen Königreiche.

Die Belgier waren offenbar des langen Provisoriums müde, durch die lang dauernde Aufregung abgespannt, und voll Hoffnung, ihre durch die Revolution gesunkene Industrie werde durch den in Zukunft gesicherten Zustand im Inneren wieder aufblühen. Dort, wie in Frankreich, lag das Streben der Mittelklassen nach Ruhe, sobald ihre Nationalunabhängigkeit befestigt war, offen am Tage; der reiche, und mit glänzenden Namen geschmückte Adel sah seine Stellung in der Gesellschaft und an einem Hofe, den er allein zu bilden berufen war, so wie seinen Einfluß in einer zweiten Kammer gesichert, welche zwar durch die Wahl des Königs ernannt werden sollte, deren Kern aber aus alten und mächtigen Familien, wie man erwarten konnte, zu bilden war; die Priesterpartei, auf den Glauben des niederen Volkes und eines Theiles der Mittelklassen gestützt, nahm eine zu feste Stellung in einer Repräsentativ-Monarchie ein, um wegen der Wahl eines protestantischen Fürsten eine Verminderung ihres Einflusses befürchten zu müssen. Außerdem war religiöse Toleranz durch die ungeänderte Verfassung des Congresses gesichert, und die Priesterpartei war so verständig gewesen, den früher mit ihr verbundenen Liberalen gleich anfangs in diesem Punkte nachzugeben. Kurz, die Wahl Leopold's fand im Inneren allgemeinen Anklang, und der neugewählte König sah dieses an seinem Empfang, sobald er das belgische Gebiet

betreten hatte. Er beruhigte Alle, und sogar das bisher entschieden orangistische Gent schien sich ihm aufrichtig anzuschließen, als er seine Kenntniß von der Lage der Stadt, und seine Absichten über die künftigen Hauptzwecke der Regierung in Beförderung der gesunkenen Industrie, den dortigen Municipalbeamten aussprach, Verheißungen, welche später durch geschickte und schnelle Benutzung aller neuerfundenen und außergewöhnlich wirksamen Verkehrsmittel, so wie der politischen Verhältnisse gegen Holland, zum Vortheil der Nation, gewissenhaft erfüllt wurden. Ueberall ward der König auf eine Weise empfangen, welche die Hoffnung der Belgier auf eine glänzende Zukunft aussprach. In Brüssel ward am **21.** Juli seine Einsetzung als König vorgenommen. Der Congreß hatte sich unter freiem Himmel versammelt; der König beschwur die Constitution, und bestieg alsdann den Thron unter dem Jubel der Bevölkerung. Auf einer Reise durch andre Städte Belgiens folgten Feste auf Feste, allein diese wurden bald durch eine Nachricht unterbrochen, welche alle Freudenbezeugungen beendete. Die Feindseligkeiten waren von Seiten der Holländer weiter begonnen.

In Holland war es nicht allein die Regierung, welche bis dahin Erbitterung und Hartnäckigkeit gegen Belgien gezeigt hatte. Alle Volksklassen waren auf gleiche Weise gegen die südlichen Provinzen des früheren Königreichs der Niederlande aufgeregt; sowohl die verletzten Interessen, wie der gekränkte Nationalstolz veranlaßten dort eine Spannung, die um so länger anhielt, je seltener der ruhige und bedächtige Nationalcharakter zu ähnlichen Aeußerungen sonst geneigt war. Holland, durch die Last seiner Staatsschuld erdrückt, und durch den abnehmenden Handel immer mehr verarmend, hatte einen Theil seiner früheren Macht durch die Vereinigung mit Belgien wieder erlangt, und die Bürde, welche von vergangenen Jahrhunderten ihm auferlegt war, theilweise dadurch erleichtert. Beides war nach der Revolution von Brüssel weggefallen; außerdem ward gegen seinen Handel wie seine Finanzen ein empfindlicher Schlag geführt, als die Scheldemündungen geöffnet werden mußten; in letzterer Hinsicht

mußten die Holländer auch befürchten, der natürliche Handelsweg über Antwerpen werde nicht geschlossen der Blüthe ihrer eigenen größeren Städte sich als schädlich erweisen. Endlich war der Nationalstolz tief verletzt, als die holländischen Truppen nach einer schnellen und entscheidenden Niederlage aus den Straßen Brüssels zurückkehrten, und keine besondere Meinung von kriegerischer Tapferkeit in ganz Europa erweckten. Dazu kamen noch die immerwährenden voreiligen Aeußerungen der Belgier in Zeitungen und auf der Tribune über die Feigheit ihrer Gegner, welche überall verbreitet und gelesen wurden. Durch alle diese Gründe, war in Holland eine heftige Stimmung, und der Wunsch, das Glück der Waffen zu versuchen, erweckt, welche die Regierung mit Thätigkeit benützte. Ueberall traten die Milizen (Schuttereien) unter Waffen, in der Hoffnung, bald werde sich Gelegenheit finden, die erlittene Niederlage in neuem Kampfe wieder auszugleichen. Die Regierung, welche ihre Ansprüche auf Belgien nie entschieden aufgab, obgleich die holländischen Generalstaaten selbst eine Trennung ausgesprochen hatten, war dieser Stimmung um so bereitwilliger gefolgt, je mehr Vortheile sie von dem günstigen Ausgange eines neuen Kampfes zu erwarten hatte. Das Heer ward trefflich organisirt und neu gebildet, so daß es schon nach dem Juni im Stande war, einen Feldzug erfolgreich durchzuführen. Auch besaß Holland an dem Prinzen von Oranien, welcher seit Januar von London zurückgekehrt war, nachdem es als offenbar sich zeigte, daß er die belgische Krone nicht erhalten würde, einen gewandten, im englischen Heere gebildeten Feldherrn, und der General Chassé hatte sich in den Kriegen des Kaisers einen nicht unbedeutenden Kriegsruhm erworben.

Die provisorische Regierung in Belgien hatte es dagegen nicht vermocht, die bewaffnete Macht in solchen Stand zu setzen, daß diese dem Angriffe einer wohlgeordneten und geschickt geführten Armee hätte widerstehen können. Der Sieg in den Straßen von Brüssel und die damit zusammenhängenden Erfolge hatten alle Köpfe berauscht; die ungeordnete Masse der Blousenmänner hielt sich für unüberwindlich, und

an Disciplin war somit nicht zu denken. Die Unordnung in den Finanzen, die natürlich nach der Revolution eingetreten war, hatte ferner alle wirksamen Vorbereitungen zum Kampfe verhindert, während in Holland dagegen die Generalstaaten und alle Classen die dazu nothwendigen Summen bereitwillig zugestanden und schnell zusammenbrachten. An tüchtigen Feldherrn fehlte es den Belgiern ebenfalls; Vandamme, der Ajax des französischen Heeres, und der einzige Belgier, der in jenem sich einen glänzenden und ausgezeichneten Ruhm erwarb, war kurz vor dem belgischen Ausbruch gestorben; die übrigen Daine und Rogier u. s. w. hatten nur untergeordnete Stellungen eingenommen, und erweckten in keiner Hinsicht großes Vertrauen. Es fehlte an Material zum Kriege, die Festungen waren nicht gehörig verproviantirt und besetzt, kurz, es mangelte an Allem, was beim Beginn des Kampfes nothwendig war. Die Minister des Regenten, auf äußeren Schutz von Frankreich und England zuletzt vertrauend, hatten sich einer vollkommenen Sorglosigkeit überlassen, ungeachtet der Wiederausbruch des Kampfes zu erwarten war. Der belgische General, welcher in Antwerpen befehligte, Tiene van Toerhofe schrieb schon im Juni an den Congreß, die ihm gegenüberstehende Armee sey noch einmal so stark, wie die seinige; er werde im Fall eines Angriffs schwerlich widerstehen können. Letzterer Umstand, sowie die Sorglosigkeit der damaligen Regierung, diesem Mangel abzuhelfen, ließen die nächste Folge, die Ueberlegenheit der Holländer ahnen, welche, wie gesagt, genugsame Vorbereitungen getroffen hatten, die frühere Niederlage durch einen Sieg wieder auszugleichen.

Die erwähnten Vorschläge der Conferenz gaben die Gelegenheit. Der holländische Gesandte in London Verstoek van Soelen hatte sogleich, als diese gemacht waren, den Entschluß seiner Regierung, denselben nicht beizutreten erklärt. Diese war durch eigene Beistimmung für den Wiederbeginn des Kampfes nicht verpflichtet; sie begann ihn schnell und energisch. Vielleicht hoffte sie Alles im glücklichen Falle wieder zu gewinnen, vielleicht auch hatte sie nur eine günstige Wendung der Unterhandlungen über die Grenzen Belgiens im

Auge; jedenfalls erblickte das neugebildete Heer die Wiedererlangung der Nationalehre, als den Zweck des Feldzugs, und gerieth dadurch in eine heftige und sogar begeisterte Stimmung, die man von der sonst so ruhigen und berechnenden Nation in Europa nicht erwartet hatte.

Am 1. August setzte sich die holländische Armee in Bewegung. Sie schien anfangs einen Kampf auf der ganzen Operationslinie von Antwerpen bis an die preußische Grenze zu beabsichtigen, Tournhout war von ihr gewonnen und der General Chassé hatte einzelne Stellungen bei Antwerpen erobert. Am 6. August wandte sich aber das Hauptcorps des Prinzen von Oranien nach der Provinz Lüttich, und drang von dort in Belgien ein, wo der General Daine die Grenzen vertheidigte. Beide Heere trafen bei Hasselt zusammen, und sogleich bei den ersten Angriffen geriethen die Belgier in vollkommene Unordnung. Die ungeordnete Masse, welche hinter Barrikaden die Holländer besiegt hatte, war nicht im Stande, ein organisirtes Heer in offenem Felde zu bekämpfen, und floh in wilder Verwirrung vor den Holländern. Daine verlor den Kopf, und ward gleich Anfangs in die Flucht mit fortgerissen. Die Holländer verfolgten schnell ihren Sieg, und standen am 11. August schon vor Tirlemont bei Löwen. Die Belgier hatten schleunig ihre besten Truppen vor letzterer Stadt zusammengezogen. König Leopold, der früher schon in den Kriegen gegen den Kaiser mit Ehren gekämpft hatte, war selbst bei dem Heere gegenwärtig; die Armee war jedoch, wenn auch tapferer, wie die ungeordnete Masse vor Hasselt ohne geschickte Führer und Offiziere. Sie hielt am 12. mit Muth den Angriff der Holländer anfangs auf; allein ohne Führer, ohne Plan, und theilweise ohne Ordnung, konnte sie einer Niederlage nicht entgehen, und das Heer zerstreute sich, nachdem die Holländer den ersten Widerstand überwältigt hatten. Die Unordnung in der Organisation des Heeres war sogar schon vor der Schlacht so groß gewesen, daß Leopold durch Schuld seines Generalstabes beinahe in feindliche Gefangenschaft gerathen wäre. In dem kurzen Kampfe von 12 Tagen hatte das holländische Heer die Ueberlegenheit der wohl

organisirten Masse vor der ungeordneten in offenem Felde bewiesen, und stand wenige Stunden von Brüssel entfernt, wo man über allen Widerstand schon verzweifelte, nachdem Löwen durch Kapitulation sich ergeben hatte. Die Existenz des Königreichs Belgien war ohne fremde Hülfe in Frage gestellt; allein Frankreich intervenirte, und England zeigte sich entschlossen, der Wiederherstellung des früheren Zustandes entgegenzuwirken.

König Leopold hatte sogleich nach Ankündigung des Waffenstillstandes von Seiten der Holländer Couriere nach London und Paris gesandt, um die beiden befreundeten Höfe dringend um Hülfe zu bitten. Perrier war schnell entschlossen. Das Bestehen seiner Verwaltung beruhete für den Augenblick allein auch seinem Verfahren in äußerer Politik; er konnte erwarten, daß entscheidende Maaßregeln hinsichtlich Belgiens, ihm die Mehrheit sichern würden, da die äußeren Verhältnisse allein in diesem Augenblicke eine Aufregung der öffentlichen Meinung unterhielten. Er beschloß, ein Heer von 50,000 Mann an die nördliche Grenze zum Schutze Belgiens zu senden. England schickte ebenfalls eine Flotte unter Codrington an die Scheldemündungen, welche dort anlegte, und den General Chassé an einem neuen Bombardement von Antwerpen verhinderte. Anfangs sollte die französische Armee unter dem Befehl des Marschalls Gérard, bei welcher sich auch die Herzoge von Orléans und Nemours befanden, die belgische Grenze nicht überschreiten, bevor der Congreß es erlaubt hätte; das Gefecht bei Hasselt machte aber plötzlich allen Bedenklichkeiten hinsichtlich der Form ein Ende. Die Franzosen rükten ein und standen am 11. schon in Wavre. In Brüssel langten sie in dem Augenblick der höchsten Verwirrung an, wo man an allem Widerstand schon verzweifelte. Ihre Erscheinung machte allen Feindseligkeiten schnell ein Ende. Die Holländer räumten nach einer Unterredung des Prinzen von Oranien mit dem Marschall Gérard am 14. die Festung Löwen, zogen sich schnell zurück, und befanden sich am 20. bereits auf ihrem eigenen Gebiete. In dem zwölftägigen Feldzuge hatten sie Nichts weiter, als ihre Ehre wieder gewonnen.

Zwölftes Kapitel.

Frankreich.

Stellung Perriers gegen die neue Kammer. — Verhältniß der Pairie. — Abschaffung der erblichen Pairswürde. — Gesetz über die Verbannung der Bourbons. — Vorschläge über Reformen der inneren Verwaltung. — Absendung einer Flotte nach Lissabon.

Das Verfahren hinsichtlich Belgiens befestigte offenbar die Stellung von Perrier's Ministerium. Der Präsident des Cabinets schien dieß gleich anfangs selbst vorherzusehen, denn er hatte sogar die Ministerbank schon verlassen, und nahm dort seinen Sitz bei der Verhandlung über die Antwortsadresse erst dann wieder ein, als er den Beschluß des Ministeriums über die Belgien zu sendende Hülfe der Kammer verkündigen konnte. Ganz Europa befand sich über die Verhältnisse Polens in Spannung; von dem Ausgange des dortigen Kampfes erwarteten alle Parteien mit Ausnahme Englands, ihre günstige und ungünstige Stellung für die Zukunft; die Verhältnisse waren wiederum auf den Standpunkt gelangt, wo eine entscheidende Crise nicht ausbleiben konnte, denn es handelte sich um die Frage, ob die neu gewählte Kammer durch ihre Billigung jene Politik bestätigen würde, welche durch ihr Verfahren hinsichtlich Italiens bewiesen hatte, daß die Regierung Frankreichs fremde Aufstände von nun an sich selbst überlassen würde. Die auswärtigen Verhältnisse bildeten deßhalb für den Augenblick die Hauptfrage, an deren Lösung das

Fortbestehen der richtigen Mitte geknüpft war, und boten zugleich der Opposition die hauptsächlichste Gelegenheit, das Ministerium anzugreifen und zu untergraben.

Die Entwürdigung Frankreichs durch Schwäche nach Außen, und vollkommene Nachgiebigkeit gegen die fremden Höfe, war bisher der hauptsächlichste Vorwurf gewesen, womit die Opposition gegen Perrier, sein Ministerium in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen gesucht hatte. Nach dem Beschluß über die Belgien zu leistende Hülfe, konnte Perrier wenigstens den bisher unentschiedenen Theil der Kammer für sich gewinnen, indem er eine Revolution aufrecht erhielt, deren Unterstützung die Opposition schon lange verlangt hatte, dagegen eine andre, die Revolution Polens sich selbst überließ. Ferner mochten eben diese bisher unentschiedenen Deputirten vor der Möglichkeit eines allgemeinen Krieges, unter welcher Bedingung allein den Polen Hülfe zu senden war, erschrecken und zugleich überlegen, nach der Schlacht bei Ostrolenka sey der Stand der polnischen Angelegenheiten so ungünstig, daß jegliche materielle Unterstützung zu spät kommen würde. In der Thronrede hatte sich außerdem eine Stelle mit unbestimmten Ausdrücken befunden, woraus es wenigstens erhellte, daß die Regierung zu Gunsten der Polen Unterhandlungen angeknüpft hatte, obgleich man auf einen günstigen Ausgang derselben schon damals in keiner Weise vertrauen konnte. Kurz, die Majorität der neuen Kammer schloß sich hinsichtlich Polens dem Ministerium an, und sah, wie es schien, den Vorwurf der Opposition, die Regierung wolle den Frieden um jeden Preis, wegen Sicherung der Unabhängigkeit Belgiens, durch ein französisches Heer entkräftet. Polen war übrigens jetzt noch der einzige Punkt, wodurch die Existenz der Verwaltung Perrier's gefährdet wurde; Italien ward zwar auch von der Opposition zur Sprache gebracht, allein die Oesterreicher hatten den Kirchenstaat bereits verlassen. Die dortige Revolution, schnell vorübergehend und unterdrückt, war durch den schwachen Widerstand, welchen man fremden Truppen entgegengesetzt hatte, nicht geeignet, eine lebhafte Theilnahme zu erwecken, und bereits fast gänzlich vergessen.

In Darlegung der Politik des Ministeriums war vor Allen, außer Perrier selbst, Thiers, der Geschichtschreiber und frühere Redacteur des National bemerkbar, und schien auf die Versammlung den meisten Einfluß zu üben, welche dießmal offenbar erst im Laufe der Debatten bestimmt wurde. Thiers trennte sich jetzt durchaus von seinen ehemaligen Freunden, und ward deßhalb von diesen und besonders von den Zeitungen mit bitteren Vorwürfen überhäuft. Sein entschiedenes Anschließen an die Regierung war übrigens ein Zeichen, daß die linke und die republikanische Partei allen Halt in der einflußreichen öffentlichen Meinung damals verloren hatten, denn Niemand hat es unter allen französischen Staatsmännern nach Talleyrand besser wie der Geschichtschreiber der Revolution verstanden, die öffentliche Stimmung und den Stand der Parteien schneller zu erkennen, und die daraus folgenden Ereignisse vorher zu ahnen, eben so wie er in dem Werke, welches seinen literarischen Ruhm begründete, für keine Partei geschrieben, sondern nur deren Wirksamkeit und Bedeutung für den Augenblick dargestellt hatte.

Nach lebhaften und stürmischen Debatten erhielt die Regierung eine Majorität für ihren Adreßentwurf, (am 1. August) die zahlreich genug war, um für die fernere Befolgung des eingeschlagenen Weges eine Bürgschaft zu bieten. Es war der Linken nicht einmal gelungen, anstatt der Worte: „Wir erhielten von Euerer Majestät die Versicherung, daß die Nationalität Polens fortbebestehen werde" den Ausdruck Gewißheit einzuschieben.

Der nächste Akt der Deputirten-Kammer von höherer Wichtigkeit war die Verhandlung und Abstimmung über die Erblichkeit der Pairie, eine Folge der Julirevolution und der unausweichbaren Bestrebungen jener Mittelklassen, welche durch diese Staatsveränderung und durch das neue Streben nach geselliger Gleichheit, welches seit der Revolution von 1789 allgemein und entschieden bei ihnen vorherrschte, jene von Ludwig XVIII. creïrte Pairskammer gleich anfangs eben so ungern gesehen hatten, wie die frühere Ernennung des neuen militärischen Adels, mit dessen Glanz der Kaiser seinen Thron

umgab. Außerdem konnte jene Pairskammer niemals mit so festen Wurzeln in den neugebildeten Verhältnissen eindringen, daß das Bestehen einer rein aristokratischen Kammer bei allem Wechsel der Regierungen als gesichert sich hätte ergeben können. Der Feudaladel, welcher seit den Unruhen der Fronde schon alle selbstständige Würde verloren hatte, spielte in der Revolution zu seinem Unglück eine Rolle, welche seinen spätern Einfluß nur durch ein widernatürliches und gewaltsames Verhältniß möglich machte. Die Revolution hatte ihm seinen früheren Reichthum genommen, und Alles, was ihm übrig blieb und was er später erhielt, war zu unbedeutend, um aristokratischen Einfluß im Gegensatz der industriellen Volksklassen ihm zu sichern. Das Verhältniß, in welchem die Pairskammer sogleich nach ihrer Zusammensetzung stand, war somit nur ein gemachtes und in den Umständen selbst nicht fester begründet, denn Ludwig XVIII. hatte einen größeren Theil des emigrirten Adels darin aufgenommen, welcher auf gleiche Weise verhaßt und verachtet war, um so mehr, da die Zeit und die Erfahrungen eines constitutionellen Staates noch keine jüngere Generation in ihm heranbilden konnten, wovon die verhaßten Ansprüche der älteren vergessen waren. Die Pairskammer der Restauration, deren Mitglieder von Pensionen und Besoldungen lebten, konnten nicht wie die englische Anspruch auf den Namen einer aristokratischen machen. Zwar nahm die Kammer unter Villèle's Ministerium eine Stellung gegen die damals herrschende Partei ein, welche, consequent fortgesetzt, ihr Bestehen auf festeren Grundlagen gesichert hätte, allein die Restauration that alles Mögliche, um sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Eine Pairsernennung von mehr als 60 Mitgliedern würdigte eine gesetzgebende Versammlung zu einem bloßen Institute des Hofes herab. Royer Collard, ein Mann, dessen Gesinnung und Scharfblick auf gleiche Weise die Achtung aller Parteien verdient, sagte damals (1828) voraus, diese Maßregel werde in wenig Jahren die gänzliche Umbildung der Versammlung zur Folge haben, ein Ereigniß, das nach der Julirevolution sogleich verlangt, und in einem Jahre durchgeführt wurde. Uebrigens war die

Pairskammer in der damaligen Zusammensetzung mit dem neugebildeten Zustande unverträglich. Obgleich die Pairsernennung Carl's X. aus der Kammer gewiesen war, und obgleich mehrere ältere Mitglieder den Eid der Huldigung Ludwig Philipp verweigerten, blieben dennoch genug Carlisten zurück, um in späterer Zeit der Versammlung eine legitimistische Richtung geben zu können. Die neue Constituirung der Pairskammer war somit nothwendig.

Aus den angeführten Gründen hatten fast alle Deputirten über diesen Gegenstand ein bestimmtes Mandat von ihren Wählern erhalten, gegen die Erblichkeit der Pairswürde zu stimmen. Der Regierung blieb es überlassen, einen Gesetzentwurf in die Kammer zu bringen, welcher über die einzelnen Bedingungen, unter denen die Constituirung statt finden sollte, bestimmen würde, und alsdann durch Ausführung des Gesetzes die zweite Kammer umzubilden. Perrier erkannte bald, daß er der allgemeinen Stimmung folgen müsse; er erklärte, zum Staunen der Opposition, welche die Frage durch Salverte schon angeregt hatte, (am 27. August) er halte die Erblichkeit der Pairie allerdings für eine logische Folgerung einer constitutionellen Monarchie; da sich aber ein allgemeiner Widerwille dagegen ausgesprochen habe, so schlage er vor, die Pairswürde allein auf die Dauer des Lebens zu beschränken. Der Krone solle die Ernennung der Mitglieder als Prärogativ anheimfallen. — Hierauf ward ein Gesetzentwurf eingereicht, worin die Kategorieen angegeben waren, aus welchen der König die Pairskammer zusammensetzen könne. Sie bestanden zuerst aus den höchsten Beamten, wovon einige unbedingt, andere nur nach einer längeren Dienstzeit zur Pairswürde erhoben werden könnten. Um zugleich das größere Eigenthum zu repräsentiren, und um der Krone Gelegenheit zu bieten, die Pairswürde in einzelnen Familien zu erhalten, wurden die höchst Besteuerten (die welche 5,000 Fr. an direkten Steuern zahlten) in die Categorien der Candidaten ebenfalls mit aufgenommen. Endlich sollte das Verdienst um den Staat durch öfter gewählte Deputirte, das Verdienst um die Wissenschaft durch Mitglieder des Instituts, und das Verdienst um die Gesellschaft durch

Bürger repräsentirt werden, denen, wegen geleisteter hoher Dienste, Nationalbelohnungen zuerkannt waren. Dieß waren die Elemente, aus denen die zweite Kammer sich später ausschließlich bilden sollte, und welche sicherlich als geeignet erschienen, ihr ein höheres, und in der Nation selbst begründetes Ansehen mit der Zeit zu verschaffen. Auch hatten die Minister in der Deputirten-Kammer keinen größeren Widerstand zu überwinden; der Entwurf ward in den wesentlichen Punkten angenommen. Uebrigens machte die äußerste Linke einen Versuch, das Prinzip der Wählbarkeit auch auf die zweite Kammer auszudehnen; dieser aber scheiterte durchaus, da nicht einmal die hauptsächlichsten Redner dieser Seite jene Bemühungen unterstützten. Die Pairskammer mochte ihre Bedeutungslosigkeit für den Augenblick fühlen; sie ergab sich in die Nothwendigkeit, ihr Vorrecht ohne Widerstreben aufzugeben, als Bignon, da ihr Widerstand als wahrscheinlich erschien, in der Deputirten-Kammer den Vorschlag gemacht hatte, diese möge sich in jener Angelegenheit als constituirend betrachten. Der Herzog von Fitz James, welcher das Gesetz hauptsächlich bekämpfte, zog sich übrigens nach dessen Annahme mit mehreren anderen Legitimisten zurück, und erleichterte somit die Ausführung einer von der Regierung ausgehenden Umgestaltung. Diese begann zuerst im November, durch die Ernennung von 38 neuen Pairs, bevor noch das Gesetz über Abschaffung der Erblichkeit angenommen war, wobei das Ministerium außerdem den Zweck im Auge hatte, die Majorität im Sinne der Deputirten-Kammer hinsichtlich der Angelegenheit sich dort zu sichern. Die am 20. November hierüber erscheinende Ordonnanz deutete zugleich das Verfahren an, welches die Regierung überhaupt bei der neuen Constituirung befolgen würde. Es befanden sich darin die Namen des ehemaligen Ministers von Napoleon, Herzogs von Bassano, mehrerer Generäle, welche bei dem Heer in hoher Achtung standen, und theilweise nach der Katastrophe der hundert Tage verbannt gewesen waren, z. B. Drouet d'Erlons, Flahault, Exelmans, Matthieu Dumas ꝛc., die Namen ausgezeichneter Gelehrter und Schriftsteller, von Cuvier und Phi-

lippe de Segur. Endlich war darin angedeutet, die Regierung werde das ihr übertragene Recht der Pairsernennung aus den höchst Besteuerten benützen, um in einzelnen Familien die Würde so viel wie möglich zu erhalten, denn unter den neuernannten Mitgliedern der Kammer befanden sich die ältesten Söhne Ney's und Foy's (der Fürst von der Moscwa und Graf Fernand Foy.), der Graf Turenne und Alexandre de la Rochefoucault. Nach einigen Monaten wurde diese Umbildung noch weiter durchgeführt, und von da an nahm die Versammlung eine durchaus veränderte Stellung ein. Uebrigens war ihr Ansehen und Einfluß durch die neuen Verhältnisse so tief gesunken, daß erst später ihr eine selbstständige Stellung durch neue Maasregeln und Gesetze wieder ertheilt werden konnte. — Die zweite Maasregel von politischer Wichtigkeit, welche ein Beschluß der Kammer anbefahl, war das Gesetz über Verbannung des älteren und vertriebenen Zweiges der Bourbonen. Schon in der älteren Kammer hatte Baude einen Beschluß der Art bewirkt; die Debatten hatten sich aber wegen der für den Augenblick wichtigeren Verhandlungen in die Länge gezogen, und es mangelte damals an Zeit, um die nothwendigen Förmlichkeiten bei der Entwerfung eines Gesetzes sämmtlich zu beobachten. Nachdem die Kammer sich über die äußere Politik und das Pairgesetz entschieden, ward hierauf die Sache wieder vorgenommen. Der Vorschlag ging von der Linken aus. Bricqueville trug darauf an, die ganze Familie Carl's X. für immer von dem französischen Boden zu verbannen, ihre Güter zu verkaufen, ihr jegliches Eigenthumsrecht zu nehmen, und das Gesetz, welches die Strafen des Hochverrathes (den Tod) bestimmt, im Fall ihrer Wiederkehr auf sie anzuwenden. Die vom Verkauf der Güter eingelößten Summen sollten zur Bezahlung der Schulden Ludwigs XVIII. und Carl's X. verwandt werden, hinsichtlich derer, der ältere Zweig der Familie *) sich eben auf keine ehrenvolle

*) So unterließen es beide Könige nach ihrer Rückkehr die Schulden zu bezahlen, welche sie während ihrer Verbannung im Auslande gemacht hatten. Carl X. mußte sich sogar nach seiner

Weise benommen hatte. Die Berathung über dies Gesetz wurde jedoch mehrere Male unterbrochen und kam erst im December zu Ende. Natürlich wurde es angenommen, um so mehr, da in dem westlichen Frankreich royalistische Unruhen statt gefunden hatten, die zwar unbedeutend und erfolglos sich allein auf die sogenannte Chouannerie beschränkten indessen doch genügende Andeutungen gaben, daß die Partei der vertriebenen Familie eine größere Bewegung dort erwartete und vorbereitete.

Als dieser Vorschlag zur Berathung gekommen war, modificirten ihn die Centren in ihrem Sinne. Sie verbanden zugleich damit das frühere Gesetz über die Familie des Kaisers, welches sowohl die Linke, wie die Trümmer der bonapartistischen Partei in mehreren Vorschlägen bereits aufzuheben gesucht hatten. Der Ruhm Napoleon's und die allgemeine Verehrung, womit man damals, als die Wunden, welche die Regierung des Kaisers der Nation geschlagen hatte, vernarbt waren, seinem Andenken huldigte, verliehen jener Bemühung einen bedeutenden Haltpunkt in der öffentlichen Meinung; allein das Ministerium, welches genugsam befestigt die Kammer jetzt schon leitete, wirkte diesen Bestrebungen entgegen, und die Folge hat gezeigt, daß es damals im Interesse der Dynastie Orleans nicht ohne Grund diese Bestimmung einschob. Uebrigens führte sie in dieser Hinsicht die Strenge des Gesetzes schon damals nicht in der Art aus, wie der Buchstabe es ihm zugestand. Die Königin Hortense war schon im Sommer 1831 mit ihrem Sohne in Paris gewesen, und hatte Frankreich von Calais bis Straßburg ungehindert durchreist; 1833 traf sogar während eines ungewissen und blutigen Kampfes, Lucian in Lyon ein, und ward, da er offenbar daran nicht den gerinsten Antheil genommen hatte, ohne Hinderniß wieder über die Grenze entlassen.

Ferner widerstrebte es den Centren, welche überhaupt der Ausführung eines politischen Gesetzes mit äußerster Strenge

---

Vertreibung vor einem seiner Gläubiger, Graf Pfaffenhofen, in das Asyl englischer Schuldner, Holyroodhouse, flüchten.

entgegen waren, sobald ihre eigene Sicherheit dadurch nicht gefährdet wurde, die Todesstrafe im Fall der Rückkehr über die vertriebenen Bourbons zu verhängen, denn man erwartete von dieser Seite eben so wenig eine drohende Gefahr, wie von den Mitgliedern der Familie Bonaparte's. Hinsichtlich beider wurde die Verfügung über die Todesstrafe gestrichen. Der Erlös aus dem Verkauf der Güter, welche die vertriebene Königsfamilie besaß, wurde zur Bezahlung ihrer Schulden bestimmt, und die unglücklichen Gläubiger derselben somit wenigstens theilweise befriedigt.

Während die Kammer auf diese Weise die Verhältnisse der Charte der Julirevolution gemäß umbildete, und alsdann noch fernere Gesetze, welche die Verminderung der drückenden Centralisation in der Verwaltung bezweckten, vorbereitet hatte, verblieb die Regierung bei der Richtung, welche die richtige Mitte nach Außen einschlug, mit den Mächten des Festlandes natürlich in vollkommenem Frieden. Nur schienen einzelne diplomatische Mißverhältnisse mit Rußland noch immer statt zu finden, denn der Moniteur enthielt einmal die Ankündigung, es seyen Erklärungen von dem Cabinette in S. Petersburg gefordert; dieß aber verblieb von beiden Seiten ohne offenbare Folgen. In bestem Vernehmen stand die französische Regierung sicherlich mit dem Whigministerium in England, sowohl wegen Uebereinstimmung beider hinsichtlich der politischen Grundsätze, als auch in Betreff der auswärtigen Politik über Belgien und die übrigen Verhältnisse Europa's, wobei England für den Augenblick eine Störung des allgemeinen Friedens eben so wenig wünschte, als Frankreich. Diese durch die Macht der Verhältnisse, welche seit 1815 in beiden Staaten sich gebildet hatten, geschlossene Verbindung ward um so enger angeknüpft, je mehr der größere Theil der Parteien unter den früher so erbitterten Feinden von jetzt an sich einander näherte und verständigte. Nur die äußersten Fractionen derselben konnten sich diesem Systeme nicht befreunden; in England bekämpften die Hochtories in den Erinnerungen der für Großbritannien beklagenswerthen Zeit Castlereagh's noch immer befangen, die französische Allianz, allein

ohne eine Unterstützung an den besonnenen Gliedern der Partei zu finden. In Frankreich schrieb der National eben so wie die Gazette fortwährend dagegen, und selbst ein Mitglied der Linken, General Lamarque, konnte die Erinnerungen und Eindrücke aus der Zeit der Republik und Bonaparte's nicht vergessen. Diese Stimmen verhallten jedoch, ohne Anklang in beiden Nationen zu finden, welche ihre ehemalige Feindschaft entschieden aufgegeben und gänzlich vergessen hatten. Hinsichtlich des Orients und der pyrenäischen Halbinsel trat dieß bald darauf um so entschiedener hervor.

Ein Ereigniß von geringerer Wichtigkeit für Europa im Allgemeinen, jedoch später von größeren Folgen für die pyrenäische Halbinsel war das Verfahren der französischen Regierung gegen Portugal. Bei der unvernünftigen Gewaltthätigkeit, womit Don Miguel und überhaupt die ganze Partei der absoluten Monarchie auf der pyrenäischen Halbinsel zu verfahren pflegte, konnten Reibungen mit den in Lissabon sich aufhaltenden Franzosen nicht ausbleiben, welche natürlich nach der Julirevolution Aeußerungen über die französische Staatsveränderung hören ließen, die jener Partei eben nicht angenehm seyn konnten. Diese behandelte deßhalb einige Franzosen, welche durch dergleichen Reden ihren Haß erregt hatten, auf die ihr gewöhnliche brutale Weise; zwei derselben wurden eingekerkert, und in der Art behandelt, wie es damals in ganz Portugal und Spanien, in Betreff der Eingebornen, an der Tagesordnung war. Don Miguel hatte jedoch dies Verfahren zu bereuen; er verweigerte natürlich bei dem ihm gewöhnlichen Unverstande die verlangte Genugthuung, und bewirkte dadurch, daß die französische Regierung nach vergeblichen Versuchen durch Unterhandlung ihren Zweck zu erreichen, eine Unternehmung ausrüstete, um ihre Forderungen mit Gewalt in Lissabon durchzusetzen. Der Contreadmiral Roussin erschien mit einer französischen Flotte im Juli vor dem Ausfluß des Tajo, und erzwang den Eingang des Hafens von Lissabon. Die Besatzung des mit zahlreicher Artillerie versehenen Forts S. Juliano, leistete erschrocken nicht den geringsten Widerstand, und gab somit einen Beweis von der wahren Schwäche der

miguelistischen Armee, die sich nach einem Jahre in Oporto auf dieselbe Weise erwies. Der französische Contreadmiral stellte seine Flotte im Angesicht der Stadt in Schlachtordnung auf, und bedrohete diese mit seinen Kanonen. Er hatte offenbar Befehle, eine Bewegung, die bei seinem Erscheinen in den Straßen ausbrechen würde, zu unterstützen; diese jedoch unterblieb; es war das Schicksal der pyrenäischen Halbinsel, daß eine repräsentative Regierung nur durch längeren Bürgerkrieg dort begründet werden konnte. Don Miguel, erschrocken, gab sogleich nach; die verhafteten Franzosen wurden freigegeben; eine Entschädigung für diese, wie für den französischen Handel im Allgemeinen ward versprochen. Roussin nahm hierauf die im Hafen vorgefundenen Kriegsschiffe als Bürgschaft für die Erfüllung jener Verheißungen mit sich fort, und schwächte dadurch, weil Don Miguel nie später im Stande war, bei seinen gewöhnlichen Geldverlegenheiten die Summe zu bezahlen, die portugiesische Marine in der Art, daß ein entscheidender Schlag, welchem der Infant hauptsächlich den Verlust seines Thrones zuschreiben mag, nach einigen Jahren gegen seine Marine mit Leichtigkeit ausgeführt werden konnte.



Dreizehntes Kapitel.

Polen.

Verhältniß der Polen nach der Schlacht bei Ostrolenka. — Verhaftung Jankowski's. — Expedition nach Litthauen. — Ueberschreitung der preußischen Grenze von den Generalen Chlapowski und Gielgud.

Nach der Schlacht bei Ostrolenka nahte der Aufstand der Polen sich allmählig seinem Ende; die günstige Gelegenheit zum Siege war unbenutzt vorübergegangen, und somit auch die Möglichkeit, die ausgebrochenen Aufstände der altpolnischen Provinzen in einer Rußland gefährlichen Weise zu benutzen; das Heer verlor Vertrauen in seine Führer, die gegen einander schon früher eifersüchtig, von nun an mit noch größerem Haß im Unglücke sich anfeindeten; bald kamen die Zwistigkeiten der gegen einander erbitterten Parteien hinzu, deren Aufregung, da keine die Obergewalt entschieden zu ergreifen verstand, alle Kräfte des Widerstandes zersplitterte, durch gegenseitige Anfeindung diese unter einander aufrieb, und in jeglicher Maaßregel eine Unsicherheit bewirkte, welche einem Angriff mit Einheit und geschickter Benutzung jener Verhältnisse nach wenigen Monaten unterlag.

Skrynecki's Benehmen nach der Schlacht entsprach noch weniger wie in den Tagen, welche dem blutigen Zusammentreffen von Ostrolenka vorhergingen, den Erwartungen, die seine Siege bei Wawer in Europa von ihm erweckt hatten. Er handelte wie Napoleon nach der Schlacht bei Waterloo,

als der Kaiser, wie seine Anhänger eingestehen, die Besinnung verlor und dem Heere nach Paris vorauseilte. Skrynecki war einer der Ersten, welche die Nachricht von der Schlacht nach Warschau überbrachten; er ließ den Commandanten der Nationalgarde und einige höhere Beamte zu sich rufen, verkündete ihnen den Ausgang, und bat sie, den Reichstag vorzubereiten. Diese beruhigten die Versammlung, die Armee sey gerettet und werde in ihrem Rückzuge nach Praga nicht verfolgt; der Reichstag gab das Vertrauen auf den Obergeneral nicht auf, und auch die anfangs erschrockene Hauptstadt kehrte, durch diese Versicherung ermuthigt, zu ihren früheren Hoffnungen zurück. Als aber am andern Tage das Heer, in tiefer Niedergeschlagenheit über den Ausgang der Unternehmung und über die Fehler des Generals erbittert, in der Vorstadt eintraf, ward die Stimmung desselben gegen den Feldherrn den Einwohnern mitgetheilt; die frühere Begeisterung für Skrynecki ging verloren, und der größere Theil hielt seine Absetzung für unvermeidlich. Des Generals persönlicher Feind, Krukowiecki, suchte diese Stimmung zu erhöhen, welches ihm um so leichter wurde, da die Ereignisse offen genug die Unfähigkeit des Feldherrn dargelegt hatten; die aus Gallizien zurückgekehrten Offiziere von Dwernicki's Corps bearbeiteten in gleichem Sinne die demokratische Gesellschaft, und in Kurzem war die Erbitterung gegen den General so allgemein, daß Unruhen in der Hauptstadt zu befürchten waren.

Skrynecki dagegen fand jetzt eine Stütze im Reichstage, welcher die eigene Stellung so sehr verkannte, daß er dem Obergeneral sogar sein Bestreben nachsah, eine Veränderung in der Regierung und in den inneren Verhältnissen wo nicht durchzusetzen, doch zu unterstützen. Als Skrynecki sehen mochte, wie die öffentliche Meinung sich von ihm abwandte, schien er nicht die Hingebung, seine Entlassung einzureichen, zu besitzen, sondern zeigte ein offenbares Streben, sich durch eine Partei im Commando zu erhalten. Der Reichstag hatte ihm eine Deputation zugesandt, um ihm zu danken, daß er die Armee gerettet, und am Vaterlande nicht verzweifelt habe. Der Obergeneral sprach sich, als er diese empfing, gegen die Form der

bestehenden Regierung aus der es allerdings an Kraft und Einheit fehlte, welche aber doch an den letzten Ereignissen, über deren Ausgang er sich selbst allein anzuklagen hatte, durchaus nicht Schuld war. So wie die Deputation ihn verlassen hatte, überraschte diese den Reichstag mit der Erklärung, der General halte eine größere Einheit der Regierung für nothwendig, und Ledochowski machte sogleich den Vorschlag, die Staatsgewalt in einer Hand zu concentriren. Die Erbitterung der Demokraten ward natürlich dadurch noch gesteigert, um so mehr, da in der Sitzung des Reichstages vom 4. Mai, von den Mitgliedern, welche den Vorschlag unterstützten, die Freiheit der Presse und das Recht der Associationen zugleich angegriffen wurde. Die Partei, welche der Aufregung von Unten überhaupt abgeneigt war, fühlte aber gegen die Demokraten für den Augenblick um so größere Erbitterung, als das Mißlingen der bisherigen Unternehmungen ihr von diesen mit Bitterkeit fortwährend vorgeworfen wurde. Sie erblickte in dem Obergeneral, den sie hielt, und der ohnedem ja schon eine entscheidende Stimme in der Regierung besaß, eine Stütze für sich selbst, und übersah somit das wahre Verhältniß und das nothwendigste Bedürfniß des Augenblicks, welches keine Abwehrung der inneren, sondern der äußeren Gefahr gebot. Zum Unglück für Polen währte diese gegenseitige Aufreizung, welche alle Kräfte und Leidenschaften aufrieb, bis zum Ende der Revolution fort; keine Partei vermochte die andere zu überwältigen, und da beide an Kräften sich gleich standen, erhob sich ein persönliches Mißtrauen unter Allen, wodurch ein allgemeines Zusammenwirken unmöglich, und somit die Ausführung eines jeden Planes und jeglicher Maaßregel vereitelt wurde. Während Skrynecki von der höheren Aristokratie gehalten wurde, fanden seine Feinde natürlich eine Stütze in den Demokraten. Krukowiecki, der ihn vor Allen nicht leiden konnte, und, wegen Zänkereien mit ihm, vom Reichstage als Gouverneur Warschau's abgesetzt wurde, ließ sich in den demokratischen Clubb aufnehmen, und erlangte dort um so größeren Einfluß, da die Heftigkeit seines Charakters mit der Stimmung desselben vollkommen überein kam. Alles dies ward durch die schlimme Lage

erhöht. Zu dem vielen Unglück des Krieges kam noch das der Cholera hinzu; es mangelte ferner in Kurzem dem Schatze an den nöthigen Fonds, die Kosten des Heeres zu bestreiten; Requisitionen wurden nothwendig, welche man um so unangenehmer empfand, je weniger Entscheidendes mit den Anfangs nicht unbedeutenden Mitteln ausgeführt war.

Unterdeß war der General Diebitsch gestorben, und das russische Heer in der Stellung verblieben, welche es nach der Schlacht bei Ostrolenka eingenommen hatte. Rüdiger zog von Süden heran, um sich mit ihm zu vereinigen, und bot den Polen noch einmal Gelegenheit, einen Schlag gegen ein vereinzeltes Corps auszuführen. Skrynecki verließ deßhalb Warschau am 14. Juni, und die Möglichkeit, jene Unternehmung auszuführen, gelang ihm wie früher. Nach wenigen Tägen bewirkte übrigens die falsche Nachricht von einem beabsichtigten Angriff des Hauptcorps der Russen auf die Hauptstadt bei ihm dieselbe Unentschlossenheit und den Mangel an Muth, welcher vom Angriff auf die russischen Garden ihn abhielt. Er kehrte in eiligem Rückzuge nach Warschau zurück, wozu vielleicht der Umstand nicht wenig mitwirkte, daß er für seinen politischen Einfluß, wie alle polnischen Generale, Besorgnisse hegte. Das Heer zog sich, ohne einen Feind gesehen zu haben, in so eiligem Marsche zur Hauptstadt zurück, daß es in Unordnung, wie nach einer Niederlage, dort ankam. Der Obergeneral überließ hierauf die Unternehmung gegen Rüdiger den Generalen Romarino und Jankowski, welche das russische Corps einschließen und dann vernichten sollten. Ersterer war ein Franzose, welcher kurz vor den Schlachten von Wawer, Dembe u. s. w. sich in der Art ausgezeichnet hatte, daß Skrynecki ihm einen größeren Befehl mit allgemeiner Billigung übertrug: Letzterer ein Offizier, den der Obergeneral aus persönlicher Rücksicht emporgehoben, ohne daß er vorher durch militärisches Verdienst sich Ansprüche auf eine höhere Stellung erworben hatte. Pradzinski, von dessen Planen alle bisherigen Vortheile der Polen ausgegangen waren, bat vergebens den Obergeneral, ihm selbst oder wenigstens einem Andern jene Unternehmung

anzuvertrauen; Skrynecki war um so hartnäckiger, je mehr er die nachtheilige Stellung fühlen mochte, worin er sich befand.

Jankowski vereinigte in Kurzem 24,000 Mann, und war Rüdiger wie Skrynecki den Garden überlegen; der russische General sah erst spät, welche Gefahr ihm drohte, denn Romarino war dem erhaltenen Befehle nachgekommen, und der General Chranowski stand ihm im Rücken, um im Fall der wahrscheinlichen Niederlage ihn gänzlich zu vernichten. Jankowski aber verlor mehrere Tage, anstatt anzugreifen, im Umhertappen, und beging solche Fehler, daß ein Theil der Armee geneigt war, ihm den Gehorsam aufzukündigen. Nachdem endlich ein kleines russisches Corps von Rüdiger vorausgesandt war, ergriff den polnischen General ein solcher Schrecken, daß er Skrynecki nachahmte und eilig nach Warschau zurückkehrte, wo man in der sicheren Ueberzeugung von der Niederlage Rüdiger's die Nachricht einer Schlacht erwartete. Natürlich war dies nicht geeignet, die ohnehin schon aufgeregte Hauptstadt zu beschwichtigen. Dazu kam noch, daß ein geflüchteter Podolier die Nachricht von einer vermeintlichen Verschwörung, um Warschau den Russen in die Hände zu liefern, überbracht hatte, als dessen Theilnehmer der General Jankowski unter Andern angegeben war. Ein Tumult war unvermeidlich, als jener dort erschien. Skrynecki war gegen ihn übrigens jetzt eben so aufgebracht, wie Warschau im Allgemeinen, theils, weil er fühlen mochte, wie er durch Unkenntniß der Menschen, die ihn umgaben, einen militärischen Vortheil sich hatte entgehen lassen, indem er einem Offizier die Unternehmung anvertraute, gegen dessen Ernennung sein Generalstab sich erklärt hatte, theils auch, weil sein eigener Standpunkt dadurch bei weitem verschlimmert wurde. Der Obergeneral, in seinem Aerger, glaubte an die Verschwörung, obgleich keine weiteren Beweise vorhanden waren, als die unbestimmten Angaben des Podoliers, welche dieser auf seiner Reise nach Warschau in Gallizien von eben so ungewisser Quelle erhalten hatte. Er ließ Jankowski und die übrigen Angezeigten, worunter ein General Hurtig, welcher wegen seiner früheren Stellung beim Großfürsten den Verdacht der Polen erregen konnte, verhaften.

Die Nachricht der Verhaftungen verbreitete sich mit Blitzesschnelle; das Volk strömte zusammen, und bedrohte das Leben der Gefangenen; die Nationalgarde mußte über dem General Hurtig, um ihn zu schützen, ein Dach mit ihren Bayonetten bilden; Gewaltthätigkeiten schienen unvermeidlich, als die Würde und Sanftmuth des Fürsten Czartoryski die aufgeregte Masse beschwichtigte, und für diesmal das Blutvergießen verhinderte. Uebrigens mag man über die Wirklichkeit jener Verschwörung Zweifel hegen, so wie an andren Vorwürfen über Verrath, welche seitdem den einzelnen Generalen von den Polen gemacht wurden; bei jenen scheint vielmehr die Unfähigkeit der Meisten in militärischer Hinsicht und gänzlicher Unverstand in jeglicher politischen Beziehung, verbunden mit Ehrgeiz, gegenseitiger Erbitterung und Verdacht, so wie die politische Stellung, die sie bei solchen Eigenschaften im Staate einnahmen, den Russen bei weitem mehr in die Hände gearbeitet zu haben, als dies bei geheimen und im Dunkeln ausgesponnenen Intriguen hätte der Fall seyn können. Was übrigens die Verschwörung Jankowski's betrifft, so mag man, außer den geringen Anzeichen, an ihrem Bestehen um so mehr wegen der Art zweifeln, wie man bei der Verhaftung verfuhr. Man hatte einige Offiziere, weil diese mit jenem General in persönlich nahem Verhältniß standen, ebenfalls in Haft genommen; einen derselben mußte man sogleich wieder frei geben, weil man bei Untersuchung seiner Papiere nicht allein Nichts, was den Verdacht gerechtfertigt hätte, sondern im Gegentheil Dokumente fand, die gerade das Gegentheil, eine begeisterte und aufopfernde Stimmung für die Sache der Polen, bezeugten.

Während die Verhältnisse im Inneren sich auf diese Weise höchst ungünstig gestalteten, ward auch die letzte Hoffnung der Polen auf Litthauen gänzlich vereitelt. Dieselbe Ursache, welche in Warschau jede Bestrebung lähmte, die Unfähigkeit, der engherzige Stolz und die Unbehülflichkeit der Generale eines stehenden Heeres in einem Volksaufstande, wirkte auch dort auf dieselbe Weise, nur schneller und entscheidender. Chlapowski, welcher zuerst nach Litthauen gesandt war, empfing die Oberhäupter kalt und hochmüthig; er behandelte die Schaa-

ren der Insurgenten, welche natürlich keine große Aehnlichkeit mit einem stehenden Heere darboten, auf die rauhe Weise eines Offiziers, welcher neu ausgehobene Truppen einübt. Bald auch erschien Gielgud, welcher am 7. Juni den Niemen überschritten hatte, und dessen Befehle, als dem eines älteren Generals, Chlapowski nach den hergebrachten Militärgesetzen sich unterordnen mußte. Uneinigkeit zeigte sich sogleich in den ersten Tagen unter den Generalen. Gielgud, von ähnlicher Unfähigkeit wie Jankowski, war eben deßhalb dem geschickteren General Dembinski gegenüber um so eifersüchtiger auf sein Ansehen; Chlapowski haßte Beide, wußte aber bald den beschränkten Gielgud durchaus zu leiten und zu bearbeiten.

Sobald dies Corps den Niemen überschritten hatte, ward in einem Kriegsrathe beschlossen, Wilna mit dem Hauptcorps anzugreifen. Für den Augenblick war Hoffnung vorhanden, die Stadt zu nehmen, denn die Garnison der Russen bestand nur aus 7000 Mann, und die Polen, durch 4000 Litthauer, welche schon ein geregeltes Corps gebildet hatten, verstärkt, befanden sich in der Uebermacht. Allein Gielgud rückte in so langsamen Märschen heran, daß die Russen Zeit erhielten, sich zu verstärken. Am Tage, wo der Angriff beginnen sollte (am 20. Mai) befanden sich 24,000 Mann in der Stadt gegen 12,000 Polen. Dennoch war Hoffnung des Gelingens vorhanden, da im Inneren der Stadt eine Bewegung gewiß war, sobald die polnischen Truppen den ersten Erfolg erkämpft hätten; allein ein linkisches Manöver des Gen. Rohland benahm alle Aussicht auf den Sieg, und die Polen mußten sich, nachdem sie einen nicht unbedeutenden Verlust erlitten, zurückziehen. Das Mißlingen dieser Unternehmung war für sie ein um so größeres Unglück, da der Erfolg des ersten Kampfes bei Aufständen in der Regel zu entscheiden pflegt; Dembinski hatte deßhalb nicht mit Unrecht gerathen, sich zuerst gegen das leichter zu erobernde Kowno zu wenden, und auf Samogitien sich zu werfen, welches, von den Russen schwächer besetzt, der Organisirung des Aufstandes größere Gelegenheit darbot. Auch wurden die Litthauer durch den Rückzug von Wilna entmuthigt, und ein großer Theil der neugebildeten Truppen zerstreute sich in wenigen Tagen. Chla-

powski ward von diesem ersten Unfall ebenfalls gänzlich niedergeschlagen; wie es heißt, gab er von diesem Augenblick an Alles verloren, und faßte den Entschluß, das Heer nach Preußen herüberzuführen. Spazier, in seinem größeren Werk über den polnischen Aufstand, gibt als Motiv die Ueberzeugung des Generals an, es sey die Pflicht patriotischer Polen, die Streiter seiner Nation für eine nahe, allgemeine Revolution zu schonen, welche ganz Europa entzünden würde. Ein solcher Einfall erscheint als zu albern und unvernünftig, um Glauben zu verdienen, hätten nicht alle polnischen Generale ihre vollkommene Unkenntniß der wahren Verhältnisse und ihre sonstige Unfähigkeit in politischer Hinsicht zur Genüge bewiesen. Auch hat der General Chlapowski, als er die Grenze überschritt, jenen Schwindel in solcher Art gegen seine Offiziere ausgesprochen, daß man an seiner Ueberzeugung nicht zweifeln darf; man muß übrigens in hohem Grade die Truppen bedauern, welche ohne Argwohn und wider ihren Willen von Wilna aus einen Marsch antraten, auf dem sie glaubten, gegen den Feind geführt zu werden, und der mit einem Rückzuge auf preußisches Gebiet nach Chlapowski's Berechnung endete. Der schwache Gielgud war gänzlich in der Gewalt dieses Generals, und wurde, ohne dessen Absicht ebenfalls zu kennen, in jeglicher Hinsicht leicht von ihm bestimmt.

Sobald der Niemen überschritten war, wurde der General Szymanowski mit dem unbedeutenden Corps von 1000 Mann nach Samogitien gesandt. Er hatte dort das Mögliche geleistet und fortwährend eine dem Benehmen Chlapowski's und Gielgud's durchaus entgegengesetzte Thätigkeit und Gewandtheit gezeigt, welche die Ehre der polnischen Waffen in Litthauen schon gerettet hatte, bevor Dembinski seinen berühmten Rückzug antrat. Er verstand es, die Insurrektion von dem passenden Gesichtspunkte aus zu behandeln; er kämpfte mit Muth, so oft die Gelegenheit sich darbot, und schonte in jedem Gefecht am allerwenigsten sein eigenes Leben. Allein seine Mittel waren zu unbedeutend, um Größeres auszuführen, und die Verluste, welche sein kleines Corps selbst bei Erfolgen erlitt, wurden schwer gefühlt, und waren nicht zu ersetzen. Ein mißlungener

Sturm auf Szawle am 16. Mai bestätigte bei den Samogitiern nicht die Hoffnungen, die sie auf das Erscheinen eines geregelten Corps gebaut hatten; Entmuthigung war hier eben so wohl die Folge, wie im südlichen Litthauen.

Nachdem die Polen sich von Wilna zurückgezogen hatten, wandten sie sich auf einem Marsche, wo sie ebenfalls mehrere ungünstige Gefechte bestanden, nach Samogitien, und beschlossen dort, den Angriff auf Szawle zu erneuen. Auch dieser mißlang, obgleich 14,000 Polen nur 4000 Russen gegenüber standen. Kein General unterstützte den andern; Dembinski ward von Rohland im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen: Chlapowski nahm gar nicht am Gefechte Theil. Nach diesem mit bedeutendem Verlust verbundenen Unfall (am 8. Juli) erschien der Zweck der ganzen Unternehmung als vereitelt; die Truppen kehrten in der größten Unordnung in den Ort zurück, von wo sie ausgerückt waren; Verdacht, Unzufriedenheit und Anfeindung herrschten unter Allen. Ein größerer Theil der Offiziere suchte Gielgud und Chlapowski vom Commando zu entfernen, und dies dem General Dembinski zu übertragen, welcher allein im Hauptcorps das Vertrauen der Truppen durch Tapferkeit, Kühnheit und Gewandtheit sich erworben hatte. Allein anders entschied der am 9. Juli zusammenberufene Kriegsrath, an welchem nur die Oberoffiziere Theil nahmen. Dembinski war theils bei diesen nicht beliebt, theils auch waren mehrere der Ueberzeugung, seine außergewöhnliche Kühnheit *) werde die Trümmer des Corps gänzlich in's Verderben stürzen. Es ward beschlossen, das Hauptcorps in mehrere einzelne Abtheilungen getrennt nach Polen zurückzuführen, und die Litthauer, welche bisher ohnedem in ihren eigenen Angelegenheiten nie befragt, und eher wie Unterworfene, denn wie Gefährten behandelt waren, ihrem Schicksale zu überlassen. Dembinski zog südöstlich; Chlapowski, Gielgud und Rohland südwestlich der preußischen Grenze zu. Erst beim Abmarsche ward der Plan Chlapowski's von Dembinski und mehreren anderen Offizieren

*) Er hatte einen Zug nach Curland und in's Innere von Rußland vorgeschlagen.

geahnet; es war zu spät, ihn zu verhindern, denn die Corps von Rohland und Gielgud waren dem von Dembinski schnell aus den Augen gekommen. Das Corps von Rohland bildete unter beiden die Nachhut, und hielt die Angriffe der Russen durch den tapfern Widerstand des Generals Szymanowski in immerwährendem Gefechte zurück. Das Corps Chlapowski's und Gielgud's, worüber aber letzterer seit dem verunglückten Sturm von Szawle keinen Befehl mehr führte, gerieth somit an die preußische Grenze, worauf der General einzelnen Offizieren seinen Plan und seine unvernünftigen Hoffnungen, auf welche dieser begründet war, zwar mittheilte, allein die Truppen ohne ihr Wissen auf ähnliche Weise wie Marmont führte, als dieser auf dem Marsche nach Paris von Napoleon in Fontainebleau abfiel, indem er durch militärische Vorkehrungen im Dunkel der Nacht den Glauben erhielt, es werde in wenigen Stunden ein Kampf mit dem Feinde beginnen. Zuerst überschritt Chlapowski die Grenze; der größere Theil der Truppen, welche seit Szawle nicht gekämpft hatten, trug jedoch Bedenken, ihm zu folgen und somit die Sache, für die sie fochten, ohne Ehre aufzugeben; bald nahm Erbitterung überhand, Verwirrung riß ein, man erblickte Truppen in der Ferne, und hielt sie für Russen. Mehre Regimenter überschritten hierauf, da sie sich für verrathen hielten, die Grenze; der vermeintliche Feind war das Corps des Generals Rohland. Offiziere von diesem erschienen, erklärten den Entschluß ihres Corps, sich nach Polen durchzuschlagen, und die Wuth des anderen über das Geschehene ward dadurch um so heftiger gesteigert. Gielgud wird von Offizieren umringt, die ihn mit Vorwürfen überhäufen; man sucht Chlapowski, der sich aber klüglich entfernt hatte, da er sicherlich die Aufregung, die ihn bedrohte, vorher ahnete; ein Offizier der Artillerie sprengt auf den Kreis zu, der sich um Gielgud gebildet hatte, und erschießt den General, der, von Chlapowski, geleitet, den Plan des Uebertritts ohne Kampf allein weder gefaßt noch ausgeführt hatte, und als Opfer seiner Beschränktheit fiel; die Verwirrung wird größer, und in Kurzem war das ganze Corps übergetreten und entwaffnet. Das

Corps Rohland's zog indeß vorüber, um die Straße nach Polen einzuschlagen.

Von den Russen verfolgt, vermochte der tapfere Szymanowski jetzt nicht mehr, die Uebermacht zurückzuhalten, welcher das Corps Rohland's, mit dem von Chlapowski vereinigt, vielleicht im Stande gewesen wäre, zu widerstehen. Einige Tage lang zog es sich an der Grenze hin, unter beinahe immerwährenden Gefechten, worin die Angriffe der Feinde zwar zurückgewiesen wurden, wodurch es aber selbst so sehr zusammenschmolz, daß es zur eigenen Rettung die Grenze ebenfalls überschreiten mußte, um sich entwaffnen zu lassen (am 15. Juli).

So ward der Zug nach Litthauen vereitelt; es blieb nicht allein der Zweck unerreicht, welcher durch jene Unternehmung hinsichtlich des Aufstandes beabsichtigt war, sondern die Sache des eigentlichen Polens erlitt durch den Uebertritt der zwei Armeecorps einen unersetzbaren Verlust in dem Augenblick, wo die Hauptstadt durch dieselbe Gefahr wie im Februar bedroht ward. Die Unfähigkeit, der eitle Dünkel und der Hochmuth der Generale, welche, stolz durch ihren Rang, auf die höheren Talente der jüngeren mit Eifersucht herabblickten, hatten hier den unglücklichen Ausgang um so mehr beschleunigt, da der politische Unverstand der militärischen Führer, durch keine, auch noch so machtlose Civilgewalt beschränkt, noch greller hervortrat, wie dies bei Chlopicki und Skrynecki je der Fall gewesen war. Nur ein General, Dembinski, führte seine Truppen nach Polen auf einem Rückzuge zurück, welcher ohne Beispiel in neuerer Kriegsgeschichte, noch glorreicher wie der von Moreau erscheint, weil der polnische General mit beinahe zehnfach geringeren Mitteln, mit geschlagenen, entmuthigten und auch ungeübten Truppen, in vierzehn Tagemärschen und unter täglichen Gefechten durch feindliches Gebiet den Weg nach der Heimath sich öffnete, wo in 17 einander nahe gelegenen Städten starke Garnisonen mit Geschütz, und in 10 anderen schwächere Besatzungen lagen; während ihm 8000 Mann auf dem Fuße folgten, und er selbst nur über 4000 gleich im Anfange verfügen konnte. Vergleicht man dies Resultat mit den übrigen des Zuges nach Litthauen, so kann man nur die tiefste Ver-

achtung gegen Generale hegen, denen Beschränktheit und der damit stets verbundene Dünkel nicht erlaubten, einem überwiegenden Talent die gebührende Stellung anzuweisen, und persönliche Eifersucht dem Erfolge ihrer eigenen Waffen aufzuopfern.



Vierzehntes Kapitel.

Paskiewicz, Oberbefehlshaber der Russen. — Weichselübergang. — Absetzung Skrynecki's. — Scenen des 15. und 16. August. — Krukowiecki Präsident.

Die russische Hauptarmee im Königreiche hatte unterdeß, in der Erwartung eines neuen Führers, ihre Stellung nach der Schlacht bei Ostrolenka nicht aufgegeben. Zwar konnte die Verbindung mit ihren Hauptmagazinen in Rußland, während sie diese Stellung einnahm, leichter abgeschnitten werden, allein die Communication mit der preußischen Grenze ward ihr von dieser Regierung nicht verschlossen, und sie erhielt von dort aus Alles zum Krieg und zum Unterhalt ihr Nothwendige durch den Handel. Sie befand sich somit in günstigerer Lage, als vor der Schlacht, welche außerdem ihren Muth und ihr Vertrauen wieder gehoben hatte. Gegen Ende Juni erschien bei ihr der neue Feldherr Paskiewicz, welcher früher gegen Persien und die asiatischen Türken gekämpft hatte. Sogleich nach seiner Ankunft wurden Vorbereitungen zur Erneuerung der Offensive getroffen. Es war sein Plan, den durch die Schlacht bei Grochow vereitelten Angriff auf die Hauptstadt von der anderen Seite her zu wiederholen, und die Weichsel deßhalb zuvor zu überschreiten. Die Ausführung desselben war nicht ohne Gefahr, denn es konnte sich ein in den Kriegsgeschichten nicht ganz ungewöhn-

liches Ereigniß bei Paskiewicz wiederholen; die Polen konnten während des Ueberganges einen Theil seiner Truppen angreifen, bevor das ganze Heer den Fluß überschritten hatte, die Brücke zerstören, die Verbindung und Vereinigung der beiden Theile dadurch verhindern und den einen vernichten. Vielleicht war es aber gerade die Kühnheit des Unternehmens, welche einem Gegner wie Skrynecki gegenüber diesen zur Unentschlossenheit und Schwäche bestimmte. Uebrigens geriethen die Polen, wenn der Uebergang gelang, in um so größere Gefahr, da sie mit dem linken Weichselufer ihre hauptsächlichsten Mittel zur Existenz und zur Führung des Krieges verloren; Zufuhr von Preußen und Oesterreich war ihnen ohnedem abgeschnitten; die bereits der Reife nahe Aernte fiel den Russen ebenfalls in die Hände, und es erschien somit als unmöglich, eine stark bevölkerte Hauptstadt zugleich mit einem zahlreichen, auf engem Raume zusammengedrängten Heere auf die Dauer zu ernähren. Paskiewicz setzte seine Armee in Kurzem zu dem Zweck in Bewegung.

Die Lage der Umstände war Allen so offenbar, daß selbst Skrynecki den Entschluß zur Thätigkeit zu fassen schien. Er verließ Warschau und begab sich mit seinen Truppen nach Modlin, wo die gewagten Bewegungen, welche der russische Feldmarschall bei Plock, als Vorbereitungen zum Weichsel-Uebergang ausführte, auf's Neue die Begierde der polnischen Truppen zum Kampfe erweckten. Man drang von allen Seiten in Skrynecki, einen allgemeinen Angriff während derselben auszuführen oder wenigstens beim Uebergange auf die Russen im Rücken und in der Flanke herzufallen. Die Zeit aber verging wieder unbenutzt während der ersteren Bewegungen, und am 11. Juli zogen sich die Russen, nachdem sie diese ausgeführt, an die preußische Grenze, wo Vorbereitungen zum Bau einer Brücke bei Wroclawek getroffen waren. Jetzt erwartete man in Europa allgemein einen entscheidenden oder wenigstens einen größeren Kampf, um so mehr, da die polnische Armee durch ein erfolgreiches kleineres Gefecht bei Kaluszin wieder ermuthigt war. Allein Skrynecki blieb auch diesmal unthätig. Er war von Warschau aus über eine Depesche des französischen

Ministers des Auswärtigen benachrichtigt worden, worin dieser den Polen rieth, nur noch zwei Monate ohne entscheidenden Kampf sich zu vertheidigen; alsdann würde die französische Regierung etwas Wirksames für die Sache der Polen unternehmen. Mochte sich die Sache so verhalten oder nicht, (denn Sebastiani hat es später auf der Tribüne geläugnet, eine Depesche der Art abgesandt zu haben), so konnte dies für Skrynecki nicht als ein Grund erscheinen, seine militärischen Operationen aufzuschieben oder zu unterbrechen, denn er selbst mußte wissen, daß Unterhandlungen in ähnlichem Falle durch das Glück der Waffen bestimmt werden: ohnedem war das Versprechen zu ungewiß, um Erwartung auf wesentliche Unterstützung darauf zu bauen. Dessenungeachtet unternahm er keine Bewegung, den Weichselübergang des russischen Feldmarschalls zu verhindern. Dieser begann am 27. Juli; er dauerte 36 Stunden im Angesichte unzähliger Zuschauer an der preußischen Grenze, welche dort in der Erwartung zusammengeströmt waren, die Zeugen einer größeren Schlacht zu seyn.

Die Nachricht bewirkte in Warschau natürlich heftige Erbitterung. Die Blicke Aller wandten sich auf den Reichstag, welcher seit Kurzem durch den Eintritt mehrerer Deputirten der russisch-polnischen Provinzen vermehrt, die Wahrscheinlichkeit einer größeren Energie darbot, da zu erwarten war, daß Jene, die bereits Alles, was sie besaßen, verloren hatten, von keinen Rücksichten gebunden, stets die kühnsten und entscheidendsten Maasregeln unterstützen würden. Der Reichstag entsprach dießmal solcher Erwartung; auf den Antrag des Ben. Niemojowski ward in geheimer Sitzung am 28. August beschlossen, der Obergeneral solle über sein Verfahren und seine Pläne in einer Versammlung des Reichstages, wobei mehrere Generale gegenwärtig seyn würden, Rechenschaft ablegen. Der Reichstag besaß aber dennoch nicht die Kraft, sich als höchste Staatsbehörde geltend zu machen, denn die Hälfte der Generale ward von Skrynecki selbst ernannt, und dieser verkannte die Versammlung, von der er selbst den Oberbefehl erhalten, in der Art, daß er dem General Pradzynski, der auf Ermächtigung des Reichstags, gegen ihn sprechen wollte,

nach militärischer Disciplin Stillschweigen auferlegte. Uebrigens gelang es seiner Beredsamkeit, sich persönlich zu rechtfertigen; er mußte jedoch, ungeachtet seines höchsten Widerstrebens, das er verschiedene Male aussprach, dem Willen der Versammlung sich unterwerfen und eine allgemeine Schlacht für die nächste Zukunft versprechen. Er zögerte jedoch auf seine gewöhnliche Weise, und verließ erst am 3. August die Hauptstadt, als die Russen schon bis Lowicz vorgerückt waren. Das Heer empfing ihn in der Erwartung des nahen Kampfes; aber es wiederholte sich dasselbe, wie in der Nacht vor dem Angriff auf die russischen Garden; der Kampf unterblieb. Somit zeigte der General dem Reichstage offen Ungehorsam, ein Schritt, der ihm bei den siegreichen Heeren der französischen Republik den Kopf gekostet hätte. Die Erbitterung der Armee ward übrigens durch sein Verfahren so heftig aufgeregt, daß man eine Empörung befürchtete. Seine Absetzung ward nothwendig, und der Reichstag ernannte am 8. Mai eine Deputation, worunter Czartoryski, Vinc. Niemojowski, Morawski und Anton Ostrowski, welche sich in das Lager begeben, das Verfahren des Obergenerals untersuchen, im Nothfall ihn absetzen und seinen Nachfolger ernennen sollte.

Skrynecki, nachdem er den Zweck ihrer Sendung von der Deputation erfahren, zeigte übrigens weder einen niederen Ehrgeiz, noch eine verächtliche Gesinnung; er ergab sich in sein Schicksal und suchte durch keine seines rechtlichen Charakters unwürdige Intriguen die Absetzung zu verhindern. Die Deputation, durch seine Persönlichkeit günstig gestimmt, aber zugleich von der Unzweckmäßigkeit seines Systemes überzeugt, berief, unentschlossen, einen Kriegsrath von mehr als 300 Offizieren aller Grade. Dieser entschied; es äußerte sich in ihm solche Erbitterung gegen den Obergeneral, daß die Auflösung aller Disciplin als wahrscheinlich erschien, im Fall Skrynecki den Oberbefehl behielte. Die Absetzung ward nothwendig und fand auf der Stelle Statt.

Hierauf berief die Deputation einen Kriegsrath der Oberoffiziere, um zur Wahl eines neuen Befehlhabers zu schreiten, und um eine deutliche Ansicht über die militärische Lage dem

Reichstage überbringen zu können. Hinsichtlich des letzteren Punktes fiel die Meinung fast Aller dahin aus, Skrynecki habe unverantwortliche Fehler begangen, da er den Uebergang über die Weichsel ohne Kampf den Russen gestattet, und diese auf einem Flankenmarsche nach Lowicz, wo sich ihm durch die Art der Bewegung, die Hoffnung auf glücklichen Erfolg gezeigt, nicht angegriffen hatte; allein jetzt, wo die Russen die Stadt befestigt und somit eine günstige Stellung eingenommen hatten, sey die Schlacht unmöglich. Sie mußte also auch diesmal unterbleiben. Ueber die Wahl des Oberbefehlshabers konnte kein längeres Schwanken herrschen. Dembinski, wegen seines glorreichen Rückzuges der Held des Tages, welcher kurz vorher in Warschau angekommen und dort mit der höchsten Begeisterung empfangen war, erhielt die meisten Stimmen; die Deputation bestätigte die Ernennung, und Dembinski traf schon am **11.** bei der Armee ein. Die Absetzung Skrynecki's, welche einen Monat vorher eine günstigere Wendung den militärischen Operationen hätte geben können, kam aber jedenfalls jetzt um so mehr zu spät, da Mißtrauen und Erbitterung durch die zahlreichen, von Unthätigkeit veranlaßten Unfälle so weit eingerissen waren, daß ein erfolgreiches Zusammenwirken Aller unmöglich wurde. Außerdem war der Mangel an Existenzmitteln bei der ungeheuern in Warschau zusammengedrängten Masse in Kurzem so bedeutend, daß die nothwendige Vertheilung des Heeres zu seiner Ernährung bald offenbar ward, wodurch energische Operationen auf einem Punkte ebenfalls vereitelt werden konnten.

Die Stellung des Generals Dembinski beim Heere war indeß nicht von der Art, um die aufgeregte Hauptstadt beruhigen zu können. Wie alle polnischen Generale, hatte er bestimmte Partei ergriffen; gegen die Democraten erbittert, deren Grundsätze und Verfahren ihm auf gleiche Weise widerstrebten, gerieth er bald unter den Einfluß der Generale, welchen die Schuld des bisherigen Unglücks von Warschau und in den unteren Graden der Armee allein zugeschrieben wurde. Er ließ sich von diesen sogar in der Art bestimmen, daß er eine Veränderung der Regierung durch das Heer, wel-

ches vor dem Feinde stand, beabsichtigte, und gleich anfangs den Verdacht über solchen Plan in der Hauptstadt erregte. Eine Schlacht war endlich in dem Augenblick unmöglich, und somit fehlte ihm auch dieß Mittel, die aufgeregte Masse durch einen günstigen Erfolg zu beschwichtigen. Seine Absetzung ward ebenfalls ausgesprochen, und die Ernennung eines neuen Generals der Regierung übertragen.

Während die Regierung hierüber berathschlagte, brach endlich in Warschau ein lang vorhergesehener Aufstand aus, welcher von der patriotischen Gesellschaft vorbereitet, und durch die Nachricht vom Rückzuge der Armee in die Verschanzungen der Hauptstadt beschleunigt wurde. Ein durch Krukowiecki verbreitetes Gerücht, die Armee nahe sich der Hauptstadt, um die Civilgewalt durch Skrynecki und Dembinski gänzlich umzustürzen, bewirkte Tumulte unter der Bevölkerung, welche am Festtage des 15. August (Mariä Himmelfahrt) in den Straßen unbeschäftigt umherwogte. Die Aufregung ergriff in Kurzem die deliberirende patriotische Gesellschaft, welche, durch Emissäre Krukowiecki's bearbeitet, sogleich beschloß, von der Regierung gebieterisch zu verlangen, daß der Feind desselben, Skrynecki, vom Heere entfernt würde. Sie wiederholte in Warschau eine Scene der früheren französischen Revolution, wo der Jacobinerklubb, von einer unzähligen und erbitterten Volksmenge begleitet, dem Convente Bittschriften auf drohende Weise überreichte. Außerdem verlangte sie von der Regierung die Bestrafung der kürzlich entdeckten vermeintlichen Verschwörung und der russischen in Haft gehaltenen Spione. Die Regierung war machtlos; der Präsident Czartoryski beschwichtigte zwar die auf solche Weise abgesandte Deputation, allein der Tumult dauerte vor dem Palast fort, und die Sache nahm bald eine so drohende Wendung, daß der Fürst an seine eigene Rettung denken mußte, da Einzelne in der Masse seinen Kopf, als den des Ersten unter den Aristokraten verlangten, welche das bisherige Unglück verschuldet hätten. Ein starker Regen trieb das Volk jedoch auseinander, und begünstigte die Flucht des Fürsten.

Er verließ noch an demselben Abend verkleidet die Hauptstadt, und suchte Schutz bei dem Heere.

Das Dunkel war unterdeß eingebrochen; neue Zusammenrottungen bildeten sich vor dem Schloß, wo die Gefangenen saßen; die Nationalgarde war noch nicht vollständig zusammenberufen, und konnte somit zur Erhaltung der Ruhe nicht entscheidend einwirken. Man beschloß, durch ein Uhlanenregiment die Zusammenrottung zu zerstreuen, allein die lange Unthätigkeit und das damit verbundene Unglück hatten die Truppen so sehr erbittert, daß die Uhlanen ihre Fähnlein einzogen und einen Angriff auszuführen sich weigerten. Hierauf ward das Gefängniß erbrochen und die Gefangenen wurden ermordet. Krukowiecki, welcher sich selbst bei dem Tumulte befunden haben soll, ward von der Masse zum Gouverneur ausgerufen, und traf auch als solcher sogleich einzelne Anordnungen: die Regierung war machtlos und hatte überhaupt seit der Entfernung des Fürsten Czartoryski aufgehört zu existiren. Der schlaue General, welcher bis dahin in den Hintergrund getreten war, hatte die Zeit nach seiner Absetzung wohl benützt; in der sicheren Voraussetzung, daß früher oder später die Einwirkung der Volksmasse auf's Neue statt haben würde, hatte er sich unbeschränkten Einfluß auf den demokratischen Clubb und somit auf jene erworben; von nun aber intrigirte er nach der andern Seite, und gewann die diplomatische Partei durch Versprechung seines Schutzes und durch die Ueberredung, er sey der Einzige, der diesen gegen die gewaltthätige Volksmasse zu leisten vermöge. Jene Partei wurde leicht entschieden, ihr unbedingtes Vertrauen dem intriganten General zuzuwenden, der dennoch Nichts that, um die Unruhen am 16. zu unterdrücken; das Morden währte auch an diesem Tage fort, und man muß sich nur wundern, daß nur Wenige als Opfer der Volkswuth unterlagen, bis endlich von Dembinski abgesandte Truppen in Warschau einrückten. Der Schein, welchen sich der General Krukowiecki durch seine vorgebliche Thätigkeit zu geben wußte, genügte jedoch, um auch die noch übrigen Mitglieder der machtlosen Regierung zu gewinnen; er ward von diesen gebeten, seine usurpirte Gewalt nicht

aufzugeben. Somit bewirkte jener Aufstand, von welchem die Demokraten gehofft hatten, er würde ihrer Partei eine ähnliche Stellung wie dem Berge des Conventes verschaffen, nichts weiter, als daß die höchste Gewalt einem Intriganten in die Hände fiel, der, nur durch Egoismus bestimmt, gleich von Anfang an den Ausgang der Revolution zu eigenem Vortheil und nicht zum Nutzen der polnischen Sache zu benützen entschlossen war. Uebrigens zeigte sich der Reichstag am 16. dem Convente nicht ähnlich, dessen Majorität bis zum 31. Mai (1793) der Volkswuth entschieden trotzte, bis Proscription und Gefängniß ihre Reihen lichteten; er hielt an dem Tage keine Sitzung und blieb somit ohne Einfluß.

So wie der Staat ohne Regierung, war die Armee ohne Haupt. Pradzinski hatte den Oberbefehl abgelehnt, im Gefühl seiner persönlichen Schwäche, bei der Aufregung, dem Mißtrauen und der Erbitterung Aller; endlich nahm er ihn an, legte ihn aber schon nach wenigen Stunden nieder, denn die Generale verweigerten ihm und der Regierung die ohnedem faktisch aufgelöst war, den Gehorsam. Unter den Generalen befanden sich aber Mehrere, welche noch schwerere Anklagen wie Skrynecki erwarten mußten; sie überredeten Dembinski, die höchste Gewalt, die in der Regierung aufgehört habe zu existiren, durch einen Machtstreich zu ergreifen. In dieser Absicht ließen sie das Heer in die Verschanzungen von Warschau einrücken. Der Zeitpunkt war aber endlich da, wo sie ihren unmittelbaren Einfluß und somit das Uebergewicht auf die öffentliche Meinung verloren, allein für das Gelingen der polnischen Revolution war dieß zu spät. Dembinski, als er voll von Erbitterung und Planen in Warschau ankam, sah bald, daß die Oberoffiziere allein stehen, und nicht nur die Volksmasse und die demokratische Partei, sondern den Reichstag, alle Behörden und die Truppen zu Gegnern erhalten würden. Er gab somit seinen Plan auf, hatte jedoch genug davon gezeigt, um Erbitterung und Mißtrauen gegen sich zu erregen, und alle die Zuneigung, welche sein berühmter Rückzug ihm erworben hatte, gänzlich zu verlieren.

Hierauf hielt endlich der Reichstag eine Sitzung, um über die Umbildung der Regierungsform zu entscheiden. Er war in derselben eben so wenig frei, wie damals, als er Chlopicki die Dictatur übertrug. Krukowiecki hatte den Palast mit Truppen besetzen, und Kanonen vor denselben aufführen lassen, wobei seine Agenten im Volke aussprengten, es sey auf Befehl Dembinski's geschehen, während er selbst den Mitgliedern des Reichstags von der diplomatischen Partei einredete, dieß sey eine zu ihrem Schutze nothwendige Maaßregel. Es ward ein Entwurf Niemojowski's über die Ernennung eines Präsidenten mit verantwortlichen Ministern angenommen und Krukowiecki, welcher durch die geschilderten Intriguen sich eine Menge Stimmen unter allen Parteien erworben hatte, zu der Würde gewählt. Somit fiel die höchste Stelle im Staate zuletzt einem schlauen Betrüger anheim, der weder den Heldenmuth Chlopicki's im Kampfe, noch die Redlichkeit und den Patriotismus Skrynecki's besaß, welcher von unbegrenztem Egoismus durchaus bestimmt, die Ereignisse allein auf seinen persönlichen Vortheil berechnete, und dadurch bei der eingerissenen Verwirrung und der nahen Gefahr von Außen der polnischen Revolution schnell ein Ende machte.



Fünfzehntes Kapitel.

Krukowiecki's Verfahren. — Erstürmung der Schanzen von Wola und Czyste. — Unterhandlungen. — Letzte Sitzung des Reichstags in Warschau. — Capitulation der Hauptstadt.

Die Entscheidung im Kampfe war unterdeß näher herangerückt. Die Polen, auf einem Punkt zusammengedrängt, hatten noch 70,000 Mann zur Verfügung; die Russen in der Nähe von Warschau ungefähr dieselbe Zahl; betrugen aber im Ganzen gegen 150,000 Mann, wovon die übrigen verschiedene Punkte des Königreichs besetzt hielten, um die bewaffneten Bewohner der Woiwodschaften und kleinere polnische Corps zu bekämpfen. Außerdem war der Muth ihrer Truppen durch die Ereignisse gehoben, sie wurden durch einen Willen auf einen bestimmten Plan hingeleitet, und entbehrten jetzt durch den Handel mit Preußen in keiner Weise der Existenzmittel. Die Polen dagegen entmuthigt, und gegen ihre Führer mißtrauisch, waren auf einen kleinen Raum beschränkt, welcher die Masse unmöglich auf längere Zeit ernähren konnte; ein mißlungener Sturm der Russen, und ein damit verbundener Sieg konnte jedoch ihrem Heere das Uebergewicht wieder verleihen, oder wenigstens die Katastrophe noch auf längere Zeit hinausschieben, denn alle verfügbaren Streitkräfte ihrer Feinde waren jetzt gegen sie verwandt, und diese befanden sich, wenn erfolgreiche und schnelle Schläge gegen sie ausgeführt wurden, für den Angenblick in der Unmöglichkeit, noch ferner größere Verstärkungen gegen die Polen an sich zu ziehen.

Die Russen standen wenige Stunden von der Hauptstadt entfernt; es waren dort nur für 7 Tage Lebensmittel vorhanden, und unter diesen Umständen ward ein Kriegsrath zusammenberufen. Dembinski, welcher vom Präsidenten den Oberbefehl erhalten hatte, war für den kühnen Plan, sich mit der Hauptarmee auf Litthauen zu werfen; Krukowiecki selbst rieth eine Schlacht an, vielleicht in der Ueberzeugung von der Unmöglichkeit eines solchen Kampfes; die Mehrheit entschied sich für die Absendung eines anderen Corps von 20,000 Mann, um Lebensmittel zur Hauptstadt zu bringen, und um vereinzelte russische Corps anzugreifen und zu vernichten. Am 21. ward dieser Vorschlag bereits ausgeführt. Romarino verließ die Umgegend der Hauptstadt mit 20,000 Mann der besten Truppen, und wandte sich südlich gegen den General Rosen. Er lieferte diesem am 30. ein glückliches Gefecht, verlor aber die Gelegenheit, das ganze Corps entscheidend zu schlagen. Romarino, in der Hoffnung dieß noch auszuführen, folgte dem Rückzuge des russischen Generals, obgleich Befehle von Warschau anlangten, welche ihm verboten, sich weiter von der Hauptstadt zu entfernen. Seine Bewegungen blieben erfolglos; er zog sich zurück, und sandte erst am 5. September nach Warschau die gesammelten Vorräthe ab; allein er befand sich noch immer in solcher Entfernung, daß er durch das Eintreffen seines Corps die nahe Katastrophe nicht mehr aufhalten konnte.

Krukowiecki's bisherige Rolle war indeß nicht auf die Dauer durchzuführen, und das Mißtrauen der demokratischen Partei, sobald diese merkte, wie er es zugleich mit ihren Gegnern hielt, ward natürlich in Kurzem erregt. Um Einer Volksbewegung zuvorzukommen, welche allen Einfluß seiner Hand entreißen konnte, hatte er zum Gouverneur der Hauptstadt den General Chrzanowski ernannt, welcher, den Demokraten verdächtig, um so mehr bemüht war, jeder Volksbewegung durch militärische Mittel zuvorzukommen; aus demselben Grunde hatte ferner Krukowiecki den Oberbefehl über die Nationalgarde dem patriotischen Anton Ostrowski genommen, dessen Nachfolger nicht ernannt, und dadurch das Mitwirken der bewaffneten Bürger bei

äußerer oder innerer Gefahr wenigstens gelähmt; Dembinski entfernte er endlich in Kurzem vom Commando, weil dessen Kühnheit und Führung der Truppen seine Plane durchkreuzen, und Ereignisse herbeiführen konnten, welche seinen eigenen überwiegenden Einfluß ihm entziehen oder verringern möchten. Vielleicht auch hatte er gleich anfangs die Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg verloren, und suchte durch seine militärischen Maaßregeln wenigstens das erste Gelingen des russischen Angriffs zu befördern, um die Polen zu Unterhandlungen geneigter zu machen, durch deren Ausgang er sich sogar unter russischer Herrschaft eine vortheilhafte und einflußreiche Stellung erwerben möchte. Der Verdacht der Demokraten ward in Kurzem rege, und es bildete sich gegen ihn eine Verschwörung, deren Ausführung aber zu weit hinausgeschoben wurde, um die Rolle des Generals, welcher beinahe eine unbeschränkte Gewalt besaß, bei den schnell eindringenden Begebenheiten zu beendigen. Die Russen waren nemlich bis dicht vor Warschau vorgerückt, und trafen in der Nacht vom 5. September Vorbereitungen zum Sturm.

Warschau war mit einer dreifachen Linie von Verschanzungen umgeben, welche den Umfang von beinahe 4 ½ Stunden einnahmen. Da man alle drei hatte besetzen müssen, so waren die einzelnen Punkte zu schwach mit Truppen versehen, um einem Angriff der russischen Hauptmacht allein zu widerstehen. Das Corps Romarino's war durch einen Beschluß des Kriegrathes entfernt; Krukowiecki hatte eine kleinere Abtheilung, vielleicht mit Absicht, wenige Tage vorher aus der Stadt entsandt; somit waren nur 30,000 Mann regelmäßiger Truppen gegenwärtig. Der Präsident traf ferner, ungeachtet der Nähe des russischen Heeres, keine Vorkehrungen, eine Reserve aufzustellen, um dem mit Uebermacht bedrängten Punkte schnell zu Hülfe zu eilen, obgleich er vorherwissen mußte, daß die größere Entfernung, in welcher die Truppen auf den Werken aufgestellt waren, im Augenblicke der Gefahr schleunige Zusammenziehung derselben nicht erlaubte. Bestimmte Befehle für den Fall des Angriffs hatte er ebenfalls nicht gegeben, und als dieser Statt fand, geschah deßhalb dasselbe wie

früher, die einzelnen Generale unterstützten sich nicht gegenseitig, und erleichterten so den Sieg der Uebermacht, der dadurch jetzt unausweichbar wurde.

Der russische Feldmarschall verfuhr auf dieselbe Weise, wie beim Weichselübergange. Wie er dort die mögliche Gefahr eines polnischen Angriffs unter den ungünstigsten Verhältnissen nicht geachtet hatte, richtete er jetzt den Sturm auf denjenigen Punkt der Vertheidigungswerke, wo die Polen wegen der Schwierigkeit desselben ihn am wenigsten erwarteten. Dieß war Wola. Keiner der polnischen Generale hatte dieß vorher geahnet, mit Ausnahme Uminski's; diesem aber wurde von Krukowiecki eine abschlägige Antwort ertheilt, als er dort Vorbereitungen zur Vertheidigung treffen wollte.

Um 5 Uhr Morgens begann der Angriff; 1,000 Kanonen erschütterten plötzlich die Luft, und überzeugten die Polen, der Tag der Entscheidung sey gekommen. Wenige polnische Compagnien standen mehr als 7 Regimentern gegenüber; eine Reserve war von Krukowiecki nicht aufgestellt, und General Bem, welcher die Artillerie in der dritten Linie commandirte, hielt den Sturm von dieser Seite für einen Scheinangriff, und weigerte sich, seinem eigenen Willen überlassen, die von Uminski geforderte Hülfe zu senden. Die Polen unterlagen nach dem hartnäckigsten Widerstand. Auf einem Punkte waren nur noch 4 Soldaten am Leben; auf einem andern sprengte der commandirende Offizier das Pulvermagazin in die Luft und vernichtete sich so mit einer Masse seiner Feinde. Die erste Linie war durchbrochen. Hierauf stürmten die Russen das befestigte Dorf Wola, wo der General Sowinski sich mit derselben Verzweiflung Schritt für Schritt wehrte. Bem sandte ungeachtet aller dringenden Bitte noch immer eine keine Hülfe, und das Dorf ward genommen. Endlich begannen hierauf die Polen auf's Neue nach langer Zeit die Offensive; Bem und Uminski suchten das Dorf wieder zu nehmen; ersterer focht mit um so größerer Verzweiflung, als er das geschehene Unglück seinem Zaudern zuschreiben mochte; alle Anstrengungen aber waren vergeblich; nach mehreren erbitterten Angriffen mußten die Polen sich auf die

zweite Linie nach Czyste zurückziehen. Uebrigens geschah auch hier dasselbe wie früher und am Morgen; es fehlte Einheit aller Operationen. Bem ward nicht gehörig unterstützt, weil man ihm vielleicht sein Zaudern im Beginn des Kampfes vergelten wollte; ein anderer General, Boguslawski, verweigerte Dembinski förmlich den Gehorsam, weil er der ältere General sey.

Sobald die erste Befestigungslinie der Polen bei Wola durchbrochen war, zweifelte Krukowiecki offenbar an der Möglichkeit einer weiteren Vertheidigung, und suchte von nun an die Revolution durch Unterhandlungen mit Paskiewicz in der Weise zu beenden, daß wenigstens ihm selbst der persönliche Vortheil als demjenigen verblieb, der die Einnahme der Hauptstadt den Russen sehr erleichterte. Demnach wußte er zu verhindern, daß eine allgemeine Bewaffnung der Hauptstadt durch einen Kampf der Verzweiflung den Sieg der Russen wenigstens bedeutend erschwerte. Er ließ sogleich den Befehl bekannt machen, keiner dürfe sich in den Straßen bewaffnet zeigen und durch den Gouverneur Chrzanowski zugleich alle Maasregeln treffen, welche eine wilde und wüthende Vertheidigung in der Stadt verhindern mußten. Alle seine Maasregeln bezweckten von nun an, einen Zustand herbeizuführen, durch welchen die Polen zu Unterhandlungen gezwungen würden. Am Abend des 6. eröffnete er den Ministern des Reichstages seinen Entschluß, Unterhandlungen zu beginnen, und als diese ihn zurückwiesen, erklärte er, zum Beginn derselben als Präsident ein selbstständiges Recht zu besitzen. Wenn er schon früher den Plan hegte, die Einnahme Warschau's den Russen zu erleichtern, so war jetzt die Zeit gekommen, ihn schleunig auszuführen. Den Widerstand in den Straßen von Seiten der Bewohner abgerechnet, konnte das Corps Romarino's in wenigen Tagen anlangen, und, wäre Warschau ein zweites Saragossa geworden, durch eine nicht unbedeutende Truppenmacht, den Ausgang des Kampfes in Frage stellen. Der General Pradzinski, der ungeachtet seines Patriotismus, aus persönlicher Schwäche den Muth nach der Einnahme Wola's ebenfalls verloren hatte, diente Krukowiecki

hierbei als Werkzeug; er begab sich während der Nacht in das russische Lager, und eine Unterredung des russischen Feldmarschalls ward auf den nächsten Morgen festgesetzt, nachdem man über einen Waffenstillstand bis um 9 Uhr übereingekommen war. In dieser Unterredung, wovon die Verlängerung des Letztern bis auf 2 Uhr veranlaßt wurde, kam man dahin überein, daß Krukowiecki die Bewilligung des Reichstags zum Unterhandeln sich verschaffen sollte.

Es war jedoch anfangs nicht so leicht, den Reichstag zu jener Bewilligung zu bewegen. Nachdem er seine Sitzung am 7. um 10 Uhr Morgens eröffnet, sobald des Präsidenten Entschluß offenbar ward, schilderte der entmuthigte Pradzinski, welcher den Präsidenten in das Lager der Russen begleitet hatte, und dessen erschreckte Phantasie in dem Augenblick nur die Größe der Gefahr ihm vormalte, in einer lebhaften Rede die Vergeblichkeit eines ferneren Widerstandes gegen eine ungeheure Uebermacht, und die Gefahren, womit die Hauptstadt in dem Fall einer Eroberung durch Sturm bedroht würde. Eine Menge Glieder der Versammlung wünschte aus Mangel an Muth oder aus Furcht vor den Excessen einer Volksvertheidigung in den Straßen, den Kampf durch die Unterhandlungen, welche Pradzinski angekündigt hatte, zu beendigen, und mochte das Gelingen der Revolution überhaupt schon lange aufgegeben haben; somit wurde die Versammlung im Beginn ihrer Sitzung von einer tiefen Niedergeschlagenheit ergriffen, welche den Planen Krukowiecki's ein augenblickliches Gelingen verhieß. Allein die muthigen Mitglieder der altpolnischen Provinzen, welche ohnedem, da sie Alles bereits geopfert und verloren hatten, durch die Rücksichten des größeren Theils der Deputirten aus dem Königreiche nicht gebunden wurden, rissen die Versammlung bald darauf in ihre Begeisterung mit sich fort, welche um so mehr stieg, als der Kanonendonner plötzlich vernommen wurde. Beschlüsse, welche zur Vertheidigung der Hauptstadt die bewaffneten Bürger auf die Wälle riefen, welche die Krieger und Generale zum verzweifelten Widerstande aufforderten, und die Verhandlungen mit dem Feinde zurückwiesen, wurden schnell gefaßt und bekannt gemacht;

allein man verfügte nichts hinsichtlich Krukowiecki's, der alle Vorkehrungen traf, die Ausführung jener Beschlüsse zu verhindern, und welcher sogar während des Kampfes zwei Regimenter von den am meisten bedrohten Punkten unter dem Vorwande, die Ruhe Warschau's zu erhalten, aus dem Gefechte in die Stadt zog. Während dieser Berathungen hatte der Sturm auf die zweite Linie begonnen. Die Polen kämpften auf's Neue ohne Zusammenhang, da Krukowiecki bei seinen jetzigen Planen es durchaus vermieden hatte, den einzelnen Generalen Befehle zu ertheilen. Dembinski hatte am Abend vorher deßhalb versucht, die letzteren zu allgemeinen Bewegungen zu überreden, allein Bem, welcher als Befehlshaber der Artillerie eine der wichtigsten Stellungen einnahm, hatte geglaubt, die Befehle des Präsidenten, welche natürlich ausblieben, hierüber erwarten zu müssen. Uminski schlug sich mit Erfolg und behauptete seine Stellungen; die Russen wurden an einem Punkte durch Schlegel geworfen, und ein Husarenregiment, welches die Linie durchbrach, von den Polen gänzlich vernichtet. Der Feldmarschall Paskiewicz selbst ward verwundet, der Kampf zog sich wieder nach den Barrieren von Wola hin, und einzelne polnische Corps geriethen sogar dem Feinde in den Rücken; allein die Befehle ihrer Generale durchkreuzten sich; die Reserve war auf Krukowiecki's Befehl im entscheidenden Augenblicke nach Praga gezogen und die zweite Linie wurde somit ebenfalls an allen Punkten erstiegen. Beide Siege vom 6. und 7. September hatten übrigens die Russen mit 30,000 Mann erkauft; von tausend Freiwilligen, welche als die Ersten den Sturm begannen, waren nur 34 übriggeblieben; ihr Heer war durch ungeheure Anstrengungen erschöpft, und es mag als zweifelhaft erscheinen, ob es ihm möglich gewesen wäre, bei einem ähnlichen Widerstande wie dem in der ersten und zweiten Verschanzungslinie die ganze Hauptstadt schnell zu überwältigen. Die dritte Linie war noch gänzlich in den Händen der Polen geblieben; in den Straßen waren Barrikaden aufgeworfen, und man hatte den Plan gehegt, Warschau wie Saragossa zu vertheidigen, welches, ohne Mauern und Heer mit geringeren Mitteln, wie den

Polen jemals zur Verfügung standen, die Anstrengungen der zahlreichen und krieggeübten Heere des Kaisers vereitelte. Allein es fehlte den Polen ein Feldherr wie Palafox, der den Krieg „bis zum langen Messer"*) zu führen entschlossen war. Krukowiecki und der Gouverneur Chzranowski hatten im Gegentheil Maasregeln getroffen, einen Aufschwung der Bewohner zu verhindern; der Reichstag selbst, als er um 4 Uhr wieder zusammentrat, hatte den Muth verloren, womit er noch vor wenigen Stunden die Vorschläge des Präsidenten zurückwies und ermächtigte den General Krukowiecki zu Unterhandlungen, wobei seine Schwäche in den unbestimmten Worten, worin das Dekret verfaßt war, am Tage lag. Krukowiecki jedoch überschritt diese ihm ertheilte Vollmacht; er sandte in das russische Lager einen Brief, worin unbedingte Unterwerfung angeboten wurde.

Kaum war dieß geschehen, so erschien der General Malachowski voll Wuth über den Präsidenten, welcher Artillerie und Reseve ihm entzogen, und dadurch die Benutzung aller Vortheile, welche der Kampf geboten, für ihn selbst, so wie für den General Uminski vereitelt hatte. Der Reichstag sah sich verrathen; er sandte Krukowiecki seine Entlassung zu; allein es war zu spät; durch die Maasregeln, welche der Präsident in der Vertheidigung der Linien, und in der Hauptstadt getroffen hatte, war die Niederlage der Armee gewiß, welche sich bereits in Unordnung nach Praga durch die Stadt zurückzog, so wie alle Möglichkeit entfernt worden, die bewaffneten Bürger auf die Wälle zu senden; der Augenblick drängte; Verwirrung herrschte überall, bei den Truppen, wie bei der Regierung; es schien unmöglich, mit den gewöhnlichen Mitteln des Krieges die Hauptstadt länger zu vertheidigen, und selbst die heftigeren Patrioten mochten vor dem furchtbaren Kampfe der wüthenden Volksmasse von Straße zu Straße und von Haus zu Haus zurückschrecken. Man dachte an die Uebergabe der Hauptstadt, und selbst jene widersetzten sich nicht länger, vielleicht in der Hoffnung, die polnische

---

*) Wahrscheinlich des Generals Palafox.

Revolution sey durch den Verlust Warschau's noch nicht beendet.

Pradzinski hatte sich nach der Eroberung der zweiten Linie in das russische Lager begeben und den Unterwerfungsbrief Krukowiecki's überbracht. Er kehrte mit dem russischen General Berg zurück, welcher die Unterhandlung abzuschließen beauftragt war. Als Beide im Regierungspalast erschienen, ward ihnen Bon. Niemojowski als Präsident vorgestellt; Berg aber hatte nur Vollmacht, mit Krukowiecki zu unterhandeln, und dieser mußte in der Schnelle zu neuen Vollmachten ermächtigt werden. Nach wenigen Stunden ward der Vertrag über die Uebergabe Warschau's abgeschlossen; den Polen ward Zeit gelassen, die Räumung der Hauptstadt vorzubereiten, und Allen, die in Warschau sich aufhielten, ward freigestellt, dem Heere zu folgen; am 8. Septbr. gegen Mittag erfolgte die Uebergabe, nachdem die polnische Armee sich nach Praga begeben hatte. Dort verweilte sie noch bis zum 9., nachdem ein Kriegsrath den Marsch auf Modlin beschlossen hatte, und verließ gegen Mittag auch jene Vorstadt, deren Name durch das Unglück Polens schon früher berühmt ward. Dem Heere folgten eine Menge Beamte, Reichstagsmitglieder, Journalisten und Mitglieder des demokratischen Klubbs; von den Generalen blieben Pradzinski und Krukowiecki zurück; ersterer stellte sich den russischen Befehlshabern als Gefangener, und letzterer wollte der polnischen Armee folgen, vielleicht um seine Wirksamkeit in der früheren Weise fortzusetzen. Uminski aber wies ihn an der Brücke von Praga mit der Drohung, auf ihn schießen zu lassen, zurück.

Sechszehntes Kapitel.

Rybinski, Oberbefehlshaber. — Romarino's Uebertritt nach Oesterreich. — Die Armee in Plock. — Auflösung des Reichstags. — Uebertritt nach Preußen.

Mit dem Fall der Hauptstadt erschien die Revolution der Polen in ganz Europa als beendet; Warschau war wie Paris der Mittelpunkt, von wo die Bewegung ausgegangen war, und worin alle Kräfte der Nation sich zusammengedrängt hatten; nach der Einnahme blieben den Polen zwar noch Mittel, den Kampf einige Monate lang fortzusetzen, allein der moralische Muth beinahe Aller war gebrochen und die Sache deßhalb in derselben Weise verloren, wie ein mißlungener Sturm der Russen und ein Rückzug von den Wällen der Hauptstadt einem glänzenden Siege in den Folgen gleichgekommen wäre. Was jetzt noch erfolgte, glich den Zuckungen der Glieder, wann die Theile, worin sich das Leben concentrirt, vom Körper getrennt sind.

Von Malachowski geführt, traf das Heer mit dem Reichstage und mit einer Menge von Flüchtlingen am 9. Septbr. in Modlin ein. Die Mehrzahl der Generale und Deputirten gehörte jetzt endlich der entschlossenen und muthigen Partei an; und es ward somit der Beschluß gefaßt, den Kampf noch nicht aufzugeben. Hoffnung auf den Sieg war jedoch wenig vorhanden; den Polen standen außer Romarino's Corps nur

noch 30,000 Mann zur Verfügung, und selbst mit jenen war die Uebermacht der Russen so bedeutend, daß die Trümmer des Heeres um so weniger den Sieg erwarten konnten, als an die Unterstützung der militärischen Operationen durch einen Volkskrieg nach der Einnahme Warschau's nicht mehr zu denken war, seitdem alle dort aufgehäuften Hülfsmittel den Russen in die Hände gefallen waren. Die Vorwürfe einzelner Polen gegen ihre Führer, welche nach dem unwiederbringlichen Verlust der Hauptstadt eine entscheidende Schlacht, welche die Heftigeren verlangten, unterließen, und die Rettung der Einzelnen, so wie die Verwahrung ihrer Sache für die Zukunft im Auge hatten, sind deßhalb sicherlich ungerecht, obgleich der Armee sich noch Gelegenheit bieten mochte, durch einen letzten Kampf ihren erworbenen Ruhm in der Meinung Europa's noch mehr zu erhöhen, und den bereits entstandenen Untergang ihrer Revolution, wie bei dem letzten Kriege der Theilung, in der Vertheidigung Praga's durch eine glänzende, aber vergebliche Waffenthat zu schließen.

Malachowski hatte sogleich nach Ankunft des Heeres vor Modlin den Oberbefehl niedergelegt. Niemojowski, welcher an der Spitze der Regierung stand, berief hierauf den Kriegsrath, um einen neuen Obergeneral zu ernennen, und um die weiteren Maaßregeln zur Führung des Krieges zu verabreden. Dembinski machte hier wieder seinen abenteuerlichen Vorschlag eines Zuges nach Litthauen, dessen Folge die gänzliche Vernichtung der Trümmer des Aufstandes hätte werden müssen; zugleich zeigte sich noch immer dieselbe Gesinnung der Generale gegen die Civilgewalt, welcher der unglückliche Ausgang der Revolution größtentheils zugeschrieben werden mag; er verlangte, den Reichstag aufzuheben, dessen Debatten seinen beschränkten Begriffen wie Zänkereien erschienen waren, und eine Militärdespotie als Repräsentation des Heeres an die Stelle zu setzen, dessen Führer die Sache von Anfang an verdorben hatten. Die Mehrheit der jetzt noch zurückgebliebenen Generale verhinderte jedoch einen Beschluß der Art, welcher vielleicht bei der allgemeinen Hoffnungslosigkeit durchgeführt worden wäre, allein die Revolution mit brutaler Gewaltthä-

tigkeit wahrscheinlich beschlossen hätte. Zugleich verlor dadurch der sonst so verdiente General seinen Einfluß und die Hoffnung auf das Commando; Rybinski ward mit Stimmenmehrheit zum Oberbefehlshaber ernannt, und man erließ an Romarino den Befehl, sich mit dem Hauptheer zu vereinigen.

Romarino hatte die Nachricht vom Sturme Warschau's am 6. erhalten, setzte sich aber erst am 7. in Bewegung; am 8. Abends war er noch 9 Stunden von Warschau entfernt; allein am 9. Morgens erhielt er die Nachricht von der Uebergabe. Sogleich unterbrach er seinen Marsch, und machte den Oberoffizieren in einem Kriegsrathe den Vorschlag, den Krieg im Süden fortzusetzen, wobei Zamosc als Stützpunkt dienen würde. Dieser Vorschlag war bereits angenommen, als der Befehl Niemojowski's anlangte, der ihn nach Modlin berief; er weigerte sich, zu gehorchen, und benahm somit dem neu ernannten Generalissimus die Hoffnung, durch eine größere Macht noch einmal einen entscheidenden Schlag zu versuchen.

Romarino blieb noch einige Tage in Lukow, wo er dem Abgesandten der Regierung die abschlägige Antwort ertheilte, und setzte sich dann am 11. in Marsch nach dem Süden, um an irgend einem Punkte die Weichsel zu überschreiten, und dann bei Zamosc sich festzusetzen. Am 13. bot sich ihm dazu Gelegenheit; er überraschte die Russen, welche bei Kazimierz eine Brücke besetzt hatten, in der Art, daß eine Eroberung derselben ihm möglich wurde; allein er verlor Zeit durch Unterhandlungen, und die Brücke ward hierauf abgebrochen. Von General Rosen verfolgt, zog er immer mehr südlich; der Muth der Truppen, welcher nach Warschau's Fall nur durch unmittelbar darauf folgende Gefechte wieder konnte gehoben werden, verminderte sich mit jedem Tage; der immerwährende Mangel an allem Nothwendigen vermehrte die innere Auflösung, und in jeder Stunde zerstreuten sich ganze Abtheilungen des Corps. Am 17. waren Romarino's 20,000 Mann bereits auf 11,000 zusammengeschmolzen. Nachdem er in Rochow angelangt war, fand er dort zu seinem Schrecken, daß eine Brücke, deren Errichtung er da befohlen hatte, nicht vollendet war; der russische General Rosen war ihm dicht auf den Fersen gefolgt;

es blieb ihm nur die Wahl zwischen einer Schlacht und dem Uebertritt auf österreichisches Gebiet. Er berief einen Kriegsrath, und dieser entschied sich für das Letztere. Obgleich mehrere Generale, unter andern der Fürst Zamoyski, ein naher Verwandter des Fürsten Czartoryski, der sich ebenfalls bei dem Corps befand, sich für eine letzte Ehrenschlacht aussprachen. Uebrigens war der Beschluß nicht ganz ohne Unehre; denn 10,000 Polen standen nun 17,000 Russen am Tage vor dem Uebergang gegenüber, und das äußerste Rettungsmittel, der Rückzug auf österreichisches Gebiet, verblieb noch immer den Polen, im Fall sie im Kampfe unterlagen. Jedoch die allgemeine Hoffnungslosigkeit auf günstige Folgen eines möglichen Sieges war überwiegend; das Corps Romarino's überschritt die Grenze, ward umzingelt und entwaffnet, und ging somit für die Regierung verloren, welche von Modlin sich nach dem Städtchen Nowidwor mit der Armee Rybinski's gezogen hatte, in der Absicht, zu Romarino's Corps zu stoßen, und dann den Krieg im Süden fortzusetzen. Letzterer Beschluß ward durch den Ungehorsam des Generals veranlaßt, denn es war Allen offenbar, daß Größeres nur nach der Vereinigung mit diesem bewirkt werden konnte.

Als die Nachricht von Romarino's Uebertritt dem Heere und dem Reichstage bekannt ward, verließen beide ihren bisherigen Aufenthalt, und begaben sich nach Plock. Unterhandlungen waren bis dahin immer mit den Russen fortgesetzt, allein die Bedingungen, welche von beiden Seiten angeboten wurden, waren nicht der Art, daß eine Ausgleichung zu Stande kommen konnte. Man hegte noch immer den Plan, in die Woiwodschaft Krakau vorzudringen, wo Rozyski noch ein kleines Corps befehligte, und beabsichtigte deßhalb, bei Plock über die Weichsel zu gehen. Für den Augenblick bot sich der Vortheil, daß man in dem Fall Lowicz überraschen konnte, wo die Russen ungeheure Magazine gesammelt, und nur eine Besatzung von 5000 Mann zurückgelassen hatten. Allein es geschah dasselbe, wie bei'm Corps Romarino's; der Muth fast aller Generale und eines großen Theils der Offiziere war um so mehr gesunken, da man im Fall des Erfolges ein für die

polnische Sache wichtiges Resultat schwerlich hoffen konnte. In einem Kriegsrathe am 24. ward beschlossen, das Glück der Waffen nicht länger zu versuchen, und es war sogar von einem Uebertritt nach Preußen schon die Rede. Sobald dies bekannt ward, brach jedoch unter einem Theil der Truppen Erbitterung aus, da besonders die Soldaten und Offiziere der unteren Grade noch immer zu einer Schlacht entschlossen waren. Eine bedeutende Anzahl der letzteren hielt eine Versammlung, worin beschlossen wurde, den Generalen Uminski oder Dembinski den Oberbefehl anzutragen. Der Präsident Niemojowski erklärte sich ebenfalls im Namen des Reichstags gegen jene Bestimmung des Kriegsraths, und bot, im Fall sie ausgeführt würde, seine Entlassung an, welcher der Reichstag sich natürlich anschließen mußte. Während jene Versammlung deliberirte, erschien Bem und ward von den Offizieren aufgefordert, das Heer über die Weichsel zu führen; allein dieser General, obgleich selbst unwillig, lehnte das Anerbieten ab, da der zum Angriff günstige Augenblick unter Zänkereien der Generale vorbeigegangen war; Uminski erscheint, und wird sogleich von allen zum Obergeneral ausgerufen; Niemojowski bestätigt die Ernennung, allein ein Theil des Heeres, von den Generalen des Kriegsraths bearbeitet, empört sich, und droht sogar auf der neu gebauten Brücke mit Gewalt. Das Ansehen der Regierung und des Reichstags ward verkannt, und somit schloß die polnische Revolution mit einer Handlung der Armee, die sie zu ihrer eigenen Ehre besser unterlassen hätte; jene, in ihrer Würde verletzt, waren gezwungen, sich aufzulösen. Uebrigens hatten sie dies, ihr Schicksal, durch die frühere und immerwährende Schwäche gegen Heer und Generale wohl verdient; man muß nur mit Recht bedauern, daß sie auch bei dieser Gelegenheit ihre eigene Würde nicht besser zu wahren verstanden, und ohne irgend einen Beschluß, sich stillschweigend ihrer Gewalt begaben. Sie verließen Plock am 25. Septbr., und suchten Schutz vor den Russen und ihren eigenen Truppen auf preußischem Gebiet. Die Armee traf übrigens so wenig Anstalt für die Sicherheit der Abreisenden, daß Vincenz Niemojowski,

und der Senator Olizar einer russischen Cavallerie-Abtheilung dicht vor der Grenze in die Hände fielen.

Rybinski, und mit ihm die Mehrzahl der übrigen Generale, hegte noch immer die thörichte Hoffnung, durch Unterhandlungen mit den Russen wenigstens den früheren Zustand des Königreichs wieder zu erlangen. Nachdem jene vielfach in die Länge gezogen waren, erhielten endlich die Polen eine Antwort, welche unbedingte Unterwerfung ihnen gebot, und einen Eid der Treue für den Kaiser von Rußland verlangte, worin weder die Worte Polen noch Constitution sich befanden. Enttäuscht und voll Schmerz über die so erlittene Demüthigung, ward noch einmal der Entschluß zu einer Schlacht gefaßt; allein die Generale kehrten bei kälterer Ueberlegung nach wenigen Tagen in ihre frühere Stimmung zurück, und ersparten dem geschwächten Heer ein letztes Blutvergießen, welches ihre gefallene Sache nicht mehr aufzurichten vermochte. Die Armee verließ am 30. ihre Stellungen, und kam am 2. Oktbr. an die preußische Grenze. Am folgenden Tage geschah der Uebertritt von 24,000 Mann, nachdem die Armee zuvor ein Manifest erlassen, worin sie die Sache ihres Vaterlandes dem Schutze der europäischen Staaten anheimstellte. Das Heer, welches in der tiefsten Verzweiflung den heimathlichen Boden verließ, wurde entwaffnet, und von den preußischen Truppen und Behörden mit dem Mitgefühl empfangen, welches ihre Tapferkeit und ihr Unglück verdiente; der größere Theil der Offiziere zerstreute sich mit einer Menge von Flüchtlingen jeder Art über ganz Europa, besonders in Frankreich, und trägt jetzt die Hoffnung im Herzen, die Zukunft werde Verhältnisse herbeiführen, durch welche die Wiedererhebung ihres Vaterlandes dereinst erfolgen werde.

So endete die polnische Revolution, deren Ausgang nach der Schlacht bei Grochow als ein durchaus anderer in Europa erwartet ward. Die Schwäche der Regierung gegen die Generale, die übermächtige Stellung derselben, eine Folge der Militärrevolution, die damit verbundene Eifersucht der Letzteren auf ihr Ansehen, der Unverstand und der beschränkte Blick, den sie durch die Begriffe ihres Standes in Beurtheilung der

inneren Verhältnisse und in Würdigung einer politischen Revolution sich angeeignet hatten. Alles dies scheint mehr den Untergang der polnischen Sache bewirkt zu haben, als jenes Uebergewicht der höheren aristokratischen Familien, welche eben so, wie jeder Geringere, ihr Eigenthum und Leben auf's Spiel setzten, und als Verbannte auf fremdem Boden jetzt umherirren. Die hohe Meinung der Nation von ihrem Heer, welche das Heil ihrer Sache nur in der Leitung von Militärchefs bis an's Ende erblickte, bewirkten die Wahl Chlopicki's, welcher die Sache verdarb, und Krukowiecki's, welcher die Sache verrieth. Die Wahlen Beider waren aber von unten, und letztere gewiß nicht von den Aristokraten ausgegangen. Der größere Theil der Reichstagsmitglieder aus hoher Familie, welche von Anfang an Bedenken trugen, ihre Stellung und ihre bestehenden Privatverhältnisse auf's Spiel zu setzen, oder Maaßregeln zu ergreifen, welche die Volksmasse überall in den Kampf hineingerissen hätte, hatten allerdings durch Schwäche und theilweise durch Beschränktheit zum Fall ihrer Sache nicht wenig beigetragen, allein die entgegengesetzte Partei mag eben so wohl einen bedeutenden Theil am Unglück sich selbst zuschreiben. Alle haben Grund zu gegenseitigen Vorwürfen, wovon die Führer des Heeres die meisten und bittersten verdienen. Uebrigens war die Revolution durchaus nicht social, sondern rein politisch, und bezweckte vor Allem die Wiedererlangung der früheren Unabhängigkeit. Im Fall ihres Gelingens hätte deßhalb der höhere Adel seine frühere Stellung unzweifelhaft sich erhalten, ob auch ein anderes Verhältniß der niederen Volksklassen dadurch ebenfalls wahrscheinlich bewirkt wäre.

Nach dem Uebertritt der Armee Rybinski's auf russisches Gebiet, mußten sich die Garnisonen von Modlin und Zamosc in Kurzem ergeben. Noch vor Ende des Octobers befand sich das Königreich überall in der Gewalt der russischen Heere. Rozyski war der Letzte, welcher sich unter fremden Schutz begab, und das östreichische Gebiet überschritt. Hierauf traf die russische Regierung mehrere Jahre lang eine Reihe von Maaßregeln, welche die Bedingungen, unter denen die Revolution möglich gewesen war, für immer entfernen sollten von einer Wie-

dererrichtung des früheren Königreichs mit besonderer Armee und Verwaltung, wie dies von Frankreich auf diplomatischem Wege verlangt zu seyn schien, war natürlich nach gänzlicher Unterwerfung nicht mehr die Rede; die ehemaligen Woiwodschaften traten in die Verhältnisse russischer Gouvernements, und verloren zuerst ihre besonderen Gesetze und Verwaltungen, zuletzt sogar ihren Namen. Die Theilnehmer an der Revolution, bis in die untersten Volksklassen, wurden in das Innere von Rußland oder nach Sibirien verbannt, oder in die russischen Regimenter zerstreut und an die äußersten Grenzen des Reiches gesandt. Pradzinski, Rohland, Krukowiecki und Andere wurden in das Innere des Reiches abgeführt, und Letzterer mochte in der Verbannung Zeit haben, über die Rolle nachzudenken, die er am 15. August und in der darauf folgenden Zeit gespielt hatte. Die Güter der Geflüchteten wurden confiscirt, und vorzugsweise an eingeborene Russen verschenkt oder verkauft; das Russische ward zur allgemeinen Sprache der Verwaltung, und diese traf Anordnungen, das jüngere Geschlecht durchaus nach den Formen und Begriffen des übrigen Kaiserreichs zu erziehen. Paskiewicz blieb an der Spitze der Regierung. In wie fern es der russischen Regierung gelingt, durch dies System das Bewußtseyn der früheren Nationalität gänzlich zu erlöschen, vermag nur die längere Folge zu zeigen; man hörte auch von Zeit zu Zeit von der Bestrafung Ausgewanderter, welche nach Polen in der Absicht, auf's Neue dort Unruhen zu erregen, zurückgekehrt waren.



Siebenzehntes Kapitel.

England.

Vorgänge der Parlamentsreform.

Während die allgemeinen Verhältnisse Europa's seit der Julirevolution nach der ersten Erschütterung eine Richtung nahmen, welche den bestehenden Zustand auf entscheidende Weise nicht umänderte, erhielt dagegen die 50 Jahre lang machtlose Partei der Whigs eine Stellung, worin sie den vereinten Bemühungen der Oligarchie zu trotzen vermochte, welche seit den Revolutionskriegen zuerst mit der Politik der östlichen Continentalmächte eng verbunden blieb, und zuletzt unter Castlereagh die Regierungsgrundsätze derselben sogar im Inneren des abgeschlossenen Staates Großbritannien geltend zu machen bemüht war. Eine gänzliche Umbildung des Theiles der Gesetzgebung, von welchem stets die Richtung in der Politik und Verwaltung für Großbritannien angegeben wurde, ward von der Whigpartei in der Art durchgesetzt, daß zugleich eine vollständige Umänderung aller Verhältnisse nach Innen und Außen nothwendig wurde, ob es gleich bei den eigenthümlichen Formen der britischen Verfassung bis jetzt noch nicht möglich war, alle Folgen jener Umbildung vollkommen in's Leben zu rufen. Kurz, im November 1830 traten Ereignisse in Großbritannien ein, deren Wichtigkeit nur der „glorreichen“ Revolution von 1689 gleich kam, und wie diese den Gang der englischen Politik und Regie-

rung auf eine längere Zeit, als ein Jahrhundert, wahrscheinlich bestimmen werden. Uebrigens hatten die Ereignisse in Frankreich jene Veränderung eben so wenig bewirkt, als die späteren Vorfälle des Festlandes auf den Gang der Reformen im Inneren des gänzlich isolirten Staates durchaus nicht einwirkten; seit länger als 50 Jahren wurde die Reform des Unterhauses erstrebt; sie war mit jedem Jahre in das Bewußtseyn der Nation tiefer eingedrungen, und hatte endlich eine so unwiderstehliche Gewalt durch die Ueberzeugung der Mehrzahl erlangt, daß es unmöglich war, den Strom der öffentlichen Meinung zurückzuhalten.

Der hauptsächliche Grund, weßhalb die Parlamentsreform nach dem Juli 1830 nothwendig wurde, war nicht die Umänderung in Frankreich, sondern die allgemeine Wahl, welche mit aller damit verbundenen Aufregung unmittelbar nach einem Parlamente Statt fand, welches die Emancipation der Katholiken von dem Widerstande der Tories wenige Monate vorher ertrotzt hatte. Durch diese Maaßregel war die Meinung von der unerschütterlichen Gewalt der Partei, welche seit Pitt im fortwährenden Besitz der höchsten Staatsgewalt sich befand, von der Masse gewichen; so wie Peel und Wellington, den langjährigen Forderungen der mit jeder Wahl an Stärke zunehmenden Whigpartei sich widerstrebend hingegeben hatten, ward überall in Großbritannien die Hoffnung rege, der von William Pitt 1794 vorhergesagte Augenblick sey erschienen, wo kein Minister es wagen würde, die Maaßregel der Parlamentsreform länger zu verschieben, wenn alle Classen der Gesellschaft, alle Wähler der Grafschaften und Corporationen sich entschieden für ihre Durchführung ausgesprochen hätten, die er (Pitt) in dem gegenwärtigen Augenblick (1794) für unpassend, jedoch an sich für gerecht und in der Zukunft für nothwendig halte." Der Grund aber, weßhalb sie 1830 so allgemein als Bedürfniß anerkannt wurde, war die Wirthschaft der herrschenden Partei unter Castlereagh gewesen, wo diese nicht allein alle Interessen der Nation unter einem schamlosen Handel mit Stimmen preisgegeben, die Reichthümer des Schatzes dem Staate entzogen, verschleudert und unter sich vertheilt

hatte, und Grundsätze in die Gesetzgebung und Verwaltung einzuschwärzen bemüht war, welche dem Geiste der Verfassung und der seit 1689 herrschenden Regierungsart eben so durchaus widerstrebten, wie früher die Regierung und das System der Stuarts. Schon im letzten Parlamente Georg's IV. ließ die Abstimmung über den Vorschlag die Wahlstimme von East Redfort, einer der größeren nicht repräsentirten Städte zu übertragen, die nahe Zukunft ahnen. Nur wenige Stimmen hatten dieselbe verhindert, als die Bestechung jenes Fleckens zu unverschämt und offenbar gewesen war, um der gesetzlichen Strafe entgehen zu können. Später haben die Tories Sir Robert Peel mit Bitterkeit den Vorwurf gemacht, daß er damals jene Uebertragung nicht zugestand, als ein Nachgeben von seiner Seite noch als eine verständige und zeitgemäße Concession von Seiten der herrschenden Partei betrachtet worden wäre, und somit den ungeheuern Verlust verhindert hätte, welcher nach kurzer Zeit den überwiegenden Einfluß im Unterhause ihr für immer entriß; die Partei jedoch hätte wahrscheinlich dasselbe, wie später, selbst in dem Falle verloren, daß die gerechten Forderungen ihrer reichsten Städte befriedigt worden wären; nur wäre dies alsdann in längerer Zeit, und nicht mit einem Schlage wahrscheinlich ausgeführt worden.

Wie sehr die Parlamentsreform eine nothwendige Folge der Entwickelung der englischen Staates war, erhellt aber sowohl aus der Weise, wie der einflußreichste und mächtigste Theil der Gesetzgebung zusammengesetzt war, als auch aus der Art, wie dieß allmählig im Laufe der Zeiten gefühlt wurde. Bekanntlich veränderte die Revolution von 1698 in keiner Weise die bestehende Repräsentation oder die Art der Wahl, und betraf nur allein das gegenseitige Verhältniß der Krone und des Parlaments. Weil Letzteres damals die nationale Bewegung aufregte und leitete, wurde an seiner Zusammensetzung Nichts verändert, ob auch einzelne Mängel bereits gefühlt und gerügt waren, denn jenes Parlament der Independenten, welches in mannigfacher Hinsicht dem Geiste des 17. Jahrhunderts voraus eilte, hatte schon die Repräsentation der größeren Städte Leeds und Manchester in's Leben gerufen, die aber

nach der Restauration Carl's II., wie alle Akte der Parlamente nach 1620 ungültig wurden. Auch der Schöpfer der Whigs, Lord Shaftesbury*) hatte während des berühmten Parlaments der Restauration, welches die Ausschließung der Stuarts vorbereitete, jene Angelegenheit wieder zur Sprache gebracht; es ward aber auf diesen Antrag um so weniger gehört, als die Krone damals noch das Recht besaß, aus eigenem Antriebe Repräsentanten jener Städte in das Unterhaus zu berufen. Die kleineren Flecken, welche sich allmählig entvölkerten, waren ferner bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts noch nicht so menschenleer, daß der spätere Name der verfaulten (Rotten Boroughs) vollkommen auf sie gepaßt hätte. Sie wurden damals von Ackerbauern ziemlich bewohnt, und die Zeit war noch fern, wo der überwiegende Reichthum und Einfluß sich in den Händen der industriellen Städtebewohner befand.

Ein zweites Element der späteren Verderbniß des Unterhauses war durch die Stuarts und ihr antinationales Streben dem Unterhause eingeimpft. Als es Carl II. und der Partei, welche, Frankreich unter Ludwig XIV. im Auge, die Untergrabung der Constitution bezweckte, offenbar geworden war, es sey unmöglich, mit dem bestehenden Parlamente die offenkundigen Absichten durchzuführen, nahmen beide bekanntlich ihre Zuflucht zu einer juristischen Chikane, um die Mehrheit im Unterhause sich zu gewinnen. Die Regierung beschloß eine Revision der Städteverfassungen (Charters); vernichtete diese überall, wo keine bestimmte Dokumente aufzuweisen waren, sondern wo die Verhältnisse durch Verjährung für rechtlich gehalten wurden, und setzte das System der geschlossenen Corporationen an die Stelle. Die Städte besaßen nämlich verschiedene Verfassungen; in einigen wählten alle Ansäßigen den Magistrat und das Parlamentsglied, in andern die Haus-

*) Lord John Russel führt in seinem Versuch über die englische Verfassung eine Schrift Lord Shaftesbury's an, worin er die Repräsentation der größeren Städte, welche noch keinen Parlamentssitz zu vergeben hatten, fordert.

besitzer, in andern wieder wenige Familien, welche alsdann mit dem Namen der Corporation bezeichnet wurden. Carl II. setzte nun, wo das Wahlrecht nicht schriftlich nachzuweisen war, die letzteren in einer Menge von Städten, an die Stelle der beiden ersteren, und übertrug dort jenes nur Familien, auf welche die katholisch-absolutistische Partei mit Sicherheit zählen zu können glaubte. So entstanden die geschlossenen Corporationen seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, ein würdiges Seitenstück zu den verfaulten Flecken. Uebrigens irrten sich die Stuarts in den Folgen; sie erreichten ihren Zweck in keiner Weise, denn auch die geschlossenen Corporationen folgten damals der allgemeinen Stimmung und wählten Parlamentsmitglieder, die Jacob II. des Thrones entsetzten; die Chikane hatte allein die Zusammensetzung des Unterhauses verfälscht, und die Stuarts hinterließen England somit ein unglückliches Vermächtniß bis auf die neueste Zeit, welches ebenfalls, wie das der verfaulten Flecken vor der Mitte des 18. Jahrhunderts, nicht gefühlt ward. Die Majorität, welche die sogenannte Abdications-Akte Jacob's II. erließ, hielt es ferner 1698 für ungerecht, jene Repräsentanten ihrer Sitze, und die Wähler ihres Stimmrechts zu berauben, welches sie nur für die Rechte der Nation und die Sache der protestantischen Kirche ausgeübt hatten. Das bestehende Verhältniß blieb also wie es war; man nahm nur der Krone das Recht, an den Verfassungen und Verhältnissen der Städte irgend Etwas zu verändern, und bewirkte zugleich für die Zukunft, daß eine liberale Verwaltung die größeren Städte nicht mehr wie früher aus eigener Macht in das Parlament berufen konnte. Nach 1815 ward dieß Letztere mitunter den Männern zum Vorwurf gemacht, welche jene glorreiche Revolution bewirkten, von der die Macht, die Blüthe und der Reichthum der englischen Nation ausgegangen waren, allein mit Unrecht, denn eben diese Bestimmung war den Verhältnissen der Krone gemäß, wie es jene Gesetze im Geiste der Verfassung festsetzten, wonach keine Handlung ohne Mitwirkung aller gesetzgebenden Gewalten im Staate erlaubt wurde. Es war erst der entfernteren Zukunft vorbehalten, dieß Mißverhältniß auf glänzendere Weise auszugleichen.

In ähnlicher Art hatte sich die schottische Repräsentation gebildet. Die ernste und fromme, aber gewiß nicht schwärmerische Nation hatte im 17. Jahrhundert alle Bestrebungen auf ihre religiöse Constituirung um so mehr verwandt, da die Stuarts in diesem Theile Großbritanniens ihren Despotismus auf der bischöflichen Kirche im Gegensatz des freieren Calvinismus zu begründen versuchten. Der Widerstand der Nation richtete sich deßhalb allein auf diesen Zweck, für den sie länger als 50 Jahre ihr bestes Blut vergossen hatte; sie verlor den politischen Gesichtspunkt aus den Augen, und war befriedigt, als ihr Schwert die religiöse Freiheit 1688 errungen hatte. Die Verhältnisse der Repräsentation blieben deßhalb, als der Vertrag mit der Krone geschlossen wurde, in derselben Weise, wie sie waren, und bald darauf 1701, als die Union unter der Königin Anna statt fand, ward das Bedürfniß einer Veränderung in dieser Hinsicht eben so wenig gefühlt.

Das schottische Parlament vereinigte sich mit dem englischen, indem es nicht allein eine von diesem durchaus verschiedene Repräsentation, sondern auch die beschränkte und für zwei Millionen unverhältnißmäßige Anzahl von 30 Mitgliedern für die Grafschaften und 66 Städte beibehielt, während England mehr als 500 in's Parlament sandte. Was das Stimmrecht betrifft, so war dieses durch die eigenthümlichen, in Schottland früher vorherrschenden Verhältnisse der Stammhäupter so sehr auf wenige beschränkt, daß an eine Repräsentation der Nation nie zu denken war; es haftete nur auf einem Theile des Grundbesitzes und war sogar in der Art veräußerlich, daß es durch Kauf oder Erbschaft ohne das Grundstück erworben werden konnte. Man kann denken, welch ein schmählicher Handel auf diese Weise, mit den Stimmen, als Eigenthum betrieben wurde. In den wenigen Städten, welche Parlamentsglieder wählten, befand sich ferner das Wahlrecht ganz allein in den Händen weniger Familien, welche geschlossene Corporationen bildeten.

Nicht ganz so unverhältnißmäßig war das Wahlrecht in Irland vertheilt; bei der Union verblieb zwar das frühere

Parlament in derselben Zusammensetzung, wie es seit seiner Wiedererweckung im amerikanischen Kriege bestanden hatte; die Zahl seiner Mitglieder (100) stand deßhalb mit den englischen ebenfalls im Mißverhältniß, allein die Bestimmungen des Wahlrechts waren wenigstens denen von England gleich gekommen. Es fand sich deßhalb dort nicht das schreiende Mißverhältniß wie in der Repräsentation von Schottland. Uebrigens war auch die Zahl der entvölkerten Landstädte auf der Schwesterinsel nicht so bedeutend, wo die Industrie überhaupt den bedeutenderen Theil der Bewohner dem Ackerbau nicht entzog und das schnelle Emporblühen größerer Städte deßhalb nicht beförderte.

In dem auf solche Weise (mit Ausnahme Irlands) zusammengesetzten Parlament, wie es durch die Revolution von 1689 und die Union Schottlands dem Staate überliefert war, entwickelten sich die im Laufe von 50 Jahren angeführten Keime der Verderbniß in der Art, daß nach dieser Zeit nicht mehr die Nation oder die wahre und verfassungsmäßige Aristokratie, sondern nur das oligarchische Interesse einzelner Classen und Familien repräsentirt wurde. Das schnelle Aufblühen und die ungeheure Entwickelung der Industrie und des Handels verrückten den Standpunkt der kleineren, Ackerbau treibenden Landstädte, welche ihr Wahlrecht durch die Bestimmung des Vertrags zwischen Krone und Parlament dennoch ungeschmälert bewahrten; die größeren Städte dagegen, welche letzteres 1689 nicht besaßen, und in welchen die gewerbtreibende Thätigkeit der Nation sich um so mehr concentrirte, als sie durch keinen Zwang einer geschlossenen Corporation in freier Wirksamkeit gehemmt wurde, jene größeren Städte wie Manchester, Leeds und Birmingham erlangten durch Reichthum und Handel, worauf die Macht der Nation vorzugsweise beruhte, in allen geselligen Verhältnissen einen überwiegenden Einfluß, und blieben dennoch von der Repräsentation fortwährend ausgeschlossen. Die ersteren verfielen gänzlich, oder verloren wenigstens an Bevölkerung und Reichthum, so daß die Wahl eines Parlamentsgliedes in den Händen weniger, armen und somit leicht bestechlichen Einwohner

sich befand oder einzelnen reicheren Familien anheimfiel, welche das Grundeigenthum und somit die Stimme aufkauften, und alsdann, um den Schein zu wahren, ihre Pächter, Miethsleute und Bedienten abstimmen ließen. So entstanden die sogenannten verfaulten Flecken (Rotten Boroughs) mit denen in Kurzem ein offener Handel getrieben wurde, und die man als Eigenthum mit bestimmten Einkünften veräußerte, verkaufte, oder vererbte. Außer diesem schmählichen Mißbrauch lag ferner in dem Verhältniß eine Verletzung der Verfassung; dem Oberhause war jeglicher direkter Einfluß auf das Unterhaus untersagt, und einzelne Pärs hatten durch verfaulte Flecken die Ernennung von ungefähr 150 Parlamentsgliedern als Eigenthum erlangt. Vor Allem waren hierin die Herzoge von Newcastle berüchtigt, welche ihre hauptsächlichsten Einkünfte aus dem Verkauf von Parlamentssitzen bezogen, die natürlich bei jeder Wahl auf's Neue bezahlt wurden. Außerdem besaßen reichere Familien aus der Gentry, Grundbesitzer, Banquiers u. s. w. die Verfügung über 99 Parlamentssitze, das Ministerium aber 9, welche die 5 Hafenstädte (cinque ports) dem Namen nach repräsentirten.

Leider hatten die Whigs den Handel begonnen oder wenigstens bedeutend befördert. Robert Walpole, jener Minister, dem die Nation Unendliches verdankt, das er durch schmähliche Mittel zur Ausführung brachte, hegte zum künftigen Unglück Englands eine zu schlechte Meinung von dem Eigennutze der Menschen im Allgemeinen, als daß er das leichte Mittel der Verfälschung in Betreff des bestehenden Wahlsystems zu seinen übrigen Kunstgriffen, womit er das Parlament am Faden führte, nicht sollte hinzugefügt haben. Durch seine Krämerei in Angelegenheiten, wo er die Parlamentsglieder verführte, und an die Stelle ihres Gewissens Berechnung von Pfunden und Schillingen zu setzen bemüht war, durch das immerwährende Laviren und Handeln, womit er einzelne Stimmen der Eigenthümer von Parlamentssitzen auf krummen Wegen gewann, oder diese pfiffig überlistete, hatte er leider ein Verfahren angedeutet, welches bei der Zusammensetzung des Parlaments nur zu wohl gelang und einmal begonnen, von den Staats-

männern Großbritanniens ohne gänzliche Ausrottung des Grundübels nicht aufgegeben werden konnte. Der edle Chatham verabscheute jene Schleichereien vom Grund seiner Seele; als er aber Minister ward, konnte er jene Boroughskrämer, ein populärer und kräftiger Ausdruck, welcher die tiefe Verachtung der stets ehrenwerthen Nation bei ihren Begriffen von Kleinhandel oder Krämerei genugsam bezeichnend ausdrückte) eben so wenig bei Durchführung seiner großartigen Pläne entbehren, als sein intriganter aber gewiß patriotischer Gegner und Vorgänger. Uebrigens fühlten auch damals die Whigs das Entwürdigende der Mittel, die Walpole, ihr Haupt, ob auch zu wahrhaft patriotischen Zwecken, in Anwendung brachte. Chesterfield spottete darüber, kaufte aber zugleich einen Parlamentssitz für seinen Sohn.

Chatham aber impfte seinen Widerwillen gegen die Verfahrungsart, wozu die Regierung im Parlamente genöthigt war, seinem vielleicht noch größeren Sohne William Pitt seit früher Jugend ein, und von diesem Staatsmann, einem der größten Männer, welche die freie Entwickelung Großbritanniens hervorbrachte, ging zuerst die Bewegung aus, welche allerdings eines halben Jahrhunderts bedurfte, um von der Ueberzeugung der Nation als nothwendig erkannt zu werden, die aber doch von Pitt einmal angeregt, unaufhaltsame, wenn auch langsame Fortschritte machte.

Als William Pitt in das Parlament trat, war die Reform des Unterhauses eine der ersten Veranlassungen, bei denen er seine Beredtsamkeit und seinen Scharfblick zeigte. Er riß die Versammlung durch die Gewalt seiner Rede, und durch Darstellung der bisher nicht so allgemein bekannten Mißbräuche (denn bis dahin war sogar die Presse mit der Verfahrungsart der Boroughkrämer so ziemlich unbekannt geblieben) in der Art fort, daß ein sonst durchaus bestochenes Parlament den Antrag der Reform nur mit einer Mehrheit von 20 Stimmen (1782) verwarf. Pitt schien sogar anfangs die Maßregel zum Hauptzweck seines Strebens machen zu wollen, an deren Durchführung er seine Erhebung zur Staatsgewalt geknüpft hatte; er wiederholte ihn noch zweimal und verfocht ihn einmal sogar mit

einer ihm sonst nicht sehr gewöhnlichen Leidenschaftlichkeit, so daß die Feinde dieses späteren Ministers an der Aufrichtigkeit seiner Ueberzeugung in dieser Hinsicht nicht zweifeln konnten.

Die Whigpartei griff die Parlamentsreform sogleich auf, ob auch Pitt schon damals streng genommen nicht zu ihr gehörte. Fox und Sheridan unterstützten beide den Antrag, und die Organe der Partei suchten sogleich die Sache der Nation eindringlich und allgemein zu machen. Sie war schon beim Beginne der französischen Revolution weit genug gediehen, allein die damalige Richtung, welche die Mehrheit der Nation der äußern Politik zuwandte, bewirkte bald darauf ein der Reformsache feindliches Verhältniß, wodurch ihr Sieg auf längere Zeit unmöglich, und auf eine fernere Zukunft hinausgeschoben wurde, ob auch Pitt jede Minute des Verzuges bei dieser Maasregel einen Raub an den Rechten der Nation genannt hatte.

Sobald die französische Revolution eingetreten war, griff die Nation mit entschiedenem Eifer die Pläne William Pitt's auf, welche durch äußere Politik die Herrschaft Englands auf allen Meeren, sein Uebergewicht in allen Welttheilen außerhalb Europa's und Vernichtung jeglicher Seemacht, die als Nebenbuhlerin Englands auftreten könnte, bezweckte. Während alle Kräfte und Leidenschaften der Mehrzahl sich auf diesen Punkt wandten, gerieth die Partei der Parlamentsreform in eine falsche Stellung. Der Hauptzweck war in dem Augenblick die Verdrängung Frankreichs und bald darauf Hollands von den Meeren, Vernichtung der Flotten beider Republiken, Eroberung ihrer Colonien und so viel wie möglich der überseeischen Besitzungen Spaniens, welches nach dem Baseler Frieden allmählig in eine Verbindung Frankreichs hineingezogen wurde. Die Partei der Reformer dagegen erstrebte Freundschaft mit Frankreich wegen Gleichheit der Prinzipien, da beide Nationen die Ausbildung der Freiheit im Inneren als Zweck verfolgten, und somit ein Friedensverhältniß gegen die mit den Heeren der Coalition im Kampfe begriffene Republik. Während nun die entgegengesetzte Partei Erhaltung der bestehenden Form in der Gesetzgebung zugleich mit der möglichst weiten Ausdehnung der

englischen Macht durch Waffen zu ihrem Wahlspruch machte, geriethen die Reformer und somit die Whigs in eine Stellung, welche sie im Betreff der öffentlichen Meinung hinsichtlich der äußeren Politik in ein nachtheiliges Verhältniß brachten. Ihre Bestrebungen in Betreff des Friedens fanden bei der Nation keinen Anklang, welche seit Chatham ihre Lage und ihren Vortheil zu genau kannte, um eine Gelegenheit zur Demüthigung der übrigen Seestaaten nicht begierig zu ergreifen. Dazu kam der Eindruck, welchen die Ereignisse Frankreich's seit dem 10. August verursachten. In einem streng constitutionellen Staate, wo die Form der Republik, von früherer Zeit her nicht im besten Andenken stand, bewirkte jener Aufstand mit allen seinen Folgen nicht die Stimmung, daß die Sache der Reformer in England dadurch befördert worden wäre. Pitt ließ sie fallen; die Durchführung jener auswärtigen Politik schien ihm für den Augenblick nothwendiger, und er schloß sich gänzlich den Tories an, auf deren wirksame Unterstützung er in diesem Punkte mit Sicherheit rechnen konnte.

Uebrigens war die Sache der Reform schon weit gediehen. Ueberall bildeten sich Associationen und Versammlungen; zahlreiche Bittschriften wurden dem Parlament zu dem Zwecke überreicht; es entstanden Unruhen, von beiden Parteien angeregt, welche in einigen Städten, wie in Birmingham, sich gegen die Reformer als Franzosenfreunde richteten. Jedes Organ der öffentlichen Meinung, sogar die Kanzel, ward zum Kampfplatze; in Kurzem trat eine Krise ein, worin die Reformer gänzlich unterlagen. Einige heftige und sogar drohende Versammlungen in London, worin Bittschriften über Parlamentsreform an das Unterhaus beschlossen wurden, ein heftiger Tumult bei Eröffnung des Parlamentes bewirkten die Aufhebung des Associationsrechtes und der Habeas-Corpus-Akte auf einige Jahre. Die Regierung begann die berüchtigten Staatsprocesse, wodurch einzelne Häupter der Reformpartei, außerhalb des Hauses, in Anklagestand versetzt wurden. Die Nation ließ sich dies für den Augenblick gefallen, denn alle ihre Kräfte waren damals auf den Kampf mit Frankreich und die uner-

schütterliche Begründung ihrer Macht gerichtet, Bestrebungen, welche durch Kämpfe im Inneren gehemmt und gelähmt waren. So verlor die Sache der Parlamentsreform die günstige Stellung, welche sie vor der französischen Revolution einnahm, und worin ihr baldiger Sieg vor dem Beginn derselben als nahe und wahrscheinlich erschien.

Während ihre Verfechter außerhalb des Hauses (Horne Took Thelwall, boke etc.) auf solche Weise unterlagen*), gaben die Whigs im Parlamente nach der allgemeinen Taktik der englischen Parteien die Sache in keiner Weise verloren, wie wenig auch auf den Erfolg für den Augenblick zu hoffen war. Lord Grey, damals ein Mitglied des Unterhauses, welcher durch Festigkeit und Klarheit der Ansicht, so wie durch kräftige, wenn auch nicht blühende Beredsamkeit sich schon in der Art bemerkbar gemacht hatte, daß ihn das Unterhaus zu einem seiner Ankläger in dem berühmten Hasting'schen Proceß ernannte, und daß seine Wirksamkeit in dieser berüchtigten Angelegenheit neben Männern wie Burke, Fox und Sheridan nicht übersehen ward, Lord Grey, der Sprößling eines der ältesten britischen Häuser und eines mit den Königsfamilien Englands früher verwandten Stammes, stellte 1793 zuerst im Unterhause den Antrag einer Reform, an die er seitdem die Wirksamkeit seines Lebens knüpfte. Für den Augenblick war aber die Partei so schwach, daß er nur einige und zwanzig Stimmen gewinnen konnte, obgleich Sheridan, gegen Pitt vor Allen erbittert, mit allem Glanz seiner Beredsamkeit ihn unterstützte.

Während des ganzen Krieges trat hierauf die Sache der Reform, wie alle inneren Angelegenheiten, in den Hintergrund. Damals aber erstanden zwei ihrer Verfechter, welche zum endlichen Siege durch Beharrlichkeit nicht wenig beitrugen, und von denen der Eine sogar Verfolgungen muthig hervorrief und

---

*) Die englische Jury hatte sie von der Anklage freigesprochen, allein die schottische, von der Parteiwuth des Augenblicks hingerissen, verurtheilte drei zur Deportation.

erduldete, Sir Francis Burdett und Lord John Russel*), ersterer ein Mann von nicht sehr hervorragendem Talent und zu Intriguen mitunter geneigt, aber von festem Willen und sicherlich zu jeder Zeit seines Lebens von redlicher Absicht, letzterer der Sprößling eines edeln Hauses, dessen Mitglieder bei jeglicher, den Nationalfreiheiten drohenden Gefahr, in den vorderen Gliedern für die Rechte des Volkes seit Jahrhunderten gekämpft, und theilweise für diese ihr Blut vergossen hatten**), ein Mann von fleckenlosem Charakter, von tiefen Kenntnissen und gewandter Rede, welcher durch alle diese Eigenschaften sich eine Stellung unter seiner Partei erwarb, wodurch er, sobald diese als übermächtig hervortrat, zu einem ihrer Häupter bestimmt wurde.

Sobald der Friede geschlossen war, drang die Nothwendigkeit der Parlamentreform, welche die Whigs auch während des Krieges nie ganz hatten ruhen lassen, immer tiefer in das Bewußtseyn der Nation ein. Die Torypartei bewirkte damals durch Castlereagh's schmähliche Regierung, daß jenes Bedürfniß allgemein empfunden wurde, und rief durch ein System, welches in jeder Hinsicht den Begriffen und Neigungen der Engländer widerstrebte, eine Stimmung hervor, welche sich später nicht wieder beschwichtigen ließ, und dem sonstigen Verfahren der Engländer entgegen, keine allmählige Entfernung des Uebels, sondern dessen gänzliche Ausrottung mit einem Schlage veranlaßte. Durch einen schmählichen Handel, wie ihn sogar Walpole nicht getrieben, lag unter Castlereagh's Ministerium die Corruption des Parlamentes so offen am Tage, daß der rechtliche Sinn des größeren Theiles der Nation bis zum Höchsten empört ward. Dazu kam der Uebermuth der Partei, welche nicht allein in der überwiegenden Majorität beider Häuser eine für immer unerschütterliche Stütze für ihre

---

*) Sohn des Herzogs von Bedford.

**) Lord Russel, welcher während der Reaction Carls II. enthauptet wurde. Dessen Bruder, Admiral Russel, welcher damals nach Holland flüchtete, hatte später an der Vertreibung der Stuarts einen bedeutenden Antheil.

Gewalt zu besitzen glaubte, sondern zugleich die Thorheit beging, allen Begriffen der Engländer entgegen, eine zweite in dem stehenden Heere zu suchen, der Armee deßhalb bei jeder Gelegenheit zu schmeicheln, sie zu begünstigen und auf eine Weise in England selbst zu vermehren, wie dies kaum die Stuarts würden gewagt haben. Außerdem gedachte die Partei in keiner Art den auf's Höchste während des Krieges angespannten Zustand in irgend einem Punkte nachzulassen; die ungeheure Höhe der Taxen blieb, wie sie war; der durch den Frieden gewonnene Ueberschuß der Einkünfte ward unter die Mitglieder der herrschenden Toryfamilien verschleudert, oder zu Bestechungen offen verwandt; die Partei hatte einmal sogar die Unverschämtheit, einen Ueberschuß mehrerer Millionen, der sich ungeachtet dieser Verwaltung ergab, anstatt ihn zur Tilgung der Nationalschuld zu verwenden, unter sich zu vertheilen! Hiezu kam eine den Engländern im höchsten Grade widerstrebende Espionage, welche, aus der Staatskasse besoldet, Unruhen erregte, um sie später zur Bestrafung anzuzeigen, und die in „das Schloß" oder, „die Festung" des Briten, in sein Haus eindrang, um seine Geheimnisse zu erforschen, ein Verfahren, welches bei der Form englischer Gerichtsverhandlungen natürlich öffentlich am Tage lag. Außerdem bürdete die Partei, als die der Grundbesitzer, den größten und einen unverhältnißmäßigen Theil der öffentlichen und durch die Staatsschuld hauptsächlich bewirkten Lasten durch die Korngesetze den industriellen Ständen und somit dem mächtigsten Theile des Volkes und zugleich den größeren nicht repräsentirten Städten auf. Das Mißbehagen ward allgemein und grenzte an Verzweiflung.

Auch war der persönliche Charakter Castlereaghs, wie alle diese Verhältnisse, im höchsten Grade geeignet, die Torypartei in der öffentlichen Meinung zu untergraben. Von frühester Jugend an, an Bestechung gewöhnt, schien er jegliches moralische Gefühl und den Glauben an Rechtlichkeit verloren zu haben. Ein geborner Irländer, besaß er außerdem alle Eigenschaften, welche die Nation der Schwesterinsel in den Augen der Engländer lächerlich machten; seine

Bulls *) setzten ihn wenigstens einmal des Jahrs dem Gelächter des Hauses und dem Spott der ganzen Nation aus; sein Verstand war beschränkt, seine Unkenntniß und Oberflächlichkeit so groß, daß er ohne Fehler einem Parlamentsglied von der Opposition kaum zu antworten vermochte; Alles trug dazu bei, Verachtung und Haß gegen ihn zu erregen, und der populäre Ausdruck: „Er sey schwärzer als der Teufel und dümmer als ein Vieh" ward in Kurzem allgemein. Die Torypartei zeigte schon dadurch, daß sie einem Haupte von diesem Ruf und Charakter folgte, wie sehr sie durch den längeren Besitz der Gewalt verdorben, und in ihrem dermaligen Bestehen als moralisch aufgelöst zu betrachten war. Nur in einem Punkte zeigte sich Castlereagh nach 1815 als wahrer Brite; als er sah, wie seine Verfahrungsart das Reich an den Rand des Unterganges führte, wie seine Regierung eine gewaltsame Revolution wahrscheinlich machte, unterlag er den Vorwürfen seines Gewissens. Er entleibte sich, und seine letzten Worte waren: „Alles ist verloren." (All is over.)

Unter solchen Verhältnissen konnte die höchste Erbitterung nicht ausbleiben. Die Nation, durch die Presse und in Versammlungen bearbeitet, erkannte allgemein, der Grund des Verderbnisses liege in der Zusammensetzung des Unterhauses, durch dessen Stütze die Regierung im Stande war, jene antinationale Richtung zum Schaden der Mehrheit und zum Vortheile Weniger zu verfolgen. Vor Allem entstand in den größern Städten die heftigste Aufregung. Die Stockung des Handels, welche nach dem Frieden eintrat, verbunden mit der unmittelbaren Wirkung der Korngesetze, bewirkte dort durch die Noth der arbeitenden Classen eine Spannung, wie sie seit dem 17ten Jahrhundert in England nicht statt gefunden hatte. Versammlungen von Tausenden fanden täglich statt, die Presse

---

*) Unwillkührlich ausgesprochene Zweideutigkeiten oder lächerliche Fehler im Zusammenstellen auf einander nicht passender Worte, z. B. Castlereaghs Anrede an den Prinz Regenten: We standesoperate before gout majesty.

forderte Parlamentsreform auf drohende Weise; das Bewußtseyn von ihrer Nothwendigkeit drang in die unteren Classen, und ward von diesen in einer, ihrer rohen Begriffe vom Staate, angemessenen Weise aufgefaßt. Allgemeines Stimmrecht und jährliche Parlamente wurden gefordert; allgemeiner Haß gegen die bestehende Aristocratie, gegen die Hochkirche und Alles, was mit der Regierung zusammenhing, ward rege, erweckte Tumulte und endete zuletzt mit einem Versuche zum Meuchelmord; aus den niederen Volksklassen erhoben sich Personen, wie Cobbet, Hunt, Thistlewood und Carlisle, die, mit Ausnahme des Ersteren, ohne Talente und sämmtlich ohne festere Ansicht, die Masse durch Leidenschaftlichkeit in Bewegung setzten. Die Whigs besaßen noch nicht das Vertrauen der niederen Volsklassen und es erschien eine Bewegung als nahe, die ohne Leitung, von unten ausgehend, durch eine gewaltsame Revolution die Constitution zu erschüttern drohte.

Daß unter diesen Umständen Etwas geschehen mußte, war offenbar. Castlereagh griff allein nach seinen beliebten Gewaltsmitteln, die für den Augenblick, bei der damaligen Lage der Dinge, gelingen mußten, allein die Partei, in der Art selbst bei den Unentschiedenen gehässig machten, daß sie schwerlich das Zutrauen der Generation wieder erlangen wird, welche jenen Begebenheiten zuschaute. Castlereagh hatte die unbesonnene Kühnheit, die britischen Gesetze offen zu verletzen. Er stützte sich auf die Stimmung der Ackerbau treibenden Classen, welche damals den eigenen Reichthum auf den Ruin der industriellen durch die Korngesetze zu begründen hofften, und ließ die Yeomanry (Miliz zu Pferd) zu Manchester ein Gemetzel in einer der damals so häufigen und zahlreichen Versammlungen unter Unbewaffneten anrichten, welche um eine Bittschrift für Parlamentsreform an das Unterhaus zu entwerfen, durch Hunt veranlaßt war. Das Gesetz wurde hiebei verletzt, denn die Torypartei hatte es in ihrem Uebermuthe unterlassen, die Aufruhr-Acte zu verlesen. Ein Glück für den Minister und Alle, die an jener Maaßregel Theil nahmen, daß sie der Tod 1830 schon sämmtlich dahin gerafft hatte; nach

dem gänzlichen Sturze der Partei hätte sie sicherlich die unerbittliche Strenge der englischen Gesetze erreicht, deren nie verschonende Geltung schon so viele englische Minister erfuhren, wenn sie für Handlungen, deren Wirkung sie für vergessen und verjährt hielten, zur Rechenschaft gezogen wurden. Ein Schrei des Unwillens ward in ganz England laut, nur nicht in der Mehrheit des corrumpirten Parlaments. Die Minister wurden von ihm gelobt, die Armee ward in England vermehrt, die Habeas-Corpus, jenes Recht der persönlichen Freiheit, worauf die Engländer eben so eifersüchtig wachen, wie auf die Erhaltung ihrer politischen Rechte, ward auf einige Jahre aufgehoben; die überwiegende Mehrheit des Parlaments ließ sich in eine Leidenschaftlichkeit fortreißen, welche die Unverträglichkeit ihres damaligen Zustandes mit einem streng constitutionellen Staate um so mehr beurkundete. Unter diesen Umständen hatte Sir Francis Burdett den Muth, auf eine Parlamentsreform anzutragen, und allen Gefahren, die sich bei der bestehenden Stimmung der Mehrheit ihm darboten, die Stirne zu bieten. Obgleich ohne Aussicht auf Erfolg, trotzte er den Gewaltthätigkeiten der Torymajorität und verfocht die Sache in der sicheren Voraussetzung, daß diese, im Fall er Verfolgungen für sie erdulden müßte, in der Ueberzeugung der Nation desto tiefere Wurzeln schlagen werde. Beides war der Fall. Sir Francis Burdett wurde in den Tower geworfen, allein nichts hat vielleicht die öffentliche Meinung für die Reform und gegen die Tories so sehr bestimmt, wie die Jahre 1819 und 1820.

Nach Castlereagh wurden allerdings die straff angezogenen Zügel nachgelassen, allein die Torypartei kam hier, wie in jeder anderen Concession, welche die Whigs, so lange sie die Staatsgewalt besaß, ihr entrissen, stets um einige Zeit zu spät. Die bessere Verwaltung unter Liverpool hätte vielleicht unmittelbar nach dem Frieden die Ereignisse von 1819 und 1820 mit ihren Folgen verhindert; nach Castlereagh's Tode blieb sie ohne allgemeine Wirkung. Die nationale Richtung, welche Canning in auswärtiger Politik und theilweise nach Innen einschlug und durchführte, ließ um so mehr die Ver-

derbniß des Parlaments fühlen, da dieser Minister in jeglicher Bestrebung gehemmt ward. Die Emancipation der Catholiken, jene Maßregel, woran er sein ganzes Leben hindurch festhielt, und die er mit aller Kraft seines Geistes und seiner Talente verfocht, ward ihm hartnäckig verweigert, und erst nach seinem Tode, auf eine Weise durchgeführt, welche den neubekehrten Ministern Wellington und Peel das Vertrauen der Nation auf ihre aufrichtige Ueberzeugung nicht erwarb. Dasselbe geschah später, als die Reform nicht länger zu verweigern war. Die Torypartei übersah stets den richtigen Augenblick, wo sie die öffentliche Meinung durch verständige Concessionen beschwichtigen, und dadurch für die Zukunft ihre Stellung sichern konnte. Wie sehr die bestehenden Verhältnisse in Großbritannien widernatürlich waren, zeugte außerdem das persönliche Schicksal der Parteihäupter. Jeder Premierminister, bis auf Wellington, unterlag dem Zustande, der hoffnungslos erschien, so lange die Parlamentsreform zurückgewiesen wurde. Castlereagh entleibte sich selbst; Liverpool, sein Nachfolger, verlor den Verstand; Canning, in immerwährender und krankhafter Reizung erhalten, je weniger seine Stellung zwischen beiden Parteien gesichert schien, sank vor der Zeit in's Grab; nur Wellington unterlag nicht persönlich, aber fiel politisch zugleich mit seiner Partei.

Nachdem die Whigs ihr in der Ueberzeugung der Nation begründetes Uebergewicht bei der Emancipations-Frage zuerst gezeigt hatten, war die Reform der nächste Zweck, worauf sich ihre Bestrebungen richteten. Die erwähnte Abstimmung über den Flecken Earl Redford ließ keinen Zweifel über die Fortschritte, welche die Frage im Unterhause selbst gemacht hatte, obgleich dasselbe einen Antrag des Herrn O'Connel auf durchgreifendere Reform, vielleicht aus Abneigung gegen das neu eingetretene Mitglied, welchem der Ruf eines heftigen Demagogen voranging, mit unverhältnißmäßiger Stimmenmehrheit verworfen hatte. Sir John Hobhouse, bisher der getreue Gefährte des Sir Francis Burdett, welcher wie sein Freund und College (beide repräsentirten Westminster) die Durchführung der Parlamentsreform zur Aufgabe seines Le-

bens gemacht hatte, sprach bald darauf gegen seine Committenten die Hoffnung aus, die Zeit des Sieges sey nicht mehr entfernt, und gab das feierliche Versprechen, zugleich mit seinem Freunde von nun an die Sache in jeder Sitzung, bei jeder Gelegenheit und unter jeglicher Form hartnäckig zu verfechten. Somit war schon die Reformfrage der Hauptzweck der Partei geworden, um welchen sich alle ihre Kräfte concentrirten, bevor noch die Julirevolution eingetreten war. Die Whigs waren bereits allgemein entschlossen, sie durchzuführen, als jenes Ereigniß des Festlandes zum ersten Mal eine Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse Englands äußerte, jedoch nur durch das Bewußtseyn der Gewalt einer entschiedenen Volksstimmung bei der Reformpartei, und bei den Tories durch die Bestürzung über den Fall eines für durchaus gesichert gehaltenen Zustandes, welcher durch das hartnäckige Festhalten an Parteiprincipien bewirkt wurde, die mit der allgemeinen Stimmung unverträglich waren.

Bis zu diesem Zeitpunkt war in 50 Jahren 15mal direct auf Parlamentsreform angetragen worden; dreimal durch Pitt, dreimal durch Grey; viermal durch Sir Francis Burdett, und fünfmal durch Lord John Russel. Die schwächsten Oppositionen boten die Jahre 1782 und 1821, die Zeitpunkte, wo überhaupt die Sache am günstigsten gestellt war; die Anträge Pitt's und des jetzigen Lord Durham wurden damals nur mit 20 und 12 Stimmen verworfen; die schwerste Niederlage erlitt die Reform in dem Augenblick, wo alle Kräfte und Leidenschaften der Nation sich allein nach Außen richteten, als der jetzige Lord Grey bei einer Mehrheit von 124 Stimmen mit seinem Antrage durchfiel. Auf indirekte Weise ward jedoch der Vorschlag eben so oft und häufig unter verschiedener Form in derselben Session wiederholt. Bald ward der vereinzelte Antrag gestellt, den größern Städten das Stimmrecht zu übertragen; bisweilen ward vorgeschlagen, wie von Lord Grey, die Mitglieder der Grafschaften zu vermehren, deren Wahlen der Mehrheit nach zwar Repräsentanten aus der vorherrschenden Partei gewöhnlich in's

Parlament sandten, allein wegen des niedern Census der Stimmberechtigten wenigstens den Anschein darboten, eine größere Classe Engländer zu repräsentiren; unter anderer Form kam endlich die Reform bei jeder Untersuchung vor, welche, nach den Acten über Corruption, bei den häufigen Anklagen gegen die Bestechung der verfaulten Flecken vom Unterhause angeordnet wurde.

Kurz, die Sache war so lange und so oft besprochen und angeregt, daß die bestehenden Mißbräuche dem Letzten der Lastträger und Fabrikarbeiter zuletzt bekannt waren. Zum Unglück der Tories war die Repräsentation auf eine Weise verfälscht, daß es unmöglich wurde, den schmählichen Mißbrauch, der mit der Besetzung von 293 Parlamentssitzen getrieben wurde, durch Sophismen zu beschönigen. Old Sarum und Gatton standen unter der glorreichen Liste der verfaulten Flecken oben an. In ersterem Ort standen nur noch die Mauern von zwei Häusern, deren Trümmer der Eigenthümer seit einem Jahrhundert mit besonderer Sorgfalt ausbessern und im Zustande des Verfalls erhalten ließ. Bei dem andern war dieß nicht viel besser. Unter den Ruinen beider wählten Kellermeister, Verwalter, Kammerdiener ꝛc. des Besitzers, unter einem großmüthig bewilligten Gelage, wobei auf die Gesundheit des Königs und des dermaligen Eigenthümers, so wie auf Erhaltung der glorreichen Repräsentation getrunken wurde, für jeden Flecken zwei Parlamentsglieder, welche als rechtlich gewählt (daly returned) die Wahlausschreiben (writs) bei dem Eintritt in das Unterhaus dem Sprecher einhändigten. Der Werth eines solchen Rotte-Borough ward durch die hergebrachte Form als bewegliches Eigenthum rechtlich betrachtet; der Preis wechselte zwischen 8000 bis 10,000 L. Sir Francis Burdett hatte selbst an dem Handel auf eine Weise Theil genommen, die ihm gewiß nicht sehr zur Ehre gereicht. Er erzählte 1830 (nach der Catholiken-Emancipation), er habe bei seinem ersten Auftreten im Unterhause vom Herzog von Newcastle einen Parlamentssitz für einige tausend Pfund gekauft; der Herzog habe ihm zur

Bedingung gemacht, mit den Ministern zu votiren; allein er, (Sir Francis) habe bei Abstimmungen und Verhandlungen sich als unabhängiges Parlamentsglied erwiesen, und den edlen Herzog, als er sich einen Namen als Reformer gemacht hatte, geprellt. Der Herzog, durch Carricaturen und Spöttereien der kleineren Blätter dem Gelächter, und durch die Angriffe der gewichtigsten Zeitungen der Verachtung ausgesetzt, beging die Thorheit, im Oberhause sich mit der Erklärung zu entschuldigen, dieß sey während seiner Minderjährigkeit geschehen. Sir Francis Burdett antwortete hierauf: der Herzog habe immerhin das Geld in die Tasche gesteckt. Dieß ein Beispiel, wie sehr auch ein Theil der Besseren zu Schleichwegen, welche des englischen Charakters unwürdig waren, verführt wurde, und eine Gewohnheit der Intriguen annahm, die auch später, wie bei Sir Francis, sich nicht immer verwischte.

Eine ähnliche Verderbniß boten die geschlossenen Corporationen, welche durch ihre Verfassung zu der ausschließlichen Torypartei natürlich hingeführt wurden. Als Beispiel diene das Verhältniß von Bath. Diese stark bevölkerte Stadt, deren Reichthum, durch die Mode erworben, welche seit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts den Ort zum Sammelplatz der fashionablen Welt während einiger Monate gemacht hatte, mit dem der größeren Handels- und Fabrikstädte wetteifern konnte, Bath war so gut wie gar nicht repräsentirt. Unter beinahe 100,000 Einwohnern wählten kaum zwanzig das Parlamentsglied.

Man hat jedoch Ursache, sich zu wundern, daß unter solchen Verhältnissen Gewissenlosigkeit und Eigennutz nicht überall einriß. Die Corruption blieb vorzugsweise auf die Kreise und Familien beschränkt, welche jene Parlamentssitze besaßen, sie verhandelten, oder an jüngere Söhne und andere Verwandte verschenkten, welche alsdann ihre Stimmen für Geld oder Aemter wieder feil boten. Auch waren die verfaulten Flecken der Weg, auf welchem alle großen Staatsmänner, welche Großbritannien seit einem Jahrhundert erzeugte, in das Parlament eintraten, oder das einzige Mittel, wodurch ihre Wirksamkeit dem Staate

erhalten wurde, wenn Bestechung, Intrigue oder die augenblickliche Volksstimmung sie aus dem Unterhause entfernt hatten. So begannen Pitt, Burke, Canning, Brougham und eine Menge Anderer ihre Laufbahn, und Fox fand dadurch ein Mittel, als Repräsentant der Orkneyinseln den Parlamentssitz wieder einzunehmen, den er durch eine Niederlage in Westminster verloren hatte. Bei den Verhandlungen über die Reformbill suchte übrigens die verlierende Partei sonderbarer Weise in eben diesem Umstande ein Hauptmittel zur Vertheidigung des bestehenden Zustandes, welches natürlich durchaus die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen mußte, da Männer, wie die genannten, auf keinem andern Wege, als dem der Verderbniß zur Wirksamkeit gelangen konnten.

Uebrigens zeigten auch die geschlossenen Corporationen nicht selten eine ehrenwerthe Gesinnung, und ließen sich nur durch besondere Vortheile verleiten, von der Partei, die sie ergriffen hatten, abzuweichen. Besonders ist hier Portsmouth zu erwähnen, welches ein halbes Jahrhundert hindurch nicht einen Tory gewählt hat, wie sehr auch der Minister Pitt die Corporation durch besondere Vortheile, welche einer Seestadt durch Verproviantirung der Flotte ertheilt werden konnten, zu locken suchte.

Während so auf der einen Seite das Wahlsystem durch oligarchischen Einfluß verfälscht wurde, bewirkten die zu sehr nach Unten hin ausgedehnten Wahlrechte der Grafschaften und einzelner Städte eine Bestechung und ein Gewebe von Intriguen, wie dieß in keinem neueren Staate jemals statt gefunden hatte. In Beiden waren die Gesetze der Art, daß eine Masse von Personen aus den untersten Classen oft nicht allein ohne Eigenthum, sondern auch häufig ohne allen Erwerb und somit ohne Interesse an den öffentlichen Verhältnissen, oder in niederer und abhängiger Stellung, ein Stimmrecht besassen, das sie entweder um den Preis von Almosen ausübten, oder an den Meistbietenden verkauften. Hinsichtlich der Grafschaften war ein Statut aus dem Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts (aus der Regierung Heinrich's VI.) noch immer in Kraft geblieben, welches den Census der Wähler auf das

jährliche Einkommen von 40 Schillingen, die von einem Freigute (freehold) bezogen wurden, festgesetzt hatte; eine Summe die nach dem damaligen Werthe des Geldes ungefähr dasselbe betrug, welches die Reformbill nach vier Jahrhunderten wegen des gesunkenen Werthes der Verkehrsmittel als Census den Grundeigenthümern festsetzte. Die Form war sicherlich seit dem achtzehnten Jahrhundert im höchsten Grade demokratisch, es geschah aber dasselbe wie überall, wo die ärmeren Volksklassen an der Staatsregierung Antheil nahmen. Die 40 Schilling-Wähler (freeholders) geriethen durch Bestechung und anderweitigen Einfluß gänzlich in die Gewalt der größeren Grundeigenthümer. Die Acten gegen Bestechung nützten ungeachtet ihrer scharfsinnigen Bestimmungen aller Einzelnheiten hier eben so wenig, wie die Masse der Gesetze de ambitu in den letzten Zeiten der römischen Republik, welche unter beinahe gänzlich ähnlichen Verhältnissen erlassen wurden. Selten fehlte ein indirecter Vorwand zur Bestechung, oft sogar wurden von reicheren Grundbesitzern eine Menge scheinbarer Freigüter durch Scheinkauf oder Schenkung geschaffen, welche nur für eine Wahl galten, und wo die Rechtlichkeit des englischen Charakters es fast immer verhinderte, daß die so verführten Wähler das scheinbar übertragene als wirkliches Eigenthum rechtlich in Anspruch nahmen. In den Städten, wo allgemeines Stimmrecht aller Einwohner vorherrschte, welche Kirchspielabgaben bezahlten, oder wo sogar Alle, welche keine Unterstützung von der Armenkasse erhielten, (potwallopers) zur Wahl berechtigt waren, herrschte eine im höchsten Grade scandalöse Bestechung. Preston und Liverpool waren vor Allen berüchtigt; nur Westminster machte von jeher eine rühmliche Ausnahme. Die Bestechungspreise stiegen durch Concurrenz, und Canning's Wahl gegen Brougham kostete in Liverpool mehr als 9000 L. Mitglieder des Oberhauses oder reichere Gemeinen ließen in dergleichen Orten für die ärmsten Volksklassen, diesem Zweck in der Beschaffenheit entsprechende, Häuser bauen und schufen durch deren wohlfeile Vermiethung oft Tausende von Wählern, aus der Classe der

sogenannten potwallopers*), welche in jeder Hinsicht dadurch von ihnen abhängig blieben.

Bei der Oeffentlichkeit, welche in jeder Hinsicht seit der sogenannten Revolution in England herrschte, wurden dergleichen Mißbräuche bald bekannt, deren Hauptursache in dem Umstande lag, daß nur die höchsten und niedrigsten Volksclassen, nicht die mittleren, bei denen von jeher und überall Unabhängigkeit der Meinung in höherem Grade statt fand, der Mehrheit nach repräsentirt wurden. Von den Radicalreformern, nach 1819, ward als Gegenmittel die geheime Abstimmung durch Kugelung erstrebt, eine Verfahruugsart, die, dem offenen Charakter der Engländer im höchsten Grade widerstrebend, zugleich den verdeckteren Intriguen einen weiteren Spielraum dargeboten hätte, und von den Whigs deßhalb entschieden zurückgewiesen wurde.

Ein letzter, die Parlamentsreform betreffender Punkt bezog sich auf die Dauer des Unterhauses und die Zeit der zu erneuernden Wahlen. Nachdem die Dauer des Parlaments der Willkühr des Ministeriums und der Krone entrissen war, hatte bekanntlich eine Acte Wilhelm's III. dieselbe auf die Zeit von drei Jahren beschränkt; allein die jetzigen Verhältnisse bewirkten von Seiten der Whigs eine für den Augenblick nothwendige Veränderung. Als die Rebellion der Toryjacobiten nach dem Tode der Königin Anna unterdrückt war, und das erste Parlament Georg's I. die protestantische Thronfolge gesichert hatte, war Ursache vorhanden, zu befürchten, die im Parlament vorherrschende Gentry der Grundbesitzer werde zum Prätendenten in der nächsten Zukunft sich hinneigen. Das whigistische und damals nationale Unterhaus verlängerte deßhalb seine Dauer von 3 auf 7 Jahre; ein Beschluß, der in späterer Zeit die Bestechung der einzelnen Parlamentsglieder um so mehr erleichterte. Seitdem die Reform aufgeregt war,

*) Name der Wähler aus den niedersten Volksclassen, welche ohne Eigenthum und ohne Abgaben zu zahlen, das Stimmrecht besaßen, wenn sie nur keine Unterstützung aus der Armenkasse erhielten.

kam natürlich auch dieser Punkt häufig zur Sprache; die Whigs erstrebten die Wiederherstellung der Acte Wilhelm's III., die Radicalen gingen aber noch weiter, und machten neben Abstimmung durch Kugelung und allgemeinem Stimmrecht jährliche Parlamente zu ihrem Wahlspruch. Uebrigens bestand die Acte über siebenjährige Dauer nur noch der Form nach, denn seit längerer Zeit war es hergebracht, daß die Parlamente wenigstens nach fünf Jahren durch allgemeine Wahlen erneuert wurden.

Dies waren die Verhältnisse des Parlaments, als Lord Grey's Ministerium zu dem Zweck gebildet wurde, die lang erstrebte Reform vorzuschlagen und durchzuführen.



Achtzehntes Kapitel.

Aufregung in England. — Reformbill. — Verhandlungen, Auflösung des Parlaments.

Die Aufregung von 1819 hatte sich erneut, als Wellington's Ministerium vom Staatsruder abzutreten gezwungen wurde. Sie erschien dießmal um so gefährlicher, da außer den größern Städten auch das Landvolk im höchsten Grade daran Theil nahm. Die Korngesetze hatten bei den übrigen Verhältnissen des Eigenthums die natürlichen Früchte getragen; die Folgen hatten sich allein für die größeren Grundbesitzer als günstig erwiesen; die Masse der Pächter war dem größeren Theile nach verarmt, und die Noth der niederen, Ackerbau treibenden Classen war sogar größer, als die der Fabrikstädte. Die damals ungeheure Last der Armentaxen trug ebenfalls dazu bei, die Zahl der vom Kirchspiel ernährten Armen mit bankerotten Pächtern täglich zu vermehren; jene früher entschieden torystische Bevölkerung, welche durch Abstimmungen und jedes andere ihr zustehende Verfahren die lange Dauer der Herrschaft jener oligarchischen Partei begünstigt hatte, gerieth in Verzweiflung, und beging brutale und gesetzlose Handlungen, welche auch dießmal einen Beweis von der gewöhnlichen Rohheit dieser Menschenclasse gaben. Ueber-

all in England loderten die Gebäude und Landhäuser der Grundbesitzer in den Flammen auf; die zu Grunde gerichteten Pächter und Arbeiter, welche früher den Reformern mit Gewaltthätigkeiten gedroht hatten, rächten sich jetzt durch öffentliche und geheime Brandstiftungen an den Gutsherrn; diese, durch das Geschehene erschreckt und durch Drohbriefe in immerwährender Befürchtung erhalten, verloren fast sämmtlich den Muth und die Besinnung. Die Meisten flüchteten, um bei der Regierung, die sie verabscheuten, Hülfe zu suchen, nach London. Banden bewaffneter Bauern durchzogen sogar offen die Grafschaften; die Friedensrichter, sämmtlich Tories, besaßen nicht den Muth, diese Gewaltthätigkeiten zu bestrafen, und die Partei zeigte auch somit durch Schwäche ihre Unwürdigkeit im Augenblicke der Gefahr.

Nicht ganz so gewaltthätig verfuhr die Volksmasse in den größeren Städten; in einigen, besonders in Northampton, wurden zwar auch gesetzlose Handlungen durch das Zerstören von Maschinen begangen, allein die Masse war schon zu sehr durch die Presse bearbeitet, um sich ihrer Bestrebungen nicht deutlich bewußt zu seyn, und die heftigste Aufregung auf gesetzliche Mittel zu beschränken. Das Beispiel Irlands, dessen catholischer Verein durch die Wahl von Clare, durch seine das ganze Volk durchdringende Organisation, und die ihm zu Gebote stehenden financiellen Hilfsmittel zur Durchführung der Catholikenemancipation nicht wenig beigetragen hatte, war zu neu, als daß es in England nicht hätte nachgeahmt werden sollen. So entstand der Reformverein von Birmingham, einer nicht repräsentirten Stadt von 150,000 Einwohnern, dessen Plan von Parlamentsgliedern, die ihrer Sache noch nicht gewiß waren, ausgegangen war, und welcher einige Monate nach seiner Stiftung, im Januar 1830, die Aufmerksamkeit der ganzen Nation auf seine Versammlungen richtete. Dieser besaß damals schon solche Geldmittel, daß sein Präsident, Thomas Attwood, im Fall eines Bürgerkrieges den Torie's mit einem Heere drohen konnte, welches eben so tapfer und zahlreich, wie jenes seyn würde, das bei Waterloo siegte.

Die Stellung, welche das Ministerium unter diesen Um-

ständen einnahm, ward sowohl den Grundsätzen gemäß, welche die Whigpartei seit einem halben Jahrhundert ausgesprochen hatte, consequent durchgeführt, als auch den Verhältnissen und den Gesetzen im höchsten Grade angemessen. Niemals hatte sie Gewaltthätigkeit in dem festen Bewußtseyn gut geheißen, daß die Formen der Verfassung, wie sie seit 1689 bestanden, stets genügen werden, um den Nationalwillen, wenn dieser allgemein würde, siegreich durchzuführen. Der größte practische Rechtsgelehrte Englands, Brougham, im neuen Ministerium Lord-Canzler und somit britischer Pair, eine der erlauchtetesten Erscheinungen, welche die britische Nation sowohl an Festigkeit, Kenntniß, Rechtlichkeit, Gewalt der Rede, Scharfblick und Thätigkeit seit Beginn dieses Jahrhunderts erzeugt hatte, Lord Brougham, der sich als eines der würdigsten Glieder jener langen Reihe von Rechtsgelehrten anschloß, worauf die Nation als die Begründer ihrer Rechte und Verfassung seit Jahrhunderten mit Stolz zurückblickt, der damalige Lord-Kanzler hatte kurz vor dem Beginne des Whigministeriums und seiner eigenen Erhebung, die auf Ueberzeugung begründete Verfahrungsweise ausgesprochen, welche das Ministerium bald darauf befolgte. Als er für Yorkshire im August gewählt wurde, erklärte er seinen Committenten, er sey entschlossen, im Fall gewaltthätiger Bewegungen, mit der Verfassung und den Gesetzen, so wie mit der rechtlich begründeten und wahrhaften Aristocratie zugleich zu steigen oder zu fallen; Rebellion, gewaltthätige Verletzung der bestehenden Staatsform und gesellschaftlicher Verhältnisse werde er eben so heftig und entschieden bekämpfen, wie das verfassungswidrige und usurpirte Uebergewicht einer oligarchischen Partei, welche sich den Namen einer Aristocratie beilege, allein einen Theil derselben auszuschließen, bemüht sey. Somit war es die erste Handlung des neu zusammen getretenen Ministeriums, dem gesetzwidrigen Unfug mit aller Strenge des Rechts entgegen zu treten. Es erließ energische Proclamationen, strafte die nachlässigen Friedensrichter mit Absetzung, und ergriff in den Grafschaften so entschiedene polizeiliche Maßregeln, daß die Verbrecher dem größeren Theile nach verhaftet, und in

Kurzem mit Tod oder Deportation bestraft wurden. Die Folge, ein gänzliches Aufhören jener Gewaltthätigkeiten, welche ein Toryministerium, voll Verdacht gegen die Nation, und von dieser auf gleiche Weise mit Argwohn betrachtet, für den Augenblick schwerlich bewirkt hätte, trat sogleich ein, und es zeugte von der Anhänglichkeit der Engländer an ihre Gesetze der Umstand, daß keine beachtungswerthe Stimme während der heftigsten Parteiaufregung sich hören ließ, welche die Strenge der Minister mißbilligte. Nur der alte Cobbet, der mit seinem Gefährten Hunt, (seit Kurzem Parlamentsglied für Preston), wieder hervor getreten war, um später eine noch sonderbarere Rolle zu spielen, sprach mit diesem für die Begnadigung jener Verbrecher gegen Gesetz und Eigenthum; beide wurden aber nur deßhalb im Allgemeinen bemerkt, weil ihre schon so lange verschollenen Stimmen plötzlich wieder gehört wurden.

Alle Kräfte und Bestrebungen richteten sich für den Augenblick einzig auf die von den Ministern verheißene Reform, und alle übrigen Angelegenheiten traten in den Hintergrund. Die Wahlen waren noch lange nicht genug entscheidend ausgefallen, um die Regierung vollkommen beruhigen zu können. Die plötzliche Erhebung der Whigpartei zur Staatsgewalt hatte ein Schwanken der Majorität zur Folge, welche sich zu lange an die Regierug der Tories gewöhnt hatte, um ein festes Vertrauen auf die Dauer des Ministeriums fassen zu können. Diesem fehlte eine sichere und compacte Mehrheit, welche im Stande gewesen wäre, ihren Willen, ohne jemals zu schwanken, unter jedem Verhältnisse zu behaupten; das Ministerium stand somit in keiner Weise durchaus gesichert, und gleich anfangs erschien die baldige Auflösung als wahrscheinlich. Das Oberhaus war ihm entschieden feindlich; ein grosser Theil der Boroughkrämer erschrack über den Verlust an Einkünften und Einfluß, womit er bedroht wurde; außerdem hatten die Tories während ihrer langen Regierung Sorge getragen, die Pairie durchaus zu verfälschen. Seit Georg III. waren 195 Lords aus ihrer Partei ernannt worden! Nur die Repräsentanten des alten und historisch berühmten Adels boten den Whigs in der Parlamentsreform eine Stütze, während ihre

Söhne die Sache im Unterhause verfochten. Dazu gehörte vor Allen der älteste Herzog des Reichs, der von Norfolk (Haupt der Howards); der Herzog von Bedfort (Familie der Russels); der Graf Shrewsbury (Familie der Talbots); Herzog von Derby (Familie der Stanleys); Graf Spencer (Vater Lord Althorps) Graf Grey, aus einem Geschlechte, welches zweimal mit dem königlichen (Plantagenets und Tudors) eng verwandt war; ein Sprößling der Stuarts, Herzog von Richmond u. s. w. Unter den Reihen der Tories befand sich beinahe nur der Herzog von Northumberland (Familie der Percy) als alt historischer Name Englands; die Uebrigen waren größeren Theils jene 195 oder ihre Söhne, Pairscreationen, welche durch die Weise, wie sie ertheilt wurden, der berüchtigten Pairsernennung des Herrn von Villèle an die Seite gesetzt zu werden verdienen.

Für den Augenblick fand dagegen das Ministerium eine desto festere Stütze an dem Könige. Schon unter Castlereagh hatte die Opposition mit Vorliebe auf den Herzog von Clarence, im Gegensatz des älteren Bruders, Herzog von York, geblickt; 1827 hatte er als Mitglied des Ministeriums, und zu Anfang 1830 als Mitglied des Oberhauses, bei der Katholikenemancipation diese Hoffnung gerechtfertigt; seitdem er den Thron bestiegen, erklärte er sich entschieden für eine Parlamentsreform, deren Gerechtigkeit er erkannt hatte. Hiezu soll eine seiner Töchter, Lady Holland, Gemahlin des berühmten Redners der Whigs im Oberhause, des Neffen von Charles Fox, der Lord Holland, welcher bekanntlich den Grundsatz seines Oheims auch in der schlimmsten Zeit Castlereagh's niemals verläugnete, nicht wenig beigetragen haben. Das Whigministerium konnte sich fest auf ihn verlassen, im Fall es nothwendig würde, das Unterhaus aufzulösen, und an die Volksstimme zu appelliren. Unter diesen Verhältnissen war die Reformfrage in der Art vorherrschend, daß alle übrigen Interessen der Nation in den Hintergrund traten. Die Opposition im Parlamente sparte ihre Kräfte für den entscheidenden Zeitpunkt auf; die Minister achteten eine Niederlage, welche der Kanzler der Schatzkammer

im Unterhause erlitt, für keinen Beweggrund abzutreten, als Lord Althorp, bei Gelegenheit einer Abgabe, den schon lange Zeit von der Radicalpartei vorgeschlagenen Plan, den Tilgungsfond der Nationalschuld durch eine kleine Steuer zu vermehren, welche von den Inhabern der Fonds, beim Uebergange derselben von einer Hand in die andere, erhoben würde, in Ausführung bringen, aber zu einem anderen Zweck verwenden wollte, um eine einzelne Taxe zu ermäßigen. Die auswärtige Politik ward ebenfalls übersehen. Das Ereigniß der polnischen Revolution, welches sogar unter Wellington's Toryministerium eine einwirkende Politik vielleicht veranlaßt hätte, bewirkte für den Augenblick zwar größeren Eindruck, allein alle Parteien fühlten, so lange die Reformfrage unentschieden bleibe, sey es unmöglich, mit der Macht und dem Einflusse Englands, die für Unabhängigkeit kämpfende Nation zu unterstützen; nur in Hinsicht Belgiens fand es das Ministerium um so nothwendiger, als handelnd aufzutreten, als Wellington's Verwaltung theilweise durch einen Fehlgriff in dieser Angelegenheit gestürzt war, und da zugleich die angeerbte und richtige Politik Großbritanniens es erheischte, Belgien unter den eingetretenen Verhältnissen als selbstständigen und nicht von Frankreich abhängigen Staat zu constituiren. Später auch ergriff die Regierung Maßregeln gegen den Uebermuth Dom Miguels, welcher, auf den Schutz der Torypartei vertrauend, einzelne Engländer hatte mißhandeln lassen. Der Umstand, daß Lord Wellington dieß schon nicht früher verhindert hatte, und so von der hergebrachten Politik des englischen Cabinets abwich, welches mit äußerster Energie die im Auslande sich aufhaltenden Briten seit 1689 geschützt hatte, war ein neuer Beweis, wie sehr die Partei damals gesunken, und zur Regierung unfähig war. Uebrigens hatten die gegen Dom Miguel ergriffenen Maßregeln keine für die Zukunft wichtige Wirkung, wie dieß bei der von Frankreich nach Lissabon ausgesandten Flotte der Fall war. Natürlich nahm übrigens die äußere Politik eine dem System Castlereaghs, Liverpools und Wellingtons durchaus entgegengesetzte Richtung an; die Isolirung Englands von den Interessen der östlichen Continentalmächte und ein

Anschließen an die Bestrebungen Frankreichs, so weit der Vortheil Großbritanniens dies erlaubte, erschien gleich Anfangs als die Haupttendenz der Regierung, und war den Grundsätzen gemäß, welche die Whigpartei seit längerer Zeit in dieser Hinsicht ausgesprochen und verfochten hatte.

Während die Aufregung durch die Presse und die Versammlungen täglich gesteigert wurde, entwarf die Whigregierung mehrere Monate hindurch die Reformbill im tiefsten Geheimniß. Eine längere Berathung und gegenseitige Ausgleichung der verschiedenen Ansichten war zuvor nothwendig, damit alle Mitglieder der Regierung eine durch Einheit um so festere Stellung bei der Ueberwältigung des Widerstandes einnehmen könnten, die man von den Tories, in den Gemeinen und von der Majorität des Oberhauses gleich Anfangs erwarten konnte. Brougham, Lord John Russel, Poullet Thompson, Lord Holland schienen die Grundlage des künftigen Gesetzes mehr erweitern, Lord Richmond, Stanley, Sir James Graham mehr beschränken zu wollen. Es verbreiteten sich bereits beunruhigende Gerüchte über Uneinigkeit im Innern des Ministeriums; die Radicalen vor Allen faßten Mißtrauen, allein am 1. März trat Lord John Russel in dem Parlamente, welches sich seit dem Schluß des Jahres 1830 vertagt hatte, mit einer Reformbill im Unterhause auf, welche alle Parteien in Erstaunen, die Tories in die heftigste Erbitterung, und die Radicalen in um so größere Freude versetzte, als letztere eine so weite Grundlage nicht gehofft und erwartet hatten. Die Zeitumstände waren aber im Innern so bedenklich geworden, daß an allmählige Heilung nicht mehr zu denken war; die beabsichtigte Maßregel war der Art, daß ihre zukünftige Wirkung entscheidend seyn mußte.

Ein stürmischer Beifall des Unterhauses brach aus, als Lord John Russel die Reformbill verlas, wonach alle Städte unter 2000 Einwohnern gar keinen Repräsentanten, die Städte unter 4000 nur e i n e n in's Parlament senden sollten. Der Boroughhandel und das Uebergewicht der Oligarchie mußte mit einem Schlage dadurch vernichtet, und die Parlamentssitze der verfaulten Flecken aufgehoben werden; dreißig andere

schwach bevölkerte Orte, welche Mitglieder i das Parlament wählten, sollten nur das Recht eines zu erwählen, behalten, so daß im Ganzen 142 sogenannte Volksrepräsentanten aus dem Unterhause plötzlich mußten gewiesen werden. Von den so erledigten Sitzen sollten 63 unter die Grafschaften, 63 unter die größeren Städte, 8 unter schottische und 3 unter irländische Städte vertheilt werden. So wie durch diese Bestimmung der Mißbrauch der verfaulten Flecken zu vernichten war, sollte ein anderer, die Wahl der geschlossenen Corporationen, mit einem Schlage ebenfalls aufhören; die Reformbill enthielt eine Bestimmung, wonach alle Hauseigenthümer, alle Miethsleute und Ansäßige, die 10 L. Steuern in den Städten zahlten, eine Stimme bei den Wahlen erhalten würden, und somit die Aufhebung des ausschließlichen Rechtes der Corporationen. Während nun der oligarchische Mißbrauch mit einem Schlage entfernt werden sollte, bezweckte zugleich die Reformbill die Ausschließung der eigenthumslosen Masse aus den Wahlen in denjenigen Städten, wo allgemeines Stimmrecht statt fand. Die Freemen, welche durch siebenjährige Lehrzeit durch Bezahlung der Kirchspielabgaben, oder durch bloßen Aufenthalt zu einer Wahlstimme berechtigt waren, sollten diese in Zukunft verlieren. Die Torypartei sah sich hierdurch die Möglichkeit zu Bestechungen entrissen, und war über diese Bestimmung eben so erbittert, wie über die früheren.

Hinsichtlich der Grafschaftswahlen wurde das Recht der bisherigen 40 Schilling-Freisaßen nicht angetastet; allein die Bill enthielt zugleich die Bestimmung, das Wahlrecht den Erbpächtern (copyholders) von 10 L. Einkünften, und den Zeitpächtern auf 20 Jahre mit den Einkünften von 20 L. zu übertragen. Somit wäre eine unabhängige Classe von Ackerbauern in die Grafschaftswahlen eingeführt worden, welche den bisherigen Einfluß der größeren Grundbesitzer hätte lähmen und vielleicht gänzlich entfernen können. Leider sind diese Bestimmungen nicht in der Art zum Gesetz geworden, daß das letztere sich als nothwendige und unausbleibliche Folge hätte zeigen können.

Die Frage über die Dauer des Parlaments und die Art

der Abstimmung ward in der Bill gänzlich übergangen. Lord John Russel erklärte, beide Verhältnisse nicht berühren zu wollen, und erstere einer späteren Zeit zu überlassen. Sobald die Reformpartei aber sah, was sie durch die Maßregel unverhofft gewinnen konnte, gaben sogar die Radicalen jene Frage auf, und schlossen sich entschieden den Whigs an.

Eine Menge Parlamentsglieder hatten Aehnliches nicht erwartet. Selbst Hume sprach in einer Rede seine Dankbarkeit gegen die Minister aus, und erklärte aufrichtig alle seine Erwartungen übertroffen. Dieselbe Wirkung zeigte sich in Kurzem unter allen Theilen der Nation. Nur der unverständigste und gewaltsamste Theil der Radicalen, worunter Hunt allein bemerkbar ward, vielleicht über die beabsichtigte Entfernung der niederen Volksclassen aus den Wahlen erbittert, und noch voll Träume über allgemeines Stimmrecht u. s. w., sah in der Maßregel eine eben so verhaßte politische Richtung, wie die frühere der Torypartei. Hunt, der im Parlamente sich in der Weise aussprach, ward jedoch durch allgemeine Mißbilligung der Parlamentsglieder, der Presse und der Nation zum Schweigen gebracht; er verlor das augenblickliche Ansehen und die günstige Stellung, welche ihm seine früher erduldeten Verfolgungen, und der im Jahre 1819 und 1820 bewiesene Muth erworben hatten; so oft er sich sehen ließ, ward er vom Londoner Pöbel für dieß Verfahren ausgezischt, und später war er ohne Parlamentssitz. Allein auch eines der achtbarsten Mitglieder der früheren Opposition, trennte sich von seinen langjährigen Kampfgenossen, voll Bestürzung über das Durchgreifende und Entschiedene der Maßregel. Sir Robert Wilson, derselbe General, welcher mit seinem Degen und seiner Rede die Sache der Whigs überall und muthig zu verfechten bereit war, der den Mißhandlungen der Tories früher voll Stolz und Energie entgegen trat, erschrack, als die Reform, welche er sein ganzes Leben hindurch gefordert hatte, unter Umständen endlich in's Parlament gebracht ward, welche an ihrem Siege nicht länger zweifeln ließen; der Plan und dessen Wirkung erschien ihm zu durchgreifend und gewaltsam; er erklärte sich im Parla-

mente, am 19. April, dagegen, legte aber zugleich nach der offenen Weise englischer Staatsmänner sogleich seinen Parlamentssitz nieder, und unterwarf sich in einer neuen Wahl der Entscheidung seiner Committenten von Southwark. Er erlebte die Schmach, durchzufallen, und trat, ob auch wegen seines Charakters und seines früheren Wirkens persönlich im höchsten Grade geachtet, in das Privatleben zurück, wo er seitdem, ob auch noch immer am Leben, der Nation nur noch als historische Person gilt.

Die Aufregung, welche bisher nur außerhalb des Parlaments laut geworden war, ergriff seit dem 1. März auch beide Häuser, und veranlaßte Sitzungen, wie sie durch Heftigkeit und leidenschaftliche Reden stürmisch bewegt, seit Fox's Ostindienbill und dem Votum des Hauses der Gemeinen über das gefährliche Uebergewicht der königlichen Gewalt, seit 50 Jahren nicht mehr statt gefunden hatten. Die Torypartei sah ihren überwiegenden Einfluß in der Art, wie sie damals bestand, für immer verloren; sie war plötzlich von der Höhe hinabgestürzt, welche sie seit 1815 mit Uebermuth eingenommen und für unerschütterlich gehalten hatte. Anfangs zeigte sie nur Leidenschaft, allein hin und wieder auch schon damals den Verstand der englischen Aristocratie, welche äußersten Widerstand und ein starres Festhalten an Parteiprincipien bisher vermied, und jegliche Crise mit einem verfassungsmäßigen Vergleich geendet hatte. Bei der Stimmung des Landes erklärte auch sie schon eine theilweise Reform für nothwendig, suchte aber vom Bestehenden so viel wie möglich für sich zu retten, und widerstand deßhalb entschieden einer Maßregel, die dem bisherigen Treiben und somit ihrer darauf begründeten Macht für immer ein Ende machen mußte. Sogar Lord Eldon, durch sein starres Festhalten an die Verfahrungsweise Castlereagh's berüchtigt, und wegen seiner weinerlichen Reden schon lange verspottet, sprach unter Thränen im Oberhause aus: „die Reform sey nicht mehr zu vermeiden, allein die Nation wisse nicht was sie wolle.“ Eine solche Erklärung, die wenige Monate früher im Munde Lord Wellington's eine ganz andere Wirkung hervorgebracht hätte, kam aber jetzt viel

zu spät, um bei der einmal statt findenden Aufregung und dem seit 1815 angesammelten Mißtrauen die Wiedererhebung der Tories irgend wie befördern zu können.

Sir Robert Wilson's Verfahren war nur ein Zeichen der Unentschiedenheit bei mehreren bisher ministeriellen Mitgliedern. Einige, welche früher die Reform unterstützten, traten zurück, und waren wenigstens entschlossen, die Bestimmungen im Einzelnen so sehr zu verändern, daß der durchgreifende Plan in den wesentlichsten Punkten entstellt und vereitelt würde. Dieß ergab sich immer mehr in Folge der Discussion, worin übrigens sämmtliche Minister erklärten, mit der Bill bleiben und fallen zu wollen.

Am 22. März ward über die zweite Verlesung abgestimmt, und diese mit 322 gegen 319 Stimmen angenommen. Die geringe Mehrheit war ein sicheres Zeichen, daß die ministerielle Partei nicht genug Kraft besaß, die Bill mit allen Einzelnheiten im Unterhause durchzusetzen. Außer dem Hause erlangte die Regierung dagegen einen um so größeren Anhang. Von allen Seiten des Reichs gingen Bittschriften ein, welche vom Parlament die Annahme des ministeriellen Planes mit entschiedenen Ausdrücken und oft unter versteckten Drohungen forderten; es war offenbar, daß die Minister an den Wählern gewannen, was sie an Parlamentsgliedern verloren.

Nach einer kurzen Vertagung des Parlaments bis zum 12. April, kam die Reformbill am 19. wieder zur Berathung in dem Ausschusse des Hauses, worin über die einzelnen Bestimmungen, nach Annahme des allgemeinen Princips, debattirt wurde. Lord John Russel sprach sogleich aus, die Minister seyen entschlossen, keine der Hauptbestimmungen aufzugeben, da sich die ganze Nation unzweideutig für das beabsichtigte Gesetz ausgesprochen habe. Es geschah aber, was man erwartete; die Tories, verbunden mit den Unentschlossenen, suchten eine Bestimmung einzuschieben, welche ein Hauptprincip der Bill hätte verrücken müssen. General Gascoyne schlug das Amendement vor, Irland und Schottland keine weitere Zahl von Repräsentanten, als diese Länder bereits ge-

habt hätten, zu verwilligen. Nach der unverhältnißmäßigen Repräsentation beider Königreiche im Vergleich zu England, galt das Amendement aber als eine gänzliche Umkehrung des Hauptprincips der Bill, der Gleichstellung aller Theile des Reiches in der Repräsentation des Unterhauses. Lord Althorp erklärte deßhalb in einer energischen Rede, die ganze Maßregel werde dadurch bloß gestellt, und forderte demgemäß von allen Freunden der Reform, für die Verwerfung des Amendements zu stimmen. Unter der größten Verwirrung des Hauses wurde um halb 2 Uhr Morgens die Sitzung geschlossen, nachdem durch Sir Robert Wilson's Uebertritt, welcher eben damals statt fand, die Aufregung beider Theile auf's Höchste gestiegen war. Am 20. erklärte Lord John Russel das Amendement Gascoyne's für das, was es war, für einen versteckten Kunstgriff, einige Freunde der Reform zu fangen, welche thöricht und schwach genug wären, in die ihnen gestellte Falle zu gehen. Eine Veränderung der Maßregel, welche einen der wesentlichsten Punkte verletze, könne das Land nicht beruhigen, und der König werde deßhalb mit den Ministern an das Volk appelliren. Ungeachtet dieser Drohung neuer Wahlen, deren Erfolg bei der allgemeinen Stimmung nicht zweifelhaft seyn konnte, wurde der Antrag des Generals Gascoyne durch eine Mehrheit von 8 Stimmen im Unterhause angenommen.

Die Unruhe, welche während der nächsten zwei Tage in London herrschte, läßt sich kaum beschreiben; überall sah man Zusammenrottungen auf den Straßen und an den Straßenecken politische Anschläge; in allen Tavernen wurden drohende Versammlungen gehalten; vor dem Unterhause wogte fortwährend eine ungeheure Menschenmenge; die Zeitungen wurden auf den Straßen vor der Volksmasse verlesen, und die in England sonst so streng beobachtete Scheidung der Stände und Personen war gänzlich verschwunden; es zeigte sich jene drohende Aeußerung der öffentlichen Meinung, welche in England sich streng an die Form des Gesetzes bindet, und deßhalb jede Befürchtung einer tumultarischen Ruhestörung entfernt, allein allgemein ausgesprochen, wegen des energischen und entschlosse-

nen Nationalcharakters um so entschiedener hervortritt, und die Erreichung ihres Zweckes eben deßhalb bis jetzt noch nicht verfehlt hat. Man wußte, daß eine Auflösung des Unterhauses, oder eine Abdankung der Minister die nothwendige Folge jener Abstimmung des Unterhauses seyn würde; erstere ward schnell beschlossen, und so geschah es seit dem Votum der Gemeinen über die zweckmäßige Vermehrung der königlichen Gewalt, nach mehr als 50 Jahren zum ersten Mal, daß die Regierung einen festen Haltpunkt und Verstärkung für ihr System, im Widerstreit mit der Gesetzgebung, einen Stützpunkt in der öffentlichen Meinung suchte. Lord Althorp erklärte schon in der Sitzung am 21., die Minister würden mit der Bill nicht weiter gehen, äußerte aber noch nichts über die Frage der Auflösung. Daniel O'Connel aber rief aus: „Ich hoffe, die Minister werden dem Könige rathen, unverweilt an den besonnenen und gesunden Sinn des Volks zu appelliren, um es zur Hülfe gegen jenes corrupte System, welches Großbritannien vor den Augen Europas herabwürdigte, zu rufen. Wir stehen entweder am Rande einer glücklichen Zukunft, oder einer furchtbaren Revolution.“ Da erhob sich der Tory Sir Robert Inges unter dem Zuruf seiner Partei, und drohte den Ministern mit einer Hochverraths-Klage, im Fall sie die Auflösung wagen sollten. Der Tory Bankes machte den Vorschlag einer augenblicklichen Vertagung. Die Minister widersetzten sich, da die Berathung über das Budget vorliege. Sie und ihre Anhänger geriethen ebenfalls in die Heftigkeit ihrer Gegner; unter lautem Tumult ward abgestimmt, und die Minister befanden sich auf's Neue in der Minorität von 22 Stimmen. Somit war die Auflösung nicht lange zu verschieben, sie wurde sogleich am andern Tage mit solcher Eile beschlossen, daß nicht einmal die Zeit zu den gewöhnlichen Förmlichkeiten übrig blieb. Die letzte Sitzung hatte bis 4 Uhr Morgens gedauert. Ganz London wogte, ungewiß über das, was geschehen sollte, auf den Straßen. Beide Häuser traten früh zusammen, und die Mehrheit des Oberhauses, in dem Entschluß, sich der Vertagung zu widersetzen. Die Aufregung der Parteien ward hierauf in dieser letzten Sitzung so heftig,

daß ein Auftritt bei den Lords sich ereignete, wie er seit dem Bestehen des Hauses nicht statt fand. Die hohe Aristocratie, in ihrem Erscheinen bisher stets würdevoll und gemessen, gerieth, vom allgemeinen Sturm fortgerissen, in eine Leidenschaftlichkeit, welche den Ausspruch Chesterfield's zur Wahrheit machte: „Jede größere Versammlung besitze zu Zeiten eine gewisse Neigung, sich dem Pöbel gleichzustellen."

Die Lords hatten sich zu ungewöhnlich früher Stunde eingefunden. Sobald eine gehörige Zahl von Mitgliedern versammelt war, machte Lord Warncliffe den Antrag, eine Adresse an die Krone einzureichen: die Auflösung würde die die Würde des Königs, die Verfassung und die Ruhe des Landes in Gefahr bringen. In dem Augenblick trat Lord Brougham ein. Er ergriff sogleich das Wort: „Ich habe nie gehört, daß die Krone das Parlament nicht auflösen dürfe, besonders wenn die Gemeinen ihre Mitwirkung verweigern." Lauter Beifall und verworrenes Geschrei unterbricht die Rede; vergeblich tönt der Ruf zur Ordnung, und von allen Seiten die Worte: „Shame! shame!" Das Haus gerieth in solche Leidenschaftlichkeit, daß sich die Partei der Tories später mit Recht dieses Auftritts zu schämen Ursache hatte. Am heftigsten war Lord Londonderry, Castlereagh's Bruder, vielleicht der Einzige, welcher stets die Grundsätze jener Verwaltung unermüdet verfocht und behauptete, und durch heftiges Temperament von jeher bemerkbar ward; er sprang auf, mit den Worten: „So lange ich die Ehre habe, in diesem Hause zu sitzen, werde ich mich nie unterwerfen . . ." Hier übertäubte der Lärm seine Stimme; der Lord gerieth in heftige Bewegung und vergaß sich so weit, Brougham mit der Faust zu drohen. Diese Unwürdigkeit empörte Alle; der Herzog von Richmond verschaffte sich Gehör, und drohte, das Reglement des Hauses*) gegen Ruhestörer verlesen zu lassen. Allein vergeblich, der Tumult dauerte fort, selbst noch in dem Augenblicke, als der König im Gebäude der Versammlung, in

*) The ordre of the house.

einem Nebenzimmer sich befand, und über den Lärm erstaunte. Endlich gelang es Lord Mansfield, einige zusammenhängende Worte hervorzubringen, die aber auch nicht dazu geeignet waren, die Aufregung zu beruhigen; er machte den Ministern den lächerlichen Vorwurf, sie seyen schlimmer wie Polignac. Ein tumultuarischer Auftritt erfolgte, der endlich mit dem Rufe: „der König!" unterbrochen wurde. Wilhelm IV. trat in den Saal, beschied die Gemeinen, und verlas eine Thronrede, welche die Auflösung des Parlaments verkündete.

Im Unterhause, wo überhaupt die augenblickliche Aufregung sich immer lauter auszusprechen pflegte, entstand ein vielleicht noch heftigerer Tumult. Bereits um 1 Uhr strömten die Mitglieder in die Sitzung, welche man nach Allem was vorgefallen, als die letzte voraussah. Schon über den Vorgang bei der Verhandlung begann der Streit. Der Sprecher, Manners Sutton, selbst ein Tory, bewährte dießmal nicht seine sonst gewohnte Unparteilichkeit, und bewilligte, unter lautem Widerspruch der Reformfreunde, dem Haupte seiner Partei, Sir Robert Peel, das Wort. Die Rede Sir Robert's, gehalten im Ausdruck der heftigsten Leidenschaft, wurde bei jedem Satze von dem stürmischen Beifall der Tories, von dem Murren der Ministeriellen, und von den Salven des Artillerieparks unterbrochen, welche verkündeten, der König fahre in das Haus der Lords. Der sonst stets ruhige und kalte Redner verlor alle Fassung; er sprach unzusammenhängend und in abgebrochenen Sätzen. Zuletzt war der Lärm so groß, daß man auf den Gallerien kein Wort mehr verstand; die Verwirrung war, wie die Times sagte, unmöglich zu beschreiben; die Versammlung von Gentlemen, wie das Unterhaus mit Stolz sich nannte, vergaß sich so weit, daß die Parlamentsglieder auf die Bänke sprangen und sich wüthend mit Fäusten drohten. Endlich erschien der Usher des schwarzen Stabes, und beschied das Unterhaus zu den Lords, in die königliche Sitzung. Die Session ward mit einem Auftritt beschlossen, welcher genugsam bezeugte, wie das damalige Parlament zur Auflösung gereift, und durch unbesonnene Leidenschaftlichkeit

den Umständen nicht mehr gewachsen war; die halben Reformer und die unentschiedenen Mitglieder wurden mit einer Menge von Tories ihren Committenten zurückgesandt, vor Allen aber der größere Theil jener talentlosen, jüngern Söhne der hocharistocratischen Familien, welchen ein verfaulter Flecken als Versorgung galt, und die nie auf andere Weise als durch Abstimmung ihre Gegenwart im Hause der Gemeinen zu erkennen gaben. Die Times rief ihnen spöttisch nach, sie möchten in Zukunft sich gegenseitig ihren guten Ruf in den exclusiven Cirkeln zu Grunde richten, da sie die Angelegenheiten der Nation nicht länger verderben könnten. So geschah es. Das erste Parlament Wilhelm's IV. war das letzte, worin Verderbniß und die damit verbundenen kleinlichen Intriguen als übermächtig vorherrschten. Die Nation war auf jegliche Weise so entschieden bearbeitet, daß das letzte im alten System gewählte Unterhaus die öffentliche Meinung mit ungeheurer Majorität repräsentirte.



Neunzehntes Kapitel.

Neue Wahlen. — Die Clausel über Zeitpächter. — Annahme der Bill im Unterhause. — Verwerfung des Oberhauses. — Augenblickliche Folgen.

Nach der Auflösung trat eine augenblickliche Ruhe in den Begebenheiten, allein nicht im Innern der Nation ein. Die schon geschilderte Aufregung war eher im Steigen als im Abnehmen begriffen; die Reformer fuhren fort, die gesetzmäßigen Mittel, ihre Sache durchzuführen, in Bewegung zu setzen, und in Kurzem mit solchem Erfolg, daß am Siege der Reform und an der Niederlage der Gegner nicht länger zu zweifeln war. Dieß bewiesen die Wahlen im Mai des Jahres **1831**. Sie boten dem Ministerium eine Mehrheit von mehr als **140**, ein Resultat, welches alle Erwartungen übertraf. Die englischen Grafschaften, wo sonst der Einfluß der Grundbesitzer und der Geistlichkeit überwiegend ist, welche letztere ebenfalls für ihre Einkünfte und ihre Verfassungen mit Recht Befürchtungen hegte, im Fall die Reform des Parlamentes einträte, sogar die Grafschaften wählten nur 6 Tories, und diese mußten den Wählern auf den Wahlgerüsten versprechen, sich wenigstens einer theilweisen Reform nicht zu widersetzen, oder sie verdankten ihre Ernennung der höheren Achtung, die sie wie Chandos bei den Pächtern und kleineren Grundbesitzern durch ihren ehrenwerthen persönlichen Charakter, oder durch vertrauliche Herablassung erlangt hatten. In Irland unterlagen die Tories gänzlich. Die Masse des Volks, durch den katholischen Verein von früherer Gewaltthätigkeit zur Ver-

nunft endlich zurückgeführt, sah vollkommen ein, daß ein reformirtes englisches Parlament auch ihren Erwartungen mit der Zeit entsprechen würde. In Schottland bewährten freilich die Tories ihren Einfluß durch das verfälschte System einer nur scheinbaren Repräsentation; wie bedenklich es aber dort um die Partei stand, bezeugte die Wahl in Edinburgh. Dieß sonst so nüchterne und rechtliche Volk gerieth dort, wo kaum zwanzig unter Hunderttausenden das Stimmrecht besaßen, bei der Wahl in wüthenden Aufruhr, welcher dem Lord Provest mit dem Tode und die gestürzte Partei mit Verwüstung ihres Eigenthums drohte. Nur mit Mühe gelang es der Regierung, durch die Strenge der Gesetze und das Vertrauen, welches sie erregte, blutige Gewaltthätigkeit bei dieser Gelegenheit zu verhindern. Und dennoch gaben die Wahlen dieses Theiles von Großbritannien, welcher früher eine torystische Majorität von 13 in's Parlament gesandt hatte, den Ministern eine Mehrheit von 16. Auch in den verfaulten Flecken und den geschlossenen Corporationen in England äußerte sich der Volkswille auf eine Weise, welche hin und wieder diesen zur Ehre gereichte. Kleinere Städte, welche sonst nur aus Privatrücksichten der Einwohner nach dem Willen der Boroughkrämer stimmten, brachten plötzlich ihren persönlichen Vortheil zum Opfer, und bewiesen den vermeintlichen Eigenthümern, die Zeit ihrer Herrschaft sey vorüber (Ashburton u. a.), ob auch jene Flecken selbst ihr Wahlrecht durch die Bill wenigstens theilweise verlieren mußten. Geschlossene Corporationen, welche seit länger als einem Jahrhundert stets torystisch wählten, und wo die Reformer schon lange alle Hoffnung aufgegeben hatten, sandten, wider Erwartung Aller, ministerielle Glieder in's Parlament. Die Wahl war entscheidend und entfernte jeglichen Zweifel über die Durchführung der Maßregel.

Die Torypartei, über den Ausgang der Wahlen bestürzt, sah jetzt durchgängig ein, die Reform des Unterhauses sey nothwendig. Sir Robert Peel und H. Bankes erklärten dieß öffentlich, und die Organe der gestürzten Machthaber wiederholten es allgemein. Die Partei veränderte ihre Taktik

mit ihrer Stellung, und gab ihren früheren Grundsatz, einer gänzlichen Erhaltung aller bestehenden Formen und Verhältnisse vollkommen auf. Die heftigeren Mitglieder wurden zum Schweigen verurtheilt, und die Masse der Partei unterwarf sich den Entscheidungen ihrer gewandteren Führer, welche durch theilweise, aber jetzt zu spät kommende Concessionen den Lärm und die ungestüme Forderung zu beschwichtigen suchten. Die Nothwendigkeit einer Parlamentsreform ward von ihr zugegeben; das Recht der größeren Städte, an der Repräsentation Antheil zu nehmen, ward nicht länger bestritten; es wurde sogar der Mißbrauch von Old Sarum und Gatton zugestanden; die Partei suchte sich nur einerseits einen Theil ihrer Flecken durch die Bestimmung einer geringeren Einwohnerzahl, als diejenige, welche die Reformbill über die Abschaffung des Repräsentationsrechtes enthielt, zu erhalten, und andererseits ihren Einfluß auf die niedereren, abhängigen Volksklassen, welche selbstständig niemals zu verfahren vermögen, so viel wie möglich zu sichern. Ersteres mißlang; das Letztere ward wenigstens zum Theil von ihr durchgesetzt.

Die Führer der Partei waren von nun an Lord Lyndhurst bei den Lords, Sir Robert Peel bei den Gemeinen; ersterer einer der größeren Rechtsgelehrten, welche die Gegenwart erzeugt hatte, dessen früheres Leben jedoch kein Vertrauen auf seinen Charakterer wecken konnte, und dessen Beredtsamkeit und Verfahrungsart die Gewohnheit des Advocaten-Standes, dem er angehört hatte, häufig genug bezeugte, Lord Lyndhurst, oder nach seinem früheren Namen Herr Copley, war nicht einmal ein geborner Engländer; als er in früher Jugend aus seinem Geburtslande, Nordamerika, nach Großbritannien hinüberkam, erwarb er sich dort ein Bürgerrecht, welches von einzelnen Boroughs den Fremden, die sich dort niederließen, nur selten vorenthalten wurde. Damals war er entschiedener Republikaner, und verkündete Grundsätze, die allerdings in England keinen Anklang fanden, aber doch in so weit bemerkt wurden, daß sie später, oft genug Lord Lyndhurst vorgehalten, bei diesem sicherlich keine angenehmen Erinnerungen erweckten. Er ward in England vor den Gerichtsschranken bald be-

merklich, und erlangte in Kurzem als geschickter und glücklicher Vertheidiger politischer Angeklagten in der bewegten Zeit Castlereagh's, auf einige Zeit die höchste Popularität. Die Whigs hoben ihn empor und brachten ihn in's Parlament; allein je höher er stieg, desto mehr wandte er sich von ihrer Partei ab, und endete als vollkommener Tory. Kurz er bot ein, in Frankreich zwar häufiges, aber in England, wo an die Behauptung der einmal ausgesprochenen Grundsätze die persönliche Ehre geknüpft ist, sehr seltenes Beispiel von Parteiwechsel, wodurch er zwar früher zur Gewalt gelangte, wie seine ehemaligen Freunde, aber nicht wie diese sich im Ministerium auf die Dauer behaupten konnte.

Von Lord Lyndhurst ging offenbar die Taktik aus, welche die Torypartei, seit der Zusammenberufung des neuen Parlaments in Betreff der Reformbill, befolgte. Diese Taktik war das Verfahren eines geschickten Advocaten, welcher eine Sache übernommen hat, deren Verlust er voraussieht, und die er deßhalb in die Länge zu ziehen sucht, bis er den Gegner ermüdet, und zu einem Vergleiche geneigt gemacht hat. Die Partei bezweckte vor Allem, die Annahme der Reformbill, durch jedes ihr mögliche Mittel, durch Bekämpfung aller einzelnen Punkte, bis auf einen Zeitpunkt hinauszuschieben, wo die Aufregung der öffentlichen Meinung in ganz England sich gelegt, oder bis der König, durch anderweitigen Einfluß, an dem es nicht fehlte, bestimmt sich ihr wieder zugewendet hätte; sie hoffte in solchem Zeitpunkte die Staatsgewalt wieder ergreifen zu können, und durch das Aufgeben einzelner verfaulter Flecken, welche den meisten Scandal erregten, so wie durch die Zuziehung der größeren Städte den Forderungen der Nation alsdann genügen zu können. Doch war diese Erwartung wie auch die Folge zeigte, durchaus nicht auf den Nationalcharakter der Engländer berechnet, welcher allerdings nicht leicht in heftige Aufreizung geräth, allein zu viel Hartnäckigkeit besitzt, um den einmal allgemein und mit Ueberzeugung verfolgten Zweck, bevor er erreicht ist, jemals wieder aufzugeben.

Die hauptsächlichste Hoffnung der Torypartei beruhte auf

dem Oberhause. Die 195 Ernennungen seit Georg III. hatten die Majorität, wenigstens auf die nächste Generation, in der Art bestimmt, daß an eine plötzliche Uebereinstimmung beider Häuser, so bald der Nationalwille bei den Gemeinen durchgedrungen war, nicht gedacht werden konnte. Die Torypartei erinnerte sich aber nach einem Jahre noch zu lebhaft des verlorenen Uebergewichts, als daß an ein gegenseitiges Nachgeben oder an einen Vergleich mit dem Unterhause gedacht werden konnte, welches seinerseits, aus Wighs in bedeutender Mehrheit zusammengesetzt, noch zu sehr des früheren Verfahrens ihrer Gegner eingedenk war, um auch nicht seinerseits eine entschiedene Hartnäckigkeit zu zeigen. So war ein Vergleich mit der Majorität des Oberhauses, wozu aber nicht, wie schon bemerkt, die alt=aristocratischen Familien der Mehrheit nach gehörten, in Betreff der Reformbill unmöglich. Jene 195 mußten über die Unmöglichkeit, ihr System in dieser Hinsicht zu behaupten, durch Thatsachen überzeugt, oder jene durch den Leichtsinn der früheren Ministerien geschaffene Majorität mußte durch eine Pairsernennung in Masse wieder ausgeglichen werden; letzteres war allerdings ein bedenkliches und nicht ganz verfassungsmäßiges Mittel, welches freilich unter der Königinn Anna eben von der Torypartei schon versucht war, allein nach wenigen Jahren, da Bolingbroke's Ministerium gestürzt ward, einen Theil der Anklage gegen den Minister Harley gebildet hatte. Auch war der König, und selbst die Minister, dem Mittel abgeneigt; es galt nur als Aushilfe im äußersten Falle, und die Verwaltung hoffte gleich anfangs, die Wahrscheinlichkeit der Maßregel werde genügen, die Mehrheit der Lords zur Nachgiebigkeit zu bestimmen.

Unter diesen Verhältnissen hatten übrigens die Whigs auch auf andere Weise Sorge getragen, in der Meinung des Volkes fest zu wurzeln. Schon im vorhergehenden Parlamente hatten sie jede Gelegenheit benutzt, die Ausführung, ihrer lang verfochtenen Grundsätze zu versprechen, sobald die große Frage des Tages, die Parlamentsreform, durchgeführt wäre. Sie verfolgten dasselbe Verfahren nach Eröffnung des neuen, am 11. Juni 1831. Stanley verhieß die Emancipa-

tion der westindischen Sclaven, und eine endliche Lösung jener Frage, welche von Wilberforce angeregt, sogar während des Krieges wegen der Inhumanität des bestehenden Zustandes, die Nation allgemein empört hatte; bei jeder sich darbietenden Gelegenheit sprachen die Minister über die zukünftige Reform der geschlossenen Corporationen hinsichtlich der Communalverwaltung, über eine Veränderung der ungleichartigen Verhältnisse der anglicanischen Kirche, über Entfernung der Beschränkungen, denen die Dissenters in einzelnen bürgerlichen Verhältnissen unterlagen; Lord Brougham, welcher überhaupt durch seine außerordentliche und erstaunenswerthe Thätigkeit, womit er die ungeheure Masse der im Hause des Lord-Kanzlers angehäuften Processe erledigte, sogar die Bewunderung der ultratorystischen Mitglieder des Oberhauses erlangte, verhieß eine Verbesserung der Gesetze und Rechtspflege. Außerdem entfernte die Regierung, so weit es möglich war, alle Sinecuren und Pensionen, womit die früheren Ministerien sogar während des schlimmsten Standes der Finanzen gegen Toryfamilien in höchstem Grade freigebig gewesen waren, und übertrug die darauf verwandten Summen in den Staatsschatz, sobald die Inhaber jener Sinecuren gestorben waren; zum ersten Mal nach längerer Zeit ward die strengste Sparsamkeit in der Schatzkammer beobachtet, und der Zustand der Finanzen somit verbessert, obgleich eine augenblickliche Stockung in einzelnen Zweigen der Industrie als Folge der Aufregung eintrat. Die Grundsätze des freien Handels wurden so oft wie möglich in der Gesetzgebung geltend gemacht, und die Regierung knüpfte Unterhandlungen mit fremden Staaten (Frankreich) an, um jene seit Canning und Huskisson schon anerkannte Principien auf den fremden Handel, überall wo es möglich war, z. B. auf den französischen, weiter auszudehnen.

Während so die Whigs in der öffentlichen Meinung, zugleich durch die in Zukunft von ihnen erwarteten Maßregeln, Wurzel faßten, war das Verfahren ihrer Gegner im Parlamente, außer der Reformfrage, durchaus nicht geeignet, das Zutrauen, welches die Partei verloren, ihr in irgend einer Weise wieder zu erwerben. Während ihre Mitglieder jede

Nothwendigkeit einer Verbesserung des bestehenden Zustandes ableugneten, bekämpften besonders Lord Aberdeen und Londonderry die auswärtige Politik der Minister im Oberhause auf eine Weise, welche noch mehr die öffentliche Meinung von den Tories abwandte. Die Partei konnte noch immer nicht die Principien ihrer früheren Verfahrungsart aufgeben, welche unter Castlereagh eine der Hauptursachen war, sie verhaßt zu machen, und ihren Sturz vorzubereiten. Sie waren Gegner des freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich, welches, in der Natur der Verhältnisse begründet, eben so nothwendig war, wie das feindliche während der Republik und des Kaiserreichs; sie drangen hinsichtlich Belgiens auf Aufrechthaltung der Vereinigung dieses Staates mit Holland, ein Zweck, der ohnedem nur durch Gewalt erreichbar, dem britischen Interesse durchaus widerstrebte, sobald Belgien unabhängig von Frankreich blieb. Hinsichtlich Portugals blieb sich die Partei consequent in der Vertheidigung Don Miguels, dessen Mißhandlungen gegen die Personen und Eigenthum der in Portugal wohnenden Briten, sie, allen sonstigen und vor Alters her überlieferten Regierungsgrundsätzen entgegen, geduldet und nicht gerächt hatte. Lord Aberdeen ergriff jede Gelegenheit im Oberhause, die Minister zu tadeln, daß sie Don Miguel als König von Portugal nicht anerkannt, und die Absendung einer französischen Flotte nach Lissabon geduldet hätten. Auch in andrer Hinsicht wirkten die Lords von der Majorität darauf hin, in Hinsicht der auswärtigen Politik ihre Partei zu verdächtigen. Lord Londonderry ließ sich einen Ausdruck entschlüpfen, der in England sicherlich als Unbesonnenheit gelten mußte; er brandmarkte die Polen mit dem Namen Rebellen, ein Wort, welches noch nach dem Verlaufe von 4 Jahren seiner Partei vielleicht eben so sehr geschadet hat, als ihr damaliger Widerstand gegen jegliche Reform. Erst spät sah die Partei ein, wie sehr dieß Verfahren ihr in der öffentlichen Meinung schadete, und erklärte sich endlich sogar entschieden gegen die Politik, die sie früher selbst verfochten und ausgeführt hatte.

Nachdem Lord John Russel die Reformbill in's Unter-

haus gebracht, begann am 4. Juli die Debatte. Sie war weniger lebhaft, als die des früheren Parlaments; das Ergebniß der Wahlen hatte die Gegner von ihrer Schwäche zu sehr überzeugt, als daß diese entschiedenen und lebhaften Widerstand im Unterhause ihr entgegengesetzt hätten. Die Angriffe Jener richteten sich weniger auf das Ganze, als auf Einzelnheiten, oder betrafen Punkte, die mit der Sache selbst nicht zusammenhingen. So ward im Laufe der Verhandlungen den Ministern der später so häufig widerholte Vorwurf einer Verbindung mit dem irländischen Agitator O'Connell gemacht, welcher natürlich den Ministern mit seinen Anhängern sich angeschlossen hatte, aber noch zu viel vom Demagogen der niederen Volksmasse damals bewahrte, um im britischen Senate eine höhere Stellung einnehmen zu können, und außerdem wegen seiner früheren und damaligen Stellung nicht dazu geeignet war, sich ein höheres Ansehen zu erwerben. Andere Angriffe gegen die Minister richteten sich auf Einzelnheiten, wodurch die Torypartei den Fortgang der Bill im Ausschusse aufzuhalten suchte. Dieß erhellte besonders, nachdem die zweite Verlesung bewilligt war, und der Antrag gestellt wurde, das Haus möge sich in einen Ausschuß zur Untersuchung der einzelnen Artikel bilden. Lord Maitland verlangte, man sollte von jedem Flecken einen Rechtsanwalt vor die Schranken des Hauses berufen, um zu beweisen, daß nach den Normen der Bill jedem Flecken das Wahlrecht nicht genommen werden dürfe. Hätte man dieß zugegeben, so würden zu 150 Boroughs eben so viele Parlamentssitzungen in beiden Häusern nothwendig geworden seyn, wodurch die Annahme der Bill bis auf eine unbestimmte und weite Zukunft hinausgeschoben werden mußte. Der Antrag ward demgemäß verworfen, und die Majorität, die ihn zurückwies, 284 gegen 182, obgleich 10 Reformer dießmal den Tories ihre Stimmen gaben, war ein deutlicher Beweis von dem unwiderstehlichen Uebergewicht, welches die Sache der Whigs im letzten Parlamente des alten Systems erlangt hatte. Eben so wenig gelang es der Torypartei durch eine Menge von Abstimmungen, in dieser Sitzung ihre Gegner zu ermüden; das einzige

Resultat, was sie erlangten, war die ungewöhnliche Ausdehnung der Parlamentssitzungen, die an einzelnen Tagen bis um 8 Uhr Morgens verlängert wurden.

So lange das Haus im Ausschusse über die Bill berieth, blieb das Verfahren ihrer Gegner dasselbe; sie häuften Motionen auf Motionen, und suchten somit vergeblich auf krummem Wege die Reform zu untergraben. Am 25. wurde endlich die Schedula A. der Bill angenommen, worin die Flecken, welche das Wahlrecht gänzlich verlieren sollten, die eigentlichen Rotten-Boroughs bezeichnet waren; als hierauf die Verhandlung über die Flecken Schedula B. begann, welchen von 2 Repräsentanten nur einer verbleiben sollte, ward die Tactik der Torypartei in derselben Art offenbarer; sie debattirte nicht allein über jeden einzelnen Borough, sondern zog sogar einmal 4 Stunden lang die Verhandlung über die Frage in die Länge, ob eine Sitzung des Hauses im Ausschuß am Sonnabend gehalten werden solle oder nicht. Endlich waren die Hauptbestimmungen der Bill, wobei das Ministerium sich jeder Veränderung beharrlich widersetzte, am 13. August angenommen, und Lord Altorp erklärte, die Regierung sey nun bereit, gewisse Berücksichtigungen auf einzelne Wahlrechte zuzulassen. Diese Erklärung hatte aber eine Veränderung der Reformbill zur Folge, wodurch das Uebergewicht der Tories in den Grafschaftswahlen erhalten werden mußte.

Wie aus den Bestimmungen der Bill erhellte, war der Hauptzweck derselben, das Stimmrecht der abhängigen Wähler so viel wie möglich zu beschränken. Demgemäß waren nur diejenigen Pächter als Wähler in den Grafschaften vorgeschlagen, welche seit 7 Jahren ein Pachtgeld von 50 L. jährlich gezahlt hätten. Bei der Berathung über diese Clausel gelang es dem Marquis von Chandos ein für seine Partei günstiges Amendement einzuschwärzen, welches, unter dem Schein einer größeren Ausdehnung des Wahlrechts nach Unten, beinahe die ganze Klasse der reicheren Grundbesitzer und der von der Hochkirche, als Eigenthümerin eines bedeutenden Landsitzes, abhängigen Pächter zu Stimmen in den Grafschaftswahlen berechtigte. Er stellte den Antrag, das Wahlrecht allen Zeit-

pächtern, die jene Summe seit einem Jahre als Rente zahlten, zu bewilligen. Eine Menge Reformer, durch den Anschein der demokratischen Ausdehnung verleitet, stimmte gegen die Minister, und brachte somit eine Bestimmung in das zukünftige Gesetz, welche ihrer Sache nicht förderlich seyn konnte. Letztere machte sogleich einen unangenehmen Eindruck und die Zeitungen ermangelten nicht, die wahre Bedeutung hervorzuheben und an's Licht zu stellen; allein es war der Regierung unmöglich, das einmal Geschehene wieder auszugleichen, und die Veränderung war nicht wichtig genug, eine Auflösung oder Vertagung des Parlaments zu rechtfertigen. Sie suchte, mit besonderer Berücksichtigung der Städte, ein Gegengewicht durch den Vorschlag, auch den Miethern von 50 Pfd. das Wahlrecht zu ertheilen, welcher ebenfalls vom Parlamente angenommen wurde; allein auch dies widerstrebte den Principien der Reformbill, welche nur die Berufung der mittleren, aber nicht der niedern und abhängigen Klassen zum Wahlrecht beabsichtigte.

Auch von Seiten der Radicalen stieß die Regierung auf Hindernisse. So machte Hume am 16. den Vorschlag, auch den Colonieen eine Repräsentation im britischen Parlamente zu bewilligen, ein Antrag, der den Verhältnissen der Verfassung durchaus widerstrebte, da jene fast sämmtlich ihre besonderen Parlamente und somit eine von der englischen abgesonderte Gesetzgebung schon besaßen. Auch ward der Antrag sowohl von der Mehrheit wie von den Ministern, jedoch nicht ohne lebhaften Widerspruch von Seiten der Radicalen zurückgewiesen. Am 19. September wurden endlich die Verhandlungen beendet und die Bill mit einer Majorität von 109 Stimmen unter wiederholtem, freudigen Zurufe des Hauses in der Art als vollendet angenommen, wie sie zum Gesetze des Landes bestimmt war.

Am 20. erschien Lord Russel im Auftrage der Gemeinen an den Schranken des Oberhauses, nachdem ihm jene als dem hauptsächlichen Gründer und Vertheidiger die Ehre der Ueberreichung an die Lords übertragen hatten. Eine zahlreiche Menge von Parlamentsgliedern begleitete ihn;

sämmtlich in ernster, entschiedener Stimmung. Seit anderthalb Jahrhunderten hatte das Unterhaus eine Bill von ähnlicher Bedeutung den Lords nicht übersandt: auch herrschte, da Lord Russel die Bill mit wenigen, in ausdrucksvoller und nachdrücklicher Stimme ausgesprochenen Worten dem Lord-Kanzler überreichte, die äußerste Spannung. Auf Antrag Lord Grey's ward sie auf den Vorschlag, die Bill nach der kurzen Zeit von 8 Tagen zu verlesen, angenommen.

Am 3. October begann die wichtige Berathung, sie ward durch Lord Grey eröffnet, nachdem zuvor in der gewöhnlichen Verfahrungsart eine Menge Bittschriften überreicht waren, von denen mehrere von Hunderttausenden unterzeichnet, den Lords die Allgemeinheit der Forderung deutlich beweisen konnten.

Graf Grey, nach den Bestrebungen eines beinahe halben Jahrhunderts zur Duchführung der stets von ihm verfochtenen Reform berufen, erwies die Nothwendigkeit sowohl aus innern Gründen, worauf freilich die Mehrheit der Lords nicht zu hören gesonnen war, zugleich aber auch durch die Gefahr einer Umwälzung, die er und seine Collegen im Anfang ihres Ministeriums durch das Vertrauen und die Hoffnung, die sie erregten, beschwichtigt hatten. Er warnte vor dem Vorurtheil durch Concessionen werde die Verfassung gestürzt werden, und wies dabei auf die Beispiele Philipps II., der die Niederlande, Carls I., der sein Leben und Jakobs II., der die Krone nicht durch Zugeständnisse, sondern durch Hartnäckigkeit verlor. Zugleich erklärte er männlich, nach Art der englischen Staatsmänner, mit der Bill stehen und fallen zu wollen.

Die Debatte zog sich in die Länge, ward aber mit jedem Tage stürmischer, da die heftigeren Mitglieder der Torypartei, welche ihre Gefährten stets blosstellten und dem geschickteren Verfahren der Parteihäupter stets entgegenwirkten, ihr Ungestüm und ihre Erbitterung nicht zu zügeln vermochten. Lord Wellington und Lyndhurst widersetzten sich entschieden, aber in gemäßigter Sprache; ersterer gestand die Nothwendigkeit einer Reform ein, und letzterer ließ merken, die Torypartei hoffe wieder zur Gewalt zu gelangen, und werde alsdann auf eine

Reformbill anderer Art antragen. Die Lords Winchelsea, Londonderry, Roden vereitelten aber bald darauf selbst den geringen Eindruck, den eine jetzt zu spät kommende Verheißung dieser Art hätte hervorbringen können, durch heftigere Reden und steigerten nur noch mehr den Verdacht, welcher von der Mehrzahl der Nation gegen die Torypartei gehegt wurde. Vergeblich traten die glänzendsten Redner des Oberhauses, Lord Holland, Brougham, Plunkett ꝛc. für die Bill auf; die Mehrzahl war sich der Gefahr, worin sie schwebte, noch nicht vollkommen bewußt, und die Bill ward am 8. Oct. mit 158 gegen 199 Stimmen verworfen.

So wie die Nachricht bekannt ward, wiederholte sich in London dasselbe, wie bei der Niederlage der Minister im früheren Unterhause. In den Tavernen strömten sämmtliche Einwohner zusammen, um Unionen zur Durchsetzung der Reform zu bilden. Der Entschluß: keine Steuern zu zahlen, wenn die Reform nicht gewährt würde, ward allgemein; die Volksmasse zeigte bereits den Anfang zu Gewaltthätigkeiten, welche bei dem allgemeinen Entschluß der ganzen Nation, die Reform um jeden Preis durchzuführen, wegen der englischen Verhältnisse und Gesetze auf die Dauer nicht hätten unterdrückt werden können. Der Marqnis von Londonderry ward vom Pöbel angefallen; der Herzog von Cumberland gerieth in persönliche Gefahr; die Häuser des Herzogs von Wellington und des Marquis von Bristol wurden angegriffen, und konnten nur durch alle in London zur Verfügung stehende Truppen vor Zerstörung geschützt werden; das Unterhaus nahm sogleich eine entschieden feindliche Stellung gegen die Lords ein. Die nächste Sitzung desselben war eine der am heftigsten bewegten in dieser aufgeregten Zeit. Unter lautem Tumult, wo die Torypartei sich kaum Gehör in einzelnen Augenblicken verschaffen konnte, ward am 10. October auf den Antrag Lord Ebrington's beschlossen, die Minister hätten das Zutrauen der Gemeinen nicht verloren, und der König ersucht, sie im Amte zu erhalten. Somit war das gewöhnliche Mittel, eine parlamentarische Niederlage durch Entlassung des Ministeriums auszugleichen, vereitelt; eine Auflösung des Un-

terhauses war bei der allgemeinen Erbitterung unmöglich; die Prorogation auf kürzere Zeit war das einzige Mittel, wodurch die Verlegenheit des Augenblicks gehoben, und die Verwirrung durch die Hoffnung einer baldigen Wiedereinberufung des Parlaments beschwichtigt werden konnte.

Die Nachricht von der Verwerfung der Bill mußte bei der herrschenden Aufregung im ganzen Inselreiche Bewegungen hervorrufen. In Newcastle, Nottingham, Worcester, Bath und einer Menge anderer Städte brachen Unruhen aus, worin Gewaltthätigkeiten gegen das Eigenthum der Toryfamilien nur durch alle Anstrengungen der Regierung verhindert werden konnten. Besonders heftig war der Aufruhr in Bristol, am 30. und 31., wobei die Torypartei auf's Neue ihre Unfähigkeit im Augenblicke der Gefahr bewies. Sir Charles Wetherell, einer der heftigsten Gegner der Reformbill im Unterhause, hielt in jener Stadt als Advocat (Recorder) der geschlossenen Corporation, gegen den Rath seiner Freunde, welche Tumulte befürchteten, einen öffentlichen Einzug. Die Volksmasse griff seinen Wagen an; Sir Charles flüchtete sich auf das Rathhaus; die Volksmasse drohte, die Thore desselben zu erbrechen, und die Tories der Corporation besaßen nicht den Muth, die Aufruhracte, wie es ihre Pflicht war, zu verlesen; sie flüchteten erschrocken aus dem Rathhause und der Stadt, und überließen letztere dem aufgeregten Pöbel, welcher sich allen Abscheulichkeiten überließ, die man von der Hefe des Volkes in größeren Städten nur erwarten kann, und wie sie in England seit dem berüchtigten Tumult Gordons im Jahre 1780 nicht wieder statt gefunden hatten. Die Truppen, ohne Instructionen der feiger Weise geflohenen Magistrate, durften nach den englischen Gesetzen es nicht wagen, die Volksmassen anzugreifen; der Pöbel verheerte und plünderte eine Menge Häuser, erbrach die Gefängnisse, und war zwei Tage lang alleiniger Herr in der Stadt. Erst am dritten konnte die Ruhe durch Waffengewalt und Blutvergießen wieder hergestellt werden.

In andern Städten bewirkte die Nachricht von Verwerfung der Bill die Bildung von Reformvereinen, welche nach

Art der Union von Birmingham durch die Anzahl und die Verhältnisse ihrer Theilnehmer eine eben so drohende wie gewichtige Stellung einnahmen. In Newcastle bestand diese Union aus 50,000 Einwohnern; in London stand Sir Francis Burdett, in Dublin O'Connell an der Spitze. Die Aufregung und die Beschlüsse dieser Vereine waren aber von der Art, daß die Regierung sie in einer Proclamation vom 21. November untersagen mußte.

Unter diesen Umständen war eine schleunige Eröffnung des Parlaments nothwendig. Sie fand am 6. December statt, und schon am 12. wurde die Bill durch Lord John Russel auf's Neue in's Parlament gebracht. Ihre Bestimmungen hinsichtlich Englands wurden ebenfalls auf Irland ausgedehnt, und die darauf sich beziehende Bill von Stanley vorgeschlagen. Lord John Russel that dasselbe hinsichtlich Schottlands. Die Verhältnisse und die Hoffnung der Reformgegner blieben jedoch noch dieselben, wie in der letzten Session, mit Ausnahme, daß ein fernerer Verzug im Unterhause nicht mehr möglich war. Die Torypartei war endlich über eine theilweise Reform durchaus übereingekommen, und hegte gegründete Hoffnungen, der König, durch eigenen Antrieb oder seine Umgebungen, oder durch die statt gefundenen Unruhen bestimmt, werde unter dieser Bedingung sich ihr wieder nähern, und ihr die Durchführung einer Maßregel übertragen, deren Wichtigkeit und Popularität der Partei, von welcher sie ausging, einen bleibenden Einfluß und den sicheren Besitz der Staatsgewalt für die nächste Zukunft verschaffen mußte. Allerdings waren noch die heftigeren, größtentheils die älteren und besonders irländische Mitglieder des Oberhauses, nach der eigenthümlichen blinden Heftigkeit dieser Nation, einer Reform durchaus entgegen, und hielten an dem Systeme Castlereaghs noch immer fest, welches die Torypartei von nun an entschieden zurückwies; allein die Mehrheit, von Lyndhurst und Peel geleitet, fing an die Stellung einzusehen, welche durch die Unvermeidlichkeit der Parlamentsreform von nun an ihr angewiesen wurde. An eine Verwerfung des Princips, oder nach der parlamentarischen Sprache „der zweiten Lesung", ward

somit von Seiten der Mehrheit des Oberhauses nicht weiter gedacht; wie im Unterhause das erste Parlament Wilhelms IV., machte die Torypartei einen Versuch, die Bill in der Art wie sie von den Ministern eingebracht ward, in einzelnen Punkten zu entstellen, die Minister dadurch zu stürzen, und das Staatsruder durch eine theilweise Gewährung der ungestüm geforderten Reform des Unterhauses so für sich zu gewinnen, und zu bewahren. Sie fanden hierin eine Stütze an dem König, der für die Reform durchaus sich entschieden hatte, aber einer Ausübung seiner Prärogative, wie sie die Minister forderten, um durch eine Pairscreirung in Masse die leichtsinnig geschaffene Torymajorität der 195 zu vernichten, vollkommen abgeneigt war, wodurch natürlich das schon ohnehin genugsam verfälschte Oberhaus die selbstständige Stellung durchaus hätte verlieren müssen.

Unter diesen Umständen waren die Verhandlungen des Unterhauses nicht von derselben Wichtigkeit, wie früher. Dort war der Kampf bereits im Ganzen und in den Einzelnheiten entschieden. Die Torypartei gab übrigens ihre Angriffe nicht auf, richtete diese aber hauptsächlich auf Allgemeinheiten. Nach den englischen Verhältnissen mußte der Einfluß der Gemeinen dadurch überwiegend werden; somit fand die Partei, Sir Charles Wetherell, Sir Robert Peel, Lord Worcester, in der Reform eine Auflösung der Aristrocratie, da das Oberhaus, nach Entfernung seines Einflusses in der Ernennung der Parlamentsglieder nicht mehr im Stande seyn könnte, einer Democratie zu widerstehen, welche die Vernichtung der Pairie, der Constitution und des Königthums zur Folge haben würde. Natürlich ward hierauf von den Whigs erwiedert, der Einfluß der Pairie auf die Wahl von Mitgliedern des andern Hauses sey constitutionswidrig; die Verfassung habe schon lange aufgehört, dem Wesen nach aus König, Lords und Gemeinen zu bestehen, sondern die Gesetzgebung sey in die Hände einer Coterie gerathen, welche das Uebergewicht im Oberhause durch den Leichtsinn früherer Ministerien, und durch die Rotten-Boroughs, so wie durch die geschlossenen Corporationen die Mehrheit der Gemeinen erlangt hätte;

der Zweck der Reformbill sey allein, die verfassungsmäßige Aristocratie wieder herzustellen, und die Constitution von den Auswüchsen der Verderbniß zu läutern; eine Ansicht, welche die Torypartei, wenige Jahre nach Einführung der Reformbill, als richtig und wahr anerkannte, oder wenigstens als die ihrige aussprach.

Unter diesen Umständen erwartete das Oberhaus den Schluß der Verhandlung in den Gemeinen, welcher am 22. März endlich statt fand. Sogleich nach den Osterferien begann darauf die Berathung der Lords, nachdem die Minister einige male vergeblich versucht hatten, durch Unterhandlungen, mit einzelnen Häuptern ihrer Gegner, eine Art von Vergleich zu Stande zu bringen. Die gemäßigteren Pairs der Tories erklärten sich gleich anfangs für das Princip, aber gegen die Bill, (Lord Warncliffe und Harrowby); der Herzog von Buckingham ließ die Absicht seiner Partei noch deutlicher durchblicken, und äußerte, auf eine Reformbill anderer Art antragen zu wollen, so bald die vorliegende vom Hause verworfen würde. Somit lag es in der Taktik der Partei, die zweite Lesung zu verwilligen, welches am 13. April, jedoch mit so geringer Majorität, 184 gegen 175, geschah, daß es offenbar ward, die heftigere Fraction der Partei habe sich noch nicht zum Stillschweigen oder zur Unterwerfung unter die Leitung der besonneneren Führer bewegen lassen. Von dem Augenblicke an ward es klar, die Minister würden es nicht vermögen, die Reform auf der weiten Grundlage durchzusetzen, wie die Bill sie darbot. Sobald das Haus sich in einen Ausschuß gebildet hatte, um über die einzelnen Punkte und Clauseln zu berathen, suchte die Partei, durch Entstellung derselben, die Minister zu schlagen. Lord Lyndhurst trat mit einem Vorschlage hervor, welcher in seiner gewöhnlichen Schlauheit nur die Form, und nicht das Wesen des Gesetzentwurfes betraf, und dessen Annahme deßhalb, im Fall die übrigen Verhältnisse eine Verwerfung desselben nicht erlaubten, das Oberhaus in keiner Weise bloßstellte. Zugleich wurden wiederholte Versicherungen gegeben, ein Toryministerium werde, im Fall es zum Ruder gelangte, durch eine andere

Reformbill, wodurch 113 Burgflecken das Stimmrecht genommen werden sollte, die öffentliche Meinung und die ungestümen Forderungen der Nation zufrieden stellen. Zeigte sich die allgemeine Aufregung im Lande hiedurch beschwichtigt, oder gewannen die Tories im Unterhause nach solcher Erklärung einen bedeutenden Zuwachs ihrer Partei an Unentschiedenen, so war ihr Versuch vollkommen gelungen, und die längere Behauptung der Staatsgewalt blieb ihnen sicher. Um den Erfolg der beiden letzteren Punkte noch wahrscheinlicher zu machen, gaben hierauf mehrere Lords ihren früheren Aeusserungen gegen die Reform entgegengesetzte Erklärungen. Der Herzog von Wellington selbst schien sich übrigens zu schämen, den Widerruf seiner Aussage, die ihn und seine Anhänger gestürzt hatte, persönlich auszusprechen. Die Partei bediente sich dabei des ehemaligen Ministers Lord Ellenborough, welcher vom Herzog zu dieser Aussage ermächtigt zu seyn erklärte.

Die Erwartungen der Torypartei wurden jedoch getäuscht, und ihre Berechnungen vereitelt. Der angenommene Antrag Lord Lyndhurst's, die Schedula A. und B. der Form nach gänzlich umzuändern, weil die Verderbniß des Unterhauses durch Rotten-Boroughs zu offen dadurch an den Tag gelegt wurde, ward von dem Ministerium für das aufgenommen, was er wirklich war, für einen versteckten Versuch, durch eine parlamentarische Intrigue sein Bestehen in Frage zu stellen. Die Minister begaben sich zum Könige, um von ihm unbedingte Vollmacht einer Pairsernennung zu verlangen, und im Fall diese ihnen verweigert würde, ihre Entlassungsgesuche einzureichen. Beides trat ein; die Minister gaben ihre Amtssiegel dem Könige zurück, und dieser übertrug dem Herzog von Wellington die Zusammensetzung eines Toryministeriums. Allein die öffentliche Meinung gab die einmal eingeschlagene Richtung nicht auf, und somit zeigten sich bei der auf's Neue vereitelten Hoffnung einer baldigen Ausgleichung noch gefährlichere Symptome der Aufregung, wie sie früher statt fanden. Sobald die Nachricht in London bekannt ward, zeigte es sich als offenbar, daß ein Ministerium Wellington, eine Auflösung des Unterhauses, oder ein einziger Flintenschuß nicht

allein die Oligarchie der Tories für immer gewaltsam stürzen, sondern auch zugleich den König vom Thron schleudern würde. Von dem Augenblicke an konnten im ganzen Reiche keine Abgaben mehr erhoben werden. In London war der Entschluß, die Steuern nicht länger zu zahlen allgemein, und Vorfälle im Unterhause gaben demselben einen gesetzlichen Haltpunkt. Die allgemeine Verbreitung der Reformunionen und vor Allem die Gewalt des Vereines von Birmingham, welcher Sorge getragen hatte, seinen Einfluß über das ganze Reich auszudehnen, und in jedem Städtchen durch thätige Correspondenz seinen Beschlüssen Einheit und Wirksamkeit zu verschaffen, machten jeglichen Widerstand gegen den allgemein ausgesprochenen Willen durchaus unmöglich. Die heftigere Torypartei und selbst der Herzog von Wellington schien den Bürgerkrieg, der als nothwendig erfolgen mußte, im Fall das alte System aufrecht erhalten würde, im Vertrauen auf das Heer, nicht sehr zu scheuen, allein einzelne bedenkliche Symptome, die sich in der Armee und vor Allem in dem Regiment des Scotch blues gezeigt hatten, mußten auch diese von der Vergeblichkeit und zugleich von der Gefahr des Widerstandes überzeugen. Es genügten jedoch die bestehenden Formen der Verfassung, um die Lords zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Gewalt des Unterhauses war seit 1689 durch Rechte überwiegend, welche zwar seitdem in der Ausübung geschlummert hatten, und nur in den heftigsten Crisen jemals können angewandt werden, die aber alsdann unwiderstehliche und entscheidende Wirksamkeit, sobald nur damit gedroht wurde, äußern mußten. Diese Mittel sind die Verweigerung der Abgaben und der Mutinybill. Was die erstere betrifft, so war es bei den Verhältnissen Englands, wie es sich auch bald darauf in Irland, hinsichtlich der Zehenten, zeigte, unmöglich, die Erhebung mit Gewalt zu erzwingen; hinsichtlich des andern Gesetzes vermag das Unterhaus die Disciplin des Heeres factisch und gesetzlich aufzulösen. Die Eifersucht der Engländer auf ihre politischen Rechte, hatte bei der Revolution, mit Rücksicht auf die Bestrebungen der Stuarts, bei der Thronbesteigung Wilhelm's III., ein Gesetz bewirkt, wonach

der Oberbefehl und die Disciplin über das Heer dem Könige, und somit der Regierung jegliches Jahr vom Parlament übertragen, und erneuert werden muß. Während der darauf folgenden 150 Jahre war das Gesetz zwar nur zur jährlich erneuten Förmlichkeit geworden, bot jedoch im Nothfall dem Unterhause eine um so furchtbarere Waffe, als zugleich die englischen Gesetze nicht allein denjenigen, welcher zur ungesetzlichen Gewaltthat den Befehl ertheilt, sondern auch den, welcher ihn ausführt, der Klage des Hochverraths oder wenigstens des gewaltsamen Friedensbruchs aussetzen. Die Disciplin im Heere hätte also in dem Falle, eben durch die Scheu vor dem Gesetze, dem allgemeinen Bande, welches den Staat der Engländer bei der statt findenden Freiheit zusammenhält, von dem Augenblick, worin sie gesetzlos ward, moralisch gelähmt werden und aufhören müssen. An einen ferneren Widerstand der Lords, sobald das Unterhaus durch eine zahlreiche Majorität entschiedene Beschlüsse dieser Art fassen konnte, war also nicht länger zu denken, und die Reform zur Nothwendigkeit geworden.

Die auf Entlassung der Minister unmittelbar folgenden Sitzungen des Unterhauses zeigten aber genugsam, die Majorität habe sich entschieden, durch Beschlüsse der Art ihren Willen unerschütterlich in's Werk zu setzen, zu dessen Durchführung um jeden Preis sie von den Wählern mit bestimmtem Auftrage in's Parlament gesandt waren. Noch bevor eine Sitzung statt fand, wurden die Mitglieder der Reformpartei, welche sich, da sie die Nachricht von der Verwerfung der Schedulen A. und B. durch das Oberhaus erhielten, in Brook's Whigklub versammelt hatten, zu solcher Heftigkeit hingerissen, daß der Entschluß, Alles auf's Spiel zu setzen, allgemein ward. Lord Stanley, obgleich selbst der Sohn und vermeintliche Nachfolger eines Pairs im Oberhause, und den Tories bei Weitem mehr wie andere Mitglieder des Cabinets von Grey sich zuneigend, sprang wüthend auf den Tisch, und drohte, die Faust ballend, den Lords mit dem Untergange, im Fall sie dem Willen der Nation sich länger widersetzten. Ein eben so drohender Beschluß ward von der Mehrheit des

Gemeinderaths der City gefaßt. Er erklärte seine Sitzungen für permament. Jenem Auftritt bei Brook's entsprachen die Sitzungen des Unterhauses. Die Mitglieder traten tumultarisch und von einer ungeheuern vor St. Stephans, dem damaligen Versammlungsort, zusammengedrängten Volksmasse empfangen und begrüßt, am 14. Mai zusammen. Die Gallerien waren im höchsten Grade gefüllt, und auf den Bänken fehlte kein einziges Mitglied. In Blicken, Geberden und laut tönendem Zuruf der Mehrheit äußerte sich die heftigste Spannung. Lord Ebrington erhob sich zum zweiten Male mit dem Vorschlag einer Adresse an den König und der Erklärung, das frühere Ministerium habe das Vertrauen der Nation und des Unterhauses nicht verloren. Vergeblich suchten die Redner der Torypartei das Haus durch die Bemerkung, die Würde der Krone nicht zu verletzen, von weiteren Schritten abzuhalten. Die Erbitterung war zu groß, um irgend eine Rücksicht statt finden zu lassen. Joseph Hume, welcher von der Reformpartei, seitdem seine hauptsächlichste und ruhmvollste Wirksamkeit, die Opposition gegen die Verschleuderung des Staatseigenthums, vorüber war, bei Vorschlägen gewöhnlich vorgeschoben wurde, mit denen die eigentliche Partei der Whigs zum ersten Male hervorzutreten vermied, Joseph Hume, dasselbe Parlamentsglied, welches, früher so oft verhöhnt, seine Stimme gegen die Tories vergeblich hatte vernehmen lassen, drohte jetzt unter lautem Zuruf der Mehrheit, der früher übermächtigen Partei mit den äußersten Maßregeln, welche dem Unterhause zu Gebote stünden. Alle Mitglieder des Cabinets von Grey, ob auch in gemäßigterer Sprache, erklärten im Voraus ihren Willen, die Torypartei bis auf's Aeußerste zu bekämpfen. Es wagten nur wenige Mitglieder der einst herrschenden Partei, ihre Stimme zu erheben; der Antrag ward mit der überwältigenden Majorität der Reformpartei angenommen, und Lord Wellington dadurch genöthigt, im Oberhause zu erklären, es sey ihm unmöglich, den Auftrag des Königs, über Zusammensetzung eines neuen Ministeriums, auszuführen.

Somit war der Widerstand der Tories gänzlich gebro-

chen; die Form der Verfassung, wie sie die Revolution begründet hatte, war als genügend erwiesen, den allgemein ausgesprochenen Nationalwillen ohne gewaltsame Erschütterung siegreich durchzuführen; ein Resultat ward erlangt, wie man es vor 10 Jahren für unmöglich hielt, und wie es selbst die heftigsten Radicalen ohne gewaltsame Umwälzung nicht zu erreichen gehofft hatten. Der englische Nationalcharakter hatte die seit Jahrhunderten begründete historische Erfahrung auf's Neue bewährt, daß er zwar langsam in Bewegung gesetzt werde, allein den festen Entschluß und den durchdachten Plan mit dem hartnäckigsten Muthe auszuführen verstehe. Die Reform war gewonnen.

Den früheren Ministern wurden die Siegel auf's Neue ertheilt. Lord Grey und alle seine Collegen erklärten jetzt dem Könige ihren festen Entschluß, die Verwaltung nur unter der Bedingung wieder übernehmen zu wollen, daß ihnen unbedingte Vollmacht zur Pairsernennung übertragen würde, im Fall die Lords die Reformbill, wie sie eingebracht war, nicht unbedingt annehmen sollten. Der König, welcher persönlich mit einzelnen Gliedern seiner Familie die Beweise der allgemeinen Erbitterung erfahren hatte, sah die Unmöglichkeit eines andern Verfahrens ein, und bewilligte das an ihn gestellte Verlangen. Die entschieden torystischen Pairs sprachen zwar ihre persönliche Meinung bei mehreren Gelegenheiten noch aus, enthielten sich aber, sobald die Bill wieder in's Oberhaus gelangte, des Abstimmens, und verursachten auch durch Bekämpfung einzelner Punkte keinen weiteren Aufschub. Um ihre Majorität nicht gänzlich und für alle zukünftigen Kämpfe mit dem Unterhause zu verrücken, entschlossen sie sich zum Nachgeben, und fühlten die Wahrheit der Worte, die Lord Chatham, der Enkel des großen Ministers und der Neffe Pitt's, am 4. Juni ihnen zurief: „Wenn das Parlament sich nicht selbst bei Zeiten von Innen reformirt, wird es von Außen mit Gewalt dazu gezwungen werden." *)

---

*) If parliament doesnot reform in time from within, it will be reformed with vengeance from withtrout.

Das Amendement Lord Lyndhurst's, welches allein die Form betraf, war bald verändert, ohne das Ansehen des Oberhauses durch eine förmliche Zurücknahme bloßzustellen; die einzelnen Punkte waren bald verhandelt und zugestanden, und am 4. Juni wurde die Verhandlung durch Annahme der dritten Lesung geschlossen. Drei Tage darauf ward die Reformbill durch Sanction des Königs, zum Statut, und in Kurzem folgten auch die Bills über die Reform der irischen und schottischen Repräsentation. Die wichtigste und folgenreichste Veränderung der Verfassung war ohne gewaltsame Mittel siegreich durchgeführt, und vereitelte so die Vorhersagungen zahlreicher Stimmen des Festlandes, welche von Politikern ausgegangen waren, die weder den Geist des britischen Volkes, noch die Eigenthümlichkeiten der Verfassung und der Verhältnisse Englands zur Genüge kannten. Die Aufregung legte sich auf der Stelle, das Vertrauen auf das Bestehen, so wie auf die Macht des Staates, ward gestärkt, und die Nation erwartete ruhig die Folgen und die Wirksamkeit der Bill, wie diese sich in dem reformirten und bald zu wählenden Unterhause zeigen würden. Die gesunkenen Consols stiegen, der Handel und die Industrie begannen die gewohnte Thätigkeit auf's Neue; die Unionen lösten sich auf, und nach einem Monat war keine Spur der kürzlichen Aufregung irgend wo in England und Schottland zu bemerken. Uebrigens schien die Torypartei gleich nach Durchführung der Reformbill sehr wohl einzusehen, wie ihr noch immer genügender Einfluß durch Verhältnisse und Verfassung verblieb, dessen Bewahrung als ihr Zweck, für die nächste Zukunft sogleich sich zeigte. Sie nahm, einmal überwunden, die Reformbill wie sie gegeben war, als Thatsache und verfassungsmäßiges Gesetz an, gab, der Mehrheit nach, alle Bestrebungen auf, die eine Wiederherstellung des früheren Zustandes hätten bezwecken können, und sprach sogar später ihre Ueberzeugung aus, die Reformbill habe die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Aristocratie bezweckt und durchgeführt. Sobald die Bill zum Statut geworden war, bildete demnach die Torypartei unter Leitung des Herzogs von Wellington einen sogenannten Con-

servativklub, dessen nächster Zweck darauf hinausging, den Einfluß der Partei so viel wie möglich bei den Wahlen des reformirten Parlaments sich zu bewahren, und durch vorhergegangene allgemeine Berathung bei den Parlamentsfragen, ihre Kräfte durch Theilung nicht zu zersplittern; die heftigere Fraction aus Castlereagh's Zeiten trat von nun an gänzlich in den Hintergrund, und die Partei mußte bald bemerken, wie die Reform ihre Bestrebungen und ihr Verfahren auf verfassungsgemäßen und den Zeitumständen angemessenen Boden zurückgeführt, und sie selbst somit durchaus zum Besseren verändert hatte.

Bevor jedoch die Reformbill ihre Wirkung bei den neuen Wahlen äußerte, machte ein großer Theil der Lords Gebrauch von seinem Vorrechte, eine Protestation in das Buch des Oberhauses einzutragen, welches jedoch dießmal, wie immer in ähnlichen Fällen, ganz allein als bloße Förmlichkeit diente. Bemerkt wurden die Protestationen des Herzogs von Wellington und des Lords Mansfield. Letzterer sprach aus, die Pairskammer sey bei dem Beschlusse nicht frei gewesen, und durch die Drohung einer Pairscreirung in Masse eingeschüchtert worden. Auch am Schlusse der Verhandlung ward dieser Punkt häufig zur Sprache gebracht. Lord Grey widerlegte aber Behauptungen, die ein unbestreitbares Recht der Krone in Frage stellten, welches ohnedem durch einen Beschluß des Unterhauses unter Georg I. mit der Rücksicht sanctionirt war, bei vorfallenden Streitigkeiten beider Häuser, der Krone ein Mittel zu überlassen, die Uebereinstimmung der gesetzgebenden Gewalten durch eine Pairscreirung wieder auszugleichen.*)

Ein auffallendes Zeichen der Nationaldankbarkeit ward hierauf den Ministern erwiesen, welche die Parlamentsreform

*) Dieß war eine der Hauptrücksichten, weshalb das Unterhaus damals, auf Walpole's Antrag, einen Vorschlag des Oberhauses verwarf, das Recht der Krone zur Pairscreirung entweder aufzuheben oder zu beschränken.

entworfen und durchgeführt hatten. Im Reiche ward eine Subscription eröffnet, um den Ministern goldene Becher als Dankgeschenk für die Bill zu überreichen. Damit auch die ärmsten Volksklassen daran Antheil nehmen konnten, durfte die Subscription nur einen Penny betragen, und dennoch waren in Kurzem genügende Summen zur Verfertigung der Becher vorhanden, welche durch eine Deputation der Londoner City den Lords Grey, Brougham, Althorp, Russel etc. als das ehrenvollste Geschenk überreicht wurden, welches seit neuester Zeit englische Minister jemals erhalten hatten.



Zwanzigstes Kapitel.

Auswärtige Politik des Ministeriums Grey. — Verhältnisse Irlands. — Fragen über Aufhebung der Union und die Zehenten.

Natürlich war während der inneren Aufregung aller Parteien an ein entscheidendes Auftreten in äußerer Politik, welches England wegen der inneren Hilfsquellen, der Sicherheit des Staates von Außen, der ungeheuren Seemacht und des noch stets unerschütterten Staatscredites, am wenigsten den Gefahren des Krieges ausgesetzt hätte, durchaus nicht zu denken. Das Verhältniß der Niederlande blieb das einzige, woran entschiedenen Antheil zu nehmen, das Interesse Englands

außer den schon erwähnten Beweggründen, auch deßhalb geboten, da ein lästiger Zwang durch die Eröffnung der Scheldemündungen vom britischen Handel entfernt werden mußte.

Mit Belgien wurde das Verhältniß um so freundschaftlicher, da König Leopold mit den whigistischen Ministern früher in persönlichen Beziehungen gestanden hatte, und mit der königlichen Familie durch Verwandtschaft nahe verbunden war. Die Tories verfochten natürlich das Interesse des Königs von Holland, dessen Königreich der Niederlande theilweise durch die Einwirkung dieser Partei hervorgerufen war; ungeachtet aller ihrer Bemühungen gelang es ihnen jedoch niemals, weder das Parlament noch die Nation für einen Staat zu gewinnen, der von England früher als Nebenbuhler lange Zeit hindurch betrachtet und bekämpft wurde, und welcher jetzt in keiner Art Berührungspunkte der Interessen oder Principien darbot, die Mehrheit der Repräsentation oder des Volkes in irgend einer Art zu gewinnen. Einige Versuche der Tories, durch Bittschriften den Schein der Volksmeinung zu gewinnen, nahmen einen unglücklichen und einmal sogar einen lächerlichen Ausgang; nur die damals wenig gelesenen Organe der Torypartei und einzelne Stimmen im Parlamente ließen sich zu Gunsten Hollands vernehmen.

Gegen Dom Miguel war das Verhältniß gespannt, allein die englische Regierung hatte Sorge getragen, den Infanten in der Art zu schrecken, daß er fernere Gewaltthätigkeiten sich gegen englische Unterthanen nicht mehr erlaubte. Auch befolgte die Regierung eine durchaus vom Verfahren Wellingtons verschiedene Politik, hinsichtlich der vertriebenen Constitutionellen. Bekanntlich hatten die damals herrschenden Tories ihre Vorliebe für den gewaltthätigen Infanten so weit getrieben, daß sie die geflüchteten Portugiesen durch Kanonenschüsse an der Landung in Terceira verhindern ließen, ein Verfahren, das fast alle Engländer, sogar einen Theil der Torypartei, empörte. Lord Grey's Ministerium ließ dagegen den aus Brasilien vertriebenen Kaiser Dom Pedro in England jene Rüstung vorbereiten, welche den Thron seiner Tochter spä-

ter eroberte, und den Anfang der constitutionellen Bewegung auf der Halbinsel bildete.

Grey's hauptsächlichste Politik nach Außen war auf den Frieden gerichtet, dessen Unterbrechung, so lange die Reform unentschieden blieb, für England ein Unglück hätte seyn müssen. Größere Vorsicht im Beginn eines äußeren Kampfes war ohnedem Parteiprincip der Whigs, welche während des Krieges mit der Republik und Napoleon auf die möglichste Isolirung Englands von allen Händeln des Festlandes gedrungen hatten. Von den Radicalen ward dieß Princip durch die Forderung übertrieben, Großbritannien solle sich gänzlich von jeglicher Einwirkung auf die Politik des Festlandes ausschließen, und auch nicht die unbedeutendste Summe, viel weniger Blut, auf fremde Kämpfe und Unternehmungen verwenden, eine Behauptung, von der sie selbst nach einigen Jahren größtentheils zurückkamen. Somit war es den Ministern für den Augenblick beinahe unmöglich, auf Polens Schicksal in irgend einer Weise entscheidend einzuwirken, wie sehr auch einzelne Mitglieder der Regierung dazu geneigt seyn mochten. Außerdem hatte noch niemals eine bedeutende Reibung mit Rußland statt gefunden, um jene allgemeine Stimmung gegen diese Macht zu erwecken, welche für den Beginn eines Krieges von Seiten eines britischen Ministeriums durchaus nothwendig gewesen wäre.

Dieß ward allgemein gefühlt. Lange Zeit unterließ es die Reformpartei, die Angelegenheit Polens zur Sprache zu bringen, und als endlich Oberst Evans mit einem förmlichen Antrag der Art hervor trat, ward sogar allgemein von der Majorität des Unterhauses die Unmöglichkeit empfunden, den Polen in irgend einer Art für den Augenblick zu helfen. Man vermied es sorgfältig, die Regierung durch irgend eine entscheidende Abstimmung zum Handeln zu verpflichten, da man wohl einsah, wie die Möglichkeit des äußeren Krieges den Erfolg der Reform zurücksetzen würde (am 6. August 1831). Höchstens waren die Vorfälle in Polen der erste Grund zu der Abneigung und Erbitterung gegen Rußland, welche durch eine Menge anderer Reibungen später erhöht, nach mehreren

Jahren der Stimmung gleichzukommen schien, wie sie früher gegen Frankreich geherrscht, und so zahlreiche Kriege populär und möglich gemacht hatte. Dieß konnte man wenigstens aus dem Symptome schließen, daß die Organe aller Parteien in Angriffen auf diese Macht seitdem übereinstimmten.

Damals aber blieb das Ministerium mit Rußland im besten Vernehmen. Lord Grey verpflichtete sich zur Auszahlung derjenigen Summen, welche England nach früheren Tractaten dieser Macht zu zahlen hatte, so lange das Königreich der Niederlande ungetheilt bestände. Rußland ward hierdurch theilweise bewogen, der Politik Frankreichs und Englands in Betreff Belgiens sich nicht länger entschieden zu widersetzen. Einen Augenblick war dieß eine Veranlassung zu Spaltungen unter der Reformpartei, welche vielleicht unter andren Umständen, so bald die große Frage des Tages alle Bestrebungen nicht mehr zusammenhielt, auf eine mehr entschiedene Weise ausgebrochen wären.

Während die Aufregung in England und Schottland nach Erledigung der Reformfrage sich sogleich wieder legte, waren die Verhältnisse Irlands nicht der Art, daß man dasselbe auch dort hätte erwarten können. Irland, die Klippe, woran die Popularität und der gute Wille so manches englischen Ministers sich gebrochen hatte, war endlich seit dem Entstehen des katholischen Vereins und des damit verknüpften Erfolges zum Bewußtseyn der Kraft gelangt, die es durch genaue Beobachtung englischer Gesetzesformen, bei der Uebereinstimmung Aller und der Zusammenwirkung der Gesammtkräfte in einem Zweck, unter den bestehenden Verhältnissen besaß. Der seit Jahrhunderten angesammelte Stoff zum Mißbehagen, die Entwürdigung der niederen Volksklassen, der allgemeine Zustand des Unglücks und des Elends, welcher im Gegensatz mit dem blühenden England und dem wohlhabenden und gewerbthätigen Schottland um so bitterer von den verhungernden Irländern empfunden ward, Alles dieß erlaubte nicht, daß die vor der Reform schon bestehende, und während derselben noch erhöhte Agitation sich minderte. Das Mißverhältniß Irlands hatte sich größtentheils durch eigene Schuld der

Nation seit Jahrhunderten gebildet, und bedarf einer längeren Zeit um entfernt zu werden. Die Emancipation war nur der Beginn und wurde viel zu spät gewährt, oder vielmehr der Torypartei durch Furcht entrissen, um eine schnelle Beruhigung oder nur die Hoffnung zu erwecken, von jener werde durch ihr Gefühl der Billigkeit die Abhelfung der übrigen Beschwerden und die Gleichstellung Irlands mit den anderen Theilen des vereinten Reiches zu erlangen seyn.

Die Nation, der letzte und unverfälschte größere Stamm von alt celtischem Blut, heftig aufbrausend, unbesonnen oder wenigstens selten überlegend in Rede und That, und schon deßhalb der Gegensatz zu Engländern und Schotten, konnte sich mit beiden schon aus dem Grunde selten vertragen. Die politischen Verhältnisse kamen hinzu. Zum Unglück für sich selbst blieb sie dem Katholicismus in der Art zugeneigt, daß sie Alles, was damit in England zusammenhing, politische Unterdrückung und eine schmähliche Regierung, mit dem Patriotismus von Wilden verfocht, und unvernünftiger Weise sich zum Werkzeuge gebrauchen ließ, den Engländern Alles, was sie verabscheuten, mit Gewalt der Waffen aufzudringen. Schon vor der Revolution von 1689, unter Elisabeth und während der Bürgerkriege, hatten die Irländer dieß Verfahren schwer gebüßt; außer dem augenblicklichen Unglück eines erbitterten Kampfes, wurde das Eigenthum derer, welche England mit dem Schwerte bekämpften, confiscirt, und Fremden (Nichtiren) oder Protestanten übertragen; tausende von Familien wurden aus reicheren Grundbesitzern zu eigenthumslosen Proletariern, und hinterließen der Zukunft ein Geschlecht, welches gleich Bettlern auf der Gesellschaft lastete. Ein noch größeres Unglück brachten die Irländer über sich durch eigene Schuld, als die Versuche der Krone, unbeschränkte Gewalt zu erwerben und zugleich den Katholicismus zur herrschenden Religion zu machen, König Jacob in die Verbannung gesandt hatten. Ganz Irland, mit Ausnahme der protestantischen Grafschaft Limerik, empörte sich, verfolgte die Protestanten und verheerte ihre Güter, proclamirte Jacob zum zweiten Male als König von England und Schottland, und rief ihn

nach Irland hinüber, um von dort aus mit französischer Hilfe die Herrschaft der Stuarts neu wieder zu begründen.

Die englische Nation wurde aber in um so höherem Grade erbittert, je größere Gefahr ihrer Freiheit von der nahe gelegenen Insel aus gedroht wurde; und als in der Schlacht am Boyne Irland unterlag, ward natürlich den Besiegten der Fuß auf den Nacken gesetzt. Eine ungeheure Menge confiscirter Güter vermehrte auf's Neue die Masse gänzlich verarmter Familien; der Grundbesitz, bei dem Mangel an Industrie das einzige Mittel zum Erwerb, ging, mit Ausnahme einer Grafschaft, damals fast gänzlich in die Hände weniger Protestanten und theilweise von Fremden über, oder ward der Hochkirche ertheilt; alle katholischen Länder Europa's bevölkerten sich mit irischen Flüchtlingen; die katholische Kirche ward gänzlich unterdrückt, und die protestantische durch Gesetze befestigt, welche für den Augenblick in der Natur der Sache lagen, allein später, bei veränderten Verhältnissen, als eine schwere und ungerechte Bürde auf der Nation lasteten; das Parlament, welches die Freiheit des englischen zu unterdrücken bemüht war, obgleich es selbst noch hartnäckiger und heftiger gegen den verjagten König auftrat,*) ward aufgehoben, da es damals die Sicherheit Englands erforderte, Irland nicht als ein verschwistertes Reich, sondern als eroberte Provinz zu behandeln. Somit diente die Revolution von 1689, welche die Freiheit Englands und Schottlands begründete, zur Entwürdigung der dritten Krone, allein durch die eigene Schuld der Nation. Die Fortsetzung dieser stiefmütterlichen Behandlung, welche Irland während der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in demselben Sinne erfuhr, ward bald durch

*) Das irländische Parlament ärgerte den aus England vertriebenen König durch Widerstand gegen seinen Willen in der Art, daß Jacob II. aus Mißmuth über das Haus der Gemeinen die Insel wieder verließ, bevor noch der Kampf entschieden war. Bemerkt wurden seine Worte bei der Abreise: „Gemeinen sind Gemeinen, ob in England oder Irland.“

den Umstand gerechtfertigt, daß der Prätendent in Irland fortwährend einen Heerd für seine Intriguen vorfand.

Auf solche Weise standen sich in Irland zwei Parteien gegenüber, die eine schwach an Zahl, aber mächtig durch Reichthum und Einfluß, von England aus geschützt und gehalten, die andere zahlreich und wenigstens sieben Neuntheile der Bevölkerung bildend, aber bis auf wenige Familien durchaus verarmt und zu Zeiten mit dem Hungertode kämpfend. Beide waren von jeher durch die wilde Heftigkeit des Nationalcharakters zu Gewaltthätigkeiten geneigt; die Einen als Oranienmänner, in eine bewaffnete Yeomanry organisirt, und so oft wie möglich durch die stehende Armee und die Regierung geschützt, die Anderen in den Banden der Whiteboy's im Lande umherstreifend, die Güter ihrer Gegner verheerend und letztere oder protestantische Geistliche ermordend. Irland ward beinahe fortwährend in einem Zustande erhalten, der die Erhaltung einer bedeutenden Truppenmacht, wie sie die Engländer sich niemals hätten gefallen lassen, für die Schwesterinsel nothwendig machte.

Aus diesem stets gespannten und unsicheren Verhältnisse ergab sich ein gegenwärtig noch fortdauerndes Uebel, welches die schon bestehende Armuth in hohem Grade noch vermehrte. Die Grundbesitzer, gehaßt und oft ihres Lebens nicht sicher, zogen es vor, in London zu leben, und entzogen somit dem Lande die hauptsächlichsten Reichthümer, während sie sich niemals oder selten um ihre Güter und Pächter bekümmerten, von denen sie nur so viel wie möglich für den Anfwand in der Hauptstadt des Reichs zu gewinnen suchten. Irland, von jeher ohne selbstständige Industrie, vermochte die ihm so entzogenen Reichthümer selten zu ersetzen.

Nur einmal waren die Parteien der Protestanten und Katholiken vereinigt, um alsdann sogleich auf immer wieder zu zerfallen. Es galt, das verlorene Parlament wieder zu gewinnen, wodurch die gänzliche Abhängigkeit Irlands aufhören mußte. Während des amerikanischen Krieges bewirkte dieß eine allgemeine und plötzliche Bewaffnung der Nation, welche zu schnellem Entschluß und Ausführung sich überhaupt

von jeher geneigt zeigte; das damalige Ministerium erschrak und wagte die Forderung um so weniger abzuschlagen, da die ohnedem damals gegen die Regierung gereizten Engländer das Verlangen durchaus für billig hielten, indem nach dem Verlauf eines Jahrhunderts die Verhältnisse verschwunden waren, welche jenen Zustand der Unterwürfigkeit von Seiten Englands nothwendig gemacht und gerechtfertigt hatten.

Sobald aber das irische Parlament bestand, nahm das Streben der eigentlich nationellen Partei und die Debatten in demselben bald eine Richtung, welche in England selbst die Whigs den bestehenden Verhältnissen Irlands abwendig machte. Der heftige Nationalcharakter erregte oft wiederholte Scenen, welche nicht dazu geeignet waren, das Vorurtheil gegen die irische Nation, welches auf deren blinde Gewaltthätigkeit, auf ihrer Rachsucht und Unbesonnenheit beruhte, zu vermindern oder aufzuheben. Die Verhandlungen des Dubliner Parlaments erregten häufige Tumulte auf den Straßen der Hauptstadt und im Inneren des Landes; sie endeten in beiden Häusern selbst bisweilen mit Gewaltthätigkeiten, gewöhnlich mit Duellen, wobei übrigens die von der Regierung gefallene Partei der Protestanten im Gefühle ihrer natürlichen Schwäche sich mehr zu ihrem Nachtheile auszeichnete, als ihre Gegner, auf deren Seite sich nicht allein die Masse, sondern zugleich alle ausgezeichneten Talente der Nation befanden. Außerdem schlug das irländische Parlament eine, dem Interesse Englands oder des ganzen Reiches durchaus entgegengesetzte Richtung ein; Absperrung Irlands gegen die Industrie, Bekämpfung einer jeden, für das Reich allgemeinen, Maßregel, besonders in Punkten, welche auswärtige Politik betrafen, waren an der Tagesordnung, und veranlaßten in England den beinahe allgemeinen Wunsch, auch diesen Theil des Reiches in ein gemeinschaftliches Band, wie früher Schottland, durch eine Union der Parlamente zu vereinigen.

Uebrigens war durch jene früheren, theils natürlichen, theils nothwendigen Verhältnisse zuletzt ein Zustand geschaffen, welcher die Abneigung der Irländer gegen England wenigstens

in einiger Hinsicht rechtfertigte. Die Zwangsmaßregeln und die Bedrückungen der Katholiken blieben zurück, nachdem längst schon die Generation, welche diese nothwendig gemacht hatte, ausgestorben war; die herrschende und von England begünstigte Partei, welche ihren Wohlstand und ihr Uebergewicht auf die Erhaltung jener Gesetze begründete, und somit als ausschließlich zum Torysmus geführt ward, behauptete fortwährend die feindliche Stellung gegen die Mehrzahl der Nation, und nahm somit zuletzt ein entschiedenes Streben zur Bedrückung an. Die protestantische Kirche, bei der feindlichen Stellung, die sie der Mehrheit gegenüber einnahm, zum Proselytenmachen sicherlich nicht geeignet, und auf das ganze Land in der Art berechnet, daß 7 Millionen Katholiken förmlich ignorirt wurden, ward diesen zur schwereren und ungerechteren Bürde, je mehr Parlaments-Akten*) zu ihrem Schutze erlassen wurden. Außerdem war die Hochkirche nach Art der englischen im armen Irland mit Einkünften reich versehen, und wurde von der Torypartei um so mehr gepflegt, als sie eine bedeutende und bequeme Versorgungsanstalt für ihre jüngeren Söhne darbot. Nach dem Vorgang Englands war auch hier der Zehente zur Erhaltung der Geistlichkeit bestimmt, welche demnach um so gehässiger wurde, als sie mit den halb verhungernden katholischen Pächtern fortwährend bei der Erhebung in unangenehme Berührung kam. Alle diese Verhältnisse mußten um so unangenehmer und drückender empfunden werden, als die höheren und mittleren Classen allmählig in die Bildung Englands hinübergingen, und somit die frühere und gewaltthätige Wildheit abstreiften. Eine Nation, die einen Swift, Burke, Sheridan, Grattan und später Thomas Moore erzeugte, verdiente wohl, daß der Zustand, den sie früher durch eigene Schuld sich zugezogen, allmählig

*) Dazu gehörte vor Allen die Vestry's-Akte, wonach zwei Protestanten, die in einem Kirchspiel wohnten, die Katholiken zwingen konnten, ihnen eine Kirche zu bauen.

entfernt würde. Sie fand auch von nun an bei diesen Bestrebungen in den englischen Whigs eine Stütze, welche früher im Gegensatz der Toryjacobiten, (die Irland zur Rebellion verführten, aber jetzt den dadurch bewirkten Zustand zu ihrem Vortheil aufrecht zu erhalten suchten), die irische Nation bekämpft und förmlich unterworfen hatten. Die Rollen waren im Laufe der Zeiten von Beiden gewechselt.

Als unter diesen Umständen die französische Revolution eine Rückwirkung auf England unter Veranlassung der Reformfrage äußerte, trat auch eine ähnliche, für die Krone von Großbritannien noch gefährlichere, Aufregung in Irland ein. Die schon lange in Thätlichkeiten bei jeder Gelegenheit sich äußernde Erbitterung beider Parteien erweckte gleich anfangs Tumulte, die eine Verstärkung der dortigen Militärmacht nothwendig machten. Die katholische Partei oder wenigstens ihre heftigsten Mitglieder, England schon lange abgeneigt, erstrebte seit Ausbruch des Krieges eine gänzliche Losreißung, und trat deßhalb in Verbindung mit den französischen Regierungen des Conventes und Direktoriums. Die Sache ward offenkundig, und im Dubliner Parlamente erschallten bereits Drohungen bei Gelegenheit der Zehentenfrage, welche, damals schon aufgeregt, am Ende der achtziger Jahre ähnliche Erscheinungen bewirkte, wie während der Aufregung durch die Reformfrage, nach 1830. Natürlich war dieß nicht geeignet, für Irland die Theilnahme der Engländer zu erwerben, welche von jeher fremden Einfluß in inneren Angelegenheiten entschieden zurückwiesen, und auch damals sogar bei offener Empörung die fremde Hülfe verabscheuten, indem die auf der Rhede von Portsmouth empörte Flotte es verschmähte, mit dem Feinde irgend wie in Verbindung zu treten, zu einer Zeit, wo die heftigste Opposition eben so bereit war, einen äußeren Angriff mit Waffengewalt zurückzuweisen, als die entschiedensten Tories. So ließ sich zum Unglück für Irland der heftigste Theil der katholischen Partei zur Rebellion mit französischer Hülfe hinreißen. Durch Unterhandlungen, welche längere Zeit gedauert hatten, war der Aufstand überall in den Grafschaften vorbereitet. Eine Landung des Generals Hoche ward

nach Beruhigung der Vendee in der Bantrim-Bay erwartet, und das katholische Landvolk griff zu den Waffen. Durch ungünstige Umstände ward jene verhindert; ein kleines Corps des Generals Humbert konnte allein die Küste von Irland betreten, genügte jedoch um den Aufstand allgemein zu machen, aber nicht, um ihn kräftig zu unterstützen. England, dessen Kräfte durch den äußeren Krieg bereits auf's Höchste gespannt waren, gerieth in bedeutende Gefahr. Die Erbitterung gegen diesen gesetzlosen Widerstand wandte selbst die Opposition den Irländern ab, und bestärkte jenes Vorurtheil, welches man in Großbritannien gegen die gewaltthätige Wildheit der Iren von jeher hegte. Die englische Nation haßte die empörten Katholiken für den Augenblick noch mehr als die Franzosen, und unterstützte die Bemühungen ihrer Regierung, den Aufstand schnell und wirksam zu unterdrücken. Vergeblich versuchte die gesetzliche Opposition des Dubliner-Parlaments, mit Grattan an der Spitze, welche den Aufstand ebenfalls ohne Erfolg zu verhindern gesucht hatte, die gegen die empörten Katholiken angewandte Strenge zu verhindern oder zu mildern; das Kriegsgesetz ward in Irland proclamirt, der beste General, welchen England damals besaß, Lord Cornwallis, ward zur Bekämpfung der Rebellen abgesandt, die in Kurzem zugleich mit dem französischen Hülfscorps unterlagen. Die orangistische Partei erhielt auf eine längere Zeit das Uebergewicht. Alle Forderungen der Katholiken, ob auch an sich noch so billig, wurden für den Augenblick nicht länger berücksichtigt, und die Masse der irischen Nation durch die Strenge und die furchtbaren Strafen der englischen Kriegsgerichte gemißhandelt (1718).

Pitt benutzte die Gelegenheit, dem irischen Parlamente die bisherige Selbstständigkeit zu nehmen, und es mit dem britischen zu vereinigen. Diese im Sinne zum Vortheil der englischen Nation erstrebte Maßregel ward jedoch auf eine, für die Torypartei und Pitt nicht sehr ehrenvolle Weise durch Bestechung und Einschüchterung im Dubliner Parlamente durchgeführt, und erhöhte somit durch dieß Verfahren den Haß der Katholiken gegen England, so wie die orangistische Partei,

welche dem englischen Minister hiebei hauptsächlich als Werkzeug gedient hatte.

Während die Union die Kraft des britischen Staates um ein Bedeutendes erhöhte, geschah sie in solcher Weise, daß Irland für seine eigenen Angelegenheiten alle Selbstständigkeit verlor, und von nun an der englischen Opposition der Whigpartei, um wenigstens Einiges zu erlangen, sich eng anschließen mußte. Dieß scheint der Grund zu seyn, weßhalb von dem Augenblick an die frühere gewaltthätige und wilde Widersetzlichkeit allmählig aufhörte. Die Taktik, welche die irischen Katholiken von nun an verfolgten, ging von Brook's Whigklub in London aus; die Häupter ihrer Partei, mit den Rednern der Opposition 30 Jahre lang eng verbunden, gewöhnten sich allmählig an das Verfahren, worauf die Whigs ihren Widerstand, der Verfassung und den Gesetzen Englands gemäß, beschränkten, um langsam, aber desto erfolgreicher und sicherer ihre Zwecke durchzuführen. Auch machte die englische Opposition alle Bestrebungen Irlands zu den ihrigen, und Redner zugleich mit der Presse bearbeiteten das englische Volk, um es den Wünschen der irischen Katholiken geneigter zu machen, und die Vorurtheile zu entfernen, welche sowohl wegen der Religion, als auch wegen der früheren Vorfälle, in Großbritannien noch immer vorherrschend waren.

In dem Augenblicke, wo die Union eintrat, ging für die katholische Partei jedoch Alles verloren. Das Verhältniß, worin das irische Parlament sich mit dem englischen vereinigte, war, wie bei dem schottischen, so ungleichartig zum englischen Theil des Unterhauses, daß jeder selbstständige Einfluß der irländischen Mitglieder durchaus verloren ging. Die 100 irischen Mitglieder des Hauses der Gemeinen standen unter den 513 englischen, in Betreff der Bevölkerung, in noch größerem Mißverhältniß, als die 45 schottischen; die 46 irischen Wahlpairs im Oberhause von der irischen Pairie zu Dublin, wie die 16 schottischen in Edinburgh, durch Wahl ernannt, verschwanden unter der Masse der englischen. Außerdem waren die irischen Katholiken vom englischen Parlamente, wegen

der Eide, die sie bei der Aufnahme gegen ihre Religion schwören mußten, durchaus ausgeschlossen, und somit die Aristocratie der an Zahl überwiegenden katholischen Partei von jeder unmittelbaren Theilnahme an der Regierung entfernt. Pitt fühlte gleich anfangs das Unbillige und Verfassungswidrige dieses Verhältnisses, allein seine Bemühungeu, bei der Union dasselbe aufzuheben, scheiterten an Gewissenszweifeln Georg's III., und an der Hartnäckigkeit der Torypartei, worauf er sich damals allein zu stützen gezwungen war.

Unter diesen Verhältnissen war die Union natürlich niemals in Irland populär, und die Abneigung gegen die Maßregel, welche alle drei Inseln in einem Parlament vereinigt hatte, stieg um so mehr, als die Irländer endlich durch den katholischen Verein eingesehen hatten, welche Resultate sie auf verfassungsmässigem Wege erlangen konnten. Es herrschte in der Mitte des Jahres 1830 in Irland allgemein die Ueberzeugung, alle übrigen drückenden Verhältnisse würden um so schneller entfernt werden, sobald der Wille der katholischen Majorität durch die überwiegende Mehrheit der englischen und schottischen Parlamentsglieder nicht länger werde gelähmt werden. Als man die unwiderstehliche Gewalt des Nationalwillens in einem constitutionellen Staate bei Einheit und Festigkeit in den gesetzlichen Schranken durch die Wirksamkeit eines Vereins gesehen hatte, welcher durch die Bestimmungen der Constitution keine politische Macht besaß, hofften natürlich die Katholiken um so sicherere Erfolge von einer Versammlung, welche im Besitz der parlamentarischen Gewalt, eine desto größere und entscheidendere Wirksamkeit ausüben würde. Die Auflösung der Union ward somit die nächste Bestrebung der Katholiken, um so mehr, als die Whigpartei erst kürzlich zur Gewalt gelangt war, und jene noch nicht wissen konnten, in wie fern die englischen Reformer, den theilweisen Vorurtheilen ihrer Nation entgegen, die Bestrebungen der irländischen Katholiken unterstützen würden.

Unmittelbar nach der Julirevolution brachte somit O'Connell die Aufhebung der Union in Anregung. Bei dem ungeheuren Ansehen, das er während des katholischen Vereins

schon besessen hatte, und welches durch das Vertrauen auf seine Gewandtheit und Einsicht, wie es der Sieg der Emancipationsfrage ihm erworben, noch erhöht wurde, war es ihm ein Leichtes, die ganze Masse der 7 Millionen Katholiken, welche der Verein in der Art disciplinirt hatte, daß sie sämmtlich O'Connell's Winken bereitwillig gehorchten, in Kurzem für diese Angelegenheit in allgemeine Bewegung zu setzen.*) O'Connell forderte in einer Versammlung zu Dublin die Irländer auf, einen Verein nach der Art des katholischen mit besonderer Kasse und einem bleibenden Ausschuß für die Auflösung der Union zu bilden, und als ihm die Regierung, der Aufhebungsakte des Katholikenvereins gemäß, dieß untersagte, war er im Begriff, die Sache unter anderer Form zu versuchen,

---

*) Dieses schnelle Bewußtseyn von dem wirksamen Einflusse eines Mannes, und die augenblickliche Unterwerfung unter dessen Willen im Gegensatz zur Regierung, scheint überhaupt für die irländische Nation charakteristisch. Schon einmal zeigte sich ein ähnliches Beispiel in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, bei einem Manne, der hervorragend durch Geist und Gewandtheit der Feder, ob auch Protestant und Tory, die ganze Bevölkerung Irlands am Faden leitete, und zuletzt in der „Schwesterinsel" förmlich regierte, ob ihm gleich nur die Presse, und weder ein Parlament noch die anderen Mittel, mit denen O'Connell seine Agitation durchführte, zu Gebote standen. Es war Swift. Dieser, Dechant von Dublin, besaß zu viel Ehrlichkeit und Anhänglichkeit an sein Geburtsland, um die Sache seiner Landsleute, obgleich Protestant, nicht mit Eifer zu ergreifen. Seitdem er eine Spitzbüberei Walpole's, die Irländer durch Münzverfälschung zu betrügen, durch eine zugleich witzige und beredte Schrift vereitelt hatte, hing das ganze Volk so sehr an ihm, und gehorchte jedem seiner Winke in der Art, daß die Engländer den berühmten Schriftsteller, wie später O'Connell, mit dem Namen „der König des irischen Pöbels," (The king of the Irish mob), bezeichneten. Uebrigens war auch die Gewalt Swift's in seinem Vaterlande wirklich ausgedehnter und entschiedener, als die des englischen Ministeriums, oder des Lord Statthalters (Lord Lieutenant). Zum Unglück Irlands war es Grattan nicht möglich, in den neunziger Jahren sich einen ähnlichen Einfluß zu erwerben.

als das Ministerium Wellington sich auflöste, und die Reform-crise eintrat.

In der damaligen allgemeinen Aufregung blieb Irland natürlich nicht zurück; die Whigs bedurften der irländischen Mitglieder, welche sich ihnen auch aufrichtig, nicht allein wegen des liberalen Princips im Allgemeinen, sondern auch wegen des Umstands anschlossen, daß die unverhältnißmäßige Zahl der Repräsentanten Irlands ihren Wünschen gemäß, in der Reformbill verändert wurde. Die Trennung Irlands von England, oder die Wiederherstellung des selbstständigen irischen Parlaments ward aber von der Partei, die O'Connell repräsentirte, nicht aufgegeben, und diese schien für den Augenblick sogar allgemein die Hoffnung zu hegen, der Zeitpunkt, sie in's Werk zu setzen, sey gekommen. Allein die Regierung der Whigs zeigte sich hier als wahrhaft britisch; sie trat den Versuchen, jenen Zweck in's Werk zu setzen, mit aller Kraft entgegen, und fand in der allgemeinen Ueberzeugung der Engländer eine sichere Stütze. Die Nation, mit Rückblick auf die Vergangenheit, sah sehr wohl ein, wie die Kraft des Staates um ein Bedeutendes gelähmt werden mußte, und gab durch entschiedene Erklärungen bei mannigfachen Gelegenheiten den Ministern die Ueberzeugung, daß sie bei Strenge und selbst bei rücksichtslosem Verfahren in dieser Hinsicht, von der öffentlichen Meinung nicht im Stich gelassen würden. Somit verfuhr der neue Lord Statthalter, Marquis von Anglesea, welcher wegen seiner früheren Popularität in Dublin, während der Emancipationsfrage, vom Ministerium Grey dieß höchste Amt wieder erhalten hatte, mit Stanley, damals irischem Sekretär, auf dieselbe Weise, wie sein Vorgänger, Herzog von Northumberland, unter der Verwaltung Wellington's. Alle Vereine, welche die Auflösung der Union bezweckten, wurden untersagt. Uebrigens fanden sich auch unter den irischen Katholiken Männer von bedeutendem Ansehen, welche allgemeinen britischen Patriotismus zur Genüge besaßen, um den Bestrebungen O'Connell's nicht entgegen zu treten. Unter diesen war besonders Shiel bemerkenswerth, der zweite ausgezeichnete Redner und Agitator des katholischen Vereins, der

zwar nicht so viel Schlauheit, Gewandtheit und Einfluß wie O'Connell, allein sicherlich eine größere Beredsamkeit besaß. Seine Stimme wurde übrigens nur im Parlamente, aber nicht in Irland bemerkt.

O'Connell war jedoch zu hartnäckig, und zugleich in den Förmlichkeiten der englischen Gesetze als ein alter Advokat zu wohl erfahren, um seine Bestrebungen, nach dem Mißlingen des ersten Versuches, aufzugeben. Er erneuerte seinen Versuch, eine Association zu bilden, unter verschiedener Form, allein jedesmal trat ihm der Lord-Lieutenant und Stanley, der sich vielleicht bei dieser Gelegenheit durch zu große Heftigkeit hinreißen ließ, mit einem Verbot entgegen. O'Connell benutzte zugleich außerdem jegliches Mittel, das ihm zur Agitation zu Gebote stand, deren Wirksamkeit er schon früher zur Genüge erprobt hatte. Außer der Presse diente ihm vorzüglich die Kanzel und der Beichtstuhl der Katholiken als Werkzeug, um die Aufregung in der Art zu vermehren, daß ein offener Aufstand, zu einem Zweck, der ausgeführt, als ein Unglück für Großbritannien gelten mußte, als nahe erschien. Unter diesen Umständen mußte die Regierung energisch handeln, und die Unterstützung, die ihr O'Connell im Parlamente bei der Reformfrage mit dem größeren Theil der irländischen Mitglieder, für den Augenblick erweisen konnte, auf's Spiel setzen. O'Connell hatte in seiner gewöhnlichen heftigen Sprache eine Proclamation an die Irländer erlassen, worin er sie aufforderte, mit jedem „gesetzlichen" Mittel den Zweck, die Trennung von England, zu verfolgen, worin er die Regierung des Marquis von Anglesea als despotisch erklärte u. s. w. Die Masse der irländischen Proletarier war ihm gefolgt, allein theilweise in einer Art, wie es O'Connell nicht gewünscht haben mochte; in einzelnen Grafschaften kamen die längst vergessenen Whiteboys wieder zum Vorschein, verheerten die Güter der Grundbesitzer, ermordeten Geistliche u. s. w. Als Antwort auf die Proclamation O'Connell's erließ die Regierung einen Verhaftsbefehl am 18. Januar 1831. Die Bank der Richter erklärte, es sey Ursache zur Hochverrathsklage vorhan-

den, und O'Connell wurde nur gegen Caution wieder freigegeben.

Am 8. Febr. mußte ihm die Sitzung des Unterhauses beweisen, wie sehr sein Streben dem ersten durchaus nationalen Parlamente seit länger als 50 Jahren verhaßt war. Es war die einzige Sitzung, worin alle Parteien übereinstimmten. Sir Charles Wetherell, Sir Robert Peel, Lord Althorp, Sir Francis Burdett, sogar Joseph Hume sprachen sich entschieden gegen das rebellische und Großbritannien zum Unglück gereichende Streben aus, und schienen, im Nothfall einen Bürgerkrieg jener Maßregel vorzuziehen, welche die Lähmung der Staatskraft und eine Verminderung der äußeren Macht Großbritanniens nothwendig hätte bewirken müssen. Zugleich aber zeigte sich die Regierung willig, die gerichtliche Verfolgung aufzuheben, sobald der einflußreichste aller irischen Deputirten sein Streben, die Union aufzulösen, aufgeben werde. O'Connell, der überhaupt als wahrer Irländer von jeher sich dadurch erwies, daß die Leidenschaft des Augenblicks ihn zu Aeußerungen und persönlichen Angriffen hinriß, die er später bei kälterem Blute widerrufen mußte, gab jenen Zank auf, und erklärte zugleich, er habe die von den Gesetzen gezogene Schranke überschritten. Hierauf ließ die Regierung ihrerseits die Anklage fallen, und gab sogar in so ferne nach, daß Stanley, welcher durch sein entschiedenes und sogar heftiges Auftreten sich schon damals mit den irischen Katholiken durchaus veruneinigt hatte, sein Ministerium wechselte, und für das Amt eines Sekretärs von Irland, das Ministerium des Colonialsekretärs erhielt.

Somit war das wahrhaft antibritische Streben einer Auflösung der Union durch die Festigkeit des Whigministeriums entschieden gebrochen; zugleich ward aber auch den Irländern ein Ersatz für den Verlust der früheren Selbstständigkeit geboten. Lord Althorp, und nach ihm mehrere Minister und Redner, erklärten schon damals, eine Ausgleichung der bestehenden Mißverhältnisse, und eine Gleichstellung Irlands mit Großbritannien verfechten zu wollen.

Die Verhältnisse Irlands waren aber nicht der Art, daß eine schnelle Beruhigung hätte statt finden können, wie dieß

in England bald darauf der Fall war. Die früher von den Tories gehaltene und geschützte Partei, verhinderte dieß eben so sehr, als O'Connell und sein ganzer Anhang. Jene Orangisten, welche den so ungestümen und gewaltthätigen Nationalcharakter eben so wohl von jeher erwiesen, wie ihre Gegner, die um so heftiger ihre Wuth im Dubliner Parlamente äusserten, je mehr sie durch ihre Schwäche der Gegenpartei unterlagen, hatten durch die Rebellion von 1798 ein Uebergewicht erlangt, welches sie mit der Leidenschaft von Wilden ihre Gegner fühlen ließen. Castlereagh, der seiner Geburt und seiner Gesinnung nach zu dieser „Schaar von Verrückten" (set of madmen) gehörte, hatte seit 1815 dieses gewaltsame Uebergewicht so viel als möglich erhalten, das Feuer, wo er nur konnte, angeschürt, und bei seinen beschränkten Begriffen das einzige Gegenmittel in Militärgewalt gefunden. Als nach dessen Tode jenes Verfahren aufhören mußte, da nicht allein die Whigs, sondern eine zahlreiche Fraction der Tories mit Canning an der Spitze, den zunächst liegenden Zweck der Irländer, die Katholiken-Emancipation, unterstützte, gerieth die Partei in eine wüthende Erbitterung, die um so mehr stieg, je genauer ihre Gegner sich an die Formen der Gesetze hielten. Die orangistische Partei hatte zu jener Zeit, so wie später, die Frechheit, eine Rebellion, wie 1798, herbeizuwünschen, um ihre alleinige Herrschaft, wie zu jener Zeit, auf Gewalt der Waffen durch Hülfe englischer Truppen, begründen zu können. So bestand die Partei, als das Whigministerium 1830 eintrat. Natürlich war ihr diese, damals durch Nothwendigkeit zur Herrschaft berufene Partei durchaus abgeneigt. Der Lord Lieutenant sah sich bald genöthigt, ihren Versammlungen, Processionen und andern zur Aufregung dienenden Mitteln auf dieselbe Weise entgegen zu treten, wie O'Connell und seinem Anhang.

Bei dieser gegenseitigen Erbitterung waren natürlich die Umstände nicht sehr geeignet, das frühere Vorurtheil der Engländer gegen Irland zu entfernen. Auch war O'Connell, welcher ganz Irland in Wirklichkeit repräsentirte, noch nicht der Mann, um auf der andern Seite eine festere Stellung in der Meinung der

Nation oder im Parlamente einzunehmen. Die Heftigkeit seines Volkes riß ihn fortwährend zu Aeußerungen hin, die er später bei kälterem Blute widerrufen mußte; ihm fehlte die kalte und hartnäckige Festigkeit des Engländers, welcher sogleich seines Zweckes sich bewußt ist, um ihn niemals aufzugeben, und welcher die Erbitterung gegen Sachen und Personen genau zu trennen versteht; erst später erlangte er durch längeren Sitz im Parlamente, durch immerwährenden Verkehr mit den Whigs und durch häufige Zurechtweisungen, die sogar mitunter von den radicalsten Zeitungen ausgingen, jenen Tact der ruhigen Festigkeit, welcher allein im britischen Parlamente einen dauernden Einfluß erwirbt. Uebrigens kam noch ein anderer Umstand hinzu, um den sogenannten und auch wirklichen Repräsentanten in den Augen der Engländer herabzusetzen, die O'Connell's-Rente. O'Connell selbst, ohne größeres Vermögen, besaß nicht die Thätigkeit Brougham's, um neben seiner politischen Wirksamkeit zugleich sein früheres Geschäft vor den Gerichtsschranken auszuüben. Er nahm ein Anerbieten der Häupter seiner Partei an, welche ihm durch eine allgemeine Collekte Ersatz seines Einkommens zu verschaffen versprachen, im Fall er seine Thätigkeit nur allein den Angelegenheiten seines Vaterlandes widmen wollte. Dieß war aber nicht dazu geeignet, die Achtung der Engländer ihm zu erwerben, deren Begriffen vom Gentleman es durchaus widerstreitet, daß irgend ein Parlamentsglied Vergütigung von seinen Committenten oder von den niederen Volksklassen für einen Sitz annimmt, welcher, als die höchste Ehre betrachtet, nach den Begriffen der strengsten Rigoristen durchaus ohne persönlichen Vortheil, sowohl von Oben als von Unten, nur der Ehre und des Einflusses halber, eingenommen wird. Die Times, damals entschieden ministeriell, und das einzige Blatt, welches ohne Princip und ohne feste politische Ansicht von jeher dem Strome folgte, und jeglichem Vorurtheile der Engländer zu schmeicheln gewohnt war, bezeichnete deßhalb O'Connell schon damals in ihrer gewöhnlich derben und oft gemeinen Weise, mit dem Namen des irischen Bettlers, (Irish beggar). Mag die Sache an sich noch so sehr zu rechtfertigen

seyn, O'Connell hätte besser gethan, diesen Verstoß gegen die englische Sitte zu unterlassen; er hat sich selbst, seiner Partei und den Whigs, die mit ihm allmählich verbunden wurden, sicherlich eben so sehr dadurch geschadet, wie durch sein Geschrei über Aufhebung der Union. Sein Einfluß in Irland dagegen mochte vielleicht eben durch die ungünstige Meinung, die man in England von ihm faßte, noch mehr erhöht werden; er war bald darauf im Stande, die Regierung auf constitutionelle Weise in bedeutende Verlegenheit zu setzen, indem er einen so heftigen Zudrang zur Bank in Dublin, um Noten zu wechseln, verursachte, daß der Staatscredit Irlands in Gefahr gesetzt wurde. Dieser Andrang hörte jedoch sogleich wieder auf, als er, durch Versprechungen des Ministeriums beruhigt, die Erklärung abgab, das Zutrauen könne sich wieder herstellen, und den Irländern somit rieth, dieß Mittel, die Regierung in Verlegenheit zu setzen, für jetzt aufzugeben.

Nachdem die Aufregung über Aufhebung der Union sich gelegt hatte, erstand sie, bei dem unglücklichen Zustande des Landes sogleich wieder, aber unter anderer Form. Dießmal war die Gelegenheit gerechter, und betraf nur eine besondere Angelegenheit Irlands, so wie ein aus der älteren Zeit überliefertes Verhältniß, welches für England die frühere Bedeutung verloren hatte, und nur zum Vortheil Weniger noch fortdauerte, wobei also auch die Whigs kein Bedenken trugen, sich den Bestrebungen O'Connell's und seiner Partei, dem grösseren Theile nach, sogleich anzuschließen. Dieß war das Verhältniß der protestantischen Kirche und vor Allem der Zehente, welchen die Katholiken zur Unterhaltung derselben bezahlen mußten. Außer der Gehässigkeit einer Abgabe, die zur Erhaltung des Glanzes der in Irland niemals heimischen Hochkirche von einer Bevölkerung anderer Religion erhoben ward, wurde das Drückende der Abgabe, wegen der allgemeinen Verarmung der Ackerbau treibenden Bevölkerung, um so schwerer empfunden. Bei der noch immer fortdauernden Abwesenheit der orangistischen Gutsbesitzer, welche die Einkünfte ihres Grundeigenthums an Spekulanten in der Regel verpachteten, die dann rücksichtslos die katholischen Pächter so

viel wie möglich auszusaugen suchten, bei dem Mangel an Armengesetzen, wodurch die gänzlich verarmte Bevölkerung wenigstens vor dem Verhungern, wie in England, gesetzlich gesichert war; bei dieser allgemeinen Dürftigkeit wurde natürlich die protestantische Geistlichkeit um so verhaßter, als sie das Letzte, welches den Katholiken von ihrer Einnahme verblieb, jedem Einzelnen schon lange entzogen hatte. Hiezu kam noch die Art der Erhebung; die Geistlichen, um die unangenehme Berührung mit Leuten anderer Religion zu vermeiden, hatten in der Regel diesen Theil ihrer Einkünfte an Spekulanten, wie die abwesenden Grundbesitzer, verpachtet, und jene, um so viel Nutzen als möglich von der Handelsunternehmung zu gewinnen, pflegten die Pächter bis auf's Aeußerste zu drücken. Das Mißverhältniß war so empörend geworden, daß die irischen Katholiken einer unbedingten Unterstützung der Whigs gewiß waren. Am 15. December 1831 ward auf Lord Melbourne's Antrag ein Ausschuß vom Oberhause ernannt, dessen Untersuchung einer zukünftigen Bill über die Erhebung der Abgabe zur Grundlage dienen sollte.

Bevor jedoch Vorbereitungen zur gesetzlichen Abhülfe des Uebels getroffen waren, hatte bereis die Masse der Irländer nach dem schlauen Rath des in den Gesetzen durchaus erfahrenen Agitators, ein Verfahren begonnen, wodurch eine allgemeine Erhebung jener Abgabe unmöglich, und die protestantische Geistlichkeit ihrerseits dem Verhungern ausgesetzt wurde. Die Irländer, nach dem Rath ihrer Führer, hörten plötzlich auf, den Zehenten zu bezahlen. Ein Verein, welcher ein allgemeines Zusammenwirken auf der Insel wie der katholische hätte bewirken können, war allerdings nicht vorhanden, allein hier genügte die Presse und der Einfluß der katholischen Geistlichkeit, deren Gewalt auf 7 Millionen Irländer um so grösser war, je fester diese wegen der Bedrückung der orangistischen Protestanten an ihrer Religion hielten, und mit ihren ärmeren, so wie dem größern Theil nach auch höchst achtbaren Priestern in immerwährender Berührung standen. Der protestantischen Geistlichkeit blieb nichts anderes, als rechtliche Hülfe übrig, allein diese war nutzlos; sobald ein Katholik

ausgepfändet war, durfte Niemand von den 7 Millionen es wagen, das ausgebotene Gut zu kaufen. Das Leben der Gerichtsbeamten, welche mit der Auspfändung beauftragt waren, schwebte in immerwährender Gefahr; sobald eine solche statt fand, drohte fast jedesmal ein Aufstand; in Cork waren einst 10,000 bewaffnete Bauern gegenwärtig, als das Vieh eines Pachters zur Bezahlung des Zehenten ausgeboten wurde; kein Katholik, sogar nur selten ein Protestant, trat bei ähnlicher Gelegenheit als Käufer auf; die, welche es wagten, waren von jeder gesellschaftlichen und bürgerlichen Berührung gänzlich ausgeschlossen; es schien, ein geheimnißvolles Tribunal, dem auf der Stelle gehorcht würde, übe größere Gewalt, als die Regierung und die gesetzlichen Behörden, und dennoch lag jenes Verfahren in den Formen der Gesetze offen vor den Blicken Aller da; ein allgemeiner Schrecken ergriff die Orangisten der niedern und mittlern Stände; kurz, der Gewandtheit O'Connell's war es gelungen, auf friedlichem und gesetzlichen Wege einen Zustand der feindlichen Geistlichkeit herbei zu führen, der zehnmal schlimmer war, als die ärmlichen Verhältnisse der katholischen, durch die Anhänglichkeit ihrer Religionsgenossen unterhaltenen Priester. Die protestantischen Pfarrer der Hochkirche, die ihre Stellen als Sinekuren unter den Toryministerien größeren Theils erhalten hatten, fanden Ursache, ihre Stellung zu verwünschen. Alle wurden unter den Umständen, von den Spekulanten, die ein Handelsgeschäft mit den Zehenten trieben, plötzlich im Stich gelassen, und der größere Theil sank vom Ueberfluß plötzlich zur Armuth zurück. Außerdem schlossen sich die calvinistischen Protestanten (Presbyterianer), die besonders in der Grafschaft Limerik zahlreich, wohlhabend und einflußreich waren, den Bestrebungen der Katholiken, deren Billigkeit sie anerkannten, aufrichtig an, und gaben somit einen neuen Beweis, der seit dritthalb Jahrhunderten erprobten Erfahrung, daß diese religiöse Partei in Großbritannien durch Toleranz und politisches Billigkeitsgefühl von jeher vor Allen sich auszeichnete.

Die Erhebung des Zehenten war somit durch O'Connell vereitelt. Stanley erklärte am 16. Dember 1831 im Unter=

hause, die Regierung könne gegen diesen passiven Widerstand der Irländer, welcher sich in den Schranken des Gesetzes halte, Nichts ausrichten; es sey O'Connell und seiner Partei gelungen, die Abgabe dem größern Theil nach aufzuheben, bevor dieß noch gesetzlich bestimmt wäre. Eine Maßregel des Parlaments zur Ausgleichung der Frage schien also damals durch die herbei geführten Umstände eben so wünschenswerth für die katholischen Pächter, als für die irisch-protestantische Geistlichkeit.

Im Jahre **1831** war aber O'Connell noch nicht im Stande, das Verfahren der Irländer in der Art zu leiten, daß durchaus keine Reibung mit den britischen Gesetzen hätte statt finden sollen. Die Generation, welche **1798** eine Rebellion begonnen hatte, und welche sich der Mißhandlungen, die sie von den Orangisten und den Kriegsgerichten damals erduldete, lebhaft genug erinnerte, war noch nicht ausgestorben. Die Ermahnungen der Parteihäupter, welche den Irländern die Nothwendigkeit einer entschiedenen Ruhe und Festigkeit mit jedem Tage eindringlicher machten, sogar die Gewöhnung an die schnell ausgeübte Polizei des katholischen Vereins *), war noch nicht zur Genüge durchgedrungen, um die frühere Gewaltthätigkeit gänzlich zu verhindern. Die Whiteboys erschienen auf's Neue, um Widerstand gegen das allgemeine Verfahren, in Hinsicht des Zehenten, blutig zu rächen. Besonders fand dieß in einzelnen Grafschaften statt. Einzelne Irländer, welche, dem Allgemeinwillen entgegen, die ausgebotenen Güter der Pächter, die den Zehenten nicht entrichteten, erstanden hatten, wurden häufig ermordet, die Wohnungen der anglicanischen Geistlichen loderten in den Flammen auf; die Beamten, welche den Zehenten einforderten, waren ihres

*) Der Verfasser der „Briefe eines Verstorbenen" welcher während des katholischen Vereins Irland bereiste, erzählt mehrere interessante Beispiele der Art. So wurden Betrunkene und Ruhestörer bei allgemeinen Versammlungen mehrere Male vom irischen Pöbel, auf O'Connell's Befehl, zur Strafe in's Wasser getaucht.

Lebens nicht sicher; kein irländischer Katholik legte Zeugniß in diesen Angelegenheiten gegen seine Religionsgenossen ab; die Jury wurde von Parteischwindel in der Art hingerissen, daß ein richtiger Urtheilsspruch sowohl von Katholiken, wie von anglikanischen Protestanten unmöglich ward; kurz, der gesetzliche Zustand war der Auflösung nahe, ob auch die Form im Ganzen noch nicht verletzt war. Die wüthenden Orangisten bildeten im Gegensatz der Katholiken Klubs und Vereine, die zum augenblicklichen Schutz berechnet, von der Regierung nicht gehindert werden konnten; auf beiden Seiten schien das Feuer des Bürgerkrieges unter der Asche zu glimmen. Vergeblich donnerte O'Connell gegen das gesetzlose Treiben der Whiteboys und gegen die zuletzt täglich vorfallenden Gewaltthätigkeiten; sein Wort war für den Augenblick ungenügend, und das Einschreiten der Regierung nothwendig. Das Ministerium konnte deßhalb nach dem Vorgang in England, vor der Reformbill, über das zu befolgende Verfahren nicht zweifelhaft bleiben; sogar einige irländische Katholiken (Shiel), sahen die Nothwendigkeit von Zwangsmaßregeln ein, und diese waren somit die ersten, womit das Ministerium nach Auflösung des letzten, im alten System zusammengesetzten Parlaments, und nach der Wahl eines neuen reformirten mit Erfolg hervortrat.



Einundzwanzigstes Kapitel.

Frankreich.

Politische Gesellschaften — Republicanische und carlistische Unruhen. — Budget. — Besetzung Anconas in Folge neuer Unruhen im Kirchenstaate. — Die Cholera in Paris. — Perrier's Tod. — Aufstand der Vendée nach der Landung der Herzogin von Berry. — Republicanischer Aufstand zu Paris und Belagerungsstand. — Verhaftung der Herzogin von Berry.

Während der Kampf über die Reform sich in England entschied, zeigte sich in Frankreich der Zwiespalt unter allen Parteien in der Art, daß die herrschende Mittelklasse, um den von ihr erstrebten und herbei geführten Zustand zu begründen und zu erhalten, allmählig zu Zwangsmaßregeln und zu einem Verfahren hingerissen wurde, welches selbst in ihrer Mitte Befürchtungen über eine eingetretene Reaction erweckte. Die Partei der Bewegung zeigte sich der bestehenden Ordnung, seit den ersten Monaten der Kammersession, in der Art abgeneigt, daß eine größere Zahl der bisherigen Anhänger der Linken den Republikanern sich anschloß; die Unzufriedenheit der niederen und eines Theils der mittleren Volksklassen, theils durch die Stockung der Gewerbe, theils durch die für den Augenblick nothwendige Last der Abgaben, theils auch durch die äußere Politik bei einer Nation veranlaßt, die voll von feuriger Leidenschaft und Phantasie in einzelnen Zeitpunk-

ten stets geneigt war, den augenblicklichen wie den dauernden Vortheil für Principe und für den Glanz des Kriegsruhms aufzuopfern, ein durch alle diese Ursachen veranlaßtes Mißbehagen führte zahlreiche Anhänger den politischen Gesellschaften zu, welche durch offene und geheime Mittel den Umsturz der Regierung offen bezweckten, allein bei den constitutionellen Verhältnissen Frankreichs nicht eher unterdrückt werden konnten, als bis sie durch offenen Aufstand ihre Bestrebungen hinlänglich bewiesen hatten. Vor Allen machten sich hierin die Gesellschaften der Menschenrechte (société des droits de l'homme), und der Volksfreunde (société des amis du peuple), bemerkbar, welche, größtentheils aus Arbeitern der niederen Stände bestehend, die Grundsätze der früheren Jacobiner in der Art aussprachen, daß die Partei des National es für nothwendig fand, sich von ihnen zu trennen. Sie hatten sich über alle größeren Städte Frankreichs ausgebreitet, vorzüglich in denen, wo die Fabrikarbeit eine Masse Proletarier versammelt hatte. Vergeblich suchte die Regierung gleich anfangs diese Gesellschaften durch Anklagen zu unterdrücken; so lange kein offener Aufstand als Grund zur gerichtlichen Verfolgung vorlag, sprach die Jury die Beschuldigten frei, (am 14. Januar 1832), und bestätigte somit ihr gesetzliches Bestehen. Zugleich aber erwies die Jury den festen Willen der Mittelklassen, jeden gesetzwidrigen Ausfall gegen die bestehende Gewalt zu bestrafen. Die verantwortlichen Redacteure der Tribüne, welche in ihren Angriffen auf die Person des Königs die gesetzmäßigen Schranken oft genug überschritten, wurden bald darauf verurtheilt. Die Regierung zeigte überhaupt von nun an eine entschiedene Feindlichkeit gegen die republikanische Presse, während sie die der dynastischen Linken niemals durch Anklage verfolgte; ihre Maßregeln hinsichtlich der ersteren waren allerdings oft genug rechtlich begründet, allein der General-Procurator Persil, ein Mann von Talent aber höchst leidenschaftlichem Charakter, ließ sich hiebei oft zu Schritten und Aeußerungen verleiten, welche der Regierung unangenehme Niederlagen verursachten. So scheiterten anfangs alle seine Bemühungen an der Gewandtheit und

Festigkeit des National, dessen Redacteur durch die Gesetze das Recht besaß, seine politische Meinung offen auszusprechen, allein zu sehr die Verhältnisse und die allgemeine Stimmung der Mittelklassen kannte, um durch offene Aufforderung zum gewaltthätigen Widerstande sich selbst und seine Partei bloß zu stellen.

Der Regierung Perriers gelang übrigens die Aufhebung der Gesellschaft der Saint-Simonisten, welche, auf Theorieen gegründet, die dem Volke unverständlich blieben, keinen größeren Einfluß besaßen, und deren Ansehen gleich anfangs nach der Julirevolution, so bald sie auftraten, durch Spöttereien über ihre Bestrebungen, womit alle Parteien der Nation sie überschütteten, gelähmt wurde. Jene, merkwürdiger Weise von einem Mitglied des ältern französischen Adels angeregte Gesellschaft, welche die äußersten Principien von radicalen Nationalökonomen, und sonderbare Begriffe von der Freiheit der Frauen in eine religiöse Form zu zwingen suchte, konnte schon deßhalb bei einer Nation keinen Haltpunkt erlangen, welche von jeher sich der geselligen Verhältnisse zu genau bewußt war, um allgemeine Theorieen, die diesen durchaus widerstrebten, mit Eifer aufzugreifen, wenn dieselben nicht zur Entfernung der augenblicklich drückenden Verhältnisse dienten, oder wenn der Versuch, sie durchzuführen, die Befriedigung der vorherrschenden Leidenschaft nicht bezweckten. Die Gesellschaft, welche allerdings talentvolle Männer, wie einige der früheren Herausgeber des Globe, und den später als Schriftsteller rühmlichst bekannten Lechevalier in ihrer Mitte zählten, trat in hierarchisch-religiösen Formen auf, welche bei der allgemeinen Indifferenz der Mehrzahl über religiösen Cultus, keinen andern Eindruck, als den des Lächerlichen machten, während ihre socialen Grundsätze zugleich nicht geeignet waren, eine dauernde Uebereinstimmung in ihrer Gesellschaft selbst zu erhalten. Ihre Principe betrafen das Eigenthum und das Verhältniß der Ehe. Hinsichtlich des ersteren galt ihnen nur der durch individuelle und eigene Industrie erworbene Besitz als auf Vernunftrecht begründet, der erbliche als vernunftwidrig; letzterer war somit, nach jenen Grundsätzen

zum allgemeinen Eigenthum der Gesellschaft, und dazu bestimmt, dieser wieder anheimzufallen. Was den andern Punkt betrifft, so erregte ihre Theorie von der Freiheit der Frauen anfangs Gelächter, und bald darauf scandalöse Vorfälle, die nicht dazu geeignet waren, der neuen Sekte die Achtung der Mittelklassen zu erwerben. Diese Saint-Simonisten suchten nach Art einzelner religiöser Gesellschaften, wie in Nordamerika, ihre Grundsätze durch einen Verein in's Leben zu rufen, worin die einzelnen Mitglieder ihr Vermögen in die Gesammtmasse zusammentrugen; so lange Reichere sich vorfanden, welche diesem Zweck entsprachen, hatte natürlich die Gesellschaft günstigen Fortgang, war aber in Kurzem ihrer Auflösung nahe, sobald die individuellen Neigungen und Zwecke mit der Mehrheit in Widerspruch geriethen. Die Maßregeln Perrier's beschleunigten die gänzliche Trennung.

Nach Warschaus Einnahme entstand in Frankreich beinahe überall eine bittere Stimmung gegen die Regierung, welche sich sogar der Partei mittheilte, die das System der richtigen Mitte bisher gehalten hatte. In dem Augenblicke, wo die Kunde vom Untergange des polnischen Königreichs anlangte, wurden die Verhältnisse, welche die Theilnahme Frankreichs an dem Kampfe unmöglich gemacht hatten, übersehen; sogar die Bürgerklassen, nach deren Parteiansicht die Regierung gehandelt hatte, ließen ihren Unwillen laut werden. In Paris entstanden Tumulte, so wie die Nachricht vom Fall der Hauptstadt dort anlangte; auch die Armee schien bei dem Schicksal ihrer früheren Waffenbrüder nicht gleichgültig; die in Frankreich einen Zufluchtsort suchenden Polen wurden von der Bevölkerung überall mit der größten Theilnahme empfangen. Die Rückkehr des Generals Romarino verursachte in Paris eine Emeute, bei welcher Blut vergossen wurde; allein Alles dieses ging ohne gewichtigere Folgen vorüber. Die Regierung empfing die Polen mit einer Großmuth, wie sie früher kein Staat gegen politische Flüchtlinge, weder England gegen die französischen und spanischen Emigranten, noch andere europäische und amerikanische Staaten gegen Vertriebene jemals geäußert hatten. Auf den Antrag der Regierung bewil-

ligte die Kammer anderthalb Millionen Franken zu ihrer Unterstützung, und gewährte somit Allen ein sicheres Asyl in Frankreich. Viele besaßen den Stolz, die Unterstützung auszuschlagen. Andere suchten einen Erwerb in der durchaus freien und ungebinderten Industrie; ein großer Theil, durch den Verlust jeglichen Besitzes im Vaterlande und durch die kürzlichen Ereignisse gegen die Unglücksgefährten, wie gegen die Regierung, die sie früher nicht unterstützte, gereizt, trug dazu bei, die Aufregung in Frankreich um so mehr zu steigern, als jene Ausgewanderten grösseren Theils mit den Republikanern in Verbindung kamen. Die Regierung gebrauchte daher ihr Recht, welches sie durch Unterstützung Jener moralisch erlangt hatte; sie errichtete ein Polendepot in Avignon, und entfernte somit die Polen aus Paris, welche Veranlassung zu Ruhestörungen in der Hauptstadt bieten konnten. Außerdem erlangte sie von den Kammern ein Gesetz, nach Art der Alienbill in England, wonach fremde Flüchtlinge, beinahe als rechtlos betrachtet, fortwährend unter unmittelbarer Aufsicht der Polizeibehörden blieben.

Außer den Republikanern hatte die Regierung in Kurzem die Carlisten offen zu bekämpfen. Die Partei, ob auch in der Kammer und in den Wahlcollegien nur wenig repräsentirt, war dennoch in einzelnen Theilen Frankreichs noch stark genug, um in den niederen Volksklassen hin und wieder Unruhen zu ihrem Zwecke zu erregen. Der Heerd ihrer Intriguen war das südliche Frankreich und die alte Vendeé, obgleich die letztere ihre wirkliche Schwäche seit der Revolution schon 1815 gezeigt hatte, wo sie zwar im Stande war, einen Aufstand zu veranlassen, der aber der großen und mächtigen Vendée so unähnlich sich zeigte, daß eine Division und ein geschickter General genügte, den Aufstand beim ersten Angriff gänzlich zu überwinden und niederzuwerfen. Die frühere Erfahrung konnte ferner die Legitimisten belehren, wie wenig sie von einer Insurrektion des Südens zu erwarten hatten. Die einzigen Male, wo dieser Theil Frankreichs, mit Ausnahme Lyon's, für ihre Partei bewaffnet erschien, war während der Reaction unter dem Direktorium, wo der Widerstand der Jacobiner durchaus gelähmt war, und nach der

Schlacht bei Waterloo, als die Hefe des Pöbels, die sogenannten Verdets, die unbewaffneten Reformirten in der Gegend von Nimes, Montauban und Lyon überfielen und niedermachten, wo sie den Marschall Brune in Avignon tödteten, und somit die Waffen nicht zum Bürgerkriege und zur Vertheidigung eines Princips, sondern nur zum Meuchelmorde ergriffen. Auch war 1833 die Erinnerung an diese Greuel noch frisch genug, um die größere Wachsamkeit der überwiegenden Mehrzahl zur Folge zu haben, sobald der Einfluß der reicheren legitimistischen Grundbesitzer und der katholischen Geistlichkeit royalistische Unordnungen veranlassen sollte. In der Vendée waren Tumulte bereits ausgebrochen, deren Veranlassung, wie bei der größeren Vendée, anfänglich in der Abneigung der Bewohner gegen den Militärdienst lag. Entlaufene Conscribirte bildeten Banden, die, nach der Art der Chouans, unter politischer Farbe Räubereien ausübten. Ein größerer Aufstand ward ferner durch die Intriguen legitimistischer Familien vorbereitet, wobei besonders die Laroche Jaquelain's wiederum bemerkbar wurden. Uebrigens ist es den Legitimisten nicht gelungen, die eigentlichen Bauern, welche den furchtbaren Bürgerkrieg erregten, für ihre Unternehmungen dort zu gewinnen.

Eine größere Gefahr drohte der Regierung von den Republikanern, zwar nicht in Paris, wo die Nationalgarde, entschieden für die Regierung gestimmt, jeglichen Versuch zum Aufstand sogleich zu unterdrücken bereit war, allein besonders in den größeren Fabrikstädten, wo die Volksgesellschaften unter den Arbeitern einen bedeutenden Anhang sich erworben hatten. In einer der letzteren, in Lyon, hatten sich schon im October 1831 bedenkliche Symptome einer Aufregung gezeigt, deren nächster Vorwand allerdings kein politischer war, die aber bald darauf eine Parteifarbe, bei der allgemein gespannten Stimmung, annehmen mußte, wie dasselbe in eben dieser Stadt während der ersten Revolution, bei ähnlicher Veranlassung, der Fall gewesen war. Dieß war Stockung des Handels und des Absatzes der Industrie-Produkte, woran zwar ganz Frankreich seit einem Jahr gelitten hatte, die aber be-

sonders drückend in den größeren Handelsstädten gefühlt ward. Durch die Brodlosigkeit der Arbeiter entstanden Reibungen mit den Fabrikherrn; von den ersteren ward höherer Arbeitslohn gefordert und durch Vermittlung des Präfekten Dumolard auch bewilligt. Die natürliche Folge trat bald darauf ein; mehrere Kaufleute waren nicht länger im Stande, die Fabriken ohne Schaden fortzusetzen und gaben dieselben auf; eine Menge Arbeiter ward brodlos; es entstand am 11. November anfangs ein Tumult, und als die Nationalgarde, mit den Truppen vereinigt, die Ruhe wieder herstellen wollte, ein Gefecht. Ein Theil der ersteren schloß sich den Arbeitern an; die Truppen waren genöthigt, nach einem zweitägigen Kampf die Stadt zu verlassen, und diese verblieb in den Händen der Arbeiter, welche sich an einzelnen Fabrikherrn durch Verwüstung ihres Eigenthums rächten. Allein die Zeit war vorüber, wo ein Sieg der niedern Volksklasse eine größere Entscheidung ausüben konnte; außerdem hatte derselbe nicht in der Hauptstadt statt gefunden, wo Volksbewegungen allein über das Schicksal Frankreichs bisher entschieden. Truppen wurden in der Schnelle zusammen gezogen. Der Marschall Soult und der Herzog von Orleans reisten sogleich nach der empörten Stadt, um den Aufstand im Beginn zu unterdrücken, und beide rückten unmittelbar nach ihrer Ankunft ohne Widerstand in Lyon ein.

Ein nicht ganz so blutiger Tumult fand in Grenoble bei Gelegenheit eines Carnevalaufzuges am 15. März statt, worin die Minister verhöhnt wurden. Ein Linienregiment sah sich, wie die Truppen in Lyon, genöthigt, die Stadt zu verlassen; der Präfekt ward abgesetzt, und Grenoble blieb einige Tage lang in den Händen des aufgeregten Volkes. Hier ward jedoch der Aufstand in Kurzem ohne weitere Schwierigkeiten unterdrückt. Aehnliche Bewegungen fanden in Carcassonne, Toulon und Montpellier statt, und bewiesen, daß die Masse der Bevölkerung entweder für die Republik leicht zu gewinnen war, oder dem Einfluß der Legitimisten folgte. Die bestehende Regierung schien wenig Anhänger in diesem Theile Frankreichs zu zählen.

Während dieser theilweisen Aeußerung einer gereizten Stimmung beschäftigte sich die Kammer, deren Session ihrem Ende nahte, hauptsächlich mit Finanzfragen. Zuerst kam die Civilliste des Königs zur Berathung, ein Gegenstand, der um so näher lag, da mehr als achtzehn Monate nach der Thronbesteigung Ludwig Philipps verflossen waren, ohne das Staatseinkommen der Krone gesetzlich festzustellen. Die linke Seite hatte, wegen des bedeutenden Privatvermögens des Königs, eine im Vergleich mit der früheren geringe Civilliste erwartet, und suchte deßhalb die vorgeschlagene Summe so viel wie möglich herabzusetzen. Die Mehrheit der Kammer hielt es jedoch für nothwendig, der Krone die Mittel zu einem bedeutenderen Glanz zu bieten, und bewilligte 12 Millionen, wobei zugleich die Rücksicht auf des Königs zahlreiche Familie, und auf die frühere Unterstützung überwog, womit er als Herzog von Orleans die Künste gepflegt und gehoben hatte. Zugleich ward dem Thronfolger eine jährliche Pension von 100000 Fr. bewilligt, und die Erhöhung derselben im Fall seiner Vermählung versprochen. Stürmischere Debatten erregte das Budget, welches bei den noch immer fortdauernden Rüstungen, und dem Kostenaufwande, welcher erfordert wurde, um die Nachläßigkeiten der Restauration wieder auszugleichen, so wie bei dem ungeheuren Bestande des schlagfertigen Heeres beinahe 112 Millionen betrug: die stärkste Summe, welche ein europäischer Staat, mit Ausnahme Englands, aufbrachte. Außerdem war der Zustand der Finanzen um so beunruhigender, als ein Deficit von 80 Millionen sich vorfand, für dessen Deckung in längerer Zeit noch keine Aussicht vorhanden war. Die Opposition benutzte dieß Feld, um ihre früheren Angriffe auf die allgemeine Politik der Regierung zu wiederholen, allein mit eben so wenigem Erfolg, wie früher. Das Ministerium Perrier's stand bereits zu fest, um indirekten und vereinzelten Angriffen nicht widerstehen zu können. Zugleich war auch damals eine Unternehmung ausgeführt, welche dem Ministerium auch die schwächste Seite, die es in der Meinung der mittleren Volksklassen besaß, sein Verfahren in auswärtiger Politik vollkommen deckte, und bei der Mehrheit die Ueberzeugung

hervorrief, die Regierung vermöge in entscheidenden Fällen ohne Rücksicht auf fremden Einfluß, zu handeln. Dieß war die Ueberrumpelung Ancona's, welche durch eine neue Besetzung des Kirchenstaates, von Seiten Oestreichs, veranlaßt wurde.

Die päpstliche Regierung, von ihrer bisherigen Schwäche durch die letzten Vorfälle in den Legationen überzeugt, und nach der Rückkehr der Oestreicher sich selbst überlassen, war zu der Ueberzeugung gelangt, eine Veränderung ihres bisherigen Systems sey nothwendig. Sie suchte innere Kraft zuvörderst in einem verschiedenen Bestande des stehenden Heeres, und trug Sorge, in Kurzem einige Divisionen aus den niederen Volksklassen, besonders den Landbewohnern, zu bilden, über welche die Geistlichkeit in allen südeuropäischen Staaten, wo der Katholicismus vorherrscht, in neuester Zeit den meisten Einfluß ausübte. Bei der innern Zerrüttung des Kirchenstaates erhielt sie somit ein Heer, wobei weder an Disciplin, noch an Achtung oder Zutrauen zu denken war, welches die so gebildeten Truppen bei der Bevölkerung der Städte erlangen konnten. Durch den Einfluß des französischen Gesandten, Grafen St. Aulaire, hatte sich ferner die römische Curie zu Concessionen bereitwillig erklärt, welche die aufgereizten Städte beschwichtigen sollten; es ward eine Verbesserung der Rechtspflege versprochen und begonnen; eine Repräsentation der Gemeinden wurde bewilligt; der Nationalgarde ward die Erhaltung der inneren Ordnung in den Städten übertragen; eine allgemeine Amnestie ward gegeben, und der Kirchenstaat den Geflüchteten wieder geöffnet. Bei der Aufregung, die einmal vorherrschte, waren aber alle diese Maßregeln nicht genügend, die Erbitterung gegen die päpstliche Regierung zu beschwichtigen. Häufige Reibungen mit den Cardinallegaten traten ein. Die Gewalt des römischen Stuhles hörte factisch auf, und die Communaldeputirten aller Städte der Romagna erklärten endlich in einer Versammlung zu Bologna, am **24.** December **1831**, der päpstlichen Regierung sich gewaltsam widersetzen zu wollen, im Fall diese ihren Beschwerden nicht abhelfe, oder die neu gebildeten Truppen

in die Legationen senden würde. Beides geschah; die päpstliche Regierung ließ Truppen vorrücken, und die Nationalgarden zogen ihnen entgegen. Bei Cesena und Bastia kam es zu Gefechten, welche dießmal einen von den früheren Ereignissen verschiedenen Ausgang nahmen; die Truppen der Legationen wurden geschlagen, und flohen nach Bologna, wo man den Muth jedoch noch nicht in der Art verlor, daß die Einwohner allen Widerstand aufgaben. Die neu gebildeten Truppen der päpstlichen Regierung, ohne Disciplin und von Parteihaß aufgeregt, überließen sich hierauf in den Orten, die sie in Besitz nahmen, allen Ausschweifungen eines Bürgerkrieges; die Städte, um so mehr aufgereizt, bereiteten sich zu eben so erbittertem Widerstande, und die Ruhe Italiens ward auf's Neue in Frage gestellt. Unter diesen Verhältnissen konnte die östreichische Regierung, bei dem in Italien fest behaupteten System, die dortigen Verhältnisse, wie sie bestanden, zu erhalten, nicht länger schwanken, da die Ruhe der Halbinsel, wie sie durch die Besetzung der Legationen im April 1831 wieder hergestellt war, von beiden Parteien zugleich bedroht ward. Der östreichische General Rasecki rückte auf's Neue in Bologna ein, und diese schnelle Besetzung verhinderte sowohl den gewaltsamen Widerstand gegen die römische Curie, wie auch die Ausschweifungen ihrer undisciplinirten Truppen. Außerdem kam der östreichische Commandant einer gewaltsamen Reaction zuvor; den Einwohnern, welche sich in der letzten Bewegung am meisten bloßgestellt hatten, wurden Päſſe nach Livorno ertheilt, und somit die Möglichkeit angeboten, der Rache des römischen Stuhles sich zu entziehen. Das Ministerium Perrier's schien jedoch als Bedingung des Friedens von Seiten Frankreichs die Forderung gestellt zu haben, daß östreichische Truppen die Legationen nicht besetzt hielten. So bald die Nachricht in Paris anlangte, blieb deßhalb die Regierung über das zu beobachtende Verfahren nicht länger zweifelhaft. Eine Flotille wurde in Toulon ausgerüstet, und bevor diese noch absegelte, berichteten die Zeitungen, sie bezwecke die Besitznahme von Ancona. Perrier mochte einerseits dabei den Zweck im Auge

haben, die östreichischen Truppen so schnell wie möglich aus dem Kirchenstaat zu entfernen, und den Einfluß der französischen Regierung in den innern Angelegenheiten desselben zu erhalten; andererseits war die Unternehmung ein Mittel, der Majorität in der Kammer eine Widerlegung des Vorwurfs zu bieten, Frankreich besitze in auswärtiger Politik seit dem Regierungssystem der richtigen Mitte nicht länger einen selbstständigen Willen. Es bot sich Gelegenheit, diejenige Opposition, welche den Krieg noch immer herbeiwünschte, zu beschwichtigen, da Ancona, einer der wichtigsten Häfen an der Ostküste Italiens, durch Lage und Befestigung bei gehöriger Vertheidigung beinahe unüberwindlich, im Fall des Krieges eine Position bot, von wo der französische Staat, im Besitz einer nicht unbedeutenden Seemacht, seine Streitkräfte in das Herz von Italien versenden konnte.

Die Einnahme geschah durch Ueberrumpelung auf eine für die päpstliche Besatzung nicht sehr ehrenvolle Weise. Die Franzosen landeten in der Nacht, erstiegen die Mauern mit Sturmleitern, entwaffneten die Garnison, ohne irgendwo auf Widerstand zu treffen, machten den Commandanten zum Kriegsgefangenen, entsetzten die päpstlichen Behörden und gelangten am andern Tage, nach der Aufforderung zur Uebergabe, augenblicklich in den Besitz der Citadelle. Von Seiten der päpstlichen Truppen war kein Schuß geschehen.

Die päpstliche Regierung erließ sogleich heftige Proclamationen gegen dieß Verfahren; die Oestreicher verstärkten sich in der Romagna, und es ward offenbar, daß Perrier's Schritt beide Cabinette überrascht hatte; allein als Gegenwirkung galt in dieser Hinsicht das selbstständige Verfahren des Generals Cubières in der Festung, und zugleich legten sich mehrere englische Kriegsschiffe im Hafen vor Anker. Uebrigens erwies die französische Regierung, unmittelbar nach der Besetzung, daß der Zweck derselben nicht in Aufregung Italiens und in Unterstützung der Carbonari bestand; der Commandant verhinderte die Bestrebungen der letzteren, in Ancona einen Mittelpunkt ihres Ordens zu bilden, und gestattete in Kurzem die Wiederherstellung der bürgerlichen Gewalt

des römischen Stuhles. Uebrigens behielt die Festung ungeachtet aller Reclamationen eine französische Besatzung, nachdem sogar die östreichischen Truppen sich aus den Legationen entfernt hatten. Wahrscheinlich erwartete die französische Regierung eine Wiederholung der Unruhen in früherer oder späterer Zeit, und gab deßhalb, um ihren Einfluß jedenfalls zu sichern, den Besitz einer Festung nicht auf, welcher so leichten Kaufes schwerlich wieder erlangt wäre.

Somit war das Ministerium Perrier in inneren und äußeren Angelegenheiten vollkommen befestigt, als der Tod den Urheber des Systems dahin raffte. In Paris war in den letzten Tagen des Märzes 1832 die Cholera mit solcher Verheerung ausgebrochen, wie dieß in den übrigen größeren Städten Europas, wo sie wüthete, weder in Rußland, noch in Deutschland und England der Fall gewesen war; der Minister war eines ihrer ersten Opfer.

Jene räthselhafte, ihrer Natur nach unerklärbare und in Ostindien heimische Krankeit, welche durch die Kriege Rußlands mit Persien, dem ersteren Reiche und während des polnischen Kampfes den östlichen Staaten Deutschlands sich mittheilte, deren Verbreitung durch Absperrung nirgends aufgehalten, in einzelnen Strichen dem Laufe der Flüsse folgte, in anderen größere Strecken übersprang und in stark bevölkerten Städten vorzugweise auszubrechen pflegte; die asiatische Cholera hatte bereits in Ostreich, im nördlichen Deutschland jenseits der Elbe, in England stärker oder geringer gewüthet, als sie plötzlich im geselligen Mittelpunkte Frankreichs, in der Hauptstadt sich zeigte, um sich von dort aus nach allen Seiten hin im Reiche zu verbreiten. Wie überall trat sie dort im Anfang mit solcher Heftigkeit auf, daß wenige der zahlreichen Opfer der Gewalt des Uebels widerstanden; in den ersten Tagen unterlagen Tausende, und die Kunst der Aerzte blieb machtlos. Die Verheerungen der Krankheit, durch die geringere Reinlichkeit der Franzosen in ihren Wohnungen, und durch die zahlreiche, in einzelnen Häusern zusammen gedrängte Menschenmasse, so wie durch den Schmutz der engen Straßen in Paris vielleicht befördert, waren so ausgedehnt

und plötzlich, daß die Volksmasse im Augenblicke verzweifelte. Kein Stand und kein Alter blieb verschont; die äußerlich furchtbaren Symptome, und der im Anfang oft augenblickliche Tod fielen sogar auf den Straßen Allen in den Augen; wie dieß früher und später in den größeren Städten, wo die Krankheit ausbrach, der Fall war, verbreiteten sich Gerüchte von Vergiftung der Lebensmittel; es entstand ein Tumult, und die Masse gab eine üble Erläuterung zur Volkssouverainetät, denn sie ermordete einige der Vorübergehenden, die, ohne vielleicht es selbst zu ahnen, ihren Verdacht veranlaßt hatten.

Unter diesen Umständen herrschte für den Augenblick um so größerer Schrecken, da man in der Meinung, die Gefahr der Krankheit sey noch weit entfernt, bisher noch keine darauf berechnete Anstalten getroffen hatte; die Deputirten entfernten sich schnell aus Paris, und die dort wohnenden Fremden flohen in aller Eile. Die Aufregung der Politik verschwand für den Augenblick und die Kammer ward aufgelöst.

Perrier erkrankte schon in den ersten Tagen, als er nach den Aufregungen der Tribune den Herzog von Orleans auf einem Besuche der neu errichteten Hospitäler begleitet hatte. Sein Krankenlager dauerte längere Zeit und er starb am 15. Mai, nachdem Girod de l'Ain und Montalivet seine Geschäfte bis dahin geführt hatten. Seine Festigkeit und die entschiedene Stellung, die er gleich anfangs einnahm, und nachdem er zur Gewalt gelangt war, bei allen Angriffen consequent behauptete, hatte zu der Befestigung der herrschenden Partei und des Systems der richtigen Mitte als Hauptursache mitgewirkt. Seine frühere Wirksamkeit unter Villèle und der daran geknüpfte Ruhm war eben so wie sein schneller Entschluß, seine Beredtsamkeit und sein fester Charakter dazu geeignet, in seiner Persönlichkeit einen Mittelpunkt zu bieten, um welches das linke Centrum vorzugsweise sich vereinigte; dieß verlor in ihm sein wahres Haupt, denn Dupin, der zweite seiner früheren Führer, besaß nicht das Geschick eines Staatsmannes, und schien seine Stellung, deren Einfluß sich nur im Innern der Kammer als bedeutend zeigte, zu

genau zu begreifen, um als Minister an der Staatsregierung jemals Theil nehmen zu wollen. Somit verlor der Tiers parti nach Perrier's Tode für's Erste den größeren Theil seines unmittelbaren Einflusses sowohl in der Kammer, wie in der Regierung.

Eine Modification des Cabinets war nach dem Tode des Präsidenten nothwendig. Die Zusammensetzung desselben zog sich jedoch in die Länge, da Unterhandlungen mit dem Tiers parti sich nach einiger Zeit zerschlugen. Die Geschäfte gingen für's erste den gewöhnlichen Gang, und bald darauf traten innere Bewegungen ein, welche das Interesse des Augenblicks allein in Anspruch nahmen. Bevor jedoch diese letzteren statt fanden, machte die Linke noch einen Versuch, ihr in der Kammer gesunkenes Ansehen bei den Wählern sich zu erhalten; sie erließ nach dem Beispiel einer kurz vorhergegangenen Erklärung der legitimistischen Partei einen von 41 Deputirten unterzeichneten Rechenschaftsbericht, worin das Verfahren der Majorität und des Ministeriums, besonders in äußerer Politik und in Betreff des Budgets im Gegensatz zu ihren Parteizwecken gestellt, und mit gemäßigter aber etwas bitterer Sprache dem Publikum vorgelegt wurde. Diese Erklärung hatte jedoch nicht den erwünschten Erfolg; bald darauf entstandene Unruhen, welche den Umsturz des neu errichteten Königthums allein erstrebten, wendeten die Mittelklassen um so entschiedener der Regierung zu, und bewirkten bei der Mehrzahl der Deputirten den Entschluß, im Nothfall durch Zwangsmaßregeln das Bestehen des Juli-Thrones zu sichern.

Diese Unruhen waren zuerst legitimistisch; der lang vorbereitete Aufstand der Vendée brach aus, nachdem die Herzogin von Berry auf einem sardinischen Dampfschiffe in Ciotat an der provenzalischen Küste gelandet war. In Marseille hatte die Partei leichtsinnig eine Empörung beabsichtigt, zu welcher am 30. April ein Versuch gemacht wurde. Die Stimmung der Bevölkerung mußte jedoch den Legitimisten dort wie in andern Städten des Südens beweisen, welche Theilnahme wenigstens ihre Partei, bei der Bevölkerung in Empörungen fin-

den würde. Das Dampfschiff ward mit den Passagieren in Beschlag genommen, nachdem es der Herzogin zuvor gelungen war, die Wachschiffe zu täuschen, und mit einigen ihrer Begleiter das Ufer zu erreichen. Bei ihrer Ankunft mußte sie sogleich erkennen, wie ungegründet die Hoffnungen ihrer Partei, welche sich von jeher bei sonderbarer Unkenntniß der wahren Lage entweder mit Täuschungen geschmeichelt, oder durch unbesonnene Handlungen bloß gestellt hatte, auch dießmal in Betreff des Südens waren. Jene Verdets, welche die berüchtigte royalistische Armee während der hundert Tage gebildet hatten, schienen zu viel Feigheit besitzen, um bei anderer Gelegenheit, als wenn für sie keine Gefahr mehr vorhanden war, für die Sache der älteren Dynastie sich zu erheben. Versuche zu Insurrektionen in einzelnen Städten, wie in Nimes, beschränkten sich nur auf einen Zusammenlauf, worin der Ruf: „es lebe Heinrich V.", ertönte; die Erscheinung der bewaffneten Macht genügte, um alle jene Zusamsamenrottungen sogleich zu zerstreuen. Die Herzogin durcheilte deßhalb schnell das südliche Frankreich, um die Erregung eines Aufstandes in der Vendée zu versuchen, wo allerdings die früheren Erinnerungen ihrer Sache zahlreichere und muthigere Anhänger verhießen.

So wie die Herzogin von Berry angelangt war, vereinigten sich die bisher zerstreuten Banden; die Weber von Chollet und ein Theil des ärmeren Landvolkes, jedoch nicht die eigentlichen Bauern, von denen die alte Vendée ausging, griffen zu Waffen; mehrere ausgewanderte Adelige erschienen wieder auf ihren Gütern und sammelten einige von ihnen abhängige Bauern und Bediente in kleineren Banden; Proclamationen der Herzogin wurden verbreitet, und einzelne Militärposten der Regierung überfallen und zerstreut. Allein in Kurzem zeigte sich die Schwäche des Aufstandes. Die Nationalgardisten der Städte, welche bekanntlich schon während der Republik die Vendée bekämpft hatten, zerstreuten mit einer unbedeutenden Zahl der Truppen die größeren Banden in wenigen Gefechten, bevor noch Verstärkungen aus dem übrigen Frankreich anlangten. Die Bewohner der Städte waren

sämmtlich in solcher Schnelle schlagfertig, daß die Regierung kaum der Truppen bedurft hätte. Um so schnell wie möglich den Aufstand zu unterdrücken, wurden die drei Bezirke, Laval, Vitré und Chateau-Gontier in Belagerungsstand erklärt; die Insurgenten zerstreuten sich, und nahmen die Gnade der Regierung in Anspruch, oder kehrten zu ihrer früheren Chouannerie zurück. Die Herzogin von Berry aber mußte unter mannigfachen Verkleidungen und Abenteuern von Ort zu Ort flüchten, denn sie besaß den Muth, aber zugleich die Thorheit, die Vendée noch immer nicht verlassen zu wollen, seitdem der Aufstand im Keim erstickt, und somit jegliche Hoffnung für sie verloren war.

Sogleich nach Unterdrückung dieser legitimistischen Schilderhebung, bewies ein verunglückter Versuch der Republikaner, den Widerstand der Barrikaden in der Hauptstadt zu wiederholen, wie fest die Regierung begründet, und wie vergeblich die Hoffnungen jener Partei waren: die große Masse der Mittelklassen, ob auch theilweise mit dem befolgten Systeme unzufrieden, werde ihrem bewaffneten Widerstande sich anschließen. Bei dem Zustande Frankreichs, bei der allgemeinen Spannung und der Ausdehnung republikanischer Gesellschaften, bei der Erinnerung an den kürzlich von der Volksmasse über disciplinirte Truppen erfochtenen Sieg, hatte man eine gewaltsame Bewegung in der Hauptstadt schon lange vorhergesagt und erwartet. Der Tod des General Lamarque*) bot die Veranlassung, da die wohlverdiente Popularität dieses Redners der Linken, eine ungeheure Volksmasse bei seinem

*) Lamarque, wegen seines persönlichen und redlichen Charakters im höchsten Grade achtungswerth, verdiente um so mehr die Verehrung, womit sogar seine heftigsten politischen Gegner seinen Namen nannten, als er beinahe der einzige unter den berühmteren Generalen der Republik gewesen war, welche der Regierung Napoleon's abgeneigt, dem Kaiser niemals schmeichelten, und deßhalb von ihm zurückgesetzt, oder zu unbedeutenderen Unternehmungen verwandt wurden. In seiner Jugend hatte Lamarque als Girondist sich flüchten müssen.

Begräbniße vereinigt hatte (6. Juni). Eine rothe Fahne kam während desselben zum Vorschein, Dragoner suchten diese dem Träger zu entreißen; es fielen Schüsse; Bewaffnete traten hervor und Barrikaden wurden in mehreren Hauptstraßen der Stadt errichtet. Nach wenigen Stunden war der Kampf ausgebrochen; die Republikaner sahen aber ihre Hoffnung, hinsichtlich der Nationalgarde getäuscht; sie fanden bei dieser keinen Anklang, sondern wurden von ihr bekämpft. Mehrere ihrer Barrikaden waren schon genommen, als die Nacht einbrach; diejenigen, welche die Waffen ergriffen hatten, sahen ihre Sache verloren, entschlossen sich aber zum äußersten Widerstande. Ihr Hauptquartier, das Kloster St. Mery, ward am folgenden Tage mit ungeheurer Uebermacht nach verzweifelter Vertheidigung erstürmt. Der republikanische Aufstand in Paris nahm somit dasselbe Ende, wie der royalistische der Vendée, und beide, wie alle verunglückten Versuche, eine Regierung zu stürzen, hatten die größere Befestigung der Letzteren zur Folge.

Nach dem Siege gebrauchte jedoch die Regierung ihre Gewalt auf eine Weise, welche mit der neu veränderten Charte, wonach alle Ausnahms-Gerichte (cours prévotales) für immer abgeschafft waren, nicht durchaus übereinstimmte. Nach dem Beispiel der Vendée wurde Paris in Belagerungsstand erklärt, obgleich die Ruhe vollkommen wieder hergestellt war, und bewaffneter Widerstand nirgends mehr statt fand. Die Ordonnanz war von Montalivet unterzeichnet, und die Maßregel wahrscheinlich von Doktrinärs im Gegensatz des Tiers parti angeregt, welcher für den Augenblick, nach Periers Tode, ohne Kraft und Zusammenhalt, diesem Beschluß sich nicht offen widersetzte, da solcher Widerstand ihn nothwendig mit der Linken, die noch immer mit den Republikanern im Zusammenhang zu stehen schien, in Verbindung hätte bringen müssen. Nur die Zeitungen des Tiers parti, besonders der Temps, traten entschieden dagegen auf. Die Regierung, obgleich andere mit dem Belagerungsstand zusammen hängende Maßregeln unterblieben, ließ das Urtheil über die Gefangenen durch Kriegsgerichte sprechen; allein dieser Ver-

such, durch einen Vorgang der Jury einen Theil ihrer Gerichtsbarkeit bei offenem Aufruhr zu entziehen, mißlang gänzlich, denn der Cassationshof erklärte die Entscheidungen der Kriegsgerichte für ungültig (29. Juni). Die unmittelbare Aufhebung des Belagerungstandes wurde somit sogleich vom Ministerium beschlossen, nachdem die Regierung eine Niederlage im Sinne deß Tiers parti erlitten hatte. Uebrigens erschien dieser schnelle und entscheidende Ausgang jenes Versuches zugleich als ein Grund, weßhalb jene Partei, die einen bedeutenden Theil der Mittelklassen repräsentirte, nach Eröffnung der Kammern die Angriffe der Linken nicht unterstützen wollte, welche in diesem Punkte sich, jedenfalls auf festerem Boden wie früher, in Rücksicht auf die herrschende Volksklasse befand.

Die Spaltung, welche unter den Deputirten der Centren schon zuvor statt gefunden hatte, ward nach dem Belagerungszustande um so sichtbarer. Jene Maßregel hatte ein Verfahren der Strenge angedeutet, welches die eine Fraction der Doctrinaire, zu befolgen entschlossen war, woran aber die andere eine offenbare Theilnahme vermied, ob sie gleich für's Erste keinen entscheidenden Widerstand entgegensetzte. Somit war an eine Vereinigung, wie sie unter Perrier statt fand, nicht länger zu denken; das Ministerium mußte in den fehlenden Mitgliedern durchaus aus Doctrinärs oder aus dem dem Tiers parti zusammen gesetzt werden. Somit zerschlugen sich die seit mehreren Monaten immer wieder angeknüpften und abgebrochenen Verhandlungen mit Dupin und dessen Freunden, wobei auch die Ursache mitgewirkt haben mag, daß dieser eine vollständige Unabhängigkeit von dem Einfluß der Krone zur Bedingung seines Eintritts machte. Die Zeit aber drängte, die höchste Verwaltung als einig und in bestimmter Tendenz zusammen zu setzen, da die Eröffnung der Kammern während jener Unterhandlungen näher heranrückte. Am 11. October enthielt endlich der Moniteur das Verzeichniß des neuen Ministeriums, wie es durch den Tod Perrier's modificirt wurde. Der berühmte Name des Marschalls Soult, als Präsident, diente dazu, das Vertrauen der Armee und Aller, bei welchen die Erinnerungen des Kaiserreichs vorherrschten,

zu erwecken. Als entschiedene Doctrinaire befanden sich in der Liste der Herzog von Broglie und Guizot, als Minister des Auswärtigen und des öffentlichen Unterrichts; beide, England im Auge, einem ausgedehnteren aristokratischen Einflusse zugeneigt, wie er in Frankreich seit dem Kaiserreiche sich hatte bilden können, und gegen eine wirksame Stellung der niederen Volksklassen in der Art gesinnt, daß sie ihren Mangel an Popularität sich förmlich als Verdienst anrechneten. Ersterer, ein Schwiegersohn der Frau von Staël, besaß zu viel aristokratische Begriffe, als daß ihm die Ereignisse der zwei letzten Jahre und Alles, was damit zusammen hing, also auch der Tiers-parti und die Art, wie dieser das „Bürger-Königthum" verstand, nicht hätte widerstreben sollen; im Uebrigen ein Mann von gewandter Rede und festem Charakter. Guizot dagegen, durchaus den Mittelklassen angehörend, hatte sich durch tiefere historische Kenntnisse und seine nach englischem Muster gebildeten Begriffe von aristokratisch-constitutioneller Monarchie, unter der Restauration populär gemacht, so lange diese bei dem Widerstand gegen die Ultra's mit den allgemeinen Bestrebungen zusammenfielen. Nach der Julirevolution geriethen natürlich seine Bestrebungen mit dem verfolgten Verfahren in Widerstreit, und er ward um so weniger beliebt, als er eine gewisse Härte und Strenge in seinem öffentlichen Auftreten zu zeigen pflegte. Den Franzosen, die in der Regel die Gegenwart zu entschieden aufgreifen, um auf die Vergangenheit Rücksicht zu nehmen, blieben seine historischen Deductionen unverständlich; sein hauptsächlichstes Verdienst, welches er sich um die Volksbildung erwarb, fiel für die Gegenwart nicht so sehr in die Augen, als daß man es allgemein anerkannt hätte; außerdem war er während der hundert Tage in Gent mit Ludwig XVIII. gewesen, und hatte an dem dortigen Moniteur gearbeitet.

Der Geschichtschreiber der Revolution, Thiers, welcher der Regierung bei der letzten Kammersitzung in der Vertheidigung des Budgets bedeutende Dienste erwiesen hatte, erhielt das Ministerium des Innern. Wie es scheint, ohne genau bestimmte, und nur im allgemeinen liberale Parteiansicht,

pflegte er bisher in seinem öffentlichen Leben, das für den Augenblick Zweckmäßige entschieden zu verfolgen, und mochte in dem Zeitpunkte, wo er in's Ministerium eintrat, die Stimmung der Mittelklassen, welche durch den republikanischen Aufstand im Juni bedeutend gereizt waren, zu genau gekannt haben, um sich einem Ministerium nicht anzuschließen, welches keinen Anstand nahm, durch Zwangsmaßregeln die Ruhe für die Zukunft zu sichern. Als er sich später von seinen Collegen trennte, mochte sein Beweggrund derselbe seyn, wie damals, als er sich ihnen anschloß; er mochte vorhersehen, die Grenze sey erreicht, bis zu welcher die Mittelklassen jene Beschränkungen der bürgerlichen und industriellen Freiheit dulden würden. Uebrigens nahm er unter den Ministern die bedeutendste Stellung in der Kammer ein; er war einer der gewandtesten Redner unter allen Deputirten, und in parlamentarischer Taktik so erfahren, daß seine Beredtsamkeit fast immer die Beschlüsse der Versammlung zu bestimmen pflegte. Bei seiner Geschicklichkeit, die Majorität der Deputirten zu leiten und überhaupt einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die öffentliche Meinung zu üben, kam ihm seine frühere Erfahrung als Journalist und die damit verbundene Kenntniß von den Mitteln, durch die Presse zu wirken, nicht wenig zu Statten; er stand ohnedem den Bürgerklassen bei weitem näher, wie seine Collegen Guizot und Broglie, da er fortwährend die Grundsätze, die sich aus den Folgen der ersteren Revolution ergeben hatten, die Herrschaft des Mittelstandes, aussprach, und überall bei seinem Verfahren nur Frankreich und nicht die Verhältnisse zum Auslande im Auge hatte.

Die übrigen Minister waren Barthe, für die Justiz, damals die allgemeine Zielscheibe aller Angriffe der Opposition, weil er früher selbst ein Mitglied der geheimen Gesellschaften, die Unterdrückung derselben zu seinem Hauptzweck machte; Rigny, welcher die Marine, und Graf Argout, der das Departement des Handels und der öffentlichen Arbeiten beibehielt. Mochte übrigens die Zusammensetzung in den einzelnen Mitgliedern bei einem nicht unbedeutenden Theile der Kam-

mermehrheit und der mittleren Klassen Abneigung gegen die Personen oder ihre Principien veranlassen, die herrschende Partei begriff zu sehr die ihren eigenen Zwecken entsprechende Richtung des Ministeriums, um bei dem entschiedenen Willen allen inneren Bewegungen vorzubeugen, die Bestrebungen desselben nicht zu unterstützen. Der Tiers parti verhielt sich für den Augenblick leidend, und trat erst später als Opposition in der Kammer hervor; die Journale desselben, der Constitutionel und der Temps waren die einzigen Organe, worin diese Fraktion der herrschenden Partei ihre Mißbilligung über die Regierung kund gab.

Das Ministerium eröffnete seine Wirksamkeit mit der Verhaftung der Herzogin von Berry, die am 8. November, auf Angabe eines zum Katholicismus übergetretenen Juden, der bisher zu ihren Begleitern gehört hatte, in Nantes statt fand. Die Herzogin ward nicht, wie man erwartet und wie die Opposition es verlangt hatte, dem Urtheil einer Jury unterworfen, sondern für's Erste nach der Citadelle von Blaye (bei Bordeaux), gebracht, um von dort aus nach dem Auslande hin entfernt zu werden. Eine längere Verzögerung dieser Maßregel erregte unter den Legitimisten, welche die Herzogin als die Heldin ihrer Partei, gleich ausgezeichnet durch Muth wie durch Tugend, dargestellt hatten, ungegründete Gerüchte über die Härte der Behandlung, während unter den Republikanern Berichte anderer Art verbreitet wurden, welche eine zahlreiche Menge von Duellen und zuletzt bei solcher Gelegenheit auch die Verwundung Armand Carrel's zur Folge hatten. Letzterer Vorfall bewirkte unter beiden Parteien so heftige Aufregung, daß jene persönlichen Streitigkeiten für eine größere Anzahl von Mitgliedern beider Parteien ein blutiges Ende zu nehmen drohten. Die Regierung sah sich deßhalb genöthigt, den gewaltthätigsten Zänkereien derselben ein Ende zu machen, und gab die officielle Erklärung, die Herzogin von Berry sey ihrer Entbindung nahe. Somit erlitten die Legitimisten neben ihrer materiellen, zugleich eine moralische Niederlage; der Zauber, womit man den Namen der

Herzogin wegen ihres Muthes im Unglück zu umgeben suchte, ging dadurch für die öffentliche Meinung gänzlich verloren, und die Bemühungen der Legitimisten, einen chevaleresken Glanz auf ihr verunglücktes Unternehmen zu werfen, wurden durch die lächerliche Seite dieses Ausgangs verächtlich. Die Herzogin ward übrigens unmittelbar nach ihrer Entbindung aus Frankreich entfernt. Alle diese Maßregeln, womit der gewaltsame Widerstand der Legitimisten beendet wurde, waren vorzugsweise von Herrn Thiers ausgegangen.

Die zweite wichtigere Maßregel, womit das neue Ministerium seine Wirksamkeit begann, war ein entscheidender Schritt in Betreff Belgiens und Hollands, die Absendung eines Heeres zur Belagerung der Citadelle von Antwerpen, und somit Sicherung der gänzlichen Unabhängigkeit Belgiens durch Vertreibung der Holländer vom belgischen Gebiete, welche die herrschende Partei schon lange als Bedingung betrachtet hatte, unter welcher Frankreich die Unterstützung innerer Bewegung aufgeben würde. Somit diente diese Maßregel zugleich zur Befestigung des neuen Ministeriums.



Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Verhältnisse von Belgien und Holland. — Belagerung Antwerpens.

Die gegenseitigen Verhältnisse von Belgien und Holland hatten sich seit dem Feldzuge des Prinzen von Oranien im Wesentlichen nicht verändert; die holländische Armee hatte ihre früheren Stellungen wieder eingenommen, ohne daß die Regierung Neigung zeigte, die im Wiener-Congreß ihr ertheilten Ansprüche auf die südlichen Niederlande aufzugeben. Der Bestand der holländischen Armee ward nicht vermindert, obgleich das kriegerische Feuer der ruhigen Nation sich allmählig abkühlte, und obgleich die Schuld des kleinen und immer mehr verarmenden Staates, der nach der Trennung Belgiens auf europäische Wichtigkeit keinen Anspruch mehr machen konnte, auf eine Weise sich vergrößerte, welche wenigstens auf fremden Börsen zu Zeiten eine bedeutende Unruhe erregte. Auch begann die Opposition in den Generalsstaaten einen Widerstand gegen dieß System des Kriegszustandes, welcher sich seitdem mit jedem Jahre vermehrte, und zuletzt die Regierung zwingen könnte, zu ihrem eigenen Vortheil die Ansprüche aufzugeben, welche unter den nach 1831 bestehenden Verhältnissen nur durch eine Bewegung im Innern Belgiens erreicht werden möchten, wozu aber nach den Vorgängen und nach den Verhältnissen seit dieser Zeit keine Aussicht vorhanden zu seyn schien. Uebrigens erfüllte der holländische Staat ungeachtet des gespannten Verhältnisses alle Verpflichtungen, welche Vergangenheit und Gegenwart ihm aufbürdeten, und erhielt somit seinen bereits wankenden Credit. In Betreff

Belgiens verfolgte die Regierung auf's Neue ihre seit Jahrhunderten bekannte Politik. Sie verstand es, alle Unterhandlungen in die Länge zu ziehen, ohne ihre wirkliche Absicht, eine Ausgleichung zu vermeiden, offen auszusprechen, und hoffte somit durch Verzögerung die Entscheidung bis auf einen Zeitpunkt hinauszuschieben, wo günstigere Umstände für sie eintreffen würden.

Belgien war nach dem Feldzuge des Prinzen von Oranien hauptsächlich mit seiner innern Organisation beschäftigt. Bei der allgemeinen, nach der politischen Aufregung und durch die erlittene Niederlage eingetretenen Abspannung war der Augenblick dazu geeignet, die Thätigkeit der Kammern, wie aller Volksklassen, hauptsächlich auf diesen Zweck, wie auf die Beförderung der industriellen Thätigkeit zu richten, welche bedeutende Hemmung, durch die gewaltsame Losreißung von Holland, erlitten hatte. Die Regierung beförderte alle diese Bestrebungen auf so durchgreifende und zweckmäßige Weise, daß sogar das orangistische Gent, welches durch die Trennung am meisten verloren, für den bestehenden Zustand sich allmählig entschied. Der Adel hatte seinen Zweck erreicht; er bildete in Brüssel einen glänzenden Hof, und besaß in der ersten Kammer einen überwiegenden Einfluß; die Priesterpartei bewahrte ihr durch die Revolution erlangtes religiöses Uebergewicht unter einem protestantischen Fürsten; die Mittelklassen besaßen in der Deputirten-Kammer ein Organ, worin sie ohne Hindernisse, die eine fremde und auf den Süden der Niederlande eifersüchtige Industrie ihnen in den Weg legen konnte, die Gesetzgebung ihrem Interesse gemäß modificirten; die Krone war von England und Frankreich geschützt, und für die Zukunft zur Genüge gesichert; kurz, die Verhältnisse des Staates waren der Art, um alle durch die gewaltsame Losreißung verursachten Störungen wieder auszugleichen, nachdem der dadurch bestrebte Hauptzweck erlangt und begründet war.

Zugleich setzte sich Belgien in den Stand, einen erneuerten Angriff der Holländer in andrer Art zurückzuweisen, wie

dieß bei dem Angriffe des Prinzen von Oranien der Fall gewesen war. Der Armee ward durch französische Offiziere, welche nach Besetzung Brüssels, auf Befehl ihrer Regierung zu dem Zwecke zurückblieben, unter Leitung des Generals Belliard, dieselbe Disciplin und Ordnung ertheilt, welche den Holländern das Uebergewicht im offenen Kampfe verliehen hatte. Eine Anleihe von 10,000,000 Gulden, welche Belgien bei der geringen Schuld und dem inneren Reichthum zu günstigen Bedingungen bald erhielt, trug dazu bei, die Organisation im Innern zn vollenden.

Im October erließ endlich die Conferenz ein Protokoll, welches bestimmt war, die Grenzstreitigkeiten auszugleichen. Limburg ward getheilt, eben so Luxemburg; in ersterem blieb Mastricht bei Holland, das übrige Gebiet der Provinz sollte theils an Belgien fallen, theils zum Tausch anderer Grenzbezirke dienen; der Theil Luxemburg's, wo die französische Sprache und die gemischte wallonische Bevölkerung vorherrschte, mit Arlons, ward Belgien, der deutsche Theil, mit der Festung, Holland zuerkannt; die Mündungen der Schelde und eben so die Kanäle an den Grenzen, sollten als im Besitz beider Staaten betrachtet werden. Der Antheil, welchen Belgien an der holländischen Schuld zu übernehmen hatte, ward auf 81,400,000 Fr. jährlicher Renten bestimmt. Diese Bestimmungen, in Betreff der Grenzen waren übrigens faktisch eingetreten, und Belgien somit hinsichtlich der Schuld im Vortheil, wenn Holland sich noch länger weigern würde, den vorgeschlagenen Bedingungen beizutreten. Von Belgien ward dieß Protokoll angenommen. Die holländische Regierung blieb jedoch ihrem System getreu; es war offenbar, daß sie nur durch Gewalt zur Räumung der Citadelle von Antwerpen, des einzigen Punktes, den sie auf belgischem Gebiete besaß, gezwungen werden könnte; die drei östlichen Höfe waren aber Zwangsmaßregeln gegen Holland abgeneigt, und zogen sich von der Conferenz zurück, welche somit sich auflösen mußte, nachdem sie den Mittelweg angedeutet hatte, welcher früher oder später zur Ausgleichung beider Staaten dienen mußte.

Auch bei anderen Gelegenheiten beging das holländische Cabinet Feindseligkeiten gegen Belgien, welche zu keinem andern Zweck, als zur Aufreizung dienen konnten, aber genugsam bewiesen, es betrachte den neu constituirten Staat noch immer als einen Theil des Königreichs der Niederlande, welcher widerrechtlich durch Empörung sich losgerissen. Der belgische Gouverneur von Luxemburg, H. v. Thorn, ward verhaftet, und sogar wie Rebell behandelt. Die belgische Regierung ließ dagegen einen Unterthan des Königs von Holland, v. Piscatory aus Luxemburg, aufgreifen, und als Gefangenen nach Brüssel bringen. Längere Unterhandlungen und sogar fremde Vermittlung waren nothwendig, um die holländische Regierung von dergleichen nutzlosen Gewaltthätigkeiten, die ohnedem zu keinem Resultate führten, abzubringen.

Als die Vermittlung der Conferenz sich als unvermögend zeigte, war, durch die Hartnäckigkeit des Königs von Holland, der Weg der Gewalt allein noch übrig, um die Räumung der Citadelle von Antwerpen zu bewirken. Da jedoch die östlichen Continentalmächte von einer Theilnahme an Zwangsmaßregeln sich lossagten, verblieb bei England und Frankreich die Verpflichtung, den im Augenblick wichtigsten Beschluß der Conferenz, über die Räumung Antwerpens, auszuführen. Da Holland offen aussprach, den Besitz derselben nicht aufgeben zu wollen, ward ein Bündniß zwischen England und Frankreich, am 22. October 1832, geschlossen, worin bestimmt wurde, beide Staaten sollten sich gemeinschaftlich in Gewaltmaßregeln, zur Vertreibung der Holländer von belgischem Gebiete, unterstützen, das Eigenthum des holländischen Handels in beiderseitigen Häfen mit einem Embargo belegen, und eine Kriegsflotte in die Scheldemündungen absenden. Frankreich drohte außerdem mit einer Belagerung der Citadelle, im Fall die Festung bis zum 15. November nicht geräumt würde. Uebrigens ward, zur Vermeidung eines erbitterten Kampfes zwischen Belgien und Holland, beschlossen, die Armee des neuen Königreichs solle an der Unternehmung keinen Antheil nehmen, da ein Kampf zwischen beiden, wegen der erbitterten

Stimmung, nothwendig mit der Unterdrückung und Mißhandlung des einen oder andern Staates hätte enden können, so daß entweder Frankreich und England, oder die östlichen Mächte des Festlandes zum Schutze der Besiegten hätten einschreiten müssen. Die Erhaltung des allgemeinen Friedens, der hierdurch gestört werden mochte, lag aber zu sehr im Interesse der französischen Regierung, und für den Augenblick in den Zwecken Großbritanniens, als daß diese Gelegenheit zur neuen Aufregung allgemeiner Streitigkeiten zugelassen wurde. Belgien ward, ungeachtet des Wunsches seiner Armee und aller Stände, die bei Brüssel und Löwen erlittene Niederlage zu rächen, zur Unthätigkeit verurtheilt. Am 13. November gab der König Leopold selbst in den belgischen Kammern diese Erklärung, und fügte hinzu, eine Mitwirkung des belgischen Nationalheeres könne nur dann statt finden, wenn die Holländer an anderen Punkten, als bei Antwerpen, die Grenze überschritten.

Nachdem Frankreich und England über Zwangsmaßregeln übereingekommen, gab König Wilhelm dennoch in keinem Punkte nach, und veranlaßte dadurch ein für ihn und seine Sache durchaus nutzloses Blutvergießen, da er nicht erwarten konnte, irgend eine Macht werde zu seiner Unterstützung einen für alle Staaten Europas gefährlichen und ausgedehnten Krieg veranlassen. Er ertheilte eine abschlägige Antwort, und nach dem 15. November war somit der Beginn der Zwangsmaßregeln unvermeidlich. Das an der belgischen Grenze versammelte französische Heer, wobei sich die Söhne des Königs, die Herzoge von Orleans und Nemours befanden, überschritt dieselbe in den letzten Tagen des Novembers, unter dem Oberbefehl des Marschalls Gerard, und langte nach wenigen Märschen vor der Citadelle von Antwerpen an. Eine französische Flotte, unter Contreadmiral Villeneuve, lief in den Hafen von Portsmouth ein, und vereinigte sich mit einer englischen, unter dem alten Seehelden Pulteney Malcolm, welche letztere schon allein im Stande gewesen wäre, die holländische Seemacht in einer Schlacht zu vernichten, wie deren schon so viele das

ungeheure Uebergewicht Englands seit Jahrhunderten den Holländern gezeigt hatten. Beide Flotten blokirten die holländischen Häfen, nahmen mehrere Schiffe, und unterbrachen zum Schaden des holländischen Handels dessen überseeische Verbindungen. Das Embargo, womit gedroht war, wurde in England ausgeführt, und den Holländern somit gezeigt, ihre letzten Hilfsquellen möchten bei der hartnäckigen Befolgung ihres Systemes gänzlich versiegen. Die Torypartei widersetzte sich natürlich diesen Regierungsmaßregeln, und suchte durch Versammlungen die öffentliche Meinung anzuregen, erlitt aber die unangenehme Täuschung, daß die hauptsächlichste, von ihr veranlaßte, Versammlung der Art, welche in der City von London gebildet wurde, um eine Bittschrift an den König gegen die Regierungsmaßregeln zu beschließen, mit einer durchaus entgegengesetzten Erklärung, zu Gunsten der Minister, endete, obgleich die Partei einigen Grund hatte, auf die einflußreichen Besitzer holländischer Staatspapiere dort zu rechnen.

Nachdem Gérard vor der Citadelle von Antwerpen angelangt war, und den General Chassé am 30. November vergeblich zur Uebergabe aufgefordert hatte, begannen die Belagerungsarbeiten. Die Rücksicht auf die Sicherheit Antwerpens, und die Erinnerung an die Verheerung, deren Wiederholung man wegen der Eifersucht des holländischen Handels gegen die Blüte der Nebenbuhlerin von Amsterdam auch damals besorgte, war in so fern überwiegend, daß der französische Marschall, um dem holländischen General keine Gelegenheit zur Wiederholung des Bombardements zu geben, es vermied, die militärischen Stellungen an der Seite, wo die Citadelle an die Stadt grenzte, zu benutzen, obgleich diese ihm größere Vortheile bei der Belagerung dargeboten hätten. Der Angriff ward somit auf die Seite der Citadelle gerichtet, von welcher sich ein offenes Feld hin ausdehnte. Wegen der Natur des Bodens und der vorgerückten Jahreszeit ward aber die Belagerung für die Franzosen dadurch um so schwieriger. Die Laufgräben mußten in einem morastigen Terrain und bei

ungünstiger Witterung eröffnet werden; das Feuer des Generals Chassé, der sich auf eine Weise vertheidigte, wie man es von einem General erwarten konnte, welcher in den Heeren des Kaisers mit Ruhm gefochten hatte, wirkte gegen die Belagerer um so mörderischer, da diesen sich anfangs keine vortheilhafte und sichere Stellungen darboten; allein der Muth und die Kriegslust des französischen Heeres überwanden bald die anfänglichen Schwierigkeiten, und die Arbeiten waren schon am 4. December so weit vorgerückt, daß die Beschiessung der Festung beginnen konnte. Ausfälle der Holländer wurden siegreich zurückgewiesen. Die französische Artillerie wirkte durch die Masse des vorhandenen Materials, so wie durch das Uebergewicht ihrer Truppen, so entscheidend auf die Citadelle, daß diese im Innern nach wenigen Tagen in einen Schutthaufen verwandelt ward; die Holländer konnten sich nur mit bedeutendem Verlust an Menschen auf den Wällen behaupten. Am 14. December ward die Lünette St. Laurent durch Sturm genommen, nachdem Minen den Zugang durch eine Bresche geöffnet hatten. Bis zum 23. December setzte jedoch der holländische General seine Vertheidigung fort, wobei er Anfangs Hoffnung hegen mochte, eine holländische, von Seeland ausgelaufene Flotille werde einige Werke am Scheldeufer, welche die Franzosen besetzt hielten, wieder erobern, und eine Verbindung mit Holland wieder eröffnen, die Verstärkungen und Zufuhr ihm verschaffen konnte. Diese Hoffnung ward aber vereitelt; das holländische Geschwader ward zurückgewiesen, und der Admiral selbst fiel durch einen Kanonenschuß. Das Feuer der Franzosen wirkte mit jedem Tage mörderischer; zuletzt war kaum die Möglichkeit vorhanden, die Citadelle noch einige Tage länger zu halten; der holländische General capitulirte am 23. December, und ward mit der Besatzung auf einige Zeit als Kriegsgefangener nach Frankreich abgeführt. Er hatte die Festung auf ehrenvolle Weise, ohne jedoch das geringste Resultat für Holland dadurch zu erlangen, vertheidigt; die Politik seiner Regierung hatte ein nutzloses Blutvergießen veranlaßt, welches ihr weder augenblicklichen

noch spätern Vortheil verschaffen konnte; auch schien der ergraute Krieger dieß zu fühlen. In seinem Schreiben an den König von Holland war eine bittere Empfindung über die Waffenthat, womit er seine Laufbahn schloß, bemerkbar, da jene ihm weder den Ruhm des Sieges, noch das Bewußtseyn gewährte, dem Staate, für den er gefochten, den geringsten Vortheil erkämpft zu haben.

Die Franzosen zogen sich nach der Eroberung Antwerpens zurück; zwar befanden sich noch zwei Forts auf belgischem Gebiete in der Gewalt der Holländer, deren Regierung auch wieder die gewohnte Hartnäckigkeit zeigte, indem sie die Artikel der Kapitulation, worin die Räumung derselben ausbedungen war, nicht bestätigte; da diese jedoch von geringer Wichtigkeit waren, hielt die französische Regierung, nachdem der Hauptzweck erreicht war, eine zweite Unternehmung für unwichtig. Die Sicherheit einer der reichsten Städte des neuen Königreichs war befestigt, und die Bedingung ihres Wohlstandes außerdem erzwungen; die übrigen Punkte, wodurch eine Ausgleichung Belgiens mit Holland nach den Bestimmungen der Conferenz verhindert werden konnte, waren untergeordneter Art, da ersterer Staat sich beinahe durchaus im Besitz der für ihn bestimmten Gebiete befand, und außerdem in Betreff der Schuld im Vortheil war. Die belgische Regierung, die Beschlüsse der Kammer befolgend, weigerte sich die 84,000,000 Millionen jährliche Renten vor der vollkommenen Ausgleichung zu zahlen, und Holland hätte vielleicht in späterer Zeit Ursache sich Glück zu wünschen, wenn es die damalige Gelegenheit zur Ausgleichung, für die Erleichterung der ungeheuern Bürde seiner Staatsschuld, angenommen hätte. Außerdem war das Bestehen der belgischen Dynastie schon früher (am 9. August) durch die Vermählung einer Tochter des Königs der Franzosen mit dem Könige der Belgier, und später durch die Geburt eines Thronerben gesichert. Auch wurden die Gesandten Leopold's in Wien und Berlin bald darauf anerkannt, und Gesandte beider Höfe erschienen in Brüssel. Die belgische Nation aber erlangte in Kurzem eine solche

Ausdehnung ihrer Industrie, daß der spätere Stand ihres Handels vollkommen genügte, den Verlust zu ersetzen, welchen sie an dem Absatz nach den holländischen Colonien erlitt, deren Besitz ohnedem sich in neuester Zeit theilweise für Holland als durchaus unsicher erwies (Batavia). Die schnelle Benutzung aller neueren Erfindungen den Verkehr zu erleichtern (die Eisenbahnen), welche allein von der Regierung ausging, hat hiebei nicht wenig mitgewirkt.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Kammer von 1833. — Pairscreation. — Departemental- und Municipalgesetz. — Griechische Anlehe. — Primairunterricht. — Proceß der Tribune. — Frage über Algier.

Während des Beginns der Zwangsmaßregeln gegen Holland waren die französischen Kammern am 29. November 1832 eröffnet worden. In der Stimmung der Deputirten war durch die Berührung mit ihren Committenten während der Zwischenzeit der Session, keine Veränderungen vorgegangen; bei der Mehrheit schien sie im Gegentheil durch die kürzlichen bedeutenderen Unruhen um so gereizter; es zeigte sich gleich Anfangs bei den Mitgliedern der Centren eine Erbitterung, die sich zwar noch nicht in Gesetzen, aber desto häufiger in persönlichen und heftigen Angriffen, und nach einigen Mo-

naten durch einen Proceß gegen ein republikanisches Journal äußerte, welcher die Angriffe gegen sie selbst, so wie gegen die Regierung weder beschwichtigen noch unterdrücken konnte. Die Deputirten der Centren, größeren Theils vielleicht durch die Aeußerungen der Wähler bestimmt, kehrten nach Paris mit dem Entschlusse zurück, die schon lange geforderten Veränderungen in der Verwaltung der Departements und Gemeinen, so wie andere auf die inneren Verhältnisse des Staates sich beziehenden Verbesserungen durchzusetzen; sie waren somit den Verhandlungen über allgemeine politische Grundsätze schon deßhalb abgeneigt, weil diese jene Gesetze verzögern mußten, welche von ihren Committenten dringend gefordert wurden. Die Bemühungen der Opposition jene Fragen, besonders hinsichtlich der äußern Politik wieder anzuregen, hatten deßhalb von nun an noch geringeren Erfolg; die Linke war bald dazu genöthigt, alle Hoffnung zur Gewalt zu gelangen für den Augenblick aufzugeben, und ihre Thätigkeit ganz allein auf den Widerstand gegen die Neigung der Mehrheit zu Zwangsmaßregeln zu beschränken. Wegen der ersteren Richtung der Majorität blieb übrigens diese Session nicht fruchtlos für die Gesetzgebung des Reichs; ein Municipal- und Departementalgesetz beschränkte die Willkühr der Präfekten und Beamten, und ertheilte den Provinzen eine der Verfassung angemessene Theilnahme an der Verwaltung ihrer eigenen und mit dem Mittelpunkt des Staates nicht zusammenhängenden Verhältnisse. Außerdem ward ein Gesetz über den öffentlichen Unterricht, eine von den Franzosen seit 1789 niemals gehörig betrachtete Angelegenheit, in dieser Session gegeben, welche somit für Frankreich selbst nicht ohne Folgen blieb, obgleich sie für die äußere Politik durchaus von keinem Einfluße war.

Die erste Handlung der Kammer war die Wahl Dupins zum Präsidenten, eine Würde, welche diesem Deputirten seitdem von der Mehrheit bei jeder Session ertheilt wurde. Dem Tiers parti ward somit eine Entschädigung für den wirklichen Verlust seines Ansehens geboten, wobei wenigstens der Schein des verschwundenen Einflusses verblieb. Herr Dupin war übrigens vielleicht unter allen Deputirten am meisten zur

Präsidentenwürde geeignet. Er verstand es, stets die Würde der Kammer zu bewahren, wenn Leidenschaftlichkeit und Erbitterung Störungen verursachte, die bei den bestehenden Verhältnissen einen unangenehmen Eindruck sogar bei den Mittelklassen hätte verursachen müssen. Seine sarkastischen Zurechtweisungen trafen alsdann beide Seiten, und bewirkten für ihn selbst eine unabhängige Stellung, wodurch er den Parteien um so wichtiger erschien, je weniger er sich einer bestimmten anschloß. Selten sprach er sich für oder gegen eine einzelne Maßregel aus, wie es ihm nach dem Reglement der französischen Kammer zustand; wenn er es that, blieb seine Beredtsamkeit nicht ohne Wirkung. Uebrigens besaß er zu viel bürgerlichen Stolz, und das vollkommenste Bewußtseyn von der Gewalt der Versammlung, die er repräsentirte, und welche dem Wesen nach, als der erste Staatskörper Frankreichs erscheint, um dem äußeren Ansehen der Deputirtenkammer irgend etwas zu vergeben. Seine Ansicht über das wahre Verhältniß der von ihm präsidirten Versammlung schärfte er selbst der Kammer in seiner Danksagungsrede über seine Ernennung ein. Später bediente er sich seiner sarkastischen Ausdrucksweise, um bei anderen Gelegenheiten, bei Deputationen u. s. w. diese seine Ansicht bemerkbar und eindringlich zu machen.

Die Opposition machte einen Versuch bei der Verhandlung über die Adresse, das doctrinaire Ministerium zu stürzen. Der Belagerungszustand war eine Gelegenheit, wobei sich die Redner der Linken auf festerem Boden befanden, wie früher, und Ursache zu der Hoffnung haben konnten, der Tiers parti werde sie in diesem Punkte unterstützen. Zugleich gab Odilon Barrot im Namen seiner Partei eine jener Erklärungen, welche sich niemals widerrufen lassen. Er sagte sich förmlich von den Republikanern, und aller Verbindung mit denselben in der Art los, daß eine nähere Vereinigung der Linken, sogar mit der Fraction des National nicht länger zu erwarten war. Die Kammer jedoch gab der Anklage, die durch Amendements von Mosbourg und Merville ausgesprochen war, kein Gehör, und nahm als Rechtfertigungsgrund eine geschickte Vertheidigung der Minister an, worin diese behaup-

teten, durch die Ordonnanz den gewöhnlichen Gang der Gerichte nicht unterbrochen, und den Belagerungszustand auf den Wunsch der Nationalgarde erklärt zu haben. Offenbar hegte der Tiers parti noch bedeutende Scheu, irgend wie der Linken sich anzuschließen; er zog es vor zu schweigen, und zugleich entweder gar nicht, oder mit den Ministern gegen seine Parteiansicht für den Augenblick zu stimmen. Er schien zu befürchten, im Fall das Ministerium durch eine Annahme jener Amendements in Betreff der Adresse, gestürzt werde, könne die Staatsgewalt der Linken und nicht ihm selbst anheimfallen. Uebrigens gab die Kammer in einem Punkte der öffentlichen Meinung in einem Amendement nach, welches übrigens allein als Ausdruck der letzteren dienen, und weder eine fernere Wirksamkeit äußern, noch die Regierung irgend wie verpflichten konnte. Dieß Amendement betraf die Fortdauer der Nationalität Polens; es ward darin der Regierung angedeutet, sie dürfe nicht aufhören, sich damit zu beschäftigen. Da aber das Schicksal jener Nation durch die Waffen bereits entschieden war, blieb es natürlich für die Gegenwart ohne Bedeutung; die Majorität schien ohnedem nicht zu beabsichtigen, die Regierung zu entschiedenen Schritten dadurch zu nöthigen, indem Unterhandlungen, worauf gedeutet war, bei der Lage der Dinge durchaus fruchtlos bleiben mußten.

Bevor die Kammerverhandlungen begannen, hatte übrigens das Ministerium unmittelbar nach seiner Zusammensetzung die erste Pairsernennung im Großen vorgenommen, welche, im Sinne des neuen Gesetzes, Elemente in jene Kammer brachte, die als Gegenwirkung der legitimistischen Richtung eines bedeutenden Theiles ihrer Mitglieder dienen konnte. Letztere hatte sich nämlich durch Verzögerungen erwiesen, womit die Pairskammer mehrere Gesetze der Deputirten zu vereiteln suchte, welche direkt gegen die frühere Dynastie der Bourbons gerichtet waren. Dazu gehörte das Gesetz über Abschaffung der Feierlichkeit des 21. Januars (des Todestages Ludwigs XVI.), und über die Verbannung der Bourbons. Ersteres erschien den herrschenden Mittelklassen als eine indirekte Verwerfung jener Revolution, welche den

Grund zu ihrer Herrschaft und überhaupt zum neueren Zustande Frankreichs gelegt hatte, und die schon lange nicht mehr nach einzelnen Thatsachen, sondern nach den Folgen beurtheilt ward. Letzteres Gesetz war ein nothwendiges Ergebniß der Thronveränderung im Juli. Außerdem war die Pairscreirung nach dem neuen Gesetze um so mehr nothwendig, da der Tod mit jedem Jahr die Zahl der Mitglieder verminderte, welche schon durch die Entfernung und den Rücktritt von beinahe hundert Mitgliedern bedeutend zusammengeschmolzen waren. Die Ernennungen waren sowohl dem Sinne des Gesetzes, wie den bestehenden Verhältnissen und den Bestrebungen der Mittelklassen angemessen. Unter den neuen Pairs befanden sich achtbare Generale, deren Namen durch die Kriege des Kaisers berühmt waren, Grouchy, Lallemand, Fezensac, Brayer rc.; Gelehrte, die einen europäischen Namen sich erworben hatten, wie der Geschichtschreiber Villemain, und der Orientalist Sylvestre de Sacy; die Erinnerungen an die frühere Revolution und das Kaiserreich waren durch die Ernennung eines Schwiegersohns von Hoche, Dessoys, und eines noch lebenden Mitgliedes der Constituante Montlosier u. s. w. die an das Kaiserreich durch Ernennung Röderers, (Staatsrath und Senator unter Napoleon) und eines Diplomaten Napoleons, Reinhard, berücksichtigt. Seitdem hörte der Zwiespalt zwischen Pairs und Deputirten auf; die Gesetze, welche von letzterer Kammer in die erstere gelangten, wurden stets der Hauptsache nach angenommen, und nur in einzelnen Punkten verändert und verbessert. Die Bestimmung der Pairskammer ward von nun an hinsichtlich der Gesetzgebung fast allein die Vervollständigung und nähere Ausführung des Einzelnen, während die gewählte Kammer die Gesetze in den Hauptbestimmungen entwarf.

Das Municipal- und Departemental-Gesetz seit Martignac's Ministerium in jeder Session verlangt, ward in dieser endlich berathen und gegeben (seit dem 9. Januar 1833). Der Gewalt des Präfekten, wie sie der Kaiser im Sinne des militärischen Despotismus gebildet, und wie sie die Bourbons ihrem Regierungssysteme durchaus bequem gefunden hatten,

wurden gewählte Versammlungen der Departements, Cantone, Bezirke und Städte zur Seite gestellt, um der Willkühr Jener in den besonderen Angelegenheiten der einzelnen Theile des Königreichs ein Gegengewicht zu bieten, ohne daß bei den Gemeinden die Nothwendigkeit statt fand, in jeder einzelnen Angelegenheit, welche ihre Verwaltung betraf, bei vorfallenden Streitigkeiten sich nach Paris zu wenden. Der Präfekt und die übrigen Provincialbeamten der Regierung, standen hiebei in einem ähnlichen Verhältnisse, wie die Kammern zur Regierung; bei irgend einer allgemeinen Maßregel in Vertheilung der Steuern, Erhebung von Communalabgaben, Errichtung allgemeiner Bauwerke rc., war die Uebereinstimmung der drei Gewalten nothwendig. Eben so verblieb der Regierung das Recht, im Fall von Streitigkeiten oder Beschlüssen, welche dem allgemeinen Systeme widerstrebten, die Versammlungen aufzulösen, eine Maßregel, die in Betreff der Municipalräthe häufig nothwendig wurde, da diese in einzelnen Städten den Kreis ihrer Befugniß bei politischen Gegenständen oft überschritten. Natürlich war aber die Grundlage, nach welcher einzelne dieser Versammlungen, besonders in den Städten und in Bezirken, zusammengesetzt wurden, bei weitem ausgedehnter, wie bei der Deputirtenkammer, da bei den Verhältnissen der kleineren Gemeinheiten die Zusammensetzung der Rathversammlungen auf engerer Grundlage nicht allein unbillig, sondern oft auch unmöglich gewesen wäre. Uebrigens war durch die Stellung der Präfekten, Unterpräfekten rc. ein Gegengewicht gegen den demokratischen Einfluß geboten, welches die Wiederholung des früheren Uebergewichts der Communen während des Conventes, wo der Gemeinderath von Paris sogar die gesetzgebende Versammlung während der Schreckenszeit unbedingt beherrschte, und wobei die vollkommenste Willkühr in andern, die Beschlüsse der Centralgewalt theilweise lähmte, oder wenigstens fortwährende Verwirrung verursachte, für die Zukunft verhindert. Ein Theil der Linken suchte übrigens Alles, was von Napoleon's Centralgewalt hiebei noch zurückblieb, ebenfalls zu entfernen, allein die Partei selbst war hierin nicht einig, und Einzelne (Mauguin)

waren sich zu sehr der Gewalt bewußt, welche dem Reiche durch den Zusammenhang aller Fäden in einem Mittelpunkt ertheilt worden war, als daß sie die gänzliche Auflösung desselben hätten herbeiwünschen sollen.

Hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten war die Anerkennung des griechischen Anlehens, von Seiten der Deputirtenkammer, von größerer Wichtigkeit. Nach der Julirevolution waren die Grenzen des neuen Staates durch Einfluß des Whigministeriums und der französischen Regierung über eine Linie hinaus erweitert worden, welche durch Einwirkung der Toryverwaltung Wellington's den Umfang des griechischen Gebietes auf einen verhältnißmäßig zu kleinen Raum beschränkten; für die Erweiterung war der Pforte eine Entschädigung von 40 Millionen türkischer Piaster geboten; außerdem erforderte die innere Organisation des neugebildeten Staates financielle Hülfsmittel, welche derselbe wegen der unermeßlichen Leiden des Unabhängigkeitkrieges nicht darbieten konnte; die drei Mächte, welche die Unabhängkeit Griechenlands begründet hatten, kamen deßhalb überein, für eine Anleihe sich zu verbürgen, welche Griechenland selbst unter den bestehenden Verhältnissen niemals hätte abschließen können. Natürlich erforderte jene Bürgschaft in den constitutionellen Staaten die Einwilligung der Kammern, und der Finanzminister Humann stellte demgemäß am 24. Januar 1833 den Antrag. Die Verhandlung ward bis auf den 18. Mai verschoben, nachdem die Kammersessionen von 1832 und 1833 wegen Anhäufung der Geschäfte, besonders aber wegen der Berathung über das Budget, vereinigt werden mußten, wobei beide nur durch den Zwischenraum eines Tages getrennt waren. Die Angelegenheit ward für den Augenblick um so wichtiger, da das schon lange Zeit innerlich zusammengesunkene Reich der Pforte damals einer drohenden Gefahr ausgesetzt war, welche den Untergang derselben in naher oder ferner Zukunft befürchten ließ. Der Herzog von Broglie, welcher als Minister des Auswärtigen die Frage hauptsächlich zu erläutern hatte, bewirkte durch eine deutliche Darlegung dieser Verhältnisse einen Beschluß der Kammer, worin die zu lei-

stende Bürgschaft Frankreichs bewilligt wurde. In Uebereinstimmung mit der englischen Politik, deren Hauptstreben die Erhaltung der Pforte oder die Gründung unabhängiger Staaten im Südosten Europas von nun an offenbar bezweckte, überzeugte er die Deputirten von der Nothwendigkeit im Interesse Frankreichs zu der Gründung eines Staates beizutragen, welcher bei einer möglichen Zerstückelung des ottomanischen Reiches durch Selbstständigkeit den Eingriffen von Eroberern Trotz bieten könnte. Diese Politik war um so mehr die richtigere, da die constitutionellen Staaten des Westens durch die Bürgschaft für die griechische Schuld ihren Einfluß auf das Königreich des neuernannten Monarchen in der Art befestigten, daß dieser durch Intriguen oder andere Mittel schwerlich erschüttert werden möchte.

Die Opposition suchte übrigens den Beschluß der Kammer durch die Rücksicht zu verhindern, der Antheil des Anlehens, welchen Frankreich verbürgte, werde, als Entschädigung der Türkei, in die Hände Rußlands übergeben, da die Pforte die im Frieden von Adrianopel bedungene Zahlung jenem Kaiserreiche noch schulde, oder dieselbe werde von Griechenland auf andere Zwecke verwendet, England allein zum Vortheil gereichen, wo die erste griechische Anleihe, während des Unabhängigkeitskrieges abgeschlossen war; allein die allgemeine politische Ansicht, und theilweise der ministerielle Einfluß auf einzelne Deputirte, welche die Regierung zwar in allen inneren Angelegenheiten unterstützten, allein bei jeder Vermehrung der Staatsausgaben eine gewisse Aengstlichkeit zeigten, war überwiegend; der Antrag der Minister ward angenommen, und gerade zu einer Zeit, wo die Angelegenheiten der Levante sich in der Art verwickelten, daß die Majorität der herrschenden Partei zugleich mit der Linken, den Ministern und den Republikanern ein entschiedenes Auftreten für die Zukunft erwartete.

Einer der wichtigsten Beschlüsse der Kammer betraf das von Guizot vorgeschlagene Gesetz über den Primairunterricht, eine Maßregel, die außer dem allgemeinen Stande der Bildung um so nothwendiger wurde, da die poli-

tischen Formen der Verfassung und die inneren Verhältnisse des Staates einen höheren Grad der geistigen Bildung auch bei den niederen Klassen erforderten, wie dieß unter dem Kaiserreiche und der Restauration von der Regierung vorbereitet war. Die liberale Partei unter letzterer Regierung hatte um so mehr eine größere Ausdehnung des Unterrichts auf die arbeitende Klasse verfochten, je mehr damals das Treiben der Jesuiten, die Begriffe derselben zu verfälschen und für ihre Zwecke zu bearbeiten suchte. Nach der Julirevolution schien ferner ein Gesetz über den unteren Volksunterricht den herrschenden Mittelklassen um so nothwendiger, da diese zugleich erwarten konnten, dem arbeitenden Volke werde ein weiterer Bereich der Industrie durch vorgerückte Bildung eröffnet werden, wodurch sich die Neigung derselben zu gewaltthätigen Veränderungen und Unruhen mit der Zeit vermindern müßte. Auch die Linke wußte das Verdienst des Ministers anzuerkennen, welcher hier in seinem besonderen Fache durchaus für das Wohl des Staates, und keineswegs für eine Parteiansicht wirkte. Die Gemeinden wurden zur Errichtung wohlgeordneter Primairschulen verpflichtet, und die Aufsicht derselben in der Art bestimmt, daß sie zugleich unter der Controlle der Regierung, ihrer angesehensten Bürger und den Gemeinderäthen standen. Allein das Mißtrauen und die Abneigung gegen die katholische Geistlichkeit war von der Restauration her noch so sehr überwiegend, daß die Kammer, gegen den Antrag der Minister alle Pfarrer von dem Ausschusse ausschloß, welcher in den Gemeinden die Aufsicht über die Schulen führte, und aus dem Maire, dem Geistlichen und drei Abgeordneten des Municipalraths bestehen sollte. (2. Mai.)

Während die Kammer sich im Allgemeinen vorzugsweise so mit Gesetzen beschäftigte, welche eine ruhigere Ueberlegung und eine festere Stimmung erforderten, fanden zugleich Sitzungen statt, welche die Leidenschaftlichkeit der kurz vorhergegangenen Zeit wieder hervorriefen. Die gereizte und durch die Ereignisse des vorhergehenden Jahres erweckte Stimmung, ward fortwährend durch die Angriffe der Oppositionspresse unterhalten. Die Zeitungen der dynastischen Opposition mit dem

National hielten sich allerdings im Allgemeinen an Grundsätze und Maßregeln, oder sprachen ihre Abneigung in einer Weise aus, gegen welche der Aerger der Gekränkten bei der bestehenden Preßfreiheit Nichts vermochte. Die Tribune dagegen enthielt täglich bittere Ausfälle gegen die herrschende Partei der Deputirten, die Pairs und die königliche Familie, während die kleineren und wegen ihres Witzes vielgelesenen Blätter der republikanischen Partei, besonders der Corsaire, und die Carricature mit boshaftem Spott um so freigebiger waren, je mehr dieser bei dem Temperament der Franzosen eine sichere Wirkung äußerte, und neben der Abneigung und dem Haß zugleich Verachtung gegen die Regierung erwekte. Vergeblich suchte die herrschende Partei sich durch Processe gegen dergleiche Angriffe zu sichern. Die Jury, obgleich zu der Mittelklasse der Mehrheit nach gehörig, zeigte sich selten geneigt, dem Zwecke der Regierung durch Verurtheilungen zu entsprechen. Der Generalprokurator Persil hatte um so unangenehmere Niederlagen erlitten, da er seine eigene Heftigkeit selten oder niemals unterdrücken konnte. Somit war die Mehrheit der Kammer schon lange auf's Höchste gereizt, und schien nur eine Gelegenheit zu erwarten, einen Schlag gegen die republikanische Presse auszuführen, als ein Artikel der Tribune, worin die Kammer als prostituirt bezeichnet ward, die Majorität zu Schlüssen bewog, wodurch sie selbst zugleich als Ankläger und Richter nach dem Vorgange des englischen Parlaments auftrat, welches durch immerwährende Angriffe auf die Personen seiner Mitglieder, und auf die Zusammensetzung im Allgemeinen, an dergleichen Ausfälle gewöhnt, dieß Recht schon seit längerer Zeit nicht mehr gebraucht hatte. Ein Deputirter, (Viennet) welcher als sogenannter klassischer Poet durch Spöttereien über seine Verse, womit die Angriffe auf seine politische Stellung fortwährend gewürzt wurden, bis auf's Höchste gereizt ward, trat hier als Ankläger auf, und bewirkte ungeachtet einer mittelmäßigen Beredsamkeit bei der Kammer um so größeren Eindruck, da fast alle Deputirten der Mehrheit, durch die ewigen Plackereien der kleineren republikanischen

Presse persönlich belegt, die zu einer stolzen Verachtung jenes Artikels der Tribune nicht gestimmt war, wie es ein Theil von ihnen wünschte, und durch seine Abstimmung zu bewirken suchte, obgleich Letzterer nicht offen gegen den Vorschlag Viennet's auftrat. Viennet's Rede, welche sich um die sonderbare Behauptung, die Gesetzlichkeit tödtet uns, drehte, wurde noch von Herrn Persil überboten, der hier vor einer anderen Versammlung, wie vor der Jury, welche auf seine Ausfälle nicht achtete, von Heftigkeit so sehr sich hinreißen ließ, daß er die Opposition auf unparlamentarische Weise beleidigte. Die Anklage ward beschlossen, jedoch mit so geringer Majorität, daß ein englisches Unterhaus schon deßhalb wahrscheinlich den Proceß nicht weiter verfolgt hätte, der um so scandalöser werden mußte, da den Redaktoren der Tribune Cavaignac und Marrast bei der Vertheidigung des verantwortlichen Herausgebers Lionne, Gelegenheit geboten wurde, ihre Grundsätze in der Mitte der Kammer offen zu verkünden, und die höchste Tribune der Nation somit für sich in Beschlag zu nehmen. Dieß geschah am 16. April; das Urtheil bestimmte die höchste Strafe auf Preßvergehen 10,000 Fr. und drei Jahre Gefängniß, war aber um so nutzloser, da das ganze Verfahren nicht dazu geeignet seyn konnte, die Bitterkeit der Angriffe auf einen gemäßigteren Ton herabzustimmen, oder diese selbst zu unterdrücken. Dieß Urtheil kam übrigens um so ungelegener, da der Deputirte Cabet von der Jury wegen einer Schrift verklagt, worin er republikanische Grundsätze offen dargelegt, und sich gegen die Regierung entschieden feindlich erklärt hatte, beinahe in denselben Tagen freigesprochen wurde.

Ein anderer Punkt, wodurch die Regierung und die Kammer eine allgemein gereizte Stimmung erweckten, war die Befestigung von Paris durch abgesonderte Forts. Die Idee war, wie es hieß, von Napoleon ausgegangen, und als das einzige Mittel dargestellt, die ungeheure Hauptstadt, von deren Schicksal seit neuester Zeit das Schicksal Frankreichs abhing, vor den Eroberungen feindlicher Heere zu bewahren. Der Präsident des Ministerraths hatte schon längere Zeit die Ausführung des Planes angerathen; so lange die Wahrscheinlichkeit

eines allgemeinen Krieges vorhanden war. Die Kammern hatten bereits der Ausführung sich nicht abgeneigt gezeigt, und die dafür nothwendigen Summen zu bewilligen erklärt; allein die Angelegenheit erhielt durch die Gewalt der Presse in Kurzem eine andere Wendung, wodurch die Regierung zur Aufgebung des Planes gezwungen wurde. Die politische Stellung von Paris war früher nicht beachtet; es gelang der Presse, diese Betrachtung in der Art allgemein zum klaren Bewußtseyn zu bringen, daß die Regierung die Ausführung jener Befestigung aufgeben mußte. Nach den Vorfällen im Juni war die Besorgniß natürlich, die bestehende Gewalt, um sich für immer zu sichern, beabsichtige durch Erbauung der Forts sich ein Mittel zu verschaffen, jede entscheidende Volksbewegung in Paris für die Zukunft zu verhindern. Die Nutzlosigkeit einer solchen Maßregel, bei einer Regierung, welche durchaus auf die Nationalgarde rechnen konnte, so lange sie im Sinne der Mittelklassen handelte, lag zu offen am Tage, als daß derjenige Theil der Einwohner der Hauptstadt, welcher die Regierung gehalten und befestigt hatte, jenen Befestigungen nicht eben so abgeneigt hätte werden müssen, wie die Republikaner, welche auf eine Umwälzung als ein Mittel ihre Grundsätze in der Zukunft durchzuführen hofften. Außerdem ward die Besorgniß rege, durch Empörung der Truppen, oder durch den Ehrgeiz eines Generals könne eine Veränderung herbeigeführt werden, deren Folge entweder als Anarchie oder als Militärdespotismus sich ergeben müßte. Hiezu kam ein im National abgedruckter Plan des ehemaligen Kriegsministers Clermont Tonnere, welchen die Zeitung aus dem Bureau des Kriegsministeriums sich verschafft hatten, worin Carl X. dasselbe Verfahren angerathen wurde, damit er die Umstürzung der Charte, so bald er die Hauptstadt in der Gewalt habe, um so leichter durch militärische Mittel durchführen könne. Zugleich bewies jene Zeitung strategisch, Paris könne durch Bombardement von den Besatzungen der Forts zerstört werden. Die Pariser Nationalgarde, obgleich fest entschlossen, jede Empörung mit Gewalt zu unterdrücken, und außerdem überzeugt, sie selbst genüge zur Ueberwältigung je-

des gesetzlosen Aufstandes, war aber durchaus nicht gesonnen, ihr Privateigenthum für irgend einen politischen Zweck einer möglichen Zerstörung auszusetzen. Sie ward von der allgemeinen Aufregung der niederen Klassen hingerissen, und bald in der Art gereizt, daß eine allgemeine Erklärung als nahe erschien. Somit ward die Regierung genöthigt, den Plan der Befestigungen von Paris fallen zu lassen, mochte nun die geargwohnte Absicht im Hintergrunde liegen, oder ganz allein eine Sicherung der Hauptstadt gegen äußere Feinde damit bezweckt seyn. Bevor dieß noch geschah, wurden die bereits angefangenen Arbeiten zu wiederholten Malen in der Nacht zerstört, und die Nationalgarde hatte keine Neigung gezeigt, Tumulten, die bei dieser Gelegenheit ausbrachen, vorzubeugen. Die Regierung hat aber seitdem den Plan in der Art aufgegeben, daß derselbe später bei noch so günstiger Gelegenheit nicht wieder aufgeregt wurde, wo die Minister nicht allein über die Kammer-Mehrheit unbedingt verfügten, sondern wo zugleich die Gleichgültigkeit über Politik so allgemein ward, daß sogar ein bedeutender Theil der früheren Republikaner seinen materiellen Interessen allein nachging. In Lyon ward übrigens eine Befestigung der Art ausgeführt, als ein heftiger Kampf in den Straßen der Stadt erwiesen hatte, daß die republikanische Partei, nachdem sie ihre Hoffnungen für Paris hatte aufgeben müssen, in dieser zweiten Stadt des Reiches einen Heerd für ihre Wirksamkeit bei der Masse der Fabrikarbeiter fand, welche durch Armuth und die Verhältnisse einer Industrie im Großen der Mehrheit nach keine Aussicht besaßen, durch selbstständige Thätigkeit zur unabhängigen Stellung in bürgerlichen Verhältnissen zu gelangen.

Das Streben der Kammer in den Sitzungen von 1832 und 1833, war somit einerseits auf materielle Verbesserungen und andererseits auf Ueberwältigung des Widerstandes gerichtet, welcher das Bestehen der damaligen Regierung in Frage stellte. Das Ministerium war der Ausdruck der gewählten Majorität, und verfolgte deßhalb beide angedeutete Richtungen. Die letztere sprach sich bald darauf noch deutlicher in Zwangsmaßregeln aus, welche die Unterdrückung jener Be-

mühungen auf längere Zeit niederhielten. Es erfolgten Gesetze und Maßregeln, welche den Triebfedern der Aufregung entgegen wirkten, und von der Gleichgültigkeit des größeren Theils der Nation unterstützt wurden, die der dauernden Gereiztheit müde, ihre Bestrebungen hauptsächlich auf die durch den Frieden beförderten materiellen Interessen verwandte. Jene Indifferenz, welcher die Presse vergeblich entgegenzuarbeiten suchte, war bald die Ursache, daß die Mehrzahl sich Beschränkungen gefallen ließ, welche in früherer Zeit den heftigsten Widerstand und vielleicht gefährliche Unruhen veranlaßt hätten, allein damals geduldet wurden, und später als bestehendes Recht bei der Ausführung auf keine weitere Widersetzlichkeit trafen. Von Zeit zu Zeit erinnerte jedoch durch einzelne Handlungen die Regierung an ihren Ursprung. Hiezu gehörte 1833 die Wiedererrichtung der Statue Napoleon's auf der Vendomesäule, welche nach einem Gesetz der Kammer an den Julifesten statt fand.

Eine Frage, welche der Kammer zu wiederholten Malen sich aufdrang, war die Behauptung Algiers, und die damit zusammenhängende Colonisation des eroberten Gebietes der ehemaligen Regentschaft, ein Plan, den Marschall Clausel, welcher nach der Julirevolution auf einige Zeit die dortige Verwaltung führte, vor Allen in Anregung gebracht hatte. Die Eroberung befand sich aber keineswegs in einem Zustande, welcher eine ruhige und ungestörte Ausführung derselben, oder selbst nur einen sicheren Besitz für die Dauer verbürgte. Die Herrschaft der Franzosen ging für's Erste kaum über den Umkreis der Stadt hinaus, und ein immerwährender Kampf mit einem Theile der Eingebornen machte eine größere Occupationsarmee nothwendig, deren häufige Verluste, so wie die zur Erhaltung derselben nothwendigen Kosten unter einem Theil der Kammer-Mehrheit eine Abneigung gegen die fortwährende Besetzung jener Eroberung veranlaßten, welche bei den dortigen Verhältnissen gegen die unabhängigen Einwohner, und bei einem durchaus ungeschickten Verfahren der Verwaltung in jeglichem Zweige, sich mit jedem Jahre um ein Bedeutendes vermehrte. Algier war damals in einer Lage, welche den Aus-

spruch englischer Staatsmänner veranlaßte, Großbritannien, welches sicherlich die Entstehung einer mächtigen Colonie Frankreichs an den Küsten des Mittelmeeres ungern sehen müßte, habe keinen Grund, die Franzosen um eine Besitzung zu beneiden, welche bei dem Verfahren der dortigen Verwaltung dem Staate Nichts einbrächte, und für die Zukunft nichts verspräche. Häufig genug wurde damals in England die Behauptung des vergangenen Jahrhunderts gehört, die Franzosen verständen ihre Colonien weder zu benutzen, noch zu erhalten.

Nach Marschall Clausel, der im Februar **1831** die Regentschaft verließ, wurde der Herzog von Rovigo (Savary) als Gouverneur dorthin abgesandt. Dieser ehemalige Polizeiminister des Kaisers, ohnedem durch sein früheres Leben an militärische Willkühr und an die gewaltsame Erhebung von Contributionen gewohnt, brachte den Zustand der Eroberung in noch größere Verwirrung, erbitterte die Einwohner durch unvorsichtige Verletzung ihrer religiösen Vorurtheile, so wie durch häufig auf gewaltsame Weise erhobene Abgaben, und setzte zuletzt die Regierung dem Verdacht der Schwäche aus, da er seine anfänglich gemachten Forderungen herabsetzen mußte. Seine Zurückberufung ward in Kurzem nothwendig.

Der Marschall Clausel hatte ein System hinsichtlich der Eingebornen begonnen, welches schon allein bei einem bedeutenderen Theil derselben Feindlichkeit gegen die Franzosen zur Folge hatte. Er ließ die früher herrschende Kaste der Türken, welche von den eigentlichen Ureinwohnern, den nie gänzlich unterworfenen Kabylen, (gewöhnlich mit dem Namen Araber bezeichnet), als Eindringlinge verhaßt und verabscheut waren, in überwiegender Stellung. Während dieser Theil der Bevölkerung in der Art gewonnen wurde, daß die Franzosen sogar Truppen für ihr Heer aus ihm bilden konnten, waren dagegen immerwährende Kämpfe mit dem andern nothwendig, um den Besitz der festen Punkte und des angrenzenden Gebietes zu erhalten. Die französischen Heere vermochten aber die Barbaren in einem von Gebirgszügen durchschnittenem Lande eben so wenig zu unterwerfen, wie die Armeen des Kaisers

die spanischen Guerillas. Einzelne Punkte wurden fortwährend überfallen und niedergemacht, Heerden geraubt, die Wohnungen und Felder der Colonisten verheert, die Zufuhr ward den Franzosen abgeschnitten, kurz das Land befand sich in einem Kriegszustande, welcher die Colonisation für den Augenblick unmöglich und für die Zukunft ungewiß machte. Die Franzosen, welche während der ersteren Zeit bei der Ungewißheit über einen Krieg in Europa eine bedeutendere Truppenmacht in Afrika nicht erhalten hatten, verloren immer mehr an Terrain, und sogar einen ihrer Hauptpunkte (Bona), gegen einen Feind, bei welchem vor Allem der religiöse Fanatismus mächtig einwirkte, um zahlreiche und erbitterte Schaaren unter nicht ungeschickten Führern gegen die Fremden und Ungläubigen zu versammeln. Unter jenen ward im Westen der Regentschaft ein Kabyle, mit dem Namen Abd-el-Kader, besonders bemerkbar, welcher sich aus den niederen Reihen seiner Landsleute emporgeschwungen hatte; im Osten der Bei von Constantine, welcher das genommene Bona zwar wieder verlor, allein stark genug blieb, um die Franzosen dort immerwährend im Schach zu halten. An eine gütliche Ausgleichung zwischen beiden Theilen war damals noch nicht zu denken; einerseits hatten die Franzosen ihre wirkliche Macht den einzelnen Häuptlingen noch nicht zur Genüge fühlen lassen, um diesen die Hoffnung zu benehmen, die Fremden aus Algier mit der Zeit vertreiben zu können, andererseits konnte bei den Kabylen, die an den Verkehr mit Europäern niemals gewohnt gewesen waren, noch kein Begriff von den gegenseitigen Vortheilen einer friedlichen Verbindung von beiden Seiten erweckt werden. Außerdem bewirkte die zum Theil nomadische Lebensart der Araber, welche einem Beginn der Colonisation im Inneren, die ihre Gewohnheit beschränken mußte, natürlich als feindlich sich zeigten, daß an ein friedliches Zusammenleben der Fremden und Eingebornen so bald noch nicht zu denken war. Somit war die Lage von Algier nicht der Art, daß ein größerer Theil der Deputirten, dem der Mehrheit nach bei allen Staatsausgaben eine ängstliche Sparsamkeit von ihren Committenten aufgedrungen wurde,

wegen der ungeheuren Ausgaben, welche die Erhaltung des Besitzes erforderte, eine endliche Aufgebung desselben nicht allmählig hätte wünschen sollen. Keiner wagte jedoch bis jetzt, dieß offen auszusprechen, da die allgemeine Stimmung der Nation eine Behauptung ihrer Eroberung schon als Ehrenpunkt verlangte; außerdem war die Hoffnung auf eine reiche und blühende, von der Südküste Frankreichs nur wenige Tagreisen entfernte Colonie, deren Blüte wenigstens für die Zukunft sich erwarten ließ, zu lockend, um jene Ansicht allgemein und populär zu machen. Letztere Betrachtung war um so mehr überwiegend, da Frankreich fast alle früheren Colonien schon lange verloren hatte, und sich allein noch im Besitz weniger und unbedeutender Punkte jenseits des Meeres befand. Man erinnerte sich jenes Planes des Generals Bonaparte, welcher Ersatz für diese Verluste in einem anderen der tropischen Küstenländer des Mittelmeeres vorgeschlagen und gesucht hatte, und hielt bei der einstigen Blüte des jetzt eroberten nordafrikanischen Küstenstrichs in antiker Zeit, eine reiche Colonie in der Zukunft nicht für unmöglich. Diese konnte aber durch das bisherige System nicht erzielt werden. Eine bedeutendere Truppenmacht und ein nachdrücklicher Kampf war nothwendig, um die Kabylen und ihre Häuptlinge gänzlich zu unterwerfen, oder sie zu einem Vergleich geneigt zu machen, sobald sie die wirkliche Macht Frankreichs zur Genüge erfahren hätten.

Uebrigens ergab sich 1833, daß die frühere Regierung Carl's X. gegen England sich nicht verpflichtet hatte, Algier nach der Eroberung wieder aufzugeben. Dieß erhellte aus den im Juni 1833, auf Antrag des Lord Aberdeen, dem Oberhause über diese Angelegenheit vorgelegten Papieren. Das Ministerium Grey zeigte sich ebenfalls nicht geneigt, eine Forderung an die französische Regierung zu stellen, deren Gewährung ohnedem durchaus unwahrscheinlich seyn mußte.



Vierundzwanzigstes Kapitel.

Erstes reformirtes Parlament; irische Zwangs- und Kirchenreformbill. — Verhältniß der Parteien zur Geistlichkeit der Hochkirche. — Fragen über die Aufhebung der Häuser- und Malzsteuer, — das Privilegium der Bank — über die Sclaven — über die ostindische Gesellschaft.

England.

Am Schluß des Jahres 1832 und im Beginne von 1833 geschahen die ersten Wahlen des reformirten Parlamentes. Die Majorität der Liberalen war stärker wie jemals, weder früher noch später; in England allein betrug ihre Zahl 315; fast überall kam man den Whigs mit dem entschiedenen Vertrauen entgegen, sie würden niemals die Parteiprincipien verleugnen, welche sie so lange bei der überwiegenden Toryherrschaft verfochten hatten. Dieß Vertrauen zeigte sich um so mehr, da fast Alle sich weigerten, deutliche und bindende Versprechungen über einzelne Fragen zu geben, deren Lösung von den Umständen, welche sich der Regierung als hinderlich darbieten konnten, zugleich mit abhängen mußte. Gleich anfangs zeigte sich jedoch ihr für die Zukunft nothwendiger Zwiespalt mit den Radikalen. Als Gegner von Sir John Hobhouse trat in Westminster der Oberst Evans auf, welcher einzelne Zwecke jener Partei, wie die geheime Abstimmung und zugleich die Bestrebungen der Städte verfocht, einen bedeutenden Theil der Abgaben von diesen auf die Grundbesitzer zu übertragen. Allein er ward dießmal mit bedeutender Mehrheit verworfen. Kein Parlamentglied, welches für die Reform gestimmt, verlor seinen Sitz; eine Menge Anderer, welche die Reformbill wie Attwood auf andere Weise verfochten hatten, ward zur Belohnung in's Unterhaus gesandt; außer den unbedeutenden

Repräsentanten der verfaulten Flecken wurden dagegen mehrere Parlamentsglieder von bekannteren Namen, welche die Bill bekämpft oder gegen ihre Annahme gestimmt hatten, nicht wieder gewählt. So erging es Sir Charles Wetherell und Hunt. Die Radikalen verstärkten sich ebenfalls, wenn auch nicht in dem Verhältniß wie die Whigs, allein doch in einer Zahl bis auf 75, wie sie weder früher noch in den folgenden Parlamentswahlen wieder erlangten. Unter ihnen befanden sich Redner, die später nicht ohne Namen blieben. Grote, Roebuck und Sir William Molesworth; auch wurde der alte Cobbet von der Fabrikstadt Oldham ernannt, allein auf eine Stellung erhoben, worin er bald eben so wie Hunt, offenbar Beweise gab, wie wenig die Radikalen aus Castlereagh's Zeit die späteren Verhältnisse begriffen. Die Tories, von nun an durch den Namen conservativ sich bezeichnend, betrugen nicht mehr als 144; ihre geringe Anzahl war theilweise durch das allgemeine Mißtrauen veranlaßt, welches nach ihrer früheren Regierung und nach ihrem Widerstande gegen die Reformbill nicht so bald wieder verschwinden konnte, theilweise auch durch den Umstand, daß sie nach wenigen auf die Reformbill folgenden Monaten noch nicht im Stande waren, die Vortheile, welche jenes Gesetz in den Grafschaftswahlen ihnen darbot, in aller Ausdehnung zu benützen. Gleich anfangs suchte nehmlich die Partei sich das Uebergewicht in denselben durch die nicht ungegründete Besorgniß der kleineren Grundbesitzer und Pächter zu erwerben, die Reformbill werde durch die größere Zahl der repräsentirten Städte eine Veränderung der Korngesetze herbeiführen; später vermehrte sie, so weit es der Grundbesitz ihrer Mitglieder erlaubte, die Pächter auf längere Zeit oder augenblickliche Kündigung, und erhielt durch beide Mittel, bei diesem Theil der Repräsentation Englands in späteren Wahlen die Mehrheit, indem die Einen durch ihren persönlichen Vortheil, die Andern durch die Drohung ausgetrieben zu werden, zu ihr hinüber geführt wurden.

In Schottland und Irland verlor die Partei in demselben Grade, wie in England, jedoch ohne im Stande zu seyn, den Verlust durch andere Mittel in späterer Zeit wieder aus-

zugleichen. In Irland waren übrigens die Deputirten von der Reformpartei theilweise feindlich gegen die Minister gestimmt. Unter 81 Reformern befanden sich 45 Mitglieder, welche sich größtentheils unbedingt für die Aufhebung der Union ihren Wählern verpflichtet hatten.

Mit Ausnahme der Whigs war jedoch das Verhältniß der Majorität in einzelnen Punkten schwankend. Die Radikalen hofften auf den bis jetzt noch nie von ihnen ausgeübten parlamentarischen Einfluß, und zeigten sich deßhalb nicht selten geneigt, entweder durchaus unabhängig gegen die Minister, oder sogar mit einer rein demokratischen Fraktion der Tories, die von Marquis von Chauson repräsentirt wurde, zu stimmen, welche im Sinne der niederen, Ackerbau treibenden Volksklasse die Herabsetzung einzelner Abgaben eben so ungestüm forderte, wie die Masse der Wähler in den größeren Städten bei denselben, oder bei anderen Taxen. Zwischen beiden fand sich somit bisweilen auf's Neue eine Berührung der Extreme, wie bei der Reformbill über das Stimmrecht der Zeitpächter. Die ministerielle Mehrheit umfaßte aber einen bedeutenden Theil der Conservativen, so lange die Radikalen ihre wirkliche Schwäche noch nicht erkannt hatten, und sich deßhalb auf die Bestrebungen der Whigs noch nicht beschränken wollten. Allein auch die Radikalen selbst waren unter sich zerfallen. Die irischen 35 Antiunionisten standen durchaus vereinzelt, und konnten bei ihrem Hauptzweck niemals auf die Stimmen der übrigen britischen Radikalen rechnen, welche in der Regel der Leitung Hume's bei jeder Gelegenheit unbedingt folgten. Cobbet stand unter ihnen eben so wie Hunt durchaus vereinzelt, und verlor Alles wegen seiner früheren Verfolgungen erworbene Ansehen schon dadurch, daß er sich bei mehreren Gelegenheiten lächerlich machte.*) Unter den

---

*) Bei der Verhandlung über das Budget widersetzte er sich der Bewilligung des Zuschusses für das britische Museum, welches in ausgestopften Vögeln, Insekten und andern nutzlosen Scharteken (and other useless stuff) das Vermögen des Staats verschwende.

Antiunionisten zeigte sich endlich ebenfalls keine vollkommene Uebereinstimmung. Besonders ein Mitglied, Feargus O'Connor, machte sich durch den höchsten Grad irischer Unbesonnenheit und Heftigkeit, welche persönliche Beleidigungen und Duelle*) fast immer als Folge der politischen Verhandlungen zu betrachten schien, in der Art bemerkbar, daß selbst O'Connell sich allmählig lossagte, und zuletzt sich entschieden von ihm trennte.

Die ersten und wichtigsten Berathungen betrafen die Lage Irlands. Lord Grey trug im Oberhause am 15. Februar auf die Zwangsmaßregeln an, deren Nothwendigkeit fast alle ächtbritischen Parteien einsahen, da die Frage nicht allein die augenblickliche Beruhigung Irlands, sondern auch die Erhaltung der Union betraf. Es ward darin dem Lord-Lieutenant das Recht ertheilt, für einzelne Distrikte, in denen Gewaltthätigkeit vor Allen heftig wüthete, das Kriegsgesetz zu proklamiren. Dadurch hörte die Gerichtsbarkeit der Jury auf und Kriegsgerichte traten an die Stelle, welche außer den persönlichen Strafen zugleich die Geißelungen der Armee den Beschuldigten zuerkennen konnten. Uebrigens konnte dieser Kriegszustand mit geringerer Willkühr von 1798 ausgesprochen werden; der Lord-Lieutenant allein besaß das Recht, die Grafschaften der Distrikte zu bestimmen, welche von der Strenge der Maßregel betroffen werden sollten. Während der Ausführung der Maß-

*) Wie sehr dieß Verfahren in den früheren Verhältnissen Irlands gewöhnlich war, zeigte nicht allein die Menge der Mitglieder des Dubliner-Parlaments, die in Duellen erschossen wurden, sondern auch die bekannte Lehre Grattan's an seinen Sohn (gegenwärtig Parlamentsglied): „Be always a rue-Irish man and fight every duel.“ (Sey immer ein wahrer Irländer, und schlage dich in jedem Duell.) Als Gegensatz der früheren mit der jetzigen Zeit mag dagegen das Beispiel O'Connell's dienen, der schon seit lange erklärt hat, niemals ein Duell anzunehmen, seitdem er in seinem ersten das Unglück hatte, einen politischen Gegner zu erschießen, worauf er den Edelmuth besaß, der Wittwe des Gefallenen das (nicht angenommene) Anerbieten einer lebenslänglichen Pension zu machen.

regel nach 1798, die fast ausschließlich von der Entscheidung der orangistischen Magistrate abhängig war. Die Aufhebung der Habeas-Corpus, und das Recht der Regierung, die Häuser der Verdächtigen durchsuchen zu lassen, waren damit verbunden. Die Maßregel machte übrigens in England, obgleich über ihre Nothwendigkeit kein Zweifel herrschen konnte, einen unangenehmen Eindruck, und schwerlich wäre die ausgedehnte Gewalt einem andern Ministerium, als dem des Lord Grey, übertragen worden. Das Oberhaus war allerdings mit dem Beschlusse um so schneller fertig, da die Bank der Bischöfe hoffen mochte, in der Maßregel zugleich ein Mittel zur Eintreibung der rückständigen Zehenten zu erhalten, allein im Unterhause fand die Bill von Seiten mehrerer englischer Radikalen, worunter Attwood, Grote und Bulwer, den heftigsten Widerstand, welchen vor Allen die Einsetzung von Kriegsgerichten mit ausgedehnter Gewalt, und die Aufhebung der Habeas-Corpus, widerstrebte. Die Leiter der irländischen Mitglieder, O'Connell und Shiel, suchten mit aller Kraft ihrer Worte den Beschluß zu verhindern oder zu verschieben, allein vergeblich; das Gefühl der Nothwendigkeit war überwiegend, und das Haus setzte genugsames Vertrauen in die bestehende Verwaltung, um die Gewalt und Willkühr zu versuchen, das einzige Mittel, welches für den Augenblick bei dem gesetzlosen Zustande Irlands den Ministern verblieb, nicht zu bewilligen. Nur einige 80 Stimmen widersprachen der Maßregel; die Drohung O'Connell's, durch eine allgemeine Auswechslung der Banknoten den Staatskredit Irlands in Gefahr zu setzen, fruchtete Nichts. Uebrigens schienen selbst einige irische Mitglieder, wie Shiel, die Nothwendigkeit einzusehen, aber wegen ihrer Committenten eine offene Unterstützung der Maaßregel nicht zu wagen; eine spätere Aeußerung dieses Parlamentsgliedes in Privatgesellschaften, ohne dieses Gesetz sey die Herstellung der Ruhe und Ordnung für den Augenblick unmöglich, welche boshafter Weise von O'Connell im Parlamente zur Sprache gebracht, von Lord Althorp vertreten, aber von Shiel abgeleugnet wurde, schien dieß wenigstens anzudeuten. Unter diesen Verhältnissen ward die Bill auf unbestimmte Zeit, bis

zur Wiederherstellung der Ordnung in Irland, worüber das Parlament entscheiden sollte, angenommen. Die dritte Verlesung fand am 29. März statt, und die Bill trat unmittelbar darauf in Kraft. Durch den mäßigen und zugleich festen Gebrauch, welchen die Regierung des Lord-Lieutenants von der ihr übertragenen außerordentlichen Gewalt machte, wurde übrigens die Herrschaft der Gesetze in Kurzem wieder hergestellt; in denjenigen Grafschaften, welche so sehr durch Gewaltthätigkeiten zerrüttet waren, daß sogar O'Connell bei seinem Widerstande gegen die Zwangsmaßregeln zu heftigen und erbitterten Aeußerungen gegen die gesetzlosen Banden hingerissen wurde, genügten wenige Bestrafungen, verbunden mit der Furcht vor der Macht der Regierung, um die heftigsten Unruhen nach wenigen Monaten zu unterdrücken. Uebrigens verfuhr die Regierung durchaus unparteiisch, sie bestrafte mehrere Offiziere, welche in den Kriegsgerichten, durch den Einfluß der Orangisten oder durch eigene Parteileidenschaft, zu unrechtlichen Urtheilen sich hatten verführen lassen, mit Verlust ihres Ranges, und verhinderte dadurch leidenschaftliche und erbitterte Entscheidungen der eingesetzten Kriegsgerichte, wie diese 1799 statt gefunden hatten, und bei den Irländern die heftigste Verabscheuung und unvertilgbaren Haß gegen die Orangisten zurückgelassen hatten, welche dieß Mittel in einzelnen Fällen mit empörender Willkühr in Anwendung brachten.

Während einerseits die Unruhen Irlands durch die Gewalt, welche der Regierung übertragen ward, beschwichtigt wurden, suchte diese durch eine Reform der inneren Verhältnisse den Stoff zu ähnlichen Friedensstörungen zu entfernen. Das Ministerium begann mit der irischen Kirchenbill eine lange Reihe von Reformen, welche die Whigs, so weit es der Widerstand ihrer Gegner erlaubte, in der Art ausführten, daß der frühere Widerwille des gereizten, und zu Empörungen gegen England geneigten Volkes, mit einer wohlbegründeten Anhänglichkeit an ihre Regierung wechselte, und daß die Bestrebungen für Auflösung der Union nach wenigen Jahren bei der Masse nirgends mehr vorherrschten. Diese Reformen, und

die daraus entstehende Verbindung mit den irischen Mitgliedern, welche sich in der kurz vorhergehenden Zeit in England nicht wenig unpopulär gemacht hatten, war übrigens ein Grund, weßhalb die Whigpartei in ihrem damaligen Bestehen verfiel, und zugleich einen Theil des überwiegenden Einflusses bei der öffentlichen Meinung im südlichen Großbritannien verlor.

Die Kirchenreformbill, welche Lord Althorp am 2. Februar dem Unterhause vorlegte, war in der Art entworfen, daß selbst O'Connell, ungeachtet seiner augenblicklich gereizten Stimmung alle darin gemachten Vorschläge im höchsten Grade billigte, und den Ministern mit dem Gefühl der Rührung die Versicherung von der Dankbarkeit der Irländer gab. Die Bill bezweckte für's Erste das ungeheure Mißverhältniß der Zahl von protestantischen Geistlichen gegen die katholische Bevölkerung in einiges Gleichgewicht zu bringen. Die Zahl der Bischöfe (4 Erzbischöfe und 18 Bischöfe) sollte um 10 vermindert, und diejenigen geistlichen Stellungen höheren Ranges, welche nur als Sinekuren zu betrachten waren, gänzlich aufgehoben werden. Jenes despotische Gesetz, wonach eine geringe Anzahl Protestanten, die in einer Gemeinde wohnten, die Katholiken zwingen konnte, ihnen Kirchen zu bauen und Pfarrer zu unterhalten, (der schon erwähnte Vestry cess), ward abgeschafft. Eine Abgabe von 5 pCt. sollte ferner von den Geistlichen erhoben werden, deren Einkommen mehr als 200 L. betrug. Die durch alle diese Bestimmungen erworbenen Einkünfte sollten zur Erhaltung der verfallenen Kirchen, und zur Verbesserung schlechter Pfarren, allein ebenfalls auf nicht kirchliche Zwecke, verwendet werden können. Endlich geschah in der Bill der erste Schritt zur allmähligen Verbesserung des elenden Zustandes der irländischen Bauern; die Pächter des Kircheneigenthums sollten den Pacht dem Staate, und nicht mehr der Geistlichkeit zahlen; auch ward ihnen die Möglichkeit geboten, durch allmählige Abtragung des Werthes sich Grundeigenthum zu erwerben.

Die Bill ließ somit die Hauptbeschwerde der Katholiken, den Zehenten, unberührt; allein die Minister versprachen zugleich eine andere Bill einzubringen, welche die Ablösung die-

ser Abgabe beträfe, und zugleich eine Bestimmung enthielte, wonach dieselbe nicht mehr von den Pächtern, sondern von den Grundbesitzern erhoben würde. Letzteres sollte den unangenehmen Conflikt vermeiden, welcher durch die unmittelbare Berührung der protestantischen Geistlichkeit mit den katholischen Pächtern täglich hervorgerufen wurde, und mußte derselben um so mehr zum Vortheile gereichen, da sie allgemein so sehr heruntergekommen war, daß die Regierung sich zu ihrer augenblicklichen Unterstützung verstehen mußte. Stanley bewog nämlich das Unterhaus, am 12. Juni, der irischen Geistlichkeit einen Vorschuß für die Zehenten von 1831 und 1833 zu bewilligen. Außerdem nahm aber die Regierung in Betreff dieser Frage durchaus die richtige Stellung ein; sie unterließ es, im Vortheil des Staatsschatzes die Geistlichkeit in Eintreibung der Zehenten zu unterstützen, welche bei den Rechtsverhältnissen Englands mit ungeheuren Kosten verbunden seyn mußte, und somit zu einer Verwendung eines bedeutenden Theiles der Staatseinkünfte für den Vortheil einer Partei geführt hätte, ein Verfahren, wozu die Regierung durch die englischen Gesetze durchaus nicht verpflichtet war; andererseits aber benützte sie die irische Zwangsbill in keiner Weise zur Erhebung jener Abgabe, wie die Torypartei dieß gewünscht hatte, und bestrafte auf der Stelle einzelne Beamte, welche, dem Versprechen der Minister im Parlament entgegen, das neue Gesetz zu dem Zwecke anwandten. Die irisch-protestantische Geistlichkeit war übrigens damals durch das einstimmige Verfahren aller Katholiken in der Art verarmt, daß die Torypartei ihrer Noth für den Augenblick durch eine Collekte abhelfen zu müssen glaubte.

In der Kirchenreformbill, welche als erster Schritt zur Ausgleichung der Beschwerden Irlands gelten sollte, befand sich jedoch eine Klausel, welche bald darauf im Innern des Ministeriums Spaltungen erregte. Dieß war die darin ausgesprochene Anwendung des Kircheneigenthums auf Zwecke, die mit den Interessen der Geistlichkeit nicht zusammen hingen, worüber die unbedingte Entscheidung den gesetzgebenden Gewalten anheimgestellt werden sollte. Die Gegner der Klausel beriefen sich im

Allgemeinen auf die Heiligkeit jeglichen Eigenthums, sowohl bei Privatbesitz, so wie bei dem der Körperschaften, und weigerten sich somit, die Einkünfte der englischen Hochkirche den übrigen, vom Staate erhobenen, Abgaben gleichzustellen, da sie erstere nicht als ein vom Staate abhängiges sondern selbstständiges Institut hinstellten. Im Hintergrunde aber lagen die Verhältnisse der höheren anglikanischen Geistlichkeit im Allgemeinen, und vor Allem die Stellung, welche diese in Betreff der herrschenden Aristokratie bisher eingenommen hatte. Die Vertheilung der Pfründen hatte nämlich seit einem Jahrhundert als Versorgungsanstalt für die Familien der herrschenden Partei gegolten; ein schmählicher Mißbrauch in Vereinigung mehrerer Pfarren in einer Person, welche die reichen Einkünfte derselben in der Hauptstadt und unter den Gesellschaftszirkeln der höheren Stände verschwendete, während sie ärmlich besoldeten und oft halb verhungernden Stellvertretern die Geschäfte überließ, eine mit Verschwendung oft genug verbundene Sittenlosigkeit; die unermeßlichen Einkünfte und der Stolz der Bischöfe; die Neigung zur Unduldsamkeit und Härte, so wie eine immerwährende Neckerei und Beschränkung andrer protestantischen Confessionen, zu denen der größere Theil der Mittelklassen und des niederen Volkes in einzelnen Gegenden eben deßhalb überging: Alles dieß hatte eine gereizte Stimmung gegen die Hochkirche veranlaßt, welche nach der Reform des Parlaments nothwendig laut werden, und die Bestrebung veranlassen mußte, die Vorrechte und die Einkünfte derselben zu beschränken. Jene Abneigung war um so größer, da die Bischöfe ihren Einfluß auf die Gesetzgebung, welchen sie ohne bestimmtes Statut, und nur durch Verjährung wegen ihrer Stimmen im Oberhaus besaßen, der Mehrheit nach seit 1689 nur immer zum Vortheil der Torypartei angewandt hatten. Der Unwille über die Reichthümer der anglikanischen Kirche, über die ungleiche Vertheilung ihrer Einkünfte, über ihren politischen Einfluß, über Alles was mit dieser Stellung zusammenhing, war deßhalb schon lange vor der Reformbill durch die Presse und durch Redner bei der größeren Masse in den Städten, und theilweise auch bei dem

Landvolke veranlaßt; nach der Reform des Parlaments mußte derselbe im Unterhause laut werden, da die Mehrheit der schottischen Repräsentanten, außer den Mitgliedern für englische Städte und für Irland, mit entschieden feindlicher Gesinnung gegen die Hochkirche in die Versammlung eintrat. In Schottland, welches jetzt zum ersten Male seiner wahren Gesinnung nach repräsentirt werden konnte, hatte bei der strengcalvinistischen Kirche eine tiefgewurzelte Abneigung gegen die Zusammensetzung und die Unduldsamkeit der anglikanischen geherrscht, welche der leichtfertige Wandel, die Verschwendung und Ueppigkeit eines Theiles jener Geistlichkeit bei den ernsten und nüchternen Nordbritten gewiß nicht verminderte. So wie daher das reformirte Parlament gewählt war, zeigte sich bei einem bedeutenden Theile der Mehrheit der bestimmte Entschluß, eine Umänderung aller jener Verhältnisse zu bewirken. Einzelne Stimmen (der Schotte Hume, Attwood, Ward und eine Menge Anderer) rügten den Skandal mit Heftigkeit, und drangen auf schnelle Abhülfe. O'Connell konnte sogar mit seinen Zwecken über Irland zu Zeiten vollkommen in den Hintergrund treten; die Presse zugleich mit Parlamentsrednern verfolgten unabhängig von ihm ein Ziel, wo beide sich allerdings berührten, aber dennoch in der Hauptsache allein durchaus von einander entfernt waren. Die Berührungspunkte zwischen den irischen Katholiken und den nicht-anglikanischen Protestanten, besonders den calvinistischen Presbyterianern und der zahlreichen Methodisten-Sekte, welche letztere unter den niederen Volksklassen mit jedem Tage eine größere Ausdehnung gewann, waren aber bei aller inneren Verschiedenheit so zahlreich, daß jenes Geschrei über den Papst (no popery!) welches noch 1780 den furchtbaren Gordonschen Tumult in London erregte, und noch vor wenigen Jahrzehnten die Emanzipation der Katholiken gehindert hatte, bei der größeren Masse Nichts mehr vermochte.

Die Gefahr schien nahe und drohend; verlor die Torypartei jene Stütze, die sie in der Hochkirche besaß, so war nicht allein die gute Versorgung ihrer Familien, sondern zugleich ein bedeutender Theil ihres politischen Einflusses, in

Frage gestellt. Bei der künstlichen und zusammengesetzten Maschine des englischen Staates bis in die untersten Glieder, wo die Verrückung einer Triebfeder sogleich eine theilweise Veränderung des Ganzen bewirkt, wurde die Torypartei mit einem neuen Schlage bedroht, welcher sogar auf das Verhältniß ihrer Repräsentation nicht ohne Folgen hätte bleiben können. Ging das Grundeigenthum der Kirche oder die bestehende Erhebung der Zehenten verloren, so entging der Partei ein Mittel, durch Interessen auf die Wähler einzuwirken, und somit ein bedeutender Antheil bei den Grafschaftswahlen; einige nichtanglikanischen Mitglieder (schottische), blickten schon mit Aerger auf das Repräsentationsrecht der drei anglikanischen Universitäten*) im Parlamente, dessen die unzweifelhaft besseren Hochschulen der schottischen Reformirten entbehrten. Andere brachten das zweifelhafte Recht der Bischöfe, im Oberhause zu sitzen, in Anregung, und während jeder Session ward der Antrag gestellt, die geistlichen Pairs von weltlichen Pflichten zu entbinden. Unter einer Menge von Formen wurden die Angriffe gegen die Vorrechte der Hochkirche erneuert; bald waren es die Angelegenheiten Irlands, bald die der anglikanischen Universitäten, der Zehente, das Recht, mehrere Pfarren zu besitzen, Verhältnisse der Ehe von Nichtanglikanern (Dissenters), die Emanzipation der Juden u. s. w. Das Unterhaus verfuhr sogar einmal in diesem Sinne durchaus selbstständig, indem es ohne längere Debatte einen Quäker zuließ, welcher natürlich den gesetzlichen Eid wegen seiner Religion nicht leisten konnte.

Je mehr der Angriff drängte, desto fester aber hielten die Tories an der Erhaltung des bestehenden Instituts; je mehr das Unterhaus eine Neigung zu Veränderungen der Art offenbarte, desto hartnäckiger suchten die Lords jenes Institut in seiner Zusammensetzung und seinen Vorrechten zu behaupten. Die Heftigkeit, welche bei den Gemeinen sich zeigte, wurde von einzelnen Lords (Winchelsea, Radnor) und mehreren Bi-

---

*) Oxford, Cambridge, Dublin.

schöfen überboten; dem Vorwurf über innere Verderbniß ward der des Kirchenraubes, dem Rechtsgrund über die Abhängigkeit der Kirche vom Staate, ein anderer über die Unverletzbarkeit jeglichen Eigenthums entgegengesetzt. Ein Konflikt beider Häuser in diesem Punkte war unvermeidlich.

Allein auch ein Theil der Whigs, und selbst der Minister (Stanley und Graham) war einer Veränderung der Art, entweder aus wirklicher Anhänglichkeit an die Hochkirche, oder aus politischen Rücksichten, und wie man bei Stanley behauptete, aus Privatinteressen, abgeneigt. Jene Klausel in der irischen Kirchenreformbill, wonach der Ueberschuß der eingezogenen Pfründen ꝛc. auf nichtkirchliche Zwecke verwandt werden sollte, mußte schon damals im Inneren des Ministeriums Uneinigkeit veranlassen; die Gelegenheit war aber nicht bedeutend genug, um die förmliche Trennung der bestehenden Verwaltung zu verursachen; der gewonnene Ueberschuß konnte nur einige 100,000 L. betragen, und die Summe erschien also als zu klein, um einen ernstlichen Kampf bei der Gelegenheit zu beginnen. Somit gab die Mehrheit des Ministeriums diese Bestimmung auf, und verschob es bei einer durchgreifenden Maßregel, die Verwendung des Eigenthums der Kirche für Zwecke, die mit ihr nicht zusammenhingen, auf's Neue anzuregen. In Folge dessen ging die Maßregel ungeachtet des Widerspruch's von Seiten O'Connell's, nach einem Antrag Stanley's, die Klausel zu vertilgen, durch, und hierauf ward das Gesetz auch vom Oberhause nach unbedeutenderen Amendements angenommen, welches mit der Klausel in keinem Falle damals geschehen wäre. Die Torypartei erblickte nämlich in derselben einen für das Eigenthum und die Einkünfte der Hochkirche gefährlichen Vorgang, und war fest entschlossen, das Prinzip mit entschiedenem Willen zurückzuweisen, welches, einmal angenommen, für die Zukunft in größerer Ausdehnung angewendet werden mußte. Auch in anderen, mit Religionsverhältnissen zusammenhängenden Fragen hielten die Tories hartnäckig an dem Bestehenden. Die vom Unterhause, auf Grant's Antrag angenommene sogenannte Emanzipation der Juden, welche jedoch allein das Recht derselben, im Parla-

mente zu sitzen, betraf, da die geringe Zahl der in Großbritannien sich aufhaltenden Israeliten fast alle andere politischen Rechte (das Wahlrecht, das Recht, in die Corporationen der Stadtmagistrate einzutreten) schon besaß, ward vom Oberhause nicht angenommen.

Noch selten trat jedoch ein Parlament mit so verschiedenartigen Reformplanen, und in einer durchaus für die Minister unlenkbaren Majorität zusammen, wie das Unterhaus in der ersten Session, als es nach der Parlamentsreform gewählt war. Jener Begriff der Parlamentsreform war seit 20 Jahren als ein Mittel, allen Beschwerden abzuhelfen, betrachtet worden, so daß eine Menge Hoffnungen ihrer Verwirklichung entgegen sah. Man hegte noch keinen deutlichen Begriff von dem, was man unter den Umständen erlangen konnte; eine Herabsetzung der Taxen in solcher Weise, wie sie die Minister keiner Partei, wenn sie im Amte bleiben wollten, sich hätten gefallen lassen, die Aufhebung der geschlossenen Corporationen, der Korngesetze und eine Menge anderer Bestrebungen, welche seit 1815 in Anregung gebracht waren, herrschten in der Art bei der Mehrheit vor, daß die Minister anfangs eine größere Mühe mit der Disziplinirung ihrer eigenen Partei, als mit der Bekämpfung ihrer politischen Gegner hatten. Erst nach einigen Sessionen, als die wirkliche Macht, welche den Tories verblieben war, sich noch immer als bedeutend und schwer zu überwältigen erwiesen hatte, gelang es den Führern der Whigpartei, sowohl unter ihren Anhängern, wie unter einem Theil der Radikalen eine Uebereinstimmung der Bestrebungen zu veranlassen, ohne welche ein fernerer Sieg nicht möglich war. In der Session von 1833 waren aber die Erwartungen der Letzteren noch so sehr übertrieben, daß sie sogar die bekannte Plage aller Minister, Joseph Hume, dessen Nachrechnen beim Budget und die damit verbundenen Forderungen von immer größeren Ersparnissen, ihm solche Popularität erworben hatten, daß die Grafschaft der Hauptstadt ihn zu ihrem Repräsentanten erwählte, in Kurzem als Kanzler der Schatzkammer auf der Ministerliste zu sehen hoffte. Die Minister erfuhren bald das Unangenehme

jener Stimmung bei einem entschiedenen Widerstande über die Häuser- und Fenstertaxe, welche in den Städten in der Art laut ward, daß ein Theil der Radikalen an verschiedenen Orten, besonders in London, die Bürger aufforderte, jene Taxe wie die Irländer den Zehenten, nicht länger zu zahlen, und daß diese schon Anstalten trafen, den Anforderungen zu entsprechen.

Die Häuser- und Fenstertaxe, welche in früheren Zeiten, als das Interesse der Grundeigenthümer im Unterhause überwiegend war, hauptsächlich den Einwohnern der Städte aufgebürdet wurde, um die Ersteren mit den Staatslasten so viel wie möglich zu verschonen, mußte natürlich eine der ersten Beschwerden seyn, auf deren Abstellung vom Parlamente gedrungen wurde, sobald die Städte im Unterhause das Uebergewicht erhielten. Auf der andern Seite gedachten Parlamentsglieder, welche die Ackerbau treibende Bevölkerung repräsentirten, ihre Committenten noch mehr von den Abgaben zu erleichtern, und somit die Malz- und Mahlsteuern abzuschaffen, welche von den Pächtern hauptsächlich als unbequem gefühlt wurden. Eine Menge Radikaler trafen hier mit der sonderbar demokratischen Fraktion der Tories, deren Leiter der Marquis von Chandos war, zusammen. Die Minister geriethen durch ihre eigenen Anhänger in Verlegenheit, denn bei dem ungeheuren Betrag der Staatsschuld, welcher durch den Leichtsinn der früheren Regierung unvermindert ihnen überliefert war, blieb es unmöglich, die Ansprüche Beider auszugleichen, oder auch nur eine dieser Parteien durch Nachgeben zum Schweigen zu bringen. Der Ausfall, welcher dadurch in den Finanzen erfolgt wäre, hätte so bedeutend seyn müssen, daß beide zugleich nicht zugelassen werden konnten. Eine allgemeine Eigenthumstaxe um den Ausfall zu decken, war aber andererseits wieder bedenklich, da man sich noch sehr wohl der damit zusammenhängenden Plackereien und der daraus folgenden Unzufriedenheit von Pitt's Zeiten her erinnerte.

Als Lord Althorp das Budget eingebracht hatte, worin nach bedeutenden Ersparnissen einzelne Abgaben (auf Seife, Assekuranzen u. s. w.) herabgesetzt waren, als ferner das

Haus, um sich darüber zu berathen, einen Ausschuß bildete, (19. April) geriethen die Minister in unangenehme Lage. Als sie die beiden Taxen aufrecht erhalten wollten, befanden sie sich in der Minorität. Mehrere Whigs, die Toryfraktion von Chandos und sämmtliche Radikalen trafen bei der Malztaxe zusammen; bei der Häusersteuer der größere Theil der ministeriellen Glieder und sämmtliche Radikalen. Noch unangenehmer mußte es für die Minister seyn, daß ihre politischen Gegner bei der Gelegenheit mit ihnen stimmten. Die Lage der Dinge war aber der Art, daß sie ihre Aemter nicht niederlegen konnten, wie dieß beim Budget in ähnlichem Falle sonst zu geschehen pflegte. Die Herrschaft der Tories war eben so unmöglich, wie die geforderte Abschaffung der Taxen. Das Haus kam somit bald von dem Beschlusse zurück, sobald Lord Althorp nachgewiesen hatte, eine Aufhebung jener Abgaben sey ohne Eigenthumstaxe unmöglich; der Beschluß war im Ausschuße des Hauses gefaßt, und konnte deßhalb wieder aufgehoben werden. Die alleinige Abschaffung der Malztaxe wäre aber um so ungerechter gewesen, da die Ackerbau treibende Bevölkerung durch die Korngesetze schon mehr wie billig geschützt war. Beides machte jedoch im Lande einen unangenehmen Eindruck; überall wurden Stimmen laut, von dem reformirten Parlament sey nicht viel zu erwarten. Sir John Hobhouse erfuhr zuerst den Aerger der getäuschten Erwartung, als er bei der allgemeinen Aufregung der Hauptstadt, die in Versammlungen wie in Zeitungen sich aussprach, nach der offenen Weise britischer Staatsmänner einer neuen Wahl für Westminster sich unterwarf, weil er natürlich als Minister für Aufrechthaltung der Steuer sprach und stimmte; er verlor den Parlamentssitz, den er so lange mit Ruhm und mit bedeutender Wirksamkeit ausgefüllt hatte, und der Oberst Evans erhielt die Stelle, welche dem Sir John durch unverdiente Niederlage genommen wurde.

Das englische Volk war aber zu verständig, um eine bleibende Abneigung gegen die Minister, wegen dieses Verfahrens, zu fassen; vom Widerstande gegen die Häusertaxe war bald darauf nicht mehr die Rede; der

Unwille war nur vorübergehend, und jene Angelegenheit, welche durch Unkenntniß der wahren Lage der Dinge angeregt zu seyn schien, war bald darauf beinahe gänzlich vergessen. Andere Reformen, welche schon lange vorbereitet und in das Bewußtseyn der Nation eingedrungen waren, gewannen den Ministern auf's Neue die allgemeine Zuneigung; die augenblickliche Hitze kühlte sich ab, und die Ueberzeugung ward allmählig überwiegend, die Whigpartei bilde den Kern, um welchen alle Reformer sich versammeln müßten, um die Veränderungen hinsichtlich der Kirche, der Korporationen, der irländischen Katholiken u. s. w., von den Tories zu erobern.

Zwei Reformen, welche das Parlament von 1833 unter Leitung der Minister, durchführte, trugen nicht wenig dazu bei, jenen üblen Eindruck über den Widerstand der Letzteren gegen die allgemeinen Forderungen hinsichtlich der genannten Abgaben auszugleichen; die Emanzipation der westindischen Sklaven und die Bestimmungen hinsichtlich des Privilegiums der Bank von England; Beides bekanntlich Lebensfragen für den Wohlstand und die Sicherheit des britischen Staates, erstere hinsichtlich der Colonien, welche freilich ihre frühere Bedeutung verloren hatten, aber noch immer einen wichtigen Theil in der ausgedehnten Kette der einzelnen, vom Mittelpunkte der britischen Gesetzgebung im Zusammenhang ausgehenden, Glieder bildete; letztere eine Hauptbedingung für die Blüte des Handels, und für die Erhaltung des dazu nothwendigen Vertrauens im Geldumlauf. Eine dritte Frage, welche dem reformirten Parlament zur Lösung vorgelegt wurde, betraf nicht allein den Handel und den Wohlstand Großbritanniens, sondern war zugleich eine Hauptbedingung der äußeren Macht, die Angelegenheiten des ungeheuren ostindischen Reiches; der in bestimmten Zeiträumen erneuerte Freibrief der ostindischen Compagnie, nahte sich seinem Ende, und es war somit die Sache des Parlamentes, den zukünftigen Zustand und die Regierungsweise der ungeheuren Eroberung näher zu bestimmen.

Die westindischen Colonien, welche im vergangenen Jahrhundert eine der hauptsächlichsten Ursachen der Blüte Großbritanniens gebildet hatten, befanden sich seit 1825 in durch-

aus veränderter Lage. Sie hatten aufgehört, eine Quelle des Reichthums zu bilden, und waren den Engländern, welche durch Zollgesetze zum Kaufen ihrer Produkte mit Ausschluß anderer Konkurrenz (z. B. des ostindischen Zuckers), gezwungen wurden, vielmehr eine Bürde, welche die Nation mit um so größerem Widerstreben trug, da zugleich ihr politisches wie religiöses Gefühl durch die Schmach der Sklaverei in Westindien tief verletzt wurde.

Die älteren Kolonien waren nach dem Frieden durchaus verarmt; die ihn früherer Zeit ihnen auferlegten Abgaben erlaubten ihnen nicht länger, mit den südlichen Staaten der Union, mit Cuba und andern tropischen Ländern Amerika's, auf dem europäischen Festlande mit ihren Produkten zu konkurriren; die neuerworbenen englischen Kolonien (Trinidad 2c.) raubten ihnen den bedeutenderen Theil des früheren Absatzes in Großbritannien selbst; die immerwährende Gefahr eines Sklavenaufstandes erforderte außer der stets zum Kampf bereiten Miliz eine bedeutende Truppenmacht, deren Erhaltung sowohl den Kolonien wie dem Mutterlande eine drückende Last ward. Der Werth des Grundbesitzes in Jamaika und den englischen Antillen war somit bis auf die Hälfte gesunken; der gänzliche Ruin der dortigen Pflanzer wurde allein durch die englischen Zollgesetze verhindert, welche den ostindischen, so wie den fremden Zucker vom Markte Großbritanniens ausschlossen. Somit hatte schon der nationale Nachtheil in Großbritannien eine Stimmung verursacht, welche dem bestehenden System auf den westindischen Inseln durchaus nicht geneigt war; politische und moralische Beweggründe, die, durch Wilberforce angeregt, von der Opposition nach 1815 beinahe mit jedem Jahre wieder in Erinnerung gebracht wurden, kamen hinzu, um zuletzt eine allgemeine Gereiztheit gegen einen Zustand zu veranlassen, auf dessen Erhaltung ein Theil der Schätze Englands zu unmoralischen Zwecken verwandt wurde. Die Kolonien, besonders Jamaika, trugen ebenfalls dazu bei, die erbitterte Stimmung der Briten gegen dieß System zu erhöhen. Der Uebermuth und Stolz der weißen Plantagenbesitzer gegen Farbige und Schwarze, die

unmenschliche Grausamkeit, womit sie von ihren Negersklaven ein Uebermaß von Arbeit erzwangen, um den mit jedem Jahre steigenden Ausfall ihrer Einkünfte zu decken; die Heftigkeit und der Eigensinn der Kolonialversammlungen, sobald die englische Regierung oder das Parlament einen Versuch machte, die bestehenden Verhältnisse der weißen nnd farbigen Bevölkerung zu verändern; einzelne Drohungen das Beispiel Nordamerika's nachzuahmen, im Fall die britische Regierung eine Veränderung der inneren Angelegenheiten in Westindien beabsichtigen sollte; endlich auch die Eifersucht und die tyrannische Härte, womit besonders Jamaika die Missionaire der Dissenter behandelte, welche von Großbritannien abgesandt, einen anderen Einfluß, wie den der rohen Gewalt eine moralischen bei den Sklaven erlangten; Alles dieß hatte schon lange die Masse der Nation im Mutterlande zu Gunsten der Aufhebung der Sklaverei gestimmt. In der Session von 1823 zeigte sich bereits diese Neigung und die Erklärung eines Ministers (Canning) gegen das in Westindien vorherrschende System, ließ eine Umänderung desselben in nicht sehr entfernter Zukunft ahnen. Sie trat in der ersten Session des reformirten Parlamentes ein, die Ehre der Maßregel aber gebürte Stanley, der als Kolonialsekretair den Antrag und das Gesetz entworfen hatt, (14. Mai), aber auch jetzt zum letzten Male im Verein mit der Whigpartei eine größere Reform verfocht und unterstützte.

Die Maßregel war zugleich zum Vortheil der Pflanzer wie ihrer Sklaven berechnet. Eine plötzliche Freigebung der Letzteren schien gefährlich, da bei dem schnellen Uebergang einer unbedingten persönlichen Unterdrückung in vollkommene Unabhängigkeit, so wie bei der statt findenden Verachtung der Pflanzer gegen die ehemaligen Sklaven, und dem Haß dieser gegen ihre früheren Herren, eine innere Aufreizung zu befürchten war, welche Reibungen und Gewaltthätigkeiten zur Folge haben konnte. Das Beispiel St. Domingo's war für England eine gewichtige Warnung; wie sehr auch die Nation der Mehrheit nach dem bestehenden Zustande in Westindien abgeneigt war, so wurde dennoch schon der Versuch einer Tren=

nung vom Mutterlande, mochte dieser von Weißen oder Schwarzen ausgehen, allgemein für ein Unglück gehalten. Auf der andern Seite wurde es für unbillig gehalten, den Besitz, welcher unter den bestehenden Gesetzen als gesichert erworben war, wie sehr er auch als unmoralisch und nach den Begriffen der Engländer demgemäß als widerrechtlich betrachtet wurde, durch ein Statut ohne Entschädigung zu vernichten. Auch ward die Wahrscheinlichkeit einer augenblicklichen Störung des Ackerbaues in Betracht genommen, welche durch die plötzliche Nahrungslosigkeit der befreiten Neger eintreten könnte, sobald diese von dem Zwange ihrer Herrn befreit, aus Erbitterung über frühere Mißhandlungen sich weigern sollten, den Boden zu bebauen, der die Vortheile der freien Arbeit ihnen niemals gewährt hatte. Stanley's Plan bezweckte deßhalb in Berücksichtigung dieser Gründe die persönliche Freiheit der Sklaven, allein eine theilweise Abhängigkeit derselben von ihren früheren Herren für die nächste Zukunft, und auf der andern Seite eine Entschädigung für die Pflanzer, welche sowohl in der Arbeit der Sklaven auf bestimmte Jahre, wie in der Auszahlung einer Summe von Seiten des Staatsschatzes bestehen sollte. Die Bill bestimmte eine augenblickliche persönliche Freiheit der Sklaven in gerichtlichen Verhältnissen, sie sollten jedoch noch 12 Jahre auf den Gütern ihrer ehemaligen Herrn in der Art arbeiten, daß diese über drei Viertel ihrer Zeit verfügen könnten, während ein Viertel ihnen unbedingt angehörte. Den Plantagenbesitzern ward das Recht genommen, die Neger, welche mit dem juristischen Namen Apprentices (Lehrlinge) nach einem ähnlichen Verhältnisse in England bezeichnet wurden, willkührlich zu bestrafen; der Staat (hauptsächlich der Gouverneur der Kolonien) sollte unabhängig von der Kolonialversammlung englische Rechtsgelehrte zu Richtern ernennen, welche die Streitigkeiten zwischen den Parteien zu schlichten hätten. Den Pflanzern wurden außerdem 15 Millionen, die auf 20 erhöht wurden, als Entschädigung von Großbritannien aus bewilligt; diese galt als ein Viertel; drei Viertel wurden für die Lehrzeit der Sklaven in Anschlag gebracht. Um diese ehemaligen Sklaven zum selbstständigen Fleiße zu ermuntern,

ward ihnen das Recht ertheilt, die Lehrzeit abzukürzen, sobald sie einen verhältnißmäßigen Theil der Entschädigungssumme durch Arbeit in demjenigen Viertel ihrer Zeit, die ihnen zur unbedingten Verfügung stand, auf ihre Ablösung verwendeten. Kurz die Bill bot den Negern Gewißheit, nach dem Verlauf mehrerer Jahre unbedingte Freiheit zu erlangen, und überhaupt in das Verhältniß selbstständiger englischer Unterthanen zu treten; den Pflanzern dagegen, durch die Entschädigung, ein Mittel, den drohenden Ruin von sich abzuwehren, und ihre zerrütteten Verhältnisse den veränderten Zuständen anzupassen. Auch fand die Bill im Parlament keinen entschiedenen Widerstand; die Torypartei ward durch ihre Niederlage von 1832 zu sehr von der Nutzlosigkeit eines Widerstandes gegen den allgemein ausgesprochenen Willen der Nation überzeugt, um Reformen, die von Allen verlangt wurden, zu widerstehen; ein Theil der Radikalen zeigte sich, mit Hume an der Spitze, zwar nicht geneigt, eine Entschädigung ihrer Ansprüche zu bewilligen, welche sowohl mit dem Prinzipe des Christenthums, wie mit dem eigentlich englischen Recht in Widerstreit standen; allein die angeführten Betrachtungen waren überwiegend, und die Entschädigung ward bewilligt. Die Bill wurde von beiden Häusern angenommen, und die Regierung traf sogleich Anordnungen, sie in Westindien auszuführen. Die Kolonialversammlungen, besonders Jamaika, zeigten anfangs entschiedene Widersetzlichkeit; die Festigkeit des Gouverneurs, und die Lockung jener Entschädigung überwanden jedoch jene Abneigung, und der Stolz der Pflanzer mußte es sich gefallen lassen, die Neger nicht länger als unbeschränkte Gebieter zu behandeln, sondern in das Verhältniß der englischen Grundbesitzer, zu den persönlich unabhängigen Pächtern und Landarbeitern zu treten. Das Gesetz entfernte somit eine doppelte Gefahr, welche den Kolonien europäischer Staaten seit der neuesten Zeit bevorzustehen schien, eine Trennung vom Mutterlande oder eine Sklavenrevolution; in letzterer Hinsicht ward England sogar fester gesichert, als der südliche Theil der nordamerikanischen Union, wo die neuesten Vorfälle die ungewisse Grundlage der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser

Hinsicht zur Genüge bewiesen. Schon in den nächsten darauf folgenden Jahren bestätigten sich übrigens die Erwartungen, die man von der Bill gehegt hatte; der Werth der Grundstücke war wegen der unruhigen Stimmung und der Besorgnisse der Pflanzer, sobald der Wille des britischen Parlaments sich ausgesprochen hatte, gesunken; nach wenigen Jahren, als die Wirkungen sich zeigten, stieg er in einzelnen Colonien um das Doppelte des früheren Betrages.

Die zweite Reform betraf den Mittelpunkt des Geldumlaufes, die englische Bank, welche nicht wenig zum Reichthum und zur Erhaltung des Staats-Credits von jeher beitrug, die jedoch, wie es sich bei der Untersuchung im vorhergehenden Parlamente ergab, eines ihrer Vorrechte auf eine Weise gemißbraucht hatte, welche Verwirrung unter allen Vermögensverhältnissen hätte bewirken können. Es ergab sich, die Bank habe im Laufe des vergangenen Jahrzehnts dieses Vorrecht benützt, um, durch übertriebene Speculationen der Directoren, den gesetzlich vorgeschriebenen Vorrath von Metallen in der Art zu erschöpfen, daß sie einem Bankerotte nahe gewesen war. In ähnlichen Fällen war ihr vom Parlamente schon häufig erlaubt, die Auswechslung der Noten gegen Gold auf einen bestimmten Zeitraum einzustellen, und die Nation zugleich genöthigt, die letztern zum Nominal-Werthe anzunehmen, ein erzwungener Zustand, wodurch Verwirrung in allen Vermögensverhältnissen eintrat. Aehnliche Störungen wurden jetzt für immer durch die Bestimmung verhütet, die Bank müsse den Stand ihrer Verhältnisse dem Publicum nach vierteljähriger Abrechnung vorlegen, eine Clausel bei der Erneuerung ihres Freibriefes, wodurch der Gesellschaft alle Möglichkeit benommen wurde, ihre Depositen von Gold auch nur um einen geringen Betrag wie die vom Gesetz bestimmten Summe, unter dem Deckmantel des Geheimnisses, zu vermindern. In der Erneuerung des Freibriefes ward ferner das Privilegium derselben zu Gunsten der Provinz-Banken auf Actien (soistock companies) beschränkt, deren Gründung die Bank, im Verein

mit den Tories, bisher aus Handelseifersucht verhindert hatte. Uebrigens zeigte sich die öffentliche Meinung so wenig als das Parlament der Bank durchaus feindlich; man erinnerte sich zu genau der bedeutenden Dienste, welche dieses Institut bei drückender Geldverlegenheit oder in gefahrvollen Crisen dem Staate geleistet hatte, und war im Allgemeinen überzeugt, die bestehende Einrichtung sichere einen gesunden und nicht schwankenden Geldumlauf, so lange die Bank in England keine Noten von geringerem Betrage als fünf Pfund ausgeben dürfe; somit ward das Privilegium im Uebrigen erneut, und die Bestrebung der Radicalen zurückgewiesen, das Bankrecht in derselben Art wie in America auszudehnen, wo es ohne Bürgschaft des Staates allein in die Hände von Privatleuten gerieth, ein System, dessen Unsicherheit die Zukunft zur Genüge bewies. Attwood, welcher einen Antrag der Art machte, erlangte im Parlamente nur wenige Stimmen, die ihn unterstützten.

Die dritte Frage, deren Lösung die erste Session des reformirten Parlaments zu Stande brachte, betraf die Freigebung des ostindischen Handels. Die Companie, durch ihr Monopol wie durch ihre Willkür in Ostindien, welche letztere die Engländer selbst noch mehr als die Eingeborenen empfanden, seit lange verhaßt, schien durch den längern Besitz ihrer ausschließlichen Vorrechte, hinsichtlich des östlichen Handels, so wie durch ihren Antheil an der Regierung, vermittelst des Court of Director's, welche beide ungeheure Summen ihren Actien einbrachten, für die früheren Opfer und Anstrengungen zur Genüge belohnt, wodurch sie Antheil an der Gründung der ungeheuern Macht Großbritanniens im Süden von Asien genommen hatte. Ostindien, seit 80 Jahren eine Goldgrube für England, wohin sich die Hoffnungen aller handeltreibenden Volksklassen richteten, war allerdings den Briten seit der letzten Erneuerung des Freibriefes schon geöffnet, allein auf eine Weise, welche der Companie ein weites Feld für Willkür und für die Aeußerungen ihrer Eifersucht gegen glückliche und von ihr unabhängige Kaufleute überließ. Engländer durften

in den Besitzungen Großbritanniens nur mit Erlaubniß der Companie sich niederlassen und Handel treiben. Bei der weiten Entfernung Großbritanniens brachte die Compagnie dieses Vorrecht mit Willkürlichkeiten in Anwendung, daß fast kein Brite aus Ostindien ohne gerechte Klagen nach Europa zurückkehrte. Zu diesen gehörte ein Zeitungsschreiber Buckingham (Mitglied des reformirten Parlamentes), welcher wegen einiger Oppositionsartikel einer ihm gehörigen Zeitung in Calcutta durch Chikanen der Verwaltung sein Vermögen verlor, und aus der östlichen Halbinsel vertrieben wurde. Niemand hat jedoch der Compagnie mehr geschadet, als dieser Verbannte nach seiner Rückkehr nach England. Durch eine Masse von Schriften, die wegen der genauen Lokalkenntnisse eben so sehr gelesen wurden, als wegen des allgemeinen Interesses, welches man in England natürlich für die wichtigsten aller Besitzungen hegte, veranlaßte Buckingham eine so entschiedene Abneigung gegen das Verfahren im Allgemeinen, daß ihm hauptsächlich die Aufhebung jenes Vorrechtes zuzuschreiben ist, welche sogar ein Toryministerium im alten Parlamente nicht hätte vermeiden können. Außerdem besaß die Companie noch das Monopol des Handels noch China, welches wegen des ungeheuren Theeverbrauchs in England und des gewinnreichen Handels mit Opium nach China vielleicht den bedeutendsten Zweig des östlichen Handels bildete. Ungeachtet aber die Companie durch den Handel mit China unermeßliche Summen gewonnen, war derselbe, wie sich aus der Untersuchung eines besonderen Ausschusses im Parlamente ergab, nach Art aller Monopole in der Weise ausgeartet, daß der freie dortige Handel anderer Nationen verhältnißmäßig vortheilhaftere Resultate gab, wie bei der Companie, ein Umstand, welcher dem hundertjährigen Haß der Engländer gegen Handels-Monopole um so mehr Nahrung bot. Das Monopol der ostindischen Companie ging somit verloren, wie die verfaulten Flecken, das Herrenrecht der westindischen Pflanzer und die übrigen Mißbräuche, welche der allgemeine Wille der Nation durch das Parlament entfernte. Außerdem ward der

Umstand berücksichtigt, daß bei der hohen Stellung Großbritanniens und der dadurch verursachten Höhe der Abgaben, die auf Allen lasteten, ein gleichmäßiger und unmittelbarer Antheil an den Vortheilen, welche die erstere gewährte, durchaus allen Volksklassen und nicht länger einer geschlossenen Gesellschaft gebührte.

Der Antrag über die Veränderung des Freibriefes der Companie, welcher bei der Erneuernng desselben auf dreißig Jahre am 13. Juni stattfand, ging von dem Minister aus, in dessen Departement die Frage gehörte, eben so wie der Colonial-Secretär (Stanley) den Gesetzesvorschlag über die Emancipation der Sklaven, und der Kanzler der Schatzkammer (Lord Althorp) die Bill über die Erneuerung des Privilegiums der Bank ausgearbeitet hatte. Charles Grant, Präsident der Ministerial-Behörde, welche seit Pitt die Controlle über die Verwaltung der ostindischen Companie führte, (Boerd of controul) brachte am 14. Juni die Bill in's Unterhaus. Neben den schon angeführten Hauptbestimmungen, hatte bei ihrer Abfassung der Grundsatz vorgeherrscht, die Companie habe durch ihre frühere unbeschränkte, und später nach Pitt's Ostindien-Bill, noch immer theilweise überwiegende Herrschaft, so wie durch den langen Besitz des Handels-Monopols genügende Belohnung für die Opfer und ihren Antheil an der Begründung des englischen Reiches im Osten erhalten; ihr Antheil an der Regierung der eroberten Staaten müsse deßhalb zuletzt der Gesetzgebung Großbritanniens anheimfallen. Die Dividende der Aktien ward demgemäß auf eine Summe herabgesetzt, die sie niemals überschreiten durfte, und der Ueberschuß der Einkünfte Ostindiens dazu bestimmt, ein Capital zur Abzahlung des ursprünglichen Betrages der Aktien in vierzig Jahren zu bilden, so daß nach dieser Zeit als letztem Termin die noch übrige Gewalt der Companie dem britischen Staate anheimfiele und diese als Corporation factisch so wie rechtlich aufhörte. Die Bill ließ bis dahin der Companie den Antheil an der Verwaltung, welcher ihr bis dahin verblieben war, hob sie aber als Handelsgesellschaft durchaus auf; der Handel im

Osten ward der allgemeinen Concurrenz eröffnet, die ungehinderte Erwerbung des Grundeigenthums ward allen Briten von der Gesetzgebung verbürgt; den Besitzern der Aktien ward eine vom Staate zu zahlende Rente bis nach dem Verlauf der vierzig Jahre zugesichert, nach welcher die Companie als gänzlich aufgelöst zu betrachten sey. Kurz, Ostindien trat in das Verhältniß der übrigen englischen Colonien. Dieß ward noch bestimmter durch eine Clausel, ausgesprochen, wodurch alle Eingeborenen ohne Unterschied der Geburt, der Farbe und Religion zu allen Aemtern in gleichem Verhältnisse wählbar erklärt wurden.

Die Bill wurde im Unterhause wie eine Frage durchgeführt, über welche alle Parteien im Ganzen einig waren, seitdem die Besprechungen der Companie nach der Reform keine Wirkung mehr äußern konnten; die Majorität des Oberhauses, ob auch ein Theil durch die Bestimmungen verlieren mochte, hielt es für rathsam, ihren entschiedenen Widerstand auf Fragen zu ersparen, die ihre Interessen und Parteiprinzipe in größere Gefahr brachten; sie hielt es für unzweckmäßig, einen Zwiespalt mit den Gemeinen über Fragen herbeizuführen, wo sie in keinem Theile der Nation einen Haltpunkt erlangen konnte, und verschob somit ihre Kraftanstrengungen und ihren hartnäckigen Widerstand bis zu den Veränderungen, welche die Whigs mit Irland und den Verhältnissen der Hochkirche beabsichtigten. Somit ging die Session von 1833 ohne den heftigen Parteikampf über innere Angelegenheiten vorüber, und war zugleich eine der erfolgreichsten in Reformen, welche zwar schon längere Zeit vorbereitet und in das Bewußtseyn der Nation eingedrungen waren, die aber von einem nicht reformirten Parlamente, weder in derselben Ausdehnung, noch mit einer ähnlichen Bedachtsamkeit in Berechnung zukünftiger Verhältnisse durchgeführt worden wären.

Während die inneren Reformen in dieser Weise fortschritten, traten Ereignisse im Westen von Europa und im Oriente ein, welche die Politik Großbritanniens näher berührten, wie die bisherigen Unruhen des europäischen Fest-

landes, und deßhalb eine entschiedenere Stellung des Cabinets erheischten, wie dieß bei Polen und Italien der Fall gewesen war. Diese Angelegenheiten aber waren die Verhältnisse der pyrenäischen Halbinsel und des türkischen Reiches.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Portugall.

Seit dem Beginne des Whig-Ministeriums hatte sich die Politik Englands gegen Dom Miguel im Wesentlichen verändert. An die Stellung der beinahe offenkundigen Unterstützung, welche der Infant beim Umsturz der Charte von der englischen Tory-Regierung erhalten hatte, trat ein indirect feindliches Verhältniß; die Whigregierung unterließ es zwar, dem in Portugall bestehenden Despotismus, von Großbritannien aus, entschieden entgegen zu wirken, oder Bewegungen im Innern von Portugall zu veranlassen, deren Ausgang, wie sich schon mehrere Male erwiesen hatte, durchaus ungewiß und erfolglos seyn konnte; sie zeigte aber dem leichtsinnigen und gewaltthätigen Infanten ihre ernstliche Absicht, die Mißhandlungen gegen die Personen und das Eigenthum britischer Unterthanen, welche Wellington nicht allein geduldet, sondern durch seine passive Haltung befördert hatte, nicht länger zu gestatten. Dom Miguel wurde in der Art geschreckt, daß der Haß, welchen seine Partei gegen England hegte, durchaus

ohnmächtig und erfolglos blieb. Die Torypartei konnte übrigens den Schutz, den sie ihm ertheilt hatte, nachdem sie vom Ruder verdrängt war, nicht länger verbergen; im Oberhause geschahen häufig Anträge, welche darauf berechnet waren, die Politik der Minister wenigstens theilweise zu verhindern, welche aber eben so erfolglos blieben, wie der bisherige Widerstand der Tories gegen Reformen im Innern. Der Infant, dessen Anerkennung in der letzten Thronrede des Wellingtonschen Ministeriums als bevorstehend angedeutet wurde, ward seit dem Beginn der liberalen Verwaltung als unrechtmäßiger Besitzer der Krone betrachtet, und der Versuch der constitutionellen Flüchtlinge, im Innern von Portugall allmählig einen Haltpunkt wieder zu gewinnen, nicht länger verhindert.

Dom Pedro war im Jahre **1831** nach Europa zurückgekehrt, da er, durch eine Revolution in Rio Janeiro genöthigt, die Krone Brasiliens zu Gunsten seines Sohnes niedergelegt hatte. Er kehrte mit nicht unbedeutenden Geldmitteln und mit dem Entschluß zurück, einen Kampf zur Eroberung der Krone, die ihm durch das Recht der Erbfolge unbestritten gehörte, für seine Tochter zu versuchen. Seitdem er in Paris angelangt war, bildete er einen Mittelpunkt für die in Frankreich und England zerstreuten Flüchtlinge seiner Nation, und begann bereits im Jahr **1831** die Vorbereitungen zu der Unternehmung, welche den Anfang von inneren Kämpfen auf der pyrenäischen Halbinsel bildet, deren Ausgang durch das entschiedene Uebergewicht einer Partei nicht schnell beendet, von äußeren Verhältnissen oder von Zufälligkeiten abhängig zu seyn scheint.

In Portugall zeigten sich zu verschiedenen Zeiten seit **1830** einzelne Merkmale, welche zur Genüge bewiesen, die constitutionelle Partei habe die Hoffnung eines endlichen Sieges noch nicht aufgegeben; besonders nach Ankunft Dom Pedro's in Europa war eine Bewegung unter den Constitutionellen bemerkbar, welche aber bald wieder verschwand, da die Partei eine größere Kraftanstrengung bis zum Beginn der Unternehmung Dom Pedro's verschieben mußte. So machte ein Regi-

ment (1831 im August) in Lissabon den Versuch, Donna Maria als Königinn in den Straßen auszurufen, ward aber nach heftiger Gegenwehr von den übrigen Truppen überwältigt, da die Bevölkerung der Hauptstadt, welche in neuester Zeit vor allen Städten der Halbinsel eine durch die innere Zerrüttung des Volkes bewirkte Schwäche zeigte, den Aufstand eben so wenig unterstützte, wie sie die durch den feindlichen Angriff der französischen Flotte gebotene Gelegenheit zum Aufstande benutzt hatte. Die einzige Folge dieser Versuche war eine Vermehrung der Hinrichtungen und Verhaftungen, so wie der Gewaltthätigkeiten königlicher Freiwilligen gegen das Eigenthum und die Personen von Eingeborenen, seitdem die Masregeln Englands und Frankreichs die Regierung Dom Miguels zu sehr in Schrecken gesetzt hatten, als daß eine Wiederholung des früheren Verfahrens gegen Unterthanen beider Regierungen hätte statt finden können.

Die ersten Vorbereitungen Dom Pedro's zum Ausrüsten einer Expedition wurden in Paris getroffen, wo das Haupt des Hauses Braganza mit seiner Familie damals sich aufhielt. Um ihn versammelten sich mehrere Flüchtlinge, Saldanha, Palmella, der Marquis von Loule u. s. w. Die französische Regierung, welche gegen Dom Miguel sogar unter den Restaurationen keine Verbindung eingegangen war, konnte ihm dem Völkerrecht gemäß gestatten, den Kern seines kleinen Heeres und einer Flotte, in einem französischen Hafen zu bilden. Auf der Londoner Börse gelangen ferner Finanzoperationen, welche neben den eigenen Mitteln des frühren Kaisers von Brasilien die zur Ausrüstung nöthigen Summen herbeischafften. Auch soll Ludwig Philipp durch Beiträge aus seinem Privatvermögen Dom Pedro damals unterstützt haben. Der glückliche Ausgang jener Finanzoperationen in London war aber der Gewandtheit eines spanischen Ausgewanderten, Mendizabal aus Cadix, hauptsächlich zu verdanken, der in äußerster Armuth, wie fast alle seine Gefährten im Exil sich in demselben Augenblicke, wo er Geldmittel für Dom Pedro herbeischaffte, im Fleet als Schuldner befand, und somit damals einen Beweis von

persönlicher Uneigennützigkeit gab, wodurch die spanischen Flüchtlinge dem größeren Theile nach überhaupt sich zu ihrem Ruhme bis dahin bemerkbar machten. Mit den auf solche Weise erworbenen Mitteln, ward von Dom Pedro ein kleines Corps in England und Frankreich zusammengesetzt, welches wenigstens genügte, um bei nicht ganz ungünstigen Ereignissen einen Mittelpunkt zu bilden, um welchen die Constitutionellen Portugalls sich sammeln, und den bestehenden Despotismus mit günstigerem Erfolge wie früher bekämpfen könnten. Das kleine Corps bestand aus französischen und englischen Bataillonen, von denen wenigstens die Officiere auf der Halbinsel eine größere Erfahrung im Kriege sich erworben hatten, wie dieß bei der schlecht geführten und zusammengesetzten Armee Dom Miguels der Fall war; außerdem hatten die Agenten Dom Pedro's Sorge getragen, so viel wie möglich alte und gediente Krieger anzuwerben. In England mußten übrigens verschiedene Schleichwege angewandt werden, um die gesetzlichen Hindernisse zur Bildung fremder Werbungen zu umgehen, was jedoch leicht gelang, da die Regierung der Sache Dom Pedro's nicht länger abgeneigt war.

Der Betrag der Portugiesen in Dom Pedro's Corps stand jedoch mit der Menge der Fremden in keinem Verhältniß; das Heer war erst dann national, nachdem die Flottille, 3 Fregatten und 7 kleinere Kriegsschiffe, nach Terceira, gesegelt war, um die dort gebildete und durch den siegreich zurückgewiesenen Angriff Dom Miguels im Kriege schon geübte Mannschaft aufzunehmen. Dom Pedro erschien dort im März, und verließ bald darauf die Azoren, nachdem der erste Ausflug seiner Expedition glücklich ausgefallen war. Die Schwäche der Migueliten zeigte sich bei der leichten Besitznahme der übrigen Azoren, und als das Corps nach Europa zurückkehrte, war es schon stark genug, um nicht unbegründete Hoffnung für das Gelingen der Unternehmung zu gewähren. (8000 M.) Außerdem war die Expedition einem tapferen und erfahrenen General Villa Flor anvertraut, während die Truppen Dom Miguels von Generalen geführt

wurden, die entweder durch Hofgunst oder durch heftige Parteileidenschaft das Vertrauen des Infanten sich erworben hatten, welcher während des ganzen Kampfes sowohl die vollkommenste Unfähigkeit wie Feigheit bewies, und in keiner Weise die Hoffnungen rechtfertigte, welche die absolutistische und Priesterpartei der spanischen Halbinsel in ihn setzte. Die einzige Maßregel, welche er während der Gefahr, die ihm drohte, ergriff, war eine Wiedereinsetzung des Jesuitenordens in alle seine Vorrechte, welche ihn natürlich gegen feindliche Kanonen eben so wenig nützte, wie seine Verfolgung gegen Unbewaffnete und Verfolgte. Außerdem hatte seine frühere Thorheit ihm das einzige Mittel genommen, die Expedition seines Bruders im Beginn zu vernichten; es fehlte ihm die von Admiral Roussin nach Frankreich geführte Flotte; Dom Pedro segelte sogar im Angesicht von Lissabon vorüber.

Sobald Dom Pedro den portugiesischen Boden in Terceira betreten hatte, wo ihn die constitutionelle Bevölkerung mit Begeisterung aufnahm, gab er bestimmte Andeutungen von dem Verfahren, das er im Fall des Sieges befolgen würde. Er erklärte, die Krone selbst nicht tragen zu wollen, sondern sie für seine Tochter zu erobern, trat allein als Regent auf und setzte nur als solcher ein Ministerium ein. Vielleicht hielt er diese Erklärung für den Augenblick um so nothwendiger, da er die Stimmung der Portugiesen kennen mußte, von denen ein großer Theil ihm persönlich wegen seines früheren Verfahrens in Brasilien abgeneigt war, wo er portugiesische Truppen bekämpft hatte, und die Hauptursache des Verlustes jener reichen Colonie gewesen war, durch deren Schätze der gesunkene portugiesische Staat noch einigen Glanz bis zur Trennung bewahrte. Auch deutete Dom Pedro durch die Einsetzung einer Commission zur Reform der Geistlichkeit, welche allen Liberalen der Halbinsel die hauptsächlichste Bestrebung seit längerer Zeit gewesen war, ein entschiedeneres Verfahren an, wie er es 1826 nach dem Tode seines Vaters für Portugall nicht gewagt hatte. Eine Proclamation, die sich ungeachtet des Zwanges der bestehenden Regierung in Portugall

verbreitete, bereitete die Constitutionellen auf den bevorstehenden Kampf, und war außerdem dazu geeignet, durch die Verheißung eines gemäßigten Verfahrens die unentschiedenen Anhänger Dom Miguels, im Fall eines glücklichen Ausganges, zu sich hinüberzulocken.

Die Expedition war zu schwach, um gegen die Hauptstadt einen Angriff unternehmen zu können. Die dort versammelte Hauptmacht Dom Miguels und die ungeheuren Befestigungen an der Mündung des Tajo machten einen Handstreich unmöglich. Außerdem hatte die nächste Vergangenheit zur Genüge bewiesen, wie wenig von der Bevölkerung in Lissabon ein Aufstand zu erwarten war, welche zwar zu Tumulten geneigt, aber zu sehr democratisirt schien, um das herrschende Schreckenssystem freiwillig und offen zu bekämpfen. In Oporto dagegen bot sich Dom Pedro andere Aussicht. Die Bevölkerung hatte schon zweimal durch Aufstände ihren Haß gegen die absolutistische Priester-Regierung bewiesen, so daß der Argwohn der jetzt in Portugall herrschenden Partei schon seit längerer Zeit sich vorzugsweise auf die reiche Handelsstadt der Halbinsel gewandt hatte. Die Einwohner waren durch die heftige Reaction nach 1828 bis auf's höchste erbittert, und der größere Theil des niederen Volkes hatte eine andere Gesinnung nie in Lissabon gezeigt, wo die Municipalität durch Hülfe des Pöbels einen bedeutenden Antheil an dem Umsturz der constitutionellen Charte nach der Ankunft Dom Miguels nahm. Außerdem bot Oporto Dom Pedro bedeutendere innere Hülfsquellen durch den Reichthum der Einwohner, deren Handel mit England einen verhältnißmäßig größeren Wohlstand als in der Hauptstadt selbst bewirkt hatte. Die Expedition lief somit am 8. Juli in die Mündung des Duero ein. Der Miguelistische Commandant, Santa Marta, schien von Schrecken vor dem Feinde und von Befürchtung innerer Unruhen gelähmt; und bewies, daß er zur allgemeinen Kategorie der Offiziere von Spanien und Portugall gehörte, welche die Restaurationen beider Königreiche in die Armeen eingeschwärzt hatten; er verließ seinen Posten, und entfernte sich ohne Widerstand. Dom Pedro rückte mit seinen Truppen unter

dem enthusiastischen Empfang der Einwohner in Oporto ein, und traf sogleich die nöthigen Maßregeln, sich dort festzusetzen und zu sichern. Die Stadt ward durch Einwohner und Truppen in der Schnelle befestigt, so daß ein feindlicher Angriff mit Erfolg zurückgewiesen werden konnte. Die Einwohner bewaffneten sich, und in Kurzem war Dom Pedro im Stande, der Macht, welche sein Bruder aufbieten konnte, zu widerstehen, ob auch seine Kräfte noch nicht genügten, von dort aus ohne Unterstützung eines Aufstandes nach Lissabon hin vorzudringen.

Ein Heer von **12,000** Mann unter Santa Marta und Povoas langte bald vor Oporto an. Es entspann sich eine Reihe von Gefechten mit verschiedenem aber keinem entschiedenem Ausgang, welche oft Monate lang unterbrochen, nach längeren Zwischenräumen gewöhnlich wieder begannen und zuletzt den Beweis der moralischen Schwäche des Miguelitischen Heeres und eine der Unfähigkeit der Generale gaben, da diese einen Vortheil, den sie am **29.** Septbr. erfochten hatten, und der nach dem Zeugniß einiger bei Dom Pedro dienenden englischen Offiziere den Weg zur Stadt ihnen öffnete, nicht zu benutzen verstanden. Im September gelang es ihnen übrigens, bis in die Nähe der Wälle vorzudringen und ein zerstörendes Bombardement zu beginnen, welches aber außer dem am Eigenthum der Einwohner verursachten Schaden ohne Wirkung blieb. Als das einzige Mittel, die abgefallene Stadt wieder zu erobern, blieb Dom Miguel nur eine Blokade übrig; allein diese war schwer ausführbar, da seine Flotte gegen die pedroistische nichts bedeutendes auszurichten vermogte, und die Sperrung der Duero Mündungen, auf die Dauer nicht ausführen konnte. Ein Gefecht, welches am **21.** mit dem pedroistischen Admiral, Kapitän Sartorius, statt fand, war zwar ohne bedeutende Folgen, bewies aber doch, daß die miguelitische Seemacht gegen die Flotille des Dom Pedro, ungeachtet ihrer Uebermacht an Kriegsschiffen und Kanonen Nichts vermogte, da diese fast ausschließlich mit Engländern und also mit trefflichen Matrosen bemannt war. Die Ver-

bindung Dom Pedro's mit London ward nicht unterbrochen; von dort langten fortwährend neue Geldsendungen, einige Schiffe und Truppen an; Palmella, welcher als Abgesandter der Donna Maria in London erschien, ward von der Regierung zwar noch nicht in offiziellem Charakter, aber doch günstig aufgenommen, und leitete die Bemühungen der pedristischen Agenten in Werbungen und Geldgeschäften. Vergeblich suchte die Torypartei durch eine Abstimmung im Oberhause gegen die Politik der Minister diese Begünstigung Dom Pedro's zu verhindern; das Unterhaus erließ seinerseits eine Erklärung zu Gunsten der befolgten Politik. Somit blieb jenes Verfahren des Oberhauses ohne Folgen, und bewies nur die augenblickliche Ohnmacht der Tories, auf deren Schutz Dom Miguel ein größeres Vertrauen setzte, als sie ihm bieten konnten. Uebrigens befolgte Dom Pedro nach seiner Ankunft in Oporto dieselbe liberale Politik, die er in Terceira angedeutet hatte; er hob das Monopol des für Portugall wichtigsten Handelszweiges, des Weinhandels nach England, auf, welches bisher eine Gesellschaft einiger Kaufleute ausschließlich besaß, und bot somit gleich Anfangs den Einwohnern der belagerten Stadt einen bedeutenden Ersatz für den Schaden, den sie während der Belagerung erlitten.

Vermochte Dom Miguel, ob er gleich zuletzt sich selbst entschloß, das Heer durch seine Gegenwart anzufeuern, in einem erneuerten, allgemeinem, und mit bedeutendem Verlust zurückgewiesenen Angriff (den 17. April) die abgefallene Stadt nicht widerzunehmen, so hatte dagegen die Sache Dom Pedro's seit der Landung keine weitere Fortschritte gemacht. Die Macht des Letzteren reichte nicht über die Befestigungen der Stadt hinaus; er hatte sich weder durch den Fall miguelistischer Truppen verstärkt, noch war ein constitutioneller Aufstand in irgend einem Theile des Königreiches ausgebrochen. Die constitutionelle Partei schien sich selbst überlassen, als schwach und entmuthigt. Die Geldmittel Dom Pedro's zeigten sich endlich unzureichend; sein Admiral hatte nach vergeblichen Versuchen die Flotte Dom Miguel's in einen Kampf

zu ziehen, widerwillen der spanischen Regierung Ferdinand's im Hafen von Vigo überwintert, da diese bei der inneren Zerrüttung aller Verhältnisse durch den Absolutismus der beiden Restaurationen, und die langwierigen Kämpfe seit Beginn des Jahrhunderts, zu viel Schwäche besaß, um ihre Zuneigung zu Dom Miguel auf wirksame Weise äußern zu können. Die erste Erwartung, welche Dom Pedro von den schnelleren Fortschritten seiner Sache, als Folge der Landung, gehegt haben mochte, war somit vereitelt. Ein französischer General Solignac, dessen Name von den Zeiten des Kaisers her nicht ohne Ruhm bekannt war, und welchem mit dem ersten Januar 1832 der Oberbefehl übertragen wurde, schien keine Hoffnung zu hegen, mit den vorhandenen Mitteln Entscheidendes ausführen zu können, und gerieth bald in dieselbe Stellung, wie so viele fremde Feldherren in den Heeren der pyrenäischen Halbinsel; zwischen ihm und den portugiesischen Generalen entstand Eifersucht und Uneinigkeit. Außerdem gerieth Dom Pedro mit seinem Admiral Sartorius, welcher seiner Sache im Anfange nicht unbedeutende Dienste geleistet hatte, aber seit mehreren Monaten vollkommen unthätig gewesen war, in Streit über die Auszahlung des Soldes, welche bei den stattfindenden Verhältnissen nicht pünktlich geleistet werden konnte. Sartorius ging sogar so weit, Dom Pedro zu drohen, er werde die Flotte nach England führen, und weigerte sich offen, den Befehlen des Regenten, bis er befriedigt sey, zu gehorchen; es gelang nur mit Mühe, ihn in so weit zu beschwichtigen, daß er den Oberbefehl an einen anderen englischen Flottenoffizier Capitain Napier übergab.

Alles dieß bewirkte Entmuthigung und die Ueberzeugung, daß die Expedition zuletzt erfolglos zerfallen müße, wenn neue Erfolge die Macht der constitutionellen Regierung nicht vermehrten. Es ward somit in einem Kriegsrath beschlossen, das Glück der Waffen im südlichen Portugall zu versuchen, wo die liberale Partei, wie auch ebenfalls im südlichen Spanien der Zahl nach überwiegend war. Solignac hielt aber den Feldzug bei der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden

Streitkräfte für unheilvoll, und nahm somit, da seine Meinung nicht durchdrang, seine Entlassung. Villa Flor erhielt den Oberbefehl über das kleine Corps, von dessen Kämpfe das Schicksal Portugall's abhing. Es bestand nur aus 3000 Mann, hauptsächlich Portugiesen, welche bei den immerwährenden Kämpfen von Oporto sich genugsam an den Krieg gewöhnt hatten, als daß man Erfolge von der Unternehmung nicht hätte hoffen sollen. Sie landeten am 30. Juni in der Provinz Algarvien, nicht weit von Tavira, nachdem Admiral Napier einige kleinere, zum Schutz der Küste bestimmte Kriegsschiffe genommen hatte. In Tavira schloß sich ein Theil der Truppen, nach einer kurzen Kanonade, den Constitutionellen an. In wenigen Tagen waren alle Ortschaften von Dom Miguel abgefallen; die Truppen, die Einwohner der Stadt, ja sogar der Bischof von Faro, ergriffen die Partei der Königinn Donna Maria; der den Südländern gewöhnliche, schnelle Enthusiasmus, führte dem kleinen Heere in wenigen Tagen Verstärkungen zu, welche den General in Stand setzten, den miguelistischen Truppen, die in Süden schlagfertig waren, wenigstens mit gleichen Kräften entgegenzugehn. Zum Glück für die constitutionelle Sache war Villa Flor einer der wenigen Generäle in den Heeren der pyrenäischen Halbinsel, welche weder von der allgemeinen Demoralisation des früheren Despotismus entnervt, noch durch die sonst allein dort wirksamen Mittel der Intrigue und Hofgunst zu ihrer Stellung gelangt waren. Er verstand es, den Augenblick zu benutzen, drang durch die Provinz Alemtejo nordwärts unaufhaltsam nach Lissabon vor, während die Diener des Absolutismus, überrascht und durch den ersten, unerwarteten Ausgang einer von ihnen verachteten Unternehmung betäubt, ohne Entschluß und Thatkraft, sich als unfähig zeigten, die Mittel, welche ihnen zu Gebote standen, zu benutzen. Die Sorglosigkeit der Partei war so aber groß gewesen, daß Dom Miguel, während er sich beim Heere von Oporto befand, und Bourmont als Oberbefehlshaber erwartete, um einen nachdrücklichen Sturm auf die Stadt zu unternehmen, durchaus keine

Maßregeln zur Sicherung der Hauptstadt hatte treffen lassen.

Durch die Thätigkeit der Befehlshaber Dom Pedro's folgte jetzt Schlag auf Schlag. Ein Seesieg der Flotille unter Admiral Napier, verschaffte ein den Constitutionellen entschiedenes, sowohl moralisches wie materielles Uebergewicht. Die miguelische Flotte war im Vertrauen auf ihre dreifache Ueberlegenheit endlich aus Lissabon ausgelaufen, und bot am 3. Juli dem Admiral Napier vor dem Cap St. Vincent eine Schlacht, beinah auf derselben Stelle, wo die britische Flagge schon einmal eine feindliche Uebermacht vernichtet hatte. Der Admiral, dessen Flotille allein von englischen Matrosen bemannt war, nahm im Vertrauen auf die kriegerische Ueberlegenheit seiner Mannschaft die Schlacht an, und führte jene kühnen, in der englischen Marine als Ehrenpunkt überlieferten Manöver aus, welche bisher im Großen noch nie mißlungen sind. Die feindliche Flotte enthielt 2 Linienschiffe und 3 Fregatten, 2 Briggs, und 1 Schooner, die pedristische nur 3 Fregatten, 1 Brigg und 1 Schooner. Dennoch ward die mehr als dreifache Uebermacht genommen. Es wiederholte sich ein Ereigniß, welches in der englischen Flotte allerdings nicht ungewöhnlich war: eine Fregatte von 40 Kanonen enterte, und nahm ein Linienschiff von 80, welches durch ein anderes von 74 und durch das Feuer der übrigen Schiffe gedeckt war. Eine dumpfe Betäubung ergriff die Migueliten; alle Schiffe wurden durch die eigenthümliche Keckheit der britischen Seeleute im besten Schrecken genommen, nur 4 kleinere Fahrzeuge entkamen, um die Nachricht der Niederlage nach Lissabon zu bringen.

Durch Napier's Seesieg ward der Kampf schneller entschieden, wie man erwartete. Eine ungehinderte Verbindung zwischen dem nördlichen und südlichen Theile des Königreichs, wo die Constitutionellen das Uebergewicht erlangt hatten, mußte selbst im Fall der langsameren Fortschritte Villa Flor's eine durchaus veränderte Lage der Verhältnisse zur Folge haben. Die Kriegführung des pedristischen Generals ließ je-

doch den Migueliten keine Zeit die Nachtheile des ersten Angriffes auszugleichen. Villaflor drang mit solcher Schnelle vor, daß der Rückzug der Feinde in eine Flucht sich auflöste. Die wichtige Stadt Setubal ward nach einem Gefecht, dessen Ausgang sich im Augenblicke des Angriffes entschied, genommen. Es war klar, Dom Miguel finde in der Masse der Städtebewohner, ungeachtet des Einflusses der Geistlichkeit, keinen Haltpunkt. Er hatte alle seine Kräfte, ein ungeübtes oder wenigstens schlecht organisirtes Heer vor Oporto gesammelt, und war ungeachtet aller Anstrengungen und der Leitung eines besseren Feldherrn, als er bisher besaß (des Marschalls Bourmont), in einem Angriff am 23., nicht im Stande, den geringsten Vortheil zu erfechten, obgleich der größere Theil des pedristischen Heeres die Wälle nicht mehr vertheidigte. Die Bürger Oporto's, unter der Leitung Saldanha's, wiesen den Sturm so tapfer zurück, daß Bourmont es bereuen mochte, sich in eine Unternehmung eingelassen zu haben, welche die hohe Meinung der Legitimisten von seinen strategischen Fähigkeiten nur vermindern konnte.

Am 13. Juli befand sich die stets anwachsende Armee in der Nähe von Lissabon. Der berüchtigte Telles Jordao sammelte ein Heer von 4000 Mann und ging den Constitutionellen am linken Tajo-Ufer entgegen. Hier wie bei Setubal genügte ein Angriff. Die Migueliten wurden im Augenblick zersprengt und bis an die Ufer des Flusses verfolgt. Telles Jordao selbst verlor sein Leben. Bestürzung ergriff die Partei. Der Herzog von Cadaval verlor den Muth sich zu vertheidigen, oder noch einmal zu schlagen, obgleich 4000 Mann noch unter seinen Befehlen standen, und verließ die Hauptstadt in der Nacht. Sogleich nach seinem Rückzuge wurden die Kerker der politischen Gefangenen erbrochen. Ein Engländer, welcher sich in Haft befand, stellte sich an die Spitze der Befreiten, überrumpelte das Port Joao, bewaffnete seine Gefährten, und ehe noch Villaflor sich im Angesichte der Stadt befand, war Donna Maria als Königinn ausgerufen.

Der Hauptschlag gegen Dom Miguel war geschehen. Mit dem Verlust der Hauptstadt ging das Vertrauen und die Hoffnung seiner Truppen verloren; Molellos ging wenige Tage darauf zu den Constitutionellen über, und alle größeren Gefechte die Dom Miguel später bestand, endeten mit Niederlagen.

Dom Pedro hatte Oporto nach der Einnahme der Hauptstadt verlassen, um als Regent im Namen seiner Tochter die Regierung in Lissabon zu organisiren. Er langte dort am 28. Juli an, verhieß die Wiedereinsetzung der constitutionellen Charte, und bildete anfangs durch Palmella die Verwaltung. Verfolgungen der besiegten Partei unterblieben; einige Tumulte, von derselben Volksmasse erregt, die Dom Miguel's Gewaltthätigkeiten ohne Widerstand ertragen hatte, Tumulte, welche Rache an Einzelnen der früheren Gewalthaber bezweckten, wurden unterdrückt, und die Verhältnisse waren dem äußeren Scheine nach bald beruhigt. Uebrigens zeigten sich schon damals die Elemente, welche die Constitutionellen später entzweiten. Die ausgleichende Politik der Partei, welche, durch Palmella repräsentirt, die besiegten Gegner, sowie alle auf der früheren Regierungsform begründete Verhältnisse zu schonen suchte, fand bald Mißbilligung bei der größeren Masse der Constitutionellen, welche durch längere Unterdrückung, so wie durch zwei gewaltsame Reactionen gegen jeden Versuch einer Reform, gereizt und erbittert war, ein nothwendiges Ergebniß in einem Lande, wo noch keine Revolution auf die Dauer siegreich, durch gewaltsamen und unwiderstehlichen Umsturz der früheren Verhältnisse einen neuen Zustand der Dinge wie in Frankreich geschaffen hatte. Dom Pedro selbst, welcher sowohl größeren Verstand, Aufrichtigkeit der Gesinnung und Kraft des Willens zu jeder Zeit seines Lebens gezeigt hatte, erkannte zu genau die Lage der Dinge, um bei aller Abneigung gegen ein heftiges Verfahren, die Nothwendigkeit einer Stütze bei der Masse der Liberalen nicht einzusehen. Palmella fiel in Ungnade. Die Cortes wurden zusammenberufen; die Wahlen sollten am 1. October beginnen und die Versammlung eröffnet werden, sobald eine genügende Anzahl De-

putirte versammelt wäre.[1] Dom Pedro bildete ein entschiedeneres Ministerium, als jenes, welches 1826 durch Schwäche und Besorgniß irgendwo zu verletzen, die Plane Dom Miguel's mehr befördert hatte, wie die Intriguen und Aufstände der absolutistischen Partei. Einzelne Maßregeln bewiesen bald, daß er nicht gesonnen war, den hauptsächlichsten Feind der Liberalen, die Geistlichkeit, zu schonen. Strenge Edikte wurden gegen die Mönche erlassen, welche Dom Miguel's Sache unterstützten; die Jesuiten wurden augenblicklich vertrieben, und die Aufhebung der Klöster vorbereitet. Außerdem schien sich Dom Pedro den Bestrebungen des größeren Theiles der Portugiesen, hinsichtlich Englands, gleich Anfangs anzuschließen, deren Stolz das Verhältniß des kleinen und zum eigenen Schutze bei äußerer Gefahr zu schwachen Königreichs ungern ertrug, welches als der schwächere Verbündete die zweimalige Rettung von fremder Unterwerfung mit Abhängigkeit schon lange erkauft hatte. So wurde wenigstens die Ungnade Palmella's gedeutet, und die Absicht des Regenten bestätigte sich auch später durch ein Dekret, welches die bisherigen Vorrechte der Engländer, als der vorzugsweise im Handel begünstigten Nation, vernichtete, so daß die Politik der Tories hinsichtlich Dom Miguels vom Standpunkte des materiellen Interesses aus allein betrachtet, in England theilweise als gerechtfertigt erscheinen mußte. Endlich betrafen die Maßregeln des Regenten unmittelbar nach seiner Ankunft die Sicherung der eroberten Hauptstadt vor einem Angriffe Dom Miguel's; Befestigungen wurden angelegt, und ein Theil der Einwohner in den Waffen geübt.

Nach dem vergeblichen Sturm auf Oporto sah Bourmont, die Sache, der er diente, sey verloren, wenn das miguelitische Heer nicht wieder zum Besitz der verlorenen Hauptstadt gelangte. Die Belagerung von Oporto ward aufgehoben, nachdem Dom Miguel, die zum letzten Mal sich darbietende Gelegenheit zu Gewaltthätigkeiten in seiner gewohnten Weise benutzte. Beim Rückzuge ließ er muthwillig die vor Oporto angehäuften Weinvorräthe vernichten, und richtete dadurch ohne irgend einen

Zweck für sich zu erreichen, einen bedeutenden Theil des großen Handelstandes zu Grunde, welcher ihm durchaus ergeben war, da dieser die Erhaltung eines gewinnreichen, von Dom Pedro aufgehobenen Monopols von ihm erwarten durfte.

Bourmont langte mit einem an Zahl überlegenen, aber durch Unfälle gänzlich demoralisirten Heere vor Lissabon an. Die pedristischen Truppen betrugen kaum das Drittel der miguelitischen, die offene Verbindung zur See erlaubte jedoch von Oporto Verstärkungen herbeizuziehen. Saldanha war schon vorher in der Hauptstadt eingetroffen, wo sein Erscheinen zugleich eine politische Bedeutung hatte, da er 1827 dem schwachen und schwankenden Verfahren der Regentinn sich entschieden wiedersetzte. Bourmont, ungeachtet seiner Erfahrung im Kriege, vermochte Nichts mit einem Heere, welches entmuthigt und schlecht organisirt war.

Ein Angriff am 3. September mißlang, die miguelitischen Colonnen zerstreuten sich stets bei den ersten Kartätschenladungen, obgleich der legitimistische Marschall zu verschiedenen Malen sie wieder sammelte und gegen die Befestigungs-Linien führte. Dom Miguel mußte es aufgeben, durch sein Heer wieder in den Besitz von Lissabon zu gelangen. Die Lage der Hauptstadt, obgleich der Feind in der Nähe stand, schien bereits so sehr gesichert, daß die Königinn Donna Maria über England nach Lissabon zurückkehren konnte, um von ihrem Throne Besitz zu nehmen. Bevor sie jedoch in Lissabon eintraf, erlitt Bourmont, durch einen Angriff am 14. Septbr. eine neue Niederlage. Ungeachtet aller Bemühungen der französischen Offiziere, die ihn begleiteten, zerstreuten sich die Truppen nach den ersten Schüssen, und der Marschall, von der Unmöglichkeit des Sieges überzeugt, reichte mit fast allen französischen Legitimisten, die ihm gefolgt waren, seine Entlassung ein, nachdem er seinen Kriegsruhm auf's Spiel gesetzt, und die hohe Meinung, welche man von ihm als Feldherr hegte, theilweise verscherzt hatte.

Dom Pedro, durch eine Menge von Ueberläufern, durch Truppen aus Oporto und durch Freiwillige aus Lissabon ver-

stärkt, war endlich im Stande, den Feind aus der Nähe der Hauptstadt zu vertreiben: Von Villa Flor und Saldanha geführt, griffen die Constitutionellen die Stellungen der Migueliten am 10. und 12. October an, und erfochten einen vollkommenen Sieg. Dom Miguel mußte sein Geschütz und seine Bagage zurücklassen; sein Heer floh in Unordnung, und die Auflösung seiner größeren Armee war entschieden. Nur von dem Kern der Truppen, der ihm vollkommen ergeben war, begleitet, erreichte er Santarem, mit dem Entschluß, in dieser schwer zu erobernden Festung günstigere Augenblicke abzuwarten, wo er durch mögliche Erfolge seiner übrigen in Portugall zerstreuten Truppen, oder durch die zu Gunsten seiner Sache auf verschiedenen Punkten des Königreichs sich bildenden Guerillero-Banden im Stande seyn würde, einen neuen Angriff auf Lissabon zu unternehmen.

Am Ende des Jahres 1833 schien jedoch der Bürgerkrieg sich in der Art zu verlängern, wie dieß später in Spanien der Fall war. Keine Partei besaß genügende Kraft, die andere zu überwinden; die Verhältnisse beider waren der Art, daß der Kampf ohne von Außen eintretende Ereignisse sich bis zur gänzlichen Schwäche und Ermüdung hinausziehen konnte. Dom Pedro besaß die 2 Hauptstädte des Königreichs, den Mittelpunkt des National-Reichthums, mit deren Besitz die Meinung des Volks das Schicksal des Königreiches zu verbinden gewohnt war; er fand eine Stütze in einem Theile des Adels, welcher, durch die Aussicht auf eine der englischen Pairie ähnliche Stellung geschmeichelt, die feudalen Vorrechte gern aufgab, welche ohnedem bei seinen eigenthümlichen Verhältnissen durch das Erstgeburtsrecht und die Stellung der jüngeren Söhne von der größeren Masse nicht benutzt werden konnten. Außerdem waren die Mittelklassen beinahe ohne Ausnahme der constitutionellen Partei gänzlich ergeben, und boten den Führern derselben einen schwer zu erschöpfenden Kern. — Die Partei selbst war noch nicht über das geringere oder größere Maaß für die Mitwirkung des Volkes getheilt. Generale, Offiziere und Staatsmänner, welche sich später entschieden gegenüber-

standen, waren noch nicht entzweit, und wirkten gemeinschaftlich dem allgemeinen Gegner entgegen. Endlich besaß Dom Pedro ein wohl geübtes und durch den gewonnenen Sieg um so tapfereres Heer, erfahrene Generale, und durch den Kampf gebildete Offiziere. Allein auch die Stellung Dom Miguel's berechtigte diesen noch immer zu Hoffnungen. Sein Heer auf dem Hauptpunkte des Kriegsschauplatzes war allerdings geschlagen, entmuthigt und zusammengeschmolzen; seine Offiziere dem größeren Theile nach unfähig und unerfahren; der einzige bedeutende Feldherr, welcher seine Truppen führte, hatte ihn verlassen; allein der Infant befand sich noch im Besitze der bedeutendsten Festungen, und des dort aufgehäuften Materials zum Kriege. Santarem, Elvas, Vallença, Leiria, Coimbra waren noch in seiner Gewalt; außerdem war die Geistlichkeit, und mit ihr, im Gegensatz der Städte, beinahe die ganze Bevölkerung des Landvolkes ihm ergeben, welches durch die französischen Kriege der Halbinsel ohnedem an den Kampf der Guerilleros gewöhnt war, den die Beschaffenheit des von Gebirgen durchschnittenen Landes fast überall begünstigte, mochten auch die so gebildeten Truppen im regelmäßigen Kriege wenig ausrichten. Hoffnung zum Siege über das Heer Dom Pedro's war allerdings verschwunden, und dieß bewies vor Santarem eine neue und schwere Niederlage, die er im März 1834 bei einem Ausfall durch Saldanha, in einem neuen Versuch, nach Lissabon vorzudringen, erlitt; allein der Kampf konnte sich in derselben Weise in die Länge ziehen, welche alle Siege der französischen Heere auf der pyrenäischen Halbinsel früher vereitelt hatte. Die Ereignisse Spaniens, verbunden mit mehreren Niederlagen, die seine Truppen auf andern Punkten erlitten, der Verlust von Leiria und Coimbra, gaben den Verhältnissen jedoch eine Wendung, die ihn schnell aus Portugall entfernten, und dieß Königreich vor einem dauernden Bürgerkrieg bewahrten, dessen Ausgang und Wechselfälle nicht zu berechnen waren. Durch den Tod Ferdinand's war eine Veränderung eingetreten, welche auf dem andern Theil der pyrenäischen Halbinsel eine constitutionelle Bewegung her-

vorrief. Die Ueberlegenheit der absolutistischen Priesterpartei war durch Verhältnisse des Hofes und der regierenden Familie gebrochen.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Spanien.

Zustand Spanien's nach 1830. — Krankheit des Königs. — Sturz der Apostolischen. — Zea's Ministerium. — Masregeln der Regierung. — Tod des Königs. — Masregeln der Regierung der Königinn Maria Christina. — Ministerium des Martinez de la Rosa. —

Nach dem verunglückten Versuche der Constitutionellen, eine Bewegung ihrer Partei in Spanien nach der Julirevolution, zu verursachen (1830), herrschte dort eine innere Spannung aller Verhältnisse und Parteien, welche den nahenden Sturm ahnen ließ, obgleich der Beginn desselben durch das castilianische Phlegma, und durch die allgemeine Auflösung aller Theile des Staates, einer Folge des verheerenden und alle Glieder der Gesellschaft zerrüttenden Unabhängigkeitskrieges, so wie der gewaltthätigen und grausamen Reactionen, noch auf einige Jahre verzögert wurde. In seinen letzten Regierungsjahren empfand Ferdinand die drückenden Folgen jenes Systems, das er während seines ganzen Lebens erstrebt, und so viel es ihm möglich war, durchgeführt hatte; seine eingezwängte, so wie seine zu Zeiten ärmliche Lage mochten ihn die Jahre von 1820 bis 1823 zurückwünschen lassen, wo die Cortesregierung den Credit und die Einkünfte des Staates auf den Glanz des Thrones in der Art verwendete, daß die liberale Partei genü-

gende Ursache zu Klagen fand, den dringenden Bedürfnissen der Verwaltung werde ein unverhältnißmäßiger Theil des Schatzes durch die Civilliste entzogen. Nach der Restauration war aber Ferdinand so bedürftig, daß er seine Hofhaltung nicht besolden konnte; Hof, Armee und Verwaltung wurden hauptsächlich durch fremde Anlehen, mit wucherischen Zinsen erhalten, und die absolute Regierung lebte von den Spekulationen fremder Börsen. Des Königs Gewalt war ferner in Wirklichkeit beschränkter, als während der Cortesregierung. Seit dem Auf-
stand der catalonischen Carlisten befand sich Ferdinand unbe-
dingt unter der Herrschaft der Priesterpartei, welche seine persönlichen Neigungen noch weniger achtete, als die liberalen Ministerien von 1820 bis 1823. Alle seine Bemühungen, dem drückenden Einfluß sich zu entziehen, waren vergeblich; er sank nach jedem Versuche in die persönliche Abhängigkeit zurück. Sein Hof verlor den Glanz, welcher ihn früher über Mangel an Macht zu trösten vermochte; die hohen aristokra-
tischen Familien zogen sich von ihm zurück, und überließen das Feld den Priestern und Günstlingen des Königs, welche, ohne Namen und Reichthum, sogar oft ohne Erziehung, durch ihre Stellung den Stolz jener Granden verletzten, welche der Cortesregierung in der Hoffnung entgegengewirkt hatten, die Re-
stauration werde ihren politischen Einfluß als Staatskörper sichern. Die Armee war durchaus zerrüttet: die Reinigung nach 1823, wodurch Ferdinand nicht einen Offizier in ihr zurücklassen wollte, bei welchem die Erinnerung an die Con-
stitution ihm gefährlich scheinen konnte, hatte die tüchtigsten außer Dienst gesetzt, oder in die Verbannung gesandt; die-
jenigen, welche ihre Stelle einnahmen, verdankten diese allein den Intriguen des Hofes und der Verwaltung, oder ihrer politischen Gesinnung; die aus Amerika zurückkehrenden Offi-
ziere, welche den Krieg allein durch Niederlagen praktisch erlernt hatten, waren beinahe die einzigen, deren militärische Wirksam-
keit sich nicht allein auf Paraden, oder auf die Gefechte ungeordneter Guerillerobanden beschränkt hatte. Das Lieblingssystem Fer-
dinand's war zwar in Spanien für den Augenblick begründet, hatte jedoch den gänzlichen Verlust jener Colonieen bewirkt,

deren Ueberschuß von Metallschätzen der Krone Spaniens einen Theil der früheren Macht bewahrte, welche ferner die Unterhaltung einer achtbaren Armee und Flotte möglich machte, und dem Reiche noch immer einen Rang unter den europäischen Mächten ertheilte. Die Finanzen waren in der Art zerrüttet, daß der jährlich eintretende Ausfall nur durch den Schwindel von Börsenspeculationen im Auslande gedeckt werden konnte; der Staats-Credit durch die häufigen Bankerotte im Innern so sehr erschüttert, daß die Regierung nicht Einen Real in Spanien selbst als Anlehen erhielt.

Die lang dauernden inneren Kämpfe hatten die verarmte Ackerbau treibende Bevölkerung moralisch durchaus verdorben. Die an den Krieg der Guerilleros gewöhnten Bauern bildeten fortwährend in den zahlreichen Gebirgen unabhängige Banden, die, in Zeiten des inneren Friedens mit Raub und Schleichhandel beschäftigt, stets bereit waren, unten politischer Fahne im Sinne der Priesterpartei zu kämpfen. Von Zeit zu Zeit stattfindende carlistische Aufstände bewiesen letzteres; hinsichtlich der Ersteren war die Kraft der Regierung in der Art gesunken, daß die Localbehörden und zu Zeiten sogar die höchste Staatsgewalt in Madrid zu Unterhandlungen mit jenen Banden genöthigt wurde. Somit hatte sich in Spanien der Keim eines verheerenden Bürgerkrieges gebildet, welcher, einmal begonnen, allen noch übrig gebliebenen Wohlstand gänzlich vernichten mußte.

In gleichem Verhältnisse stand die Masse der vom Staat ernährten königlichen Freiwilligen, ein Institut ohne andere politische Bedeutung, als die immerwährende Bereitschaft einer bewaffneten Masse zur unbedingten Verfügung der Priesterpartei. Häufige Meutereien zu Gunsten des Dom Carlos bewiesen der Regierung Ferdinand's wie wenig der Einfluß des Königs bei jener bewaffneten Masse vermochte, welche scheinbar zum Schutze seiner Gewalt errichtet war.

Letzterem Zwecke entsprach das Institut der Freiwilligen so wenig, daß Ferdinand selbst ihre Bildung und Zusammensetzung nach 1830 vergeblich zu verändern suchte. Von der

Hefe des niederen Volkes, ohne Erwerb und Thätigkeit, konnte die Befestigung einer geordneten Verwaltung und der damit verbundenen inneren Ruhe, welche die vernünftigen Anhänger Ferdinand's als ihren Parteizweck hingestellt hatten, unmöglich ausgehen.

Unter den Mittelklassen und einem Theile des Adels war die constitutionelle Partei in der Art überwiegend, daß die Regierung Ferdinand's häufig genug nach 1830 empfand, wie ihr Bestehen auch dort allmählig untergraben ward. Die geheimen Verbindungen begannen auf's Neue ihre Wirksamkeit in den Städten, im Adel und im Heere. Bei Letzterem nahm die Neigung zu Veränderungen um so mehr überhand, als höhere und niedere Officiere der Geistlichkeit untergeordnet, ihre Abhängigkeit und Zurücksetzung vor Mönchen und Bischöfen auf unangenehme Weise empfinden mußten, wie wichtige Dienste sie auch der Sache Ferdinand's erwiesen hatten. Somit traten Generale, wie Quesada, welcher früher in der Glaubens-Armee gefochten, und Llauder, der durch Verfolgung der Constitutionellen seinen Rang erhalten, aus Widerwillen gegen die bestehende Regierung zu den Constitutionellen über, und gaben noch vor Ferdinand's Tode Beweise ihres Parteiwechsels. Der hohe betitelte Adel, welcher schon früher Abneigung gegen die Hof- und Priesterregierung bewiesen hatte, aber den Anhängern der Constitution von 1812, welche ihm als Staatskörper keine Stellung gewährte, der Mehrzahl nach sich eben so wenig anschloß, hoffte in der Zukunft eine Regierungsform, welche ihm eine ähnliche Macht wie der Pärie Englands ertheilen würde. Der niedere, oft allein durch den Namen ausgezeichnete Adel, besonders die von jüngeren Söhnen der hohen Familien abstammenden Häuser, hatten sich der Mehrzahl nach mit den Mittelklassen verschmolzen, und besaßen dieselben Neigungen und Bestrebungen, wie diese. Ueberhaupt waren die socialen Verhältnisse des Adels im Verlauf zweier Jahrhunderte beinahe dieselben, wie in England geworden; es war natürlich, daß dieser Theil der Nation eine ähnliche politische Stellung wie dort herbeiwünschte, die er in Spanien durch eigene Schuld

bei der Unterdrückung des Mittelstandes (der Gemeinen, communidades) durch die Krone früher verscherzt hatte.

Die immerwährende Verschwörung der Mittelklassen war dazu geeignet, den König Ferdinand in seinen letzten Regierungsjahren eben so zu quälen, wie der Uebermuth und die unruhige Stimmung der Priesterpartei. Keine Gewalt vermochte die Bestrebungen der Constitutionellen zu unterdrücken, welche sich im Innern Spaniens für übermächtig und 1823 nur durch fremde Heere überwunden hielten. Die eiserne Hand Espanna's bewirkte in Barcelona nur um so größere Erbitterung; in Cadix ward der Gouverneur durch Verschworene auf der Straße ermordet. Die Universitäten bildeten einen Kern für geheime Verbindung, so daß die Regierung Ferdinand's sie aufheben zu müssen glaubte. Allmählig traten die Constitutionellen schon offener hervor. In einzelnen Städten war der Arm der Centralregierung machtlos; dort herrschte unbedingte Freiheit der Rede, und die Einwohner schienen nur eine sich darbietende Gelegenheit zu erwarten, um offen als Constitutionelle sich zu zeigen. Auf der Isla de Leon empörte sich die Marineschule (1882), und ward nach Unterdrückung des Aufstandes von dem Generalkapitän Quesada gegen die Wuth der Apostolischen geschützt. Es schien offenbar, die Ausgewanderten hätten Verbindungen im Inneren Spaniens angeknüpft. Im October 1831 ward sogar durch Torrijos ein Angriff von Außen versucht.

Bei letzterer Gelegenheit bewies die Regierung Ferdinand's jene schmähliche Demoralisation, welche sowohl den Charakter des Königs, als das von ihm fortwährend befolgte System in der Meinung von Europa schon lange herabgesetzt hatte. Der General Moreno unterhielt mit dem vertriebenen Torrijos, der sich in Gibraltar befand, einen Briefwechsel, worin er diesen zur Landung mit dem Versprechen aufforderte, er werde sich mit ihm vereinigen. Torrijos ging in die Falle, ward gefangen und mit allen seinen Gefährten erschossen. In ganz Europa aber äußerte sich Abscheu gegen ein Mittel, welches keine rechtliche Regierung, nach welchem Prinzipe sie auch

gebildet seyn mag, in neuerer Zeit benutzen wird, um sich eines noch so entschiedenen Feindes zu bemächtigen.

Nach Aufhebung des salischen Gesetzes zeigten gleich Anfangs die Konstitutionellen im Auslande Hoffnung, die Streitigkeiten der Thronfolge würden ihrer Partei Gelegenheit bieten, als handelnd wieder aufzutreten. Dem König Ferdinand war im Oktober **1831** eine Tochter geboren, welche jenen bei den Castilianern noch immer gefeierten Namen der Königin Isabella erhielt, unter welcher die Städte durch Freiheit und Reichthum, und das konstitutionelle Reich durch äußere und innere Macht in Blüthe stand. Ferdinand, theils durch Liebe gegen seine Gemahlin und Tochter, theils auch vielleicht durch Abneigung gegen die sogenannte apostolische Partei bestimmt, welche ihn nach der zweiten Restauration mehr geärgert und beschwert hatte als früher die Constitutionellen, und welche in Dom Carlos, dem Thronerben der männlichen Linie, einen ihr durchaus ergebenen Anhänger fand, hatte das Erbrecht des bourbonischen Hauses abgeändert, und das ursprünglich spanische wieder hergestellt. Sein Recht zu dieser Handlung war der Form nach unbestreitbar. Das ursprünglich spanische Erbfolgegesetz schloß die Frauen von der Krone nicht aus. Die Macht des Königs war unbeschränkt. Carl **III.** hatte somit jenes Gesetz durch ein Dekret aufgehoben, welches die Cortes por estamentos, ein machtloses und nur zum äußeren Schein noch zurückgelassenes Fragment der alten Reichsversammlung *), bestätigten. Ferdinand that dasselbe, als er aus Familienrücksichten jenes alte Gesetz wieder herstellte.

*) Die alten Cortes der Gemeinen vor Carl V. wurden aus den von den Bürgern ernannten Obrigkeiten der Städte, welche somit zugleich Deputirte waren, gebildet. Als die castilischen Städte in dem erbitterten Bürgerkrieg unter Carl durch die Krone besiegt wurden, änderte der König durchaus nichts an der Zusammensetzung der Repräsentativ-Versammlung, nahm aber den Städten das Wahlrecht ihrer Obrigkeiten, und übertrug dasselbe der Krone. Somit wurden die vermeintlichen Deputirten von der Regierung eingesetzt, und die Cortes dienten nur noch zum Schein.

Des Königs Wille war hierin entschieden, und es verblieb der absolutistischen Partei, welcher der Infant Dom Carlos von nun an sich offen anschloß, kein anderes Mittel, als für den Augenblick zu schweigen und sich zu unterwerfen. Der Minister Calomarde, wie sehr er auch der Sache abgeneigt seyn mußte, da er bei heftigem und hartnäckigem Charakter zur äußersten Fraktion des Royalismus, zur Priesterpartei, welche die Sache des Dom Carlos zur ihrigen gemacht hatte, nothwendig hinübergeführt wurde, durfte sich nicht widersetzen. Die nähere Umgebung des Königs war von Ferdinand und seiner Gemahlin durchaus abhängig. Der Partei blieb nichts anderes übrig, als eine Gelegenheit abzuwarten, wo ihr Einfluß den Entschluß des Königs umzustimmen vermochte. Diese aber bot sich bald durch die Krankheit Ferdinands, welcher bei schon lange geschwächter Gesundheit seiner Auflösung entgegensehen mußte. Er erkrankte schwer an der Gicht und war im September dem Tode nahe. Als er unter heftigen Schmerzen beinahe die Besinnung verlor, ließ ihn die Partei durch seinen Beichtvater der Art bearbeiten, daß er sein Dekret über die Thronfolge wieder zurücknahm. Calomarde und Alcudia standen bereit und legten dem Könige das Dokument über die Nachfolge seines Bruders zur Unterschrift vor. Zum Unglück für die Partei überstand aber der König den heftigen Krankheitsanfall; er ward wüthend über die Intrigue, welche seine Besinnungslosigkeit benutzt hatte, um die Unterzeichnung eines Dekretes gegen seinen Willen von ihm zu erlangen, entließ Calomarde und Alcudia, die Werkzeuge der apostolischen Partei, und diese ward gleich darauf durch Einfluß der Königin, welche die entschiedene nothwendige Feindlichkeit derselben gegen sie selbst und ihre Tochter genau begriff, vom Hofe eben so wie von der Regierung entfernt. Ferdinand sah sich endlich von dem drückenden Zwange befreit, den sie so lange gegen ihn ausgeübt hatte.

Nach seiner Genesung befand sich der kranke König in sonderbar schwankender Stellung. Mit den Apostolischen hatte er so vollkommen gebrochen, daß eine Aussöhnung unmöglich

war; hin und wieder brachen bereits Unruhen aus und einzelne Hinrichtungen bewiesen, dieselbe Partei, welche mit unerbittlicher Hartnäckigkeit gegen die Constitutionellen bisher gewüthet hatte, sey jetzt ihrerseits Verfolgungen ausgesetzt. Eine offene Erklärung des Königs gegen die Beschlüsse, die man ihm während seiner Krankheit entlockt hatte, die Absetzung einer Menge von höheren Beamten, und die Ernennung seiner Gemahlin, der Königin Christine, deren Einfluß alles Geschehene zugeschrieben wurde, zur Mitregentin, vollendeten den Bruch. Andererseits hing aber Ferdinand noch zu sehr an seinen früheren Neigungen und Begriffen, und besaß eine zu große Vorliebe für seine unumschränkte Gewalt, die er aus persönlicher Schwäche niemals auszuüben vermochte, als daß er in den Constitutionellen eine Stütze hätte suchen sollen. So war es ihm unmöglich, seine Vorliebe für Dom Miguel aufzugeben. Nach der Landung des Dom Pedro hatte er ein Heer unter Sarsfield an der portugiesischen Grenze zusammengezogen, und war geneigt, die Errichtung eines constitutionellen Regierungssystems auf irgend einem Punkte der Halbinsel mit Gewalt zu verhindern. Nur die Drohungen der englischen und französischen Regierung verhinderten, daß er Dom Miguel offen unterstützte. Nach seiner Genesung gab er eben so wenig sein Verfahren auf. Er blieb fortwährend mit dem portugiesischen Infanten in diplomatischer Verbindung und sein besonderer Günstling, Cordova, nahm sogar im miguelitischen Heere an dem Kampf vor Lissabon Theil, welcher den Verlust jener Hauptstadt zur Folge hatte. Die Stellen der abgesetzten Minister und Generalkapitäne erhielten Männer, welche dem größeren Theil nach entschiedene Anhänger der unumschränkten Monarchie waren; schon der Name des Premierministers Zea Bermudez war genug bezeichnend, um jeder Zuneigung zum Liberalismus zu widersprechen. Andere, wie Castannos, Canterac und Llauder u. s. w. waren bisher keine Anhänger der Constitutionellen gewesen; einige gehörten zur alten Partei der Afrancesados und gewährten also den Liberalen eben so wenig Hoffnung wie die Uebrigen. Ein Umlaufsschreiben von Zea Bermudez an die diplomatischen Agen-

ten Spaniens gab endlich die offene Erklärung, alle vorgenommenen Maßregeln bezweckten keineswegs eine Veränderung des Regierungssystems. Der König schien allerdings eine bessere und mildere Verfahrungsweise, allein eine Beschränkung seiner Gewalt durchaus nicht zu beabsichtigen. Die Zeit war aber vorüber, wo die Regierung ohne Einfluß der Parteien und wo die geordnete Monarchie mit ungestörtem Gange der Verwaltung möglich war; der einmal begonnene Weg führte zum Liberalismus und wäre Ferdinand noch länger am Leben geblieben, so hätte er vielleicht selbst, ungeachtet aller Abneigung, eine Stütze in derselben Partei suchen müssen, die er so oft hintergangen und verfolgt hatte.

Die erste Handlung der Königin war ein Amnestiedekret der Constitutionellen, wovon Anfangs nur diejenigen Flüchtlinge ausgenommen waren, welche die Absetzungsakte des Königs in Sevilla unterzeichnet oder die constitutionellen Heere geführt hatten. Die Häupter der Partei blieben hiermit für's Erste ausgeschlossen, kehrten aber allmählig ebenfalls zurück, nachdem ihnen die größere Masse der in Europa zerstreuten Flüchtlinge vorangegangen war. Die Regierung nahm die Zurückkehrenden, deren Kraft durch das Unglück von **1823** zu sehr gebrochen war, als daß für den Augenblick eine gefährliche Bewegung von ihnen hätte ausgehen können, zuvorkommend auf und gab ihnen den Besitz ihrer Güter zurück. In allen größeren Städten endete der gewaltthätige Zwang. Espanna ward abgesetzt, in Cadix, Madrid u. s. w. unterließ die Polizei jene immerwährende Verletzung aller Privatleute durch Espionage, welche bei der niederen und mit der Vorzeit Spaniens unbekannten Volksklasse die Inquisition zurückwünschen ließ, deren Verfahren seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts gemildert, nur nach Ferdinands erster Restauration die frühere Tücke und Grausamkeit wieder gezeigt hatte. Die hohe Aristokratie, worunter mehrere erklärte Liberale, wie der Herzog von Frias, kehrte ferner an den Hof zurück, und begann allmählig durch persönlichen Einfluß auf Ferdinand, dessen Camarilla von Günstlingen zu ersetzen; endlich beschloß der König die Entwaffnung der königlichen Freiwilligen, deren

Stimmung sich in letzter Zeit als unverträglich mit seinem Willen in Betreff der Nachfolge zur Genüge gezeigt hatte. Hauptsächlich durch letztere Maßregel wurden die Intriguen des Carlismus gelähmt und die Partei verlor die einzige organisirte Macht, auf deren entscheidende Unterstützung sie im Augenblicke der Entscheidung auf allen Punkten des Reiches rechnen konnte.

Dom Carlos hatte bis jetzt dem Willen seines Bruders keinen offenen Widerstand geleistet. Die letzten Maßregeln und die Absicht Ferdinands, aus Vorsicht eine seiner Tochter zu leistende Huldigung noch vor seinem Tode zu verordnen, bestimmten seine offene Widersetzlichkeit. Er verließ Madrid, begab sich mit mehreren seiner Anhänger zu Dom Miguel, und erklärte bald darauf in offener Protestation, sein Recht zur Krone nicht aufgeben zu wollen. Er schien im Heere des portugiesischen Infanten, mit dessen Schicksal das allgemeine Parteiprinzip der Apostolischen seine Sache verknüpft hatte, den Tod seines Bruders abwarten zu wollen, um nach Eintreten desselben vielleicht mit miguelistischer Hülfe den Weg der Gewalt zu versuchen.

Die letzte Handlung Ferdinands war die Zusammenberufung der Cortes **por estamentos**, eine Förmlichkeit ohne wirkliche Bedeutung. Er glaubte das Verfahren seines Vorgängers, welcher das bourbonische Hausgesetz an die Stelle des altspanischen Erbrechts gesetzt hatte, beobachten zu müssen, um der Handlung einen Anschein von Gesetzlichkeit zu geben. Die Versammlung kam am 20. Juni in Madrid zusammen, und erließ einen Beschluß nach dem Willen des Königs, wie sie dies seit Jahrhunderten gewohnt gewesen war.

Am 29. September erlag Ferdinand seiner langdauernden Krankheit und am 3. October ward sein Testament öffentlich bekannt gemacht. Er wiederholte darin die Thronfolge seiner Tochter und ernannte seine Gemahlin Marie Christine während der Minderjährigkeit derselben zur Regentin. Ein Regentschaftsrath, welcher jedoch keine bindende Kraft auf ihre Beschlüsse äußern sollte ward darin eingesetzt. Die Zusammenstellung der Namen in demselben bewies übrigens die Verwirrung

der Begriffe bei dem sterbenden König. Neben dem Marquis de las Amarillas (als Mitglied) und Garely (als Supplementen) zwei Liberalen, befanden sich die Namen von Absolutisten, wie Espanna (der übrigens schon nach Frankreich geflüchtet war) und Ofalia.

Ferdinands Tod war von allen Parteien gehofft und schon lange als Wendepunkt geahnet, wo der 1826 zum Vortheil der Priesterpartei unterdrückte Kampf der Prinzipien auf's Neue wieder beginnen werde. Die Liberalen sahen voraus, die Königin werde sich zuletzt genöthigt sehen, eine Stütze in ihrer Partei zu suchen, da der bisherige aufgeklärte Despotismus, wie ihn das Journal des Débats nannte, nirgends einen Haltpunkt in der öffentlichen Meinung besaß und mit des Königs Tode zusammenfallen mußte. Die Apostolischen, von nun an Carlisten, welche bisher noch nicht offen in Masse aufzutreten gewagt hatten, hielten in Ueberschätzung ihrer Kräfte, ihr Uebergewicht beim Heere, so wie in einzelnen Provinzen des Landes für so bedeutend, daß sie schnelle und entscheidende Ereignisse zu ihren Gunsten erwarteten. Sie begannen, als sie diese Erwartung getäuscht sahen, den lange Zeit von ihnen herbeigewünschten, und nach 1820 mehrere Male versuchten Kampf, welcher im Allgemeinen die Gleichheit beider Parteien an inneren Kräften und Anhängern bewies und einmal begonnen, so wie mit wechselndem Erfolge geführt, zuletzt eine Wendung nahm, welche seinen Ausgang erst nach längerer Zeit, nach gänzlicher Erschöpfung und dem vollkommenen Ruin des Landes und der Nation gegenwärtig ahnen läßt.

Ferdinands Regierung war die unheilvollste, welche Spanien von jeher gehabt hat. Der König, durch eine Revolution zum Throne erhoben, und während seines Unglücks der Abgott der Nation, hatte durch beschränkte Begriffe, durch damit verbundene Hartnäckigkeit, durch mangelhafte Kenntniß der wahren Verhältnisse, durch Unzuverlässigkeit und Schwäche seines Charakters, die seit Jahrhunderten schon begonnene Auflösung des Staates bis auf einen Punkt geführt, wo Spanien, ohne innere und äußere Kraft, auch die letzten

Ueberbleibsel seiner früheren Stellung verlor, und einem moralischen Untergange entgegensehen mußte. Seine Vorliebe zur unumschränkten Gewalt, die er, stets ein Spielzeug in den Händen der Absolutisten oder der Günstlinge seines Hofes, niemals auszuüben vermochte, hatte den unwiederbringlichen Verlust jener Colonieen bewirkt, welche dem Staat und der Nation den Mangel an Industrie und an innerem Reichthum ersetzten; er hatte zweimal die Gelegenheit entschwinden lassen, durch eine vernünftige und zeitgemäße Regierung die Wunden des Unabhängigkeitskrieges, so wie der späteren inneren Kämpfe zu heilen. Unter seiner Regierung ist die letzte Spur der Wohlthaten verschwunden, welche der aufgeklärte Despotismus Carls III. dem Königreiche erwies. Seine Neigung zum Despotismus verleugnete sich niemals, und dennoch führten ihn die Umstände in seinem letzten Regierungsjahre zu Handlungen, welche das System, das er während seines Lebens verfolgt hatte, untergraben und eine Veränderung zu Gunsten der Partei herbeiführen mußte, die er während seines Lebens am meisten gefürchtet und gehaßt hatte.

Die Königin Isabela ward eben so wie die Königin-regentin damals von allen Behörden des Landes anerkannt; Don Carlos versuchte vergeblich, die Generale zum Uebertritt zu bewegen. Die Priesterregierung der Restauration hatte genügende Früchte bei dieser getragen; Sarsfield, obgleich er früher, durch Abfall von Mina, keine besondere Anhänglichkeit an die Liberalen bewiesen hatte, wies alle seine Anerbietungen, Murillo, der hinsichtlich seiner politischen Ansicht sich gänzlich in derselben Stellung befand, einen Versuch zurück, die spanische Gränze mit Truppen zu überschreiten. Die spanischen Offiziere und Soldaten zeigten nur Abneigung gegen seine Sache, und die Hoffnung der Absolutisten ward ungeachtet aller „Reinigungen" Ferdinands getäuscht. Die schwache Regierung des Zea Bermudez, welche durchaus das System des verstorbenen Königs fortsetzte, wagte nicht entscheidend gegen Dom Miguel aufzutreten, dessen Lager der Mittelpunkt war, von wo die Pläne der Carlisten in Ausführung gesetzt

wurden. Der Partei war jetzt nur noch übrig geblieben, entweder mit miguelitischen Truppen in Spanien einzufallen und dort eine Bewegung zu versuchen, worin die Punkte, welche jene Truppen in Besitz hielten, natürlich aufgegeben werden mußten, oder einen Aufstand in Spanien zu erregen. Dom Miguel besaß nicht den Muth zu ersterem; eine spanische Insurrektion konnte aber nach Entwaffnung der königlichen Freiwilligen nicht mehr allgemein und deßhalb für den Augenblick als entscheidend wirken; einzelne Banden konnten zwar Spanien auf allen Punkten und auf längere Zeit beunruhigen, waren aber ungenügend, einen Kern des carlistischen Widerstandes und ein brauchbares Heer zu bilden. Hierzu bot der aufgeklärte Despotismus des Zea Bermudez den Carlisten treffliche Gelegenheit. Der Premierminister zeigte Neigung, einen Plan Ferdinands auszuführen, den dieser schon lange im Sinne gehabt hatte, um seine unumschränkte Gewalt zu vervollständigen, nämlich die baskischen Provinzen ihrer Provinzialfreiheiten zu berauben. Schon kurz vor der Krankheit Ferdinands waren Truppen zu dem Zweck an der Grenze jener Provinzen zusammengezogen, und hatten die Basken überall in Allarm gesetzt, welche entschlossen waren, ihre Vorrechte leichten Kaufs nicht aufzugeben. Ein Aufstand ward von ihnen vorbereitet, der 1832 zum Vortheil der Constitutionellen hätte ausfallen müssen; nach der Krankheit Ferdinands wußten die Carlisten die dortige Stimmung geschickt zu benutzen, welches ihnen um so leichter war, als Truppen an der Gränze stehen blieben und von Madrid aus kein Zeichen gegeben wurde, jene alten Privilegien würden ungeschmälert erhalten werden. Die Volksstimmung in jenen Provinzen hatte somit durchaus nichts gemein mit den Bestrebungen der Parteien im übrigen Spanien; auch konnten die Apostolischen, ohne ihrer Sache irgendwie zu vergeben, einen Aufstand benutzen, welcher jedenfalls die Erhaltung eines von Alters her überlieferten Verhältnisses bezweckte.

Die baskischen Provinzen, durch Ferdinand den Katholischen der Krone Spaniens auf eine Weise erworben, welche wegen der geringen rechtlichen Begründung ihrer Ansprüche

eine desto festere Stütze in dem Interesse der Bewohner suchen mußte, und deßhalb ausgedehntere Freiheit bewilligte, als die übrigen Theile des Reiches sogar damals besaßen. Alava, Guipuzcoa und Navarra waren glücklicher gewesen als Aragon und Castilien. Sie hatten ihre Verfassung sich bewahrt, nachdem die früheren Constitutionen der Halbinsel durch die im Mittelalter abgesonderten Kronen auf besondere Repräsentativ-Versammlungen und Verwaltungen begründet untergegangen und von der Krone vernichtet waren. Als die Freiheit Castiliens und Valencias mit der Niederlage der Gemeinen unter Carl I. (V.) unterdrückt war, als ferner die Krone Aragon

---

*) Genugsam bekannt ist der Kampf der castilischen Städte gegen Carl I. (V.), welcher mit der gänzlichen Vernichtung ihrer Repräsentation endete. Die Unterdrückung Spaniens durch die Krone hatte hauptsächlich ihren Grund in Mangel an Einheit, da jede Provinz für sich abgesondert handelte. Die Aragonesen blieben bei dem Kampfe der Castilianer neutral; die Valencianer, die sich zugleich Carl I. widersetzten, handelten mit den letzteren nicht im Einklang. Als Aragon unterdrückt wurde, war Castilien schon längst eine unumschränkte Monarchie. Kurz bei den Spaniern der damaligen Zeit zeigte sich derselbe Provinzialgeist als ein Hinderniß liberaler Bestrebungen, wie in unseren Tagen. Die Krone Aragon verlor ihre Freiheit ebenfalls aus Mangel an Einheit. Bei dem Aufstande der Aragonesen unter Philipp II. gegen die Inquisition (in Saragossa), als der König seinen Secretär Alonzo Perez wegen eines Verbrechens, welches auf Befehl der Regierung ausgeführt war, damit die Verhandlungen geheim blieben, der Inquisition überlieferte, und dieser, als geborener Aragonese, nach den Gesetzen des Königreichs gerichtet zu werden verlangte, unterstützten die Catalanen die Aragonesen diesmal eben so wenig, wie erstere früher die Castilianer. Als die Catalanen gegen Philipp V. erbittert kämpften, fanden sie eben so wenig ernstliche Hülfe bei den Aragonesen; kurz, die Krone fand im Mangel an Einheit und in dem Provinzialsinn, der zu allen Zeiten vorherrschte, ein größeres Beförderungsmittel ihrer Bestrebungen nach Unumschränktheit, als ihre eigenen Kräfte es ihr bieten konnten.

zuerst unter Philipp II. in einem Aufstande unterlag, welcher gegen das Lieblingsinstitut des Königs die Inquisition begonnen, durch Mangel an Einheit sich zersplitterte und später bei dem Kampfe für den österreichischen Prätendenten Carl gänzlich unterdrückt wurde, nicht unangetastet erhalten blieb, schien Anfangs das kleine Gebiet im Norden die Eifersucht der ersten österreichischen Könige, deren Bestrebungen zuvörderst die Befestigung ihrer unumschränkten Gewalt in den größeren Königreichen Castilien und Aragon bezweckten, nicht in der Art zu erregen, daß sie der Gefahr eines inneren Krieges bei den mannichfachen Verwickelungen ihrer auswärtigen Politik auch dort sich aussetzen wollten, oder es schien ihnen gefährlich bei der feindlichen Stellung Frankreichs, während längerer Zeit als ein Jahrhundert, die Gränzprovinzen in der Art zu verletzen, daß der französische Hof von Franz I. bis auf Ludwig XIV. eine bereitwillige Bevölkerung, die seine Feindseligkeiten unterstützen könnte, in jenen Provinzen finden würde. Nach Philipp III. war außerdem bei der allgemeinen Erschlaffung der Krone und des Staates an einen Versuch der Art nicht länger zu denken. Die ersten Bourbons dachten aber um so weniger an eine Beschränkung jener Provinzialfreiheiten (fueros), als die Basken zugleich mit den Castilianern ihre Partei gegen den österreichischen Prätendenten mit Eifer ergriffen hatten. Somit blieb der kleine Landstrich in durchaus anderem Verhältniß wie das übrige Spanien. Dem König, welcher den bescheidenen Titel: „Herr der Basken" führte, ward eine geringe Steuer bewilligt. Er besaß ohne Erlaubniß der Provinzialstände das Besatzungsrecht in den Städten eben so wenig, als das Recht der Besteuerung, und die Vertheidigung des Landes war einer Miliz anvertraut, welche fortwährend in den Waffen geübt seyn mußte. Die Zollgesetze ließen sich die Basken niemals gefallen und die spanische Douanenlinie begann somit erst an ihrer Gränze. Dieser Umstand war während mehrerer Jahrhunderte für die Einwohner eine Quelle des Reichthums; die baskischen Provinzen glichen einem neutralen Gebiete, von wo der gegenseitige Schleichhandel zwischen Spanien und Frankreich ausging.

Endlich besaßen die Basken das Recht der spanischen Edelleute, in anderen Theilen des Reiches oder in den Colonieen, ein Vorrecht, welches für die Auswandernden hinsichtlich der Civil= und Militärämter in früherer Zeit von größerer Wichtigkeit war, aber seit dem Beginn des Unabhängigkeitskrieges die Bedeutung verlor.

Im Laufe der Zeiten ward hierdurch die innere Lage der Provinzen durchaus verschieden von denen des übrigen Königreichs. Während Catalonien und Aragon fortwährend an Bevölkerung und Reichthum sanken, vermehrten sich beide an den Grenzen. Schon in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts waren Guipuzcoa, Alava und Navarra neben Valencia die am meisten im Ackerbau blühenden Provinzen Spaniens. Wohlstand herrschte in den Städten und Bilbao erhielt Ansprüche auf den Namen einer reichen Handelsstadt. Auch wußten die Provinzialstände ihre Unabhängigkeit und ihr besonderes Interesse zu wahren. Als im Revolutionskriege ein Heer der Republik nach der Einnahme von Fuenterabia in ihr Gebiet vordrang, schloßen sie kurz vor dem Frieden von Basel eine Uebereinkunft mit dem französischen General, wonach ihr Gebiet als neutral zu betrachten war. Der Madrider Hof wagte damals nicht, diese Handlung offen zu mißbilligen. An eine Verschmelzung mit den übrigen Spaniern war aber in Betreff der Basken um so weniger zu denken, als die Bevölkerung, die einzigen Nachkommen der ältesten Bewohner Spaniens, der Celtiberer, zugleich ihre uralte, durch castilianisch und französisch allerdings vermischte Sprache, auf dem Lande bewahrte.

Jener Provinzialgeist herrschte jedoch hauptsächlich auf dem Lande, wo allerdings der bei weitem größere Theil der Bevölkerung sich befand. In den Städten hatte die häufige Verbindung mit Frankreich eine Annäherung an den Liberalismus des übrigen Spaniens bewirkt, welcher jene Vorrechte überhaupt nicht mit günstigen Augen betrachtete, da dieser eine Gleichheit aller Theile in Rechten und Lasten, eine größere Concentrirung der Staatsgewalt nach dem Muster Frankreichs, und eine Entfernung des Provinzialgeistes nach 1812

als sein Streben gezeigt hatte. Ein anderer Grund zur Zwietracht der Basken mit den Constitutionellen lag in der Stimmung der Letzteren gegen die Geistlichkeit. Da die Inquisition in den Grenzprovinzen wegen der politischen Vorrechte derselben ihre Wirksamkeit niemals wie im übrigen Spanien ausüben konnte, so herrschte keine Erbitterung gegen die bestehende Form der Kirche. Die Geistlichkeit besaß unbeschränkten Einfluß auf das Landvolk; dieses war somit außer den politischen Verhältnissen ein Grund mehr, die Basken als Werkzeug den Carlisten zu überliefern. Kurz, die Provinzen bildeten in jeder Hinsicht eine Vendée, die aber um so gefährlicher war, als die Natur des von Gebirgen durchschnittenen Landes und die Organisirung der Landbevölkerung in eine bewaffnete Macht, welche durch die Provinzialverfassung bewirkt wurde, die Unterwerfung noch schwieriger machte, wie es in jenem Theile Frankreichs, hinsichtlich der republikanischen Heere, der Fall war.

Am 3. und 4. Oktober brach der Aufstand in Bilbao aus; das Landvolk strömte in die Stadt, ermordete einen Provinzialdeputirten, welcher der Sache der Königin günstig war, rief Carl V. zum Könige aus und plünderte die Häuser mehrerer Constitutionellen. Die ganze Gegend war in Kurzem bewaffnet. Die Einwohner der Stadt aber, den Liberalen entschieden günstig, waren jedoch nur überrascht und nicht überwunden; die Truppen vermochten noch siegreiche Gefechte mit den Insurgenten zu bestehen, die bis jetzt ohne bestimmte Leitung handelten; Truppen aus St. Sebastian nahmen Bilbao wieder in Besitz; ein Führer der Carlisten, Santos Ladron, ward geschlagen, gefangen und erschossen; der alte baskische Guerillachef Jauregui (El Pastor) überschritt plötzlich die spanische Gränze, und sammelte einen kleinen Haufen von Bauern, die den Constitutionellen ergeben waren, oder durch den Glanz seines Namens und frühere Erinnerung an ihn herbeigelockt wurden; die Einwohner Bilbaos ahneten, wie alle Constitutionelle, die Nähe von Ereignissen, welche ihrer Partei die Herrschaft wieder verschaffen würden; sie empfingen den zurückkehrenden Flüchtling mit Begeisterung, und waren somit

die Ersten, welche in Spanien seit Ferdinands Tod die liberale Partei offen ergriffen. Später haben sie durch zwei heldenmüthige Vertheidigungen ihre Anhänglichkeit an die Sache jener Partei bewährt.

Aehnliche Ereignisse wie in Bilbao fanden in Vittoria statt. Am 7. Okt. ward Carl V. auch dort zum König ausgerufen. Allein die Einwohner zeigten eben so wenig Neigung, den Insurgenten sich anzuschließen wie in Bilbao; in Kurzem war die Stadt für die Carlisten verloren, und der Aufstand auf das Land beschränkt. Dort aber ward er allgemein; die bereits geübte ganze Provinzialmiliz stand unter den Waffen; alle Flecken und Dörfer waren im Besitz der Insurgenten; für den Augenblick war das Uebergewicht an Zahl auf ihrer Seite; außerdem bot jede Quadratmeile natürliche Festungen, woran die Kraft größerer Heere sich brechen konnte. Kurz, es schien gleich anfangs wahrscheinlich, in den baskischen Provinzen werde es den Heeren der Königin auf gleiche Weise ergehen, wie einst den Armeen des Kaisers auf so manchen Punkten der pyrenäischen Halbinsel. Endlich auch hatten die Carlisten das Glück, einen General zu erlangen, der aus den Provinzialmilizen ein Heer zu bilden verstand, welches durch Erfahrung der Offiziere und durch Uebung der Truppen der Armee der Königin in Kurzem eben so überlegen war, wie er selbst als Feldherr einem Quesada, Sarsfield, Cordova &c. Ein Oberoffizier des Heeres, Zumala Carreguy, welcher früher zur constitutionellen Partei gehört hatte, dem jedoch die Provinzialfreiheiten seiner Landsleute von größerem Werth schienen als eine allgemeine liberale Regierung Spaniens, und welcher für erstere vor Ferdinands Krankheit gegen die absolutistische Regierung von Madrid conspirirt hatte, ward Oberbefehlshaber und führte gleich anfangs den Krieg mit Glück. General Sarsfield, der ihn bekämpfen sollte, besaß entweder nicht die Mittel oder die Fähigkeiten; er begann jenes Zögerungssystem, welches fast alle Generale seitdem in den baskischen Provinzen beobachteten, und ließ den Carlisten Zeit, **20,000** Mann zu organisiren. Er mußte abberufen

werden, da seine Truppen über seine Unthätigkeit erbittert wurden.

Auch in anderen Theilen des Königreiches begannen Aufstände, welche jedoch geringere Gefahr boten. In Altcastilien, Catalonien u. s. w. waren die Banden bald zu Paaren getrieben. Die Lage ward aber mit jedem Tage bedenklicher; die Fortsetzung von Zea's System war unmöglich, und die Königin gezwungen, in den Liberalen dadurch eine Stütze zu suchen, daß sie ihre Partei zur Staatsgewalt berief. Den Antrieb zu diesem Verfahren der Königin gaben, vom Regentschaftsrath unterstützt, die Generalcapitäne, welche damals unumschränkt in den Provinzen herrschten und sehr wohl einsahen, daß sie die Carlisten ohne Hülfe der Constitutionellen nicht niederhalten konnten, oder die sogar bei Fortsetzung des bisherigen Systems einen Aufstand der Liberalen erwarten mußten. Llander, Generalkapitän von Catalonien, that den ersten Schritt, nachdem ihn die Catalanen durch eine Erklärung dazu aufgefordert hatten, wobei die Hoffnung einer Wiederherstellung der alten Fueros, also wieder der Provinzialgeist, wie er bei den Basken offen ausgesprochen war, im Hintergrunde erblickt wurde. Vier andre schlossen sich ihm an, darunter auch Quesada für Andalusien, wo freilich der Liberalismus in durchaus anderer Weise zum Vorschein kam, da dies Königreich als eine Eroberung von den Mauren und bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts in der Volksmasse theilweise feindlich gegen Castilien gestimmt, Provinzialfreiheiten niemals besessen hatte *). Zea ward somit gestürzt, und die Regentin sah sich genöthigt, die vor wenigen Jahren noch geächtete Partei in's Ministerium zu berufen (17. Januar 1834). Natürlich traf ihre Wahl zuerst die sogenannten Pasteleros, diejenige Fraktion der früheren Constitutionellen, welche dem monarchischen System sich mehr zuneigte wie die andern, und

*) Auch hatten die andalusischen Städte, welche unter Carl I. (V.) schon bevölkert und reich waren, an dem damaligen Aufstand der Gemeinen gegen die Krone keinen Antheil genommen.

zugleich eine entschiedene Abneigung gegen Revolutionen von Unten aus während der drei Jahre der constitutionellen Regierung gezeigt hatte. Der frühere Minister Martinez de la Rosa, wegen höherer Bildung der erste dieser Fraktion, ward Präsident; alle Uebrigen waren von derselben politischen Farbe, mit Ausnahme von Burgos, eines Afrancesado, durch dessen Beibehaltung die Regentin bewies, sie könne sich nicht so leicht von dem bisher befolgten Systeme lossagen. Die Ertheilung einer Constitution, die Anerkennung der Donna Maria und ein entschieden feindseliges Verhältniß gegen Dom Miguel waren die nothwendigen Folgen des Wechsels im System. Maßregeln gegen den portugiesischen Infanten waren aber um so nothwendiger geworden, da carlistische Banden sich auf dem Gebiete Portugals bildeten, welches von miguelitischen Truppen noch besetzt war, und über die Gränze in Spanien einzudringen versuchten.

Frankreich und England unterstützten schon seit Ferdinands Tode die Politik der Königin. Ludwig Philipp begünstigte natürlich die Errichtung einer Regierung, welche dem in Frankreich herrschenden Systeme entsprach, um so mehr, da die französischen Legitimisten vor Ferdinands Krankheit einen Heerd ihrer Intriguen am Hofe von Madrid gesucht und gefunden hatten. Von der apostolischen Partei und somit von Don Carlos konnte die richtige Mitte nur eine feindselige Stellung erwarten, ob auch wegen der innern Schwäche Spaniens eine wirkliche Gefahr von dort aus niemals ausgehen konnte. Bei England kam, außer dem Parteiprinzip der Whigs, noch der materielle Vortheil hinzu. Die unumschränkte Regierung, in ihrem thörichten System einer gänzlichen Abschließung Spaniens vom fremden Handel und bei der Monopolisirung jedes Industriezweiges, welches beides zur gänzlichen Verarmung des Landes nicht wenig beigetragen hatte, ließ von der Thronbesteigung des Don Carlos keine Handelsvortheile erwarten, deren Erlangung einer der Hauptzwecke der englischen Politik bei allen Parteien, bis auf die Verwaltung des beschränkten Castlereagh's, gewesen war. Lord Palmerston konnte deßhalb keinen Augenblick Bedenken tragen, die Regierung der

Königin, seitdem sie der liberalen Partei sich zu nähern gezwungen war, durch den Einfluß Englands zu unterstützen. Diese Verhältnisse hatten den Quadrupelrertrag, womit Talleyrand seine lange diplomatische Laufbahn schloß, am 22. April 1834 zur Folge. Er ward zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugall abgeschlossen, und schien ein Gegengewicht zu der Verbindung der drei östlichen Continentalmächte zu bieten. Er bezweckte zuerst die Vertreibung der beiden Infanten von der Halbinsel, war jedoch in Ausdrücken abgefaßt, welche die zu leistende Hülfe nicht näher bestimmten, so daß spätere Zusatzartikel nothwendig wurden.

Sobald Martinez de la Rosa zur Gewalt gelangt war, that er den ersten entscheidenden Schritt, die Sache der liberalen Partei mit der des Thrones der Isabela zu verknüpfen. Die Königin gewährte der Nation eine von ihm ausgearbeitete Verfassung, das Estatuto real, welches nach den Begriffen seiner Partei, im Gegensatz der früheren Constitutionellen von 1812, theilweise auf historische Erinnerung begründet, theilweise aber auch nach den in Frankreich vorherrschenden Verhältnissen gebildet war. Martinez de la Rosa hatte dabei die alte Reichsverfassung von Castilien, welche freilich schon so lange vernichtet war, daß keine Spuren in den bestehenden Verhältnissen zurückgeblieben waren, im Auge, und versuchte die alten Formen, so gut es ging, dem Zustande anzupassen, welcher nach den Kämpfen der Communidades gegen Carl I. unter der unumschränkten Regierung der Könige sich gebildet hatte. Somit waren die Cortes nach Ständen (estamentos) zusammengesetzt, wobei aber die Geistlichkeit als abgesondert nicht auftrat, sondern nur in ihren höheren Würden mit dem Adel verschmolzen ward. Das Zweikammersystem, ein Zweck der Pasteleros während der ersten Cortessitzung, ward ausgeführt. Die erste Kammer, die der Proceres, ward theils nach altspanischen, theils nach französischen Verhältnissen zusammengesetzt. Der hohe Adel, die Granden von Spanien und die Titulados von Castilien, welche von den Cortes der früheren Zeit her Ansprüche auf eine besondere politische Macht besaßen, ward hineinberufen, sobald seine Vermögensverhält-

nisse seiner Würde und dem Standpunkte einer höheren Geburtsaristokratie gleich waren. Zugleich behielt die Krone sich das Recht vor, Proceres auf Lebenszeit in verdienten Generalen, Staatsmännern u. s. w. zu ernennen. Die Zusammensetzung schien aber den Verhältnissen Spaniens angemessen, wo ein reicher, durch das hohe Alter seiner Familien mit der Geschichte des Königreichs zu jeder Zeit verflochtener Adel mit Titeln geschmückt und durch das Recht der Erstgeburt in ungeschmälertem Glanze erhalten, vorhanden war, dessen Ansehen von jeher in der öffentlichen Meinung wurzelte. Zum Unglück hatten ihn die frühern Verhältnisse entnervt oder einer politischen Wirksamkeit schon lange entwöhnt; es fanden sich unter ihm nur wenige, die ihrer Stellung gewachsen waren (Prinz Anglona, Herzog von Frias), während eine Menge anderer zwar guten Willen, aber wenige Fähigkeiten zu ihrer Stellung zeigten (Herzog von Medina Celi, Graf Baylen). In derselben Art mußte die Regierung der Königin in Verlegenheit seyn, Männer von erlauchten Namen in die erste Kammer zu berufen; an Generale wie Mina, San Miguel rc., die ohnedem noch nicht zurückgekehrt waren, konnte natürlich eben so wenig gedacht werden, als an die Staatsmänner der ersten Cortesregierung; eine Menge der früher berühmten Männer hatte während der Restauration Ferdinands ihr Leben verloren; von den Helden des Unabhängigkeitskrieges war außer Castannos der alte Palafox nur noch übrig, welcher zur Würde eines Procer erhoben werden konnte. Kurz, die Kammer, wie zweckmäßig ihre Einrichtung den Verhältnissen nach seyn mochte, konnte für's erste, wegen Mangels an talentvollen und erfahrenen Staatsmännern, so wie an Illustrationen anderer Art, die ihr dargebotene höhere Stellung auf die Dauer nicht behaupten.

Die zweite Kammer mit dem Titel der Procuradores bezeichnet, konnte natürlich von den Verhältnissen der älteren Cortes nichts als den Namen beibehalten. In jener Versammlung, worauf die Liberalen das historische Recht der Nation auf eine repräsentative Regierung gründeten, war das Landvolk nicht repräsentirt, und die Städte allein sandten

ihre auf verschiedene Weise gewählten Obrigkeiten in die Versammlung. Somit war ein den neueren Verhältnissen angepaßtes Wahlgesetz nothwendig; es ward nach der Art des Französischen gebildet, jedoch mit Beibehaltung der indirekten Wahl der Cortesconstitution von 1812, mit einem zweifachen Census der Wähler und Erwählten. Der Census war übrigens niedrig genug; überhaupt hatte der größere Theil der Liberalen keinen Grund mit dem Estatuto vielleicht nur in Hinsicht eines Artikels unzufrieden zu seyn, welcher die Initiative der Gesetzesvorschläge der Krone allein übertrug. Die Ursache, weshalb es als Staatsgrundgesetz nicht behauptet werden konnte, scheint mehr in der Unfähigkeit und Schwäche der Pasteleros, bei der Gefahr des Bürgerkrieges, als in socialen Verhältnissen der Halbinsel zu liegen. Uebrigens konnte die Akte nur als erste Urkunde des Staatsrechtes gelten; alle übrigen constitutionellen Verhältnisse, die Presse, die Freiheit der Personen, Ausdehnung der Communalfreiheit u. s. w. blieb den Cortes überlassen, welche zum erstenmal auf den 24. Juni berufen wurden.



Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Portugall.

Das Verfahren Spaniens gegen Portugall befestigte in dem größeren Reiche der Halbinsel die Herrschaft der Constitutionellen. Donna Maria ward endlich als Königin anerkannt. Eine für Dom Miguel und den spanischen Kronprä=

tentenden entscheidende Maßregel war aber das Vordringen spanischer Truppen über die Gränze. Rodil, ein amerikanischer General, bisher ohne Parteiansicht, welcher anfangs sogar nicht ungeneigt gewesen seyn soll, die Sache des Don Carlos zu unterstützen, allein bei der Stimmung der Truppen und des größeren Theiles, welche nicht länger als zweifelhaft scheinen konnte, sein Verfahren änderte und für die Königin Isabela Partei ergriff, drang mit 20,000 Mann am 15. April in Portugall ein. Die Bewegung mußte Dom Miguels Schicksal um so mehr entscheiden, als kurz vorher mehrere Punkte, unter andern das wichtige Coimbra und Almeida, verloren gingen. Außerdem hatten die miguelitischen Truppen andere Unglücksfälle erlitten; ein Angriff auf Setubal war mißlungen; mehrere Generale des Infanten sahen seine Sache verloren und unterhandelten mit den Constitutionellen; Villaflor vereinigte sich mit dem spanischen Heer und schlug vollständig das letzte Korps, welches der Infant zu andern Operationen, wie zur Vertheidigung von Santarem hatte gebrauchen können (bei Assecara in der Gegend von Coimbra). Dom Miguels Anhänger zeigten sich immer wankender; die Vertheidigung von Santarem schien unmöglich, da Feinde von allen Seiten auf ihn eindrangen; somit ließ er die einzige Hoffnung der Behauptung seiner Krone, die auf der hartnäckigen Vertheidigung dieser Festung beruhte, fallen und zog sich in tiefer Niedergeschlagenheit nach Evora zurück. Don Carlos, wahrscheinlich durch die Entschlossenheit seiner charakterfesten Gemahlin bestimmt, suchte den Infanten zu einem letzten Versuch, für ihre beiderseitige Sache einen kühnen Angriff in Spanien zu wagen, vergeblich zu bestimmen; Dom Miguel, entmuthigt, schloß am 26. Mai 1834 einen Vertrag, welcher ihm persönliche Sicherheit, und dem größeren Theile seiner Anhänger Amnestie unter der Bedingung gewährte, daß seine Truppen (12,000 Mann) sich unterwürfen, und daß er selbst, ohne die innere Ruhe Portugalls in Zukunft stören zu wollen, das Reich verließe. — Somit war der Bürgerkrieg beendet; Dom Miguel, welcher den Ausspruch Lord Aberdeens über seine Feigheit zur Wahrheit machte, verließ Portugall in der größten Angst über

mögliche Volksbewegungen und schiffte sich in Sines nach Genua ein. Sobald er Italien betrat, widerrief er übrigens seine Erklärungen, und verlor somit seine Pension; er lebte zu Rom in ärmlichen Umständen und sogar von seiner eigenen Partei verachtet, die ihn später vergeblich zu einem Versuche, die Krone Portugalls wiederzuerobern, zu bewegen suchte. Auch Don Carlos mußte die Halbinsel verlassen und begab sich auf einem britischen Linienschiffe mit einer nicht unbedeutenden Anzahl seiner Anhänger nach London.

Nachdem die Sache der Constitutionellen überall in Portugall fest begründet war, gab der Regent in keiner Weise die Bestrebungen der Partei auf, die er gerettet hatte, wie dies ein Theil seiner näheren Umgebung wünschte. Die Liberalen sahen sich für ihre Anstrengungen bei dem Siege seiner Sache nicht getäuscht, wie mehrere derselben unmittelbar vor der gänzlichen Entfernung des Prätendenten befürchtet hatten. Bevor noch die Cortes zusammentraten, benutzte der Regent seine Diktatur zu drei entscheidenden Dekreten, welche der allgemeinen Stimmung in Portugall auf eine Weise entsprachen, wie es die äußerste Seite der liberalen Partei kaum erwartete. Das eine hob die Handelsvorrechte der Engländer, als der allein begünstigten Nation, das andere die Klöster, das dritte das Papiergeld auf. Hinsichtlich des ersteren fand allerdings Großbritannien gegründete Ursache zu klagen, da es jene Vorrechte sich früher mit Opfern erkaufte, welche zweimal das kleine und zur Selbsthilfe unvermögende Königreich vom Untergauge retteten; auch zeugte das Verfahren des Regenten von keiner Dankbarkeit gegen das Whigministerium, welches aus Parteiprinzipien das Interesse des Staates, jene Vormundschaft Großbritanniens über Portugall, wodurch dies Königreich oft nur als eroberte Provinz erschien, für den Augenblick aufgegeben und die Sache der Constitutionellen indirekt unterstützt hatte. Dom Pedro jedoch folgte der öffentlichen Stimmung, welche, die durch England erwiesenen Wohlthaten vergessend, gegen den Staat erbittert war, welcher sein Blut und seine Schätze niemals auf eine Sache verwendet hat, wovon er einzelne Vortheile als Vergütigung nicht erlan-

gen konnte. Jene Stimmung der Portugiesen bewirkte, daß dies Dekret günstig aufgenommen wurde; es erschien als der erste Schritt, sich von fremdem Einfluß zu befreien, ein Zweck, der später als unerreichbar erschien, da die Ohnmacht der äußersten Liberalen gegenseitige Verhältnisse nicht zu entfernen vermochte, welche in der Zeit eines Jahrhunders fest begründet waren. Das zweite Dekret, die Aufhebung der Klöster, erfüllte plötzlich eine der hauptsächlichsten Hoffnungen der Liberalen; sie war um so weniger erwartet, als die früheren Anhänger der Constitution Dom Pedros (seit 1826), so wie überhaupt der sogenannte gemäßigte oder vielmehr schwache Theil der Partei auf der Halbinsel stets eine große Aengstlichkeit gezeigt hatte, sobald irgend eine Maßregel im Werke war, welche den dort entschiedensten und unversöhnlichen Feind jeder politischen Veränderung, die katholische Geistlichkeit, irgendwo verletzen konnte. Endlich ward durch ein Dekret das Papiergeld aufgehoben, welches durch die früheren Regierungen, besonders aber durch Dom Miguels Usurpation bei fortwährendem Zwange es anzunehmen, in der Art gesunken war, daß eine allgemeine Unsicherheit des Eigenthums statt fand.

Alle diese Maßregeln hatten dem Regenten die Zuneigung der Portugiesen in der Art gewonnen, wie kein Prinz auf der pyrenäischen Halbinsel seit Isabela I. jemals besessen hat. Dom Pedro hatte das Glück, bald nach der Eröffnung der Cortes, in der Blüthe (wo ihm natürlich bei dem Verfahren die Mehrheit fast ohne alle Ausnahme zur Seite stand) seines Ruhmes und seiner Kraft zu sterben (im September). Er unterlag einer Krankheit, deren Keim durch die Beschwerden seines Feldzuges in Oporto entwickelt war, nachdem er Größeres geleistet, wie seit Jahrhunderten irgend ein spanischer oder portugiesischer König. Ihm gebührt der Ruhm, einen besseren Zustand Brasiliens eben so begründet zu haben, wie eine liberale Regierung in Portugall. Er erhielt seinem Hause die Krone jener Colonie, und bewahrte durch seine plötzliche und verständige Entscheidung dieß Land vor den Gräueln der Bürgerkriege mit dem Mutterlande, welche in dem spanischen Amerika überall die vorhandenen Keime des

Wohlstandes und der geordneten Regierung zugleich mit aller sich vorfindenden Industrie vernichteten: er besaß den Verstand und die Kraft, ungeachtet einer beschränkten Erziehung, die Vorurtheile seiner Landsleute abzuwerfen, unter denen selbst die Liberalen, die er später von Unterdrückung rettete, die drückende und unverständige Regierung jener Besitzung nicht aufgaben, und ihn deßhalb früher eben so haßten, wie nach 1826 die absolutistische Priesterpartei. Einzelne leidenschaftliche Handlungen in Brasilien, und der Umstand, daß er dort gegen die portugiesische Fahne kämpfte, werden von seinen Landsleuten, für die Wohlthaten die sie von ihm empfingen, vergessen werden. Sein persönlicher Charakter war sowohl durch offenes Verfahren und Mangel an aller zweideutigen Unzuverläßigkeit (ein in neuester Zeit seltenes Beispiel bei spanischen und portugiesischen Prinzen), sowie durch persönlichen Muth gleich achtungswerth.

Nach dem Tode des Regenten ward das von ihm schon theilweise organisirte Ministerium vervollständigt. Es bestand sämmtlich aus der gemäßigten Fraktion der Constitutionellen, welche theilweise die durchgreifenden Dekrete des Regenten nicht gebilligt haben mochten. Palmella stand an der Spitze. Carvallo war für die Finanzen, Freire für die Marine, Vasconcellos für geistliche Angelegenheiten, Terceira für den Krieg u. s. w. Der Name des Helden, dessen Degen hauptsächlich die Niederlage Dom Miguels bewirkt hatte, wog die Abneigung auf, welche Palmella bei seiner bekannten Schwäche, den Absolutisten gegenüber, und durch seine Unselbstständigkeit in Betreff Englands, bewirken mußte. Uebrigens bildete sich gleich Anfangs eine, wenn auch schwache Opposition, worunter die schon bekannten Namen Loulé (Schwager Dom Pedro's) und Tayya bemerkbar wurden. Auch erhielt dieselbe durch das Anschließen Saldanha's einigen Glanz, welcher bekanntlich schon 1826 als politischer Gegner der damaligen, jetzt wieder zur Staatsgewalt gelangten Machthaber aufgetreten war. Die Pairskammer, wo diese Männer auftraten, war übrigens nach der Wiederherstellung der Constitution gereinigt;

alle Mitglieder, welche für die Usurpation gestimmt hatten, waren entfernt worden, und somit fand sich keine Abtheilung, welche der gestürzten Partei im Verborgenen anhing.

Die Berathungen der Cortes betrafen nach Dom Pedro's Dekreten dießmal noch keine größere Veränderungen im Inneren. Der hauptsächlichste Beschluß, welcher gefaßt ward, betraf die zukünftige Vermählung der Königinn. Ungeachtet des Widerspruchs des Marquis von Loulé, der vielleicht Familienrücksichten zuzuschreiben war, ward es ihr gestattet, sich mit einem Ausländer zu vermählen. Ihre Wahl fiel auf einen Verwandten des Hauses Bonaparte, auf den Herzog von Leuchtenberg, den Sohn Eugen's.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Spanien.

Während gegen die apostolische Partei ein entscheidender Schlag in Portugall geführt wurde, waren die Waffen der Königinn im hauptsächlichsten Heerde des Carlismus nicht glücklich; Valdez, Quesada vermochten Nichts gegen eine aufgeregte, wohlorganisirte und bewaffnete Bevölkerung, welche auf ihrem von Gebirgen durchschnittenen Boden, ein entschiedenes Uebergewicht über die Truppen des Feindes besaß, und nach einzelnen Niederlagen Schutz in ihren Bergen fand.

Der Kampf ward in so blutiger Weise geführt, wie man es bei dem Nationalcharakter der Spanier, und nach einer grausamen Reaction erwarten konnte. Die Liberalen, durch lange Leiden und Verfolgungen erbittert, und voll Rache gegen ihre früheren Verfolger, waren jetzt eben so wenig zur Milde geneigt, wie ihre Gegner zu irgend einer Zeit; der Bürgerkrieg begann als Vertilgungs-Kampf; von beiden Seiten wurden die Gefangenen ermordet. Erst nachdem Tausende auf solche Weise ihr Leben verloren hatten, kam durch die Bemühungen eines englischen Offiziers (Elliot) ein Vertrag zu Stande, wodurch gegenseitige Auswechslung der Gefangenen bestimmt würde.

Die Mächte, von welchen der Quadrupeltraktat geschlossen war, hatten aber, als Don Carlos nach den Vorfällen von Evora, um Rodil nicht in die Händezu fallen, den Portugiesen sich ergeben, einen kaum erklärbaren Fehler begangen, indem sie dem Infanten gestatteten, sich nach England einzuschiffen. Bei den dort geltenden Gesetzen war eine polizeiliche Bewachung des Infanten eben so unmöglich, wie eine Maasregel der Regierung, wodurch ihm ein bestimmter Aufenthalt mit beschränkten Grenzen hätte angewiesen werden können. Sobald er den englischen Boden betrat, war er persönlich frei, und konnte sich ungehindert überall hinbegeben, wohin er wollte. Der Infant benutzte diesen durch eine freie Verfassung ihm gebotenen Vortheil, verließ die Hauptstadt Englands, täuschte die französische Polizei, durcheilte Frankreich von Calais bis zur Grenze, und erschien in der Mitte seiner Anhänger am 10. Juli zu Elisondo.

Für den Augenblick war sein Erscheinen auf spanischem Boden allerdings von keinen bedeutenden Folgen für seine Partei; an verschiedenen Theilen des Königreichs entstanden zwar Bewegungen der Apostolischen, sobald die Nachricht seiner Ankunft sich verbreitete, allein alle Fraktionen der Liberalen, welche sich um den Namen der Königinn sammelten, besaßen sowohl das materielle, wie das moralische Uebergewicht. Die Empörungen wurden schell unterdrückt. Erst in späterer

Zeit ward die Gegenwart des Prätendenten den Constitutionnellen um so schädlicher, da seine Person den Mittelpunkt für Bestrebungen der Apostolischen darbot, deren Kräfte sich sonst bei dem vorherrschenden Provinzialgeist der Spanier eben so zersplittern konnten, wie es theilweise bei den Constitutionellen der Fall war.

Das Ministerium Martinez machte endlich einen kräftigen Versuch, die baskischen Provinzen zu unterwerfen, unterließ jedoch dabei das damals vielleicht wirksamste Mittel einer Beruhigung, die Anerkennung der Provinzial-Freiheiten, welche im Gegentheil durch ein Dekret vernichtet wurden. Die bedeutendste Truppenmacht, über welche die Regierung der Königinn im Augenblick verfügen konnte, und dieselbe, welche in Portugall den Ausschlag gegeben hatte, ward mit ihrem General Rodil zur Bekämpfung der baskischen Provinzen verwandt; allein der Feldherr, dessen Ruhm auf die tapfere Vertheidigung einer Festung begründet war, blieb im Angriffs-Kriege eben so unglücklich, wie seine Vorgänger. Am **21.** Juli und **1.** August traf er zwar mit Zumala Carreguy zusammen, und behauptete beide Male das Schlachtfeld; er nahm sogar die kleineren Städte Onnate, Elisondo u. s. w.; allein bald wendete sich das Glück der Waffen. Zumala Carreguy ermüdete seine Gegner durch Märsche, wußte ihre Hauptmacht durch seine Manöver zu theilen, erfocht mehrere kleinere Vortheile über Truppen-Corps, die er dadurch von der Hauptmacht trennte, und schlug endlich eine Abtheilung des christinischen Heeres unter General O'doyle, zwischen Salvatierra und Vittoria auf's Haupt (am **27.** und **28.** October). Rodil war ebenso unvermögend, wie seine Vorgänger; die Truppen wurden entmuthigt; er hatte vor jener Niederlage den Oberbefehl bereits niedergelegt.

Bevor noch die Cortes zusammentraten, war unterdeß Martinez de la Rosa auf dem Wege fortgeschritten, wodurch die Regierung der Königinn mit jedem Tage den früheren Liberalen mehr zugeführt wurde. Sie ging jedoch so vorsichtig dabei zu Werke, wie dieß weder der größeren Masse der Constitutionellen genehm, noch bei der

Gefahr des Bürgerkrieges auf die Dauer möglich war. Zuerst sprach sich der allgemeine Widerwille gegen Burgos aus, und die Königinn sah sich genöthigt, den Afrancesado zu entfernen, welchem wegen seines früheren Lebens, wie seiner Theilnahme an Zea's aufgeklärtem Despotismus, eine Stelle im liberalen Ministerium nicht gebührte, obgleich dieses nur aus dem ängstlichsten Theile der Pasteleros bis dahin gebildet war. Graf Toreno nahm seine Stelle ein, wie Martinez ein früherer Minister, der zwar früher im Besitz der Gewalt, als er über die Schätze der Nation verfügte, keinen Flecken seinem Namen aufgebürdet hatte, dessen Ruf sich jedoch in der Verbannung nicht so rein erhalten hatte, wie bei der größeren Zahl seiner Unglücksgefährten.

Eine zweite Masregel, welche das Ministerium einleitete, war die Unterhandlung mit den amerikanischen Republiken. Die frühere Cortesregierung hatte eben so wie die unumschränkte Restauration jene Bande zerrissen, welche die spanischen Colonieen durch Sprache, Nationalität, Religion, Sitten und Familien-Verbindungen an das Mutterland knüpften. Jenes unvernünftige System seit **1815**, welches dem Reiche die letzten Besitzungen entriß, wodurch ihm einiger Reichthum und Macht ertheilt werden konnte, hatten nur zum gänzlichen Ruin des Mutterlandes geführt, und nicht wenig zu dem zerrütteten Zustand der Finanzen beigetragen, durch welchen ein gänzlicher Bankerott für jede spanische Regierung in der nächsten Zukunft durchaus nothwendig wurde. **1823** waren zwar die Constitutionellen einer Ausgleichung nicht abgeneigt; allein dieser Entschluß kam für sie zu spät; sie hatten den günstigen Augenblick vorübergehen lassen, und sich dadurch einen Zufluchtsort abgeschnitten, wo man sie in der Verbannung als Landsleute aufgenommen hätte. Die zweite Restauration Ferdinands hegte noch immer die seit dem Verlust Peru's wahrhaft alberne Hoffnung, die Republiken wieder zu unterwerfen, und beging sogar die Thorheit, einen Theil des Ertrags fremder Anleihen auf eine Expedition nach Mexico zu verwenden. Von beiden Regierungen waren die Zeitpunkte, wo Spanien seinen Colonieen noch schaden konnte, nicht be-

nutzt, um größere Vortheile für das Mutterland zu erwerben; 1834 blieb nur noch die Gleichheit der Nationalität, der Sprache, der Sitten, und die Familienverbindung übrig, um den Spaniern einen vortheilhaften Verkehr mit den Americanern zu verschaffen. Der größere Theil der Constitutionellen, vor Allem die Bewohner der Seestädte (Malaga, Cadiz, dessen Reichthum durch die Trennung der Colonieen sich in der Art vermindert hatte, daß die Stadt seit 15 Jahren beinahe die Hälfte ihrer Einwohner verlor, Corunna u. s. w.), hatten endlich ihre früheren Vorurtheile aufgegeben, und eingesehen, eine Ausgleichung sey das einzige Mittel, vortheilhafte Verbindungen mit America wieder anzuknüpfen. Das Ministerium, wie es hieß, hauptsächlich durch Toreno bestimmt, ging in die allgemeine Bestrebung ein, und knüpfte durch Vermittlung Englands, Unterhandlungen an; anfangs hoffte man in Spanien, die Republiken werden für ihre Anerkennung eine Geldsumme zahlen, oder wenigstens einen Theil der Staatsschuld übernehmen, eine Hoffnung, die jedoch bei den bestehenden Verhältnissen nicht mehr erfüllt werden konnte, wo ihr Mutterland unter jeglicher Regierung zu ohnmächtig seyn mußte, um irgend einen Anspruch durch Gewalt durchzuführen. Außerdem begann das Ministerium vor der Eröffnung der Cortes den Weg der Reformen, benutzte aber jene Diktatur nicht in derselben Weise wie Dom Pedro. Ein Dekret über die Presse konnte wegen mannichfacher Einschränkungen eben so wenig bei der Masse der Liberalen Beifall finden, wie ein anderes über Bildung der Milizen. Hinsichtlich der letzteren war die Zusammensetzung in der Art beschränkt, daß nur ein geringer Theil der Vermögenden in dieselbe eintreten durfte, das Dekret aber um so unverständiger, da man eine allgemeine Bewaffnung gegen den Carlismus für die Zukunft erwarten konnte. Auch sah sich die Regierung bald genöthigt, die Bürger beinahe in derselben Weise und Ausdehnung wie die früheren Milicianos zu bewaffnen.

Die Cortes wurden am 22. Juli eröffnet. Schon in den ersten Sitzungen zeigte sich bei ihnen eine entschiedene Gesin-

nung für den Thron der Isabela, allein zugleich auch Mißtrauen gegen die Minister, da man der Schwäche derselben Männer, welche jetzt das Staatsruder führten, den unglücklichen Ausgang des ersten Revolution zuschrieb. Somit offenbarte sich in beiden Kammern eine heftigere Gesinnung, als sie der Partei der Pasteleros genehm seyn konnte. Als Burgos, zum Procer ernannt, in der Kammer erschien, empfing ihn allgemeiner Ruf des Unwillens (18. Okt.); er mußte sich entfernen und ward ausgeschlossen; wenige Tage nach der Eröffnung ward ferner der alte Palafox *), wegen einer Verschwörung mit Exaltados, verhaftet. Noch lauter gab sich diese Stimmung bei den Procuradoren kund; bei der Adresse ward Freiheit der Personen und Presse auf eine Weise verlangt, daß die Minister ahnen mußten, sie würden nicht lange im Stande seyn, der Forderung auszuweichen; durch einen Streit über Formen, der jedoch unter den Verhältnissen Bedeutung hatte, z. B. über das Wort „constitutioneller König" in Erinnerung an 1820 und über eine Phrase in der Adresse, welche die Regierung der zweiten Restauration mit dem Namen „absurde Verwaltung" brandmarkte; durch alles dies war die Bestrebung der Liberalen zur Genüge angedeutet, alles, was seit 1823 geschehen war, zu vernichten, und als widerrechtlich in derselben Weise zu verwerfen, wie Ferdinand hinsichtlich der Jahre 1820 — 25 dasselbe gethan hatte. Vergeblich suchten die Minister sich zu widersetzen; bisher waren noch keine Männer jener Zeit in die Kammer getreten, und die Meisten, die als Redner bemerkt wurden, waren

*) Palafox hatte früher seine beschränkten Begriffe über Politik zur Genüge gezeigt, da er dem Absolutismus Ferdinands 1814 ergeben war; er besaß jedoch, wie die meisten seiner Landsleute, sobald die Vorurtheile der Erziehung entfernt werden können, zu viel Verstand, um die elende Wirthschaft beider Restaurationen nicht von Grund seiner Seele allmählig zu verachten, und endete als vollkommener Liberaler. Politische Talente hat der Held von Saragossa übrigens nie gezeigt, und verschwand deshalb für die Zukunft als handelnde Person.

Leute, die wenigstens in den früheren Cortes noch keine Rolle gespielt hatten (Caballero, Calderon de la Barca, Trueba, Graf de las Navas u. s. w.), allein bald erlitten sie auch die Demüthigung, daß zwei der entschiedensten Oppositionsglieder der früheren Cortes, mit welchen Martinez wie Toreno heftige Kämpfe früher bestanden hatten, in den Procuradoren ungeachtet aller Schwierigkeiten, die man ihnen in den Weg zu legen suchte, zugelassen wurden. Alcala Galiano und Agostino Arguelles. Vorschläge, welche von diesen Männern ausgingen, die Constitutionellen der früheren Zeit in ihre verlorenen Aemter wieder einzusetzen, brachten die Minister noch mehr in Verlegenheit; und die darauf folgenden Abstimmungen bewiesen die Unhaltbarkeit des ganzen, bisher befolgten Systems.

Jene Stimmung bewirkte einen Beschluß hinsichtlich der Staatsschuld, welcher den letzten Credit im Auslande dem verarmten Staate entzog; hierbei sah sich aber die Regierung selbst durch die stattfindende Unmöglichkeit des Zahlens bei einer früher unverhältnißmäßigen und durch die wucherischen Anleihen der Restauration bis in's Ungeheure vermehrten Nationalschuld zu einer Maßregel genöthigt, welche die Gleichstellung aller Schulden zum Schaden derjenigen Staatsgläubiger bezweckte, die alle Anleihen der letzten Restauration abgeschlossen hatten.

Die Regierung Ferdinands hatte eben so wie in jedem anderen Theile der Verwaltung, so auch in den Finanzen, die Zerrüttung der letzteren in der Art herbeigeführt, daß ein Bankerott in späterer Zeit nothwendig wurde. Die vor dem Unabhängigkeitskriege schon bedeutende und durch denselben um mehr als das Doppelte erhöhte Schuld, deren größerer Betrag von Unterthanen dem Staate geliehen war, wurde schon lange so gut wie vernichtet betrachtet. Die Regierung zahlte seit 1814 für diese Schuld keine Zinsen. Die Cortes von 1812 hatten ungeachtet des Widerstandes mehrerer Mitglieder sämmtliche Schulden, ihr Ursprung mochte noch so unpopulär oder ihr Betrag auf unsinnige Unternehmungen und an Günstlinge des Hofes verschwendet seyn, ohne Ausnahme anerkannt; Ferdinand dagegen gab schon unmittelbar

nach 1814 einen Beweis von dem Grade seiner Redlichkeit, da er nicht die geringste Sorge trug, eine bedeutende Anzahl von Schuldforderungen einzelner Gemeinden und Provinzen für Anlehen, welche während des Unabhängigkeitskrieges den Cortes oder den Provinzialjunten gemacht waren, in die fundirte Staatsschuld aufzunehmen. Er verfuhr nach denselben Grundsätzen wie in Hinsicht der Personen. So wie er Generäle, die ihn wieder nach Spanien zurückgeführt hatten, hinrichten oder einkerkern ließ, eben so wenig that er etwas zur Befriedigung derjenigen, welche ihr Geld für den Kampf zum Zweck seiner Rückkehr hergegeben hatten. Die Cortes von 1820 bis 23 hatten dasselbe Verfahren befolgt wie ihre Vorgänger. Nach der zweiten Restauration blieb sich Ferdinand, nach dem früher von ihm eingeschlagenem Wege, consequent; er vernichtete die Cortesanleihen, obgleich der größere Theil des Ertrags derselben auf seine eigene Hofhaltung verwandt worden war. Nach 1823 waren die Finanzen, sobald die von der französischen Jesuiten-Regierung zum Umsturz der Constitution bewilligten Summen verbraucht waren, so sehr erschöpft, und der Credit im Inneren durch das frühere Verfahren des Königs bis zu dem Grade erschüttert, daß weder die Kosten der Verwaltung, noch die des Heeres, nicht einmal die der Hofhaltung, damit gedeckt werden konnten. Die Einkünfte des Reiches von Südamerika aus waren in der Art verloren gegangen, daß sogar bei einer möglichen Ausgleichung keine Geldentschädigung als Preis der Unabhängigkeit jener Colonieen zu erwarten war. Spanien war in der Art ohne Industrie und Wohlstand, daß innere Hülfsquellen das ungeheure, jährlich sich ergebende Defizit nicht decken konnten, eben so wenig wie, bei der Armuth der früheren Staatsgläubiger, innere Anleihen möglich waren; nicht einmal Mitglieder der apostolischen Partei waren geneigt, der Regierung Geld zu leihen, noch viel weniger die religiösen Körperschaften, welche die Ahnung hegen mochten, ihr Eigenthum werde in späterer Zeit für sie selbst verloren gehen; in London, dem ersten Geldmarkt Europas, war der Credit der spanischen Regierung durch Verwerfung der Cortesanlehen,

die auf der britischen Börse geschlossen waren, in der Art gesunken, daß Ferdinand keinen Shilling von britischen Capitalisten erwarten konnte; es blieb ihm nichts übrig, als auf dem Festlande von Europa das Vertrauen zu benutzen, welches bei der geringen Kenntniß des wahren Zustandes von Spanien durch die Vorfälle von 1823 und durch die allgemeine Anerkennung Ferdinands von Seiten der übrigen europäischen Höfe dort bewirkt war. Auf solche Weise erfolgten die mit dem Afrancesado Aguado, einem geborenen Spanier, in Paris abgeschlossenen Anleihen, welche in Kurzem wegen der ungeheuren Zinsen und wegen des geringen, herabgesetzten Preises sich über ganz Europa verbreiten. Es waren dreiprozentige Renten, die jedoch wegen des gesunkenen Kaufpreises beinahe neunprozentigen gleich waren. Von 1823 bis zu Ferdinands Tode waren Anlehen an Nominalwerthe von 2,919,654,666 Realen (729,913,666 Fr.) abgeschlossen worden, und nach jenem Betrage wurden dreiprozentige Zinsen bezahlt; der Staatsschatz aber hatte nur 269,681,313 R. (67,817,427 Fr.) erhalten. Ferdinands zweite Restauration glich einem ruinirten und unredlichen Verschwender, welcher, bevor sein Bankerott allgemein bekannt ist, den noch übrig gebliebenen Credit benutzt, um Geld zu wucherischen Zinsen in der festen Ueberzeugung herbeizuschaffen, er werde die späteren Gläubiger zuletzt eben so wenig wie die früheren bezahlen können.

Bei solcher Lage der Finanzen konnte es nicht ausbleiben, daß die Liberalen, sobald sie sich ihres Einflusses bewußt wurden, ihre Bestrebungen zeigten, mit jener durch die Restauration ihrer Regierung überlieferten Schuld auf gleiche Weise wie Ferdinand mit den früheren zu verfahren; die in Spanien zahlreichen Besitzer von Cortesbons, die Inhaber der Staatspapiere von der früheren inneren Schuld, verlangten außerdem eine Gleichstellung mit den begünstigten Ausländern. Vor allem aber schien die Schuld der Cortes geheiligt, während ein Theil der fremden Anlehen, die mit Guebhardt abgeschlossene, um so gehässiger seyn mußte, da ihr Betrag zur Besoldung der Glaubensarmee und zu allen Intriguen benutzt wurde, welche

dem Sturze der Cortesregierung vorhergingen. Eine Gleichstellung Aller im Nominalwerth der Papiere war aber unmöglich; die Regierung Ferdinands hatte Sorge getragen, alle inneren Hülfsquellen des Reiches für die Erhaltung ihres Systems zu zerrütten, und ein Defizit herbeizuführen, welches um so weniger zu decken war, da im Bürgerkrieg bedeutendere Summen auf das Heer verwendet werden mußten, wie früher. Ein Bankerott hinsichtlich der auswärtigen Anlehen schien somit durch die Umstände wie durch die allgemeine Stimmung der herrschenden Partei nothwendig geworden. Der Finanzminister Toreno legte in diesem Sinne den Procuradoren einen Plan vor, wonach die ganze Schuld in einer und derselben Weise betrachtet wurde. Alle einzelnen Theile sollten auf gleichen Zinsfuß und in eine Kategorie gebracht werden, da aber die Zahlung der Interessen für alle im Augenblick unmöglich war, so sollte sie in eine aktive und passive Schuld eingetheilt werden, von welcher erstere Zinsen trüge und die andere für den Augenblick unverzinst in die Kategorie der zweiten allmählig übergehen werde. Die Procuradoren und eben so die Proceres nahmen den Entwurf, nach langer Verhandlung, mit einzelnen Veränderungen an, da er in ihrem Sinne verfaßt war, konnten sich jedoch nicht entschließen, die Guebhardts anzuerkennen, deren Ertrag die Apostolischen allein auf die Begründung des Absolutismus von 1823 erwartet hatten. Da aber die Zerrütung der Finanzen, ein Vermächtniß der Regierung Ferdinands, jede Bemühung das Defizit zu decken, in der Art lähmte, daß alle Zweige der Verwaltung in immerwährender Geldverlegenheit nur selten Mittel besaßen, die augenblicklichen Bedürfnisse zu befriedigen, konnten die Zinsen jener aktiven Staatsschuld eben so wenig bezahlt werden wie die anderen. Im Auslande, wo die Unkenntniß der wahren Lage Spaniens und die scheinbare Befestigung der Apostolischen jenen Papieren Aguados überall Eingang verschafft hatte, war allerdings der Verlust ungeheuer, da jene plötzlich auf einen Preis sanken, der noch unter dem Werthe stand, welchen sie nach der Gleichstellung mit der übrigen Schuld bei einer theilweisen Zahlung hätten haben müssen.

Die Gläubiger waren zu bedauern, besonders da der niedrige Preis der Aguado's jenen Staatspapieren in Deutschland und Frankreich bei den unteren Volksklassen Eingang verschafft hatte. Das Gehässige des Bankerotts fiel dort bei der Unkenntniß der wahren Lage Spaniens auf Toreno und die Procuradoren; allein das Vermächtniß Ferdinands war der Art, daß seine eigene Regierung zu demselben Mittel im Laufe der Jahre gezwungen wäre, und daß die absolutistische Partei eben so wenig wie die constitutionelle jene zukünftigen Geschlechtern aufgebürdete Last zu tragen vermochte, wenn sie jemals zur Staatsgewalt wieder gelangen sollte. — Die Liberalen trugen übrigens Sorge, eine Hypothek für die unverzinste Schuld den spanischen Gläubigern zu verschaffen, wodurch wenigstens eingeborene Spanier für die Zukunft gesichert werden konnten. Die Güter eines Theiles der (1805 u. 1806) früher aufgehobenen Klöster, welche die Pasteleros noch nicht gänzlich zu unterdrücken wagten, die Güter der Ordens-Comthureien, der Inquisition u. s. w. sollten als Pfand dienen. Auch wurden die Käufer der Nationalgüter, welche Ferdinands Restauration aus dem erworbenen Besitz vertrieben hatte, in ihr Recht wieder eingesetzt.

Während die Bestrebungen der Versammlung allmählig in die des Jahres 1823 hinübergingen, zeigte sich derselbe Geist um so stärker bei der liberalen Partei der Nation außerhalb der Cortes. Allmählig erschien die Unhaltbarkeit des gemäßigten oder schwachen Systemes in einem Zeitpunkte als offenbar, wo die ganze Partei der Liberalen, durch frühere Ereignisse gegen die herrschende Fraktion mißtrauisch, beim Fortwähren des Bürgerkrieges Befürchtungen hegen mußte, dasselbe werde durch Schwäche auf's Neue den Sieg der Apostolischen verursachen. Auf der anderen Seite bewirkten die Forderungen der Opposition bei den Procuradoren über eine weitere Ausdehnung freierer Staatsformen, über Preßfreiheit u. s. w., bei der Masse der Partei um so größere Aufregung, als man von den Pasteleros Gesetzesvorschläge der Art nicht erwarten konnte. Zu beiden Ursachen der Unzufriedenheit kam der offenbare Wunsch des Martinez hinzu, den Bürgerkrieg im Norden

durch fremde Intervention zu beendigen, eine Maßregel, die der Nationalstolz nicht ertragen konnte, so lange die Vergeblichkeit aller Bemühungen, ihn mit inneren Kräften zu unterdrücken, durch den fruchtlosen Erfolg derselben noch nicht erwiesen war. Somit entstand in dem ganzen Reiche zuerst Unzufriedenheit mit der herrschenden Partei; bald traten die Bestrebungen von **1823** deutlicher hervor; man begann bereits die Wiedereinsetzung der Constitution von **1812** zu verlangen. Die Regierung, deren gemäßigtes System in der Ueberzeugung der Mittelklassen, wie in Frankreich, keinen Halt fand, besaß zu viel materielle Schwäche, ungeachtet des starken und zu durchgreifenden Maßregeln geeigneten Charakters einzelner Mitglieder (Llauders, seit einigen Monaten Kriegsminister), um dem allgemeinen Strome auf die Dauer widerstehen zu können; sie war, um das Estatuto zu retten, bei jedem liberalen Aufstande, den sie niemals zu bekämpfen vermochte, zu Unterhandlungen genöthigt und verlor somit allmählig nach jeder gewaltthätigen Empörung an festem Boden, bis die Partei mit dem Estatuto fiel.

Der erste dieser Versuche, welche gewöhnlich durch das Mißtrauen der Truppen, in ihre größtentheils unfähigen, und durch die elende Wirthschaft der Restauration eingeschwärzten Offiziere jedesmal unterstützt wurde, fand am **18.** Januar **1835** in Madrid statt. Ein Theil des Regimentes Aragon nahm, unter der Anführung des Lieutenant Cardero, das Postgebäude in Besitz, und begann eine offene Empörung gegen die Verwaltung und ihr System. General Canterac ward von ihnen erschossen; Llauder führte die Truppen und die Miliz gegen die Empörer, und Schüsse wurden gewechselt; allein erstere zeigten Neigung, sich den Insurgenten anzuschließen, und das Ministerium ward zu Unterhandlungen gezwungen. Das Regiment verließ unter dem Schall der Riego-Hymne Madrid wie im Triumphe, und Llauder ward nach wenigen Tagen durch Debatten bei den Procuradoren genöthigt, in Folge dieses Ereignisses seine Entlassung einzureichen. Noch entschiedener und unruhiger zeigte sich die öffentliche Stimmung in den Provinzen, wobei das Ministerium durch Unvorsich-

tigkeit nicht ganz ohne Schuld war. In Kurzem begannen dort die liberalen Aufstände, welche, öfter wiederholt, nach Verlauf von 8 Monaten, mit der vollkommenen Wiedereinsetzung der Constitution von 1812, und der Herrschaft der Männer von 1823 endeten. Ein Verbot der öffentlichen Parteiäußerungen für die Liberalen, die doch einmal wieder als herrschend aufgetreten waren, unter Andern ein Verbot der Riego-Hymne, bewirkte einen Aufstand in Malaga; die Constitution von 1812 ward ausgerufen, und eine Junta eingesetzt. In Saragossa entstand ein noch blutigerer Tumult. Mehrere Priester wurden vom Volke ermordet. In Murcia und kleineren Städten fand Aehnliches statt, und die Regierung in Madrid sah sich ohnmächtig zu Unterhandlungen genöthigt. Mit jedem Tag ward es offenbarer, die Königinn werde zuletzt gezwungen seyn, die entschiedensten und heftigeren Constitutionellen zur Staatsgewalt zu berufen.

In den Nordprovinzen waren die Waffen der Maria Christina unterdeß nicht glücklicher gewesen wie früher; dießmal aber lag nicht die Schuld an dem Generale (an Mina), welcher sich vergeblich bemühte, das Heer auf bessere Weise zu organisiren. Er wurde weder von seinen Divisions-Generälen, noch von Madrid aus unterstützt. Der Kriegsminister Llander war persönlich mit ihm gespannt; Mina, ein Mann von heftigen und anhaltenden Leidenschaften, mochte das Seinige dazu beitragen, und weder das frühere Verfahren Llander's bei Gefangennehmung und Hinrichtung Lacy's, noch den Umstand vergessen können, daß jener die Truppen Ferdinands 1830 gegen ihn führte, ihn wie ein gehetztes Wild verfolgte, und sicherlich hätte erschießen lassen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die französische Grenze zu überschreiten. Hauptsächlich aber ward der alte Held durch die Zusammensetzung des Generalstabs, durch seine Generale und Offiziere gelähmt. Jene Menge Unfähiger, und durch Intriguen zu ihren Stellen während der Restauration Emporgestiegene, bildeten ihm ein Hinderniß, das er nicht zu überwinden vermochte. Das Heer, welches er jetzt befehligte, war nicht mehr jene den Franzosen furchtbare Schaar, die er

in immerwährenden Gefechten gebildet hatte, eben so wenig wie das Heer, welches er gegen die Glaubensarmee führte, und wo die Verhältnisse ihm erlaubten, mit unbeschränkter Vollmacht Alles was ihm hinderlich war, schnell wegzuräumen. Zum Unglück für die Sache der Königinn fanden jene Offiziere eine feste Stütze in Hofintriguen. Vor Allem schien General Cordova hierbei gewirkt zu haben, den Mina unmittelbar nach seiner Ankunft wegen eines prahlerischen und lügenhaften Berichtes, über einen vermeintlichen Sieg auf dieselbe Weise behandelt haben soll, wie er früher mit einer Menge Anderer verfahren war. Unglücklicher Weise hatte Maria Christine, wegen der politischen Gesinnung Cordova's, und wahrscheinlich wegen seines persönlichen Einflusses, zu diesem General bedeutendes Vertrauen; wie es schien, fand Mina's Bestrebung, diesen mit einer Masse anderer Offiziere zu entfernen, als revolutionär keinen Anklang. Der alte Held schien in immerwährendem Zank bei der Armee, die er commandirte, zu leben. Außerdem war seine körperliche Kraft durch Alter und zahlreiche Wunden geschwächt, die durch die Strapazen seiner Unternehmung von 1831 wieder aufgebrochen waren; endlich hatte sein Name bei den Basken den früheren Zauber verloren, da er, ein Patriot für Spanien im Allgemeinen, ihre Provinzialfreiheiten jetzt bekämpfte. Seine Operationen beschränkten sich auf kleine Unternehmungen, und zuletzt reichte er, verdrießlich über die Hindernisse, die sich seinem Willen und seinem Verfahren boten, seinen Abschied ein, nachdem Valdez als Kriegsminister Llander's Stellung eingenommen hatte. Vielleicht war seine persönliche Abneigung, die er niemals unterdrücken konnte, wieder im Spiele. Er konnte Valdez (denselben, dessen Name von Cadiz her allgemein bekannt war) nicht leiden, weil das Verfahren der Cortesregierung zu Cadiz 1823 ihm als Schwäche, im Gegensatz seines eigenen in Barcelona erschien. Außerdem hatte er sich mit jenem 1830 gezankt, da Valdez bei dem Versuch, Spanien zu revolutioniren, sich nicht unter seinen Befehl stellen wollte. Bald darauf ward Mina übrigens Generalkapitän von Catalonien, und bewährte dort seinen alten Ruhm. Kei-

ner der christinischen Generäle erwies bei verhältnißmäßigen Mitteln der Königinn größere Dienste.

Valdez, der erste der Männer von Sevilla und Cadiz (1823) welcher wieder zur Staatsgewalt gelangte, begab sich selbst in die Nordprovinzen, um die Kriegsoperationen zu leiten. Seine Stellung war um so schwieriger, als durch Mina's Entlassung der Muth der Basken erhöht war. Der größte Navarrese war gescheitert, als er seine Landsleute zu unterwerfen suchte; dieß verkündigte eine Proclamation Zumala Carreguys, und bald darauf erfuhren die Christinos die moralische Wirkung jenes Rücktritts. Valdez drang durch die Pässe in Guipuzcoa vor; unaufhörlich geneckt, durch einzelne Verluste geschwächt, und durch geschickte Manöver aufgehalten oder in seinen Streitkräften getheilt, war er nach wenigen Tagen zum Rückzuge genöthigt (im April). Einer seiner Divisionsgenerale Inarte erlitt bei Guernica eine empfindliche Niederlage; Valdez vermochte mit dem Heere, wie es bestand, eben so wenig wie Mina, und reichte entmuthigt und ärgerlich, ebenso wie dieser, seine Entlassung ein, um für die Zukunft gänzlich im Privatstand zu leben.

Martinez sah unter diesen Umständen die Unhaltbarkeit seines Systemes ein, und mochte den Sturm ahnen, der in Kurzem seine Partei vom Staatsruder entfernen und die Männer von 1823 an die Stelle setzen würde. Er reichte nach dem Schluß der Cortessitzung (29. Mai), nachdem er noch zuletzt seinen Plan einer fremden Intervention wenigstens theilweise durchzuführen versucht hatte, seine Entlassung ein. Toreno ward Präsident des Ministerrathes und setzte die Verwaltung durchaus im Sinne des Estatuto zusammen; nur einer der Männer von 1823, Mendizabal, welcher damals eine untergeordnete Stellung in der Partei der Constitution von 1812 eingenommen hatte, ward in die Verwaltung als Finanzminister berufen, da man von der Gewandtheit, womit derselbe die Geldangelegenheiten Dom Pedros in der schwierigsten Zeit der portugiesischen Expedition geleitet hatte, eine geschickte Ausgleichung der nicht zu berechnenden Verlegenheiten erwartete, welche der unheil-

vollste Theil der Staatsverwaltung allen spanischen Ministerien jeder Partei und jeder Farbe darbieten mußte. Bevor Martinez sein Ministerium niederlegte, setzte er eine Maßregel in's Werk, welche darauf berechnet seyn sollte, durch theilweise fremde Hülfe im Sinne des Quadrupeltraktats den Bürgerkrieg im Norden zu beendigen. Die französische Regierung ward bewogen, die Fremdenlegion an Spanien abzutreten und die englischen Werbungen, wie kurz vorher für Portugall, in Großbritannien zu gestatten. Somit wurde ein fremdes, an Zahl nicht unbedeutendes Truppenkorps in England unter dem Namen der britischen Legion und unter dem Befehle des Parlamentgliedes für Westminster, Oberst Evans, gebildet. Da jedoch in der spanischen Armee keine Veränderungen vorgenommen wurden, und da es sogar dem General Cordova durch Einfluß am Hofe gelang, den Oberbefehl zu erhalten, wurde durch diese fremden Truppen eben so wenig Entscheidendes bewirkt, wie durch die früheren Anstrengungen, den Bürgerkrieg schnell und energisch zu beendigen. Außerdem kam bald in Hinsicht der britischen Legion ein Umstand hinzu, welcher die Wirksamkeit derselben lähmte, obgleich dies Korps, so oft es vor dem Feinde stand, tapfer und nicht ohne Erfolg kämpfte. Es bewährte sich der frühere Ausspruch, die Engländer seyen allein als Truppen zu gebrauchen, so lange sie gut genährt und gekleidet würden; dem verarmten Spanien aber war es unmöglich, beides zu erfüllen, so wie nur überhaupt den Sold regelmäßig auszuzahlen. Unzufriedenheit, Meutereien, Streitigkeiten mit spanischen Behörden und endlich Eifersucht der spanischen Truppen waren die Folge, sobald die letzteren sich zurückgesetzt sahen, als das Ministerium in Madrid, um wenigstens die Forderungen der Engländer theilweise erfüllen zu können, der Legion vorzugsweise einigemal den Sold ausbezahlte.

Bevor noch die Engländer in S. Sebastian landeten, versuchte Zumala Carreguy eine größere offensive Unternehmung. Er griff das reiche Bilbao, dessen Befestigungen schwach und unvollendet waren, in der Hoffnung an, durch den Schrecken vor der bedrohten Zerstörung werde die Stadt

sich ergeben. Allein er sah sich getäuscht; die Einwohner, entschiedene Anhänger der Constitutionellen, eilten auf die Wälle und vertheidigten, von einigen hundert Artilleristen der englischen Flottenstation im Norden Spaniens und von einer unbedeutenden Garnison unterstützt, die Wälle mit solchem Nachdruck, daß alle Angriffe der Carlisten mißlangen. Zumala Carreguy selbst ward tödtlich verwundet (16. Juni) und die Belagerung mußte aufgehoben werden, da endlich ein christinischer General nach langer Zögerung zum Entsatz heranrückte.

Seitdem Cordova, seinem früheren Leben und seinem Charakter nach *), der wahre Repräsentant des größeren Theiles der Offiziere im Heere, den Oberbefehl erhalten, gingen die Sachen vielleicht noch schlechter wie früher, obgleich die augenblickliche Entmuthigung der Carlisten, der Tod ihres Generals und ihre verunglückte Unternehmung den zahlreichen und über die lange Unthätigkeit erbitterten Truppen der Königin vortheilhafte Gelegenheit zum Handeln darboten. Cordova beschränkte sich auf einige Hin- und Herzüge ohne Resultat und ohne Gefecht; seine Feinde behaupteten, er verbringe mit seinem Generalstabe die Zeit an der Spielbank, und verlasse seine Standquartiere nur in Augenblicken, wo er kein Geld mehr habe, um Kirchen oder Klöster auszuleeren. Das einzige, was er in den baskischen Provinzen that, bestand in der Befestigung einzelner Ortschaften. Seine Truppen wurden gänzlich demoralisirt, und hegten bald gegen ihn den Verdacht des Verrathes, welchen der Umstand noch bestärkte, daß alle im Generalstab entworfenen Pläne dem

*) Er war einer der persönlichen Lieblinge Ferdinands und General geworden, ohne irgendwo früher gekämpft zu haben. Unter der Restauration diente er dem Absolutismus als Diplomat und ward zuletzt Gesandter bei Dom Miguel. Er ging sogar so weit, an dem Kampfe gegen Dom Pedro thätigen Antheil zu nehmen und ward in der Schlacht gefangen genommen, welche die Einnahme Lissabons entschied. Somit scheint es natürlich, daß ein Mann mit solchen Vorgängen das Vertrauen der Constitutionellen nie erlangte.

Feinde bekannt wurden. Die Tapferkeit der Christinos in einzelnen Punkten blieb ohne Folgen.

Zu dem Verdacht des Verrathes kam die Langsamkeit der Regierung hinzu, einzelne Bestrebungen der Liberalen, vor allem die Aufhebung der Klöster in's Werk zu setzen. Die Stimmung ward überall in Spanien laut und bewirkte Ereignisse, welche die Entfernung der Minister zur Folge hatten.

Zuerst entstand am 5. Juli ein Tumult in Saragossa. Die Klöster wurden gestürmt, die Mönche ermordet, und eine halb bittende, halb drohende Adresse an die Königin entsandt, welche Erfüllung der Parteizwecke (Preßfreiheit, Aufhebung der Klöster u. s. w.) forderte. Die Nachricht von den Unruhen der Hauptstadt Aragons bewirkte plötzlich Tumulte in allen Theilen des ehemaligen Königreiches (der Coronilla von Aragon). Am 22. wurden in Reus die Klöster angezündet und die Mönche mit Bayonetten in die Flammen getrieben. Im Anfang Augusts entstand ein heftiger Tumult in Barcelona; Llauder mußte flüchten, ein anderer General, Bassa, welcher die Unruhen durch einrückende Truppen zu unterdrücken suchte, ward ermordet; die Reaktion gegen die frühere Regierung trat noch entschiedener hervor; Ferdinands Bildsäule ward zertrümmert, eine provisorische Junta ernannt, ein Generalkapitän (Pastor) eingesetzt, und die Einwohner bewaffnet. Valencia folgte in Kurzem (am 9. August). Es erneuerten sich dort dieselben Scenen hinsichtlich der Klöster; die Bewohner des Landes strömten bewaffnet in die Stadt, und der Generalkapitän Almodovar stellte sich, obgleich Statutist, während die Constitution von 1812 ausgerufen wurde, an die Spitze. Die ernannten Juntas des Königreiches Aragon traten in Verbindung, um sich gegenseitig gegen die Regierung von Madrid zu unterstützen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Bewegung von Valencia aus im Süden, dem Heerde des spanischen Liberalismus. In Grenada, Malaga, Cordova, Sevilla, Cadix geschah dasselbe, oft noch mit größerem Blutvergießen unter Mönchen und Carlisten; endlich schlossen sich Murcia, Estremadura und Gallizien an; überall trat der Provinzialgeist hervor, besonders in Barcelona, wo eine Proklamation

die Catalanen an die früheren Fueros und an ihren Reichthum in jenen Zeiten erinnerte, wo das Fürstenthum die Steuern selbstständig bewilligte und vertheilte; nach dem Vorgange des Unabhängigkeitskrieges bildeten sich Provinzialjunten, die zwar mit einander in Verbindung gestanden, jedoch im Allgemeinen ihre Angelegenheiten durchaus selbstständig verwaltet hatten. In Andalusien ging man sogar noch weiter; unter Leitung des Procuradors Graf de las Navas ward ein Truppenkorps gebildet, welches zum Zweck militärischer Operationen gegen die Regierung in Madrid bestimmt war. In Kurzem war die Gewalt des Ministeriums allein auf die Hauptstadt, wo ein vergeblicher Aufstand am 16. und 17. Juli ausbrach, und auf Castilien beschränkt; das Estatuto erschien bereits als gestürzt, denn die Constitution von 1812 war überall ausgerufen.

Im Beginne der Bewegung schien das Ministerium Toreno seine Kräfte zu überschätzen. Sobald die Forderungen und Manifeste der ersten Junten in Madrid angelangt waren, wurde die Anwendung der Gewalt beschlossen und die Generalkapitäne und Gobernadoren dazu aufgefordert. Einzelne Conzessionen, wie die Aufhebung der Klöster, welche überall schon ausgeführt war, und die Zurückgebung der Nationalgüter an die Eigenthümer, welche die vor 1823 angekauften Domänen damals verloren, sollten den Sturm beschwichtigen, kamen aber zu spät, nachdem die Junten als Staatsgewalten sich überall constituirt hatten. Die Machtlosigkeit des Ministeriums lag am Tage; sein Befehl über Auflösung der Junten ward mit Verachtung aufgenommen und der Graf de las Navas setzte sich mit seinen neugebildeten Truppen von Andalusien nach Madrid in Bewegung. Toreno reichte hiermit seine Entlassung ein; die Bewegung der Junten hatte gesiegt und die Constitutionellen von 1823 nahmen die Stelle wieder ein, welche sie seit den Vorfällen von Cadix verloren hatten.

Bei der vorherrschenden Zerrüttung der Finanzen ward mit diesem Departement die Präsidentschaft des Ministerrathes verknüpft, und somit fiel die Wahl auf Mendizabal, dem einzigen der Partei, welcher hierin einen größeren Ruf

besaß. Das französche Kabinet sah die Veränderung ungern, allein die zur Herrschaft berufene Partei glaubte eine desto festere Stütze an England zu finden, wo Mendizabal, ohnedem durch Verbindungen einflußreich, durch Lord Palmerston offen begünstigt wurde. Die Zusammensetzung des Ministeriums bildete übrigens Schwierigkeiten; ein großer Theil der Constitutionellen von 1823 war dem Zweikammersystem nicht länger abgeneigt, und dadurch mit einem anderen Theile der Partei zerfallen, von welchen hauptsächlich der Aufstand der Junten ausgegangen war; außerdem erregte der vor Kurzem sich äußernde Provinzialgeist Besorgniß, bei dem immerwährenden Fortschritt der Bewegung werde das Ganze des Staates in einzelne unabhängige Provinzen sich zersplittern. Auch war die Kammer der Proceres weder mit den Procuradoren noch mit der öffentlichen Meinung bisher in Conflikt gerathen; somit hatte sich keine besondere und entschiedene Stimmung gegen dieselbe ausgesprochen. Endlich hielt die Königin an dem bestehenden Grundgesetz und ihr Wille verdiente um so mehr die Berücksichtigung der Liberalen, als die jetzige Herrschaft der Partei doch zuerst von ihr veranlaßt war. Mendizabal setzte daher sein Ministerium in der Art zusammen, daß die Erhaltung des Estatuto sogleich als eine Hauptbedingung seiner Verwaltung ausgesprochen wurde; sein Programm gab aber zugleich das Grundgesetz für das, was es allein dem Wesen nach seyn konnte, für den Beginn einer Reihe Gesetze, welche die constitutionelle Freiheit begründen würden. In diesem Sinne versprach sein Programm die Einführung der Provinzialdeputation wie in der Constitution von 1812, Preßfreiheit, Reform der Geistlichkeit, Verantwortlichkeit der Minister u. s. w. Eine größere Kraftanstrengung hinsichtlich des Bürgerkrieges war durch eine allgemeine Aufhebung und Mobilisirung der Nationalgarden angedeutet. Männer wie Mina, Quiroga rc., welche das Vertrauen der Constitutionellen von 1823 besaßen, wurden als Generalkapitäne an die Stelle der Generale gesetzt, welche eine zweideutige Rolle gespielt oder der zweiten Restauration gedient hatten; auch die Erinnerung an 1823, welche das

bisherige Ministerium anzuregen vermieden, ward benutzt, die Partei zu gewinnen. Eine Verordnung ertheilte dem bisher noch immer geachteten Namen des Riego die gebührende Ehre, und die Hymne, deren Unterdrückung Aufstände veranlaßt hatte, ward erlaubt. Endlich nahm die Königin das Dekret zurück, welches die Junten für gesetzlos erklärte und ihre Aufhebung anbefahl.

Auch die Zusammensetzung des Ministeriums entsprach diesem Systeme. Diejenigen Parteihäupter, welche 1823 sich bemerkbar gemacht hatten, wurden zwar übergangen, allein die Mitglieder (Gil de la Caudra, los Heros ꝛc.) entsprachen der Partei. Für den Augenblick war die Ernennung Almodovars zum Kriegsminister (des Chefs der Junta von Valencia) bezeichnend. Arguelles, das Haupt der Constitutionellen von 1823, versprach demgemäß den Ministern seinen Beistand. Die Procuradoren wurden neu gewählt und die Cortes auf den 16. October zusammenberufen. Das System im Inneren war verändert, allein die Junten hatten eben so wenig wie die Minister einen Anstoß zu Veränderungen im Heere gegeben. Die Verhältnisse desselben und die Generale blieben wie sie waren; die Sachen im Norden wurden schlimmer, die Gefahr des Carlismus mit jedem Monate drohender, Verdacht gegen die Befehlshaber ward zuerst bei der Masse und bei den Ministern rege; da der Hof zugleich mit der gestürzten Partei und den Generalen eine bestehende Zusammensetzung des Heeres festhielt, fiel das Ministerium, allein als Folge traten Ereignisse ein, welche die Form der Regierung im Wesentlichen änderten.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Der Orient.

Bevor noch die geschilderten inneren Parteikämpfe die Staaten der pyrenäischen Halbinsel theilweise ohne Entscheidung zerrütteten, begann im Osten ein Krieg, dessen Ausgang das schon lange im Orient zerfallene Reich der Pforte umzustürzen und die Ruhe von Europa zu stören drohte, nachdem die Interessen Englands und Frankreichs durch ein neues Verhältniß der Pforte zu Rußland gefährdet wurden, zu welchem erstere in hülfloser Lage sich genöthigt sah. Ein Krieg mit dem Vicekönig von Aegypten schien den lange vorhergesagten Augenblick des Unterganges der hohen Pforte näher zu rücken, als die Verhältnisse Europas und die dadurch bewirkte Theilnahme einzelner Staaten an den Zwistigkeiten des Sultans mit seinem Vasallen den drohenden Einsturz verhinderten.

Mehemet Ali war schon lange in Aegypten unabhängig gewesen; die Zahlung eines Tributes war noch das einzige Zeichen der Anerkennung, zu der er gegen den Padischah, als Haupt des muhamedanischen Glaubens und Oberherr des ganzen Reiches, welches die Osmanen einstens besaßen, verpflichtet war. Er hatte bekanntlich die Formen der europäischen Civilisation auf einen Boden zu verpflanzen gesucht, den man bisher mit allem Occidentalischen unverträglich hielt und durch despotischen Zwang einzelne Institute europäischer

Staaten den Türken und Arabern, die er beherrschte, aufgedrungen. Er hatte sich in einer europäisch organisirten Armee ein augenblickliches Uebergewicht über den Sultan selbst und über alle abhängigen und selbstständigen Staaten, die Aegypten umgränzen, erworben, und in erfolgreichen Kriegen in Nubien und Arabien seine Truppen an den Kampf gewöhnt, durch dessen siegreiche Gefechte ihr Vertrauen begründet wurde.

Ein anderer Versuch, europäische Verhältnisse in den Orient zu verpflanzen, war ihm ebenfalls gelungen. Er hatte den Widerwillen der Orientalen durch Zwang überwunden, und die Cultur des Bodens nach den Ideen, welche die Expedition Aegyptens veranlaßte, durch Neuerungen in der Art umgewandelt, daß der Handel seines Vicekönigreiches für Europa bedeutend ward. Eine Menge von Verwaltungsformen waren ebenfalls den Orientalen aufgedrungen, während diese zugleich zur Erlernung europäischer Künste gezwungen wurden, soweit letztere mit den Instituten, die Mehemets Regierung geschaffen hatte, in Zusammenhang standen. Zugleich aber war alles von Europa hinüber Gebrachte im Sinne des entschiedensten Despotismus verwandt; der Handel, welchen der Pascha schuf, diente ihm allein als Monopol; die Schätze, welche die von ihm erzwungene Cultur des Bodens (die Verpflanzung der Baumwolle) nach Aegypten zog, flossen allein in seine Kasse; bei der Verwaltung schien der Schein der Civilisation nur auf der Oberfläche zu liegen, und die Armee, die er geschaffen, war noch weit entfernt, eine Organisation wie die der besseren europäischen Heere zu zeigen. Mehrere Reisende nahmen den Schein für die Sache, und ein als Schriftsteller bekannter österreichischer Offizier hat nicht allein das Handelsmonopol, sondern sogar die Maßregel des Vicekönigs, wodurch er sich zum Herrn des Bodens und somit für den rechtlichen Eigenthümer aller Produkte, deren Preis er willkührlich bestimmt, erklärte, für durchaus zweckmäßig und den Verhältnissen des Orients angemessen gehalten. Andere dagegen, welche theilweise Gelegenheit hatten, die Sache mehr aus der Nähe im Inneren des Landes zu be-

trachten, sagten für die Zukunft gänzliche Erschöpfung aller Hülfsquellen voraus, welche mit jedem Jahre mehr versiegen, obgleich sie dem Vicekönig im Anfang seiner Regierung ungeheure und später noch immer beträchtliche finanzielle Mittel darboten, wodurch es ihm möglich wurde, eine im Orient für den Augenblick überwiegende Macht zu bilden. Jene Reisende bemerkten die allmählige Entvölkerung des Landes durch eine gewaltsame und häufig wiederholte Conscription, die grenzenlose Armuth aller Fellahs, welche die Bedrückung der Mameluken als gelind zurückwünschten, die Verschleuderung der Einkünfte und Produkte des Landes durch unwissende und allein mit militärischer Willkühr bekannte Beamten, die Verwendung der Schätze des Vicekönigs auf nutzlose und unergiebige Unternehungen, wie auf Fabriken, deren Aufseher, ohne ihm Nutzen zu bringen, seine Schätze ausbeuteten u. s. w. Andere Reisende hatten endlich nur das Resultat im Auge, daß Aegypten durch Mehemet in einen Zustand umgewandelt wurde, der, wie jede gewaltsame Veränderung, alle Verhältnisse verletzt und als widernatürlich erscheint, bevor das Bestehende mit dem gewaltsam Eingepflanzten verschmilzt, allein die Keime zu neuen Zuständen enthält, welche vielleicht auf andere Weise sich bilden möchten, wie es Mehemet und die ihn umgebenden Türken erwarten werden.

Auch der Padischah Mahmud versuchte die Umwandlung seines Volkes und seines Staates, wobei der Beginn durch Umstände gewaltsamer war, als die spätere Durchführung, da weder die systematische Erpressung Mehemets, noch jenes ägyptische Monopol stattfand, welches als einziges Beispiel in der Geschichte dastehen würde, wenn es den gänzlichen Ruin des Staates, die innere Zerrüttung und das Verschwinden alles individuellen Wohlstandes nicht zur Folge hätte. Mahmuds Reformen wirkten langsamer, und schufen ihm somit auch nicht die augenblicklichen bedeutenderen Hülfsmittel, wodurch Mehemet Ali sein Heer, seine Flotte und seine Finanzen für den Augenblick als überwiegend bildete. Mahmud war ohnedem vom Schicksal nicht begünstigt; das Unglück des russischen Feldzuges hatte kein Vertrauen auf die neuge-

bildeten Truppen bei den Türken geweckt; die Finanzen waren zerrüttet und durch die Zahlung des russischen Tributs vollkommen erschöpft; das Heer selbst besaß ungeübte, mit den neuen Einrichtungen nicht vertraute Offiziere; die noch immer zahlreiche Partei der Janitscharen unterhielt Unzufriedenheit im niederen Volke und erweckte Empörungen in einigen Theilen des Reichs. Der Sultan selbst, nach früherer Weise im Serail erzogen, besaß zwar Verstand und Willenskraft, durchschaute aber nur allmählig die wahre Lage der Dinge und durchblickte erst nach längerer Erfahrung die europäischen und seine eigenen Verhältnisse. 1829 hatte er letzteres durch sein Verfahren nach der Einnahme mit Adrianopel bewiesen, wo er in der ersten Bestürzung Frieden mit Rußland in dem Augenblick schloß, wo der militärische Stand seiner Angelegenheiten plötzlich eine höchst günstige Wendung zu nehmen schien, so daß der geschlossene Friede dem russischen General als Rettung erscheinen konnte, in einem Augenblick, wo zugleich die Nationalinteressen das Toryministerium Englands zum thätigen Einschreiten nöthigen mußten.

Unter diesen Verhältnissen war die Ueberlegenheit Mehemets durch augenblickliche Hülfsmittel nothwendig, sobald ein feindliches Zusammentreffen des Oberherrn mit dem Vasallen stattfand. Der Sultan selbst hatte in den letzten Jahren dazu beigetragen, die Macht desselben zu vermehren; als Belohnung für seine Mitwirkung im griechischen Kriege erhielt der Pascha von Aegypten die Herrschaft über Creta und somit einen der wichtigsten Punkte im Mittelmeer, dessen Besitz ihm eine noch festere Stellung in Betreff der Seemacht darbot, die er sich bereits gebildet hatte. Endlich auch hatte Mehemet einen bedeutenderen Vortheil vor dem Sultan dadurch voraus, daß er in seinem Sohne Ibrahim einen geübten und nicht ruhmlosen Feldherrn besaß, in dessen Führung das ägyptische Heer vollkommenes Vertrauen setzte. Der Sultan aber hatte außer Reschid keinen brauchbaren General, und dieser selbst war alt und in europäischer Taktik unerfahren.

Den ersten Keim der Unzufriedenheit des Sultans mit Mehemet legte dessen Mangel an Bereitwilligkeit, sein Heer für die

Kriege der Pforte zu verwenden. Er war zur Theilnahme am griechischen Krieg allein durch die Hoffnung bewogen worden, sein Paschalik mit europäischen Provinzen zu vermehren; im Kriege mit Rußland ließ er den Sultan gänzlich im Stich. Sein späteres Verfahren brachte seinen Oberherrn gänzlich wider ihn auf. Man hegte gegen ihn den nicht ungegründeten Verdacht, er unterstütze eine Rebellion des Pascha von Scutari; am Schluß von 1831 begann er sogar, nach Streitigkeiten mit einem Pascha von Syrien, Abdallah, ein Heer selbstständig auszurüsten und wider Willen des Padischah denselben eigenmächtig zu bekriegen. Die Absicht des Vicekönigs lag offen am Tage: die Schwäche und die Unruhen des türkischen Reichs nach dem russischen Kriege zu benutzen, um sich vollkommene Unabhängigkeit zu erkämpfen. Er benutzte die Streitigkeiten mit Abdallah, um zuerst als unabhängig vom Willen des Sultans aufzutreten. Außerdem boten ihm diese einen erwünschten Vorwand, ohne den Schein der directen Empörung gegen seinen Oberherrn, wozu ein offener Grund ihm fehlte, die blühendste Provinz des westlichen Asiens zu dem Reiche hinzuzufügen, welches den Grund zu seiner Macht gelegt hatte, allein mit jedem Jahre ihm geringere Hülfsquellen darbot. Im November 1831 rückte somit Ibrahim in Syrien ein, und traf bis auf Acre auf keinen Widerstand von Seiten des überraschten Paschas, welcher nicht erwartet hatte, der Vicekönig werde ohne Bewilligung des Sultans die Feindseligkeiten beginnen.

Als der Sultan auf solche Weise sein Ansehen verkannt sah, suchte er zuerst die äußersten Mittel gegen einen Vasallen zu vermeiden, dessen Macht fest genug begründet war, um den Anschein einer leichten Unterwerfung zu bieten. Er versuchte den Weg der Vermittlung, die Mehemet zwar nicht zurückzuweisen wagte, der er aber durchaus nicht gesonnen war, sich zu fügen, da der Sultan, um der Würde seines Reiches nichts zu vergeben, ihm in einer Streitigkeit nicht Recht geben konnte, worin Mehemet zuerst den Weg gewaltthätiger Selbsthülfe betreten hatte. Die Bemühungen des Sultans waren vergeblich, und das Streben des Vicekönigs, sich als

unabhängig von der Pforte zu trennen, lag bald am Tage. Der Sultan ward zu einem Kriege gezwungen, dessen Gefahr er gleich anfangs einsehen mochte, und zu dem er deshalb sogleich alle materiellen und moralischen Mittel, die ihm zur Verfügung standen, verwandte, so daß ihm nach einigen Niederlagen keine weitern Hülfsquellen zu Gebote standen, den drohenden Untergang durch eigene Kraft von sich abzuwehren.

Im Beginn des Jahres **1832** bezweckte somit die Politik des Sultans, den Ungehorsam des Pascha durch Absetzung und gewaltsame Unterwerfung zu bestrafen. Es ward ein Manifest des Oberhauptes der Gläubigen an allen Moslemim erlassen, worin Mehemet als Rebell bezeichnet, und alle Bekenner des Islam aufgefordert wurden, ihn als Feind des Glaubens zu bekämpfen. Ein zweiter Firman sprach den Bannfluch gegen ihn aus; beide in früherer Zeit stets entscheidende Mittel hatten jedoch mit der Kraft des Reiches und des religiösen Fanatismus ihre Wirksamkeit verloren; der Sultan selbst mußte dies während des russischen Krieges erfahren haben, wo das erstere, nachdem sogar die Fahne des Propheten entfaltet war, eine allgemeine Bewaffnung zu veranlassen nicht vermochte. Mahmud schien ferner als Wirkung dieser Erklärungen einen Aufstand in Aegypten zu hoffen, und mochte sich zu dieser Erwartung berechtigt glauben, da die Fellahs sich einige Male den systematischen Erpressungen des Pascha mit Gewalt dort widersetzt hatten; allein der glückliche Despotismus Mehemet's war in dem Vice-Königreich seit mehreren Jahren so wirksam organisirt, daß Empörungen, wenn auch noch so unbedeutend, im Nilthale unmöglich waren. Die Macht des Pascha war dort sogar so fest begründet, daß er dasselbe Mittel wie Mahmud benutzen konnte, und den Sultan in einer Versammlung der Notablen und Ulema's in Cairo für einen Feind des Glaubens erklären ließ. Bei den Türken aber hatte der Firman des Sultans um so weniger Wirkung, als Mehemet gleich anfangs einen nicht unbedeutenden Anhang unter ihnen vorfand. Dieser bestand sowohl aus den Anhängern der gefallenen Janitscharen, welche unvernünftig

genug waren, von dem Vicekönig die Wiederherstellung jener Truppen mit ihren Vorrechten wieder zu erwarten, als auch aus einem Theile der Gebildeteren, die von ihm die Begründung eines starken und mächtigen Reiches hofften, welches im Stande seyn würde, den gesunkenen Waffenruhm an Rußland zu rächen.

Das Heer, welches die Pforte zusammenzog, war übrigens der Zahl nach bedeutend genug, den Krieg gegen Mehemet nachdrücklich zu führen; es betrug 60,000 Mann; allein die schon angegebenen Umstände gaben um so weniger günstige Aussicht auf den Sieg, als der Feldherr Hussein, zwar rühmlichst bekannt durch die Vertheidigung von Schumla, noch nie eine größere Armee in offensiven Operationen geleitet hatte.

Ibrahim hatte Gaza, Jaffa, Caiffa ohne größere Anstrengung genommen; bei Acre traf er jedoch auf einen Widerstand, der die alte Behauptung vom Muthe der Türken hinter Mauern bestätigte. Mehrere Stürme mißlangen; er hatte einmal sogar das Schicksal Bonaparte's vor derselben Stadt; seine Truppen, die durch eine Bresche vordrangen, mußten wieder zurück. Ibrahim ward hierauf zu anderen Operationen mit dem Hauptcorps nach Tripolis hin gezwungen, und konnte nur Truppen zur Blokade zurücklassen. Allein er war glücklich; ein zum Ersatz heranrückendes Heer erlitt von ihm am 8. April 1832 eine Niederlage bei Alexandrette. Ibrahim kehrte zurück, und bedrängte die Stadt mit solchem Nachdruck, daß Abdallah die Unmöglichkeit des Widerstandes einsah, und am 27 Mai die Festung durch Capitulation übergab. Uebrigens gab Mehemet Ali nach dem Siege einen Beweis von der Veränderung orientalischer Sitten; er nahm den überwundenen Pascha, obgleich dieser sein persönlicher Feind gewesen war, in Aegypten großmüthg auf.

Nach der Eroberung der wichtigsten Hauptstadt und des strategischen Mittelpunktes dieses Theiles von Syrien, war der übrige Süden der Provinz unterworfen. In Kurzem setzte Ibrahim sein Heer in Bewegung, um die Eroberung zu vollenden. Damascus fiel in seine Gewalt. Das Heer des

Sultans unter Hussein hatte zwar nicht Zeit gehabt, die Hauptstadt zu retten, war jedoch in Schnellmärschen herbeigeeilt, um das übrige noch nicht eroberte Syrien zu vertheidigen. Am 7. Juli trafen beide Heere bei Horns zusammen. Die Türken, durch die schnellen Märsche im tropischen Clima erschöpft, vermochten nicht dem Angriffe eines durch frühere Siege ermuthigten und geschickt geführten Heeres zu widerstehen. Die Flucht ward allgemein, und das Heer zersprengt; Artillerie und alles Material fielen Ibrahim in die Hände; der Schrecken war so groß, daß die Türken die Vertheidigung der Stadt Horns sogleich aufgaben. Dieser Sieg unterwarf den übrigen Theil Syriens den ägyptischen Waffen; die Abneigung gegen des Sultan's Neuerungen wirkte zugleich mit den Folgen der gewonnenen Schlacht. Aleppo, Antiochien, Byblus fielen ohne Kampf in die Gewalt des Siegers; die Schwäche der Pforte im Augenblicke, wo ihr innerer Zustand sich durch eine Bewegung von Oben, und nicht durch einen Sturm von Unten aus veränderte, war offenbar; diejenigen europäischen Staaten, in deren Interesse die Erhaltung des türkischen Reiches lag, begannen bereits Befürchtungen über das Bestehen der Pforte zu hegen. Von England aus geschah der erste Versuch, den Streit durch Unterhandlungen beizulegen, allein diese mißlangen, da Mahmud zu viel Selbstgefühl besaß, um die Würde seines Reiches vor seinem gänzlichen Unterliegen bloszustellen, und da der Pascha von Aegypten gleich anfangs Forderungen stellte, auf deren Bewilligung derselbe vor weiteren Erfolgen nicht hoffen konnte.

Der Sultan versuchte auf's Neue das Glück der Waffen. Er sandte seinen besten Feldherrn Reschid nach Asien, und verwendete auf den bevorstehenden Kampf die letzten Truppen, die ihm von seinem neugebildeten Heere zur Verfügung standen. Reschid ging den vordringenden Aegyptern entgegen, welche bereits die Gränzen von Syrien zu überschreiten drohten. Mit dem festen Entschluß, in einer entscheidenden Schlacht alle Kräfte aufzubieten, drang er in die Pässe von Karaman, um in Syrien einzurücken; allein Ibrahim überraschte ihn dort in ungünstiger Lage, wo die türki-

schen, nach langem Marsche erschöpften Truppen außerdem in nachtheiliger Stellung, durch die Natur des Terrains, sich befanden. Die Türken kämpften mit jener Tapferkeit, die ihrem früheren Ruhme entsprach: Reschid selbst wagte das Aeußerste, und suchte den Tod im Gefechte; allein das letzte Heer des Sultans erlag den ungünstigen Verhältnissen, unter denen der Kampf begonnen wurde (21. December); es ward vollständig geschlagen, und erlitt eine, noch schwerere Niederlage als die bei Horns. Reschid selbst fiel schwer verwundet in die Gewalt des Feindes. Alle militärischen Hülfsquellen des Sultans waren versiegt, Kleinasien, wo sich ohnedem die mit den Neuerungen des Padischah unzufriedene Partei geregt hatte, stand dem Heere Ibrahims offen; die Pforte war ohne fremde Hülfe und die Einwirkung europäischer Mächte verloren. Diese aber ward nothwendig durch die Verhältnisse der letzteren, und somit begannen plötzlich alle jene Verwickelungen der Diplomatie in Pera, welche seit dem russischen Kriege einige Jahre hindurch nie in der Art offen hervorgetreten waren, daß die Verhältnisse Europas ernstlich dadurch hätten gestört werden können.

Der britischen Regierung mußte an der Erhaltung der Pforte um so mehr gelegen seyn, je größere Ausdehnung der englische Handel nach der Levante seit den letzten Jahren gewonnen hatte, wo die allmählig eindringenden Reformen des Sultan's bei den Türken die Bedürfnisse europäischer Industrie vermehrten. Vor Allem aber war die von Alters her überlieferte Politik entscheidend, wonach die Zerstückelung des türkischen Reiches durchaus verhindert oder Ereignisse nicht geduldet werden durften, welche die Häfen der Pforte am Mittelmeer in die Hände einer andern europäischen Macht hätte bringen können. Lord Palmerston trat jedoch anfangs nicht entschlossen genug auf; er unterließ es, sowohl bei den ersten Unglücksfällen der Pforte eine entschiedene Stellung gegen Aegypten einzunehmen, wie auch später mit dem ganzen Einfluß, welcher England zu Gebote stand, die Sache des Sultan's zu befördern. Er hatte nicht einmal Sorge getragen, die Flotten der Station von Malta in der Art vorher zu

verstärken, daß England durch sein materielles Uebergewicht zur See im Augenblicke der Crise als handelnd aufzutreten vermochte. Somit wiederholten sich in England die früheren Vorwürfe gegen die Whigpartei, diese verstehe es nie, die auswärtige Politik in der Art zu leiten, wie es die Würde und der Vortheil Großbritanniens erheische, ein Vorwurf, welcher nach dem Verlauf mehrerer Jahre nach andern Vorfällen derselben nicht wenig scheint geschadet zu haben, und sogar in ihrer Mitte eine geringere Meinung von den Fähigkeiten Lord Palmerston's bewirkte.

Frankreich, als Seemacht des Mittelmeeres, besaß wenigstens ein Interesse, wodurch es mit der Politik Englands zusammengeführt wurde. Die französische Regierung mußte eben so sehr wie die englische zu verhindern suchen, daß Rußland den Besitz von Häfen erwerbe, welche den Einfluß dieser Macht auf das Mittelmeer, und somit auf das südwestliche Europa auszudehnen vermöchte. Auch hierin traf sie mit der allgemeinen Volksstimmung zusammen; bevor noch die Pforte unterlag, wurden in Frankreich überall Befürchtungen laut, Rußland werde die seit der Regierung Catharinen's überlieferte und bisher consequent verfolgte Politik auf's Neue versuchen. So lange jedoch die Pforte allein mit dem Pascha von Aegypten zu thun hatte, unterließ es das Cabinet der Tuilerieen einen entscheidenden Antheil an den Streitigkeiten desselben mit seinem Oberherrn zu nehmen, vielleicht aus Begünstigung gegen Mehemet, nach demselben Grundsatze, welchen der Herzog von Broglie in Bezug auf den griechischen Staat in der Kammer aussprach. Bei dem drohenden Untergange der Pforte sey es besser, daß sich ihr Reich in unabhängige und durch eigene Kraft selbstständige Staaten auflöse, als daß es Rußland eine Gelegenheit zu Vergrößerungen darbiete.

Nach dem Unglück des Reschid war das Benehmen Lord Palmerston's in der Art unentschlossen, daß die Politik des Whigministeriums die hergebrachten Bestrebungen Englands in derselben Weise aufzugeben schien, wie 1814 die Beschränktheit Castlereagh's. Anstatt durch entscheidende und nachdrückliche Schritte bei Mehemet die Sicherheit der alten Ver-

bündeten von Großbritannien zu sichern, und somit eine Stellung bei der Pforte zu erlangen, welche für die Seemacht England's nach der Meinung aller Parteien nothwendig ist, suchte er den Sturm allein durch Unterhandlungen zu beschwören, die indessen bei dem siegreichen Mehemet, welchem sein Glück das Schicksal der Pforte in die Hand gegeben hatte, eben so wenig Fortgang haben konnten, als bei dem Padischah. So lange die Bedingungen, welche England zur Ausgleichung machte, nicht durch erfolgreichere Schritte unterstützt wurden, konnte deßhalb zwischen beiden Gegnern, wovon der Eine so viel wie möglich gewinnen, und der Andere so wenig wie möglich verlieren wollte, nicht stattfinden. Der Sultan aber mußte seine Lage zu wohl einsehen, um mit dem Umstande unbekannt zu seyn, daß er Hülfe von Europa im äußersten Fall erwarten mußte. Somit wandte er sich zuerst an England, sandte einen Botschafter nach London, und soll sogar Candia als den Preis der zu leistenden Hülfe angeboten haben. Lord Palmerston ließ aber die günstige Gelegenheit vorübergehen, den Einfluß England's noch weiter im Orient auszudehnen, beschränkte sich auf nutzlose Versuche, Mehemet durch Unterhandlungen zu beschwichtigen, und zwang dadurch zuletzt den Sultan, sich dem russischen Cabinet in die Arme zu werfen, welches ihm schon seine Hülfe in der Absicht angeboten hatte, die sich darbietende Gelegenheit zur Vergrößerung der russischen Macht sich nicht entgehen zu lassen. Das russische Cabinet hatte übrigens auf andere Weise als Lord Palmerston für die Ausrüstung einer Waffenmacht gesorgt, welche schnell bereit seyn konnte, an dem Orte der Entscheidung als handelnd einzuwirken. In den Häfen von Sebastopol und Odessa lag eine Kriegsflotte ausgerüstet und ein Armeecorps war im Süden des Reiches zusammengezogen und zur Einschiffung bereit. Das Einzige, welches die furchtsame Politik Lord Palmerston's bewirkt hatte, war ein augenblicklicher Aufenthalt Ibrahim's. Unterhandlungen wurden mit ihm und der Pforte angeknüpft; letztere zeigte sich bereit, das bereits eroberte Syrien an Mehemet abzutreten, allein dieser stellte Forderungen auf ein größeres Gebiet, und schien über-

haupt seine Ueberlegenheit in der Art zu fühlen, daß vollkommene Unabhängigkeit als sein offenbares Streben am Tage lag. Nach wenigen Zusammenkünften der Bevollmächtigten wurden die Unterhandlungen abgebrochen, und Ibrahim begann auf's Neue seinen siegreichen Marsch, der ihn unaufhaltsam der Hauptstadt näher führte. Ein Bollwerk nach dem andern, Akschehir, Brussa u. s. w. fielen ohne Widerstand in seine Gewalt; die ägyptische Flotte war genügend, die siegreichen Truppen, um die Hauptstadt zu bedrohen, nach Europa hinüberzuschiffen; die Pforte war wehrlos und ihr Schicksal lag in der Gewalt ihres Feindes; Lord Palmerston unterließ jede ernstliche Demonstration, wie sehr auch der englische Gesandte in Constantinopel auf entscheidende Schritte drang; dem Sultan blieb nichts Anderes übrig, als sich Rußland in die Arme zu werfen. Die angebotene Hülfe ward am 2. Feb. 1833 angenommen; die russische Flotte lief von Sebastopol und Odessa aus und warf in der Nähe von Constantinopel Anker.

Dieß Ereigniß riß endlich Lord Palmerston aus seiner Schlaffheit. Ihn trafen die Vorwürfe aller Parteien, daß er dem Erscheinen einer Flotte vor der Hauptstadt des türkischen Reiches von Seiten einer Macht nicht vorgebeugt hatte, welche von der öffentlichen Meinung als zukünftiger Nebenbuhler Englands in Asien, und auf einzelnen, von Großbritannien bisher allein mit Uebermacht beherrschten Meeren, betrachtet wurde, und welche seit einigen Jahren bei den Engländern allmählig dieselbe Stellung einzunehmen schien, wie Frankreich im vergangenen Jahrhundert. Alle Organe der öffentlichen Meinung, die Zeitungen wie die Redner im Parlamente (unter Andern Codrington, gewissermaßen als Repräsentant der Flotte) reizten das Cabinet zur Thätigkeit, und unter allen Parteien ließen sich Stimmen vernehmen, welche die Nachläßigkeit des Ministers des Auswärtigen mit Bitterkeit rügten. Es schien den Engländern, Rußland wolle dieselbe Rolle wie bei Polen beginnen, um die Türkei zuerst in die Abhängigkeit des Geschützten, und später in die Botmäßigkeit des Unterworfenen zu versetzen. Die öffentliche Meinung sprach sich überall so

entschieden aus, daß ein Krieg England's gegen Rußland als unvermeidlich erscheinen mußte, sobald die Existenz oder die Unabhängigkeit des türkischen Reiches bedrohet wäre. Das Cabinet war zu entscheidenderen Schritten gezwungen und begann sogleich die vernachläßigte Verstärkung der Station von Malta, sowie in den englischen Häfen die Bemannung einer der Kriegsflotten, welche auf den Docks der größeren Häfen stets bereit liegen.

Der erste entscheidende Schritt ging jedoch von Frankreich aus. Admiral Roussin, Gesandter in Constantinopel, brach plötzlich alle Verbindungen mit der Pforte ab. Das ganze diplomatische Corps in Pera gerieth in Bewegung, und auch Oestreich schien die Gegenwart der russischen Flotte ungern zu sehen. Admiral Roussin erklärte, abreisen zu wollen, sobald die russische Hülfe in Wirksamkeit trete; der englische Gesandte schloß sich ihm endlich entschieden an, und machte gebieterisch dem Sultan das Anerbieten englischen Beistandes. Die Pforte war demnach nicht abgeneigt, die früheren und von allen Klassen der Türken tödtlich gehaßten Feinde wieder zurückzuweisen, und mochte, das Beispiel Polens vor Augen, ihren allmähligen und sicheren Untergang voraussehen, wenn sie die vollkommene Abhängigkeit, wie bei Portugall und England, eine nothwendige Folge der schwächeren Verbündeten, als Preis des Beistandes anzunehmen gezwungen wäre. Allein auf der andern Seite weigerte sich der russische Admiral nach einer Erklärung der Pforte, sie bedürfe nicht länger des freundschaftlich geleisteten Beistandes, ohne besondern Befehl des Kaisers, nach Sebastopol zurückzukehren, andrerseits rückte die durch Ibrahim gedrohte Gefahr immer näher. Die Unterhandlungen, welche England und Frankreich vereint betrieben, hatten auf's Neue keinen Fortgang. Mehemet ward zwar bewogen, sein Streben nach vollkommener Unabhängigkeit aufzugeben, allein er befriedigte sich nicht mit den vier Paschaliks von Syrien, die ihm die Pforte antrug, und verlangte einen Theil des alten Ciliciens (den Bezirk Adana) entweder um die Pässe zu besetzen, durch welche seine Truppen ungehindert in Kleinasien einrücken konnten, oder um durch

die dortigen Wälder das ergiebigste Material im türkischen Reiche für den Bau neuer Flotten zu erlangen. Zu letzterem konnte sich der Sultan nicht entschließen; Ibrahim drang vor und seine Avantgarde rückte ungehindert in Smyrna ein. In kurzem Zeitraum konnte er die Vorstadt Constantinopels auf dem asiatischen Ufer des Bosphorus erreicht haben. Die Pforte wandte sich in der Noth auf's Neue an Rußland, und 5000 Mann russische Truppen landeten am 3. April vor Constantinopel und schlugen in Buyukdere ihr Lager auf.

Durch dieß neue Ereigniß, wodurch Rußland noch größeren Einfluß auf die Entscheidung der orientalischen Angelegenheiten erlangte, ward das Verfahren Englands und Frankreichs plötzlich umgestimmt. Beide Mächte, deren Interesse es gebot, die Gegenwart der Russen, und somit das Uebergewicht derselben an der Meerenge zu verhindern, welche das schwarze und das Mittelmeer verbindet, und dadurch der russischen Flotte einen ungehinderten Ausgang zu den Küsten des südlichen Europa's eröffnete, wandten sich plötzlich der Pforte ab, und traten entschieden zu Gunsten Mehemet's auf. Vor Allem schien England entschlossen, mit seinen unüberwindlichen Flotten die Forderungen des Vicekönigs zu unterstützen, sobald die russische Flagge oder russische Truppen die ägyptische Macht bekämpfen würden. Die Interessen Englands waren zu sehr bedroht, als daß selbst der sonst in der Regel ängstliche Lord Palmerston, als Brite nicht energisch hätte handeln sollen. Der beste Admiral, den England besitzt, Pulteney Malcolm, begab sich mit einer bedeutenderen Flotte und einem zahlreichen Corps der trefflichen Marinetruppen Großbritanniens nach Malta, und hatte Auftrag, die Einwirkung der Russen im Kampfe mit Mehemet im Nothfalle durch eine Schlacht zu verhindern. Auch Frankreich begann Aeußerungen hinsichtlich seiner Seemacht, welche zwar nicht der englischen, allein der russischen durch die Gewandtheit der Matrosen überlegen zu seyn scheint. Für Rußland war unter den Umständen keine Hoffnung zum Kriege vorhanden. Die Massen, welche das Kaiserreich in Bewegung zu setzen, und die Flotten, die es auszurüsten vermag, werden schwerlich die nau-

tischen Hülfsquellen Großbritanniens oder die technische Ueberlegenheit seiner Matrosen aufwiegen, womit England so häufig dreifach überlegene Flotten schlug und vernichtete.

Somit unterblieb die Fortsetzung eines Kampfes, woran europäische Mächte auf beiden Seiten Theil zu nehmen drohten; der Sultan sah sich gezwungen, die Bedingungen Mehemet's, sobald England und Frankreich die Forderungen desselben unterstützten, anzunehmen, und alle Versuche, das Verlorene wieder zu gewinnen, auf eine fernere Zukunft zu verschieben, wo es ihm vielleicht möglich seyn möchte, ohne fremde Hülfe, und somit ohne Verwicklungen europäischer Interessen, wodurch die Einmischung fremder Staaten bedingt würde, durch die eigene Kraft der Pforte die Stellung wieder zu erobern, die er seinem Vasallen gegenüber verloren hatte.

Das russische Cabinet hatte jedoch die Hülfe gegen Aegypten nicht umsonst geleistet und sich ein Vorrecht ausbedungen, wodurch der Keim zu neuen Verwicklungen und zu Verlegenheiten der Pforte gelegt zu seyn scheint, welche in Zukunft dieselbe Crise, wie bei der Erscheinung der Russen vor Constantinopel, und vielleicht sogar ein noch entschiedeneres Auftreten Englands zur Folge haben könnten, wenn dort ein Minister des Auswärtigen mit größerer Energie als Palmerston das Interesse des Staats gegen Außen verträte. Rußland bewirkte bei der Pforte die Schließung der Dardanellen für andere Kriegsschiffe als für die seinigen, und erwarb dadurch eine unbedingte Herrschaft über das schwarze Meer, von wo die in den Häfen von Sebastopol und Odessa ausgerüsteten Kriegsflotten ungehindert in das Mittelmeer einzudringen vermögen. Der Tractat ward zu Unkiar Skelessi am 8. Juli abgeschlossen. Anfangs ward er so geheim gehalten, daß die britische Gesandtschaft in Constantinopel damit unbekannt blieb, erschien aber plötzlich in den Times, die ihn sich von der Petersburger Kanzlei verschafften, und veranlaßte überall in Großbritannien Ueberraschung, Erbitterung und Aerger über die Ungeschicklichkeit des Ministers der Auswärtigen, der ihn nicht vorhergesehen und verhütet hatte. Die Interessen und der Nationalstolz der Briten wurden auf's tiefste dadurch ver-

letzt. Die englischen Flotten, die früher auf allen Meeren, wohin sie gesendet wurden, unbedingte Ueberlegenheit im Augenblick ihres Erscheinens besaßen, waren von einem Meere ausgeschlossen, welches zahlreiche Handelsschiffe ihrer Nation befuhren. Bei letzteren konnte ihre Flagge die Schmach derselben Visitation erleiden, deren Recht England bisher ausschließlich in Anspruch nahm und in zahlreichen Siegen erworben und behauptet hatte. Die Volksstimmung war plötzlich bei allen Parteien entschieden gegen Rußland, und dieser Staat ward von nun an in derselben Weise betrachtet wie Frankreich im vergangenen Jahrhundert. Die Regierung ward im Parlamente unaufhörlich gedrängt, gegen jene Bestimmung mit größerer Energie aufzutreten, und Lord Palmerston sah sich endlich später zu der Erklärung genöthigt, Großbritannien sehe den Tractat als nicht bestehend an. Das Ministerium unterließ es jedoch für den Augenblick, entscheidend aufzutreten; als die Durchfahrt der Dardanellen der mächtigen Flotte Pulteney Malcolm's verweigert ward, machte der Admiral keinen Versuch, den Durchgang mit Gewalt zu erzwingen, und Lord Palmerston unterließ es, bei der Pforte auf die augenblickliche Erfüllung dieser für England nothwendigen Forderung zu dringen. Die russischen Truppen waren zurückgekehrt, der Friede zwischen Mehemet und der Pforte geschlossen, und die Crise somit auf eine spätere Zeit verschoben; während der folgenden Jahre ward die Bestimmung des Tractates häufig umgangen, so daß weder das englische, noch das russische Cabinet, wovon letzteres nicht selbst hervortrat, sondern die Pforte vorzuschieben pflegte, in ihren Ansprüchen sich hierin Etwas vergaben. Für die Zukunft scheint jedoch ein Conflikt unvermeidlich, um so mehr als die häufigen Klagen englischer Kauffahrer über erlittene Visitationen, und endlich die Beschlagnahme eines englischen, nach der tscherkessischen (von Rußland in Blokadezustand erklärten) Küste segelnden Schiffes (Ende 1836) in der öffentlichen Meinung Großbritanniens mit jedem Jahre eine gegen Rußland immer mehr gereizte Stimmung verursachten, so daß sogar das Whigministerium einen bedeutenden Haltpunkt bei der Nation verlor, weil es

die Ansprüche Englands nicht in der Schnelle und mit derjenigen Kraft durchsetzte, welche die Nation seit Chatham in den wichtigeren Fragen zu erwarten gewohnt war.

Nach der Schließung des Friedens zwischen Mehemet und dem Padischah, worin ersterer die Oberherrschaft des Sultans durch einen jährlich zu zahlenden Tribut anerkennen mußte, traten die gegenseitigen Verhältnisse Beider wieder in den früheren Zustand zurück. Mehemet blieb factisch unabhängig und der Sultan, gedemüthigt und geschwächt, gab zwar seine weiteren Ansprüche niemals auf, vermochte aber eben so wenig als nach **1831** sein Recht auf Oberherrschaft geltend zu machen. Bei häufig sich darbietender Gelegenheit zeigte sich dieß Streben des Sultans. Unruhen in Syrien gegen den Eroberer, die Weigerung Mehemet's, einzelnen Forderungen sich zu fügen, gaben ihm mehrere Male Veranlassung den Streit zu erneuern, wahrscheinlich von Rußland aufgereizt, versuchte alsdann der Sultan, den Krieg mit seinem Vasallen auf's Neue zu beginnen, allein England, durch einen entschiedenen Russenfeind, Lord Ponsonby, seit Mai **1833** repräsentirt, verhinderte die Wiedererneuung der Feindseligkeiten durch die offen gezeigte Neigung, ein wirksames Einschreiten Rußlands oder irgend eine thätige, von letzterer Macht der Pforte Mehemets geleistete Unterstützung durch Beistand Aegyptens von seiner Seite erwiedern.

Im Innern seines Reiches war Mahmud glücklicher. Der letzte Widerstand, welchen die gestürzte Janitscharenpartei in Bosnien und Albanien durch eine gefährliche und ausgedehnte Empörung seinen Reformen entgegenzusetzen drohete, war bereits vor dem Unglück gegen Aegypten der Hauptsache nach überwunden; später ausbrechende Rebellionen wurden leichter unterdrückt und der Sultan setzte ungehindert seine Reformen im Innern fort, welche außer der bewaffneten Macht die Verwaltung der Corporation der Ulemas und alle Theile des Staatsorganismus betrafen. Sein Heer, bald durch russische, bald aber durch englische, französische und deutsche Offiziere gebildet, war nach Verlauf zweier Jahre in der Art wieder zusammengesetzt, daß er für die Zukunft Hoffnung hegen konnte,

die Pforte werde im Stande seyn, das Glück der Waffen bei ferneren Kriegen mit größerem Erfolge zu versuchen, als dieß unmittelbar nach dem Beginnen der Reformen gegen Rußland und Aegypten der Fall war. Uebrigens bot der Padischah bei seinen Veränderungen im Inneren den Gegensatz zu Mehemet Ali; im türkischen Reiche fand jenes allgemeine Monopolsystem, welches augenblickliche Hülfsquellen später durch vollkommenen Ruin und Erschöpfung aufwiegt, nirgends statt; die türkische Regierung war sogar hinsichtlich des Handels freisinniger, als ein gar nicht unbedeutender Theil der europäischen Staaten; die Häfen des Reichs waren dem Handel ohne lästige Beschränkungen und übertriebene Abgaben geöffnet; später sogar wurden Beschränkungen des inneren Handels aufgehoben, ohne daß der Sultan zugleich augenblickliche Vortheile für seinen Schatz dabei bezweckte. Im Gegensatz anderer despotischer Staaten erkannte er die Gewalt der öffentlichen Meinung und suchte mit Erfolg dahin zu arbeiten, daß die von ihm mit Zwang begonnenen Neuerungen zugleich durch Ueberzeugung bei seinem Volke tiefer wurzelten; er benutzte zu dem Zweck die Presse durch Gründung des Moniteur Ottoman, für dessen Verbreitung unter allen Volksklassen die Regierung in allen Theilen des Reiches Sorge trug. Eine lange Reihe von Reformen schloß 1837 mit einem Dekrete, welches die Rajah's zum Dienst auf der Flotte berief, und ihnen dieselben Rechte wie den Bekennern des Islams ertheilte, eine Maßregel, welche Mehemet, ungeachtet seiner häufigen Verbindungen mit Europäern, nicht einmal in Betreff der Fremden getroffen hatte, welche sein Heer bildeten und seine Erfolge durch ihren Rath und ihre Theilnahme veranlaßten. Kurz, die Reformen des Sultans, obgleich sie beim wiederholten Unglück von Außen weder eine schnellere Rüstung, noch eine augenblickliche Befestigung der Pforte darboten, scheinen auf langsamerer, aber desto festerer Grundlage einen Zustand vorzubereiten, durch welchen die Pforte nach Innen und Außen gestärkt, in Zukunft eine selbstständige Stellung gegen ihre früheren Feinde und den Rang einzunehmen vermöchte, welcher dem Reiche

durch Lage, Ausdehnung, Einwohnerzahl und innere Hülfsquellen unter den europäischen Staaten gebühren mag.

Nach dem Frieden suchte Mehemet zuvörderst in Syrien sich festzusetzen. Sein auch dort eingeführtes Regierungssystem der Monopole und Erpressungen war jedoch nicht geeignet, ihm den Besitz des eroberten Reiches auf die Dauer zu sichern. Syrien, zum Theil von noch unabhängigen Gebirgsvölkern bewohnt und überall in der Bevölkerung gemischt, welche auf zahlreichen Punkten aus unruhigen und kriegerischen Bewohnern arabischen und türkischen Blutes besteht, bot Mehemet nicht die bequeme Gelegenheit, seinen systematischen und auf alle Verhältnisse sich erstreckenden Despotismus in der Art auszuführen, wie die Ebene des Nilthals. Im Jahre 1834 begann ein weitverbreiteter Aufstand der syrischen Bevölkerung, welche sich weder die Monopole, noch die willkürliche Conscription Mehemet's gefallen lassen wollte; und die ganze Macht Ibrahim's war erforderlich, die Empörung zu unterdrücken. Es gelang anfangs dem Vicekönig, sein in Aegypten verfolgtes System auch in Syrien durchzusetzen, allein die Grundlage seiner Macht, das Nilthal, glich nach jedem Jahre immer mehr dem umgehauenen Baume Montesquieu's, welchen der Despotismus fällt, um eine Frucht bequemer zu pflücken. Die Hülfsquellen und die Heere, die Aegypten dem Vicekönig lieferte, genügten kaum zur Behauptung des erworbenen Syriens, wo sein System immerwährende Unruhen zur Folge hatte, und zu seinen übrigen Eroberungen, die sein Ehrgeiz und seine Habsucht immer weiter nach dem Süden seines Reichs in Afrika und in Arabien ausdehnte. Reisende, die sein System und seine Verwaltung genauer kannten (Cadalvène und la Breuvery) sagten seinen Untergang voraus, oder vermutheten als Folge seiner Benutzung der europäischen Civilisation zukünftige Ereignisse, welche seinen Zwecken, wenn sie einträten, in keiner Weise entsprechen würden. Sie sahen in Allem, was Mehemet bewirkt hatte, nichts Anderes, als eine Vorbereitung zu einem Zustande der arabischen Race, worin diese nach Jahrhunderten als selbstständig und vielleicht als übermächtig vor der türkischen auftreten könnte. Mehe-

met's Heer besteht in der Masse aus Arabern, und nur die Offiziere waren Türken; der Bruch mit dem Großherrn hat neuen Zufluß aus den Gebieten der Pforte und aus dem Kern jener Nation gehemmt, während die Türken im Dienste Mehemet's allmählig aussterben; der Sieg und das Bewußtseyn der Kraft hat seiner Armee ein moralisches Selbstgefühl verliehen, wie es orientalische Truppen seit Jahrhunderten nicht besaßen; die Menge der arabischen Stämme, die noch vor einem Jahrhundert unabhängig, durch seinen Despotismus unterworfen und bedrückt wurden, möchten durch die gemeinsame Sclaverei die Bande ihrer Nationalität anknüpfen, deren sie im Zustande der Freiheit entbehrten, und durch Einheit, durch das theilweise Uebergewicht europäischer Bildung, die Mehemet unter sie verpflanzte, durch Uebung in den Waffen, die Stellung ertrotzen, welche das System des Vicekönigs ihnen bis jetzt verweigert. Kurz, die Regierung Mehemet's, ob auch im Anfang und dem Schein nach mächtiger, als die des Padischah, möchte nicht dieselbe Dauer, wie des letzteren, verheißen. Uebrigens war Mehemet in Betreff Syriens gezwungen, sein Monopolsystem theilweise aufzugeben. Sobald der englische Handel darunter litt, bewirkte Lord Ponsonby 1836 einen Ferman des Großherrn, welcher jenes ihm untersagte, und die englische Regierung traf Maßregeln, die ihn zur Aufgebung desselben nöthigten. In derselben Weise wirkte Frankreich, und Mehemet erkannte seine Lage zu wohl, um auf Ansprüchen zu beharren, die ihn mit den beiden Seemächten, welche seine Ausgleichung mit dem Sultan erzwingen konnten, in Zwietracht bringen müßten.



Dreißigstes Kapitel.

Frankreich.

Die Kammersitzung von 1833 mit ihrem Processe und den heftigen Parteiäußerungen gegen die von republikanischen Blättern und Gesellschaften organisirte Opposition eines bedeutenden Theiles der Volksmasse war nur das Vorspiel zu entscheidenderen Schritten, welche nach wenigen Monaten eine Crise hervorbrachten, der eine Regierung ohne Halt in der öffentlichen Meinung hätte erliegen müssen. Der Umstand, daß jenes seit Perrier begründete System der sogenannten richtigen Mitte siegreich aus dem Kampfe hervorging, gab einen Beweis seiner inneren Kraft, und somit seiner längeren Dauer, und bewirkte endlich die gänzliche Entfernung der Gefahr eines neuen, gewaltthätigen Umsturzes, welcher bisher bei jedem Tumulte gefürchtet wurde.

Die Kammer selbst hatte ihre frühere Zusammensetzung und Stimmung in die neue Session mit hinübergebracht. Die Parteien und Zwecke waren dieselben. Eine Stelle in der Thronrede, welche staatswidrige Zwecke von „Faktionen" bezeichnete, veranlaßte gleich anfangs eine Debatte, woraus die Minister auf die Neigung der Mehrheit zu Zwangsmaßregeln schließen konnten. Einzelne Mitglieder derselben äußerten sogar ihre Gereiztheit auf andere Weise, als in Debatten; General Bugeaud, welcher von dem Oppositionsgliede Dulong persönlich beleidigt war, erschoß diesen im Duell.

Die heftige Stimmung der Mehrheit ward fortwährend durch Spöttereien der kleinen und Angriffe der größeren republikanischen Zeitungen auf einzelne Deputirte, und durch die schon offen dargelegten Vorbereitungen der Volksgesellschaften zu neuen Revolutionen unterhalten. Die Tribune, durch ihre Verurtheilung nicht geschreckt, reizte von Zeit zu Zeit in Artikeln, deren Worte zwar nicht ausdrücklich die Zwecke ihrer Partei bezeichneten, allein bei der Tendenz des Blattes deutlich genug erkannt wurden, zu gewaltthätigem Widerstande gegen die Regierung auf; die Volksgesellschaften wagten bereits öffentlich ihre Kräfte zu mustern; sie hatten sich bewaffnet und ihre Wirksamkeit vor Allem auf die zweite Stadt des Reiches, auf Lyon, ferner auch auf alle Fabrikstädte des Südens ausgedehnt, wo überhaupt die Regierung einen geringeren Haltpunkt als in den übrigen Theilen des Reiches besaß, da die Bevölkerung im Allgemeinen in die Parteien der Legitimisten und Republikaner getheilt war. In Lyon vermochte aber die Regierung um so weniger einzuschreiten, als der Zweck der Gesellschaften zuförderst nicht politisch, und derselbe war, wie bei den Trade's unions in Großbritannien, eine gegenseitige Uebereinkunft der Arbeiter, den Tagelohn unter einen bestimmten Preis nicht sinken zu lassen, und im entgegengesetzten Falle die Arbeit den Fabrikherrn zu verweigern. Da nun das allgemeine materielle Interesse diesen Verbindungen um so größere Ausdehnung verschaffte, wurden sie der bestehenden Regierung um so gefährlicher, weil eine Schilderhebung von ihrer Seite durch jene Triebfeder noch allgemeiner werden mußte, als durch eine rein politische.

Somit begann eine Reihe von Maßregeln, welche die Unterdrückung der republikanischen Partei bezweckten, bevor ihre Organisation eine drohende Gefahr der Regierung bieten konnte. Den Anfang machte ein Gesetz gegen die öffentlichen Ausrufer, welche die Zeitungen auf den Straßen feilboten. Die Art, wie letzteres geschah, war ein Mittel, politische Aufregung in dem Gewühle einer dicht bevölkerten Stadt, und somit Tumulte zu erregen, welche häufig in der ersten Revolution und seit **1830** mehrere Male durch solche

Veranlassung entstanden waren. Das Gesetz bestimmte die Erlaubniß der Regierung als Bedingung, unter welcher dieser Handel statt finden könnte, und entfernte somit wenigstens e i n e Veranlassung zur Aufregung der Volksmasse. Außerdem ward dadurch der Zweck erreicht, eine Menge der kleineren republikanischen Blätter zu unterdrücken, welche durch ihre finanziellen Verhältnisse nicht im Stande waren, die Mittel der größeren zu ihrer Verbreitung in's Werk zu setzen, und allein auf die niederen Volksklassen berechnet, durch den Verkauf der öffentlichen Ausrufer bestanden. Persil, der entschiedenste Repräsentant der Heftigkeit, womit die Majorität der Kammer den Republikanismus zu bekämpfen entschlossen war, ward hierin von der Regierung vorgeschoben. Das Gesetz erregte heftige Debatten, da die Linke die wahre Bedeutung desselben, eine Maßregel gegen die Presse, ob auch der äußersten Opposition, wozu sie selbst nicht gehörte, zu wohl einsah, um einen Vorgang nicht verhindern zu wollen, welcher andere Maßregeln ähnlicher Art andeuten konnte. Die republikanischen Deputirten widersetzten sich mit noch größerer Heftigkeit, vor Allen Cabet; allein gleich anfangs konnte keine Frage über die Annahme des Gesetzes herrschen. Die Debatten wurden schneller beendet, als es bisher der Fall war. Bald darauf bewirkte sogar die Gereiztheit der Kammer eine Anklage gegen jenen Deputirten wegen der offen und heftig in Reden wie in Schritten ausgesprochenen republikanischen Grundsätze. Es wiederholte sich die Ausmerzung so vieler gesetzgebender Versammlungen Frankreichs seit 1792. Cabet ward von der Kammer ausgeschlossen, zum Gefängniß verurtheilt und floh nach England.

Nach dem Gesetze über die öffentlichen Ausrufer dauerten die Tumulte fort, oder wurden vielmehr bei der Aufregung, welche die Verhandlung der Kammer bewirkt hatte, noch häufiger. In Lyon beschloß die erwähnte Versammlung der Fabrikarbeiter (Mutuellisten) eine gänzliche Unterbrechung der Arbeiten (am 14. Febr. 1830); täglich fanden Tumulte oder wenigstens Zusammenrottungen statt, und eine Verstärkung der Garnison ward nothwendig. Aehnliches ge-

schah zu St. Etienne und Marseille. In letzterer Stadt ward der bewaffneten Macht Widerstand geleistet und mehrere Personen wurden verwundet. In Paris schien die Sache eben so bedenklich, als das neue Gesetz über die Ausrufer zuerst in Anwendung gebracht wurde. Letztere zeigten Neigung, sich zu widersetzen; auf dem Börsenplatze und in anderen Stadttheilen fielen Tumulte vor, die jedoch durch die Polizei schnell unterdrückt wurden (am 23. Febr.). Einige Mißhandlungen gegen zufällig Anwesende erhöheten die allgemeine Erbitterung; man erwartete Aufstände; kurz, die Lage war in der Art, wie sie Thiers bezeichnete: die Regierung befinde sich in demselben Verhältnisse, wie die Legislative im Jahre 1791. Es bleibe ihr allein die Wahl, jene Volksgesellschaften, den Mittelpunkt, von wo die Aufregung ausging, zu unterdrücken, oder selbst zu fallen und wenigstens einen Bürgerkrieg zu veranlassen. Damals habe die constitutionell monarchische Partei es nicht vermocht, zu dem Mittel ihrer Rettung zu greifen, weil zugleich die innere Gefahr der Contrerevolution, und die äußere der fremden Coalition gedroht habe, jetzt finde beides nicht mehr statt, und die Majorität der Kammer dürfe die Freiheit der Associationen beschränken, um einen Feind ohnmächtig zu machen, welcher den Umsturz der bestehenden Regierungsform bezwecke.

Somit brachte der Justizminister ein Gesetz in die Kammer, welches, durchgeführt, die Kraft der Volksgesellschaften lähmen mußte. Als Barthe, selbst ein früherer Carbonaro, mit dem Vorschlage hervortrat, bewirkte seine auffallende Gereiztheit eine der stürmischsten Verhandlungen, welche die sonst so häufig aufgeregte Session nicht selten darbot. Die Opposition suchte vergeblich die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes zu beschränken; der Regierung ward Gewalt ertheilt, sogar jede Verbindung, welche irgend einen politischen Zweck unter andern Formen verbergen könnte, im Keime zu erdrücken, denn das Gesetz verbot jede Association ohne die Erlaubniß der Regierung, der Zweck der Gesellschaft mochte noch so sehr von Politik entfernt seyn. Der frühere Zusammenhalt der Verbindungen ward abgeschnitten,

denn das Gesetz des Consulates wurde in der Art abgeändert, daß eine Gesellschaft von mehr als 20 Personen selbst dann verboten seyn sollte, wenn sie sich in Abtheilungen geringerer Zahl vertheilten. Endlich ward zugleich ein politischer Zweck anderer Art erzielt. Das richterliche Erkenntniß über die Associationen, welche die Sicherheit und das Bestehen des Staates bedrohten, ward der Pairskammer überwiesen, welcher durch unbestimmte Ausdrücke der Charte und nach dem Vorgange Englands eine richterliche Gewalt in der Charte bereits ertheilt war, allein ohne nähere Bestimmungen ihres Bereiches und ihres Wirkungskreises. Das Gesetz bezweckte somit eine Vergrößerung der Gewalt jener ersten Kammer, die nach 1830 in der Art gesunken war, daß sie seitdem nur dem Namen nach als gesetzgebender Körper bestanden hatte. Der tiers parti, obgleich seine Journale sich gegen die Beschränkungen aussprachen, schien der Mehrzahl nach denselben nicht abgeneigt zu seyn, allein zugleich den gänzlichen Verlust der Volksgunst, welcher mit der Annahme derselben verbunden seyn mußte, zu scheuen. Er schwieg deßhalb gänzlich in der Kammer und überließ die vergebliche Vertheidigung des bestehenden Zustandes allein der Linken, welche eben so wenig die Neigung der Majorität zu Zwangsmaßregeln zu überwinden vermochte, wie sie sich früher vergeblich bemüht hatte, die Kammer im entgegengesetzten Sinne der Bewegung fortzureißen. Das Gesetz ward am 25. März angenommen, ging beinahe ohne Berathung durch die Pairskammer und trat nach wenigen Tagen in Wirksamkeit, um die Bestrebungen der Volksgesellschaften so schnell als möglich zu lähmen. Allein diese waren bereits zu wohl organisirt und die Gährung zu groß, als daß die Unterdrückung derselben ohne einen Versuch von ihrer Seite, eine neue Revolution durch einen Kampf in den Straßen durchzuführen, hätte statt finden können.

Die Veranlassung zum Beginne jener Empörung gab ein Proceß der Mutuellisten in Lyon. Es entstand ein Tumult vor dem Gerichtshause, und die Sitzung der Jury mußte unterbrochen werden. Eine Erneuerung des Vorfalls war vorauszusehen und beide Theile bereiteten sich zum Kampfe.

Wie es hieß, wiederholte sich die frühere Verbindung der Republikaner und Royalisten unter dem Consulate gegen einen gemeinsamen Feind; so erklärte wenigstens die herrschende Partei den Umstand, daß es den Ersteren im Augenblick des Kampfes weder an Munition, noch an Waffen fehlte, und suchte den Grund der scheinbar mit den Hülfsquellen der arbeitenden Volksklassen unverhältnißmäßigen Mittel zum Kampfe in Geldsummen, welche die zahlreichen und begüterten Legitimisten des Südens den Republikanern sollten dargeboten haben.

Der in Lyon commandirende General Aymard hatte alle Vorkehrungen getroffen, die Erneuerung der Scenen vom 5. zu verhindern. Als am 9. das Urtheil über die angeklagten Mutuellisten gesprochen werden sollte, war der Justizpalast mit Truppen besetzt, und die Tumulte vor demselben wurden mit Gewalt verhindert. Hierdurch gerieth die ganze Bevölkerung der Arbeiter in Bewegung. Bewaffnete zeigten sich auf allen Punkten, die Republik ward ausgerufen und die rothe Fahne der dreifarbigen entgegengesetzt. Gegen **11** Uhr fielen einzelne Schüsse, Barrikaden wurden errichtet und mehrere Häuser als militärische Punkte von den Insurgenten besetzt. Der Präfekt, Graf Gasparin, gab endlich Befehl zum Feuern, und es begann ein Kampf, welcher vielleicht noch blutiger für die Truppen ausfiel, als in den Julitagen von Paris, wobei letzteren aber der Sieg in der Art verblieb, daß eine Umänderung der Staatsverfassung durch Gewalt von Seiten der Republikaner von nun an als unmöglich erschien.

Am ersten Tage waren die Truppen den Insurgenten überlegen; die Barrikaden im Mittelpunkte der Stadt wurden genommen und die Zugänge der Thore geschlossen. Lyon glich einer belagerten Stadt; alle Straßen waren mit Truppen besetzt, die Häuser geschlossen, und während des Kampfes galt das Kriegsgesetz. Durch die Vertheidigung der einzelnen Häuser ward die Anwendung der Artillerie erforderlich; es entstand eine Feuersbrunst, und die Stadt ward von einer theilweisen Verheerung betroffen, welche zugleich mit dem augenblicklichen Stillstand der Fabriken den Wohlstand derselben auf mehrere Jahre hin zerrüttete. Am **10.** wüthete

das Gefecht ohne Entscheidung; am **11.** schien der Kampf den Arbeitern günstig; die Truppen wurden an mehreren Punkten geworfen. Die Arbeiter unterbrachen die Correspondenz der Lokalbehörden mit Paris durch Eroberung des Telegraphen, allein von allen Seiten rückten Verstärkungen hervor; die Theilnahme der umliegenden Ortschaften an dem Aufstande wurde durch Besetzung aller Zugänge zur Stadt verhindert; am Abend hatten die Arbeiter alle gewonnenen Vortheile wieder verloren; ihr Hauptquartier ward genommen, und am **12.** mußten sich die Uebrigbleibenden den Truppen ergeben.

Zugleich mit Lyon begannen Bewegungen in andern Städten, Grenoble, St. Etienne und Paris, wovon die ersteren im Keime unterdrückt, und die der Hauptstadt nach kurzem Widerstand überwunden ward. In Paris war die Gefahr für die Regierung um so geringer, als die Nationalgarde, gegen die Republikaner eben so sehr gereizt, als diese gegen die Regierung, mit einer Erbitterung in den Kampf ging, welcher die ungeordnete und schlecht bewaffnete Masse, worüber die republikanische Partei verfügen konnte, in keiner Weise, selbst ohne den Angriff der Truppen, zu widerstehen vermochten. Mehrere Tage vor dem Beginne der Schilderhebung war der Aufstand erwartet und alle Vorkehrungen der Regierung getroffen worden. Das ministerielle Abendblatt (Journal de Paris) hatte dieß den Republikanern mit der Warnung angekündigt, sie möchten einen vergeblichen Versuch zum Aufstand unterlassen. Allein die Nachrichten der von den Arbeitern am **11.** erfochtenen Vortheile, welche am **12.** nach Paris gelangten und in den republikanischen Zeitungen in der Art verkündet wurden, daß sogar der National seine gewohnte Vorsicht vergaß, bereiteten jedoch den Ausbruch der Insurrektion, obgleich in Paris selbst geringere Hoffnung zum Siege für die Republikaner vorhanden war. Die Volksgesellschaften erklärten sich in Permanenz. Gegen Abend wurden Barrikaden in derselben Gegend, welche der Schauplatz des Aufstandes von **1832** gewesen war, hin und wieder auch in andern Theilen der Stadt, errichtet. Allein schon an demselben Abend wurden mehrere derselben genommen und am andern Morgen

der Kampf durch einen Hauptangriff beendet. Eine Menge von Verhaftungen, worunter auch der Redacteur der Tribune, konnte nach wenigen Stunden ohne Störung vorgenommen werden. Die Crise für Ludwig Philipp war glücklich überstanden, und die Meinung, als könne die bestehende Regierung einem Volksaufstand unterliegen, auf längere Zeit beseitigt.

Da der Aufstand während der Kammersitzung in einem Augenblicke statt gefunden, wo die versammelten Deputirten den Lärm des Kampfes vernehmen konnten, war eine erhöhte Gereiztheit der Majorität die nächste Folge, unter welcher neue Zwangsmaßregeln nach kurzen Debatten beschlossen, und alle Maßregeln der in ihrem Sinne siegreichen Regierung, ungeachtet des Widerstandes der Opposition, ohne Veränderung gebilligt wurden. Am **14.** war die Aufregung der Mehrheit so heftig, daß keine geregelten Debatten möglich waren. Die Kammer beschloß ohne Berathung, sich in Masse zum Könige zu begeben, und diesem ihre unbedingte Mitwirkung zuzusagen. Gleich darauf erschien eine Ordonnanz, welche das richterliche Erkenntniß über Alle, durch die Aufstände von Lyon, Paris, St. Etienne u. s. w., so wie durch die republikanischen Volksgesellschaften bloßgestellten Personen der Pairskammer überwies, und somit die politische Bedeutung, welche derselben durch das Associations-Gesetz ertheilt war, sogleich in's Leben rief. Die Pairskammer selbst faßte in geheimer Sitzung einen dieser Bestimmung angemessenen Beschluß und constituirte sich als Gerichtshof. Die Deputirten nahmen nach kurzdauernden Debatten ein von Persil eingebrachtes Gesetz an, welches den Besitz von Feuerwaffen und Munition ohne Erlaubniß der Behörden verbot, und jegliche Theilnahme am Errichten von Barrikaden mit schweren Strafen belegte. E i n e Bestimmung dieses Gesetzes bezeichnete besonders die Stimmung der Kammer, zukünftige Bürgerkämpfe um jeden Preis zu unterdrücken. Um der Regierung das Mittel in die Hände zu geben, ward die persönliche Freiheit und das Hausrecht, letzteres, eine der Freiheiten, welche die Briten um keinen Preis aufgeben würden, verletzt und Visitationen nach Waffen und Munition erlaubt.

Endlich bewilligte die Kammer, welche sonst in Betreff aller Abgaben oder irgend einer Vermehrung des Budgets eine Aengstlichkeit zeigte, die der Regierung nicht selten unangenehm und beschränkend seyn mußte, dem Kriegsminister einen außerordentlichen Credit von 14 Millionen für 1834 und einen Zuschuß von 22 Millionen für 1835 zur Erhaltung der Militärmacht auf dem Kriegsfuße. Die Wahrscheinlichkeit eines äußeren Krieges war zwar verschwunden, allein die Besorgniß innerer Unruhen war noch immer in der Art überwiegend, daß die Neigung der Mehrheit zu Ersparnissen, worauf die Committenten bei sämmtlichen Deputirten gedrungen hatten, für den Augenblick in den Hintergrund trat.

Bevor jedoch die Crise durch die Aufstände in Lyon, Paris u. s. w. beschleunigt ward, bewirkte jene Neigung der Kammer zur Sparsamkeit einen Beschluß, welcher die Regierung in nicht unbedeutende Verlegenheit setzte, und sogar eine theilweise Veränderung des Ministeriums bewirkte. Dieß waren die Ansprüche der nordamerikanischen Union auf eine Entschädigung für die Verluste, welche Bürger der Republik während des Continentalsystems des Kaisers, als sie bekanntlich den neutralen Zwischenhandel mit den auf dem Festland von Europa verbotenen Colonialwaaren u. s. w. trieben, durch französische Confiscation ihrer Schiffe und ihres Eigenthums erlitten hatten. Jene Republik, durch die Verhältnisse und Tractate europäischer Staaten in ihrer Politik niemals beschränkt, welche ohne Rücksicht auf irgend ein Prinzip jede bestehende Regierung anerkennt, aber im Gefühle ihrer vollkommenen Sicherheit von Außen desto hartnäckiger auf allen Forderungen besteht, welche mit ihren materiellen Interessen zusammenhängen, hatte bereits unter der Restauration jene Entschädigung verlangt. Die Regierung der Bourbons, welche sich durch kein Ereigniß oder keine Uebereinkunft von 1789 bis 1814 für verpflichtet hielt, hatte die Forderung zurückgewiesen, und die amerikanische Regierung hatte energische Schritte unterlassen. Sobald aber Jackson mit einer entschiedenen Majorität, welche das persönliche Uebergewicht des Generals mit beinahe unbeschränkter Gewalt (im Sinne der

Mehrheit) für die Dauer seines Amtes ahnen ließ, zum Präsidenten gewählt war, ließ es sich gleich anfangs von dem energischen, heftigen und hartnäckigen Charakter desselben erwarten, er werde Forderungen, welche das materielle Interesse seines Vaterlandes beträfen, auf andere Weise betreiben, als seine Vorgänger. Die Entschädigungssumme (25 Millionen) wurde unmittelbar nach der Julirevolution auf's Neue eingefordert, und Ludwig Philipp trug kein Bedenken, durch einen Tractat vom 14. Juli 1831 die Schuld anzuerkennen, worauf der Congreß schon häufig gedrungen und auch bei der Gelegenheit, und durch eine etwas gereizte Stimmung der Verhandlungen den General Jackson zur energischen Durchführung der Forderung ermuthigt hatte, wozu jener ohnedem schon aus eigenem Antrieb geneigt war.

Da die Angelegenheit die Finanzen betraf, war natürlich eine Bestätigung der Kammer für den von der Regierung bereits abgeschlossenen Entschädigungsvertrag nothwendig. Unmittelbar nach Annahme des Associationsgesetzes legte daher der Minister des Auswärtigen, Herzog von Broglie, den Tractat der Kammer vor. Dieser Gegenstand gerieth als etwas Fremdartiges plötzlich unter Berathungen, welche alle Leidenschaften und Bestrebungen der Deputirten ausschließlich in Anspruch nahmen. Die Versammlung schien die politischen Verhältnisse zu Nordamerika eben so wenig zu erkennen, als die rechtliche Begründung jener Forderung. Die Opposition widersetzte sich, mit Ausnahme Lafayette's, welcher bei dieser Gelegenheit zum letzten Mal in der Kammer auftrat, (sein Tod erfolgte im Mai) und offenbar aus alter und persönlicher Anhänglichkeit an die Republik, zu deren Gründung er mitgewirkt, für die Entschädigung sprach, und bekämpfte hauptsächlich durch Bignon die rechtliche Begründung der Forderung von amerikanischen Kaufleuten, welche während des Kaiserreichs verbotenen Handel trieben, und machte zugleich geltend, jene seyen durch ungeheuren Gewinn für den einzelnen Verlust entschädigt. Zugleich ward der Nationalstolz um so mehr angeregt, als Broglie ungeschickter Weise die Gefahr eines Krieges mit Nordamerika als Vertheidi-

gungsgrund seines Vorschlages mit der Bemerkung angewandt hatte, dieser Krieg werde eine Störung des Handels bereiten, und somit eine Gelegenheit zu neuen Unruhen darbieten. Der Vorschlag ward verworfen, ob auch mit geringer Majorität (176 gegen 168) Die Kammer erstaunte selbst über dieß unerwartete Resultat und schien die möglichen Folgen der Abstimmung erst dann zu überlegen, als der Marineminister bald darauf einer Verminderung seines Departements im Budget sich mit der Bemerkung widersetzte, diese sey um so unzweckmäßiger, da Frankreich wegen jener Abstimmung der Deputirtenkammer vielleicht wahrscheinlichen Krieg mit einem durch seine Flotte mächtigen Staate zu erwarten habe. Die Niederlage der Regierung war aber ganz Ursache zu einer Veränderung des Ministeriums. Der Herzog von Broglie und Sebastiani reichten ihre Entlassung ein; Barthe, welcher das Associationsgesetz als den Schluß seiner politischen Laufbahn zu betrachten schien und Argout traten ebenfalls zurück, obgleich beide durch die Abstimmung nicht bloßgestellt waren. Die neue Zusammensetzung geschah jedoch weder im Sinne der Opposition, noch des **tiers parti** (5. April), sondern zeigte eine noch entschiedenere Farbe als früher, denn Persil, der heftigste Repräsentant der Mehrheit, welcher innere Ruhe durch Gewalt und immer größere Beschränkungen zu erstreben suchte, und dessen Name durch seine erbitterten Verfolgungen der Presse um so bezeichnender und bekannter war, ward Justizminister. Das Ministerium des Auswärtigen übernahm Herr v. Rigny und behielt provisorisch das der Marine; Thiers ward Minister des Innern, Duchatel, bisher als Deputirter von der Partei der Doctrinäre bekannt, erhielt das Departement des Handels; die Uebrigen, Soult, Humann, Guizot, behielten ihre Stellen. Das System blieb wie es war.

Nach der Aufregung der stürmischen und entscheidenden Sitzungen trat eine beinahe gänzliche Abspannung der Kammer ein. Die Versammlungen des letzten Monates entbehrten sowohl der genauen Prüfung, als eines wichtigen Resultates. Das Budget ward beinahe ohne Berathung angenommen, und Gesetzesvorschläge über materielle Verbesserun-

gen auf die Zukunft verschoben. Die Kammer schien zu fühlen, sie habe ihr Mandat, die Sicherung des bestehenden Zustandes, die Herrschaft der Mittelklasse und des damit verbundenen Systemes erfüllt, und sah somit ihrer Auflösung entgegen. Die Regierung schien aber bei einer vollkommenen Billigung des befolgten Verfahrens nicht durchaus gewiß, eine neue Entscheidung der Wähler für die Fortsetzung ihres Systemes für nothwendig zu halten. Unmittelbar nach dem Schluß der Kammer (24. Mai) erschien somit die Auflösungs-Ordonnanz; die Wahlcollegien wurden auf den 21. Juni zusammen berufen, und die Eröffnung der neuen Kammer schien auf den 20. August und später sogar auf den 31. als beschlossen. Man bemerkte durch diese Eile die Ungewißheit der Regierung über die Stimmung der Mittelklassen hinsichtlich des mit Strenge eingeschlagenen Weges, und sah voraus, nach Ueberwindung des hauptsächlichsten Widerstandes der Republikaner rücke der Augenblick näher, wo Doctrinäre und **tiers parti** sich trennen würden, welcher letztere zwar noch nicht offen den Regierungsmaßregeln sich widersetzt hatte, allein diese doch im Geheimen zu mißbilligen schien, oder sich wenigstens aller offenbaren Theilnahme an denselben enthielt.

Die Stimmung der Mittelklassen war nach erfochtenem Siege eben so abgespannt wie die der Deputirtenkammer in dem letzten Theil der Session. Der erkämpfte und durch Zwangsmaßregeln beabsichtigte Zweck einer inneren Ruhe war erlangt und die politische Aufregung bei den Massen erdrückt, nachdem sie schon vorher bei der herrschenden Volksklasse verschwunden war; die Bestrebungen der letzteren wandten sich allein auf die Entwickelung der persönlichen Interessen in den stattfindenden Verhältnissen bis zu dem Grade, daß die Parteiaufregung sogar für diejenigen Fragen verschwand, welche während der Restauration als Mittelpunkt für jegliche liberale Tendenz gegolten hatten. Allmählig ward auch die Opposition der Linken in diese Richtung mit hineingezogen, und ihr späterer Widerstand galt immer nur der Fortsetzung des bisherigen Systems zu neuen Beschränkungen; sie schien es aufgegeben zu haben, das was erzwungen oder durchgesetzt war, durch

neue Versuche innerhalb und außerhalb der Kammer in Frage zu stellen, und an einen überwiegenden Einfluß bei der bestehenden Generation nicht länger zu denken. Sogar die Republikaner ließen im Allgemeinen in ihren Anstrengungen durch die Ueberzeugung nach, ihre Sache sey auf einen längeren Zeitraum verloren; von der Aufregung der ersten Jahre, welche der Julirevolution folgten, war nach dem Verlauf fünf anderer nur die Erinnerung noch vorhanden. Es trat eine ähnliche Gleichgültigkeit gegen politische Fragen wie in der ersten Revolution nach dem neunten Thermidor ein; sie begann jedoch wie damals allmählig, und äußerte sich nur noch bei einzelnen Gelegenheiten, wenn politische Ereignisse eine augenblickliche Gefahr befürchten ließen; war diese vorüber, so trat auf der Stelle die frühere Abspannung wieder ein.

Dieser Stimmung entsprach die neugewählte Kammer. Sie besaß weder die Heftigkeit noch die compakte Mehrheit der früheren, obgleich sie im Sinne der Regierung noch entschiedener zusammengesetzt war. Es ward bei den neuen Wahlen offenbar, die linke habe bei den Wählern eben so sehr an Einfluß verloren, wie bei der letzten Versammlung. Die entschiedensten Organe der Partei sahen dies voraus und äußerten vor den Wahlen wenig Hoffnung. Der Erfolg entsprach der Erwartung; gegen siebenzig der Linken fielen durch und wurden durch Deputirte von der herrschenden Partei ersetzt. Diese bildeten somit eine ungeheure Mehrheit. Zweihundert Stimmen waren ministeriell; hundertundzwanzig gehörten zum tiers parti, der Linken allein vierzig an. Die republikanische Partei behielt nur e i n e n Repräsentanten in Garnier Pagès. Die Linke verlor mehrere ihrer bedeutendsten Mitglieder, wie Eusebe Salverte, Voyer d'Argenson u. s. w.; sogar Lafitte ward in Paris nicht wieder gewählt und mußte sich, um in die Kammer zu kommen, an das Wahlcollegium von Rouen wenden. Nur die Legitimisten erhielten Verstärkung und vermehrten ihre geringe Anzahl bis auf fünfzehn, worunter der ausgetretene Pair, Herzog von Fitz James. Die Wähler hatten übrigens fast überall ihre Gleichgültigkeit an dem ferneren Gange der politischen Verhältnisse

durch den Umstand bewiesen, daß ein bedeutender Theil es unterließ, bei den Wahlen sich einzustellen.

Die Mehrheit aber war farblos, einerseits in den Erneuerungen der letzten Sessionen befangen, andererseits dem begonnenen Weg der Reactionen abgeneigt, aber zu schwach und ungewiß, um diejenige Partei der herrschenden Mittelklasse, welche jenes System fortzusetzen entschlossen war, die Doktrinäre, offen zu bekämpfen und zu stürzen. Anfangs schien es, der tiers parti sey überwiegend, und gedenke auf dem Punkte stehen zu bleiben, wohin die letzte Session die Verhältnisse geführt hatte; allein bald darauf zeigte sich dieser eben so unentschieden und zurückhaltend wie früher; der Einfluß der Linken war vorüber, und diese, um ihr System des Widerstandes gegen das herrschende in's Werk zu setzen, genöthigt, dem tiers parti sich anzuschließen, der sie zu Zeiten heranzog, zu Zeiten wieder abstieß; allein auch dieser selbst war weit davon entfernt, in der Kammer fest zu wurzeln; mehr denn hundert zum Theil ältere, zum Theil neu gewählte Kammermitglieder schwankten immerwährend hin und her zwischen Doctrinären und tiers parti, und machten ein fest begründetes Ministerium eben so unmöglich, wie ein bleibendes Regierungssystem. Nur der persönliche Wille des Königs war überwiegend. Man sah, die herrschenden Mittelklassen, nachdem sie die Gewalt erworben, waren aus Gleichgültigkeit oder Unentschlossenheit über die später zu verfolgende Richtung unentschieden. Somit hat die Kammer von 1834 nichts Wichtigeres ausgeführt, und sogar die dem Schein nach in einem Augenblick der Aufregung gegebenen strengeren und wirksameren Gesetze zeigten nach dem Verlauf eines kürzeren Zeitraums nicht die Folgen, welche alle Parteien in verschiedenem Sinne davon erwarteten; erst nach mehreren Sessionen (1837 durch Verwerfung des Gesetzes über Trennung der Civil- und Militärgerichte bei demselben Vergehen) erklärte sich die Kammer selbstständig für den tiers parti und sprach eben dadurch auf indirekte Weise die Nothwendigkeit ihrer Auflösung aus, damit endlich Gewißheit über die Fortsetzung der gereizten Strenge und der Zwangsmaßregeln zu immer größerer Beschränkung der ausgedehnteren politischen Rechte, oder ein

Stillstehen auf dem durchgeführten Standpunkte und zugleich ein gänzliches Vergessen des Vergangenen von der herrschenden Mittelklasse verlangt würde. Auch unter den Ministern selbst trat die Zwietracht ein, welche nach dem erfochtenen Siege diejenigen, welche ihn erkämpften, zu trennen pflegt. Die Zwistigkeiten von Guizot und Thiers, in der Meinungsverschiedenheit des tiers parti und der Doctrinäre gegründet, obgleich Thiers sich der unentschiedenen und schwankenden Partei des ersteren noch nicht angeschlossen hatte, wurden bald im Publikum bekannt. Zuerst aber hatte eine Streitigkeit mit Soult und Thiers zur Folge, daß ersterer aus dem Kriegsministerium zurücktrat. Der napoleonische Marschall, ohne parlamentarische Beredtsamkeit und ohne Gewandtheit, eine deliberirende Versammlung zu leiten, hatte seine Rolle unter den bestehenden Verhältnissen beendet, nachdem er ein mächtiges, wohlorganisirtes Heer geschaffen, und die militärischen Hülfsmittel Frankreichs bis zu dem Grade vermehrt hatte, wie sie kein europäischer Staat sonst besitzt. Seine früheren Gewohnheiten hatten ihn seinen Kollegen und seine in der letzten Sitzung gemachten Forderungen im Kriegsbudget der zur Sparsamkeit geneigten Deputirtenkammer entfremdet. Eine Streitigkeit über Einführung einer neuen Waffe beim Heer, wobei der Marschall zum Vortheil der ihm angehörenden Fabriken einen für den Staat unvortheilhaften Handel geschlossen haben sollte, kam hinzu, um den Bruch zu vollenden. Hierüber entstandene persönliche Streitigkeiten mit Thiers sollen den Marschall bewogen haben, seine Entlassung einzureichen. Er schien sich seitdem dem tiers parti und theilweise der Linken zuzuwenden, und auf die Abstimmungen der Kammer Einfluß zu üben, obgleich er eine parlamentarische Stellung nicht einzunehmen vermochte. Gérard nahm seine Stelle ein.

Als die Kammern am 30. Juli eröffnet waren, zeigte sich gleich Anfangs jene schwankende und ungewisse Stellung, die derjenigen, welche die frühere eingenommen hatte, durchaus entgegengesetzt war. Das doktrinäre Ministerium erwartete in der Adresse neben einer Billigung des vorhergehenden zugleich eine offen ausgesprochene Tendenz in seinem

System; ersteres trat ein, allein die Ausdrücke hinsichtlich des andern waren in der Art schwankend, daß es sowohl den Doktrinären wie dem tiers parti frei stand, sie in ihrem Sinne zu erklären. Die Adresse, nach Art des Kammerpräsidenten Dupin, enthielt mehrere indirekte und tadelnde Andeutungen, die eben, weil sie nichts offen aussprachen, die schwankende Gesinnung der Kammer gleich Anfangs in der Art bezeichneten, wie sie sich später in jeder Session offenbarte.

Die Adresse der Kammer bewirkte in Kurzem fernere Schwankungen des Ministeriums. Die Ungewißheit über ihre Tendenz, welche von den Organen der Doktrinäre in ihrem Sinne, von denen der Opposition und des tiers parti im Sinne des letzteren gedeutet wurde, veranlaßte eine Krisis, die längere Zeit anhielt, allein bei der allgemeinen Indifferenz ohne weitere Folgen blieb. Marschall Gérard schloß sich den Bestrebungen des tiers parti, vor allem der Vergessenheit des Geschehenen an, und schlug deshalb dem Könige eine Amnestie für die politischen Vergehen der letzten Jahre vor, eine Maßregel, worauf die Zeitungen schon seit mehreren Monaten gedrungen hatten. Sein Verlangen ward zurückgewiesen, da die übrigen Minister die Maßregel als ein Zeichen von Schwäche und einer für die Regierung unwürdigen Nachgiebigkeit gegen Zeitungen verwarfen. Der Marschall reichte demgemäß seine Entlassung ein. Der tiers parti schien sich entschieden von der herrschenden zu trennen und die Bewahrung der Kammermehrheit war in dem Falle unmöglich. Nach längeren Unterhandlungen erhielt Graf Molé die Präsidentschaft, allein diesem gelang es eben so wenig, mit den Häuptern des tiers parti sich zu verständigen. Letzterer mußte zuletzt zur Herrschaft berufen und das doktrinäre Ministerium aufgelös't werden. Allein das neu zusammengesetzte, worunter Charles Dupin, Teste und Passy, sonderbarer Weise unter der Präsidentschaft eines früheren napoleonischen und durch seine unbedingte Ergebenheit gegen den Kaiser bekannten Ministers, Herzog v. Bassano (Maret) bestand nur wenige Tage; der Entschluß, die persönliche Einwirkung des Königs im Ministerrathe sich nicht gefallen zu lassen, führte seine Auflösung herbei und die

früheren Minister nahmen ihre so eben verlassenen Stellen wieder ein, unter der Präsidentschaft des Marschalls Mortier, über welche letztere man noch mehr zu erstaunen Ursache hatte, als über die Präsidentschaft des Herzogs von Bassano. Mortier schien nie eine politische Ansicht gehabt zu haben; er war früher nur als tapferer, aber nicht sehr einsichtsvoller Feldherr bekannt gewesen, und schon lange in der Art zurückgetreten, daß der Kaiser ihn 1815 schon nicht mehr hatte gebrauchen wollen. In der Kammer war er bald darauf um so auffallender, als er nicht im Stande war, wenige Worte im Zusammenhange hervorzubringen.

Die Kammer, auf den ersten December durch den einzigen Akt des Ministeriums Bassano zusammenberufen, hatte über den Streit der Doktrinäre und des tiers parti zu entscheiden. Es entspann sich eine lange Debatte über die Bedeutung der Adresse, worin letzterer durch alle seine Redner, Etienne, Passy, Teste, sogar Dupin, welcher den Präsidentenstuhl mit der Rednerbühne vertauschte, die Doctrinäre, welche sich jetzt offen als Partei des Widerstandes aussprachen, zum ersten Male auf der Tribüne offen bekämpfte. Eine bestimmte Erklärung ward gleich Anfangs dadurch nothwendig, daß die Ministeriellen zuerst durch General Bugeaud eine entschiedene Abstimmung hinsichtlich der Adresse verlangten, und zuzugestehen schienen, die Deutung derselben in der bisherigen Form könne nur zu ihrem Nachtheil ausfallen. Die zahlreichen Mitglieder der Mehrheit, welche unentschlossen zwischen beiden Fraktionen hin- und herschwankten, entschieden hierauf gegen den tiers parti und die Kammer nahm somit ihre frühere Erklärung zurück. Die doktrinäre Partei behielt für's erstere die Leitung der Staatsgeschäfte, ob sich gleich Anfangs die Aussicht darbot, eben durch die Masse der schwankenden Mitglieder werde ein bleibendes Kabinet für die ganze Dauer der Kammer unmöglich werden.

Die Fortsetzung der Session bot noch einmal eine ministerielle Krise. Mortier, welcher in einer anderen Kammer kaum eine Sitzung hindurch seinen Posten als Präsident des Ministerrathes hätte behaupten können, war der nichts

bedeutenden Stellung müde, die ihm im Kabinet ertheilt worden war, und mochte außerdem über den Umstand gereizt seyn, daß er die Angriffe und den Spott der Opposition, ohne jemals antworten zu können, beinahe täglich anhören mußte. Am 20. Februar reichte er deshalb dem Könige seine Entlassung ein, und wurde, wie es schien, von der Bürde einer politischen Stellung erleichtert, welche sein Ehrgeiz im Laufe seines ganzen Lebens niemals vorher erstrebt hatte. Die Vervollständigung des bisherigen Kabinets zog sich hierauf so sehr in die Länge, daß sogar die Kammer ungeduldig zu werden anfing, und einen Antrag der Opposition nicht zurückwies, die Minister zu Erklärungen über die Ursachen jener Verzögerung aufzufordern. Marschall Soult, welcher sich entschieden dem tiers parti angeschlossen, hatte nämlich, als die Präsidentschaft ihm angeboten wurde, Bedingungen aufgestellt, welche dem herrschenden Systeme des Widerstandes und somit der doktrinären Regierung ein Ende machen mußten, und vor allem die Maßregel der Amnestie als erste Handlung bei seinem Wiedereintritt gefordert, Bedingungen, welche unter den bestehenden Verhältnissen weder bei einer bedeutenden Fraktion der Deputirten-Mehrheit und noch viel weniger bei der Pairskammer Anklang fanden, welche letztere, durch das Gesetz gegen die Verbindungen und durch die Beschlüsse nach den Aprilaufständen wieder zu politischer Wichtigkeit gelangt, eine Gelegenheit, dieselbe zum erstenmal factisch wieder zu beweisen, sich nur ungern wollte entgehen lassen. Die Fraktion der Unentschlossenen, damals gewöhnlich mit dem Namen der „Reunion Fulcheron" bezeichnet, weil sie sich in der Wohnung dieses Deputirten zu Vorberathungen versammelte, beendete endlich die 12tägige Ungewißheit, aus Besorgniß, die längere Verzögerung möchte nach den erwähnten Kammerdebatten eine gänzliche Auflösung des bestehenden Kabinets und bei einer Regierung des tiers parti auch den Einfluß der Linken zur Folge haben, womit sie noch immer das Schreckbild neuerer Unruhen und einer Aufregung im Innern der Kammer verband, welche letztere sie bei der gegenwärtigen Stimmung der Versammlung fast eben so sehr scheute, als den

Lärm auf den Straßen. Jene Fraktion ließ Guizot ihre Unterstützung zusagen, wenn Broglie wieder in's Ministerium als Präsident berufen würde, obgleich einige ihrer Mitglieder durch die Abstimmung bei der amerikanischen Entschädigungsfrage zu der Entfernung des Herzogs mit beigetragen hatten. Das Ministerium ward somit endlich durch jenen früheren Minister der Auswärtigen und durch Maison, damals Gesandten in Petersburg, ergänzt, wovon letzterer durch seinen bei der Armee berühmten Namen der doktrinären Regierung einen größeren Halt verlieh, als sie bisher besaß, und sich bis jetzt noch ihr anschließen konnte, da er unter der Restauration für ein ähnliches System gewirkt, mit Guizot in Gent gewesen war, und von Frankreich seit längerer Zeit als Gesandter in Wien und Petersburg entfernt, noch keine Verbindung mit der andern Fraktion der früheren Mehrheit eingegangen war.

Die Linke, während der ganzen Dauer der Kammer in demselben Verhältniß als die Whigs unter Castlereagh und Liverpool, vermochte nie gegen die überwiegende Mehrheit irgend einen Beschluß in ihrem Sinne durchzuführen. Sie war auf den Widerstand gegen die begonnene Reaction beschränkt, unterlag Anfangs jeder Abstimmung, vermochte jedoch durch Consequenz und durch eine ruhigere Opposition als früher, bei einzelnen, in jeder Session angeregten Zwecken die herrschende Partei zuletzt zu Maßregeln, die sie beabsichtigte, zu nöthigen, wie Joseph Hume bis 1830 bei jeder Abstimmung im Parlamente verhöhnt und überstimmt wurde, allein dennoch seinen Hauptzweck der Ersparnisse im Budget, während er jedesmal mit seinen Vorschlägen unterlag, mit jedem Jahre allmählig bis zu dem Grade, unter Wellington's Ministerium (1830), durchsetzte, wie die herrschende Partei der Tories es sich 1829 niemals hätte träumen lassen. Dasselbe war in Hinsicht der Amnestiefrage der Fall. Beide Verhältnisse hatten um so größere Aehnlichkeit, als die Durchführung nicht von der Opposition, sondern von der herrschenden Partei, die durch Ausdauer der Linken dazu genöthigt wurde, ausging. Der tiers parti war hierin mit der Linken verbündet, bewirkte aber durch sein unentschiedenes und schwankendes Auf-

treten, daß die Ehre derselben nicht ihm, sondern später allein dem König, der sie aus persönlichem Antrieb zu gewähren schien, und der entschlossenen Opposition anheim fiel, die mehrere Jahre hindurch unaufhörlich darauf gedrungen hatte.

Die Maßregel kam zuerst, vom Marquis von Sade angeregt, bei Gelegenheit eines Gesetzesvorschlages zur Sprache, wodurch die Summe von 300,000 Fr. zur Erbauung eines neuen Saales für die Pairskammer bewilligt werden sollte, worin diese ihre Gerichtssitzungen über die politischen Angeklagten halten würde. Die Opposition, wobei sich der tiers parti zurückzog, drang auf Verwerfung des Vorschlages und brachte dabei eine allgemeine Amnestie in Anregung, jedoch nicht länger durch theilweise Vertheidigung des Vorgefallenen oder Rechtfertigung der Personen, sondern als die zweckmäßigste Maßregel, eine vollkommene Beruhigung aller Leidenschaften zu bewirken. Die Opposition unterlag diesmal wie in späteren Sessionen bei den Abstimmungen über diese Frage, da der tiers parti es für gefährlich hielt, die Krone zu einer Maßregel zu zwingen, von der er wünschte, sie möge aus dem freien Antrieb derselben hervorgehen. Außerdem waren mehrere Kammermitglieder, welche später, nach dem gänzlichen Bruch der Doktrinäre und jener Fraktion der Mehrheit, ebenfalls darauf drangen, für den Augenblick der Maßregel abgeneigt, von der sie eine für die Zukunft einflußreichere Stellung der Pairskammer erwarteten.

Die Stimmung der Kammer war jedoch Berathungen über materielle Interessen um so günstiger, je mehr sie den eigentlichen Parteifragen abgeneigt war. Allein auch hier bewirkte ihr Schwanken und ihre Aengstlichkeit, der Regierung Hindernisse in den Weg zu legen, kein für die unmittelbare Gegenwart entscheidendes Resultat, obgleich die Committenten von den Deputirten Beschlüsse der Art zu erwarten schienen. So wie die schwankenden Mitglieder anfänglich oft gegen ihre wirklichen politischen Bestrebungen stimmten, eben so wagten sie nicht, sich der Regierung zu widersetzen, so oft das Interesse derselben diese oder das eines Theiles der höchst besteuerten und durch die geltenden Gesetze zu einer monopolisirten Industrie begünstigten

Wähler für die Interessen Aller in Frage gestellt wurden. Den offenbarsten Beweis gab eine Verlängerung des Tabakmonopols, welches der Regierung 1829 auf fünf Jahre verlängert war. Dies Recht, welches im Prinzip den angenommenen Staatsgrundgesetzen widerstreitet, und ohnedem durch Beschränkung der Produktion und Verarbeitung von den herrschenden Mittelklassen durchaus als nachtheilig erkannt war, wurde dennoch der Regierung nicht genommen, obgleich schon bei der letzten Verlängerung angedeutet war, man möge einen Plan entwerfen und vorschlagen, wonach die Fabrikation und der Anbau freigegeben, und der Ausfall durch eine Consumtions- und Grundsteuer gedeckt werden könnte. Die Kammer trug Bedenken, einen entscheidenden Beschluß zu fassen. Sie suchte die Frage im Interesse ihrer Committenten zu umgehen, und zugleich der Regierung sich nicht zu widersetzen. Sie schlug einen Mittelweg ein, bewilligte die Fortdauer des Monopols nur auf fünf Jahre, anstatt der zehen, welche der Finanzminister verlangt hatte, und setzte endlich nach Art des englischen Parlamentes eine Untersuchungscommission ein, welche die zweckmäßigen Mittel, das Monopol in Zukunft aufzuheben, in Vorschlag bringen sollte. Mehrere Deputirte, die 1829 auf schnelle Aufhebung des Monopols gedrungen hatten, gaben ihre Stimme in diesem ausweichenden Sinne ab, oder enthielten sich gänzlich des Votirens. Aehnliches geschah bei Vorschlägen zur Ausdehnung der Handelsfreiheit, obgleich der Verbündete Frankreichs, Großbritannien, zu verschiedenen Zeiten darauf drang, und obgleich in Deutschland eine Handelsvereinigung des größeren Theiles der deutschen Staaten auf Veranlassung Preußens zu Stande kam, welche den Handel Frankreichs mit Deutschland durch die bestehenden und zum Vortheil einzelner Fabrikanten beschränkten Zollgesetze mit der Zeit zu Grunde zu richten drohte.

Der Wiedereintritt des Herzogs von Broglie hatte bereits die schon früher ausgesprochene Absicht der Minister bestätigt, sie würden die Ansprüche der Union, von deren Gerechtigkeit sie überzeugt waren, der neugewählten Kammer zur Bestätigung wieder vorlegen. Die Verhältnisse mit Nordamerika hatten ohnedem,

wie vorausgesagt war, eine Wendung genommen, welche die neue Berathung nothwendig machten, und waren der Art, daß Frankreich nur die Wahl zwischen Krieg und Frieden blieb: Nordamerika war genug von Außen gesichert, mächtig und in seinen Finanzen sogar in der Art blühend, daß ein jährlicher Ueberschuß der Staatseinkünfte unter Jackson's Präsidentschaft sich ergab, um einen Krieg, welcher zuförderst durch Flotten geführt werden mußte, mit Frankreich irgendwie zu befürchten, oder deshalb von jenen Geldforderungen nachzulassen, welche dieser Staat um so mehr als Ehrensache betrachtete, da er, noch energischer als Großbritannien, die materiellen Interessen seiner Bürger dem Auslande gegenüber zu beschützen gewohnt war. Jackson, in seiner gewohnten Heftigkeit, hatte bei Eröffnung des Congresses 1834 eine Sprache geführt, die einen nahen Kampf ahnen ließ, und der Congreß nicht allein alle Maßregeln, welche der Präsident in der Entschädigungsangelegenheit ergreifen würde, im Voraus gebilligt, sondern zugleich die zu Flottenrüstungen nothwendigen Geldsummen bewilligt. Der Präsident hatte zwar keine Kriegserklärung, aber doch eine Maßregel vorgeschlagen, welche nothwendig zum Kampfe hätte führen müssen. Er machte den Antrag, im Fall Frankreich die Entschädigung verweigere, solle Nordamerika sich selbst Recht verschaffen, und französisches Gut als Entschädigung in Beschlag nehmen. Der nordamerikanische Gesandte in Paris, Herr Clay, hatte seine Pässe gefordert und die französische Regierung den ihrigen aus Washington zurückberufen. Die diplomatischen Verbindungen waren bereits abgebrochen und England hatte sich zur Vermittlung anbieten müssen. Kurz, die Angelegenheiten waren auf einen Punkt gelangt, wo der Krieg als nahe und wahrscheinlich erschien, sobald die geforderte Entschädigung der Union abgeschlagen wurde.

Die französischen Deputirten waren seit der Verwerfung des Entschädigungsvertrages zur Besinnung gekommen. Der Krieg um die für Frankreich unbedeutende Summe von 25 Millionen, dessen Führung das Zehnfache kosten und dessen Ausgang jedenfalls ungewiß seyn könnte, schien ihnen natürlich

nicht die Ersparniß aufzuwiegen, deren Rücksicht den früheren Beschluß bewirkt hatte. Außerdem war ersterer durchaus den Interessen der Mittelklassen entgegen, da der Seehandel eines bedeutenden Theiles derselben unterbrochen oder größeren Verlusten ausgesetzt wurde. Die Besorgniß, welche hinsichtlich der europäischen Staaten die Politik Frankreichs seit 1831 gegleitet hatte, wurde auf's neue durch Nordamerika angeregt, und somit war kein Zweifel über die endliche Annahme vorhanden, welche am 15ten April von der Kammer statt fand. Die Opposition, worunter diesmal Legitimisten, besonders Berryer bemerkbar wurden, suchte vergeblich das Gefühl der durch Jacksons heftige Ausdrücke und Drohungen beleidigten Nationalehre aufzuregen; außer der Erkenntniß von der wahren Begründung der Forderungen, war die Berücksichtigung der materiellen Interessen wie in den vergangenen Jahren überwiegend und die Majorität war stärker, als man wegen der früheren Verwerfung hätte erwarten sollen (125 gegen 29.)

Verhandlungen der Kammer andrer Art gaben ebensowohl einen Beweis ihrer Unentschiedenheit wie die über größere politische Fragen. So zog sich eine Ergänzung des Municipalgesetzes während mehrerer Sessionen in die Länge; ebenso suchten Einzelne vergeblich bei den Verhandlungen über das Budget die Emancipation der westindischen Sclaven anzuregen, welche nach dem was von England ausging für die Zukunft nothwendig seyn könnte; die Kammer verwarf, ohne dergleichen Prinzipien zu verletzen, und verschob somit die Entscheidung auf zukünftige Zeiten. Ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister war das Einzige von größerer Wichtigkeit, welches die Session zu Stande brachte. Die bedeutendsten Bestimmungen betrafen darin die Verantwortlichkeit des Ministeriums im Ganzen, während dieselbe bisher auf einzelnen Personen haftete, und das ausschließliche Recht derselben, eine Anklage gegen die ihnen untergeordneten Beamten einzuleiten, welches den Deputirten, aus Aengstlichkeit, die Rechte der Krone zu schmälern und die Kraft der Administration zu schwächen, benommen wurde. Letztere Bestimmung schien der Opposition den in Frankreich vorherrschenden Principien direkt zu widersprechen

und möchte um so weniger von Dauer seyn, als die willkürliche Gewalt der Beamten und besonders der polizeilichen mit den allgemein anerkannten politischen Grundsätzen häufig in entschiedenem Widerspruch steht. Das Einzige, was die Kammer außerdem von größerem Einfluß auf die Zukunft beschloß, die erste Errichtung von Eisenbahnen, und eine Dampfschiffahrt nach dem Orient, hing mit der stets anwachsenden industriellen Thätigkeit des Staates zusammen, die sich bis zu einem Grade vermehrte, den man vor 1830 nie geahnet hatte und welche sich mit jedem Momente weiter entwickelte, je mehr die politische Aufregung in den Hintergrund trat. Sie erschien zuletzt als die hauptsächlichste Folge der letzten Revolution, welche die bis zur möglichsten Ausdehnung ausgeführte Theilung des Eigenthums, wie sie die erste Revolution durchführte und wodurch die Ausübung der Industrie auf die Dauer noch mehr begünstigt wird als in England, in der Art sicherte, daß selbst die übertriebenste Hoffnung der Legitimisten von der Farbe der Quotidienne schwerlich jedesmal dieselbe Tendenz sich wieder denken könnte, wie sie unter Villèle durch das Majoratsgesetz ausgesprochen war, und wie sie der alte Adel in Coblenz und nach 1814 u. s. w. vor Augen hatte.

Die im Beginn der Session von den Deputirten gezeigte Gleichgültigkeit gegen Parteiaufregung wich jedoch der Leidenschaftlichkeit der früheren Kammer durch zwei Veranlassungen, welche die gereitzte Stimmung während der Unruhen plötzlich wieder hervorriefen. Jene Fraktion der schwankenden Mitglieder, welche gewöhnlich die Sitzungen der Kammer leer ließ, war dadurch plötzlich zu derselben Heftigkeit und somit zu neuen Zwangsmaaßregeln gegen die besiegte Partei wieder aufgeregt. Diese Veranlassungen waren der Proceß der politischen Angeklagten und ein Verbrechen gegen das Leben des Königs.

Die Pairs hatten seit dem 14ten November Vorbereitungen zu dem Proceß derjenigen Angeklagten getroffen, welche durch Theilnahme an den bürgerlichen Unruhen blosgestellt waren. An 2000 Personen wurden in Untersuchung gezogen, 1700 Aktenstücke geprüft und 4000 Zeugenverhöre vorgenommen. Diese Zahl der Angeklagten verminderte sich jedoch mit jedem

Tage und schwand zuletzt auf 104 zusammen. Bevor noch der Proceß begann, zeigten mehrere Zwischenfälle die Schwierigkeiten, in welchen sich der Gerichtshof ohne größeren Vorgang der Art in Frankreich befinden würde. Er setzte die Vertheidiger der Angeklagten ein und benahm letzteren somit ein Recht, welches bisher nach französischem Gesetz der Wahl derselben überlassen blieb, und weigerte sich überhaupt, andere Advocaten als ordinirte zuzulassen. Der Advocatenstand fand hierdurch die Procedur der Vertheidigung verletzt und protestirte in Paris durch seinen Batonnier, einen Bruder Dupin's, gegen den Beschluß, ob er gleich keine Gewalt besaß, ihn zu vernichten. Die von Amtswegen ernannten Advocaten erklärten demgemäß die ihnen aufgetragene Stellung wider Willen der Angeklagten nicht anzunehmen, und letztere weigerten sich im Voraus auf jede ihnen vorgelegte Frage zu antworten, wenn die Vertheidiger ihrer Wahl, worunter Deputirte, Journalisten, sogar Fremde, nicht zugelassen würden. Der Pairshof jedoch entschied in noch einmal wiederholter Berathung hinsichtlich der ordinirten Advocaten, wenn sie von den Angeklagten zurückgewiesen würden, keinen Zwang auszuüben, allein nur Mitglieder dieses Standes als Vertheidiger zuzulassen.

Am 5ten Mai begann der Proceß. Die Angeklagten waren nach den Städten geordnet, da es sich aus der Untersuchung ergab, die politischen Gesellschaften an verschiedenen Punkten, hätten zwar in allgemeiner Verbindung gestanden, allein über den Aufstand keine bestimmte Uebereinkunft geschlossen. Sie weigerten sich beinahe sämmtlich, irgend wie zu antworten, sobald die unbedingte Wahl ihrer Vertheidiger ihnen nicht überlassen bliebe. Der Auftritt ward hierauf nach erfolgter Weigerung immer mehr ein tumultuarischer; nach der verneinenden Entscheidung des Pairshofs wurden die Angeklagten unruhig, unterbrachen, häufig die Vorlesung des Anklageactes durch Worte oder Lärmen; der Generalprocurator drohete vergebens, und der Tumult stieg zuletzt in der Art, daß Verhandlungen unmöglich wurden; es fielen sogar Gewaltthätigkeiten mit den Municipalgardisten vor. Auch ein Zwischenfall unterbrach die Verhandlungen; der Reformateur die Tribüne enthielt am folgenden

Tage nach dieser Sitzung eine Protestation der zurückgewiesenen Advocaten, welche hinsichtlich der Pairs in so verletzenden Ausdrücken abgefaßt war, daß es sich, nach einem Vorgange von mehreren Monaten, worin die Pairskammer das Beispiel der Deputirten gegen die Tribüne nachahmte, und Armand Carrel, auf Anklage Segur's, zum Maximum der Strafe für Preßvergehen verurtheilte, erwarten ließ, ein neuer Proceß ähnlicher Art werde die Folge seyn. Am 12ten Mai stellte der Herzog von Montebello den Antrag und dieser ward beinahe ohne Verhandlungen angenommen. Es ergab sich hiebei eine politische Schwierigkeit, deren Lösung als rechtlicher Vorgang von Wichtigkeit war. Die Protestation war von den Deputirten Audry de Puyraveau und Cormenin unterzeichnet und ein richterliches Verfahren konnte somit nur durch Erlaubniß der Deputirtenkammer statt finden. Als dasselbe durch eine Botschaft der Pairskammer verlangt wurde, erklärte Cormenin in den darauf folgenden Verhandlungen, seine Unterschrift unter die Protestation nicht gesetzt haben. Audry aber schwieg, vielleicht in der boshaften Absicht, der Majorität Gelegenheit darzubieten, die Würde der Kammer als eines gesetzgebenden Körpers herabzusetzen. Der Kammerpräsident schien letzteres zu fühlen; er versuchte vergeblich, die Mehrheit von einem Beschlusse zurückzuhalten, wodurch sie ihre Gewalt sich vergäbe. Bei der ministeriellen Mehrheit war jedoch im Augenblick allein die Betrachtung vorherrschend, das Verfahren des von den Zeitungen unnerwährend angegriffenen Pairshofes indirekt zu billigen, und Audry wurde somit zur Verfügung der Pairskammer gestellt. Gleich darauf erschien eine Erklärung desselben, er werde sich vor den Schranken der Pairskammer nur durch Gewalt gezwungen stellen. Bald aber ergab sich aus dem Verhör der Angeklagten und durch eine Aussage Armand Carrel's, der Brief sey ohne Mitwissen der Personen geschrieben, deren Name darunter gesetzt war. Die Angelegenheit nahm somit eine andere Wendung; Audry de Puyraveau hütete sich, einer Aufforderung des Präsidenten zu folgen, und durch Einreichung seiner Entlassung der Deputirtenkammer die Demüthigung zu ersparen; er weigerte sich zu erscheinen und

wurde wegen Mangel an Achtung gegen den Pairshof zu einer geringen Strafe verurtheilt, während den verantwortlichen Herausgebern der anderen Journale und den Verfassern der Protestation das Maximum der Strafe zuerkannt wurde. Aus dem ganzen Fall ergab sich nur die indirekte Billigung der Deputirten in Betreff des bisherigen Verfahrens der Pairs und der Vorgang über das Recht der letzteren, Deputirte vor ihr Tribunal zu ziehen.

Auch in der Deputirtenkammer trat ein Fall ein, der einen neuen Proceß zur Folge hatte. Während der Verhandlungen über Audry entstand in den Vorzimmern ein persönlicher Streit mehrerer Deputirten der Mehrheit, unter Andern des durch seine Heftigkeit bekannten Grafen Jaubert, mit Journalisten, welcher anderen Tages einen heftigen Artikel im Reformateur zur Folge hatte. Die Mehrheit, durch die Widerspenstigkeit und das lärmende Verfahren der Angeklagten und durch die hierdurch veranlaßten Angriffe der Zeitungen gegen jenes gerichtliche Verfahren eben so sehr erbittert wie die Pairs, schritt sogleich zur Anklage, und ungeachtet der Bemühungen Dupin's und der reuigen Erklärung des Verfassers (Raspail), er habe den Artikel in augenblicklicher Aufwallung geschrieben, ward derselbe zu 1000 Fr. Strafe verurtheilt.

Der Proceß ging während dessen auf die frühere Weise weiter. Die Angeklagten weigerten sich zu antworten, protestirten fortwährend gegen das Verfahren und unterbrachen durch Lärmen die Sitzungen. Nur die Lyoner benahmen sich Anfangs auf andere Weise, befolgten aber später ebenfalls das Benehmen ihrer übrigen Gefährten. Der Pairshof mußte ohne weitere Rücksicht, indem er durch Munizipalgardisten die Ordnung mit Gewalt aufrecht erhalten ließ, zum Zeugenverhör, zu den Verhandlungen und zum Urtheile schreiten. Letzteres traf 59 Angeklagte, größtentheils Lyoner, da es den Parisern, unter Andern Cavaignac, gelungen war, nach England zu entfliehen. Es fiel milder aus, als man erwartete; mehrere wurden freigesprochen, der größere Theil zu kleinern, der geringere zu harten Strafen, Niemand jedoch zum Tode verurtheilt (13ten August). Die Pairskammer hatte ihre, von nun

an nicht mehr angefochtene Gewalt durch einen Vorgang begründet, der im Beginn alle politische Leidenschaften des vergangenen Jahres wieder erweckte, allein, nach wenigen Monaten von der Nation kaum mehr berücksichtigt, um so weniger am Schluß beachtet wurde, als die politische Erbitterung der Mittelklassen durch ein neues Ereigniß kurz vorher, sowohl heftiger wie folgenreicher als im Beginn des Processes veranlaßt ward. Bei der Feier der Julitage (am 18ten) wurde nämlich ein ähnliches Verbrechen gegen das Leben des Königs wie früher gegen das des ersten Consuls mit denselben zerstörenden Folgen für die Einwohner von Paris verübt.

Es schien, die Erbitterung der Republikaner habe sich vor Allem gegen die Person des Königs, bei dessen bekannter Leitung in Betreff der bisher befolgten Politik, gewandt, um so mehr, als seine Theilnahme weder in den Kammern, noch in andern Organen der öffentlichen Meinung, von der herrschenden Partei verborgen wurde. Die Republikaner unterlagen für die Gegenwart, ohne irgend eine Hoffnung für eine sogar entferntere Zukunft zu besitzen. Die heftige Aufregung unter ihnen selbst ging allmählig verloren, allein bei einzelnen Individuen blieb jene desto größere Erbitterung zurück, welche, mit Schwärmerei, der alle Wirksamkeit abgeschnitten ist, verbunden, die Fanatiker der Besiegten zum Meuchelmorde zu bewaffnen pflegt. Wie gegen den ersten Consul, als er die Parteikämpfe unterdrückt hatte, folgten somit in der kurzen Zeit von 18 Monaten 3 Mordversuche gegen das Leben des Königs schnell aufeinander, mit dessen Person die herrschende, wie die besiegte Partei das Regierungssystem zu verknüpfen gewohnt war.

Der erste Versuch war der einer Höllenmaschine. Als der König, von einem zahlreichen Generalstabe begleitet, bei der Musterung der Nationalgarde die Boulevards hinunterritt, sanken plötzlich 40 Personen, wovon mehrere augenblicklich getödtet oder gefährlich verwundet, durch eine Art Kartätschenfeuer auf das Pflaster nieder; unter ersteren war der Marschall Mortier. Das Verbrechen hatte jedoch dieselbe Wirkung, wie das vom 9. Nivose, das Staatsoberhaupt, dessen Tod es bezweckte,

blieb unverletzt, und das mörderische Blei wüthete allein unter der Bevölkerung von Paris. Somit entstand die höchste Erbitterung, und die Stimmung gegen das Verbrechen war bei allen Parteien dieselbe. Die entschiedensten Organe der Republikaner lehnten alle Theilnahme ihrer Partei auf dieselbe Weise ab, wie die gleichfalls im Anfange beargwohnten Legitimisten. Der Verbrecher ward ergriffen; es war ein Corse, mit Namen Fieschi, früher wegen Diebstahl in seiner Ehre bereits gebrandmarkt, mit dem wilden, gewaltthätigen Charakter seiner Landsleute, und wie diese schwankend und ohne deutliche Erkenntniß in moralischen Begriffen. Die Maschine, womit er das Verbrechen verübte, war ein horizontales Brett, worauf mehrere Flintenläufe neben einander, bis an den Rand mit Projektilen jeder Art geladen, befestigt waren. Als sie sich entlud, sprangen mehrere Läufe, und verwundeten ihn selbst, so daß seine Gefangennehmung erleichtert wurde.

Eine Ordonnanz übertrug sogleich die Untersuchung und das richterliche Erkenntniß über dieß Verbrechen der Pairskammer, welche sich auch nach wenigen Tagen als Gerichtshof constituirte, dessen Gewalt von nun an nicht länger in Frage gestellt wurde, und welchem die betheiligten Parteien seitdem ohne Widerstand sich unterwarfen. Eine andere Ordonnanz berief die gesetzgebenden Kammern, um durch neue Zwangsmaßregeln die Wiederholung jener Verbrechen zu verhindern, und den letzten Keim der republikanischen Aufreizung, als dessen Folge die Minister das verübte Verbrechen betrachteten, zu unterdrücken. Was das Erstere betraf, so ergab sich in Kurzem, Fieschi sey jeder Partei fremd; er hatte durch persönliche Verbindungen mit zwei Republikanern sich die Mittel verschafft, seine Höllenmaschine zu verfertigen; Eröffnungen, welche eine Geliebte von ihm gab, führten nähere Aufschlüsse herbei, durch welche im Ganzen drei Personen, Morey, Pepin und Boireau, als Theilnehmer am Verbrechen wahrscheinlich wurden. Die drei wurden später im März 1837, ungeachtet ihres Ableugnens, von der Pairskammer für schuldig erkannt. Die zwei ersteren starben mit Fieschi unter der Guillotine.

Das plötzliche Wiedererwachen der politischen Erbitterung,

und aller Leidenschaften, welche früher die Majorität bewegten, bewirkten nach dem Verbrechen Gesetze, die wegen der ungeheuren, auf Preßvergehen angedrohten Strafen und wegen einzelner Beschränkungen der politischen Blätter der Form nach mit den bisherigen Verhältnissen der Presse einen offenbaren Gegensatz bildeten, jedoch in Eile entworfen, berathen und angenommen, bei den übrigen Verhältnissen Frankreichs schwerlich eben so wenig dem Buchstaben nach ausgeübt werden könnten, wie so manche Gesetze des englischen Criminal-Codex über Hochverrath und Felonie. Herr von Broglie brachte am 4. August zwei Gesetzesvorschläge in die wieder zusammengetretene Deputirtenkammer, welche der Art waren, daß sogar bei der allgemeinsten Erschlaffung eine plötzliche Spannung wieder eintreten mußte. Beide wurden als die sichersten Mittel hingestellt, die politische Aufregung, welche in der Presse allein ihren Grund habe, zur Verhütung ähnlicher Verbrechen, wie am 28. Juli, für immer zu unterdrücken. Das Eine betraf die Jury und bestimmte, daß die Verurtheilung einer verklagten Zeitung nicht mehr wie früher durch eine Mehrheit von zwei Dritteln der Geschworenen, sondern durch die einfache Majorität entschieden werde; das andere war darauf berechnet, durch ungeheure Strafen die Opposition der Presse in der Art einzuschüchtern, daß ein leidenschaftlicher Widerstand in Zukunft nicht mehr statt fände. Das Maximum der Strafe von 10,000 wurde auf 50,000 Fr. erhöht. Angriffe gegen die Person des Königs und das Bestehen der Regierung sollten als Attentate betrachtet und der Pairskammer überwiesen werden können; es wurden nicht allein die Herausgeber der Zeitungen, sondern auch die Verfasser der Artikel verantwortlich gemacht, und im äußersten Falle die Deportationsstrafe ausgesetzt; die Caution für größere politische Zeitungen wurden von 48,000 auf 100,000 Fr. erhöht; endlich ward die Censur hinsichtlich der politischen Carrikaturen durch die Bestimmung wieder eingeführt, Kupferstiche, Steindrücke u. s. w. müßten vor der Veröffentlichung die Erlaubniß der Behörden zum Verkaufe erhalten.

Das Gesetz stand mit allen früheren Bestrebungen der

herrschenden Partei zu sehr im Widerspruch, als daß ein lebhafter Widerstand auch von Seiten des tiers parti nicht hätte statt finden sollen. Etienne und Dupin standen entschieden dagegen auf; sogar Royer Collard unterbrach sein Schweigen seit 1827 und ließ seine Stimme mit demselben Nachdruck und derselben Klarheit, wie in der Zeit des heftigsten Ultraroyalismus zum ersten Mal wieder vernehmen. Sauzet war der Einzige dieser Fraktion, welcher die Doktrinäre in diesen Gesetzesentwürfen unterstützte. Die Linke blieb machtlos; an zahlreiche Niederlagen gewöhnt, war sie von der Annahme des Gesetzes bereits vor der Abstimmung überzeugt und konnte sich allein auf Protestation gegen Bestimmungen beschränken, welche, ausgeübt, den bisher geltenden Grundprinzipien der Regierungsform widersprächen. Die bedeutende Anzahl der schwankenden Mitglieder war hier entscheidend. Sie trat während der Verhandlung nicht offen hervor, gab aber bei der Abstimmung in der Art den Ausschlag, daß sie theilweise ihr Verfahren zu bereuen schien, als die Liste der Majorität von den Zeitungen veröffentlicht wurde und die Namen der Reunion Fulchiron sich sämmtlich in ihr vorfanden.

Die Gesetze bewirkten in ganz Frankreich und selbst bei der herrschenden Partei im ersten Augenblicke eine unangenehme Stimmung. Man erkannte die Uebereilung, und sah bald die Gefahr, welche dem Lebensprinzipe einer freien Regierungsform, der Presse im Allgemeinen, geboten wurde, obgleich die Minister Persil und Thiers bei der Verhandlung erklärten, die Gesetze seyen allein gegen die Organe der Partei, welche den Umsturz der bestehenden Regierungsform bezwecke, jedoch nicht gegen die verfassungsmäßige Opposition gerichtet. Die Gesetze erwiesen sich aber in der Ausführung als unwirksam. Eine Jury hat seitdem niemals, ungeachtet einzelner Bemühungen der Doktrinäre, ein Verdict gegeben, worauf dieselben anwendbar wären; die Pairskammer schien einen Versuch, die ihr übertragene Gewalt in dieser Hinsicht auszuüben, später (1837) zurückzuweisen; kurz hinsichtlich der Jury geschah dasselbe, wie in England, wo die Geschworenen in der Ueberzeugung einer unverhältnißmäßigen Strenge des Criminal-

gesetzes, bei gelinderen Vergehen eine Freisprechung, sogar bei erwiesenem Thatbestande, der Verurtheilung vorzieht. Die bestehenden Verhältnisse einer constitutionellen Monarchie waren in Frankreich zu tief gewurzelt, als daß ein Verfahren im Extrem, wie es die gegebenen Gesetze gewährten, jemals gelingen könnte. So wie einerseits die republikanische Partei keine weitere Aufregung zu bereiten vermochte, scheiterten die späteren Versuche der Doktrinäre, in derselben Strenge zu verfahren, wie es in der 1832 gewählten Kammer ihnen möglich wurde. Als nach dem vollständigen Siege der Regierung die Aufregung des Kampfes verschwunden war, blieb somit das Gesetz, als der letzte Nachhall der erbitterten Stimmung der Mittelklassen, ohne Einfluß; die einzige Wirkung, die es äußerte, war das Aufhören der politischen Carrikaturen, und der Umstand, daß republikanische Zeitungen einzelne Andeutungen auf verstecktere Weise, aber deutlich genug aussprachen, um in ihrem wahren Sinne verstanden zu werden. Die schwankende, 1834 gewählte Kammer, ohne bestimmten Willen und ohne entschiedene Richtung, hinterließ somit der Zukunft nur ein größeres Gesetz, welches, ausgeübt, der Willkühr eine Waffe bieten könnte, allein mit dem wirklichen Zustande Frankreichs in Widerspruch, so lange es besteht, ein todter Buchstabe bleiben wird. Die Folge, welche sich für die Doktrinäre aus dem Gesetze ergab, war übrigens der Fall dieser Partei; die Stimmung der Mittelklassen, jeder Aufregung abgeneigt, wandte sich von den durch sie immer wiederholten Deklamationen und Maßregeln gegen Anarchie, die nirgends mehr Gefahr drohete, eben so ab, wie seit 1831 von der Linken, welche die politischen Leidenschaften nach Außen hin in Bewegung zu setzen suchte; dieser Fraktion der herrschenden Partei entging nach wenigen Monaten das Staatsruder, und als sie im Sept. 1836 wieder zur Regierung gelangt war, verurtheilte sogar die bisher schwankende und unentschiedene Kammer ihr System durch die Verwerfung eines Gesetzes, auf dessen Durchführung sie alle ihre Kräfte und Mittel verwendet hatte. (Das Gesetz über Trennung der Civil- und Militärgerichte bei denselben politischen Verbrechen.)

So wie die republikanische Presse durch die sogenannten Septembergesetze in der Wirklichkeit beschränkt ward, äußerten dieselben eben so wenig eine andere Folge, welche die Kammermehrheit erwartete. Der politische Fanatismus der Einzelnen war dadurch eben so wenig zu unterdrücken, als die Partei im Ganzen. Obgleich die öffentliche Meinung alle Versuche des Meuchelmordes genugsam bei Fieschi gebrandmarkt hatte, fanden im Jahre 1836 zwei andre gegen das Leben des Königs statt. Die Ruhe, welche überall in Frankreich auf gleiche Weise bei allen Parteien eintrat, lag in den Verhältnissen selbst, und in der inneren Befestigung des constitutionellen Königthums durch Sitten und Interessen. In den äußern, gesetzlichen Formen lag die Ursache dieser Stimmung eben so wenig, wie in andern Mitteln, welche von der Regierung angewandt wurden, um die öffentliche Meinung zu leiten.

Einunddreißigstes Kapitel.

England.

Nach der Eröffnung der zweiten Session des reformirten Parlaments war es den Whigs nicht länger möglich, den Zwiespalt im Inneren ihrer Partei in Betreff, Irlands und der Hochkirche, zu unterdrücken. Der mit jedem Tage steigende Einfluß O'Connel's im Parlamente, durch die vollkommene freiwillige Unterwerfung der irischen liberalen Mitglieder unter den Willen des Agitators; als eines Parteihauptes, die Ungeduld der englischen und schottischen nicht anglikanischen Protestanten; die seit 1815 schon genährte Gereizt-

heit der Radikalen gegen Alles, was mit der Hochkirche zusammenhing. Alles dieß veranlaßte endlich eine entschiedene Stellung der Whigs gegen letztere, aber auch zugleich eine Trennung ihrer Partei von Seiten derjenigen Mitglieder, welche die Erhaltung derselben in den bestehenden Formen, entweder aus religiöser Anhänglichkeit oder wegen der Besorgniß bezweckten, ihr Fall werde andere, der bestehenden Verfassung widerstrebende Veränderungen zur Folge haben. Dieß wurde schon seit einiger Zeit geahnet. Die Zeitungen sagten voraus, die Zehntenfrage Irlands werde eine Auflösung des Cabinets zur Folge haben, da weder Stanley noch Sir J. Graham ein Geheimniß über ihre politische Meinung hinsichtlich der Hochkirche und der damit eng verbundenen Angelegenheiten Irlands gemacht hatten.

Die Minister unterließen es, den kitzlichen Punkt über die Verwendung des Kircheneigenthums zu nicht kirchlichen Zwecken, welcher bei der irischen Kirchenreformbill im vergangenen Jahre umgangen war, selbst anzuregen, obgleich die Thronrede ein Gesetz über die Ablösung der irischen Zehnten verkündet hatte, womit die Frage nothwendig verbunden seyn mußte. Das Parlament wartete lange; als jedoch die Angelegenheit nicht zur Sprache kam, machte endlich Ward am 29. Mai 1834 einen Antrag in diesem Sinne, wonach der Hochkirche in Irland ein Theil ihrer Einkünfte unmittelbar entzogen werden sollte. Ward sprach dabei im Sinne der Mehrheit unter den Whigs den Grundsatz aus, das Parlament besitze die Gewalt, über das Eigenthum der Kirche, als dem des Staatsinstitutes, unumschränkt zu verfügen.

Die Debatten sollten beginnen, als Lord Althorp das Haus aufforderte, die Verhandlung zu verschieben. Dies geschah, denn fast sämmtliche Parlamentsglieder waren mit den Verhältnissen im Cabinet zu genau bekannt, um die nothwendigen Folgen des Vorschlags nicht einzusehen, dessen Besprechung endlich unausweichbar geworden war. Die Folgen traten sogleich ein: die Mitglieder des Cabinets hatten sich in ihren Meinungen getrennt, und Stanley, Graham, Herzog Richmond und Graf Ripon (Goderich) reichten ihre Entlas-

sung ein, da sie mit der Entscheidung der übrigen Whigminister nicht übereinstimmten. Die beiden ersteren traten sogleich als entschiedene Gegner jeglicher Maßregel auf, welche die bestehende Kirche irgend wie antasten konnte, und wurden somit der Torypartei in Kurzem zugeführt; Stanley sprach sich nach wenigen Tagen in seiner gewohnten Heftigkeit gegen die Richtung seiner früheren Gefährten aus, und verletzte sogar das im englischen Parlamente gewöhnliche Herkommen, die Person des Königs in Parteikämpfe hineinzuziehen; er machte die Abneigung desselben in Betreff jener Maßregel offen bekannt, und schien die Meinung von der Unhaltbarkeit des Ministeriums, wenn es jenen Zweck weiter verfolgen würde, wegen der persönlichen Stimmung Wilhelms IV., anzudeuten. Ersteres ward bald darauf vom Könige selbst bestätigt; dieser äußerte sich gegen eine Deputation der Bischöfe bei Gelegenheit seines Geburtstages auf eine Weise, daß er sich zwar nicht offen gegen seine Minister erklärte, aber doch deutlich genug seine Abneigung gegen jede Veränderung in Betreff der Hochkirche zu erkennen gab.

Das Ministerium hatte sich neu zusammensetzen müssen, der Marquis Cunningham, Graf Carlisle, Lord Aukland und H. Spring Rice, letzterer schon lange als einer der gewandtesten Redner der Whigpartei bekannt, nahmen die Stelle der ausgetretenen Mitglieder ein. Kaum war dieß jedoch geschehen, als neue Verwirrungen unter den Whigs neue Modificationen erforderten. Dieß war das Verhältniß zu O'Connel, der mit seinen unbedingt ihm zur Verfügung stehenden irischen Mitgliedern und durch den Verein mit den Radikalen eine Stellung im Parlamente einnahm, die seine Unterstützung den Ministern zuletzt zur Nothwendigkeit machte. Ein großer Theil der Whigs, vor Allen Lord Grey, schien sich doch nicht entschließen zu können, mit einem Manne in Verbindung zu treten, dessen Einfluß auf der Anhänglichkeit der Volksmasse in Irland beruhte, und der noch vor Kurzem die Auflösung der Union durch politische Aufregung in's Werk zu setzen gestrebt hatte. Die irische Zwangsbill bot die Veranlassung zu dieser neuen Uneinigkeit dar. Der Staatssekretär für

Irland, Lyttleton, hatte als Privatmann O'Connel die Mittheilung gemacht, bei der Erneuerung der irischen Zwangsbill, werde der Artikel über das Verbot von Versammlungen wegbleiben, da dieß nichts desto weniger unterblieb, als die Bill zur Erneuerung in's Oberhaus gebracht wurde, erfolgte eine von O'Connell veranlaßte heftige Debatte im Unterhause, worin die radikalen Mitglieder den Agitator in der Art unterstützten, daß die Unmöglichkeit voraus gesehen wurde, die Majorität, ohne entscheidende Maßregeln hinsichtlich Irlands länger zu bewahren. Es ergab sich ferner aus einer schwankenden Antwort Lord Althorps, auf eine Frage Hume's, die Minister selbst seyen über die Zwangsbill nicht einig gewesen, und diese allein von Lord Grey ausgegangen. Ein Antrag O'Connel's, die Correspondenz mit dem Lord Statthalter von Irland hierüber vorzulegen, ward zwar verworfen, allein das Haus schien nicht geneigt, auf die Dauer, den Ministern hierin nachzugeben, und das Ministerium war somit genöthig, sich zu verändern. Lord Grey und Althorp traten aus, unter denen Letzterer vielleicht noch eine größere persönliche Abneigung gegen O'Connel hegte, als der Präsident des Kabinets. Lord Grey trat von nun an von der politischen Bühne seines Vaterlandes zurück, auf der er seit frühester Jugend geglänzt, und seit den Zeiten Pitt's die größte Wirksamkeit unter den englischen Staatsmännern der neuesten Zeit geäußert hatte. Seine Stelle erhielt Lord Melbourne. Nachdem sich die Wiederzusammensetzung des Ministeriums einige Zeit lang hingehalten hatte, ward auch Lord Althorp bewogen, die Stelle eines Kanzlers der Schatzkammer wieder anzunehmen, und bald darauf zeigten die Vorschläge der Minister, entscheidende Maßregeln, hinsichtlich Irlands seyen zur Bedingung der Wiederzusammensetzung gemacht worden. Letzteres konnte übrigens schon der Eintritt Lord Duncannon's, welcher von jeher die Sache Irlands verfochten hatte, als Minister des Innern beweisen, ein Umstand, welcher dem Cabinet die unbedingte Unterstützung O'Connel's und aller irischen Mitglieder sicherte.

Dieß zeigte sich in Kurzem. Die Zwangsbill ward eingebracht am 18. Juli, und mehrere lästige Bestimmungen,

unter anderm die des Feuerauslöschens am Abend (corfew), darin ausgelassen. Die Dauer derselben war bis auf den 1. August 1835 beschränkt. O'Connel trat somit in durchaus anderer Weise wie früher auf; der Umstand, daß die Whigs ihm in einigen Punkten nachgaben, zugleich auch die Ueberzeugung von dem redlichen Willen der Partei hinsichtlich Irlands nach überstandener Krise, hatten seine Heftigkeit wenigstens im Parlamente, wo die demagogische Taktik der Volksversammlungen keinen Einfluß übte, herabgestimmt; er nahm von nun an dort die Stellung ein, unter welcher sein Einfluß allein möglich war, konnte aber dennoch, zum Schaden der Whigs, seine Leidenschaft nicht in der Art regeln, daß er bei andern Gelegenheiten, wie in den Debatten des Unterhauses, alle Vorurtheile der Engländer nicht von Zeit zu Zeit wieder angeregt hätte.

Die zweite Bill in Betreff Irlands, welche die Minister einbrachten, betraf die Hauptbestrebung der Iren, die Ablösung des Zehnten. Lyttleton trat mit der Bill hervor, deren Hauptbestimmung, die Ersetzung dieser Abgabe durch eine Grundsteuer betraf, welche nicht länger von den Beauftragten der Geistlichen, sondern von der Regierung eingezogen werden, und die Steuer selbst in Zeit von fünf Jahren ablösbar seyn sollte. O'Connel war damit nicht ganz zufrieden, weil der Vortheil hauptsächlich den Grundbesitzern und nicht den Pächtern anheim fallen mußte, und weil die Verwendung des Kircheneigenthums auf Staatszwecke darin auf's Neue umgangen war. Bei der Stellung, die er von nun an einnahm, hütete er sich jedoch, Vorschlägen der Regierung, womit dieselbe wenigstens theilweise den Beschwerden der irischen Volksmasse abzuhelfen suchte, Hindernisse in den Weg zu legen. Seine einzige Bestrebung war von nun an, bei den Verhandlungen der einzelnen Artikel, welche Irland betrafen, Veränderungen durchzuführen, wodurch sein Streben nach einer größeren Ausdehnung politischer Rechte und materieller Vortheile nach Unten durchgeführt werden konnte, jedoch sich niemals den Whigs, welche eine Reform der irischen Verhältnisse seit der letzten Ministercrise

offen bezweckten, entschieden zu widersetzen, eben so wenig wie er im Parlamente die Frage über Auflösung der Union wieder anzuregen wagte. Diese Taktik gelang ihm zum ersten Mal bei der Bill Littletons, wo er das Haus zu einem Beschlusse bewog, nach welchem vierzig Prozent denen, die Vorschuß leisteten, bei Ablösung des Zehnten unmittelbar bewilligt werden sollten.

Irland aber war die Klippe, woran die bisher unwiderstehliche Gewalt der Whigs zu scheitern anfing. Die Tories, im Oberhause fest begründet, befolgten von nun an durch die Entscheidung dieses Theiles der gesetzgebenden Gewalt, eine Taktik, welche einen Theil der englischen Volksmasse ihnen allmählig wieder zuführte. Hinsichtlich der politischen Verhältnisse Englands und Schottlands zeigten sich die Lords niemals den beabsichtigten Reformen durchaus abgeneigt; sie waren dagegen desto starrer in Betreff Irlands und aller Veränderungen, welche die Whigpartei hinsichtlich der Hochkirche beabsichtigte. Die vorausgesehene feindliche Stimmung der Mehrheit in beiden Häusern brach endlich aus. Die irische Zehntbill ward von den Lords nach einer heftigen Debatte verworfen, worin vor allem die Bischöfe die früheren religiösen und politischen Vorurtheile der Engländer in Betreff der katholischen Iren wieder zu erwecken suchten. Andererseits ward die Leidenschaftlichkeit der Gemeinen dadurch aufgeregt; es erfolgte ein Vorschlag, die Bischöfe vom Hause der Lords auszuschließen, welcher für den Augenblick verworfen wurde, allein um so mehr einen nicht unbedeutenden Eindruck hinterließ, als er nicht ohne rechtliche Begründung war, weil die Reformation die Geistlichen aus dem Unterhause entfernt und der eigenmächtige Wille Heinrichs VIII. allein sie im Unterhause zurückgelassen hatte. Der zweite Punkt, worin das Unterhaus mit den Lords feindlich zusammentraf, war die Zulässung der Dissenters zu den englischen Universitäten. Die Angelegenheit war an sich unbedeutender, da die englischen Verhältnisse und Gesetze bei keinem Mitgliede des gelehrten Standes eine Erziehung auf den zwei anglikanischen Hochschulen erforderten, welche, ohnedem ganz allein auf klassische

und allgemeine Bildung berechnet, für praktische Studien niemals Gelegenheit darboten. Aerzte waren seit lange gewohnt, auf den calvinistischen Universitäten Schottlands oder im Auslande zu studiren, und ihre Grade zu erhalten; Rechtsgelehrte hatten niemals die Kenntniß englischer Gesetze in Oxford oder Cambridge gesucht; kurz, die Frage über Zulassung der Dissenters in den beiden letzteren erschien blos als einer der ersten Versuche, die Rechte der Hochkirche zu schmälern. Am 18. Juli hatte das Haus der Gemeinen einen Beschluß gefaßt, wonach die Beschränkung jener Universitäten aufgehoben werden sollte; das Oberhaus verwarf den Antrag, und zeigte bei der Verhandlung über diese weniger wichtige Frage eine eben so starre Erbitterung gegen jede kirchliche Veränderung wie bei den Angelegenheiten, welche die Einkünfte und die finanziellen Verhältnisse der Kirche betrafen.

In Kurzem schien jegliche Maßregel der Gesetzgebung durch den Zwiespalt beider Häuser gelähmt zu seyn. Sogar Verbesserungen im Rechtsverfahren, Brougham's Localcourtsbill, welche die Aufhebung der gerichtlichen Centralisation in London für Fälle geringerer Art, und somit eine wohlfeilere Rechtspflege zum Vortheil der niederen und mittleren Klassen bezweckte, war verworfen worden; es begann die später noch mehr hervortretende Unwirksamkeit des Parlamentes, welche allmählig bei den Radikalen und sogar bei einem Theile der Whigs die Meinung von der Unverträglichkeit der bestehenden Form des Oberhauses mit den reformirten Gemeinen hervorrief. Die Torypartei, auf die Lords gestützt, trat mit jeder Session entschiedener hervor, und vermehrte mit jedem Jahre die Hindernisse, welche der Whigregierung sich darboten, konnte aber nie ihren verlorenen Einfluß in dem Grade wieder erlangen, daß die auf das Unterhaus sich stützenden Minister zum freiwilligen Rücktritt aus der Regierung wären genöthigt worden.

Somit scheiterte fast jede Bestrebung der Mehrheit, in den Gemeinen fernere Reformen und Veränderungen durchzusetzen. Nur zwei größere Maßregeln für England wurden noch durchgeführt und in's Leben gerufen, die Veränderung

der Armengesetze und später die Reform der Stadtcorporationen; erstere eine Maßregel des Parlamentes von 1834, welche am 12. April von den Ministern in's Unterhaus gebracht wurde.

Die bis dahin bestehenden Armengesetze, auf ein Statut der Elisabeth begründet, worin jegliches Kirchspiel zur Ernährung seiner Armen gezwungen wurde, hatten durch das Drükkende der dadurch veranlaßten und mit jedem Jahre sich mehrenden Lokalsteuern, durch die Beförderung der Immoralität und das ungleiche Verhältniß zwischen der begünstigten Faulheit und der bedrückten Unabhängigkeit bei den arbeitenden Volksklassen seit längerer Zeit eine so starke Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Veränderung in dieser Hinsicht hervorgerufen, daß keine Partei dieselbe abzuleugnen wagte; die Art jedoch, wie die Minister auf durchgreifende Weise dem Uebel abzuhelfen suchten, bewirkte in einzelnen Bestimmungen, nachdem die Maßregel eingebracht war, eine heftige Opposition, worin die äußersten Tories mit einem Theile der Radikalen, Wynford, Chandos, Inglis mit Cobbet zusammentrafen. Das Hauptprinzip der Bill war die Aufhebung des Mißverhältnisses im Wohlleben, welches durch Ernährung einer faulen und für die Industrie der Nation verlorenen Menschenmasse im Gegensatze zu der nothleidenden und zur Erhaltung derselben gezwungenen Arbeiterklasse des niederen Volkes, bewirkt war. Die Minister schlugen vor, die Armen, welche Unterstützung einforderten, zum Eintritt in Arbeitshäuser zu zwingen, sie dort unter immerwährende strenge Aufsicht zu stellen, ihre Ernährung u. s. w. zu verschlechtern, und somit die niederen Volksklassen von der bisher so leichten und bequemen Art, auf Kosten Anderer zu leben, abzuschrecken. Die größere Strenge ward ferner durch eine Veränderung der Behörden in dieser Hinsicht bezweckt; anstatt der früheren Armenaufseher der Kirchspiele, welche durch Lokaleinflüsse immerwährend beschränkt und von dem Willen der Lokalbehörden abhängig waren, wurde die Aufsicht über die Verwaltung der Armensteuern, Arbeitshäuser rc. einem Centralbureau von Armenkommissionen für ganz England übergeben, welche allein der

Gesetzgebung und den Ministern verantwortlich seyn sollten, so daß die Bestimmungen des Gesetzes rücksichtslos konnten ausgeführt werden. Mit gleicher Strenge suchten die Minister einem moralischen Uebelstande vorzubeugen, welcher durch häufigen, dadurch veranlaßten Meineid und Betrügereien das rechtliche Gefühl der Nation schon lange empört hatte. Es ward vorgeschlagen, das bisherige Gesetz über Ernährung unehelicher Kinder von Seiten des Vaters abzuschaffen, und letztere der Mutter allein zu überweisen.

Jene Entfernung eines für industrielle Nationen um so größeren Uebelstandes der Ernährung einer nichtproducirenden und faulen Volksmasse von Seiten des Staates, erregte übrigens in einem größeren Theile der Nation unangenehmen Eindruck, sogar theilweise bei den Wählern in denjenigen Städten, wo jeder Eingeborene zur Stimme berechtigt war, und wo somit eine nicht unbedeutende Zahl der Wähler selbst die Aussicht hatte, in's Arbeitshaus zu gelangen. Die Times, bis dahin entschieden ministeriell, begann den Widerstand auf ihre gewöhnliche, grobe und heftige Weise; einzelne Tories von der äußersten Fraktion der Partei bekämpften die Bill auf eben so leidenschaftliche Weise, wie alle Versuche an den Verhältnissen der Kirche zu verändern. Cobbet und andere radikale Mitglieder schlossen sich ihnen an, allein die gemäßigteren Tories waren von der Nothwendigkeit dieser Veränderung eben so überzeugt wie die Whigs und unterließen es, jene Mitglieder ihrer Partei zu unterstützen. Die Bill ward mit wenigen Veränderungen, unter denen die hauptsächlichste dem Vater unehelicher Kinder einen Theil der Ernährung derselben durch eine Aversalsumme übertrug, die bedeutendste war, von beiden Häusern angenommen, und trat sogleich in Wirksamkeit. Die Ausführung hat einen Theil der niederen Volksklassen gegen die Whigs erbittert, während diese bei den mittleren und arbeitsamen, deren Stellung sie durch das neue Armengesetz um so mehr sicherten, einen desto festeren Haltpunkt erlangten.

Außer den Reformen erlangte die herrschende Partei eine um so sicherere Begründung in der öffentlichen Meinung durch

ihre Verwaltung. Daß Budget befriedigt immer mehr auch diejenige Fraktion der Radikalen, welche, durch Joseph Hume repräsentirt, unter der Toryregierung auf eine Verminderung der Taxen gedrungen hatte, wie diese 1830 für unmöglich erklärt wurde. Die Regierung war durch die Verhältnisse des Hofes und durch früher eingegangene Verbindlichkeiten vielfach beschränkt; Abgaben waren vermindert, und dennoch ergab sich schon 1833 ein Ueberschuß von 1,501,933 L. 1834 war bereits ein Ueberschuß von 2,177,030 L. vorhanden, obgleich die Staatseinkünfte, hauptsächlich durch Herabsetzung von Zöllen, auf 1,500,000 L. vermindert waren. Durch den Vergleich dieser Regierung mit der verschwenderischen Toryverwaltung von 1815—1830, wo die Regierung den sich ergebenden Ueberschuß, ohne größere Taxen herabzusetzen, oder Sinecuren und Gehalte zu vermindern, unter ihre Partei vertheilte oder zu Bestechungen von Parlamentsgliedern verwandte, wurde die Begründung der Whigs in der Stellung, die sie einnahmen, ungeachtet aller ungünstigen Verhältnisse in Betreff des Oberhauses und des Hofes dadurch um so mehr befestigt, wie bald darauf Ereignisse erwiesen, die sie für den Augenblick vom Ruder verdrängten.

Die Partei war durch die Trennung in ihrer Mitte, welche durch die Verhältnisse der Hochkirche statt gefunden hatte, theilweise geschwächt; der Widerstand der Lords hatte ihre fernere Wirksamkeit ohne Wiederbeginn der früheren Aufregung in Frage gestellt; der Einfluß der anglikanischen Geistlichkeit beim Volke, sowie die Vorurtheile der Engländer gegen Irland, gegen O'Connels Persönlichkeit und gegen dessen Bestrebungen zur Aufhebung der Union waren nicht ohne Erfolg in Bewegung gesetzt; der König hatte bereits offen seine Abneigung gegen Maßregeln erklärt, welche die bestehenden Verhältnisse der Hochkirche verletzen würden; bald kam noch häuslicher Einfluß und sein persönlicher Widerwille gegen einzelne Mitglieder des Kabinets hinzu, um ihn der Torypartei, welche ohnedem mit einem Theile der früheren Whigs sich vereinigt hatte, wieder zuzuführen. Nach der Auflösung des Parlamentes hatte Lord Brougham, der eben so wenig

wie frühere berühmte Redner des Unterhauses in den Formen des Oberhauses sich heimisch fühlte (Murray, Walpole, der ältere Pitt), und welcher ohnedem nicht der Mann war, seine politischen Leidenschaften oder seine persönliche Meinung irgendwie zurückzuhalten, auf einer Reise durch Schottland vor seinen ehemaligen Verbindungen jene schneidende und heftige Beredtsamkeit gezeigt, welche das Unterhaus früher so häufig bis auf's Aeußerste aufregte und hinriß, indeß im Oberhause gewöhnlich die Lords vielfach beleidigte und eine Menge Persönlichkeiten verletzte. Er spottete in Schottland bei öffentlichen Gastmählern über die Schwäche seiner Kollegen, ließ sich Sarkasmen über den König, und, neben Ausfällen auf das Oberhaus, zugleich Aeußerungen über die zukünftige Reform desselben entschlüpfen. Die ganze Aristokratie, die Whigs eben sowohl wie die Tories, wurden über diese Unvorsichtigkeit des Lordkanzlers, des Präsidenten im Oberhause, bis auf's Höchste gereizt, welcher, indem er die höchste Staatswürde im Reiche bekleidete, ungeachtet seines persönlichen Stolzes auf seine Stellung, in Schottland häufig eine Sprache führte, welche sonst nur in Volksversammlungen gewöhnlich zu seyn pflegt.

Alles dies bestimmte den König, den zweiten Versuch einer Wiedereinsetzung der Tories zu machen. Die Gelegenheit bot der Tod Graf Spencer's, des Vaters von Lord Althorp. Letzterer, als ältester Sohn, trat dadurch in das Oberhaus; das Amt eines Kanzlers der Schatzkammer, welches ein Mitglied des Unterhauses bekleiden muß, ward erledigt, und als Lord Melbourne sich am 14. November zum Könige begab, um den Nachfolger Lord Althorp's vorzuschlagen, erklärte ihm dieser barsch und auf eine die Whigs beleidigende Weise, er sey gesonnen, sein ganzes Ministerium zu wechseln. Eine Berathung mit dem Herzog von Wellington deutete die Partei an, welche zur Herrschaft berufen werden sollte.

Die Nachricht überraschte ganz Großbritannien und erweckte jene Aufregung, welche seit der Reformbill geschlummert hatte. Versammlungen folgten überall schnell auf einander. Die Union in Birmingham regte sich auf's Neue; die Parla-

mentsglieder der Mehrheit benutzten alle verfassungsmäßigen Mittel, ihre Committenten für die jetzt nothwendig gewordene Erneuerung der Wahlen in Bewegung zu setzen; die Organe der öffentlichen Meinung erhöhten die Gereiztheit; in Kurzem befanden sich die Parteien in derselben Aufregung wie wenige Jahre vorher.

Lord Wellington, vom Könige berufen, ein neues Cabinet zu bilden, lehnte für sich allein den kitzlichen Auftrag ab; es ward ein Courier an Sir Robert Peel, der in Italien reiste, entsandt, und der Staat blieb somit bis zu dessen Rückkehr mehrere Wochen lang ohne gesetzmäßige Regierung. Unterdeß suchte die Partei die stattfindende Aufregung durch Aeußerungen über ihre von der früheren veränderten Richtung zu beruhigen. Sie erklärte die Reformbill, wie sie durchgeführt war, als Gesetz in jeder Hinsicht zu achten, und sich selbst nicht abgeneigt zur Durchführung jeder gemäßigten und vernünftigen Verbesserung, hütete sich aber wohl, bestimmte Versprechungen über einzelne Punkte in dieser Hinsicht zu geben, wie sie die Whigs von jeher aufgestellt und zur Bedingung ihres Bestehens als Regierung gemacht hatten. Außerdem suchten sie in der Zwischenzeit bis zu den nothwendig gewordenen Wahlen alle Mittel zur Befestigung ihrer Stellen in Ausübung zu setzen; vor Allem ward der Einfluß der Hochkirche und der Presse in's Werk gesetzt, nachdem es der Partei gelungen war, eine der wichtigsten Zeitungen, die Times, zu gewinnen. Hauptsächlich ward auf die Vorurtheile gegen Irland gewirkt, wobei jene Zeitung ihre plötzliche und schon früher oft berüchtigte Inconsequenz wenigstens in dem einen Punkte rechtfertigen konnte, daß sie O'Connel von je her bekämpft hatte. Die hauptsächlichste Anstrengung der Partei aber betraf die bevorstehenden Wahlen. In den Grafschaften war es offenbar, daß die Whigs ihr bisheriges Uebergewicht verloren hatten; die Furcht vor einer Veränderung der Korngesetze, welche in der letzten Session von den Deputirten der industriellen Städte bereits angeregt wurde, war hier zu Gunsten der Tories eben so wirksam, wie ihr jetzt bereits ausgedehnteres Verfahren, durch Verpachtung ihrer Güter an

Zeitpächter und Leaseholders die Zahl der Stimmberechtigten nach der Reformbill in ihrem Einflusse zu vermehren. Außerdem ließ sich erwarten, die kleineren, an frühere Bestechung gewohnten Städte würden, nachdem die Aufregung der Reformbill durch den Sieg verschwunden, den Candidaten dieselbe Gelegenheit, wie früher darbieten, durch die Gewalt des Geldes die politische Ueberzeugung in den Hintergrund zu drängen. Endlich bot sich ihnen in einzelnen Städten der Einfluß der geschlossenen Corporationen, welche ihre Auflösung unter der Whigregierung voraus sehen mußten, und der Regierung dar, welcher auf einzelnen Punkten noch immer bedeutend genug geblieben war, um eine kleinere Anzahl von Stimmen dem bestehenden Ministerium in allen Fällen zu sichern.

Unter diesen Hoffnungn ward das Parlament aufgelöst und das Ministerium (Ende Decembers) zusammengesetzt. Sir Robert Peel hatte versucht, die Whig-Fraktion Stanley und Graham in die Regierung hineinzuziehen, oder wenigstens sich ihren Beistand zu sichern, allein beides war mißlungen. Er und der Herzog von Wellington kamen dadurch in desto größere Verlegenheit, weil sie sehr wohl einsahen, daß die äußerste Fraktion der Tories, die in den Erinnerungen Castlereaghs befangen, jeglicher Partei in England zum Anstoß gereichen mußte, weder zu lenken, noch zu beschwichtigen, aber dennoch zu benutzen war. Nach langen Schwankungen kam endlich das Ministerium, der Mehrzahl nach, in dem Sinne zu Stande, wie es 1830 von der Regierung verdrängt war. Es fanden sich darunter die Namen Wellington (Minister der Auswärtigen), Lord Lyndhurst (Kanzler), Aberdeen (Staatssekretär für die Colonien) Lord Ellenborough (Präsident des Board of Controul.), Goulbourn (Min. des Innern); ferner Alexander Baring, Sir George Murray, Graf Haddington, (Lord-Statthalter für Irland), Sir Henry Hardinge (Sekr. für Irland), Sir Ed. Sudgen und H. Herries.

Aber auch die Whigs hatten nicht geruht; die Häupter der Partei versteckten ihre Gereiztheit, über die pötzliche Ent-

lassung in der sicheren Hoffnung, durch das Unterhaus werde ihre Partei überwiegen und somit die Herrschaft der Tories von kurzer Dauer seyn. Die Partei verschmähte die Bestechung und stellte ihr Schicksal ganz allein der Entscheidung der Nation anheim. Die einzigen Mittel, welche sie benutzte, lagen offen vor Aller Augen; es waren die Organe der öffentlichen Meinung und die Versammlungen. Lord Durham und Lord John Russel waren hier vor Allem bemerkbar, und ihre Worte wurden in wenigen Tagen durch die Presse im ganzen Reiche verbreitet. Nur in Irland herrschte heftigere Bewegung. O'Connel und Shiel bearbeiteten dort die Wähler in der Art, daß ein thätlicher Widerstand von der Volksmasse zu erwarten war, im Fall die orangistische Partei durch die Tories wieder zur ausschließlichen Herrschaft gelangen sollte. Dies aber wagte das Ministerium nicht durchzuführen. Irland blieb in dem ungewissen Verhältnisse, worin es sich befand. Eine augenblickliche und entscheidende Folge hatte aber das Ministerium der Tories für alle Fraktionen der Liberalen geäußert. Radikale, Whigs und irische Katholiken wurden plötzlich vereinigt und die früheren Spaltungen bei einzelnen Fragen von den Korngesetzen, der geheimen Abstimmung, der Dauer der Parlamente u. s. w. hörten mit einem Schlage auf.

Unter diesen Verhältnissen begannen die Wahlen am 5. Januar 1835 und füllten den ganzen Monat aus; ihr Erfolg war eine Niederlage für die Tories; die Abneigung gegen die Partei war seit 1815 zu tief bei der gegenwärtigen Generation gewurzelt, als daß einzelne Versprechungen und die Versicherung einer ungeänderten Tendenz das Mißtrauen der Mehrheit überwinden konnte. Ungeachtet der günstigen äußeren Umstände erlangten sie nicht die Mehrheit. Nur in England war ihr Gewinn in Grafschaften und in kleineren Städten, denen das Wahlrecht durch die Reformbill nicht genommen war, bedeutend; in Schottland und Irland verloren sie noch mehr als bei der ersten Wahl. Die Whigmajorität war zwar beträchtlich vermindert, und schien gleich anfangs zu schwach, um dem Oberhause gegenüber dieselbe Stellung einnehmen zu kön-

nen, wie seit 1831, allein immer noch stark genug, das Bestehen der Toryregierung zu verhindern.

Nachdem das Parlament eröffnet war (19. Februar), zeigte sich sogleich die entschiedene Stimmung der Whigs, eine Herrschaft der Torypartei nicht zu dulden. Die Wahl des Sprechers war seit einer langen Reihe von Jahren stets auf einen Tory Sir Charles Manners Sutton gefallen, welcher zwar nicht immer Unparteilichkeit gezeigt hatte, jedoch im Allgemeinen seinen politischen Gegnern nur selten Gelegenheit zu Klagen darbot, und eine Kenntniß und Gewandtheit in dem Rechtsverfahren und den Formen des Hauses von jeher zeigte, welche seine Wahl nach 1830, ungeachtet des Widerspruchs einzelner Radikalen, jedesmal auch von Seiten der Whigs erneuerte. Durch den Wiedereintritt des Toryministeriums war jedoch das frühere Verhältniß des Parlamentes verändert; der Conflict beider Häuser und somit der in den Annalen des Parlamentes seltene Fall, daß die Persönlichkeit des Sprechers bei vorfallenden Streitigkeiten von Wichtigkeit wurde, war vorauszusehen. Die Mehrheit mußte sich auf Fälle gefaßt machen, wo eine entschiedene und energische Erklärung, wie sie Carl I. einst vom Sprecher erhalten hatte, erforderlich seyn konnte, die Selbstständigkeit und die Ehre des Unterhauses zu behaupten und zu wahren. Von einem Tory ließ sich aber nicht erwarten, daß er gegen seine Parteiüberzeugung jene Sprache führen werde, wie sie im Interesse der Mehrheit lag. Auf den Antrag Lord John Russel's, welcher schon früher das Haupt der Opposition gewesen war, erlebte Sir Ch. Manners Sutton die Schmach, von dem Präsidenstuhle vertrieben zu werden, den er Jahrzehnte lang beinahe ohne Widerstand mit jedem Jahre wieder eingenommen hatte. Der neue Sprecher war ein entschiedener Whig, Abercromby.

Die Debatten über die Adresse zeigten ebenfalls den schwachen Halt und die geringe Hoffnung, welche die Torypartei im Unterhause besaß. Es geschah ein seit lange unerhörtes Ereigniß; die Adresse enthielt einen Tadel gegen den König über die Auflösung des Parlamentes und alles, was

damit zusammenhing. Vergeblich suchte Sir Robert Peel diesen von Lord Morpeth ausgegangenen Vorschlag zu bekämpfen; vergeblich nahm er eine Stellung ein, die dem früheren Standpunkt der Tories durchaus entgegengesetzt war. Er legte mit seiner gewohnten Ruhe im Aeußern und in Worten und mit seiner dialektischen Gewandtheit, welcher das Haus mit Befriedigung fast immer zuhörte, die Tendenz der Minister als erhaltend, hinsichtlich der Grundbedingungen der Constitution aber durchaus nicht starr in Bewahrung des gegenwärtigen Zustandes dar, unterließ es aber eben so wie früher, sich hinsichtlich der zukünftigen Reformen genauer auszusprechen, während in seinen Worten keine Zweideutigkeit hinsichtlich der Gränzen lag, über welche die Veränderungen der bestehenden Institute nicht hinausschreiten sollten. Letzteres betraf vor allem die Verwendung des Eigenthums der Kirche zu nicht kirchlichen Zwecken. Jenen angeregten Fragen über Zulassung der Dissenters zu den anglikanischen Universitäten und über eine Veränderung in Erhebung und Verwendung der Kircheneinkünfte, erklärte er sich nicht abgeneigt, im Fall die Universitäten und die Geistlichkeit damit einverstanden wären; dies aber bedeutete, beide Reformen würden unter einer Toryregierung niemals durchgeführt werden, da es allen Reformern offenbar seyn mußte, die starre Geistlichkeit der Hochkirche, welche sogar Sir Robert bei der katholischen Emancipationsfrage in der Wahl für die Universität Oxford hatte durchfallen lassen, werde niemals von ihren Vorrechten nachgeben.

Auch die Fraktion der abtrünnigen Whigs zeigte jetzt noch keine Neigung, der Torypartei sich anzuschließen. Stanley, der sie leitete, hielt sich durchaus neutral und erklärte sich entschieden weder zur ministeriellen Partei noch zur Opposition. Bis jetzt hielt er mit Graham an seiner persönlichen Ueberzeugung fest und gab diese im Einzelnen erst später auf, als die Frage, welche sie von den Whigs getrennt hatte, die Hauptbestrebung dieser Partei wurde.

Nach Annahme des Artikels in der Adresse, welcher, wie Lord Morpeth vorgeschlagen, einen Tadel gegen den König

enthielt, legten die Minister dennoch ihre Stellen nicht nieder; sie schienen noch immer auf die Majorität durch eine Vereinigung mit Stanley und Graham, und durch die Anwendung der sicheren Mittel zu hoffen, welche keine Regierung in England jemals durchaus aufgegeben habe; allein bald zeigte sich im Innern der Partei ein Zwiespalt, und die Unverträglichkeit ihrer ganzen Masse mit dem bestehenden Zustande. Alle Fraktionen der Tories hatten während der Whigregierung sich gegenseitig gehalten und unterstützt; nachdem sie zur Staatsgewalt gelangt waren, machte ein Theil seine besonderen Bestrebungen geltend und ein anderer konnte nicht preisgegeben werden, wie sehr auch Sir Robert und Wellington die Unverträglichkeit desselben mit den Verhältnissen seit der Reformbill einsehen mochten. Die erstere Fraktion war die demokratische der Ackerbauer, repräsentirt durch den Marquis von Chandos, die zweite der ehemalige Anhang Castlereagh's, welcher zu leidenschaftlich, beschränkt und hartnäckig war, um den Umständen sich zu fügen.

Zum Schrecken Sir Robert's trat der Marquis von Chandos am 10. März mit seinem frühern Vorschlage über Abschaffung der Malzsteuer wieder hervor. Er verfocht das Interesse der Ackerbauer, im Gegensatz der industriellen Stände auf dieselbe Weise, wie die Radikalen, und Cobbet, Bennet u. s. w. trugen deßhalb kein Bedenken, sich ihm anzuschließen. Der Zweck der äußersten Radikalen, eine Eigenthumstaxe anstatt der Malzsteuer, ward von ihm eben so verfochten, wie von Jenen. Die Regierung gerieth in um so größere Verlegenheit, als sie gewissermaßen die aus dem Ministerium verdrängten Whigs um Unterstützung bitten mußte. Letztere jedoch mußten sich den Ministern anschließen; traten sie zu jener Tory-Fraktion, welche die ackerbauende Volksklasse im Gegensatz der Gewerbtreibenden, repräsentirte, über, so gaben sie in Abschaffung von Taxen der ersteren, im Gegensatz zu ihrem Parteiprinzipe, den Vorzug, weil jene Volksklasse, durch die Korngesetze, zum Schaden der andern, zur Genüge bereits gesichert erschien; wurde ferner der Vorschlag des Marquis von Chandos zum Beschluß des Unterhauses, und das

Ministerium dadurch gestürzt, so ergab sich für die folgende Regierung die Nothwendigkeit, eine Bill der Art einzubringen. Dadurch aber wäre das Interesse der industriellen Bevölkerung auf's Neue zurückgesetzt, in welcher die Wighs seit lange einen Stützpunkt fanden. Die Majorität mußte deßhalb mit der Toryregierung stimmen und der Antrag des Lord Chandos ward verworfen. — Unangenehmere Folgen für die Partei hatte die Ernennung des Marquis Londonderry als Gesandten nach Petersburg, an die Stelle des Lord Durham. Der Marquis, der entscheidendste Repräsentant der wenigen Ueberbleibsel seiner Partei im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, gleich berüchtigt durch Beschränkheit wie Charakter-Heftigkeit, welcher als Lord Steward am Wiener Congreß eine Rolle gespielt hatte, wodurch es sogar seinem Bruder Castlereagh als nothwendig erschien, ihn zurückzuberufen, Lord Londonderry war als Gesandter für denjenigen Hof bestimmt, wo die Interessen Englands die Gegenwart seiner gewandtesten Diplomaten erforderlich machte. Der Marquis hatte außerdem durch eine Aeußerung über Polen in der Art das Gefühl aller Briten beleidigt, daß die Ernennung für Lord Wellington ein Fehlgriff werden mußte: entweder war ihm dieselbe von den unbequemen Freunden des Marquis zur Bedingung gemacht oder der Herzog bezweckte dadurch, ein Mitglied des Oberhauses zu entfernen, dessen Gegenwart bei den Debatten nur Verwirrung und Verlegenheit veranlassen konnte. Wie durchaus unverträglich jedoch jegliche Theilnahme dieser Troyfraction an den Staatsgeschäften sogar mit der Richtung derjenigen Parlamentsglieder war, welche nicht abgeneigt waren, Sir Robert Peel zu unterstützen, zeigte sich bald im Unterhause. Dort brach der Sturm aus, bevor noch die Ernennung offiziell war. Nach zahllosen Spöttereien und Angriffen auf die berüchtigte Beschränktheit des neuernannten Gesandten, geschab das im Unterhause Unerhörte, daß dem König die Ernennung des Marquis durch einen Beschluß gewissermaßen untersagt wurde. Stanley äußerte sich hierüber eben so nachdrücklich wie Lord J. Russel und Hume und selbst O'Connel. Sir Robert Peel wurde vielleicht zum ersten mal

in seiner parlamentarischen Laufbahn verlegen; der sonst so kalte und gewandte, sich gleichbleibende, gemessene Redner begann zu stottern und mochte in dem Augenblicke die Unhaltbarkeit seiner Partei lebhafter als gewöhnlich empfinden; er mußte die Vertheidigung des Marquis den Mitgliedern des Unterhauses, welche mit jenem zu derselben Fraktion gehörten, und welche die Sache noch schlimmer machten, überlassen. Die Unhaltbarkeit der Tories, sowohl wegen der Verhältnisse zu ihren Gegnern, wie wegen der inneren Zusammensetzung der Partei, lag am Tage. Mit bitterem Gefühl hörten die Lords am anderen Tage den Ministern im Oberhause zu, welche sich indirekt für besiegt erklären mußten, nachdem der Marquis von Londonderry, über die gegen ihn gemachten Ausfälle persönlich höchst gereizt, die Stelle, die er schon zu besitzen glaubte, hatte ausschlagen müssen.

Die Minister gaben noch nicht ihre Entlassung, und wurden endlich durch einen Antrag Lord John Russel's (30. März) in Betreff der Lebensfrage beider Parteien, die Verwendung des Kircheneigenthums auf nicht kirchliche Zwecke, dazu gezwungen. Hier, wo Sir Robert auf festerem Boden stand und zwar nicht auf die Mehrheit, aber doch auf Unterstützung des Theiles der früheren Whigs im Parlamente rechnen konnte, welcher auch nach der gänzlichen Niederlage des Ministeriums noch immer Hoffnung hatte, zugleich mit Sir Robert eine mögliche Regierung zu bilden, trat er selbst und mehrere seiner Gefährten auf eine Weise auf, welche die Achtung der siegenden Partei ihm erwerben konnte. Er erklärte in der offenen Weise britischer Staatsmänner, mit dem von ihm verfochtenen Grundsatze stehen und fallen zu wollen; dem Entschluß des Unterhauses werde er sich unterwerfen und somit zugleich mit seinen Gefährten seine Entlassung einreichen, wenn die Gemeinen ihnen Beweise von Mißtrauen gäben; er selbst beschränke allen seinen Ehrgeiz auf die Stellung, die er im Unterhause einnehme und seine höchsten Wünsche bezweckten allein, in gutem Vernehmen mit der Versammlung, der er seine Stellung und seine Ehren verdanke, zu bleiben. Er widersetzte sich jedoch vergebens; durch eine Mehrheit von drei-

unddreißig Stimmen ward der Grundsatz, das Parlament besitze die Gewalt, über das Eigenthum jeglicher Corporation zum Besten des Staates zu verfügen, anerkannt und das Ministerium zum Rücktritt gezwungen. Uebrigens bewies die Debatte über diese Lebensfrage der Parteien zur Genüge, wie sehr die Tories seit der Reformbill ihre Bestrebungen und ihre Regierungsmittel verändert hatten; seitdem im reformirten Parlamente eine Bestechung im Großen nicht länger möglich war, appellirte Sir Robert an die öffentliche Meinung und eine mögliche Veränderung in der Stimmung der Wähler, eine Phrase, welche in den Jahren 1815 bis 1827 mit Verachtung von der Partei und Sir Robert, der schon damals ihr Wortführer war, zurückgewiesen und als revolutionär bezeichnet wurde.

Durch die Annahme des Appropriationsgesetzes mit einer Mehrheit von siebenundzwanzig Stimmen sah die Toryregierung die Unmöglichkeit sich zu halten. Am 8. April kündigte Sir Robert dem Unterhause an, alle Glieder des Ministeriums hätten einmüthig beschlossen, ihre Entlassung einzureichen, und der Hof mußte mit bitterem Gefühle die beleidigten Mitglieder des früheren Kabinets wieder zur Regierung berufen. Nur in Hinsicht Brougham's blieb der König hartnäckig, und die Stelle eines Lordkanzlers blieb für's Erste unbesetzt. Herr Spring Rice erhielt die Würde eines ersten Lords der Schatzkammer; Lord Mulgrave ward Lordstatthalter und Lord Morpeth erster Sekretär von Irland; im Uebrigen blieb das Kabinet Melbourne in den Hauptmitgliedern dasselbe.

Waren die Whigs im Unterhause stark genug, ihre Gegner von wirklichem Einfluß auf den Gang der Regierung zurückzuhalten, so war ihre Majorität andererseits zu unbedeutend, um die Torymehrheit im Oberhause zu überwältigen, um so mehr, als die politische Aufregung allmählig in Großbritannien verschwand. So lange das letzte Parlament Wilhelms IV. bis zum Tode des Königs (1837) versammelt blieb, lähmte die Mehrheit im Oberhause jegliche Maßregel, welche die Minister und das Unterhaus beabsichtigten. Nur eine

Bill über die Reform der englischen Städtecorporationen ward unmittelbar nach der Vertreibung der Tories in's Leben gerufen; alles Uebrige mißlang. Die hinsichtlich Irlands zwei Jahre hindurch stets bezweckten Verbesserungen, so wie die Reformen in Betreff des Kircheneigenthums (beides von nun die hauptsächlichsten Parteibestrebungen der Whigs), wurden stets verworfen, ob auch selbst einige gemäßigtere Tories in einzelnen Punkten eine Ausgleichung herbeiwünschten. Sogar Lord Lyndhurst gab sein früheres bedachtsames Verfahren auf, und erhob sich öfters mit einer Heftigkeit, die man sonst nur im Oberhause bei Londonderry, Winchelsea, Radnor u. s. w. gewohnt war. Die dortige Mehrheit ward immer leidenschaftlicher, so daß sogar Lord Wellington bisweilen seinen politischen Einfluß zu verlieren schien. Somit verhinderte der Zwiespalt beider Häuser die Ausführung des Grundsatzes, welcher das Kabinet der Torypartei gestürzt hatte; zweimal verwarf das Oberhaus die Bill des Unterhauses über Ablösung der irischen Zehnten und die Verwendung eines Theiles dieser Kircheneinkünfte auf Volksunterricht; zweimal weigerte es sich, eine Reform der Municipalverfassungen Irlands zu bewilligen, wie dies in England und Schottland der Fall gewesen war. Ein Gleiches fand bei dem Eigenthum der Kirche statt, wo die Hartnäckigkeit der Tories sogar eine Veränderung (1837) ausschlug, welche der Kirche eher zum Vortheil als zum Schaden gereichen mußte. Die Wirksamkeit der Regierung war zwei Jahre lang allein auf eine liberale Verwaltung, welche besonders hinsichtlich Irlands ausgeführt wurde, beschränkt; ihre Stellung ward bald um so mißlicher, da die Whigs als Partei im Unterhause nicht die Mehrheit bildeten und diese nur durch eine Verbindung mit O'Connel und den Radikalen erlangen konnten, welche fortwährend auf Veränderungen drängten, denen jene eben so abgeneigt waren wie die Tories.

Die erste Rückwirkung der Niederlage, welche die sogenannten Conservativen im Unterhause erlebten, beraubte die-

selben übrigens eines bedeutenden Stützpunktes, den ihre Partei in den englischen Städten besaß. Die Reform der Städtecorporationen entriß ihnen dort für immer ihren bisherigen Lokaleinfluß, wie die Reformbill vor Kurzem ihr Uebergewicht im Unterhause. Die Ehre dieser Maßregel gebührte auf's Neue dem Lord John Russel, welcher die Bill am 5. Juni 1835 einbrachte. Jenes verfälschte System der Municipalverwaltungen, welches die Stuarts in die englische Verfassung eingeschwärzt hatten, und welches die Wirkung der Reformbill durch indirekten Einfluß noch stärker zu lähmen vermochte, wie jene Clauseln hinsichtlich der Gattungen von Pächtern, wodurch die Tories sich das Uebergewicht in den Grafschaftswahlen erwarben, ward mit einem Schlage entfernt; in hundert und drei und achtzig Städten ward die dem Geiste der englischen Verfassung angemessene Repräsentation der Bevölkerung wieder hergestellt, und eine Oligarchie weniger Familien in Lokalangelegenheiten entfernt, welche dem Geist der britischen Gesetze eben so widerstrebte, wie die früher als schädlicher Auswuchs abgeschnittenen Rottenboroughs. Uebrigens zeigte sich bereits in der Bill der Einfluß der Radikalen und O'Connels. Die Minister hatten keinen Census in der Wählbarkeit für Municipalbeamten festgesetzt, sondern dieselbe dem freien Willen der Gemeinräthe (commun councils) nach dem Muster der Verfassungen einzelner Städte anheimgestellt, worin unbeschränkte Freiheit hinsichtlich der Wahlen und aller Angelegenheiten bereits statt fand. Nach dem Beispiel einzelner Corporationen übertrug ferner die Bill nicht allein die Wabl des Mayors und der andern Beamten, sondern auch die der Friedensrichter ganz allein den Stadträthen und bestimmte die Dauer ihres Amtes auf die kürzeste Zeit eines Jahres. Das Oberhaus, nach dem System der Torypartei, von nun an nur in Hinsicht Irlands und der Kirche einen starren Widerstand jeder Veränderung entgegensetzend, wagte nicht, diese Reform zu verwerfen und eben so wenig die bei der Reformbill versuchte Chikane, die Sache in die Länge zu ziehen, auf's Neue in Anwendung zu bringen, gleich einzelnen Corporationen ihre Rechtfertigung vor den Schranken

des Oberhauses gestattet wurde *). Die Lords veränderten nur an einzelnen Bestimmungen und durch gegenseitige Nachgiebigkeit kam das Gesetz nach wiederholten Besprechungen zu Stande, nachdem die vorhererwähnten Punkte Veränderungen erlitten hatten. Der Census ward auf ein Vermögen von **1000** L. bestimmt, und die Ernennung der Friedensrichter der Krone übertragen.

Außer dieser Rückwirkung ihrer Niederlage bei den Wahlen erhielt die Torypartei einen noch schmerzlicheren Schlag durch eine vom Unterhause anbefohlene Untersuchung über den Zweck der irischen Oranienlogen. Jene verlorene und unbesonnene Fraktion ihrer Partei, welche unter englischen und schottischen Tories nur wenige Mitglieder, aber desto zahlreichere unter heftigen Irländern besaß, hatte die kurze Verwaltung Wellingtons und die damalige Aufregung benutzt, zahlreiche Verzweigungen einer politischen Verbindung im Heere mit der offenbaren Absicht zu bilden, die bewaffnete Macht in den Parteikampf allmählig hineinzuziehen. Dies für jeden Engländer um so mehr empörende Verfahren, da alle Parteien seit einem Jahrhundert eine politische Meinung beim Heere als Ganzes eben so verabscheuten, wie eine Partei, welche die Bestrebungen der Stuarts wieder verfolgen sollte, hatte schon im Beginn des Jahres allgemeine Aufregung in Großbritannien veranlaßt, und war einer der ersten Gegenstände, welche das Parlament zur Sprache brachte. Ungeachtet eines lebhaften Widerstandes von Seiten der Hochtories, wobei Sir Robert und sein nächster Anhang sich klüglich zurückzog, ward demgemäß ein Ausschuß zur Untersuchung ernannt, und Hume, welcher dieselbe leitete, machte bald das Unterhaus mit dem Ergebniß bekannt, der Zweck der Oranienlogen sey nicht allein verfassungswidrig, sondern Hochverrath,

*) Bei dieser Gelegenheit machte sich Sir Robert Wetterell, ehemaliges Mitglied der Toryregierung und durchgefallenes Parlamentsglied, als Recorder von Bristol wieder bemerklich, wo er von seinem ehemaligen Gegner im Unterhause, Lord Brougham, eben so arg mißhandelt wurde, wie er selbst früher in Betreff der Opposition dieß gewohnt war.

denn jene beabsichtigten eine Veränderung der Thronfolge. Der Grund dieses Strebens war die bekannte whigistische Gesinnung der Thronfolgerin, Prinzessin Victoria, und ihrer Mutter, der Herzogin von Kent. Diese Entdeckung bewirkte sogleich einen Befehl Lord Hill's auf den Horseguards (im März), worin jedem Offizier, welchen Rang er auch besitzen mochte, mit Absetzung gedroht wurde, wenn er an den Oranienlogen ferneren Antheil nähme. Die Verbindung selbst ward für gesetzlos erklärt und mußte sich auflösen; die im Unterhause angegebene Theilnahme eines königlichen Prinzen, dessen Adjutant, durch die Untersuchung blosgestellt, sich geflüchtet hatte, nöthigte jedoch die Whigs zu größerer Vorsicht, und Hume selbst legte den Bericht des Ausschusses dem Hause mit einer Behutsamkeit vor, welche man bei seinem sonstigen entschiedenen Auftreten nicht hätte erwarten sollen. Die herrschende Partei aber schlug die Untersuchung nieder, seitdem dieselbe die Aufhebung der Verbindung zur Folge gehabt hatte. Für alle Fraktionen der Torypartei aber war dies Ergebniß um so nachtheiliger, als sie nicht allein auf's Neue gegen einander mißtrauisch wurden und eine neue Niederlage in der öffentlichen Meinung erlitten, sondern zugleich auch ein Hauptmittel ihrer Wirksamkeit, den Einfluß des Hofes bei der Thronbesteigung der Königin Victoria (Juni 1837) verlieren mußten.

Zweiunddreißigstes Kapitel.

Deutschland und die Schweiz.

Die unmittelbar nach der Julirevolution in einigen Staaten Deutschlands als Rückwirkung derselben hervorgerufene Gährung, welche schon 1830 in einzelnen Volksbewegungen zu Cassel, Braunschweig, Dresden sich geäußert hatte, und

im Februar 1831 durch einen im Keime unterdrückten Aufstand von Göttingen und Osterrode, auch im Königreiche Hannover sich zeigte, veranlaßte in den süddeutschen constitutionellen Staaten bei freieren Formen eine weniger gewaltthätige, allein für den seit den Carlsbader Beschlüssen bestehenden Zustand eben so gefährliche Opposition, so daß allgemeine, beschränkende Maßregeln von Seiten des deutschen Bundes zur Hemmung derselben hervorgerufen wurden. So lange die Gefahr des Krieges mit Frankreich, bei der Ungewißheit über die Stimmung der Kammern und die Befestigung der Regierung Ludwig Philipp's, in Deutschland vorherrschte, und so lange der Kampf gegen Polen die zukünftige Stellung der nach Veränderung strebenden Parteien unentschieden ließ, war die Gährung im Anwachsen; nachdem der Erfolg über beide entschieden, wurde dieselbe mit Leichtigkeit unterdrückt, und jeder einzelne Staat trat in die früheren Verhältnisse wieder zurück, welche jedoch nach wenigen Jahren durch eine allgemeine und allmählig über alle deutsche Staaten, mit Ausnahme Oestreichs und Hannovers, sich erstreckende Maßregel in der Art verändert wurden, daß die früheren Beschränkungen eines allgemeinen industriellen Verkehrs in Deutschland verschwanden.

In den Jahren 1831, 1832 und 1833 war es vorerst das Verlangen nach Preßfreiheit, welches die Ständeversammlungen von Baden, Baiern und Würtemberg im Gegensatz der Carlsbader Beschlüsse anregte, deren Geltung überall gelinder oder strenger schon lange durchgeführt war. In Baiern wurde durch Bähr, Seuffert, Cullmann, und in Baden durch Rotteck, Welker in den Ständeversammlungen darauf gedrungen. In letzterem Staate ward die Preßfreiheit sogar durch die gesetzgebenden Gewalten gesetzlich und bestand wenige Monate des Jahres 1832 in der Art, daß die bisherigen allgemeinen Gesetze des Bundestags auf den speziellen Staat als nicht anwendbar betrachtet wurden. In einem Theile Baierns, dem Rheinkreise, bestand sie faktisch bei den dort geltenden französischen Gesetzen und Verwaltungsformen, obgleich die Opposition in den Kammern zu München die Abschaffung der

Censur nicht wie in Baden hatte erwirken können. Der dadurch hervorgerufene Widerstand gegen die bairische Regierung ward bald allgemeinerer Natur, und die Aufregung war heftiger, je mehr weitverbreitete und durch eine in Deutschland bisher noch nie geahnte Heftigkeit bemerkbare Zeitschriften, vor Allen Wirth's Tribüne, die überall vorherrschende Gereiztheit anfachten und unterhielten. Die Presse blieb bald nicht mehr das einzige Mittel, wodurch die Bewegung unterhalten und geleitet wurde. Nach Art der englischen Associationen bildeten sich politische Vereine mit leitenden Ausschüssen und besonderer Kasse, vorerst unter dem Vorwande für Beförderung der Preßfreiheit, welcher Verein bald zahlreiche Theilnehmer und eine entsprechende Ausdehnung erlangte. Die Decrete und Befehle der baierischen Regierung wurden mißachtet und blieben ohne Wirkung. Eine mehrere Tage dauernde Volksversammlung bei Türkheim, das sogenannte Hambacher Fest, deutete sowohl durch die ungeheure Zahl seiner Theilnehmer, sowie durch die Art der gehaltenen Reden und die auf andere Weise gezeigten Bestrebungen eine Richtung an, welche, durchgeführt, den bestehenden Zustand überhaupt in Frage gestellt hätte. Zugleich mit Baiern zeigte sich auch in Nassau eine Spannung anderer Art. Der Herzog gerieth über den Besitz der Domänen, den er als Privateigenthum in Anspruch nahm, mit den Ständen in Streit, und eine Steuerverweigerung schien bevorstehend.

Durch diese Verhältnisse wurden Maßregeln des deutschen Bundes hervorgerufen, welche, auf die Entfernung aller dieser Symptome der Aufregung berechnet, die Wiedereinsetzung der früheren Verhältnisse um so mehr bewirkten, als die größern deutschen Mächte, Oestreich und Preußen, ihre materiellen Hülfsmittel den kleineren Staaten zur Verfügung zu stellen schienen, im Fall die bisherige Ordnung der Dinge in irgend einem Theile des deutschen Staatenverbandes gestört würde. Schon **1831** hatte die Bundesversammlung in Betreff des Preßvereines und mehrerer Adressen, worin um dieselbe nachgesucht wurde, beschlossen, eine Befugniß zu Bittschriften über die öffentlichen Angelegenheiten des Bundes stehe den Unter-

thanen deutscher Bundesstaaten nicht zu, und das Sammeln der Unterschriften für dieselben sey gesetzwidrig. Bald darauf legte die Versammlung eine Verwahrung gegen das badische Gesetz über die Abschaffung der Censur ein. In Kurzem wurden die bekanntesten Zeitungen jener Richtung unterdrückt (die deutsche Tribüne, der Westbote, die Zeitschwingen), und die Redacteure derselben von der Herausgabe politischer Blätter ausgeschlossen. Auf Antrag Oestreichs und Preußens wurden endlich am 3. Juni 1832 Beschlüsse gefaßt, welche die kürzliche Richtung der Presse durch Wiedereinschärfung der früheren Verordnungen und durch nähere Bestimmungen über ihre fernere Ausführung entschieden zu unterdrücken bezweckten, den einzelnen Kammern das Recht nahmen, über dieselbe abgesonderte Bestimmungen in einzelnen Staaten ohne Mitwirkung des Bundes durchzuführen, das badische Preßgesetz somit aufhoben, und endlich das Mittel einer allgemeinen Steuerverweigerung, im Fall der Streitigkeiten zwischen Regierung und Kammern, den letzteren verweigerten.

Diese Beschlüsse wurden in Kurzem überall ausgeführt; in Rhein-Baiern war bereits die Tribüne und der Preßverein unterdrückt. Verstärkungen der dortigen Truppen verhinderten oder unterdrückten Tumulte; in Baden mußten sich die Kammern in das Unvermeidliche fügen; in Würtemberg, wo die Stände Ende 1832 zusammentraten, verhinderte eine Auflösung des Landtags den Widerstand, welchen derselbe gegen die Beschlüsse des Bundestags begonnen hatte. Nach wenigen Monaten war die hauptsächlichste Gefahr für das Bestehende vorüber; die späteren Aeußerungen, welche von der kürzlichen Aufregung sich noch hin und wieder zeigten, blieben vereinzelt; nach zwei Jahren erschien dieselbe als spurlos verschwunden und hatte nirgends bleibende Folgen für das Allgemeine zurückgelassen. Die Wirksamkeit der Kammern blieb hierauf auf einzeln stehende, innere Angelegenheiten beschränkt, und betraf hauptsächlich die Entfernung der Ueberreste von feudalen Verhältnissen, welche auf dem Ackerbau lasteten. Vor Allem war dieß in Baden, Würtemberg und Hannover der Fall, welchem letzteren Staate Wilhelm IV. eine Verfassung un-

mittelbar nach Unterdrückung der Unruhen versprochen und bald darauf gewährt hatte, so daß 1832 die Stände bereits zusammentreten konnten.

Im Jahre 1833 zeigten sich die letzten Spuren der Bewegung von den vorhergehenden zwei Jahren. Im April ward von einer Anzahl bewaffneter Studenten in Frankfurt eine gewaltsame Unternehmung gegen die Sicherheit des Bundestages versucht, die jedoch, da die Bevölkerung theilnahmlos blieb, sogleich durch die dortigen, stehenden Truppen unterdrückt wurde. Die Folge war eine Besetzung der Stadt durch Bundestruppen. Ferner wurden die letzten Zeitungen, deren Tendenz als gefährlich erschien, vom deutschen Bunde unterdrückt. Zuletzt ward die Schweiz durch die deutschen Staaten gezwungen, alle Versuche von Flüchtlingen, die Ruhe in Deutschland zu stören, selbst zu verhindern. — Preußen, von welchem die Erhaltung des Friedens unmittelbar nach der Juli-Revolution hauptsächlich bewirkt zu seyn scheint, verfolgte unterdeß, durch keine Bewegungen derselben Art, wie andere Staaten Deutschlands gestört, die frühere Richtung seiner innern Entwicklung durch eine wohl geordnete, und in allen Zweigen des Lebens sich verbreitende Verwaltung. Die Ordnung und der günstige Zustand der Finanzen glichen bald einzelne, bedeutendere Anstrengungen wieder aus, wozu der Staat in Unterhaltung einer ungewöhnlichen Truppenzahl durch die anfängliche Ungewißheit der politischen Verhältnisse bei seiner Stellung als europäische Macht und durch die vergeblichen Maßregeln, die Cholera von den Grenzen durch militärische Sperrung abzuwehren, genöthigt wurde. Das Hauptstreben der Regierung nach Innen, ging auf Beförderung der Industrie und des Handels, nach Außen in Hinsicht des deutschen Staatenverbandes, auf Entfernung der Hindernisse, welche dem Verkehr im Inneren des Bundes bisher im Wege standen. Letzteres ward durch den im preußischen Cabinet schon früher entworfenen Zollverein ausgeführt, welchem sich nach 1830 zuerst Sachsen, Baiern, Würtemberg, Chur-Hessen u. s. w. anschloßen, durch den jedoch die deutsche Douanen-Linie zuletzt bis an den Rhein gerückt wurde, seitdem auch Baden

1835 beigetreten war. Zuletzt blieb nur noch Hannover mit den Hansestädten, wegen der Verhältnisse zu England, ausgeschlossen, dessen Industrie einen bedeutenden Absatz durch diese Maßregeln verlor, welche den deutschen Fabrikaten vorzugsweise den Markt in allen Vereinsstaaten eröffneten. — Hinsichtlich der äußern Politik fanden durchaus keine Veränderungen statt. Die einzige Störung, welche durch den Abfall Belgiens von Holland einzutreten schien, wurde vermittelt, indem Preußen an der Constituirung des belgischen Staates in der Londoner Conferenz Theil nahm; später ward König Leopold durch Zulassung des belgischen Gesandten in Berlin förmlich anerkannt.

Oestreich blieb im Innern durchaus in den früheren Verhältnissen; die Julirevolution zeigte in keinem Theile seines Staates irgend eine Rückwirkung. Die polnische veranlaßte jedoch eine Adresse des ungarischen Reichstages, worin der Kaiser ersucht ward, die polnische Sache zu unterstützen. Außer der augenblicklichen Ueberraschung in ganz Europa, blieb dieselbe jedoch ohne andere Folgen. — In Siebenbürgen geriethen ferner 1834 die Stände in Streit mit der Regierung, und wurden demgemäß aufgelöst. Bald darauf starb der Kaiser Franz I., und ihm folgte sein Sohn Ferdinand I., bisher König von Ungarn.

In ausführlichere Details über Deutschland einzugehen, ist der jetzigen Zeit noch nicht gegeben.

In der Schweiz bewirkte die Julirevolution eine plötzliche, in der Volksstimmung lang vorbereitete Veränderung, welche um so schneller vor sich ging, als die in der Meinung schon lange untergrabene Oligarchie einzelner Cantone eben so wenig eine Stütze von Außen, wie von Innen finden konnte. Der 1814 geschaffene Zustand stürzte zusammen, sobald das Julikönigthum in Frankreich begründet war. Die Niederlage, welche die von den Oligarchieen gegen den Willen der größern Bevölkerung gebildeten Schweizerregimenter in Paris erlitten hatten, trug nicht wenig dazu bei, den schnellen Sturz des bestehenden Zustandes zu befördern. In allen Cantonen, wo die Patrizierfamilien ausschließlich die Staatsgewalt besa-

ßen, wurden diese, mit Ausnahme Neufchatels, schnell verändert; diejenigen Cantone, worin die Städte die Oberherrschaft über das Landvolk ausübten, wurden zur Zulassung derselben zu gleichen Rechten genöthigt, oder verloren die bisherige Obergewalt. Thurgau, Arau, Tessin, Zürich, Solothurn, Graubünden, Bern, Luzern u. s. w., bewirkten die Revolution ohne Widerstand; in Basel widersetzte sich jedoch die Stadt, und begann vergebliche Feindseligkeiten, nachdem die bisher unterworfene Landschaft sich faktisch getrennt hatte, da die Stadt im Gegensatz zu ihrem Verfahren von 1799, wo sie zuerst unter allen Schweizerrepubliken die Gleichstellung der Staatsbürger aussprach, dieselbe seit 1830 hartnäckig verweigerte. Zugleich ward die Bestrebung nach größerer Centralisation, wie sie die Einwirkung der ersten französischen Revolution geschaffen hatte, bemerkbar. Die sonderbare Zusammensetzung der allgemeinen Bundesversammlung, der Tagsatzung, mit der erforderlichen Unanimität der Stimmen, und der Berechtigung jedes einzelnen Cantons auf unabhängige Durchführung seines besondern Willens im Gegensatz der Mehrheit, verhinderten jedoch die Ausführung, obgleich die Mehrzahl der Cantone dieselbe herbeizuführen wünschte.

Seitdem die oligarchische Partei ihren Hauptstützpunkt in Bern verloren hatte, blieb das Bestreben, den früheren Zustand zu erhalten, allein auf die drei demokratischen Urcantone, sowie auf Neufchatel und Basel beschränkt, wovon Letzteres, gegen die abgefallene Landschaft fortwährend zum Kriege gerüstet, bis 1833 eine Gelegenheit, das Verlorene wieder zu gewinnen, für jene Partei herbeizuführen gesonnen schien. Im Jahr 1830 hatte die Stadt Versuche zur Unterwerfung derselben gemacht, ward aber durch das Einschreiten der Tagsatzung daran verhindert, welche die früheren Unterthanen von Basel als selbstständigen Canton in ihre Mitte aufnahm. Nachdem jedoch (1832) in Neufchatel ein Versuch, durch einen Aufstand die Patrizier-Regierung zu stürzen, mißlungen war, zeigte die gefallene Partei ihre Hoffnung, durch Waffengewalt das Verlorene wieder zu erwerben. Auf die Urcantone gestützt, wurde in einer Form, welche die Verfassung der Schweiz gestattete,

durch eine nach Art der altpolnischen Conföderationen von der Tagsatzung abgesonderte, und mit politischer Macht versehene Verbindung, die Sarner Conferenz, der Widerstand vorbereitet. Im März 1833 brach der Kampf aus, bewies aber nur die Schwäche der gefallenen Oligarchie im Innern der Schweiz. Die Angriffe geschahen von zwei Seiten, am Rütli und in Basel. Beide wurden zurückgewiesen; die Baseler, welche gegen die Landschaft ausrückten, mit vollkommener Niederlage. Die Tagsatzung schritt durch Besetzung von Basel und Auflösung der Sarner Conferenz entscheidend ein, und die 1814 zur Gewalt gelangte Partei war für immer gestürzt.

Die demokratische Richtung der einzelnen Cantone, der Mangel einer Centralgewalt, und somit einer leitenden Polizei für den ganzen Bund, bewirkte übrigens Zerwürfnisse mit den angränzenden Staaten, die jedoch, in Kurzem ausgeglichen, keine bleibende und für den allgemeinen Zustand der europäischen Verhältnisse störende Wirkung äußerten. Die Flüchtlinge Deutschlands und Italiens, durch die Verhältnisse der einzelnen Cantone begünstigt, leiteten Unternehmungen ein, welche Aufstände in den umliegenden Staaten bezweckten. So drangen im März 1834 einige hundert Mann unter Romarino zu dem Zweck in Savoyen ein, wurden aber sogleich zur Flucht genöthigt. Die Gesandten auswärtiger Staaten drangen hierauf auf eine strengere Polizei in Hinsicht der Flüchtlinge, und bewirkten dieselbe durch die Drohung einer vollkommenen Abschließung der Schweiz gegen das Ausland, so daß Versuche der Art für die Zukunft unmöglich werden.



Sach- und Namen-Register

zu

E. Münch's

Geschichte der neuesten Zeit (VII. Bände)

und

F. Kottenkamp's Supplement-Band.

A

C



E











M



Q

R





U

V



Berichtigungen.

Theil I. Seite 126. Das Beiwort „verknöchert" scheint nicht auf die Universität Cambrigde zu passen, deren Corporation im Gegensatz der von Oxford bis auf die Fragen der anglikanischen Hochkirche dem Zeitgeist und der Whigpartei sich nie entschieden widersetzte, so wie überhaupt wegen ihrer liberaleren Behandlung der Wissenschaften, der ausgezeichnetsten Gelehrten für die Theorie, so wie für das Leben, von ihr und nicht von Oxford ausgegangen sind.

Theil I. S. 330. Der Manessische Codex gehörte nicht zu der Pfälzer Bibliothek von Rom, und befand sich also auch nicht unter den Handschriften, welche von dort nach Paris gebracht wurden. Er gehörte zur alten königlichen Bibliothek, soll unter Ludwig XIV. erworben seyn, und blieb also auch in Paris zurück, da die Alliirten Alles, was vor 1789 in den Museen sich befand, zurückließen.

Theil II. Seite 28. Der Marschall Brune ist nicht zu Marseille, sondern zu Avignon ermordet worden.

Theil IV. S. 77. Bei dem Gemetzel von Manchester wurde die Aufruhr-Acte nicht verlesen.

Theil IV. S. 79. Sir Francis Burdett gehörte nie zu den Radicalen, und war schon unter Liverpool's Ministerium den Angriffen dieser Partei ausgesetzt.

Theil V. S. 418. Das Lied: Bertrand's Abschied, ist nicht von Béranger.

Theil V. S. 418. Toussaint Louverture unterlag nicht dem Directorium, sondern der Expedition des ersten Consuls nach dem Frieden von Amiens unter Leclerc und Rochambeau. Das Directorium hatte ihn früher und die Negerrevolution gewissermaßen anerkannt und ihm den Rang eines Divisionsgenerals der Republik ertheilt.

Theil VI. 1ste Abth. S. 274. Lord Byron ist nicht in der Westminsterabtei, sondern nach seinem eigenen Wunsche auf seinem Gute in Newstead-Abbey im Familienbegräbnisse, beigesetzt. Die damaligen Vorurtheile, welche nicht allein die herrschende Partei, sondern auch ein großer Theil der Nation wegen Spöttereien über die Kirche und wegen seiner häuslichen Verhältnisse gegen ihn hegten, hatten ersteres ohnedieß bei seinem Tode unmöglich gemacht.

Druckfehler

im Sach- und Namen-Register.

Seite 462	lies Blacas	statt	Blains.
— 465	— Calomarde	—	Colomarde.
— 465	— Danielsen	—	Danielsel.
— 466	— Uminski	—	Dominski.
— 466	— Bourbon	—	Don Bourbon.
— 466	— Dubouchage	—	Dubochage.
	und 206	—	208.
— 468	— Consalvi, Ercole,	—	Ercole, Consalvi.
— 470	— Gentz	—	Ganz.
— 473	— Karaiskakis	—	Kariskasis.
— 477	— 4tr. Th. 146	—	4t. Th. 246.
— 480	— Nantil	—	Nantib.
	und 85	—	86
